This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Ger 3810.2.2

No. 8145

Quellen und Untersuchungen

zur

Geschichte des Hauses Hohenzollern.

Herausgegeben

unter Mitwirkung namhafter Gelehrter

von

Ernst Berner.

Band II.

Eine Schwester des Großen Kurfürsten
Luise Charlotte
Markgräfin von Brandenburg, Herzogin von Kurland.

Zweite Reihe: Biographien. I.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1901.

Eine Schwester des Großen Kurfürsten

Luise Charlotte

Markgräfin von Brandenburg, Herzogin von Kurland

(1617—1676).

Ein Lebensbild

von

Dr. August Seraphim

Stadtbibliothekar und Privatdocent an der Universität zu Königsberg i. Pr.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1901.

Ger 3810.2.2

Harvard College Library
JUL 6 1908
Hohenzollern Collection
Gift of A. C. Coolidge

(III-IV, V, VI-VIII)

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von Hugo Willisch, Chemnitz.

Meiner Frau.

Inhalt.

	Seite
Vorwort	IX
1. Die Jugend	1
2. In der neuen Heimat	25
3. In der hohen Politik	49
4. Die Gefangenschaft	79
5. Der Lebensabend	100
Beilagen: Briefe aus der Gefangenschaft	137

Berichtigung.

Die Anmerkung auf Seite 48 sollte lauten: Siehe Schiemann, Histor. Darstellungen und archivalische Studien, S. 197. Der Verf.

Vorwort.

Die nachstehende Lebensskizze faßt zusammen, was mir im Laufe meiner Arbeiten zur kurländischen und zur brandenburgischen Geschichte über die Markgräfin Luise Charlotte von Brandenburg, die den Herzog Jakob von Kurland heiratete, bekannt geworden ist. Entsprechend dem Charakter dieser Sammlung und bei der für mich in absehbarer Zeit nicht vorliegenden Möglichkeit, das herzoglich kurländische Archiv in Mitau zu benutzen, habe ich auf das Eingehen auf die Einzelheiten der kurländischen Geschichte verzichtet, obwohl der Briefwechsel Luise Charlottes mit ihren Angehörigen, mit Staatsmännern und Predigern ihrer neuen Heimat, soweit ich habe sehen können, wertvolles Material, besonders zur Kulturgeschichte, enthält. Ich habe des Zusammenhanges wegen gelegentlich auch Dinge erzählen müssen, die ich bereits an anderer Stelle eingehender auseinandergesetzt habe. Der Kundige wird finden, daß ich auch an solchen Stellen Neues habe bieten können.

Den Vorständen der Archive und Bibliotheken, die mich bei der Arbeit unterstützt haben, besonders des Königl. Hausarchives und des Königl. Geh. Staatsarchives zu Berlin und des Königl. Reichsarchives zu Stockholm spreche ich an dieser Stelle meinen ergebenen Dank aus. Der Lebensgang Luise Charlottes hat für die Geschichte Brandenburgs und Kurlands gleiches Interesse. So hoffe ich, daß ihr Lebensbild in ihrer alten und in ihrer neuen Heimat nicht unwillkommen sein möge.

Königsberg i. Pr., April 1901.

Der Verfasser.

1. Die Jugend.

Die fürstliche Frau, deren Lebensgang auf den folgenden Blättern erzählt werden soll, ist in ihrer alten brandenburgischen Heimat heute vergessen. Und doch haben dem großen Kurfürsten nur wenige Frauen so nahe gestanden, wie seine älteste Schwester, Luise Charlotte, und ihre Geschicke sind in die seinen vielfach verwoben. Schon in jüngeren Jahren in die Kombinationen der hohen Politik hineingezogen, ist sie vom Schicksal in die Fremde geführt worden, wo es ihr dann in der Folge nicht erspart blieb, den Kelch des Leidens bis zur Neige zu kosten. Aber sowohl in den Tagen des Elendes, wie in denen ihres jungen Glückes verknüpften sie unlösbare Bande, herzliche Erinnerung und warme Teilnahme mit dem Lande ihrer Jugend und mit dem von ihr verehrten und geliebten Bruder. So wird der Versuch auf Interesse rechnen dürfen, ihr Andenken wachzurufen und ihrem Lebensgange nachzugehen.

Am 3./13. September 1607, am Morgen kurz vor 6 Uhr, schenkte Elisabeth Charlotte, die Gemahlin des damaligen brandenburgischen Kurprinzen Georg Wilhelm, ihrem Gatten im Residenzschlosse zu Cölln a. d. Spree sein erstes Kind, eine Tochter, die in der am 19. Oktober (a. St.) vollzogenen Taufe die Namen der Mutter, Elisabeth Carolotta, erhielt.[1]) Doch ist sie in der Folge immer Luise Charlotte genannt worden und hat sich

[1]) Kurprinz Georg Wilhelm an Kurfürst Johann Sigismund den 3/13. September 1617. — Auszug aus den Taufbüchern der kgl. Hof-Ober-Pfarr- und Domkirche zu Berlin. 1617. Bd. I. S. 6. Kgl. Haus- und Hofarchiv zu Berlin.

auch in ihren Briefen stets so unterzeichnet. Das giebt uns ein Recht, sie in unserer Lebensskizze beim letzteren Namen zu nennen.

Es waren für die Geschichte Brandenburg-Preußens bedeutungsvolle Tage, in die der Prinzessin Geburt fiel; schon hatten sich drohende Wolken am politischen Horizonte zusammengezogen und kündeten das große Ringen an, das dreißig Jahre hindurch Deutschland zerfleischen sollte. Als dann das Gewitter sich zu entladen begann, starb der Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg und in den denkbar schwersten Zeiten trat Georg Wilhelm die Regierung an. Das Unglück wollte es, daß ihm die Eigenschaften, welche gerade damals besonders erforderlich gewesen wären, fehlten, und so gestaltete sich seine Regierung zu einer der verhängnisvollsten Perioden in der Geschichte Brandenburg-Preußens.

Aus der Kindheit Luise Charlottes wissen wir fast nichts; im Kreise der Geschwister, des drei Jahre jüngeren einzigen Bruders Friedrich Wilhelm und der 1623 geborenen Schwester Hedwig Sophie, ist sie herangewachsen,[1]) und die Bildung, welche in jenen Tagen den Kindern fürstlicher Familien gegeben zu werden pflegte, ist ihr zu teil und von ihr, wie ihr freilich wenig orthographischer Briefwechsel zeigt, regen Sinnes aufgenommen worden. Können wir auch über ihren Bildungsgang und ihre Erziehung im einzelnen nichts mitteilen, so steht eines doch fest: die Eltern und Erzieher haben die fürstlichen Kinder in erster Reihe immer auf das Bekenntnis der reformierten Kirche hingewiesen und sie gelehrt, in ihm Halt zu suchen und Trost in allen Nöten des Lebens. Und wie hätte es auch anders sein können? Hing doch das Kurhaus der Hohenzollern seit den Tagen Johann Sigismunds treu am reformierten Bekenntnis; dazu kam noch der Umstand, daß die Mutter Luise Charlottes, eine pfälzische Prinzessin und Schwester des unglücklichen Winterkönigs, streng calvinisch gesinnt war.

Die Lage des brandenburgischen Kurfürsten wurde eine

[1]) S. auch Raumer, „Die Jugendjahre des Kurfürsten Friedrich Wilhelm". S. 14, 16.

schwierige, als König Gustav Adolf von Schweden in Pommern landete und seinen Schwager schließlich nötigte, mit ihm vereint die Waffen gegen den Kaiser zu führen. Hatte das Herzogtum Preußen vorher in den Jahren, da Gustav Adolf mit Polen rang, alle Drangsale und Mühen des Krieges kennen gelernt, so traten für diesen Teil der Hohenzollerschen Lande jetzt ruhigere Tage ein und so finden wir denn die fürstliche Familie zuweilen in Königsberg. Der früheste Brief Luise Charlottes, der uns vorliegt, ist von hier datiert, vom 10. Februar 1633[1]), es ist ein Gruß, den die Fünfzehnjährige an ihren Vater sendet. Wir erfahren ferner, daß sie, im April 1637 erkrankt, selbst glaubt, sie müsse sterben, aber die Krankheit wird glücklich überstanden. Als nach dem Prager Frieden auch Georg Wilhelm von Schweden zum Kaiser abfiel und die Verhältnisse nun in der Mark vollends unleidliche wurden, sandte der Kurfürst 1638 seine ganze Familie auf längere Zeit nach Königsberg und folgte ihr selbst bald nach, da die Beziehungen zu Polen seine Anwesenheit in Preußen wünschenswert machten. Wir finden den Hof nun einige Jahre in der Pregelstadt und zur kurfürstlichen Familie gesellen sich noch die pfälzischen Verwandten, die, aus ihrem Lande vertrieben, hier eine Unterkunft gefunden hatten. Nur wenig hören wir aus dieser Zeit über Luise Charlotte, aber das Wenige ist charakteristisch. Wir erfahren, daß sich ihr Gelegenheit bot, ihre warme Teilnahme für die ihr so teuere reformierte Kirche, die im Herzogtum Preußen, dem Lande des reinen Luthertums, schweren Anfechtungen ausgesetzt war, thatkräftig zu beweisen. Obwohl ein Edikt des polnischen Oberlehnsherrn den Reformierten Königsbergs den Besitz eines eigenen Kirchhofes abgesprochen hatte, ließen die Prinzessin und ihre jüngere Schwester, Hedwig Sophie, ihn mit einer Mauer umgeben.[2]) In diese Jahre fallen auch die ersten Anfänge der Beziehungen

[1]) Kgl. Hausarchiv in Berlin.

[2]) Altpreuß. Monatsschrift 1894. S. 199 und Muther, die ev. reform. Burgkirchengemeinde zu Königsberg Pr. (1901.) S. 11, 12.

Simon Dachs zum kurfürstlichen Hofe und speziell auch zur Prinzessin Luise Charlotte. Er besang damals eine Lustfahrt auf dem Pregel, an der sie teilgenommen, und auch die übrigen Mitglieder des Königsberger Dichterkreises werden ihr nicht fremd geblieben sein. Gewiß ist das vom Domorganisten und Komponisten Heinrich Albrecht, dem musikalischen Mittelpunkte des genannten Kreises. Er hat im Jahre 1642 den ersten Teil der „Arien, etlicher, teils Geistlicher, teils Weltlicher", ihr und ihrer Schwester Hedwig Sophie „unterthänigst zugeschrieben" und er begründete diese Widmung mit der Bemerkung, daß sie „selbige (Arien) zum Teil nicht allein gerne musiciren und singen hören, sondern auch ein gnädiges Belieben getragen, etliche aus ihnen zu dero Hochfürstlicher Lust und Ergetzung selbsten zu studiren und sich bekannt zu machen, welches denn durch die gute Anleitung der kunstreichen Hand des berühmten Musikanten Walter Rowe, EE. FF. DD. getrewen Dieners leichtlichen geschehen mögen".[1]) Noch hat sich ein handschriftliches Liederbuch Luise Charlottes erhalten, das schon im Jahre 1632, und zwar wahrscheinlich von Rowe, für die Prinzessin angelegt worden ist und unter anderem auch zwei Lieder Dachs enthält.[2]) Beziehungen des Dichters des „Ännchen von Tharau" zu Luise Charlotte lassen sich in der Folge noch mehrfach nachweisen. Er begrüßte ihre Verlobung und Hochzeit mit poetischen Glückwünschen und versäumte es auch später, als sie schon Herzogin von Kurland geworden war, nicht, sich mit unterthänigsten Gedichten bei freudigen Ereignissen ihres Lebens immer wieder in Erinnerung zu bringen, so bei der Geburt eines Sohnes, so noch 1657, als sie zum Besuche des Kurfürsten in der Pregelstadt weilte. Die Fragen der hohen Politik haben damals die Frauen am kurfürstlichen Hofe vielfach bewegt und in Atem gehalten. Die Mutter der Kurfürstin, die Witwe des Pfalzgrafen

[1]) Nach dem Neudruck von 1650 in der Königsberger Stadtbibliothek.

[2]) J. Bolte in der „Zeitschrift für deutsche Philologie" 1893. Bd. 25, S. 32.

Friedrichs IV. von der Pfalz, war dem engen Anschlusse der brandenburgischen Politik an das Kaiserhaus und dem Kampfe gegen Schweden durchaus abgeneigt. Sie mußten, ohne es ändern zu können, erleben, wie der ratlose Fürst zu militärischen Abenteuern seine Zuflucht nahm und wie er, um Schweden, das ihm Pommern vorenthielt, zu schädigen, jenen Anschlag des Obersten Both gegen das schwedische Livland unterstützte, der gänzlich mißglückte und nur Schimpf und Schaden eintrug.[1]) In den Marken führte indessen Hans Adam von Schwarzenberg als Statthalter des Kurfürsten ein diktatorisches Regiment, und ihn, den man mit Recht für den Hauptvertreter der österreichischen Allianz ansah, traf der besondere Unwillen der fürstlichen Frauen. Heute wissen wir, daß viele der Anschuldigungen, die gegen den verhaßten ersten Ratgeber Georg Wilhelms im Kreise seiner Gegner erhoben wurden, der Begründung entbehren und daß eine stark beeinflußte Tradition sein Bild dunkler gezeichnet hat, als er es verdient. Mag seine Politik auch unheilvoll für Brandenburg gewesen sein, so ist doch keinesfalls erwiesen, daß ihn unlautere Motive zum Befürworter der Allianz mit dem Kaiser gemacht haben. Anders dachte ein großer Teil der Zeitgenossen, die jedem Gerüchte, und mochte es noch so unwahrscheinlich sein, willig Gehör schenkten. Sogar das Gerede fand Glauben — und zwar beim damaligen Kurprinzen Friedrich Wilhelm selbst —, daß Schwarzenberg ihm als dem nächsten Sprossen des Kurhauses der Brandenburger, der im Falle des Ablebens Georg Wilhelms zur Nachfolge berufen war, nach dem Leben getrachtet habe. Nach seiner Beseitigung habe der einflußreiche Mann den eigenen ältesten Sohn mit der Prinzessin Luise Charlotte vermählen und ihm dann mit kaiserlicher Hilfe den Kurhut der Hohenzollern zuwenden wollen. Die Schwester Georg Wilhelms, Marie Eleonore, die Witwe König Gustav Adolfs von Schweden, schenkte dem Gerüchte Glauben,

[1]) Vgl. darüber meine Schrift: „Des Obersten Both Einfall in Livland 1639". Königsberg 1895.

das ihr jene angeblichen Anschläge zutrug und dabei dem früheren brandenburgischen Hofmarschall Berend von Waldow eine bedeutungsvolle Rolle zuweisen zu können meinte. „Auch habet ihr — schreibt sie an Waldow — die Heirath mit Fräulein Loyschen und dem jungen Grafen von Schwarzenburgk so heimlich getrieben, daß ihrs auch so weit gebracht, daß der selige Churfürst und das Fräulein schon damit zufrieden gewesen, wann nicht der itzige Churfürst dem Grafen hätte sagen lassen, wofern es ja solte geschehen, so wolten Se. Lbd. dem Grafen Selber den Hals brechen, wenn er auch das größte Unglück solte darüber bei Sr. Lbd. dem Herrn Vater bekommen.“[1]) Waldow war zwar keine lautere Persönlichkeit, wie manche Unredlichkeiten in den letzten Zeiten Kurfürst Georg Wilhelms erweisen, und Luise Charlotte hat ihn zu günstig beurteilt, wenn sie ihn nach seinem unfreiwilligen Scheiden aus dem brandenburgischen Dienste ihrer Tante, der Königin Marie Eleonore von Schweden, aufs wärmste empfehlen zu dürfen meinte. Aber jene Vermutungen über seine verbrecherischen Absichten gehören, obwohl sie später den kurfürstlichen geheimen Rat eingehend und ernsthaft beschäftigt haben, ins Gebiet des politischen Klatsches. Daß jedenfalls der angebliche Plan Schwarzenbergs, seinen Sohn mit Luise Charlotte zu vermählen, thatsächlich nicht existiert hat, darf als wahrscheinlich bezeichnet werden.[2])

Im letzten Lebensjahre des Kurfürsten Georg Wilhelms war die Frage einer Eheschließung seiner ältesten Tochter in der That mehrfach erwogen worden.[3]) Die erste Anregung

[1]) Fürs folgende: Meinardus, „Protokolle des brandenburgischen geheimen Rates“. I. 510, 618, 619.

[2]) Meinardus, l. c. S. LXXII, hält ihn, gestützt auf das, wie mir scheint, doch nicht unbefangene Zeugnis K. v. Burgsdorfs, für glaublich.

[3]) Wenn Meinardus l. c. I S. L angiebt, daß sich Luise Charlotte 1638 oder 39 mit dem Markgrafen Ernst von Jägerndorf verlobt habe, so muß ein Irrtum vorliegen. Wäre sie schon verlobt gewesen, so wäre die polnische Werbung nicht mehr ernsthaft erwogen worden. Auf des Markgrafen Beziehungen zu Luise Charlotte kommen wir im übrigen noch zurück.

zu einer solchen ging vom Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg aus, der seinen Sohn Philipp Wilhelm mit Luise Charlotte vermählen und dabei weitere Ziele erreichen wollte. Bekanntlich war der über den Besitz der Jülich-Clevischen Lande nach dem Tode des letzten Herzogs (1609) zwischen dem Pfalzgrafen von Neuburg und dem Kurfürsten Joh. Sigismund von Brandenburg entstandene Streit durch den Xantener Vertrag (1614) vorläufig dahin entschieden worden, daß Jülich und Berg an den Pfalzgrafen, Cleve, Mark und Ravenberg aber an Brandenburg fallen sollten. Statt dieses „Provisionalvertrages" wünschte der Pfalzgraf nun eine endgültige Regelung der Angelegenheit herbeizuführen und das sollte in der Weise geschehen, daß Luise Charlotte seinen Sohn heirate und ihm „des Hauses Brandenburg gantze Praetension zu Jülich undt Clevischen Landen" als Mitgift in die Ehe bringe. Der Pfalzgraf hat bei diesem Heiratsprojekt auf die Unterstützung Schwarzenbergs rechnen zu dürfen geglaubt, aber wir dürfen annehmen, daß er sich hierin geirrt hat, denn Schwarzenberg hat gleichzeitig bei Erörterung eines anderen Eheplanes die Abtretung territorialer Ansprüche ausdrücklich für nicht angängig erklärt.[1])

Dieser andere Plan ging vom polnischen Prinzen Kasimir, einem jüngeren Bruder König Wladislaws IV., aus. Er fand sich, als Georg Wilhelm im September 1640 in Johannisburg in Preußen weilte, auf dem dortigen Jagdhause ein und hielt bei dieser Gelegenheit zweimal um die Hand der Prinzessin Luise Charlotte an. Der Kurfürst hielt die Frage für so wichtig, daß er den Prinzen mit der Erklärung hinhielt, er müsse „seinen Freunden und Verwandten darüber communiciren". Als Kasimir dann am 14. September Johannisburg verlassen hatte, schrieb Georg Wilhelm über die Angelegenheit an Schwarzenberg und forderte das „geheime Gutachten seines

[1]) Meinardus l. c. I. p. 255; Schreiben Schwarzenbergs an Georg Wilhelm, d. d. Cölln a. d. Spree, d. 6./16. Oktober 1640. Orig. Kgl. Hausarchiv Berlin. Rp. XXXIV.

vornembſten, geheimbſten, getrewſten undt nützlichen Rhatts". Schwarzenberg antwortete am 16./6. Oktober, eine Heiratsallianz mit dem polniſchen Königshauſe könne die Stellung des Kurfürſten als Herzog von Preußen nur ſtärken, eben in dem Maße, wie ein Ehebündnis mit dem Kaiſerhauſe den Anſprüchen Brandenburgs auf Jülich-Cleve und auf Pommern förderlich ſein würde. Es frage ſich, ob die Prinzeſſin ſelbſt den polniſchen Prinzen zum Gatten nehmen wolle und ob dieſer ſelbſt „beſtendig bleiben undt dieſe Heyratt verfolgen wolle", denn er habe früher gehört, „ob ſolten S. Fürſtl. Durchl. ſich biſchweilen zu verendern pflegen undt nicht allemahll lange in einer liebe verharren, Sondern zum öfftern auch bey adelichen Damen gefreyet und geworben haben". Ferner ſei zu erwägen, ob der Prinz ſeinen Antrag im Einverſtändnis mit ſeinem königlichen Bruder geſtellt habe, wie hoch das Leibgedinge der Prinzeſſin bemeſſen und wie weit ihre Erben ſichergeſtellt werden würden. Auf der anderen Seite ſei es fraglich, ob ſich der Prinz „mit dem gewöhnlichen Braudt-Schatz contentiren laſſe" und ob er nicht gar Anſprüche in der Art des Neuburger Pfalzgrafen machen werde. Wenn ſich dieſe Fragen günſtig löſten, ſo ſei das Ehebündnis zu empfehlen: „Wan auff ſolche weiſe die tractaten geſchehen, dan deuchte mich in meiner Einfalt, Ev. Churfl. Durchl. hetten dieſe Heyrahtt nicht zu difficultiren".[1]) Es ſind uns ferner Zuſammenfaſſungen der Geſichtspunkte erhalten, welche für, und derjenigen, die gegen dieſes polniſche Eheprojekt ſprachen. Von der Hand des bekannten brandenburgiſchen Reſidenten in Warſchau, Hoverbeck, geſchrieben, aber von niemand unterzeichnet, ſodaß ſeine Autorſchaft nicht ganz ſicher iſt, erörtert dieſes Gutachten die Frage ſehr gründlich.[2]) Die vornehme

[1]) Georg Wilhelm an Schwarzenberg, d. d. Rhein d. 15. Sept. 1640 Conc., ferner das oben genannte Schreiben Schwarzenbergs. — Hausarchiv Berlin Rp. XXXIV.

[2]) Rationes suadentes matrimonium, rationes dissuadentes matrimonium, ebenda. — In den rationes suadentes wird die, ja in der That

Stellung des polnischen Königshauses, die Aussicht, durch die Ehe zu dem Hause Österreich in nähere verwandtschaftliche Beziehungen zu gelangen — denn die Gemahlin Wladislaws IV., Cäcilie Renate, war eine Schwester des Kaisers Ferdinand III. —, die Möglichkeit, daß bei dem kinderlosen Ableben des polnischen Königs ihm sein Bruder Casimir nachfolgen und Luise Charlotte so Königin von Polen werden könne, und die Hoffnung, daß alsdann in den Händeln des Kurfürsten als Herzogs von Preußen mit seinen dortigen Ständen die Klagen der letzteren am polnischen Hofe weniger Berücksichtigung finden würden, — das alles waren lockende und die Ehe empfehlende Momente, die betont wurden. Auch ließ sich hoffen, daß bei so nahen Beziehungen zum polnischen Hofe die Mitbelehnung des fränkischen, in Ansbach und Bayreuth herrschenden Zweiges der Hohenzollern mit dem Herzogtum Preußen und damit die eventuelle Nachfolge in diesem zu erwirken sein werde, und das war ja wichtig, weil das Kurhaus nur auf wenig Augen stand. Gegenüber diesen denkbaren Vorteilen verkannte man nicht, daß eine solche Heirat manchen Bedenken unterlag. Der Prinz war katholisch und es stand zu befürchten, daß das protestantische Bekenntnis der brandenburgischen Fürstentochter oder doch das ihrer Kinder gefährdet werden könnte. Wenn man in Polen an der Ehe Anstoß nahm, so konnte das unter Umständen dem Prinzen die Nachfolge kosten und dann fielen

auch später eingetretene Nachfolge Casimirs im Falle des Todes Königs Wladislaw IV. als sicher bezeichnet. Dafür spreche, „daß Sie (Kasimir) sowoll auß alß inerhalb des Reichs keine Concurrentz haben. Außer des Reichs seindt die Heusser osterreich, Florentz undt Savoyen wegen Ihres absoluten dominats, undt das erste, weil es allen Wahlkönigreichen fatal gewesen; das Hauß Franckreich aber wegen des Henrici unglücklicher Wahl ganz verhaßt undt verdechtig. Innerhalb des Reichs seindt Ihrer Durchl. Vetter gar zu jung; der Bischoff von Breßlaw aber weil Er geistlich werden will, welches ein character indelebilis, macht sich incapable; daß man auch einen Piastum (wie Sie die auß der Reip.-Mittel genommenen Candidatos zu nennen pflegen) nehmen solte, ist bei jetziger aequalitat undt invidia gar nicht practicable". Der Bischof von Breslau war Carl Ferdinand, ein Bruder Wladislaws IV. († 1655.)

die erstrebten Vorteile für das Kurhaus ganz fort. Die unsichere pekuniäre Lage des polnischen Prinzen legte auch manche Bedenken nahe, desgleichen die Wahrscheinlichkeit, daß eine polnische Heiratsallianz das Verhältnis Brandenburgs zu den protestantischen Mächten, besonders zu Schweden, alterieren werde. In der Jülichschen Frage endlich schien die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß der Prinz seiner Zeit als Gemahl einer Prinzessin, die selbst Erbansprüche auf die Jülich-Cleveschen Lande habe, den Ansprüchen des Kurprinzen gegenüber als Konkurrent auftreten werde.[1])

Wir wissen nicht, ob Georg Wilhelm dazu kam, über die ganze Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen, denn nur einige Wochen nach der Absendung des Schwarzenbergischen Briefes ist er — am 11. Dezember 1640 — nach kurzer Krankheit aus dem Leben geschieden. Damit fiel die ganze Kombination in sich zusammen, da der junge Kurfürst sich mit anderen Plänen trug und eine Annäherung an Schweden anbahnte, die für ein polnisches Ehebündnis seiner Schwester wenig Spielraum übrig ließ. Wie sich zu einem solchen Luise Charlotte selbst gestellt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Sicher aber ist, daß Schwarzenberg ihm an sich nicht unsympathisch gegenüberstand, was schwerlich der Fall gewesen sein dürfte, wenn er den eigenen Sohn mit der Prinzessin zu verheiraten beabsichtigte. Wie ernsthaft aber Gerüchte dieses Inhalts kolportiert wurden, zeigt ein Vorfall, der sich nach des Kurfürsten Tode in Regensburg, dem Sitze des Reichs-

[1]) Die Rationes dissuadentes äußern sich hierüber in folgender Weise: „Weill Ihre Durchl. die Printzessin ein Erbfrewlein der jülichschen Lande (die nämlich ein weibliches Lehen waren) sein undt der Printz durch diese Hewraht die nechste anwahrtung zu denselben bekomt, dürfften Seine zugethane, Wann Sie Ihre Durchl. den Chur Printzen in schwürigkeiten involvirdt sehen würden, dieselbe von der zu Sr. Churf. Durchl. Hause tragenden Affection ab unndt dahin zu verleiten suchen, daß Sie umb Ihr den weg zur possession so viel eher zu eröffnen Sich Ihrer bey dem Hause Ostereich nicht allein nicht annehmen, undt Ihr dadurch die beschwerden lindern; Besonders dieselbe noch zu heuffen trachten möchten".

tages, abspielte. Als die Nachricht vom Trauerfalle dorthin gelangte, begab sich der Sohn Schwarzenbergs, Graf Johann Adolf, zum brandenburgischen Gesandten Joh. Friedrich von Loeben und fragte ihn, ob er und seine Dienerschaft wegen des Todes des Kurfürsten Trauer anlegen sollten. „Denn — so berichtet Loeben an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm — es wohnete in ihm kein anderes Bedenken diesfalls bei, als daß die Leute sagen möchten, er wolle ihm [sich] einbilden, das Churf. Brandenburgische Fräulein zu heirathen und traure um seinen Herrn Schwiegervater. Es würden die Leute, so nicht einfältig wären, dies leicht vor ein Gedicht halten, sintemalen ihm solche Gedanken nicht wol einkommen könnten. Dennoch wollte er sich auch nicht gerne in der Leute Mäuler herumtragen lassen." Loeben antwortete ihm: „Würde er der Herr Graf am besten wissen, wie er mit dem Churfürstl. Fräulein stünde. Hätten sie es einander zugesagt, und er wäre der Sachen und der Frau Mutter Einwilligung gewiß, so hätte es keine Bedenken und er betraurte billig der Braut Herrn Vater nach schuldiger Gebühr; wäre aber die Sache ungewiß und er vermeinte sie auch nicht gewiß zu machen, so wäre es, meiner Einfalt nach, wol nicht rathsam, daß er äußerlich solch groß Leid stiftete und den Leuten weiter von diesen Dingen zu reden und sich nebendst dem Churfürstlichen Fräulein in den Mäulern herumtragen ließe, sondern S. Churf. Durchl. gleich andere, die Ihr Churf. Durchl. eigentlich nicht bedienet, aber dennoch wol affectioniret gewesen, betraurte".[1])

Mit des Kurfürsten Georg Wilhelm Tode hörte die große Machtstellung Schwarzenbergs auf und nur sein bald erfolgter Tod verhinderte es, daß der Bruch zwischen ihm und seinem jungen Herrn schroffere Formen annahm. Eine neue Zeit brach an und neue Männer kamen in maßgebende Stellungen.[2])

[1]) Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. I, S. 782.

[2]) Im allgemeinen s. Erdmannsdörffer in Urkunden und Aktenstücke. I, S. 369—372.

Im Rate des jungen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, der etwa zwei Jahre noch in Preußen blieb, gelangte besonders Konrad von Burgsdorf zu großer Bedeutung und zu einer Stellung, die von gegnerischer Seite in sehr häßlicher Weise beurteilt wurde. Jener Bernd von Waldow, den wir schon oben erwähnt haben, berichtete darüber in seiner Weise an die Königin-Witwe von Schweden, „der Kurfürst hätte keinen Verstand; Borgsdorf, Leuchtmar (d. h. der kurfürstliche Rat Gerhard Rumelian von Leuchtmar) und noch einer müssen ihn regieren, es wäre Jammer, daß der Kurfürst nicht Fräulein Loysgen, und daß Fräulein Loysgen nicht Kurfürst wäre worden. Der Kurfürst bekümmerte sich nichts mit Regierungssachen, sondern nur allein mit der Jagd, wäre mit seinen Junkern so gemein, und wann Borgsdorf Lust dazu hätte, so müsse sich der Kurfürst mit ihnen einen Rausch saufen[1])." Alle solche Klatschereien, die dem jungen Kurfürsten nicht verborgen blieben, haben indessen das Verhältnis zu seiner Schwester in keiner Weise getrübt.

Die Nachfolge Schwarzenbergs in der Würde eines Statthalters der Marken war einem nahen Verwandten des Kurfürsten, dem Markgrafen Ernst von Brandenburg zu teil geworden. Ein Sohn des Markgrafen Johann Georg's von Jägerndorf, der als Anhänger des Winterkönigs in der Schlacht am weißen Berge gekämpft und diese Stellung dann mit der Reichsacht und dem Verluste seines Herzogtums Jägerndorf hatte büßen müssen, hatte der Prinz eine schwere Jugend hinter sich. Lange und wie es scheint, nicht immer in der besten Gesellschaft, war Markgraf Ernst auf Reisen — meist in Südeuropa — gewesen und hatte sich in den letzten Lebensjahren Georg Wilhelms, zu dem er in einem sehr kühlen Verhältnisse stand, auch meist im Auslande aufgehalten. Ihn zog der junge Kurfürst nun näher an sich, was sich außer der Übertragung der Statthalterwürde auch darin zeigte, daß er sich einem Ehebündnisse des Markgrafen mit seiner Schwester

[1]) ebenda S. 585.

Luise Charlotte geneigt zeigte. Ein Brief, den die letztere im Mai 1641 an ihre Cousine Christine Magdalene, Tochter des Pfalzgrafen Johann Casimir, richtete, beschäftigt sich schon mit der Person des Markgrafen Ernst. Sie berichtet, daß er nach Berlin gegangen sei und dort Statthalter werden würde und fügt hinzu: „es ist wohl ein wenig ein betrübt adieu gewesen, dan wir seine Liebden wie einen Bruder estimiert, undt dazu ist so sehr ein redlich gutt auffrichtig gemühtt in dem herren"; vier Monate später spricht sie die Hoffnung aus, die Pfalzgräfin bald als Nachbarin begrüßen zu können, da das Gerücht umgehe, der Herzog Jacob von Kurland bemühe sich um eine der pfälzischen Prinzessinnen und kommt dann gleich auf ihre eigene Herzensangelegenheit zu sprechen, freilich nur um sie noch ganz direkt abzuleugnen. „Aber mein Engell, woh kommen E. Lb. doch ahn den Nouvelle mit Vetter Ernst, der denkt nit ahn mir, dergestaltt nicht, aber ein ehrlich aufrichtig from gemühtt ist in dem Herrn unndt den ich wie mein zweiten Bruder ehre, den Ihre Lb. gönnen mich mehr gutts alss ich wehrtt binn, ich versichere E. Lb., were einig gewissheitt noch darahn, E. Lb. soltens für allen wissen, aber so ist es nur noch der Leuht ruff und müssen S. Lb. zuvor gedencken ihr Landt wieder zun kriegen, ehe sie sich mit einem Weib belestigen, dann alsdann müßen sie doppelte sorge haben." Sie giebt dann noch eine kurze Beschreibung des Markgrafen, der so groß sei, wie sie noch keinen Markgrafen von Brandenburg gesehen und lobt „seinen sehr freudig gutt esprit." Zur Verlobung kam es aber offiziell noch nicht, vielleicht weil der Kurfürst durch die Fahrt zur Lehnsempfängnis nach Warschau in Anspruch genommen wurde.[1])

Doch war die Sache im Spätsommer 1641 soweit gediehen, daß der zur Zeit in Wien weilende brandenburgische Resident am Regensburger Reichstage, Joh. Friedr. von Loeben,

[1]) Luise Charlotte an Pfalzgräfin Christine Magdalene, d. 10. Mai u. 8. September 1641. Kopie im Stockholmer Reichsarchiv aus der Stegeborgssammlung.

den Auftrag erhielt, dem Pfalzgrafen von Neuburg, der an seinen, oben besprochenen Heiratsplänen festhielt, zu Ohren zu bringen, daß wegen der Verheiratung der Prinzessin Luise Charlotte an den Markgrafen Ernst Verhandlungen bereits eingeleitet seien. Jener möge also alle ferneren Bemühungen sein lassen.[1]) Der Markgraf gab bald darauf Konrad von Burgsdorf den Auftrag, für ihn beim Kurfürsten offiziell um die Hand seiner Schwester anzuhalten. Er habe — heißt es in der für ihn bestimmten Instruktion — die Absicht, „auf dieser Welt keine andere" als die Prinzessin Luise Charlotte zu heiraten. Er erkennt die Schwierigkeit, die sich daraus ergebe, daß er von Land und Leuten vertrieben sei, aber er hofft auf Restitution seitens des Kaisers. Zunächst bittet er aber, ihm die Mittel zur Ehe durch Übertragung noch einer Statthalterschaft und der Meisterwürde im brandenburgischen Zweige des Johanniterordens zu verschaffen. Letzteres war übrigens mit Weiterungen verknüpft, denn der verstorbene Graf Schwarzenberg hatte in einem, wie es scheint, nicht ganz legalen Verfahren seinen Sohn Johann Adolf zum Koadjutor wählen lassen und dieser nahm nun die Nachfolge im Amte des Meisters — mit dem natürlich stattliche Einkünfte verbunden waren — für sich in Anspruch. Gegen den jüngeren Schwarzenberg macht Markgraf Ernst geltend, daß ihn die Schweden im Amte nicht dulden würden, was doch bei der Annäherung des Kurfürsten an diese Macht ins Gewicht fiel, ein Gesichtspunkt übrigens, der im geheimen Rate geraume Zeit später auch betont worden ist.[2]) — Das Hindernis der Verschiedenheit der Konfession — der Markgraf war lutherisch — sucht dieser damit zu beseitigen, daß er der Ausübung der reformierten Religion von seiten seiner künftigen Gemahlin

[1]) Loeben an den Kurf., d. Wien 21. September 1641. Orig. der Kurf. an Loeben, Kgsbg., d. 23. November 1641 Conc. — Des Markgrafen Instruktion für Burgsdorf, d. d. Cölln a. d. Spree d. 10. Oktober 1641. Orig. mit eigenhänd. Unterschrift. (Kgl. Hausarchiv Rp. XXXIV. S. auch Urk. u. Akt. I, S. 490.

[2]) Das Material in Meinardus' Protokollen I.

keine Hindernisse in den Weg legen und daß er ihr einen reformierten Prediger halten wolle, ja es klingt fast, wie die Andeutung, daß er selbst sich vielleicht dem Bekenntnisse der Prinzessin später anschließen könnte, wenn er schreibt, er werde nicht unterlassen, „nicht allein mit Ihrer Liebden dero Predigten vfleißigk zu besuchen, sondern auch der Reformirten Scripta gleichergestalt durchzulesen, zu erwegen und sich daraus umb so viel mehr zu informiren". Endlich zieht die Instruktion des Markgrafen auch die Jülich-Cleveſche Frage in den Kreis der Erörterung. Luise Charlotte hatte nächst dem Bruder die Anwartschaft auf jene rheinischen Besitzungen und durch ihre Heirat mit dem Markgrafen wäre im Falle des kinderlosen Ablebens Friedrich Wilhelms die Vereinigung dieser Gebiete mit dem Kurhause gesichert gewesen, denn der Kurhut hätte in diesem Falle von Rechts wegen auch dem Markgrafen zufallen müssen. Kam es aber gar zur Heiratsallianz mit einem anderen, so kamen alle etwaigen Rechtsansprüche der Prinzessin auf jene niederrheinischen Lande dem Hause der Hohenzollern doch nicht zu Gute. Von dem Neuburger Pfalzgrafen wissen wir ja außerdem, daß er in jedem Falle das Ehebündnis für seine Ansprüche auf jenes viel umstrittene Gebiet auszunützen gedachte. Wenn nun der Kurfürst dem Markgrafen die Hand seiner Schwester zusagte, so werden ihn solche Erwägungen, besonders wohl auch die Rücksicht auf die Einheit des Staates geleitet haben; es war dies ein Gesichtspunkt, der ihn auch veranlaßt hatte, für den Markgrafen Ernst auf dessen Anregung bereitwillig die Mitbelehnung mit dem Herzogtum Preußen beim polnischen Könige zu erlangen.

Als das Jahr zu Ende ging, war Luise Charlotte die Braut ihres Vetters Ernst, nicht ohne daß noch zuletzt ernste Schwierigkeiten zu überwinden gewesen wären. „Soeben habe ich, schreibt sie im Januar 1642 der pfälzischen Prinzessin, „nunmehr Ursach E. L. sehr dienstlich wegen dem Glückwunsch zu bedanken, dann nachdem Se. Lb. dero Vettern von Jegerndorff neuwlich den Obristen Curtt Borgsdorff hereingeschickt,

unndt es bey mein Frau Mutter unndt Herr Bruder ferners zu ſuchen, er auch nun ſolches erhalten, ſo will ich es meiner ſo lieben Schweſter nicht leugnen. ... mann hatt wohl recht Gottes fürſehung geſehen, dann wie viel hierzwiſchen kommen in der weil, daß wir von einander geweſſen, darff ich der Feder nicht trauwen, es iſt uns offt bang geweſſen, unſere Zuſage würde nicht gültig geachtet werden, aber Gott hatt mein Fraw Mutter und Bruders Hertzen ſo regierrtt, undt alle den Rahtt (d. h. den geh. Rat.) daß wohl ſein providentz hierdurch zun erkennen, Gott gebe S. Lb. nun nur dero Landt, vom Kayſer iſt es zwar ganz abgeſchlagen, aber wir trauwen Gott undt unſerer Königin undt der Krohn Schweden, die werden alle Underdruckte nicht auss dem Frieden Schließen ... nun Adieu mein Hertze-Schweſter, ich ſchrieb gern noch viel, aber weil ich kein brieff von meinem liebſten Vetter krieg, binn ich heutt nichtt in luſtigem humeur.“ [1])

Man ſieht, die vierundzwanzigjährige Prinzeſſin iſt dem Bräutigam herzlich zugethan, und daß auch er dieſe Liebe von ganzem Herzen erwiderte, dafür ſprechen manche Zeugniſſe. „Seine fürſtliche Gnaden, berichtet Konrad von Burgsdorf im Februar 1642 an den Kurfürſten, ſinnt wol von Herzen verlibet“ und fügt den Wunſch hinzu, auch Friedrich Wilhelm möge dem Gedanken einer Eheſchließung nahetreten. — Es kam auch zum Austauſche der üblichen Brautgeſchenke, Markgraf Ernſt verehrte ſeiner Braut außer ſeinem Silberzeuge einen Rubin, ein Halsband und einen Ring, den er — wie kümmerlich waren doch ſeine Verhältniſſe — bei einem Juwelier borgen mußte. Luiſe Charlotte ſchenkte ihrem Verlobten außer dem herkömmlichen Ringe ein Armband und ihr Bildnis in diamantengeſchmückter Kapſel, die er ſpäter ſtets auf der Bruſt zu tragen pflegte.[2])

Markgraf Ernſt war als Statthalter der Marken nicht auf Roſen gebettet, er hatte mit zahlreichen Verdrießlichkeiten und

[1]) Luiſe Charlotte an Pfalzgräfin Chriſtine Magdalene, Königsberg, d. 8. Jan. 1642. Kopie im Stockh. Reichs-Archiv aus der Stegeborgsſammlung.

[2]) Meinardus' Protokolle I, S. 375, 448, 449, 545, 565.

Schwierigkeiten zu thun, die sich besonders aus dem Aufenthalte fremder Truppen im Lande ergaben. Er gab sich redliche Mühe, den auf ihn gesetzten Erwartungen zu entsprechen; wir hören, daß er im Februar 1642 aus Rücksicht auf sein Amt auf die geplante Reise nach Königsberg zum Leichenbegängnis Kurfürst Georg Wilhelms verzichtet, obgleich er dort seine Braut wiedergesehen hätte, die gleich ihrem Bruder das ganze Jahr in Preußen weilte und daß ihm diese Entsagung den Dank des Kurfürsten eintrug. Aber sein ohnehin schwacher Körper ist den Aufregungen und Mühen des Amtes nicht gewachsen gewesen oder diese haben doch den Keim der Krankheit, die in ihm steckte, zur Reife gebracht. Die vollständige Zerrüttung des Nervensystems machte sich in einer schweren Gemütsdepression, die sich bald zur Angst, verfolgt zu werden, steigerte, geltend. Paroxysmen wechselten mit Zuständen vollständiger Erschöpfung und führten schließlich in der Morgenfrühe des 24. Septembers (4. Oktober) den Tod des Markgrafen herbei. Noch in den letzten lichten Tagen haben ihn Gedanken an den Kurfürsten und die fern in Preußen weilende Braut beschäftigt. Es fehlte nicht an eilfertigen Klatschereien, welche die Todesursache in einer Vergiftung suchten, aber diese Ausſprengungen waren vollkommen unbegründet. Die ärztliche Kunst jener Tage erkannte in dem Leiden des Verstorbenen eine „profundissima melancholia“ und meinte, daß gewisse Grundlagen dazu im Vorleben des Prinzen, besonders auch im übermäßigen Essen und Trinken der schweren Weine des Südens zu suchen seien. „Zu diesem allen — heißt es in dem Gutachten des Dr. Magirus — seind nun kommen die Bewegung des Gemüths, Traurigkeit, Sorgen, Schrecken, Furcht und sonderlich die Liebe, welche dann, ob sie gleich aus einem züchtigen Herzen kömmt, wann sie überhand nimmt, den Menschen nicht allein um die Gesundheit, sondern auch um das Leben bringen kann.“ [1])

[1]) Über die Krankheit und den Tod des Markgrafen s. Protokolle I, 521—536 u. Urk. u. Aktenst I, 496 ff.

Luise Charlotte erfuhr den Tod des Bräutigams in Königsberg. Der Kranz, den sie mit der Bestimmung nach Berlin sandte, daß er ihm in den Sarg gelegt werde, traf erst nach seiner Schließung ein. Wir übergehen hier die unerquicklichen Erbschaftsstreitigkeiten, welche sich nun zwischen dem Kurfürsten und der Mutter des verstorbenen Markgrafen, der Herzogin Eva Christina von Württemberg, erhoben. Während nämlich der Kurfürst die ganze Erbschaft einziehen, dafür aber die sehr erheblichen Schulden des Markgrafen begleichen und seiner Mutter eine jährliche Zahlung bis zu ihrem Lebensende leisten wollte, nahm die letztere die Hinterlassenschaft für sich in Anspruch und behauptete, daß ihr ein Witwengeld vom Kurfürsten ohnehin zukomme. Die Frage hat sich noch lange hingezogen und in den Verhandlungen des geheimen Rates eine Rolle gespielt.[1])

So hatte der Tod die erste Verlobung Luise Charlottes gelöst, aber nach etwa zwei Jahren, während deren wir vom Leben der Prinzessin keine genauere Kunde haben, tauchen wiederum Pläne, sie zu vermählen auf und beschäftigen den geheimen Rat des Kurfürsten. Aus seinen Verhandlungen, die sich durch Monate ziehen, können wir jene genau kennen lernen und die Beurteilung ersehen, welche die einzelnen Kandidaten, an die man dachte — es waren drei — fanden.[2]) Zunächst rechnete man mit dem polnischen König Wladislaw IV., dessen erste Gemahlin Cäcilie Renate, eine Schwester Kaiser Ferdinands III., soeben gestorben war, sodann aber mit dem Pfalzgraf Karl Ludwig von der Pfalz, der ein Sohn des Winterkönigs und somit ein leiblicher Vetter Luise Charlottes war, und endlich hatte der Herzog Jakob von Kurland seinen neubestallten Rat Christoph von Derschau,[3]) der soeben seine Professur an der Königsberger Hochschule aufgegeben hatte, an

[1]) Über diese Dinge s. den 1. Bd. der Protokolle.

[2]) S. Protokolle II, S. 494, 573, 611.

[3]) Über Derschau s. Arnoldt, „Geschichte von der Universität Königsberg" II.

Konrad von Burgsdorf abgesandt, um diesen einflußreichen Rat des Kurfürsten für den Plan seiner Vermählung mit Luise Charlotte zu gewinnen. Der geheime Rat hat dann die Chancen der verschiedenen Kandidaten eingehend geprüft. Einig war man schließlich darin, daß der polnische König nicht in Frage kommen könne. Mußte schon die macht- und vermögenslose Lage des Monarchen starke Bedenken erregen, da er nicht in der Lage war, seine Gattin für den Fall seines Todes in materieller Hinsicht sicherzustellen, und seine Kinder sich voraussichtlich dereinst mit dem Ertrage einiger Starosteien hätten begnügen müssen, so kam dazu noch das schwerwiegende Moment der Religionsverschiedenheit. Als Protestantin standen der Prinzessin, wenn sie dem Könige die Hand reichte, gewiß schwere Tage in dem streng katholischen Lande bevor, in dem es nicht allzuviel bedeutete, daß Wladislaw IV. selbst den irenischen Bestrebungen der Zeit, die sich in Männern, wie dem Helmstädter Professor Calixt verkörperten, reges Interesse entgegentrug und das Zustandekommen eines vermittelnden Religionsgespräches, wie es in der That im folgenden Jahre in Thorn zusammentrat, von sich aus förderte. Wie mußte es aber erst im Falle des frühzeitigen Ablebens des Königs mit den Seinigen werden? Der geheime Rat befürchtete nicht ohne Grund, daß die königliche Witwe dann verfolgt, die Kinder ihr genommen und in der katholischen Religion erzogen werden würden. Da man aus all diesen Gründen von der Heiratskandidatur des Königs Wladislaw nichts wissen wollte, so kamen nur der Pfälzer und der kurländische Herzog in Frage.

Für Karl Ludwig von der Pfalz konnte manches angeführt werden; er gehörte gleich dem brandenburgischen Kurhause dem reformierten Bekenntnisse an und, was besonders zu beachten war, durch ihn ließ sich vielleicht eine Annäherung an England erreichen, dessen König ja sein Vetter war und ihn unterstützte. Dazu kam noch, daß, wenn im Falle des vorzeitigen kinderlosen Ablebens Kurfürst Friedrich Wilhelms die klevischen Lande an Luise Charlotte fielen, alsdann ihre Bewohner ebensowohl

wie die Niederlande, die reformierte, pfälzische Herrschaft der des lutherischen und dazu fernen Kurländers vorziehen mußten. Dagegen fiel aber schwer ins Gewicht, daß der Pfälzer zunächst ein Fürst ohne Land und immerhin nicht jeder Zweifel ausgeschlossen war, inwieweit denn der erhoffte Friede dem geächteten Pfälzer Kurhause die Restitution in seine Herrschaft bringen werde.

Der Herzog Jakob von Kurland endlich war zwar Lehnsmann Polens, indem sein Land zu diesem Staate in demselben staatsrechtlichen Verhältnisse stand wie das Herzogtum Preußen und als solcher vielfach beengt und eingeschränkt, aber er war reich und „ein kluger Herr, des Standes wie andere Fürsten im Reich und hochgeachtet". Das half über die Verschiedenheit der Religion — der Herzog war Lutheraner — hinüber, die in jenen Tagen eine so große Rolle spielte. Die Stimmung eines Teiles der Mitglieder des geheimen Rates war die, daß man den Kurländer zunächst hinhalten solle, um in Ruhe abwarten zu können, wie sich die Verhältnisse des Pfalzgrafen, den man im Prinzip vorzog, gestalteten. Aber ein solches dilatorisches Verhalten war doch nicht ausführbar und der geheime Rat entzog sich dieser Erkenntnis nicht. Der Herzog Jakob war schon 34 Jahre alt, hatte sich — sowohl bei einer Oranierin, als auch bei einer Prinzessin von Rohan — Körbe geholt und war schwerlich geneigt, sich garzulange hinhalten zu lassen. Anderseits hatte auch Luise Charlotte, die bald ihr siebenundzwanzigstes Lebensjahr vollendete, die erste Blüte der Jugend hinter sich und man durfte daher, wollte man sie durch eine standesgemäße Ehe versorgen, sich eine günstige Gelegenheit nicht um einer unsichern, wenn auch vielleicht günstigeren willen, entgehen lassen. Diese Erwägungen werden den Ausschlag zu Gunsten des Kurländers gegeben haben, zumal da von der Seite des polnischen Königs und des Pfalzgrafen direkte Anträge nicht vorlagen. Ein neuer Bewerber, der sich zu Beginn des Jahres 1645 durch Konrad von Burgsdorfs Vermittelung melden ließ, der Herzog Ernst Bogislaff von

Croy, wurde nicht berücksichtigt[1]) und da auch die Prinzessin und ihre Mutter, denen man die allendliche Entscheidung anheimgestellt hatte, keine Einwendungen dagegen erhoben, so fand im Juli 1645 zu Königsberg die Verlobung Luise Charlottes mit dem Herzog Jakob von Kurland statt, die Simon Dach mit einigen festlichen Versen feierte. Die Prinzessin ging auf diese Verlobung nicht aus Liebe ein; sie hat es selbst später in einem Briefe an Otto von Schwerin ausgesprochen, daß sie nur auf des Kurfürsten „Geheiß und Zusage" den Herzog geheiratet habe.

Am 13. Juli 1645 wurde die Heiratsnotul in Königsberg[2]) aufgesetzt und es ist begreiflich, daß in ihr für die Sicherung des reformierten Bekenntnisses der fürstlichen Braut Sorge getroffen wurde. Abgesehen davon, daß ihr die freie Ausübung des Gottesdienstes nach reformierter Art in ihrem zukünftigen Herzogtum, wo die lutherische Kirche herrschte, zugestanden wurde, so wurde über die Konfession der aus der Ehe erwarteten Kinder eine genauere Bestimmung getroffen. Bis zum siebenten Lebensjahre sollten die Söhne sowohl, wie die Töchter von der Mutter „in der Furcht des Herrn" erzogen werden. „Hernachmals werden Unsere beyderseits Söhne in unserer Evangelischen (d. h. lutherischen) Religion, Unserer Lande Verfassungen und Reversalen gemäß, wie billig auferzogen, die Töchter oder Fräulein aber bleiben auch nach der Zeit nicht minder der freyen Mütterlichen education einen weg wie den andern Unterhaben und Vorbehalten." Der Herzog hatte auch zugesagt, daß der Teilnahme anderer Personen an den reformierten Gottesdiensten Luise Charlottes kein Hindernis in den Weg gelegt werden und daß bei der Taufe der fürstlichen Kinder der in manchen lutherischen

[1]) Protokolle III, S. 35.

[2]) Kopie im Königsberger Staatsarchiv. Das Original im Mitauer Herzogl. Archiv. Die Konfirmation der Ehegatten durch den polnischen König Wladislaws IV., d. d. Warschau d. 20. April 1646 im Mitauer Herzogl. Archiv. Beides auf Pergament.

Landeskirchen und so auch in Kurland, noch gebräuchliche Akt der Teufelsaustreibung, der Exorcismus, nicht zur Anwendung kommen solle, aber „aus gewissen erheblichen Considerationen und respecten", d. h. nämlich aus Rücksicht auf die orthodoxen Lutheraner in seinem Lande hatte er Bedenken getragen, diese Versprechungen in die Heiratsnotul aufzunehmen. Auf den Wunsch seiner Braut wiederholte er sie ausdrücklich in einem an demselben Tage ausgestellten Nebenreceß.[1]) Es sollte danach nicht nur den zum Hofstaate Luise Charlottes gehörigen Personen, „Sondern auch andern, So Sich zu dero Reformirten Religion bekennen undt finden möchten, sich deß ... freyen Religionsexercitii unhinderlich zu gebrauchen jederzeit gegönnt und verstattet werden," beim Taufakt der fürstlichen Kinder „der genandte exorcismus alß ein adiaphoron, undt zum Wesen der Tauff nicht gehöriges Mittelding, außgelassen werden".

Auch die materiellen gegenseitigen Verpflichtungen der künftigen Gatten fanden ihre Regelung; der Herzog sollte seiner Gemahlin 1000 Rth. als Morgengabe und weitere 8000 Rth. jährlich als Ehegelder zahlen, und zwar sollten ihr die letzteren Summen aus den Einkünften etlicher herzoglicher Ämter zugehen. Der Kurfürst wollte seiner Schwester seinerseits als „Ehegeld" 15000 Rth. und 7500 Rth. als „Schmuckgelder" mitgeben, doch sollten diese Summen durch die Stände der Mark und des Herzogtums Preußen aufgebracht werden. Das unregelmäßige Einfließen dieser „Fräuleinsteuer" hat dann, wie wir noch sehen werden, die Quelle mancher Verdrießlichkeiten gebildet.[2])

In den Ehevertrag wurden auch Bestimmungen über die Jülichschen Lande aufgenommen. In diesen galt auch die weibliche Erbfolge und es wurde demgemäß bestimmt, daß sie im Falle des kinderlosen Todes Friedrich Wilhelms an

[1]) Nebenreceß vom 13. Juli 1645 im Kgl. Hausarchiv in Berlin.
[2]) S. im 2. Kapitel.

Luise Charlotte, bezw. ihren Erben fallen sollten. Doch verpflichtete sich der Herzog Jakob in diesem Falle, die jüngere Schwester seiner Braut, Hedwig Sophie, oder deren Erben mit einer bestimmten Geldsumme zu entschädigen.

Die Hochzeit sollte nach der ursprünglichen Absicht in Kurland stattfinden und der Kurfürst selbst plante, sehr zum Leidwesen seiner geheimen Räte, dorthin zu reisen. Es liegt nahe, daß Herzog Jakob hierbei seine alte Pflegemutter, die Witwe seines Vorgängers, des Herzogs Friedrich von Kurland, im Auge hatte, die eine alte gebrechliche Frau war und die Reise von Kurland nach Preußen nicht wohl unternehmen konnte. Aber da die Mutter Luise Charlottes und ihre ebenfalls zur Hochzeit erwartete Tante, die verwitwete Königin Marie Eleonore von Schweden den Strapazen einer größeren Reise auch nicht gewachsen waren, so wurde Konrad von Burgsdorf nach Kurland entsandt, um mit dem Herzog Jakob über die Verlegung der Hochzeit nach Königsberg zu verhandeln. In der That kam Jakob entgegen und als Ort des Hochzeitsfestes wurde die Pregelstadt, als Termin statt des 25. Septembers der 10. Oktober n. St. festgesetzt.[1])

Noch galt es manche Vorbereitungen zu erledigen und die nötigen Einladungen ergehen zu lassen. Solche wurden außer an die näher verwandten fürstlichen Familien an den König von Polen, als den Oberlehnsherrn Preußens und Kurlands, sowie an die Stände beider Herzogtümer erlassen. Schwierig war es, die geeigneten Persönlichkeiten zu finden, die die Prinzessin als Hofbeamte in ihre neue Heimat begleiten sollten. Kein Geringerer als Otto von Schwerin, der damals noch Kammergerichtsrat war, ist zeitweilig dazu aus-

[1]) Ursprünglich war an den 3., dann an den 25. September gedacht worden. S. Protocollum, was den 29. July 1645 Vom Obersten Cammer Herrn Conradt v. Borchsdorffen proponiret. — Jakob von Kurland an die preuß. Oberräte, d. d. Mitau d. 6. Aug. 1645. — Einladungsschreiben an die Insassen des Herzogtums Preußen, d. d. Königsberg, d. 14. Sept. 1645. — ꝛc. Kgsbg. Staatsarchiv.

Landeskirchen und so auch in Kurland, noch gebräuchliche Akt der Teufelsaustreibung, der Exorcismus, nicht zur Anwendung kommen solle, aber „aus gewissen erheblichen Considerationen und respecten", d. h. nämlich aus Rücksicht auf die orthodoxen Lutheraner in seinem Lande hatte er Bedenken getragen, diese Versprechungen in die Heiratsnotul aufzunehmen. Auf den Wunsch seiner Braut wiederholte er sie ausdrücklich in einem an demselben Tage ausgestellten Nebenreceß.[1]) Es sollte danach nicht nur den zum Hofstaate Luise Charlottes gehörigen Personen, „Sondern auch andern, So Sich zu dero Reformirten Religion bekennen undt finden möchten, sich deß ... freyen Religionsexercitii unhinderlich zu gebrauchen jederzeit gegönnt und verstattet werden," beim Taufakt der fürstlichen Kinder „der genandte exorcismus alß ein adiaphoron, undt zum Wesen der Tauff nicht gehöriges Mittelding, außgelassen werden".

Auch die materiellen gegenseitigen Verpflichtungen der künftigen Gatten fanden ihre Regelung; der Herzog sollte seiner Gemahlin 1000 Rth. als Morgengabe und weitere 8000 Rth. jährlich als Ehegelder zahlen, und zwar sollten ihr die letzteren Summen aus den Einkünften etlicher herzoglicher Ämter zugehen. Der Kurfürst wollte seiner Schwester seinerseits als „Ehegeld" 15000 Rth. und 7500 Rth. als „Schmuckgelder" mitgeben, doch sollten diese Summen durch die Stände der Mark und des Herzogtums Preußen aufgebracht werden. Das unregelmäßige Einfließen dieser „Fräuleinsteuer" hat dann, wie wir noch sehen werden, die Quelle mancher Verdrießlichkeiten gebildet.[2])

In den Ehevertrag wurden auch Bestimmungen über die Jülichschen Lande aufgenommen. In diesen galt auch die weibliche Erbfolge und es wurde demgemäß bestimmt, daß sie im Falle des kinderlosen Todes Friedrich Wilhelms an

[1]) Nebenreceß vom 13. Juli 1645 im Kgl. Hausarchiv in Berlin.
[2]) S. im 2. Kapitel.

Luise Charlotte, bezw. ihren Erben fallen sollten. Doch verpflichtete sich der Herzog Jakob in diesem Falle, die jüngere Schwester seiner Braut, Hedwig Sophie, oder deren Erben mit einer bestimmten Geldsumme zu entschädigen.

Die Hochzeit sollte nach der ursprünglichen Absicht in Kurland stattfinden und der Kurfürst selbst plante, sehr zum Leidwesen seiner geheimen Räte, dorthin zu reisen. Es liegt nahe, daß Herzog Jakob hierbei seine alte Pflegemutter, die Witwe seines Vorgängers, des Herzogs Friedrich von Kurland, im Auge hatte, die eine alte gebrechliche Frau war und die Reise von Kurland nach Preußen nicht wohl unternehmen konnte. Aber da die Mutter Luise Charlottes und ihre ebenfalls zur Hochzeit erwartete Tante, die verwitwete Königin Marie Eleonore von Schweden den Strapazen einer größeren Reise auch nicht gewachsen waren, so wurde Konrad von Burgsdorf nach Kurland entsandt, um mit dem Herzog Jakob über die Verlegung der Hochzeit nach Königsberg zu verhandeln. In der That kam Jakob entgegen und als Ort des Hochzeitsfestes wurde die Pregelstadt, als Termin statt des 25. Septembers der 10. Oktober n. St. festgesetzt.[1])

Noch galt es manche Vorbereitungen zu erledigen und die nötigen Einladungen ergehen zu lassen. Solche wurden außer an die näher verwandten fürstlichen Familien an den König von Polen, als den Oberlehnsherrn Preußens und Kurlands, sowie an die Stände beider Herzogtümer erlassen. Schwierig war es, die geeigneten Persönlichkeiten zu finden, die die Prinzessin als Hofbeamte in ihre neue Heimat begleiten sollten. Kein Geringerer als Otto von Schwerin, der damals noch Kammergerichtsrat war, ist zeitweilig dazu aus-

[1]) Ursprünglich war an den 3., dann an den 25. September gedacht worden. S. Protocollum, was den 29. July 1645 Vom Obersten Cammer Herrn Conradt v. Borchsdorffen proponiret. — Jakob von Kurland an die preuß. Oberräte, d. d. Mitau d. 6. Aug. 1645. — Einladungsschreiben an die Insassen des Herzogtums Preußen, d. d. Königsberg, d. 14. Sept. 1645. — ꝛc. Kgsbg. Staatsarchiv.

ersehen gewesen, Luise Charlotte als Hofmeister nach Kurland zu folgen, doch zerschlug sich die Sache.[1]) Die Beziehungen aber, die sich zwischen der Schwester des Großen Kurfürsten und seinem späteren vornehmsten Ratgeber entspannen, sind sehr rege gewesen und ihr Briefwechsel, zum Teil erhalten, eine sehr beachtenswerte Quelle zur Geschichte der fürstlichen Frau.

Am festgesetzten Termin fand dann auch die Hochzeit statt. Die Trauung vollzog der reformierte Hofprediger Dr. Johann Bergius, und mehrtägige Festlichkeiten verherrlichten die Feier, bei der es nicht an „Kopf-, Ring- und Quintanrennen" und anderen „ritterlichen Exercitien", zu denen Edelleute aus dem Herzogtum Preußen entboten worden waren, fehlte. Der in der Musikgeschichte Königsbergs nicht unbekannte Kapellmeister Johann Stobäus brachte eine Komposition „mit 9 Stimmen gesetzet" dar, und Königsberger, aber auch kurländische Poeten besangen den Tag im Geschmacke der Zeit, unter jenen auch in lateinischen Versen der treuergebene und unermüdliche Simon Dach.

Nach Beendigung der Festlichkeiten brachen die Neuvermählten nach Kurland auf, wo noch auf dem herzoglichen Schlosse zu Goldingen ein glänzender Empfang durch die kurländische Ritterschaft und siebentägige Feste folgten. — So war Luise Charlotte Herzogin von Kurland geworden; sie mochte damals kaum ahnen, daß ihr die Fremde mit den Jahren zur lieben Heimat werden würde.

[1]) Meinardus, Protokolle III, 214. Die alte Pflegemutter Herzog Jakobs, Elisabeth Magdalene, ließ sich bei der Hochzeit durch den Freiherrn von Kettler vertreten, vgl. Seraphim: Aus Kurlands herzogl. Zeit (1892). S. 135. Die Akten über das fürstliche Beilager befinden sich im Königsberger Archiv. Die Stobäussche Komposition, deren Text dem 20. Psalm entnommen war, führte den Titel „Fürstlicher Ruhm und Schutz" und ist bei Reußner in Königsberg gedruckt.

2. In der neuen Heimat.

Selbst der Name des Herzogs Jakob von Kurland, dem die Hohenzollerntochter die Hand zum Ehebunde gereicht hatte, ist außerhalb seines Landes heute so gut wie vergessen und verklungen. Den Zeitgenossen aber war er wohl bekannt, der rührige und unternehmende, vom Glücke kurze Zeit begünstigte, dann aber ins äußerste Ungemach geratene Herrscher, von dem ein schwedischer Geschichtschreiber mit Grund gemeint hat, seine glänzenden Eigenschaften hätten ihn wohl befähigt, auf einem mächtigeren Thron Großes zu wirken. —

Als ein Menschenalter nach der Säkularisierung des preußischen Ordenslandes auch der livländische Zweig des deutschen Ritterordens zu existieren aufhörte, und, von Moskau bedroht und vom heil. römischen Reiche verlassen, seine bisherige Zugehörigkeit zum Mutterlande löste, war der nördlichste Teil des Ordensgebietes, Estland, an Schweden gekommen, Livland aber der polnischen Krone zugefallen, die in der lange erstrebten Provinz mit Energie, aber schließlich doch ohne nachhaltigen Erfolg die Gegenreformation durchzuführen strebte. Gustav Adolf von Schweden blieb es dann vorbehalten, auch dieses Land für sein Reich zu gewinnen und damit ein Gebiet für die Lehre Luthers zu retten, das ihr mit unter den ersten einst zugefallen war. Ein anderes Geschick war 1561 bei der Auflösung des livländischen Ordensstaates seinem südlichsten Gebiete zu teil geworden: der letzte Meister des Ordens in Livland, Gotthard Kettler, gewann es als weltliches erbliches Herzogtum, Kurland, für sich und schuf hier ein unter polnischer

Lehnshoheit stehendes Staatswesen, daß in seinem Wesen deutsch, in seiner Verfassung dem Herzogtum Preußen bewußt nachgebildet war. Dem ersten Herzoge folgten seine zwei Söhne, Friedrich und Wilhelm, in gemeinsamer Regierung (1587), und in dieser Periode vollzieht sich eine scharfe Auseinandersetzung zwischen der landesherrlichen Gewalt und dem Adel. Mit Hilfe des polnischen Oberlehnsherrn, in dessen Auftrage eine der beliebten „Komissionen" in Kurland erschien — auch Preußen weiß von ihnen zu erzählen — siegt der frondierende Adel, und Herzog Wilhelm, der in unseliger Verblendung zwei besonders heftig opponierende Edelleute hatte niederstoßen lassen, mußte ins Exil wandern. Sein kinderloser älterer Bruder Friedrich führte nur bis zum Jahre 1642 die Regierung des Herzogtums, dann folgte ihm des Verbannten Sohn Jakob, der Gemahl Luise Charlottes.[1])

Jakob war schon durch seine gleich nach seiner Geburt verstorbene Mutter Sophie von Brandenburg mit dem Hause der Hohenzollern verwandt: sie war die vierte Tochter des „blöden Herrn", des Herzogs Albrecht Friedrich von Preußen, Herzog Jakob also eine Vetter des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg und demnach ein Oheim seiner Gemahlin. Eine gründliche Bildung und ein lebhafter Geist zeichneten den Fürsten aus, der es sich, als er zur Regierung gelangt war, zum Ziele setzte, den Wohlstand seines Landes zu heben, seine Finanzen zu kräftigen und dadurch möglichst unabhängig vom Adel zu werden. Dann mochte er hoffen, daß sich allmählich auch für das Lehnsverhältnis zum polnischen Reiche den Lebensbedingungen Kurlands mehr entsprechende Formen finden würden, wenn er als ein kraftvoller politischer Faktor dastände. Diesem seinem Ziele suchte er nun in einer sehr charakteristischen Weise zuzustreben: ganz erfüllt von den Ideen des Merkantilsystems schuf er sich eine große Flotte und gründete als einer der ersten unter den deutschen Fürsten Handelsniederlassungen

[1]) Über Herzog Jakob im allgemeinen vgl.: Seraphim, „Geschichte Livland-Est-Kurlands" II, S. 518 ff.

in fernen Erdteilen, bald wehte am Gambia und auf dem westindischen Eiland Tabago die Flagge Kurlands. Diese Bestrebungen fallen freilich erst in die Zeit nach seiner Heirat; vorher aber war er schon eifrig bemüht, die herzoglichen Domänen durch Verbesserung der Wirtschaft zu heben und durch den rührig betriebenen Absatz der Produkte des Ländchens sich von den Schulden zu befreien, in die die Jahre des ersten schwedisch-polnischen Krieges das herzogliche Haus gestürzt hatten. Schon als er im Sommer 1644 mit Konrad von Burgsdorf wegen der Heirat mit Luise Charlotte anknüpfte, konnte er darauf hinweisen, daß trotz mancher Schwierigkeiten seiner Lage „seine Regierung also stabiliert wäre", daß er bald aus den Schulden herauskommen würde; siebenundzwanzig der fürstlichen Ämter waren damals bereits unbeschuldet.

Obwohl Luise Charlotte ihre Ehe ohne besondere Neigung eingegangen war, so gestaltete sich das Verhältnis zum Gatten doch zu einem überaus innigen. Sie selbst hat es noch kurz vor ihrem Tode in einer für ihre Kinder bestimmten Aufzeichnung ausgesprochen, daß sie „sich nächst Gottes Gnade um nichts Höhers, als ihres herzlieben Herrn Liebe und Gunst bemühet habe". Sie war dann über ein Jahrzehnt Zeugin, wie trotz mancher Rückschläge, Verluste und Mißerfolge den Bemühungen Herzog Jakobs reicher Erfolg zu winken schien. Verheißungsvoll entwickelten sich seine industriellen Unternehmungen. Eisen- und Kupferhämmer erhoben sich im Lande, Glashütten, Webereien und andere Fabriken folgten, und der rüstig betriebene Schiffsbau ermöglichte einen schwungvollen Handel, der nicht an den Grenzen des Erdteils Halt machte, sondern sich weithin über das Weltmeer erstreckte. Ganz im Sinn jenes Zeitalters waren auch die schon erwähnten Versuche, selbst überseeische Kolonien zu gründen. Anfangs trugen die Unternehmungen des auf der Bahn kommerziellen Strebens rüstig fortschreitenden Fürsten reiche Frucht: „Zu arm für einen König, aber zu reich für einen Herzog" — so soll ihn König

Karl Gustav von Schweden genannt haben. Luise Charlotte freute sich des Strebens und der Erfolge des Gatten von ganzem Herzen. „Ich dien' zu kein' Soldaten Frau", schreibt sie in den Tagen des Glückes nach der brandenburgischen Heimat und noch manches Zeugnis ließe sich anführen, wie sehr sie das Los, das ihr gefallen, damals dankbar gewürdigt hat.

Ein sehr freundliches Verhältnis bildete sich zwischen ihr und der alten Pflegemutter ihres Gemahles, der Witwe Herzog Friedrichs. Elisabeth Magdalene, von Geburt eine pommersche Prinzessin, war in Kurland, mit dem sie viel Leid' und Freud' geteilt hatte, ganz verwachsen. Als der Neffe heiratete, schlug die greise Fürstin ihren Witwensitz auf dem Schlosse zu Doblen auf, aber mit dem jungen Hofe, der meist in Mitau residierte, hat sie die intimsten Beziehungen unterhalten, die erst ihr im Jahre 1649 erfolgter Tod löste. Nicht selten weilte das junge fürstliche Paar bei der greisen Herzogin und mancher freundliche und wohlthuende Zug tritt uns in ihrem Verkehre entgegen.

Sendet die alte Fürstin den herzoglichen Verwandten Hopfen, Salat, Brunnenkresse und andere Erzeugnisse ihres Gartens, so empfängt sie dafür Weine, Südfrüchte, die des Herzogs Schiffe aus der Ferne geholt haben, und ein freundlicher Briefwechsel geht nebenher. Den harmlosen Inhalt dieser liebenswürdigen Familienbriefe mögen folgende Zeilen aus einem undatierten Briefe Luise Charlottes veranschaulichen, den wir nach seinem sonstigen Inhalte ins Jahr 1646 zu setzen haben. Sie schreibt der greisen Fürstin: „Hochgeehrte, Mein Hertzs Allerliebste Fraw Mutter. Wie kan oder sol ich doch Wort finden, dergestalt mein demütiges dankbahres gemüht zu tesmoigniren, Als Frawmutter Mein hertzsallerliebsten Herren Und mich mit dero gütte Überschüttet Und S. Ld. so Viel guttes Eingemachtes laut einwendigen Zettels in dero gnädig Schreiben legirt, Sondern auch mich mit den Viererley Farben seide begabt, dafür ich dero liebste hende zu tausentmahl gehorsambst küsse. Wolt doch Gott, ich Wüste nur Wider Worin

oder Wodurch ich Meiner Allerliebsten Frawmutter gehorsame Kintliche und Ahngenehme dinst könt bezeigen. Der Violensaft hatt mein liebsten herren diesen Morgen Und in der nacht Viel guttes gethan, Und die quittenstücke Essen S. Ld. mit hertzslichen appetit, thun Auch nun Wider ein Wenig ein bessere Mahlzeit, Aber das trinken Wil noch nicht schmecken. . . ." Sie erwähnt weiterhin, daß sie kürzlich einen Brief von ihrer Mutter aus der Heimat erhalten habe und fährt dann fort: „Mein Frawmutter befihlt mir Auch in dero brief, Frawmutter dero Freundt Muhmlichen gruß Und dinst zu Vermelden, Ihr Gnd. Schreiben, es thu ihr im hertzen Wohl, das sie sehen das die liebe Zwisschen mein hertzslieben herren Und mir teglich mehr Zu nimpt, Und das ich in Mein Fraw Mutter gnad Zu sein mich Rühmen darf, Weis demnach, das mir solches in der Weitte Von derselben, noch ein gros Trost. Gott erhalt mir den liebsten Herren Und die beiden Frawmutters, so bin ich Wol glücklich. . ."[1])

Die häuslichen Verhältnisse Luise Charlottes gestalteten sich im großen und ganzen freundlich. Zwar verlor sie zwei von den neun Kindern, die sie dem Gatten in den ersten dreizehn Jahren der Ehe schenkte, im zarten Kindesalter, aber die anderen, vier Söhne — Friedrich Kasimir, Karl Jakob, Ferdinand, Alexander — und drei Töchter — Luise Elisabeth, Charlotte Sophie, Marie Amalie — blieben am Leben und gediehen.

Über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Herzogin, auf die wir im einzelnen hier nicht eingehen können, belehrt uns im wesentlichen ein Memorial,[2]) das sie am Abend ihres Lebens für ihre Kinder aufgesetzt hat. Die 8000 Rth., die ihr der Gemahl jährlich als Ehegelder zu zahlen sich verpflichtet hatte, sollten ihr in der Weise zugehen, daß sie die Einnahmen der Ämter Grobin, Oberbartau, Rutzau und Heiligenaa bezog. Da sie aber nicht im stande zu sein glaubte, „so weitläufige

[1]) Abgedruckt im Kurländ. Provinzialblatt 1810. Siehe auch E. Seraphim in „Aus Kurlands herzoglicher Zeit". S. 130.

[2]) ebenda S. 235.

Wirtschaft" zu übersehen und gleich nach ihrer Ankunft „der Ambtmann zu Rutzau wegen großer untreu abgedanket wurde", so ließ sie, um nicht in Verlegenheit und ihrem Gatten gegenüber in eine peinliche Situation zu geraten, diesen durch den herzoglichen Kanzler Melchior von Fölckerhalm bitten, er möge die Ämter „arendweise wiebernehmen" und ihr die 8000 Rth. jährlich in vierteljährigen Raten auskehren. Das wäre auch geschehen, aber große Verluste, die der Herzog durch Arrestierung eines Schiffes in Holland erlitt, regten ihn — es war um die Zeit, als ihm die erste Tochter geboren wurde — dermaßen auf, daß er „schier den todt genommen". Um nicht „einen so gütigen, lieben Herrn und Gemahl noch mehr zu beschweren", machte Luise Charlotte, die in den ersten vier Jahren ihrer Ehe gar keine Einnahmen gehabt hatte, ihre Ansprüche an den Gatten nicht geltend, und kam so in die Lage, von ihren eigenen Mitteln größere Summen zu verausgaben. Erst nach dem Tode der Herzogin Elisabeth Magdalene bat sie den Gatten, ihr einige der dieser zugewiesenen und der Residenz Mitau näher gelegenen Ämter (Grenzhof und Fockenhof) statt jener entfernten — sie lagen zwischen Libau und Memel — einzuräumen. Das geschah auch, während sie für die ihr bisher nicht gezahlten Ehegelder das Amt Sessau und statt der auf 1000 Rth. festgesetzten Morgengabe das schöne Amt Eckhöffchen erhielt. Durch die sorgfältige Verwaltung ihres „treufleißigen" Kammerjunkers von Somnitz, der sie aus Brandenburg nach Kurland begleitet haben dürfte, konnte sie nach ihren eigenen Mitteilungen nicht nur „alle ihre Leute und liebe Kinder wohl und reichlich erhalten", sondern selbst ihrem Gatten gelegentlich größere Summen leihen, die auf das herzogliche Amt Friedrichshof verschrieben wurden. So war, schreibt sie, ich nun durch Gottes gnade so eingerichtet, daß ich hoff, Ich wohl nichts zu schanden gemacht, Gott erhalte alles in Frieden bis am Ende — — — alleine wie alle unsere irdische Anschläge vergänglich und nichtig, ist es mier auch ergangen und habe ich des glückes unbeständigkeit, da es mit mier aufs

höchste gekommen, auch verspüret. Sie meint mit den letzten Worten den schwedisch-polnischen Krieg, auf den wir bald eingehender zurückkommen werden.

Kaum war die Herzogin nach Kurland gekommen, als sie sich auch ihrer reformierten Glaubensgenossen mit Eifer annahm. In die neue Heimat hatte sie der kurbrandenburgische Hofprediger Bartholomäus Stosch begleitet, und im Schlosse zu Mitau, im sog. „reformierten Saale" den Gottesdienst nach reformierter Art sehr zum Ärger der lutherischen Stände eingerichtet. Stosch war schon in früheren Jahren in Pilten in Kurland thätig gewesen, hatte dann bei den böhmischen Brüdern in Lissa geweilt und war schließlich 1643 nach Königsberg gekommen, wo er im folgenden Jahre Hofprediger Kurfürst Friedrich Wilhelms wurde. In dieser Stellung und als geistlicher Beistand der Kurfürstin Luise Henriette hat Stosch neben der letzteren und neben Otto von Schwerin auf die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten großen Einfluß geübt, an dem scharfen Vorgehen gegen das bisher allein herrschende unduldsame Luthertum thätig mitgewirkt und im Eifer der Abwehr, wie die neuere Forschung wahrscheinlich gemacht hat, sich nicht immer auf dem Boden der ireneischen Bestrebungen bewegt, die für Friedrich Wilhelms Kirchenpolitik maßgebend sein sollten.[1]) In der von Stosch eingerichteten Schloßkirche zu Mitau amtierten in der Folge die reformierten Hofprediger, und es entstand in der herzoglichen Residenzstadt Mitau allmählich eine kleine Gemeinde, die aus Hofbeamten, Edelleuten

[1]) S. im allgemeinen Hugo Landwehr „Die Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms des Großen Kurfürsten" und H. Landwehr in den „Forschungen zur brandenb.-preuß. Geschichte" VI, S. 99 ff. Die Angabe in den „Denkwürdigkeiten der Domkirche in Berlin" (1788) S. 18, Stosch habe für die Herzogin 1645 in Riga den reformierten Gottesdienst eingerichtet, ist natürlich falsch, denn Riga war eine schwedische Stadt, mit der die Herzogin nichts zu thun hatte. Gemeint ist natürlich Mitau. Die falsche Notiz ist dann übergegangen z. B. in Orlich, „Friedrich Wilhelm der Große Kurfürst" (Beil. S. 46), Kirchner „Die Kurfürstinnen und Königinnen auf dem Throne der Hohenzollern" S. 219, Landwehr l. c. S. 99.

und städtischen Bürgern bestand und sich sonntäglich dort zum Gottesdienste versammelte.[1]) Dieser Gemeinde verehrte die fürsorgende Gunst der Fürstin die zum gottesdienstlichen Gebrauche erforderlichen Geräte aus Silber und Gold, die noch heute diesen Zwecken dienen. Der erste reformierte Hofprediger in Mitau — seit 1646 — war Rudolf Günther Kiesewetter; aus Anhalt-Zerbst gebürtig, war er zu Stosch in persönliche Beziehung getreten und hatte im Sommer 1645 das meist von diesem bekleidete Amt eines Schloßpredigers in Pilten in Kurland beim Staroſten Maydel übernommen.

Schon im Jahre 1645 war er in Königsberg mit Luise Charlotte bekannt geworden, wie uns einige Verse, die sie damals in sein Stammbuch eingetragen hat, zeigen.[2]) In Mitau fehlte es ihm nicht an Anfeindungen von Seiten mancher Vertreter der lutherischen Landeskirche, die in Kurland nicht ohne eine gewisse Ausschließlichkeit herrschte. Er selbst hat später über „die schimpfliche Behandlung böser Leute am kurischen Hofe“ geklagt und es ist nicht unmöglich, daß seine Klagen mit solchen Anfeindungen zusammenhängen. Wie im Herzogtum Preußen, so wurde auch in Kurland über der reinen Lehre gewacht und der Ausbeutung des calvinischen „Seelengiftes“ jedes mögliche Hindernis in den Weg gelegt. In den Kreisen, die auch in Fragen äußerer Art streng am Altüberlieferten festhielten, erregte es nicht wenig Anstoß, daß

[1]) „Denkschrift zur Gedächtnisfeier des 150jährigen Bestehens des evangelisch-reformierten Gotteshauses in Mitau“. (1890.)

[2]) Sie lauten:

„Murmurer en malheur et perdre patience, c'est trop mal a propos
Vouloir ce que Dieu Veut, est la seule science, qui nous met en repos'.“

Kiesewetters Stammbuch in der Stadtbibliothek zu Königsberg (S. 89, 8°) enthält u. a. Eintragungen der Herzogin Luise Charlotte (1645) und von Bartholom. Stosch d. d. Coloniae ad. Spr. d. 10. Juni 1645 „cum iret in Curlandiam (nämlich Kiesewetter), successurus mihi in aulico ministerio sacroapud Ill. et Gen. Dom. Maydel S. R. M. in Polonia Camerarium, Militiae praefectum et Capitaneum districtus Piltensis.“ Über ihn s. „Denkschrift ...“ S. 6 ff.

dem oben erwähnten Nebenreceß entsprechend bei der Taufe der jungen Prinzen der Akt der Teufelsaustreibung (der Exorcismus) vom Superintendenten Paul Einhorn und dem Hofprediger Herzog Jakobs, Daniel Hafstein, nicht zur Anwendung gebracht, und um den auf möglichste Einfachheit im Kultus gerichteten Tendenzen der reformierten Kirche entgegenzukommen, beim Gottesdienste[1]) im fürstlichen Betsaale der Gebrauch der Lichter unterlassen wurde.[2]) Anfangs fühlte sich die junge Herzogin in der neuen lutherischen Umgebung als Reformierte — und das ist sehr charakteristisch — doch gelegentlich etwas isoliert. So klagt sie in einem Briefe an Otto von Schwerin im Mai 1647, daß ihre bisherige Hofmeisterin sie verlassen habe und nach Brandenburg zurückgekehrt sei. „So Mich doch im Rechten Ernst Alle Tage leider thut, dan kein Mensche dieses orttes der Relion Und ich mit ein Arm klein kindt in der fremde Under Meine Jungfrau Sitze Und nun Mehr sorg auf mir, als da ich die liebe Hofmeisterin hatte." Ihr Gemahl[3]) legte freilich ihrem Bekenntnis nichts

[1]) S. oben S. 31.

[2]) S. Denkschrift S. 6 ff. Kallmeyer, Otto: „Die evangel.-lutherischen Kirchen und Prediger Kurlands" bei: „Kiesewetter".

[3]) d. d. 23. Mai 1647 o. O. Orig. Kgl. Hausarchiv Berlin. In dieser Hinsicht ist in ein Schreiben Herzog Jakobs an Konrad von Burgsdorf, d. d. Baldohn, d. 3. April 1644 interessant, indem er sich in Bezug auf das geplante Thorner Religionsgespräch folgendermaßen äußert: „Weil'n dan dißes eine considerable Sache ist, welche so woll der Reformirten, alß unßer Religion angehet, undt man die Frucht in Schlesien, Oestreich undt Boehmen von solchen Synodis gesehen, Als wolle der Herr sich gefallen laßen, Ihr Churf. Dhl. resolution so lange uffzuhalten, bis wir Unß deßhalben gründtlich beredet, den solches werck nur uff unßer beide Religion angesehen ist. Dan die Russen leicht zu bereden seindt, wie sie den bereitt gethan, daß sie den Papst pro capite ecclesiae erkennen. Als haben bereitt solchem werck vorzukommen, das gantze Ministerium verschreiben laßen, das selbige nebst Unß undt Unseren Rhätten auch ihre meinung von sich geben sollen. Wan nu waß gewißes geschloßen, wirdt man mit den Hh. Preuß. RegimentsRhäten und Theologis, wie auch den Dantzkerschen eine solche Conferenz halten müssen, das man was gründliches J. Mtt. Zur Antwortt werden lassen konnte." Der herzogliche Hof-

in den Weg, er stand demselben, mit dem er sich im Gegensatze zum Papismus einig wußte, wohlwollend gegenüber, das zeigte auch sein Verhalten zum Religionsgespräch in Thorn, das der polnische König Wladislaus IV. zum Zwecke einer Aussöhnung der verschiedenen Konfessionen 1645 zustande brachte.

Mit großer Treue pflegte Luise Charlotte in der neuen Heimat die Verbindung mit der alten und unterhielt „mit ihren Leutchen in den Marken" einen regen Briefwechsel, in dem neben dem Kurfürsten und dessen Familie, sowie ihrer alten Mutter und ihrer Schwester Hedwig Sophie, die den Landgrafen Karl von Hessen-Kassel geheiratet hatte, Staatsmänner und Prediger gleichermaßen begegnen. So erhielt sie Kunde von den Vorgängen in der Heimat, von den Schicksalen und der Politik des Bruders und den Ereignissen der großen Welt. Ihre kaufmännischen Agenten und Faktoren, die sie z. B. in Danzig und Königsberg hielt, versorgten sie mit Nachrichten über Handel und Verkehr, aber nicht selten wurden auch politische Ereignisse und persönliche Beziehungen in den Kreis der Berichterstattung gezogen.

Vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm haben sich aus den ersten Jahren der Ehe Luise Charlottes Briefe erhalten, in

---

meister Eberhard von Ahnen sollte dann mit Burgsdorf an Stelle des durch die Tagung des Appellationsgerichts zu Hause zurückgehaltenen Herzogs in Memel das Genauere beraten. „Dan solche anschlege, als der Wildnische Bischoff ausgehen lassen, wovon wir dem Herrn Copia senden, dienen nicht zu unßere Religion auffnehmen, wie woll das erste so im Druck gegangen, in weit mehrerem hoefflicher formirt ist, Es ist aber desto beßer Undt ohne Zweiffel Gottes will gewesen, daß sies so ausßprengen müßen, damit man ihr intention, Umb davor sich zu hütten, ersehen kan ..." Berlin, Geh. St.-Arch. Rep. 9. Nr. 7. g. 2.

Wie wir Luise Charlottes Gemahl hier im Verein mit seinem Schwager vorgehen sehen, so haben die den Herzögen von Preußen und von Kurland gemeinsamen Interessen noch oft zu einem Gedankenaustausche beider Höfe geführt, so in Sachen der polnischen Königswahl 1648 und noch öfters. Im Hinblick auf seine kolonialen Pläne hat der Kurfürst seines Schwagers Rat eingeholt. Vgl. E. Seraphim: Kolonialpolitische Streifzüge ins 17. Jahrhundert in der Baltischen Monatsschrift 1890. S. 51 ff.

denen Kleines und Großes gleichermaßen besprochen wird. In einem Briefe (d. d. Cleve, d. 6. Juli) entschuldigt er sein Nichtschreiben mit den Worten: „Zu dem Wissen Ew. Lbd. meinen löblichen gebrauch woll, das Ich nicht gerne schreibe undt bin ich auch zimlich faull, dan ich heutte biss 9 Uhren geschlaffen hab.“ Bald darauf — im Mai 1647 — nahm Luise Charlotte Veranlassung, wegen einiger Schiffe ihres Gemahls, die in Amsterdam von der holländischen Regierung beschlagnahmt worden waren, an Otto von Schwerin zu schreiben und ihn zu bitten, er möge durch Vermittelung der Kurfürstin Friedrich Wilhelm dazu bewegen, bei den Staaten für den Herzog zu intercedieren. Man ersieht, mit welchen Schwierigkeiten der Seehandel des Herzogs verknüpft war. „Die Louise ist Neulich auch Abgesegelt, ich denck die Nehmen sie Wohl auch Wo der nahme sie nicht noch Schutzet Und mein Wappen.“ Sie beklagt die Unzuverlässigkeit ihrer Agenten und meint, am besten wäre es, eine zuverlässige Persönlichkeit nach Amsterdam zu senden. „Ach möcht' Ihr dürffen Abkommen. Aber ehe Wir hin Und her Schreiben, bleibt Alles Stecken, ich Weis Ihr Würdet Viel guttes schaffen, dan Wehren nur die Schif los, Sie sein mit Korn beladen, die Ladung aus einem Wehr Caution genug, Aber die Kerls (d. h. ihre Agenten) So da gewesen, stehen Mir nicht Ahn.“ Auf diese Frage geht der Kurfürst in einem Briefe vom 23. Juli ein. Er ist sehr erbittert über die Holländer; schon seit drei viertel Jahren könne er von ihnen keine Erklärung erlangen. Sie seien Leute, „die auf keine Freundschaft sehen, sondern nur, Wie sie einen oder den andern disobligiren können.“ „Gott gebe, daß Ihnen eine nodt zustoße, ich Will ein schelm sein, Wo ich Ihnen ein Pferdt zu gefallen wider sattelen werde.“[1]) Auch an den Schwager

[1]) Luise Charlotte an O. v. Schwerin d. d. 23. Mai 1647. Orig. Kgl. Bibliothek zu Berlin. S. E. Seraphim: Ein Beitrag zu den Beziehungen des Großen Kurfürsten zu Kurland. (Schlußbericht des Livländ. Landesgymnasiums zu Fellin 1892.) S. 1 ff.

schreibt er gelegentlich; er nimmt seinen Rat in Anspruch, als er sich mit dem Projekt einer ostindischen Handelskompagnie[1]) trägt, und nicht selten bilden den Gegenstand der Erörterung Fragen, die für die Herzogtümer Preußen und Kurland in gleichem Maße Interesse hatten, so besonders Aktionen zur Herbeiführung eines ewigen Friedens zwischen Polen und Schweden, die polnische Königswahl (1648) u. s. f.

Ein großer Teil der Korrespondenz befaßt sich indessen mit den Ansprüchen, die der kurländische Herzog an seinen Schwager geltend machen zu dürfen glaubte. Manche dieser Forderungen waren auch gewiß vollkommen berechtigt, so zunächst der Wunsch, daß die noch ausstehenden Ehegelder bezahlt würden.[2]) Der Kurfürst hatte diese nämlich in der Weise beschaffen wollen, daß er die Stände zu Willigungen heranzog und dabei ging es nicht ohne Weiterungen ab. Die Neumärkischen Stände erklärten sich im Sommer 1646 bereit, zu den 15000 Rth. Ehegeldern den fünften Teil zuzuschießen und auch auf dem zum 4. Dezember 1645 nach Königsberg berufenen Ständekonvent des Herzogtums Preußen fand der Kurfürst schließlich Entgegenkommen. Zwar erklärten die Stände, daß sie zu dieser „Fräuleinsteuer", welche der Kurfürst „alter Observantz nach und den Verfassungen dieses Hertzogthumbs gemäß" verlangte, nicht verpflichtet seien, da das Testament Herzog Albrechts die Ausstattung der fürstlichen Prinzessinnen bei ihrer Eheschließung ausdrücklich dem regierenden Herzog zur Pflicht mache. Zur Bezeugung ihrer Treue erklärten sie sich indessen „aus Freywilligkeit" bereit, einen Beitrag zu leisten. Der Herrenstand bewilligt 15, die Ritterschaft $7^1/_2$, die Städte 10 Groschen von der Hufe, schließlich

[1]) S. E. Seraphim: Kolonialpolitische Streifzüge ins 17. Jahrhundert in der Balt. Monatsschrift 1890. S. 51.

[2]) Hierüber s. die Landtagsakten von 1645 im Königsb. Staatsarch. — Meinardus Protokolle III, S. 289, 487, 509, 587, 694. — Urkunden u. Aktenstücke XV, S. 336; Triebel: Die Finanzverwaltung des Herzogtums Preußen, S. 122—124. Baczko: Geschichte Preußens V, 5.

vereinigen sie sich zum gemeinsamen Beschlusse, die Steuer auf 10 Groschen festzusetzen. Die darauf hin vom Kurfürsten erlassene Resolution (vom 29. Dezember) zeigte sich damit nicht ganz zufrieden, zumal, da die Instruktionen der Deputierten weiter gegangen wären. Doch konnte der Kurfürst von den Ständen nicht mehr erlangen und legte nun den unmittelbaren Unterthanen eine Steuer von 20 Groschen von der Hufe und recht erhebliche Lieferungen von Naturalien auf. Da die Steuer aber in Preußen säumig entrichtet wurde, so hat es in den folgenden Jahren an Befehlen des Kurfürsten, die Summen durch Landreiter gewaltsam einzutreiben, nicht gefehlt. Herzog Jakob, aber nicht minder die Herzogin Luise Charlotte, haben oft Veranlassung gehabt, sich an die preußischen Oberräte und direkt an den Kurfürsten mit Mahnungen und Bitten zu wenden. Der erstere hat dabei, wie es scheint, seine Forderungen mit mehr Nachdruck verlautbart, als der Kurfürst für schicklich hielt. Er verwies seinem Schwager sein „Nöthigen", „dan solche rechnungen niemahl bey Edelleuten, bürgern, bauern, Willgeschweigen Fürsten herkommens oder üblich". Man plante über den Streitfall das Gutachten von Universitäten einzuholen, ob es dazu gekommen, ließ sich nicht feststellen und diese Dinge im einzelnen zu verfolgen, hat kein Interesse. Eberhard von Ahnen, der Hofmeister der Herzogin, war 1646, dann im Oktober 1647 dieser Dinge wegen in Königsberg, damals sind 5500 Rth. zur Auszahlung gekommen, doch blieb ein Rest noch unbezahlt. Noch 1650, 1651, 1652 und 1655, 1661, 1664, 1668 und noch 1673 ist die Frage Gegenstand der Erörterung. Im letzteren Jahre giebt Luise Charlotte ihrem Kammerjunker Cedrofski den Auftrag, die preußischen Oberräte dazu zu bewegen, den Rat der Stadt Kneiphof zur Bezahlung seiner Schulden an die Herzogin anzuhalten.[1])

[1]) S. Protokolle III. Die Korrespondenz über diese Ehegelder im Königsberger Staatsarchiv, s. auch Th. Schiemann in „Forschungen" 10, S. 326.

Weitere Forderungen knüpften sich an das Stift Pilten, wie man das ehemalige Bistum Kurland zu nennen pflegte.

Wir müssen zum Verständnisse dieser Frage etwas weiter ausholen.[1])

Der Herzog Magnus von Holstein, der das bereits der Lehre Luthers zugefallene Stift beim Zusammenbruche der altlivländischen Konföderation in seinen Besitz gebracht hatte, war 1583 gestorben und über die Erbschaft zwischen seinem Bruder, König Friedrich II. von Dänemark, und der polnischen Krone, als der Oberlehnsherrschaft des Verstorbenen, ein erbitterter Streit entstanden. Dieser führte selbst zu kriegerischen Aktionen und fand erst im Jahre 1584 durch den Kronenburger Vertrag seinen Austrag. Danach sollte das Stift Pilten an Polen fallen, dieses aber dem dänischen Könige 30000 Th. zahlen. Da die polnische Krone das Geld nicht zur Hand hatte, so schoß ihr der Vermittler des Vertrages, der Markgraf Georg Friedrich von Brandenburg, der damals in Preußen als Administrator waltete, die Summe vor und erhielt dafür das Stift als polnisches Lehen zum Pfande. Der materielle Vorteil dieser Erwerbung war nicht groß, da Herzog Magnus die alten bischöflichen Güter bis auf vier verpfändet hatte, wohl aber bedeutete sie einen politischen Erfolg, da der Markgraf bereits den Grobinschen Kreis im Pfandbesitz hatte und sich nunmehr das Gebiet, über welches er die Landeshoheit besaß, bis zur Nordspitze Kurlands, dem Kap Domesnäs, hinauf erstreckte. Indessen sollte dieser Besitz nicht von langer Dauer sein. Als nämlich Herzog Wilhelm von Kurland die Prinzessin Sophie von Preußen, eine Tochter des „blöden Herrn" Albrecht Friedrich, heiratete, knüpfte er Verhandlungen an, um das Stift, das die kurländischen Herzöge zu gewinnen schon lange getrachtet hatten, vom Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg, dem Rechtsnachfolger Markgraf

[1]) Ich darf wohl hier im allgemeinen auf meine Geschichte Kurlands in E. Seraphim: „Geschichte Liv.-Est.-Kurlands" II, passim verweisen.

Georg Friedrichs, einzulösen. Das war insofern nicht ohne Schwierigkeiten, als der Kurfürst sich selbst nicht im Besitze der Stiftsgüter befand, diese vielmehr der Witwe des Markgrafen, Sophie von Ansbach, für die Zeitdauer ihres Lebens durch das Testament ihres Gatten zugesichert waren. Sie hatte wiederum die Güter (1604) an den preußischen Kanzler Christopher Rappe auf 12 Jahre gegen die jährliche Zahlung von 1000 Gulden verarrendiert und an Rappe hatte auch der Kurfürst seine nach dem Tode der Markgräfin in Kraft tretenden Rechte an den Stiftsgütern für den Fall cediert, daß er gewisse Summen, die er ihm schuldete, nicht in drei Jahren bezahle. Zunächst brachte nun Herzog Wilhelm Rappes Rechte, sowohl die auf die Arrende der Güter, als auch die vom Kurfürsten an ihn cedierten, an sich und schloß nun mit dem letzteren (1612) einen Vergleich, durch den ihm dieser sowohl alle Ansprüche auf die Stiftsgüter, als auch die Landeshoheit über das Stift abtrat. Die Markgräfin Sophie, die das Recht des Kurfürsten, über das Stift zu disponieren, überhaupt in Frage zog, protestierte gegen das Abkommen, aber zunächst half es ihr wenig. Wohl aber wurde in jenem Vertrage festgesetzt, daß Herzog Wilhelm die von Rappe gegen die Markgräfin von Ansbach (1604) eingegangene Verpflichtung, ihr jährlich 1000 Gulden zu zahlen, während der noch vierjährigen Dauer des Arrendekontraktes auch seinerseits erfülle, nach Ablauf dieser Frist sich mit ihr aber wegen ihres Lebtagsrechtes vergleiche. Anderseits versprach der Kurfürst dem Herzoge die Schadloshaltung (Eviktion) für den Fall, daß er nicht in den Besitz der Güter gelange. Der Herzog ist nun seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen, er hat die Arrende von 1000 Gulden nicht regelmäßig gezahlt und das sollte für ihn schlimme Folgen haben. Zwischen den beiden kurländischen Herzögen nämlich und dem Adel des Herzogtums waren schwere Konflikte ausgebrochen, in deren Verlauf zwei der frondierenden Edelleute, die Gebrüder Nolde, auf Befehl oder doch mit Wissen Herzog Wilhelms niedergestoßen worden. Eine polnische Kommission

erschien 1617 in Mitau, um die Angelegenheit zu untersuchen, und ihr Ergebnis war die Ächtung Herzog Wilhelms. Von Mitau zog die Kommission ins Stift Pilten, wo sich alsbald ein Bevollmächtigter der Markgräfin Sophie einfand, um gegen Herzog Wilhelm wegen des angemaßten Besitzes der Stiftsgüter Klage zu erheben. In der That erreichte sie es, daß die Kommission dem Herzog sein Recht an diesen Gütern absprach und über die Verwaltung des ganzen Stiftes, in dem er schon landesherrliche Rechte ausgeübt hatte, Bestimmungen traf, die im wesentlichen den Inhalt hatten, daß das Ländchen direkt Polen unterstellt und in ihm eine Adelsoligarchie eingerichtet wurde. Gegen diese Entscheidung der polnischen Kommission protestierte zwar der brandenburgische Kurfürst, gleich beiden kurländischen Herzögen, jedoch umsonst, und nunmehr hielten sich die letzteren an den Kurfürsten, der ihres Erachtens zur Entschädigung verbunden war, da Wilhelm im Besitze der Piltenschen Güter nicht geblieben war. Der Kurfürst stellte seinerseits jede Verpflichtung dazu in Abrede, da Wilhelm seinen Verpflichtungen nicht gerecht geworden sei, und dabei hatte es auch sein Bewenden. Bald darauf starb Kurfürst Johann Sigismund und bis in Georg Wilhelms letzte Zeit scheint die ganze Frage geruht zu haben. Jetzt griff sie Herzog Jakob, der Sohn Wilhelms, wieder auf. Die Markgräfin Sophie war nämlich hochbetagt im Jahre 1639 gestorben und Jakob konnte geltend machen, daß nunmehr er der Anwärter auf die Güter sei und daß, da Otto von Maibel, an dessen Vater die Markgräfin ihre Rechte verkauft hatte, sie ihm nicht einräume, der Kurfürst ihn schadlos halten müsse. Im März 1640 begab sich der herzogliche Hofmarschall Eberhard von Ahnen nach Königsberg, um unter anderem auch dieser Sache wegen mit Kurfürst Friedrich Wilhelm zu verhandeln, und im Mai 1642 weilte der kurländische Rat Georg Vischer zu gleichem Zwecke dortselbst. In Preußen wollte man von diesen Ansprüchen nichts wissen, Herzog Wilhelm sei seinen Verpflichtungen gegen die Markgräfin nicht gerecht geworden,

daran und an seinem ganzen „Unwesen“ liege die Schuld, daß die Stiftsgüter ihm verloren gegangen seien. Als Herzog Jakob im Jahre 1644 Otto von Maidel vor das Relationsgericht in Warschau forderte, war dieser in seinem Besitze durch ein königliches Dekret bestätigt und dem Herzoge nur anheimgegeben worden, die Frage an den polnischen Reichstag zu bringen. Der Kurfürst war nun bereit, seinen Einfluß in Warschau für seinen Schwager geltend zu machen, aber weiter wollte er nicht gehen, in seiner Anschauung wohl noch bestärkt durch das Gutachten des preußischen Fiskals Dr. jur. Christoph Wegner. Später lenkte er aber doch ein und erklärte sich im September 1647 bereit, wenn Herzog Jakob sich damit endgültig begnüge, ihm sofort 15000 Thaler auszuzahlen und außerdem seinen Agenten in Warschau, Hoverbeck, anzuweisen, ihn am polnischen Reichstage zu unterstützen. Herzog Jakob ging darauf auch ein, doch entzieht es sich zunächst meiner Kenntnis, ob es zur Auszahlung der Summe gekommen ist. In den Besitz der Stiftsgüter und des Stifts ist Herzog Jakob jedenfalls zunächst nicht gelangt, erst der Olivaer Friede brachte ihm die Erwerbung der Güter und die Union des ganzen Kreises mit dem Herzogtum Kurland.[1])

---

[1]) Herzog Jakob an Kurfürst Georg Wilhelm, d. d. Goldingen, d. 18. Febr. 1640. Georg Wilhelm an Herzog Jakob d. 13. März 1640 (Conc.). Herzog Jakob an Friedrich Wilhelm ohne Datum. Prod. 12. Juni 1642. Georg Bischer an Kurf. Friedrich Wilhelm, d. d. Königsberg, d. 3./13. Mai 1642. — Die preuß. Oberräte an Herzog Jakob, d. d. 27. Juni 1642 (Conc.), d. d. 28. Januar 1645. (Conc.) Friedrich Wilhelm an Jakob, d. d. 26. Septbr. 1647 (Conc.), Jakob an den preuß. Landhofmeister Eberhard von Tettau, d. 15. Oktober 1647. — Die preuß. Oberräte an Herzogin Luise Charlotte, d. d. 15. Nov. 1647. (Conc.) Friedrich Wilhelm an die preuß. Oberräte, d. d. 28. Mai 1648. — Creditive Herzog Jakobs für Eberh. v. Ahnen, d. d. 10. März 1647. — Alle diese und zahlreiche andere hierher gehörige Schreiben — ich habe nur einige wichtigere hervorgehoben — im Königsberger Staatsarchiv. — S. auch Meinardus' Protokolle III, S. 181, 189. Seraphim, „Geschichte Liv.-Est.-Kurlands“ II, passim.

In dieser Frage finden wir unter den erhaltenen Korrespondenzen manche Briefe Luise Charlottes und ebenso ist sie in mancher anderen Angelegenheit, an der ihrem Gatten viel gelegen hat, selbst thätig hervorgetreten, so auch in der Jülich-schen Erbfrage, die bekanntlich in der brandenburgischen Geschichte eine so große Rolle gespielt hat. Als Herzog Albrecht Friedrich von Preußen Marie Eleonore, die älteste Tochter des Herzogs Wilhelm des Reichen von Jülich-Cleve und Berg u. s. w. heiratete, wurde festgesetzt, daß, wenn er ohne männliche Erben ableben würde, seine Fürstentümer an Marie Eleonore und demnächst ihre Kinder fallen sollten. Da Marie Eleonore 1608 starb, so gingen ihre Ansprüche auf ihre älteste Tochter Anna, die Gemahlin des Kurfürsten Johann Sigismund, über, indessen nicht ohne weiteres, denn es war in den Ehepakten Annas (vom 16. Nov. 1591) bestimmt worden, daß, wenn die Jülich-Clevischen Lande an sie fallen würden, sie ihren Schwestern — die jüngste, Sophie, war die Mutter Herzog Jakobs von Kurland — je 60000 Rth. als „Recompans" auszuzahlen habe. Bekanntlich ist nun Johann Sigismund nicht in den Besitz der gesamten Erbschaft gelangt, da Philipp Ludwig, Pfalzgraf von Neuburg, der Gemahl der zweiten Tochter Wilhelms des Reichen, ebenfalls Ansprüche erhob. Die sich daraus ergebenden Verwicklungen, die in der Vorgeschichte des dreißigjährigen Krieges ja zu großer Bedeutung gelangten, fanden durch den Xantener Vertrag von 1614 ihre vorläufige Lösung in dem Sinne, daß nur Cleve, Mark und Ravensberg an Brandenburg, Jülich und Berg aber an den Neuburger fielen.[1]) Im einzelnen ist dieser Vertrag noch im Laufe der Zeit modifiziert worden und seine allendliche Austragung fand der Streit erst 1666. Bei dieser Sachlage fühlte man sich am brandenburgischen Hofe durchaus nicht verpflichtet, auf die Wünsche des Herzogs Jakob einzugehen, der 1640 durch Eberhard von Ahnen, 1642 durch Georg Vischer die Auszahlung jener 60000 Thaler verlangte

[1]) S. auch oben S. 7.

und zur Zeit seiner Ehewerbung, 1645, die Sache persönlich betrieb. Wir wissen aus den Verhandlungen des geheimen Rates, daß man Jakobs Ansprüche nicht für billig hielt, da die Jülichsche Erbfrage noch nicht definitiv geregelt und die Gewinnung der Brandenburg zunächst zugefallenen Gebiete schon mit großen Opfern verbunden gewesen sei. Jedenfalls sei ja nicht die ganze Jülichsche Erbmasse an Brandenburg gefallen und der Herzog könne höchstens einen entsprechenden Teil der 60000 Rth. beanspruchen. In diesem Sinne erklärte sich Kurfürst Friedrich Wilhelm am 1. November 1645 seinem Schwager gegenüber, doch hat auch diese Angelegenheit noch vielfach den Gegenstand späterer Verhandlungen gebildet.[1])

Nicht weniger eifrig war der Herzog darauf bedacht, die eventuellen Rechte seiner Gemahlin auf die Jülichschen Lande zu wahren, und die in dieser Angelegenheit gepflogene Korrespondenz hat sogar einen etwas gereizten Charakter angenommen.

Im Sommer 1651 war es nämlich zwischen dem Kurfürsten und dem Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm zu einem kriegerischen Zusammenstoß gekommen, weil der letztere in den zunächst in seinem Besitze befindlichen Herzogtümern Jülich und Berg die Evangelischen bedrückt hatte.[2]) Aber schon nach kurzer Zeit hatten durch Vermittelung der Generalstaaten Verhandlungen begonnen, die in der Hauptstadt der Niederlande geführt wurden und bei denen das Interesse des Kurfürsten sein Resident Johann Copes und außer diesem der Clevische Regierungsrat Dr. Weimann und Hermann von Wytenhorst vertraten. Während dieser Verhandlungen entsandte der Herzog Jakob von Kurland einen Gesandten in den Haag, der bei den Generalstaaten beantragte, daß bei der Auseinandersetzung zwischen Neuburg und Brandenburg das Interesse und eventuelle Successionsrecht der Herzogin Luise Charlotte gewahrt werde.

[1]) Über Ahnens und Bischers Thätigkeit s. oben. Vgl. Meinardus' Protokolle III, S. 181, 189. — Friedrich Wilhelm an Jakob von Kurland, d. d. Königsberg, d. 1. Nov. 1645 (Conc.). Kgl. Hausarchiv in Berlin.

[2]) Droysen, Preuß. Politik. II, 15 ff.

Als der Kurfürſt davon in Kenntnis geſetzt wurde, machte er ſeinem Schwager wegen der von dieſem ergriffenen Schritte Vorhaltungen; dieſer nahm nun Veranlaſſung, ſich zu entſchuldigen und auszuführen, daß ihm nur daran gelegen habe, zu wiſſen, ob die Generalſtaaten bereit ſeien, die Rechtsanſprüche der etwaigen Nachkommen des Kurfürſten oder ſeiner ſonſtigen Erben auf die Jülichſchen Lande zu unterſtützen und „dem Löblichen Churhauſe die Garantie zu leiſten". Der Sinn dieſer Wendung kann nur der ſein, daß der Herzog für den Fall des kinderloſen Ablebens des Kurfürſten ſeiner Gattin und Kinder Rechte auf jene Lande anmelden und in den Friedenstraktaten ausdrücklich anerkannt wiſſen wollte, wie es ja auch ſchon in der Heiratsnotul geſchehen war. „Als zweivele nicht, [daß] ſie ein ſolch Geſuch bei die Herren Staden nicht werden können im argen vermerken, ſondern ſich veſtiglich verſicheren, daß ich dero Hauſes aufnehmen, von welchen mein weinigeſt dependiret, weit höher achte, allß mein eignes vnd gott teglich bitten werde, daß er dero ſtaht biß an dem lieben jüngſten tahge wolle wagßen vnd grünen laßen." Dieſem Wunſche, daß der Kurfürſt mit Nachkommenſchaft geſegnet werde, fügt er die Bitte hinzu, der Kurfürſt möge ſeiner Gattin und ſeinen Kindern die Gnade erweiſen, bei den bevorſtehenden Traktaten mit Pfalz-Neuburg zu Iſenburg ihrer Anſprüche „mit einem geringen Wortlein eingedenck ſein", „ſolche gnade, wie ſie bereits vielfeltig geſchehen, werde biß an meine Grube eingedenck ſein". Die Herzogin Luiſe Charlotte, welche einige Wochen zuvor ihrem Gatten eine Tochter (Charlotte Sophie) geſchenkt hatte und noch leidend war, fügte dem Schreiben ihres Gatten eine äußerſt bewegte Nachſchrift hinzu, die wir hier ganz folgen laſſen: „Mein allerliebſter Churfürſt, ich lig in Gottes gewalt, Sag E. Lb. tauſendmahl adieu, Vnd befehl Ihr mein Herr Vnd Kinder; ſterbe ich, ſo verliehren E. Lb. ein treu Schweſter, ich ſterbe aber drauf, das meins Herren ſuchen an die Staden E. Lb. zu kein prejudiz geſchen, anders man es nie ſo offentlichen gemacht, Sondern Weil E. Lb.,

wan Sie kein Erben hatten, mir vnd meine Kinder es verschrieben, E. Ld. selber auf solchen sal, so Gott doch verhüt, sehen kontten, Was ich vnd meine erben zu hoffen. Gott gebe E. Ld. 10 Sohn ... Aber das man gern gewis gehet, dazu haben E. Ld. selber Vns Anhlas geben. Maudit aber, der E. Ld. todt hoft oder begert; E. Ld. bitte ich, lassen sich von widerdrigen Creaturen nicht gegen Vns verleitten, Sondern lassen mir in mein grub die freude, das Sie Vns gnedig bleiben. Mein fieber ist nun Weg num ist mir ein flues in die Lung gefallen, das ich klar blut weg huft Vnd solch elendt treib ich, das E. Ld. soll leit thun, mich zu sehn, auf allen sal recommendir ich E. Ld. noch mein Arme kleine drey Wormgen, das letzt ist wieder ein Dochter vnd bitte, E. Ld. glauben, ich lebe oder sterbe So bin ich E. Ld. gehorsame treue Schwester bis in todt vnd letzten blutstropf Louyse Charlotte; E. Ld. Gemahl sag ich tausentmahl adieu, mein jüngst Kindt vermache ich derselben." In seiner Antwort führte der Kurfürst dann aus, daß er erwartet hätte, der Herzog würde, ehe er sich an die Generalstaaten wandte, ihm davon Mitteilung machen. Er hoffe, die ganze Angelegenheit sei nicht ihm zum Schaden unternommen worden. An den Rechten seiner Schwester, an den Jülichschen Landen, halte er übrigens fest; er habe weder in Essen mit dem Pfalzgrafen, noch mit den Generalstaaten über die Successiom Herzog Jakobs verhandelt. Sollte er mit den letzteren etwa einmal eine Allianz eingehen, so werde er seiner Schwester „dabey versirendes Interesse wie auch sonst bey allen occasionen vffs fleißigste zu beobachten nimmer unterlassen". Ruhen hat der allezeit rührige Herzog diese Jülichsche Frage auch in der Folge nicht lassen. Noch im folgenden Jahre ließ er durch einen Abgesandten am Kaiserlichen Hofe in Wien für sich in dieser Angelegenheit wirken. Er versuchte, vom Kaiser die Konfirmation der Ehepakten, die seiner Gattin ja die eventuelle Nachfolge in den Jülichschen Landen zusprachen, zu erwirken und die Anerkennung dieser Ansprüche zu erlangen. Die Konfirmation lehnte der Kaiserliche Hof aber ab und ver-

wies den Herzog im übrigen, falls er sich beeinträchtigt glaube, auf den Rechtsweg.[1])

Nicht minder lebhaft wurde die Frage zwischen dem Berliner und Mitauer Hofe erörtert, inwieweit der Kurfürst verpflichtet sei, dem kurländischen Herzoge für den Schaden Ersatz zu leisten, der ihm durch unbefugtes Auswandern vieler lettischer Bauern nach Preußen entstanden war. Hier ist nicht der Ort, diese Dinge im einzelnen zu wiederholen. Erwähnt sei nur, daß des Herzogs Ansprüche keine Berücksichtigung fanden.[2])

Wichtiger war es, daß Herzog Jakob und seine Gattin auch in einer anderen Angelegenheit, an der ihnen viel gelegen zu haben scheint, keinen Erfolg erzielten. Die Königin Christine von Schweden hatte nämlich — bei welcher Gelegenheit ist nicht bekannt, doch wohl bei der Taufe eines der fürstlichen Kinder — dem herzoglichen Paare das Fürstentum Jägerndorf „als Patenpfennig" verehrt und den General Wittenberg angewiesen, es dem kurländischen Herzoge einzuräumen. Es war dies eine eigentümliche Art von Schenkung; der Markgraf Johann Georg von Jägerndorf nämlich, der bei Beginn des dreißigjährigen Krieges zum Winterkönig gehalten hatte, war nach der Schlacht am weißen Berge aus seinem Lande vertrieben worden und dieses ungeachtet der Ansprüche des Kurhauses Brandenburg vom Kaiser an den Fürsten Karl Eusebius von Lichtenstein verlehnt worden. In den letzten Jahren des großen Krieges hatten die Schweden das Fürstentum besetzt

[1]) Für die oben berichteten Dinge vgl. Bericht Herm. v. Wytenhorst, Daniel Weiman, Joh. Copes an den Kurfürsten, d. d. Haag, d. 25. Aug. 1651. Orig. — Jakob v. Kurland an Kurf. Fr. Wilhelm, d. d. Mitau, d. 21. Septbr. 1651. Eigenhändig, ebenso die Nachschrift Luise Charlottes eigenhd. — Kurf. Friedrich Wilhelm an Jakob v. Kurland, d. d. Cleve, d. 17. Okt. 1651. — Memoriale Jakobs, für den Kaiser bestimmt. Alle diese Schreiben im Kgl. Hausarchiv Berlin.

[2]) Über diese Dinge s. meinen Aufsatz in der Altpreußischen Monatsschrift 1892, S. 317—331, Th. Schiemann, Forschungen zur brandenburgischen Geschichte, X, S. 329, s. auch G. Biermann, Geschichte der Fürstentümer Jägerndorf und Troppau, S. 548, 550.

und sie haben es noch bis 1650 in ihrem Besitze gehabt, obgleich der westphälische Friedenstraktat bestimmte, daß sie alle im h. Römischen Reiche und in den kaiserlichen Erblanden occupierten Gebiete restituieren sollten. Räumten sie jetzt das Land dem kurländischen Herzoge ein, so setzten sie sich in Widerspruch zu dieser Bestimmung, den Rechten des Kaisers und des Fürsten von Lichtenstein, aber auch zu den Ansprüchen des Hauses Brandenburg. Kein geringerer als der schwedische Kanzler Axel Oxenstierna hat sich für die kurländischen Ansprüche interessiert, wie ein Brief Luise Charlottes an ihn zeigt, in dem sie ihm für seine Bemühungen dankt und um deren Fortsetzung bittet.[1])

So lagen die Dinge, als Herzog Jakob sich gegen Ende des Jahres 1648 und dann wieder im Februar 1649 brieflich mit dem Ansuchen an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm wandte, zu der schwedischen Schenkung seine Zustimmung zu geben und ihm die brandenburgischen Ansprüche auf Jägerndorf zu cedieren. Der Kurfürst lehnte es indessen ab; er war nur unter der Voraussetzung, daß sein Schwager dem Fürsten von Lichtenstein mit Zustimmung des Kaisers seine Rechte abkaufe und des weiteren, daß der Kaiser für die Ansprüche des Hauses Brandenburg eine entsprechende Zahlung leiste, bereit, des Herzogs Prätensionen anzuerkennen. Der Kurfürst erklärte es dabei für unwahrscheinlich, daß der Fürst von Lichtenstein sich seiner Rechte begeben werde, und er machte seinen Schwager zugleich darauf aufmerksam, daß, wenn er durch diese Erwerbung die Eigenschaft als Stand des h. Römischen Reiches zu erlangen hoffe, er von irrigen Voraussetzungen ausgehe, denn Jägerndorf sei ja nicht Lehen des Reiches, sondern der böhmischen Krone. In den Besitz Jägerndorfs ist nun der Herzog von Kurland auch in der Folge bekanntlich nicht gelangt, aber es ist ihm einige Jahre später geglückt, das mit jenem Besitze erstrebte Ziel zu erreichen: im Jahre

[1]) Luise Charlotte an Axel Oxenstierna d. Mitau, d. 4. November 1648. Orig. Stockholmer Reichs-Archiv, Oxenstierna-Sammlung.

1654 wurde er mit seiner gesamten Nachkommenschaft vom Kaiser Ferdinand III. in den Reichsfürstenstand erhoben.[1])

Aus der Jugendzeit Luise Charlottes lagen uns außerordentlich wenige persönliche Zeugnisse von ihr selbst vor, aber auch von dem ersten Jahrzehnt ihrer Ehe möchte man wünschen, daß sie zahlreicher wären; auch in dieser Periode ihres Lebens sind weit mehr Briefe an sie, als von ihr auf uns gekommen und den eigenartigen Reiz, den unmittelbare Kundgebungen ausgeprägter Individualitäten auf den Nachlebenden ausüben, konnten wir nur verhältnismäßig selten auf uns wirken lassen. Anders liegen die Dinge in den folgenden Jahren: Der große kriegerische Zusammenstoß zwischen Polen und Schweden zog auch Brandenburg und Kurland in seine Kreise und gab der Herzogin zu einem reichen Briefwechsel Anlaß. Bisher hatte sich ihr Leben, wenn auch nicht ohne Sorgen und kleine Leiden so doch im allgemeinen freundlich gestaltet, sie konnte sich an den Erfolgen ihres Gatten freuen und hatte Grund, mit ihrem Geschicke zufrieden zu sein. Nun fand dieses fürstliche Stillleben eine jähe Unterbrechung; es waren Jahre schweren Leidens, denen die Herzogin Luise Charlotte entgegenging.

[1]) Die politische Geschichte Kurlands in den Jahren 1655—1600 habe ich in dem Buche: E. u. A. Seraphim: „Aus der Kurl. Vergangenheit", S. 153—355 eingehend dargestellt. Indem ich auf diese verweise, bemerke ich zugleich, daß die dort aufgeführte Litteratur hier nicht mehr namhaft gemacht wird.

3. In der hohen Politik.[1])

Die vielversprechenden Pläne des Herzogs Jakob konnten nur dann erfolgreich verwirklicht werden, wenn es gelang, den Frieden unter den Mächten Nordeuropas zu wahren. Der im Jahre 1635 zwischen Polen und Schweden zu Stumsdorf in Preußen abgeschlossene Waffenstillstand, in dem Schweden das schon von König Gustav Adolf eroberte Livland behielt, hatte die Sorge der Herbeiführung eines definitiven Friedens den Herzögen von Preußen und Kurland übertragen, die von ihm als polnische Lehnsfürsten in gleichem Maße interessiert sein mußten. Herzog Jakob nahm sich dieser Verpflichtung, nachdem die Anregung dazu schon 1644 von Berlin aus erfolgt zu sein scheint, mit Eifer an, und es gelang ihm nach vielen Verhandlungen und Mühen, endlich die Anberaumung eines Kongresses zu erreichen, der im Jahre 1651 in Lübeck zusammentrat und unter französischer Vermittelung das Friedenswerk betreiben sollte. Aber dieses scheiterte, und als die Delegierten im Jahre 1653 Lübeck resultatlos verließen, mußte der Herzog mit der Wahrscheinlichkeit eines schwedisch-polnischen Krieges rechnen. Unter diesen Umständen erschien es noch sehr günstig, daß er schon im Jahre 1647 von der Königin Christine von Schweden die Anerkennung seiner Neutralität erwirkt hatte.

[1]) Die politische Geschichte Kurlands in den Jahren 1655—1660 habe ich in dem Buche: E. u. A. Seraphim, „Aus der Kurl. Vergangenheit", S. 158—355, eingehend dargestellt. Indem ich auf diese verweise, bemerke ich zugleich, daß die dort aufgeführte Litteratur hier nicht mehr namhaft gemacht wird.

Noch ehe der Krieg mit Schweden begann, war Polen in feindliche Verwickelungen mit Rußland geraten. Der Zar warnte im Mai 1654 den kurländischen Herzog brieflich, seinem polnischen Lehensherrn Hilfe zu leisten. Jakob setzte gleich nach Ankunft jenes zarischen Schreibens seinen brandenburgischen Schwager von ihm in Kenntnis und schrieb ihm, daß er sich für den Fall, daß auch Kurland Schauplatz des Krieges werde, nach einem Unterschlupf für seine Familie umsehen müsse, „damit wann vnß aus Göttlicher Verhengnüs etwas Menschliches zustoßen solte, Sie sich daran zu halten hetten".[1]) Der Kurfürst ging auf die darin liegende Bitte in seiner Antwort nicht ein, sondern erbat zunächst Mitteilung darüber, was der Herzog dem Zaren auf sein Schreiben erwidert habe. Die wie es schien, Kurland von Moskau drohende Gefahr ging aber damals vorüber, denn es glückte dem Herzog sowohl von Polen, als auch vom Zaren die Anerkennung seiner Neutralität zu erlangen. (1655). Weit gefährlicher wurde seine Situation, als trotz aller Gegenbemühungen im Jahre 1655 wirklich der Krieg zwischen Polen und Schweden zum Ausbruch kam. Wohl hatte der schwedische König Karl X. Gustav, ohne direkt die einst von Königin Christine gewährte Neutralität zu bestätigen, dem kurländischen Kanzler Melchior von Foelkersahm die Zusicherung gemacht, daß das Herzogtum von Schweden nichts zu befürchten habe. Als aber die schwedischen Heere Erfolg auf Erfolg errangen, als im August 1655 Warschau in ihre Hände fiel und Polen sich dem Feinde unterwarf, da ließ der König die Rücksicht gegen den Herzog Jakob fallen und drängte ihn, die polnische Lehnshoheit mit der schwedischen zu vertauschen. So geriet Jakob in eine Lage, die der seines Schwagers Friedrich Wilhelm überaus ähnlich und nur viel gefährlicher war, da er nicht über die militärischen Machtmittel verfügte, um seine Selbständigkeit gegen Schweden im Notfalle mit

[1]) Jakob v. Kurland an Kurf. Friedr. Wilh. d. Mietow, den 28. Juni 1654 Orig. und Antwort des Kurf. d. d. Cöln, d. 3. Juli 1654. Conc. gez. E. Seibell (Haus-Arch. Rep. XXXIV. F. Vol. II. Fol. 140 u. 141).

Gewalt zu wahren. Trotzdem mußte der Herzog, der wohl erkannte, daß die schwedische Lehnshoheit ungleich drückender, als die polnische sein, ja, daß sie ihm die Möglichkeit selbständiger Politik ganz nehmen werde, sich längere Zeit mit großer Gewandtheit den Anerbietungen und Drohungen des schwedischen Generalgouverneurs im benachbarten Livland Magnus de la Gardie zu entziehen.

De la Gardie und seine Gemahlin waren übrigens persönlich der herzoglichen Familie zugeneigt und Luise Charlotte hat seit dieser Zeit viele Jahre hindurch mit ihm korrespondiert und seine Hilfe dafür in Anspruch genommen, daß bei den Durchzügen der schwedischen Truppen die ihr zum Leibgedinge bestimmten Güter von Kontributionen befreit wurden. Sie hat ihren Einfluß in diesem Sinne auch für manche, die ihre Vermittelung erbaten, bei de la Gardie geltend gemacht und in einem freimütigen Schreiben hat sie das Recht Kurlands, als neutraler Staat anerkannt zu werden, geltend gemacht, freilich ohne Erfolg.[1]) Als sich auch Littauen dem schwedischen Könige unterwarf und dessen Truppen nun auch südlich von Kurland standen, wurde Jakobs Lage eine noch viel schwierigere. Er mußte den Schweden eine Straße für den Durchzug ihrer Truppen nach Littauen einräumen und konnte es trotzdem nicht erlangen, daß seine Neutralität von Karl Gustav unbedingt anerkannt wurde; dieser genehmigte sie vielmehr nur bis auf weiteres. Der polnische König hatte seinerseits bereits im November 1655 seine Zustimmung zur neutralen Stellung seines Lehnsfürsten erteilt, dabei aber zugleich den Wunsch ausgesprochen, daß der Herzog seinen Schwager in Preußen von dem Anschlusse an Schweden zurückhalte. Allein im Januar 1656 mußte sich Kurfürst Friedrich Wilhelm dazu bequemen, durch den Königsberger Vertrag Preußen vom schwedischen Könige zu Lehen zu nehmen und dadurch wurde auch die Stellung des kurländischen Herzogs aufs neue erschüttert. Als

[1]) Luise Charlotte an Magnus de la Gardie d. 6. u. 9. August (französisch) d. 6. Sept. 1655 Stockh. Reichs-Archiv.

der Kurfürst seinem Schwager von jenem Vertrage Mitteilung machte, fügte er hinzu, er wünsche ihm von Herzen, daß er gleich ihm „mit dem König in Schweden einen gleichmäßigen guten und ersprießlichen accord" treffen möge.[1]) Eben damals befand sich in der kurländischen Residenz der schwedische Reichsrat Benedict Skytte; seine Aufgabe war es, den Herzog zur Annahme der schwedischen Lehnshoheit zu veranlassen. Über sein Drängen, dem sich Luise Charlottes Gemahl immer wieder zu entziehen suchte, berichtete die letztere auch an de la Gardie, sie beklagte sich, daß er immer schwerere Bedingungen für das vorgeschlagene Lehnsverhältnis Kurlands zu Schweden vorschlage und daß er die Einräumung des befestigten Schlosses Bauske fordere. De la Gardie, meint sie, könne helfen. „Zwar gesteh ich, E. L.", heißt es in einem Briefe an diesen, „das man bey ein algemeinen Wolkenbruch oder Wasserflut nicht meinen solt, allein salvirt zu bleiben, wan aber ein sonderliche Destine einen oft wunderlich errettet, So dancket man dem, der so guttig gewesen und einen erhaltten, in dieser Kriegesflut sein ja auch meines Herrens so nützliche Intentiones und S. Ld. schönes Landt, so Sie zu verbeßern Ihr Gesundtheit nicht geschondet, nun zimlich mitgenohmen . . ." Sie suchte darzulegen, daß es im schwedischen Interesse liege, daß Kurland ein neutrales Land bleibe, Bauske könne der Herzog nicht ausliefern, wohl aber so stark besetzen, daß keiner der Feinde Schwedens es einzunehmen im stande sei. Sie rühmt das bisher so wohlwollende Verhalten und die Briefe de la Gardies „Wan der Legat (d. h. Skytte) auch so Redet, hette ich manche Träne gespart, aber es muß ja Keiner Nichtes sagen, man nimpt es so übel und alle Tage kompt was Neuwes . . . . Kommen wider neuwe Punkte, wirt mein Herr also entlich umb alle fürstliche Regalien und Freyheit kommen, bitte E. Ld. also Sie endern solches, damit Redtliche Hertzen nicht gar underdruckt

[1]) d. d. Königsberg, den 17. März 1656 Berl. Geh. St.-Arch. Rep. Nr. 7 g 2.

werden.[1]) Im Grunde konnte aber de la Gardie nicht viel helfen, es kam auf den schwedischen König selbst an. Unter solchen Umständen konnte Luise Charlotte die Reise, die sie nach Königsberg zum Besuche des Bruders plante, nicht ausführen; recht verstimmt schrieb sie an diesen:[2]) „Es stirbt hier Alles, was uns affectioniret und es treulich mit uns meinet. Mein Herr ist drüber was unlustig, aber noch mehr über Dingen, so ich E. Lbd. noch hof zu sagen. Underdes bitte ich umb Gottes Willen, E. Lbd. [sein] mir wegen mein Aussenbleiben nicht ungnedig, Gott weis, Wie ein Kreutzs und leiden es mir ist. Mein Leib ist hir, mein Hertzs ist bey Ev. Liebden. Man tractirt nun eifrig mit dem Legat, aber es wird kein raison noch nichtes gehört, es heißt hie, das Mus sein, das sol Sein, Gott hoff ich soll dennoch helfen" . . . Und wirklich besserte sich die Situation nicht unwesentlich, als bald darauf sich Polen erhob und auch in Littauen der Aufstand gegen Schweden aufflammte. Das bewog die Schweden, dem Herzog gegenüber mildere Saiten aufzuziehen und in einem am 1. Juli 1656 abgeschlossenen Vertrage die Neutralität Kurlands bis auf weiteres wieder anzuerkennen. Ja Herzog Jakob gewann durch dieses Abkommen den Besitz des von den Schweden damals besetzten Stiftes Pilten. Schon als die dazu führenden Verhandlungen mit de la Gardie sich günstig anließen, schrieb Luise Charlotte an ihn und dankte ihm für sein Entgegenkommen, das ihr um so wichtiger schien, als sie Pilten gerne — als eine Art von Sekundogenitur — zur Versorgung ihres Sohnes Karl Jakob bestimmt hätte. „Zweyvele nicht, E. Ld. mein Carlgen noch dermahl eins eine bleibende Stehte und sich seines Königl. Pahten Gnade zu Rühmen und zu erinnern, den die Formula Regimes[3]) wirt sonst die andern heissen lehr ausgehen, pardon meiner großen Freyheit, mich dünckt, ich habe die ehr mit meinen Redtlichen Vettern zu

[1]) d. 14. (24.) Mertz 1656 o. O. Stockh. Reichs-Archiv.

[2]) d. d. 9. Mertes 1656 o. O. Berl. Geh. St.-Arch.

[3]) Die Formula Regiminis das kurländische Staatsgrundgesetz von 1617.

ſprechen".[1]) Freilich blieben dem neutralen Lande auch in der Folge Durchmärſche und Plünderungen nicht erſpart. „Man iſt wenig [mehr] Alhie, ſo klagte die Herzogin dem Bruder, als Hammer, die Pohlen plündern auf der Grentzen aus Hunger Und wan ſie Was haben, Verſchwenden ſie es." Dazu ſchienen noch neue Drangſale bevorzuſtehen, als Moskau, das ſchon lange auf Schwedens Erfolge mit Mißtrauen blickte, dieſem im Sommer 1656 den Krieg erklärte. Schon im Frühjahr hatte Luiſe Charlotte dem Bruder gegenüber die Befürchtung von „des Muskowitters Widerkunft" geäußert und über die, wie ſie meinte, nicht nur Schweden, ſondern auch ihrem Lande drohende Gefahr bald darauf an de la Gardie geſchrieben: „Wan nur der Muskowiter ſtill, So habe ich noch ein gut' Hertz. wo aber der brechen ſolt ... ſo ſehe ich fur den lieben, ſchönen Liflandt des Elendes kein Ende. Gott behüt' für des Lutterſchen und Reformirten Nachbahren gäntzliche Ruin".[2]) Im Sommer zog ein großes ruſſiſches Heer die Düna hinab und begann im Auguſt 1656 die Belagerung Rigas, der Hauptſtadt und ſtärkſten Feſtung des ſchwediſchen Livland. In Kurland verfuhren die Ruſſen aber glimpflicher, als man erwartet hatte, vielleicht, weil ſie das Land demnächſt ſelbſt zu erwerben hofften. Denn der Zar trug ſich mit großen Plänen[3]), die nicht nur auf die Eroberung des ſchwediſchen Livland und die Oberhoheit über Kurland, ſondern ſelbſt über das Herzogtum Preußen hinausliefen. Die Mißerfolge, die die Belagerung Rigas aufzuweiſen hatte, bewogen ihn aber, auf die Verwirklichung ſo weit ausſchauender Abſichten zu verzichten. Der brandenburgiſche Geſandte Jonas Kaſimir von Eulenburg, der im ruſſiſchen Lager vor Riga erſchienen

[1]) Luiſe Charlotte an de la Gardie d. d. Mitau, d. 11. Juni 1656 Stockh. R.-Arch.

[2]) an denſelben den 20./30. Mai 1656. Stockh. R.-Arch. An den Kurf. Friedr. Wilh. o. D. praes. 26. März 1656 Berl. Geh. St.-Arch.

[3]) A. Seraphim l. c. S. 487 u. A. Hedenſtröm. „Die Beziehungen zwiſchen Rußland und Brandenburg während des erſten nordiſchen Krieges 1655—60." Marburg. Diſſ. 1896. S. 26.

war, schloß im September einen Vertrag ab, durch den festgesetzt wurde, daß der Kurfürst in den Kämpfen Rußlands gegen Schweden und Polen neutral sein solle, im übrigen aber beim Bündnis mit Schweden verbleiben könne. Auch dem kurländischen Kanzler Foelckersahm, der sich fast gleichzeitig ins zarische Feldlager begeben hatte, glückte der Abschluß eines Neutralitätsvertrages. Ob der Herzog dieses Entgegenkommen dem Umstande dankte, daß er einige Wochen vorher einem russischen Gesandten in Mitau hatte versprechen müssen, sein möglichstes zu thun, um die Bürger Rigas zur freiwilligen Übergabe ihrer Stadt an den Zaren zu vermögen,[1]) mag dahin stehen. Jedenfalls war es ihm aber, wenn er jenes Versprechen gegeben hat, dabei gewiß nicht Ernst. Wie er den Schweden Proviant hatte liefern müssen, obwohl er angeblich neutral war, so konnte er sich auch den Zumutungen des Zaren nicht ganz entziehen. Daß er mit der Stadt Riga wirklich entsprechende Verhandlungen angeknüpft hat, ist nicht erwiesen und an sich kaum wahrscheinlich. In Schweden sah man aber mit Mißtrauen auf den kurländischen Herzog und König Karl Gustav äußerte sich in Frauenburg i. Pr. dem brandenburgischen Staatsmann Otto von Schwerin gegenüber sehr mißmutig über ihn, indem er behauptete, er habe Nachricht, daß der Herzog dem Moskowiter von der Schwäche der Besatzung Rigas Mitteilung gemacht und ihn zur Belagerung der Stadt veranlaßt habe.

In dieser Zeit beginnt der bis jetzt bekannt gewordene Teil des Briefwechsels zwischen der Herzogin Luise Charlotte mit Otto von Schwerin, der sich dann noch durch viele Jahre fortgesponnen hat. Gerade diese politischen Beziehungen zu Schweden und Rußland waren dabei häufig Gegenstand der Erörterung. So schreibt sie mit Bezugnahme auf das beim schwedischen König gegen ihren Gatten von gewisser Seite geweckte Mißtrauen: „Ich hof der löbliche König werde nicht so Vngnedig Von mein Herrn iudiciren, Als uns wol solche entlauffen Leuth gönnen Mechten, ich hof Ihr müstet . . . es

[1]) Anders Hedenström l. c. S. 31.

viel Anders erfahren. Ich wil Nichts Rühmen; Aber doch mus ich sagen, das ich alle Woch 2 Mahl früher Aufgestanden, um eigen Behtstunden in Meiner reformirten Gemein zu haltten, Weil Riga belagert; den ich in mein Kintheit gelernt, Wen des Nächsten Haus brent so sol man leschen; Weil ich aber kein Ander Mittel Als das gebeht, habe ich dadurch gerne Wollen Von Ihnen Und Uns, alles Unheil abwenden, Und noch sol mein Arm Unschuldig Man Ihn angeruffen haben. Ich Verlang So Wider ein brief von Ihm Zu haben, Zu hoeren, ob ich Wider mich erfreuen Kan, das solche entloffnen Schelm Kein gehör noch glaube gegeben; Underdes betrüb' ich mich al ein bisgen innerlich, Weis aber gewis, Gott Wirt den losen Menschen finden." Und als ihr Schwerin mitteilt, daß er des Königs Mißtrauen zu beseitigen sich bemühe, antwortet sie ihm einige Wochen später: „Sehe, das ehr al sein bestes thut, Mein Herren gerne aus den schwartzen Register Zu heben, dafür Wir Ihm vnser lebtag obligirt; ist es Aber Wol möglich, das Könige Solche Verleumbder glauben, es thut doch Wehe. Die Unschult Aber Wirt doch trumpfiren. Wen man nur nicht Lust hett, wie ein Hund zu hendern, Und Also diesen pretext Macht; Aber mich tröst sehr, Was er mich schreibt. Mein Herr hat Graf Schlippenbach[1]) geschrieben und den gedanckt, das ehr S. Ld. Vertretten, denn mein Herr Bruder erwehnt, das ehr mein hern sehr affectionirt Wehr. Ich Wil hoffen das Werde genug sein. Ich habe Ihr Maestät Zu Viel geschrieben; Aber sidem ich aus schweden kein Antwort Von derselbe Auf nichts entfangen, so Ruhe ich nun Auch, Gott befehl ich es, der Weis ich, Wirt den Verleumbder Richten. Alle die Unser Haus haben schaden Wollen, hatt Gott so Wunderlich gefunden, der Wirt dis Auch bezahlen. Gott helf nur, das die sachen bald so gehen, das S. C. D. Vnd Littau Ruhe Krigen, so ist Alles Zu Vergessen . . ." Eher, als man es erwartet, hob der Zar die Belagerung

[1]) Briefe der Herzogin an O. v. Schwerin d. 4./14. Oktober und 3. November 1656 bei Orlich. S. 46—49.

Rigas auf. Noch am 4./14. Oktober schrieb die Herzogin an Schwerin: „Sonst hätt man heut Ruhe; aber Wider Über 20 schus gehört. Noch heist es, der Zar zihet ab, ich hof über 8 Tag die gewisheit Zu schreiben, ehr Kan denken, Wo es geschieht, ob es nicht ein Recht Wunder Gottes Werde Und hof ich noch eins in der Fremde Zu kommen, das ich so gut Courage gehabt hier auf Gottes Handt allein zu bleiben, Und alle Force des Zar Auf 4 Meil. — Gott helf Uns nun ferners Aus Allen nöhten." In der That konnte sie bald darauf berichten, daß der Zar abgezogen, allerdings aber 14 Meilen oberhalb Riga's mit seinem Heere stehen geblieben sei. Mit den spöttischen Worten „der Krig mit den littauischen pferden und Kuhen Wirt Wider geführt," deutet sie die Plünderungen an, welche die Russen damals verübten. Mit de la Gardie hatte Luise Charlotte auch während der Belagerung Rigas die Korrespondenz fortzusetzen gesucht, aber nicht alle Briefe waren in seine Hände gelangt. Nach dem Abzug des Zaren gratulirte sie dem Generalgouverneur dazu, auch sie selbst sei bei der Nähe der Moskowiter „nicht allemahl gleich wohlgemuht" gewesen. Sehr nachdrücklich beklagte sie sich über das gegen ihren Gemahl und sie beim König Karl Gustav geweckte Mißtrauen und bezeichnete alle Behauptungen über verfängliche Beziehungen ihres Gemahls zum Zaren als arge Verläumdungen „rasender Bösewichter", und als das Werk eines „entloffnen malignant's". Sie konnte mit Recht darauf hinweisen, daß ihr eigenes Land durch den Moskowiter Schaden genommen habe. „Und ist unsere Conservation allein des hochsten Gottes Werck, aber keine schelmische Practick, wie der gesagt," . . . „Wie oft mein Herr und ich E. Ld. beklagt, ahn denselben gedacht, ja wie Seine Ld. gegen die Muskowitter alle Möglichkeit gesucht, Ihnen zu versichern, Sie würden E. Ld. nichtes ahn haben, da weis ich am meisten von, ich habe kein ander Hulf thun kont, als durch Gebeht, das glauben E. Ld., da sein Sie alzeit eingeschlossen gewesen, und Gott hatt E. Ld. und uns wunderlich behüt, der mache nun auch

seine Gütte groß über den armen Preussen, wo das Unglück aller Enden hinnein bringet." Und immer wieder kommt sie darauf zurück: „Die Unschult ist unsere beste Vertedigerin", schreibt sie noch im December 1656[1]).

Die preußischen Verhältnisse, deren sie in dem einen Briefe gedenkt, sollten bald für sie bedeutungsvoll werden. Schon seit längerer Zeit hatte man in Polen versucht, den brandenburgischen Kurfürsten wieder von Schweden zu trennen und zu sich hinüberzuziehen. Auf die Bitte des polnischen Feldherrn Gonsiewski hatte nun auch Luise Charlotte im März und im August 1656 in diesem Sinne an ihren Bruder geschrieben. Sie ist sich kaum bewußt gewesen, daß die gegen de la Gardie geäußerte Freude über ihres Bruders Freundschaft mit König Karl Gustav doch in einem gewissen Widerspruch zu ihrem Bestreben, ihn wieder für Polen zu gewinnen, stand. Sie hat aber, wie es scheint, für möglich gehalten, daß Friedrich Wilhelm im Bündnis mit Schweden verharre, aber gegen Polen nicht kämpfe und schreibt es direkt dem Bruder: „Sonst bin ich E. Ld. Meinung, das E. Ld. sich nicht separiren können, aber die Alianz kont wol bleiben und E. Ld. doch wieder gut freundt mit dem Allten Bruder werden."[2]) Es läßt sich vermuten, was sie zu diesem Eingreifen in die Politik, gewiß im Einverständnis mit ihrem Gatten, veranlaßt haben wird. Mehr als die persönlichen Beziehungen, die sie und ihr Haus mit der polnischen Königsfamilie verknüpften, wird dabei die Erwägung mitgespielt haben, daß die Trennung Kurbrandenburgs von Schweden auch im Interesse Kurlands liege. Wurde Karl Gustav ganz isoliert, so ließ sich eher hoffen, daß er sich zum Friedensschluß bequemen werde. An ein Bündnis Brandenburgs und Polens gegen Schweden dachte sie nicht, sie wollte nur, wie sie an Schwerin und an de la

[1]) Briefe an de la Gardie d. d. Mitau, d. 7. Juni, 7./17. Oktober, 26. Oktober, 8./18. Dezember 1656 Stockh. Reichs-Archiv.

[2]) an Kurf. Friedr. Wilhelm o. D. Eingeg. 26. März 1656 Berl. Geh. St.-Arch.

Gardie zu schreiben nicht müde wird, den allgemeinen Frieden. So lange der Krieg fortdauerte, war die Sicherheit ihres kleinen Landes, dessen Neutralität niemand recht respektierte, von allen Seiten, besonders aber von Schweden, bedroht. Und jetzt mußten ihr solche Gedanken besonders nahe treten, wo nach dem Abzuge des Zaren von Riga die Schweden in der Lage waren, gegen den kurländischen Herzog rücksichtsloser vorzugehen. Darüber aber scheint sich Luise Charlotte nicht klar gewesen zu sein, daß im Grunde ihr Verhalten doch auf eine Durchkreuzung der schwedischen Politik hinzielte. Konnte König Karl Gustav wirklich an ihre Unparteilichkeit glauben, wenn sie mitwirkte, seinen wertvollsten Bundesgenossen mit seinem Feinde auszusöhnen? Im Herbste 1656 wandte sich Gonsiewski abermals an den Herzog Jakob und die Herzogin Luise Charlotte mit dem Ansuchen, den Kurfürsten zu veranlassen, „Wieder ein Freund des Königs in Pohlen zu werden." Friedrich Wilhelm möge den König auffordern, seine Gemahlin zu ihm oder der kurländischen Herzogin zum Zwecke weiterer Verhandlungen zu senden. Die Herzogin entsprach dieser Bitte und berichtete dem Bruder über Gonsiewskis Anliegen:[1]) „Sein Reden hatten Ungefehr diese Formatien: es hette das Churhaus Brandenburg Alle liebe undt freundtschaft Von den Königen in pohlen entfangen, Ihr Majestet hetten die Continuation mit E. C. D. gewünschet; Aber Weil das Algemeine Unglück Auch E. C. D. gemüht Verendert, So Wehren Ihr Maestet doch nicht geneigt, böses mit Bösem zu vergelten, sondern Wolten lieber mit gütte vnd Freundlichkeit E. C. D. überwinden, als durch streng und Zorn. Wann es E. C. D. nun Wollten Ahnnehmen, Vnd Weil Sie Wüsten, [daß] E. C. D. mich alzeit geliebt, ich Auch E. C. D. Wolfart Wünschte, so solt ich E. C. D. vohr dero schaden Warnen Vnd durch gutte raison Wider zum Raison bringen. Darauf ich Ihr Versichert das bey allen diesen troubles der Kron E. C. D. nichts instendiger gesuchet Und gewünschet Als J. J. M. M.

[1]) d. d. 23. Oktober 1656. Bei Orlich l. c. p. 14—17.

Wohlstand Und dero Reiches Ruhe; Wolt auch Wohl Caviren, das dero intention Noch diese stunde dahin gerichtet Und weil Ihr Maiestet solch gnädig confidens zu mir, Wolt ich dero Befehl E. C. D. Ahntragen; ich funde mich aber Viel zu Unwürdig in so hohen Sachen zu rationiren, Ich Wollte nun Gott bitten, das ehr alles so Wolle Richten, das es zu seinen ehren, der hohen potentaten Fride und Contento Rönt Ausschlagen . . . „Gewis wehr es Zeit das man Frieden Machte, ich sehe sonst ein Undergang Von pohlen"; der Herzog habe mit ihr zwei Stunden über diese Angelegenheit sich beraten und wolle selbst auch an den Kurfürsten schreiben. Indessen hatte diese Anregung zunächst noch nicht die gewünschte Folge, Friedrich Wilhelm harrte beim Bündnisse mit Schweden aus, nachdem sich König Karl Gustav am 20. November in Labiau schließlich dazu hatte verstehen müssen, den Kurfürsten als souveränen Herzog von Preußen anzuerkennen. In geheimen Artikeln verpflichtete sich der Kurfürst, beim Friedensschlusse Schweden unter anderem auch Kurland zu verschaffen, ein Versprechen, das, wenn es je verwirklicht wurde, das Interesse des Herzogs Jakob auf das Einschneidendste berührte, das aber im übrigen diesem kaum bekannt geworden sein dürfte.

Mannigfache Verhandlungen mit Schweden, Polen und Rußland, die wir hier im einzelnen nicht darlegen können, haben den kurländischen Herzog und seine, damals schwer kranke Gemahlin auch die nachfolgenden Monate in banger Spannung erhalten.

Die Hoffnung, welche Luise Charlotte im Februar 1657 in einem Briefe an de la Gardie äußerte, es werde diesem gelingen, seinen König zu einem guten Frieden zu veranlassen, war eine trügerische. Auch Dänemark trat dem Kriege gegen Schweden bei, „Glaubensgenossen gegen einander, was wirt man noch als erleben!" klagte die Herzogin, für deren Denkweise es überhaupt bezeichnend ist, daß sie immer wieder betont, wie sehr sie den Kampf evangelischer Mächte gegeneinander verabscheue. Auch sonst zeigten sich neue Wolken am Horizonte, Luise Charlotte teilte die allgemein gehegte Be-

fürchtung, die Russen würden die Belagerung Rigas noch einmal versuchen. „Gott las ihn doch sein Krieg in ein ander Ort führen, diese Nachbahrschaft wünsche ich wohl hertzlich Ruhe, dan wir gehen drüber mit zu Grunde, als ein Schwindsüchtiger.“[1]) Wohl konnte sie ihrem Bruder im April 1657 wiederum von der Schonung berichten, die Kurland von den an der Düna stehenden russischen Truppen erfuhr, aber um so brutaler verfuhr die polnisch-littauische Armee und die Schweden drängten nach wie vor zur Unterwerfung. „Die Pohlen“ — schreibt die Herzogin in demselben Briefe — Sagen, Wir sein zu Schwedisch, jene, Wir sein gantzs polnisch und wir seint nur für Uns selbst. Aber Undanck ist bey der Neutralité das endt. Vohr diesem wahren Schweden, Pohlen und Muskowitter hie und wahren gut freundt, nun ligt ein Schwedisch Resident hie, das dünket Mich Wirt Uns Unheil bringen . . .“ Welchen Einfluß man ihr selbst auf den Gang der Dinge beimaß, zeigt die sich an die obigen Zeilen schließende Mitteilung, daß ihr Gemahl sie aus Kurland entfernen wolle, weil man sie vielfach für die Seele seiner Politik hielt. „Mein Herr sagt, Als ich sol nun nach Lübeck, Sol keine Parthey Sein Liebden mehr so plagen; ich sage: Zu Euer Liebden Wil ich Wol, aber in Lübeck Wehr ich nicht gerne Burgermeistrin. Sein Liebden meinen, bei Euer Liebden würde mich der Muskowitter Nehmen, aber Wo Euer Gemahl blieb, bliebe ich auch, Aber ich bin So starck von Kinder und Leuht, das ich gros Ungemach Solt thun.“[2]) Daß die Herzogin Politik auf eigene Hand trieb,

[1]) Briefe an de la Gardie vom 2. Februar, 28. April, 16. Juni 1657, Stockh. Reichs-Archiv. — Über die Krankheit Luise Charlottes s. den Brief Herzog Jakobs an den Großen Kurfürsten, den 19. Februar 1657, in dem er meldet, der von dem Herzoge von Zweibrücken empfohlene Leibarzt habe in der Meinung, die Herzogin sei fieberkrank, ihr Medikamente eingegeben, welche eine Frühgeburt zur Folge hatten. Berl. Geh. St.-Arch. Rep. 9 Nr. 7. g. 2. Vergl. auch die Acta im Herzogl. Archiv zu Mitau „Acta des Dr. Frundecks Sache . . .“

[2]) Luise Charlotte an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm, d. 13. April 1657. Berl. Geh. St.-Archiv Rep. 9, Nr. 7. g. 2.

wird man bei dem guten Verhältnis zu ihrem Gatten und dessen kraftvoller Persönlichkeit gewiß nicht anzunehmen haben. Aber daß Frauen in die Politik aktiv eingriffen, war damals überhaupt nichts seltenes, wir brauchen ja nur an des Großen Kurfürsten eigene Gemahlin und an seine Mutter zu erinnern, die tief in das politische Getriebe eingeweiht waren oder an des polnischen Königs Johann Kasimir ihm weit überlegene Gattin, die Königin Marie Luise, die zum Beispiel mit Kurfürst Friedrich Wilhelm in regem politischen Briefwechsel stand. Und dazu kam noch etwas anderes: der Herzog selbst hatte oft Grund, sich große Zurückhaltung aufzuerlegen und seiner Gemahlin die Korrespondenz zu überlassen, die ihn selbst zu sehr hätte kompromittieren können.

Aus den Gründen, welche Luise Charlotte in jenem Schreiben angab, kam es damals nicht zu ihrer Übersiedelung nach Lübeck, wohl aber begab sie sich im Sommer desselben Jahres nach Königsberg. Der Kurfürst hatte nämlich an sie die Bitte gerichtet, dort seiner Gemahlin pflegend zur Seite zu stehen, die damals ein Wochenbett erwartete. Herzog Jakob benutzte die Gelegenheit, um gleichzeitig mit seinem Schwager über die Ansprüche, die er an diesen noch hatte, verhandeln zu lassen und zu diesem Zwecke beauftragte er seinen Kanzler Melchior von Foelckersahm, die Herzogin nach Königsberg zu begleiten und sie dort mit seinem Rate zu unterstützen. Es handelte sich dabei im wesentlichen um die noch ausstehenden Ehegelder Luise Charlottes.

Ehe die Herzogin sich auf den Weg an das Hoflager ihres Bruders, den sie seit ihrer Hochzeit nicht mehr gesehen hatte, begab, hatte sie, um jedes Mißtrauen zu beseitigen, de la Gardie von ihrer Reise Kenntnis gegeben und ihn gebeten, keiner Verleumdung sein Ohr zu leihen. Sie hatte Grund, besorgt zu sein, war doch schon, wie sie dem schwedischen Nachbar schrieb, in den gedruckten Zeitungen viel von ihren gefährlichen Anschlägen gegen Schweden die Rede. „Gehen aber solche Dingen in druck, da ich noch zugegen, was wirt

nicht kommen, wan ich von hier abweſent." Sie legte ihm für die Zeit ihrer Abweſenheit Mann und Kinder ans Herz und dankte ihm für ſein ſtets bewieſenes Wohlwollen.[1])

Die politiſche Situation, welche die Herzogin in Königsberg vorfand, war eine ſehr intereſſante. Am Hoflager des Kurfürſten befand ſich damals der öſterreichiſche Staatsmann Franz von Liſola, der mit einer wichtigen Miſſion betraut war. Er ſollte den Kurfürſten für die Kaiſerwahl des Erzherzogs Leopold gewinnen, zugleich aber einen Separatfrieden zwiſchen jenem und dem mit dem Erzhauſe verbündeten polniſchen Könige herbeiführen. Der letztere, der, wie wir geſehen haben, ſchon lange nach einer Verſöhnung mit dem brandenburgiſchen Kurfürſten ſtrebte, hatte Liſola bevollmächtigt, dieſem im äußerſten Falle die Anerkennung ſeiner Souveränität in Preußen als Preis der Verſtändigung zuzugeſtehen. Liſola hatte aber bei ſeinen Bemühungen, den Kurfürſten für die Trennung von Schweden und zum Anſchluß an Polen zu gewinnen, kein leichtes Spiel. Unter den brandenburgiſchen Miniſtern ſelbſt war der Graf Waldeck ein energiſcher Gegner des Anſchluſſes an den Kaiſer und Polen und es verſteht ſich, daß auch der ſchwediſche Geſandte Schlippenbach alles mögliche that, um den Kurfürſten von einer Verſtändigung mit Polen abzubringen, nicht minder wirkten in dieſem Sinne die Vertreter des franzöſiſchen Hofes, der die habsburgiſche Kandidatur auf die erledigte Kaiſerwürde auf jede Weiſe zu durchkreuzen ſtrebte und daher die Ausſöhnung Brandenburgs mit Polen, dem Bundesgenoſſen Öſterreichs, verhindern wollte. Sie alle ſuchten Friedrich Wilhelm in ihrem Sinne zu beeinfluſſen und in dieſen eigentümlichen Kampf um die politiſche Stellungnahme des jungen Herrſchers griffen auch die fürſtlichen Frauen ein, die bald neben Otto von Schwerin Liſolas eifrige und wie er und ſie meinten, nicht erfolgloſe Parteigängerinnen wurden.

[1]) Briefe vom 28. April, 16. Juni, ohne Datum, 1657, Stockholmer Reichs-Archiv.

Und nicht nur er suchte mit der Herzogin Fühlung zu gewinnen, der französische Gesandte war ihr gar eine Viertelmeile entgegengekommen, „in der Caros sihlen allerley Discours“ und bald ist sie mit der diplomatischen Welt — sie machte zahlreiche Visiten — wohl bekannt gewesen.[1]) Am 8. Juli 1657 schrieb die Mutter Friedrich Wilhelms an den polnischen General Opalinsky,[2]) sie habe bei ihrem Sohn wegen des Friedens mit Polen „Erinnerung gethan, so viel einer Mutter zuständig“ und fügte hinzu, daß ihre zur Zeit in Königsberg weilende Tochter, die Herzogin von Kurland, auf ihr Einreden es dahin gebracht habe, daß der Kurfürst den Frieden mit den Polen wünsche und daß es ihres Erachtens nur der Ernennung von Plenipotentiären bedürfe, um einen endgültigen Friedensschluß herbeizuführen. Wir haben schon oben ausgeführt, welche Erwägungen Luise Charlotte veranlaßt hatten, im Sinne einer polnisch-brandenburgischen Verständigung thätig zu sein. Dieselben werden sie auch jetzt geleitet haben. Daß sie in Königsberg auf den Bruder mit dem größten Eifer einzuwirken versuchte, ist durch sichere Zeugnisse erwiesen. Daß aber sie und die Kurfürstin die allendliche Entscheidung Friedrich Wilhelms herbeigeführt haben, scheint ausgeschlossen. Der Kurfürst hat sich gewiß nur durch seinen Vorteil leiten lassen, er hat sich, als der Stern König Karl Gustavs im Verbleichen schien, zum Aufgeben des erzwungenen schwedischen Bündnisses entschlossen, aber erst dann, als man ihm den gewünschten Preis dafür bewilligte. Und auf diesen, der Souveränität in Preußen, hat er immer fester bestanden, je mehr er erkannte, wie sehr man sich um ihn bemühte. Die ersten Verhandlungen, die Luise Charlotte mit Lisola über den Anschluß des Kurfürsten an Polen anknüpfte, gehen noch davon aus, daß die Lehnsabhängigkeit Preußens von Polen

[1]) Brief an de la Gardie d. d. Königsberg, d. 4. Juli 1657, Stockholmer Reichs-Archiv.

[2]) d. d. Crossen, d. 8. Juli 1657, Berliner Geh. Staats-Archiv, Rep. 9, 5 ll. 9.

fortbeſtehe, aber weſentlich gemildert werde. Später iſt davon nicht mehr die Rede.

Man muß den Einfluß Liſolas und ſeiner Bundesgenoſſen auf den Kurfürſten nicht überſchätzen; wie ſehr er auch auf die Ratſchläge, die ſich an ihn herandrängten, hören mochte, die letzte Entſcheidung iſt doch ſeine eigene That geweſen. Wir dürfen auch nicht vergeſſen, daß unſere Hauptquelle ein erſichtliches Intereſſe hatte, jenen Einfluß möglichſt groß darzuſtellen. Aber wenn wir das auch gegenüber den Verſuchen, die perſönliche Selbſtändigkeit Friedrich Wilhelms geringer einzuſchätzen, als es die früher vorherrſchende Auffaſſung that, beſonders betonen, ſo ſcheint es doch nicht ohne Intereſſe, das politiſche Ränkeſpiel zu beobachten, daß ſich in jenen Tagen am preußiſchen Hoflager abſpielte und in das Luiſe Charlotte tief verſtrickt war. Daß ſie neben Franz von Liſola und dem Biſchof von Ermland (dem polniſchen Geſandten) im polniſchen Intereſſe thätig war, blieb dem ſchwediſchen Geſandten Schlippenbach nicht verborgen, und er berichtete darüber an ſeinen Hof[1]); er traute ihr nicht recht, als ſie verbreitete, ihr Gemahl werde dem ſchwediſchen Könige beim Moskowiter nützliche Dienſte (d. h. bei den Friedensverhandlungen) erweiſen, und es darf fraglich erſcheinen, ob er ihrer Bitte, ſie und ihren Gemahl bei König Karl Guſtav gegen alle „Verleumdungen“ zu vertreten, wirklich entſprochen hat.[2]) Genaueres wiſſen wir über ihre

[1]) Elbing, d. 6. Juli 1657. Schlippenbach an König Karl Guſtav: Bishero iſt noch nichtes reales am Churbrandenburgiſchen hoff passirt, ſo da Ihr M. praiudiciret, wiewol Iſola wegen Öſtereich undt der Biſchoff von Ermlandt in nahmen des König in Pohlen ihr eußerſtes thun, welches auch die herzogin aus Churlandt nach vermögen sekundiret. Elbing, d. 16. Juli 1657: Die hertzogin in Churlandt, welche auch andere ſeiten aufziehet, verlanget mich ſehr zu ſprechen, ich höre ſie giebet vor, daß ihr h. Ihr Maieſtet große dienſte beim Moſcowiter zu leiſten ſich nunmehr (ungeacht der Pohlen) unterſtehen wolle. Stockholmer Reichsarchiv, Sammlung Hiſtorica.

[2]) Luiſe Charlotte an König Karl Guſtav, o. D, doch wohl 1657. Stockholmer Reichsarchiv, Sammlung Polonica.

Bemühungen durch Franz von Lisola selbst, dessen Gesandtschaftsberichte zu den wichtigsten Quellen über jene denkwürdigen Tage gehören.[1])

Am 22. Juli schrieb er dem Kaiser Ferdinand III. unter anderem, daß die Kurfürstin Luise Henriette die habsburgisch-polnische Partei eifrig fördere, „aber vor allen, fährt er fort, hilft uns bei unseren Unternehmungen die Herzogin von Kurland, eine Frau von großen Gaben, mit glühendem Eifer. Abgesehen von den Unterredungen, die ich mit ihr habe, giebt sie mir heimlich und recht häufig brieflich von Dingen Kenntnis, die zu wissen für mich und das Interesse E. Maj. von Wichtigkeit ist. Ich suche mit Eifer ihre uns geneigte Gesinnung zu stärken und lege ihr wiederum die Mittel und Gründe nahe, durch die sie die französischen Ränke zu Schanden machen und unsere Sache fördern kann. Den Franzosen ist sie in überraschendem Maße feindlich gesinnt und neulich hat sie dem französischen Gesandten gegenüber so fest auf ihrer Meinung beharrt und sich dabei so klug ausgedrückt, daß sie ihn vollständig in Verwirrung brachte". Er empfiehlt, daß der Kaiser oder seine Gemahlin selbst an die Herzogin schreiben möchten, das werde sie gewissermaßen in den Himmel erheben und ganz an die kaiserliche Sache fesseln. Man sieht, Lisola schätzte ihre Mitwirkung, dann fährt er fort: „sie vermag viel beim brandenburgischen Kurfürsten, der sie ganz besonders lieb hat". So konnte es nicht ausbleiben, daß die französischen Gesandten und die anderen Gegner Lisolas auch ihr grollend gegenüberstanden.[2]) „Gestern, so berichtet Lisola eine Woche später

[1]) Herausgeg. von Dr. A. F. Pribram im Archiv für österreichische Geschichte, Bd. 70. Vgl. bes. die Berichte v. 22. Juli, 29. Juli, 10. August. Lisola selbst hat sein Urteil über Friedrich Wilhelm später wesentlich modifiziert, s. Pribram in Urk. u. Akt. XIV, S. 133.

[2]) Lisola schreibt dem Grafen Portia am 28. August: Il Conte di Schlippenbach fulmina contro la Duchessa di Curlandt contro il Vescovo di Varmiae contro di me, chiama il Vescovo Machiavelista, dice ch'io son un atheo, la Duchessa di Curlandt Neutralista et il Conte Suerin un Austriaco nuovo nato . . .

(29. Juli) nach Wien, hat es sogar einer der französischen Gesandten gewagt, die Herzogin von Kurland öffentlich an der Tafel zu bestürmen, indem er sie im Scherze als eine Österreicherin aufzog. Sie antwortete, ohne die Miene zu verziehen, würdig und ernst, sie sei nur ein Weib und treibe nur Dinge, die dem weiblichen Geschlechte angemessen seien. In die Angelegenheiten großer Könige mische sie sich nicht, aber das freilich stelle sie nicht in Abrede, daß sie Hingabe und Ehrfurcht den österreichischen Fürsten widme, durch deren Wohlwollen ihre Familie viel gewonnen habe und denen sie — und darauf sei sie stolz — durch enge Bande der Blutsverwandtschaft nahe stehe. Das alles sagte sie ganz offen zum Erstaunen aller, während die Franzosen verstummten." [1]) Nach nicht ganz vierzehn Tagen hat sich die Situation in Königsberg nach Lisolas Meinung zu seinen Ungunsten verschoben. Der Kurfürst ist wieder ganz schwankend geworden, das Wiedereintreffen des schwedischen Gesandten Schlippenbach, eine Annäherung Moskaus an Schweden, die Erfolge Karl Gustavs in seinem Feldzuge gegen Dänemark u. a. haben diesen Umschwung herbeigeführt. „Als ich, berichtet Lisola, durch zuverlässige Personen in Erfahrung gebracht hatte, was im geheimen Rate des Kurfürsten von einigen dem schwedischen Könige ganz ergebenen Ministern dargelegt worden war, setzte ich sogleich ein Schriftstück auf, um diese eitlen und schwachen Gründe, auf denen die ganze Bedeutung der französischen und schwedischen Machination beruht, zu widerlegen. Nachdem ich es durch eine zuverlässige Person ins eleganteste Französisch hatte übersetzen lassen, ließ ich es der Herzogin von Kurland durch einen Unbekannten

[1]) Schwedischerseits erhob man später die Behauptung, die Herzogin habe einmal in sehr geringschätziger Weise an der kurfürstlichen Tafel von den schwedischen Truppen in Kurland gesprochen, sodaß der Kurfürst selbst Veranlassung genommen habe, seine Schwester zurechtzuweisen. Die alte Mutter Luise Charlottes glaubte an diese Erzählung nicht. Vgl. ihr Schreiben an Otto von Schwerin vom 23. August 1659 bei Orlich l. c. Beilagen S. 44 und A. Seraphim, Aus der kurländischen Vergangenheit, S. 204.

übermitteln, so als ob es mit der Post gekommen sei. Die Herzogin teilte es sofort dem Kurfürsten mit, der es sich auf der Stelle vorlesen ließ und gegen seine Gewohnheit zum Erstaunen der Herzogin bis zum Ende des Schriftstückes ausdauernd und gespannt zuhörte und so wunderbar ergriffen schien, daß er eine Zeitlang in seine Gedanken versunken blieb." Daß der Kurfürst sich dann doch wieder den Wünschen Lisolas geneigter zeigte, das danke man nächst Gottes Hilfe besonders der Kurfürstin und der kurländischen Herzogin.

Inmitten dieser diplomatischen Intriguen fand die Herzogin Zeit, ihre Korrespondenz mit de la Gardie fortzusetzen und immer wieder für ihren argverleumdeten Gatten seine Fürsprache bei König Karl Gustav zu erbitten. Noch bevor diese Verhandlungen vollständig zum Abschluß gekommen waren, mußte Luise Charlotte die Heimreise nach Kurland antreten und erst hier hat sie dann auch die Kunde davon erhalten, daß am 19. September zu Wehlau jener für die Entwicklung der preußischen Machtstellung so wichtige Vertrag zwischen dem Kurfürsten und Polen abgeschlossen worden war, durch den der Kurfürst sich von Schweden trennte, auf alle in Polen gemachten Eroberungen verzichtete, aber dafür von König Johann Kasimir als souveräner Herzog von Preußen anerkannt wurde.[1])

In Goldingen, wohin der größeren Sicherheit halber damals das herzogliche Hoflager verlegt war, drangen ein gerade dort anwesender englischer Gesandter, besonders aber der schwedische Resident in die Herzogin Luise Charlotte, sie möge ihnen über die Verhandlungen in Preußen Mitteilungen machen. Luise Charlotte entzog sich diesen Wünschen und behauptete, von einem Bunde des Kurfürsten mit Polen nichts zu wissen, es handele sich nur um einen Neutralitätsvertrag, den er habe abschließen müssen, „weil die gantze polsche force ihn auf den Hals kam". Sie teilte Otto von Schwerin mit, daß die fremden Diplomaten ihr keinen Glauben schenkten, und fragte bei ihm,

[1]) Vgl. bes. F. Hirsch: Otto v. Schwerin. „Hist. Zeitschr." 71, 220 ff.

dem man gleich ihr entscheidenden Einfluß auf den Kurfürsten in jenen entscheidenden Tagen beimaß, an, wie sie es nun „mit Reden Zu halten habe". Sie war nicht im unklaren darüber, daß man in Schweden auf sie seit ihrer Reise nach Preußen mit größtem Mißtrauen blickte, und äußerte das in einem Briefe an Schwerin. „Der Herr Baron (d. h. Schwerin) haben bey Ihnen Alle schuldt, Gott las es ja Glücklich Ausschlagen, Sonst durften Wir alle den Undanck haben. Ich kan mich Zu Weil Unluſtige gedanken Über seiner liebſten Fal Und Zerreiſſung meines Rades [?] machen, Gott las es Uns ja nicht ein böſes ohmen sein, das uns unſer Churlandt drüber zu reißen; Und ehr Auch, in dem ehr es treuwlich und gut meint, zu Unglück kom." Im übrigen hielt die Herzogin es noch immer für möglich, daß der Anschluß des Kurfürsten an Polen noch keineswegs zu einem gemeinsamen Kriege gegen Schweden führen, vielmehr den Abschluß eines allgemeinen Friedens beschleunigen werde. „Den König in schweden" — so heißt es in demselben Briefe — „Wirt Wol die notification nicht so sehr Ahnnehmlich sein, den sie schlieſſen Alle, es Werde ein Krig gegen Ihn draus folgen; so ich aber, Wenn es immer müglich, Wie ich Allzeit gesagt, Auch noch Wünsche, das es nicht geschе; sondern in die platzs ein Rechter gutter allgemeiner friden folgen möge, welchen man nun ce me semble Möcht Ahn Schwediſcher seitte nicht Auszuſchlagen sein."[1]) Inzwischen bemühte sich die Herzogin, die neue polniſch-brandenburgiſche Freundſchaft noch mehr zu feſtigen und manche Verſtimmung zwiſchen beiden Höfen zu beſeitigen. So ſchreibt ſie mit Bezugnahme auf Plünderungen, die der polniſche Feldherr Czarnecki in der Mark Brandenburg verübt hatte, am 8. Oktober 1657 an ihren Bruder[2]): „So ſehr mich Euer Liebden angenehmes Schreiben erfreuet, ſo entfinde ich mit Euer Liebden, daß Czarnecki in der lieben Mark und unſchuldigen Pauren ſo ge-

[1]) An Otto v. Schwerin, d. d. Goldingen, d. 30. Sept. 1657, bei Orlich S. 51—53.

[2]) D. d. Goldingen, d. 8. Okt. 1657. Berl. Geh. St.-Arch. Rp. n 7 c 6.

hauſet. Scheint, er hat nicht gewußt, was passirt; dann wann er es gewußt, wär es nicht redlich gethan. Aber König in Polen kann es wohl zahlen, iſt es auch ſchuldig. Sein Frau grüſt Chur-Brandenburg zu tauſend Mal in Herzogin von Churland Brief und verſichert, ſie thu alles, was ſie kann, für Churbrandenburg, er ſoll doch umb Gottes Willen und des Vaterlandes auch was nachlaßen. Herzogin in Churland antwort, daß Chur-Brandenburg ſchon viel nachgelaßen; am Ende wird Hoffnung geben, daß Churfürſt alles erhalten wird." Wegen Czarneckis Vorgehen, dem der polniſche Hof ganz fern ſtehe, werde ſich eine Verſtändigung erzielen laſſen. „Wär es [ihm] aber befohlen, wär es gut für Churbrandenburg, daß es ſobald ausbrech; Herzogin in Churland kann es aber nicht glauben, dann die Freude ſo groß bei dem Könige in Polen, daß Churbrandenburg wieder ſein Freund, daß nicht zu ſagen; und die Gemahlin ſchreibt mit ſo viel Affection von Churbrandenburg . . ., daß ich ein Brief davon könnt machen."

An de la Gardie hatte die Herzogin nach ihrer Rückkehr dreimal geſchrieben und in ganz unbefangener Weiſe über ihre Königsberger Eindrücke berichtet. Sie pries die Güte, die der Bruder ihr erwieſen, und beklagte ſich über die Beleidigungen und die Verdächtigungen, denen ſie ausgeſetzt geweſen ſei, alle Zeitungen ſeien voll von Mitteilungen über ihren Charakter.[1]) Als de la Gardie gar nicht antwortete, da konnte ſie ſich ſelbſt nicht der Befürchtung entſchlagen, daß er gegen ſie mißtrauiſch geworden ſei. „Ich forchte, heißt es in demſelben Briefe an Schwerin, Graf Mangnus iſt todt: Herzogin in Churland hat dreimal an ihn geſchrieben, kriegt aber kein Antwort, oder iſt ſo bös, daß Churbrandenburg König in Polen wieder lieb und giebt das Herzogin von Churland Schuld und kann alſo nicht mehr übers Herz bringen, ihr zu ſchreiben." Überhaupt klingt das Schreiben recht verſtimmt aus. „Ich bin ſo bang, ſie

[1]) D. d. Goldingen, d. 9. Sept. 1657. Stockh. Reichs-Arch.

haben mir mein armen Sumnitz[1]) umbracht oder er ist an die Pest gestorben. . . . Euer Liebden sehen sich ja in dero Reise (nach Bromberg) für Pest, Freunde und Feinde! Man sagt, der König in Schweden kam auf Euer Liebden, ich glaube es aber nicht. Die Königin in Polen wünschet so, ich wär noch bei Euer Liebden, Wo Euer Liebden sie rencontrirten, bitte ich Euer Liebden vergessen unser nicht und helfen mir und meine Kinder auch ein gut Wort reden. Ich kann nichts thun, als herzlich beten, vnd kann ich E. Ld. . . . was dienen, befehlen Sie mir, ich habe mich so unnützs in gebur gemacht als ging es mir an; ich halt, man werde es bald excusiren. Adieu tres cher unique frère! Gott regier Euer Liebden durch sein heilig Geist in alle Ihre Anschläge und helf Ihr glücklich aus allen! So lang ein warm Blutstropf in mir, will ich für Euer Liebden zu Gott rufen, dann Ihr Wohlfahrt ist die meine mit, bei Ihr Unglück ist meines bereit und Euer Liebden glauben, daß Sie mir und mein Herr das Liebste in der Sterblichkeit. Mein Herz ist neger (näher) an Euer Liebden attachirt, als niemals. Eins muß ich Euer Liebden nachsagen: Man sagt, wann gut Wind, bin ich in 24 Stunden Zu Colberg; so wage ich es auch, E. Ld. in die Mark zu besuchen, wo ich künftigen Sommer erlebe; sterbe ich dann, so sehen wir uns im Himmel . . ." Als Otto von Schwerin etwas später ihr von der Zusammenkunft des Kurfürsten mit dem polnischen Könige zu Bromberg Mitteilung machte, dankte ihm die Herzogin dafür und schreibt: „Ich hatte balt Vergessen zu dancken das er mich bey der glücklichen Entrevue der beiden hohen Haupter gewunschet, ich hatte Wenig genutzet, aber mit mein gebeht Wohn ich doch Ihnen bey, das es zu ein glücklich stunde sein möge, die uns fride Und nicht Weitter krig bring, sonst bin ich Verlohren. Den man mir Alles Ahn S. Seitte zumisset . . ."[2])

[1]) Der Kammerjunker von Somnitz, der die Güter der Herzogin verwaltet hatte.

[2]) Bei Orlich l. c. S. 56.

Der Wehlauer Vertrag war für Luise Charlotte im übrigen auch deshalb ein erfreuliches Ereignis, weil er den reformierten Gemeinden in Litauen und Polen die lange erstrebte Rechtssicherheit gewährleistete. Die Lage der Reformierten in Litauen war während des Krieges eine besonders schwierige. Die reformierten Radziwills waren es gewesen, welche im Sommer 1655 die freiwillige Unterwerfung Litauens unter Schweden herbeigeführt hatten. Als nun im folgenden Jahre das Land wieder von Karl Gustav abfiel, hatten gerade die Evangelischen eine besonders harte Behandlung durch die brandenburgisch-schwedischen Truppen erfahren. Derjenige Teil der Reformierten aber, der mit den Radziwills auf seiten Schwedens ausharrte, war auch der Rache der katholischen Landsleute preisgegeben. Ihre Kirchen gingen vielfach in Flammen auf, der evangelische Gottesdienst verschwand und die reformierten Prediger und Edelleute mußten zum Teil in Preußen, besonders in Königsberg, aber auch in Kurland Zuflucht suchen.[1]) Luise Charlotte nahm sich der Glaubensgenossen nach Kräften an. Schon im Oktober 1656 schrieb sie an Schwerin, sie habe gehört, daß der brandenburgische Rat Graf von Waldeck im Kriege den Bewohnern Litauens „ziemlich das Ihre sol nehmen lassen, und das die Reformirten fast die meiste pressur krigen. So bitte Ich Ihn wo ehr es Rathsam findet, ehr helf doch das ein befehl ging, das man doch mit die, so doch genug Drangsahl schon gelitten, ein wenig seuberlicher fahren Möchte, den ich nicht gern, das tränen Und seufzer Auf den löblichen Unschuldigen Brüdern Und sonderlich Von den glaubensgenossen fallen soltte. Und habe ich deren nahmen, die mich so hoch bitten lassen Auf einliegenden Zettel gesetzet, Kan ihn dis nicht abschlagen, Weil sie al ihr refuge Zu mir, Und ich nun sehe, Und spür, das Gott mich hin beruffen, meine Arme glaubensgenossen zu helffen, So viel ich kan". Sie teilt mit, daß mehrere reformierte Geistliche aus Litauen auf den herzog-

[1]) Vergl. auch J. Lukaszewicz: „Geschichte der Reform. Kirche in Lithauen". I, 167.

lichen Ämtern verpflegt würden. „Ich bitte ihn aber so hoch, ehr nehme ia diese Kühnheit nicht Uebel Ueber Uns; Weis ich, Wir haben Solch auge Alzeit auf die Relions Verwandten gehabt, Also Weis ich, das es Wohl nicht Seind Befehl . . .“ Und einige Monate später wiederholt sie dieselbe Bitte: „Ich hof Seine Churfürstl. Durchlaucht Werde, Wo sie friden schlissen, für die Reformirten Reden, den Ihre Kirchen fast Al zerstörret Und die Meisten prediger in meines Herrn Aembter Und dieser stadt.“ Wie mußte es sie nun freuen, daß Friedrich Wilhelm im Wehlauer Vertrage sich vom polnischen Könige hatte versprechen lassen, daß er und seine Nachfolger an der Krone die Angehörigen des Augsburger lutherischen und reformierten Bekenntnisses bei ihren Rechten erhalten würden. „Und kann ich — schreibt sie im Sept. 1657 an Otto von Schwerin — meine freude nicht genugsam beschreiben, noch Ihn nach gebür gratuliren, das ehr Abermahls solch ein stadtliches, Und wie ich hof, der gantzen Kirch Gottes erspriesliches Werck hatt befördert. Nun hatt die gantze Reformirte Kirch in der Kron pohlen, so die Rechte trostlose in diesen Krieg gewesen, Wider ihre beste seule, die sie Vertretten Und für Ihr Reden darf.“ [1])

Manche Verdrießlichkeit ergab sich für Luise Charlotte daraus, daß es ihr und dem Kanzler Fölkersahm in Königsberg nicht gelungen war, in der Frage der Geldansprüche, die sie und ihr Gatte an den Großen Kurfürsten hatten, ein befriedigendes Resultat zu erzielen. Sie schrieb Otto von Schwerin, daß ihrem Gatten der Rat erteilt worden sei, jene Ansprüche an Spanien, Schweden oder an Cromwell zu verkaufen, daß der Herzog auf diese Ratgeber wenig achte. „Aber Wen sie sehen, das sie so gar trostlos bleiben, dürfte die Disperation Entlich Wozu bringen, so mein todt sein würde. Ich sage genug, Wen der Herr baron lebt, und Ich solch grossen sohn [habe,] Weis ich, seine Churfürstliche Durchlaucht Wirt gnädig für ihn sorgen; Aber ehr Weis ja Wohl, das die Weiber nicht Allemahl die Männer dazu disponiren Können, Wozu sie

[1]) Bei Orlich l. c. S. 48, 50.

Wol inclinirten. Ich Wil nicht aufhören zu bitten, Ich hof entliche erhörung, und das Allein durch dessen promotion.“ Und bald darauf klagt sie: „Aber Ach Gott, Was habe ich für eine eigen plage, mein Herr ist Ueber den Canthsler Und mir nicht Recht zufriden, Und muste ich neulich fast aus seiner Herzoglichen Durchlaucht mundt ein Brief, oder kurtz entwurf in Herzoglicher Durchlaucht sache mein Churfürstin schreiben; Und nun ist mir so Angst, die Churfürstin deut es mir Uebel. Gott weis doch, wie hoch ich dero grace schetze, Und mich dunckt ich Wolt lieber 8 tage ein bösen man, Als ein tag eine böse Churfürstin haben; den die grace, die ich Keinen, Als Gott und den Herrn danke, Wünsche ich bis in Mein sterbliche grube zu conserviren. Bitte Ihn also, wo ich Zu frey par Commendement geschrieben, ehr helf doch alles Wider zum besten, den ehr Weis ja selber Wol, die Menner wollen Gehorsam haben; Aber mein liebste Churfürstin bleibe ich doch leibeigne Treuwe ergebene Magt . . .“ Zur Befriedigung der Ansprüche des Herzogs wünschte dieser, daß seinem ältesten Sohne eine Komturei des in den brandenburgischen Landen gelegenen Zweiges des Johanniterordens oder doch die Anwartschaft auf eine bald vakant werdende vom Kurfürsten eingeräumt werde. Indem die Herzogin Schwerin in dieser Angelegenheit um seine Unterstützung bittet, berichtet sie ihm von der Mißstimmung des Herzogs, der mit der Vertröstung auf eine erst in ferner Zukunft zu besetzende Komturei durchaus nicht zufrieden war. „Seine fürstl. Durchl. sagen, man Gebe Ihn Was, so Sie in 100 Jahr nicht erleben können, Und sie Wehren zu Alt worden, sich nasen Machen zu lassen, und das oft so Viel, das ich in Vertrauwen gegen ihn darf schreiben, ich, so ich die Ehr Achte, mein Churfürst und Churfürstin aufgewart Zu haben, Von Vielen gewünschet Würde, ich Wehr hie geblieben,[1]) Weil Vorhero ich alles in hofnung hielt; nun Aber Seine fürstl. Durchl. Meinen, der Cantsler und ich es nicht genug getrieben. Nun nehm ich

[1]) d. h. nicht nach Königsberg gereist.

Gott und Ihn zum Zeugen, ob ich nicht Meins Herrn Eigen schreiben Ihn communicirt, Und Unser Cantsler kan auch nicht leugnen, Wie ich Ihn Alle tage pussirt, Und durfte Also der gutte man denken, [daß er,] da ehr sonst in gros Credit Wahr, nun gar in Ungnade gerathen, Welches Mir ein gros Unglück, dan ehr der einige, Auf den ich mich fast verlassen. Also bitte ich Ihn nochmals, er helf mich aus diesen troubel." Ihr Gatte, teilt sie mit, wäre zufrieden, wenn ihm und seinen Kindern „Verdorbene Aembter eingegeben Würden, die sie Wider besetzen, ein Richten, und Als dan bey Wiedererstattung der millioration, Wen sie die versprochene Compterey und brobstey erlangten, Wider abtretten Woltten, Wes wegen man sich so hart Verschreiben wolte als möglich. Hilft mein ehrlicher Herr Schwerin nicht, so weis ich Auch keinen Raht mehr, Und mus den Gott Und der Zeit befehlen, in Hofnung das mein Geist Wirt Ruhen, Wan es Uebel sollte lauffen". Und als ihr im folgenden Jahre geschrieben war, daß der Graf von Waldeck, der Nutznießer einer Johanniterkomturei, und auch sein Sohn schwer krank seien, schreibt sie an den Freund in Berlin: „Ihr todt Wehr mir hertzlich leidt; Aber solt es Gott so Versehen, hof ich, ehr Würde machen das keine mehr auf die Compterey Vertrost Würden, sondern das mein sohn, den . . . Von Jugent Auf zu genieſſen hätte . . ., Welches Gott mein Bruder so Reichlich Würde ersetzen, Und das Kint kont, wo Gott Und Seine Churf. Durchl. es Ihn zeitlich gönt, Zu sein Reisen und studiren gebrauchen. Alle meine Hofnung ist auf sein procuration, der Arme Leuht Segen kehrt oft bey Uns ein, Und die Cadets Werde ich doch erzihen, das einer Mein Churfürstin, der andere Meines Churfürst gehorsame Knecht Werde, Wie die Mutter beider Dienerin; so ich Ihn bitte beides zu versichern." [1])

Der Herbst des Jahres 1657 brachte neue Sorgen. Der Krieg spielte damals nach Livland hinüber und auch Kurland hatte durch die Truppen des litauischen Feldhern Gonsiewski,

[1]) Briefe an Schwerin, d. d. 21. November, 10. und 28. Dez. 1657, 28. April 1658 bei Orlich S. 53 ff.

der Riga erfolglos blockierte, manches Ungemach zu leiden. Dazu kam noch das furchtbare Unheil der Pest, die zahlreiche Opfer forderte. Die Aussichten, die das nächste Jahr brachte, waren auch nicht erfreulich. Wohl schien es Luise Charlotte nach einem gnädigen Handschreiben König Karl Gustavs, daß sein Mißtrauen gegen sie gewichen sei, aber die Friedensverhandlungen, die angeknüpft waren, schleppten sich erfolglos weiter. Das Mißtrauen zwischen Schweden und seinen Gegnern war zu groß und die Forderungen, welche König Karl Gustav stellte, für Polen und Brandenburg unerfüllbar. Wohl wirkte auch Luise Charlotte an ihrem Teil, um den Frieden anzubahnen. Als de la Gardie zum Friedensunterhändler ernannt war, freute sie sich, weil seine bewährte diplomatische Gewandtheit Erfolg zu versprechen schien. „Ich habe mir die Kühnheit genohmen" — so schreibt sie an ihn im Mai 1658 — „der Königin von Polen zu schreiben, das E. Ld. nur die Pasporten erwartten, damit Ihr Majestet zu spüren, das es ahn Schwedischer Seitten ernst, so bishero an Pohlscher Seitte zum Excuse vohrgewent." Ihrem Bruder, dem Kurfürsten — so kann sie bald darauf melden, sei von Polen das Friedenswerk übertragen worden. Aber alle Versuche blieben erfolglos, der Krieg ging weiter.[1])

Wollte König Karl Gustav seine Kräfte dem brandenburgisch-polnischen Kriege ungeteilt zuwenden, so mußte er vor allem zu einem Ausgleich mit Moskau streben, aber es ist auch klar, daß der Herzog von Kurland allen Grund hatte, zu wünschen, daß es zu dieser Verständigung nicht käme. Bisher hatte man sich den zudringlichen Werbungen Schwedens doch noch mit dem Hinweise auf Moskau entziehen können; das mußte anders werden, wenn der Zar nicht mehr Schwedens Feind war. Es kann daher nicht befremden, daß wir die Herzogin Luise Charlotte im Juli 1658 eifrig dahin arbeiten sehen, den Zaren wieder für Polen zu ge-

[1]) Briefe an de la Gardie, d. 4. März, 10. Mai 1658. Stockh. Reichsarchiv.

winnen. Sie teilte dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm mit, sie lasse in der russischen Hauptstadt mit Erfolg dafür wirken, den Zar von dem schwedischen Separatfrieden abzubringen, doch meine sie, daß Polen auch für seine jenem gegebenen Versprechungen gewisse Garantien geben müsse. Es handelte sich im wesentlichen darum, daß der Zar zum dereinstigen Nachfolger des kinderlosen polnischen Königs Johann Kasimir gewählt zu werden wünschte. Doch kam es dazu nicht, vielmehr gingen die Wege Polens und Moskaus in der nächsten Zeit immer weiter auseinander. Es ist kein Zweifel: Schweden hatte Grund, auf den kurländischen Herzog und seine Gemahlin mit Mißtrauen zu blicken. Denn in dem Wunsche, einen allgemeinen Frieden herbeizuführen, arbeiteten sie in der That auf eine Isolierung Schwedens hin, das ihrer Meinung nach allein jenem widerstrebte oder ihn doch durch seine übertriebenen Forderungen vereitelte. „Die Schweden, schreibt der Große Kurfürst am 6./16. August an seine Schwester, geben vor, Sie Wollen Fride machen, die Conditiones sein aber sehr schwer", sie verlangten, daß der polnische König seine Erbansprüche auf Schweden aufgebe, endgültig auf Livland verzichte, aber auch Kurland sollte an Schweden fallen, sei es direkt, sei es als Lehnsherzogtum. Im ersteren Falle solle dem Herzog Samaiten als Entschädigung gegeben werden, was dem Kurfürsten als ein vorteilhafter Tausch erschien. Wenig vertraute dieser auf die Respektierung der Neutralität seines Schwagers und riet dringend, „sich in Verfassung zusetzen und gesambter Hand dem Feind zubegegnen". Aber dazu reichten des Herzogs Mittel nicht und die Ritterschaft zeigte für den Ernst der Situation wenig Verständnis.

Es zeigte sich immer klarer: aus eigener Kraft vermochte Herzog Jakob seine Neutralität nicht aufrecht zu erhalten; während de la Gardie von Livland abwesend war, zwang ihn der schwedische Gouverneur Helmfeld zu einem Vertrage (9. Juli n. St.), der den kurländischen Herzog zu großen Lieferungen an Lebensmitteln für die schwedische Armee ver-

pflichtete. Luise Charlotte richtete an de la Gardie die Bitte, den Vertrag etwas günstiger für sie zu gestalten, der Herzog habe so Viel bewilligt, „als niemals, so lang Churland gestanden". Es war natürlich vergeblich und bald darauf ging ihr die Nachricht zu, de la Gardie sei von seinem Posten in Livland dauernd abberufen. Sie hatte Grund, ihm ihr Bedauern auszusprechen, sie wußte, das Interesse, das er und seine Gemahlin für sie doch empfanden, beim Nachfolger durfte sie es nicht voraussetzen.[1]) Wohl war ihrem Gemahl im eben erwähnten Vertrage versprochen worden, daß weitere Kontributionen nicht stattfinden sollten, aber das ganze Abkommen war von der Genehmigung König Karl Gustavs abhängig gemacht und dieser hatte über das Schicksal Kurlands anders beschlossen.

[1]) Briefe an de la Gardie, d. 14. Juli, 28. Juli und 13. August 1658. Stockh. Reichsarchiv.

4. Die Gefangenschaft.

Die Selbständigkeit des Herzogs und seine schlau lavierende Politik hatten Karl Gustav mit Mißtrauen erfüllt und in ihm den Wunsch entstehen lassen, ihn in irgend einer Weise unschädlich zu machen. Gelang es dem rührigen Fürsten gar, sich in den Besitz einer größeren Militärmacht zu setzen, so konnte er das Zusammenwirken der schwedischen Truppen in Livland und Litauen vereiteln, indem er ihnen den Durchzug durch sein Land verbot, und man vermutete gerade in jener Zeit, daß der Herzog große Rüstungen plane. Bei dieser Sachlage erhielt der neuernannte schwedische Oberkommandierende in Livland, der Feldmarschall Duglas, die Weisung, die kurländischen Festungen Mitau und Bauske wenn nötig mit Gewalt zu besetzen und erforderlichen Falles den Herzog mit seiner ganzen Familie gefangen zu nehmen.

Der Feldmarschall entschloß sich, weil seine Truppen zu einem größeren Unternehmen nicht ausreichten, zur List, und da ein warnender Brief des dänischen Königs, der von dem geplanten Gewaltstreich Kunde erhalten, den Herzog Jakob nicht rechtzeitig erreichte, so kam es zur Katastrophe. Duglas zog mit seiner Armee in die Nähe der kurländischen Hauptstadt und schloß mit dem Herzog einen Vertrag ab, durch den er diesen vollständig in Sicherheit wiegte, denn er versprach, ihm gegen die Verpflichtung, die schwedische Armee mit Geld und Lebensmitteln zu unterstützen, die Respektierung der Neutralität des Herzogtums. Herzog Jakob vermutete nun nichts weniger

als einen schwedischen Überfall und stellte dem Feldmarschall auf dessen Requisition bereitwillig dreißig Böte zur Verfügung, die er zum Transport kranker Soldaten nach Riga nötig zu haben behauptete. In der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober fuhren schwedische Truppen auf diesen Fahrzeugen die Aa hinab, bestiegen im Dunkel der Nacht unbemerkt den schlecht bewachten Wall des Schlosses in Mitau und machten sich, ohne erheblichen Widerstand zu finden, zu Herren der Festung. Der Herzog eilte, als er den Tumult vernahm, aus dem Schlafgemach mit der Hellebarde in der Hand auf den Schloßhof, um seine Leute zu sammeln, aber diese waren pflichtvergessenerweise meist im Städtchen und nur durch die Geistesgegenwart eines Knaben, der noch zur rechten Zeit eine Thür hinter ihm zuschlug, entging der beherzte Fürst der drohenden Todesgefahr. Die zügellose Soldateska plünderte nun die fürstliche Silber- und Rentkammer, die Gemächer der Prinzen und das Städtchen Mitau, während das herzogliche Archiv beschlagnahmt und in der Folge nach Schweden transportiert wurde. Das in Schloß und Stadt stehende fürstliche Militär wurde in die schwedischen Regimenter eingereiht und die herzogliche Familie im Schlosse streng bewacht. Wohl blieb Jakob nominell Herzog, aber in Wirklichkeit hörte die fürstliche Regierung auf, Duglas war der Herr im Lande, und ihm mußte sich der Herzog fügen, auch darin, daß er selbst an die Befehlshaber der festen Schlösser Bauske und Doblen den Befehl erteilen mußte, sie den Schweden zu übergeben.

Luise Charlotte wurde durch diese Ereignisse umso schwerer betroffen, als sie gerade in jenen Tagen ihre Niederkunft erwartete. Am 18. Oktober brachte sie einen Knaben zur Welt, der später in der Taufe den Namen Alexander bekam. Er war mißgestaltet geboren, ihm fehlte der rechte Unterarm. Der Überfall, dem der Herzog im tiefen Frieden zum Opfer gefallen war, erregte in ganz Europa das größte Aufsehen, nirgends aber mehr, als am brandenburgischen und am polnischen Hofe. Hierher ergingen auch die ersten Hilferufe

der Gefangenen. An den König Johann Kasimir richtete Luise Charlotte das nachstehende Schreiben:

„Euer Königlichen Majestät Küsset Ihre Elende unglückliche Dienerin hiermit demütig die Hende und bittet unterthänig, Euer Königl. Majestät wollen nun dero Königlich gnädig Hertzs zu denen wenden, die umb derselben willen in diese unschuldige gefängnus gerahten, und durch den Friden uns wider in Wolstand setzen, sonst dürften wir unser leben wol in Jammer und leidt endigen. Meine augen sein nun 3 wochen wenig trucken gewesen, wen ich bedenck, wie unschuldig wir leiden und umb unser wolfart kommen. Es ist wol wunder, wie ich under al den schreck lebe; der überbringer wirt E. K. M. alles erzehlen, wie man mit uns umbgangen und uns sicher gemacht, und alle unsere leuht sein verrahten gewesen, welche man al in Dinst genohmen. Ich kan kein Brief ahn mein Brudern krigen, bitte E. K. M. unterthänig, Sie lassen ihn doch meins Haus betrübten Zustandt wissen. Weil ich für Eure Königliche Majestät, Sein Liebden und umb der austerichschen alians willen, So man mir al beymißet, leide, sohof ich, die werden auch für uns Reden und uns nicht stechen lassen, Dan wo Euer Königliche Majestät und sein Liebden nur sich unser ahnnehmen, hof ich, Gott Sol mich noch Wider so erfreuwen, als ehr mich jetzo betrübt. Der starcke Gott sterche mein lieben Herren in sein Gros Kreutzs und erhalt ihn mir und die 7 kleine Kinder zu trost; aber ein ehrlichen Hertzen sein dis entsindtliche Sachen. Gott aber wirt uns gnädig Sein unnd auch Euer Königl. Maj. Hertzs ferners zu bestendigen Gnade gegen uns lencken, deren ich mich in mein betrübten Zustandt ferners ergebe und bis in todt verbleibe . . . E. K. Maj. . . . getreuwe gefangene schwester und Dienerin Looyse Charlotte."

Und an den Bruder schrieb die Herzogin: „Ich zweyvel, das mein vohriges (Schreiben) Euer Liebden zukommen, aber von andern Ort werden Euer Liebden doch wohl genung gehort haben, wie betriglich man uns zu nachts überfallen,

da fürhero Schriften aufgericht, die uns gar sicher gemacht, und dis Landt so ein grosses bewilligt, so sie noch geben müssen, und was hierum, wirt so mitgenohmen, das ich sorg, wir verhungern und verfriren mitt ihnen. Man hatt gedacht, wann man uns hatte, wehr alles gewonnen, aber kein von Adel will kommen; man sagt, sie gehen al zu den Littauwern. Es ist oft alarm, Euer Liebden kan dencken, wie mir hiebey zu muht. Das mus ich den Feltmarschalk (Duglas) nach Rühmen, das ehr mit ein gros respeck gegen uns gehet und nur die Kinder- und die SilberCamer und unsere Diener geplündert; aber underdes ist einen doch gefangnus sehr betrüblich, zu mahl So unschuldiger weis, da ein schwager für den andern sol leiden, so nie in der Welt erhört: sonst hette der Keyser Herr Vatter auch über König Friderich[1]) verfolgt haben und wie Euer Liebden schwedisch (wurden), der König in Pohlen es uns auch gethan. Nun, für Gott sein unsere sünden gegen ihn strafwürdig, aber wir unschuldig am König in Schweden. Ich bitte, Euer Liebden schicken doch zum König und helf zu unser restitution, dan auf Gott und Euer Liebden ist alle mein Hofnung. Man sagt, es sol ein apology ihrer seit (d. h. von schwedischer Seite) ausgehen, wehr darf sie aber beantwortten? Ich zeuge mit den droben im Himmel, das nichtes als unser zu gut vertrauwen zu Evangelsche uns hiezu bracht. Hette ich Böses gethan oder im sin gehabt, hetten Euer Liebden mich wol Brot geben, hette nicht durffen im Elendt zihen, aber ich kan von Wehemuht nicht mehr, befehl mich Euer Liebden hohe Gnade und treuw brüderlichen Hertzen, so ich nun spüren werde, nun ich umb Euer Liebden willen alles leide: Hof, Gott und sie werden uns nicht verlaßen. In al mein traurigkeit ist dis auch eins, das ich von Euer Liebden nichtes mehr hoer noch erfahre, noch von alle die Meinigen. Wir laßen zwar noch die posten gehen, aber ich halt, unsere kommen nicht durch. Man sagt, Churlandt sey al vol pohlen:

[1]) d. h. der Herzogin Vater, Kurfürst Georg Wilhelm, weil er ein Schwager des Winterkönigs Friedrich von der Pfalz war.

also verliehren wir Churlandt durch eine und dis (Seemgal) durch die andere alle einkunft, so werden wir Reich werden! Euer Liebden haben mich in mein Wolstandt noch gesehen; Gott ist allmechtig und ein Gott der unschult, der kan wunderlich helffen und des Königs in Schweden Hertzs wider zu erbarmen lencken; al ist wol keines gewesen, da ich auf die letzste ging, auf den 9. tag [d. h. nach dem Überfall] niderkam; ich halt, das Kindt wird es bezahlen. Neulich wurden die stück durch ihre leuht probirt, dan wir [haben] keine mehr: da erschreckt ehr so, das ehr noch stetig schrickt und schreihet. Aber ich habe auch, wie mein Herr so mit der Helebart nunder lif, mich so erschreckt, dacht, Sein Liebden solt todt wider kommen; so auch wohl geschehen wehr, wan der Küchjung Sein Liebden nicht die Thür zugeschlagen und gesagt [hätte], Sie sein al im Schlos ... Was entlich noch hiraus wirt werden, ist Gott allein bekant; ich hof, als der Feltmarschalck wird unser Elendt jammern, ein so unschuldigen Fürst mit 7 kleinen Wurmgen am bettelstab zu bringen, und uns noch wider zu Recht helffen. Euer Liebden aber kan bey den König durch Brief noch viel helffen; drum ich Euer Liebden demütig bitte ..."[1])

Auch an de la Gardie und seine Gemahlin richtete sie Briefe, mit der Bitte, Kurland wieder zu der früheren Neutralität zu verhelfen, „ohne welche das Land verlohren" und ihre Restitution herbeizuführen. „E. Liebden Retten unser Unschult, intercediren vohr uns, sie und dero Herr wissen Unser Comportement, wie Sinsere es gewesen und helffen, das ich nicht engeltte, was mein Bruder thut."[2]) Wie der Kaiser wegen des Verhaltens des Winterkönigs nicht seinen

[1]) Schreiben Luise Charlottes an den König von Polen und an Kurfürst Friedrich Wilhelm vom 2. und 4. Oktober 1658, Berl. Geh. Staats-Archiv R. 9. Nr. 7, f. 2. Doch kann das Datum nicht richtig sein, denn der Prinz Alexander wurde am 18. Oktober geboren und seine Geburt wird in dem Schreiben vorausgesetzt. Es ist wohl der 2. (4.) November gemeint.

[2]) Briefe an M. de la Gardie u. f. Gemahlin v. 10. Oktober 1658. Stockh. Reichs-Archiv.

Schwestern, darunter Luise Charlottes Mutter, ungnädig gewesen sei, so hoffe sie, daß König Karl Gustav mit ihr Mitleid haben werde. Also auch hier kehrt der Gedanke wieder, im Grunde müsse sie leiden, weil ihr Bruder sich vom schwedischen Könige losgesagt habe.

Aber für die fürstliche Familie sollten noch schlimmere Tage kommen. Am 9. November mußten der Herzog und die Seinen nach dem benachbarten schwedischen Riga übersiedeln, da man seine Anwesenheit in Mitau für gefährlich hielt und befürchtete, daß sie die littauischen Truppen zu einer Belagerung des Ortes veranlassen würde. Trotz des rauhen Herbstwetters wurde die Reise auf dem Wasserwege zurückgelegt, ein Fahrzeug führte die fürstliche Familie die Aa hinab zur Dünamündung und dann nach Riga; was das für Luise Charlotte bedeutete, kann man sich vergegenwärtigen, da sie damals noch so schwach war, daß sie auf das Schiff hatte getragen werden müssen. Luise Charlotte hat sich in einem Briefe an de la Gardies Gemahlin bitter über diese „Zornbezeigung", die sie nicht verdient habe, beklagt.[1]) „Den am Sonnabend 8 tage, da ich drey wochen im Kindbette, Schwach und übel von Mitau auf des Feldmarschalck (Duglas) Befehl, so ehr (sagt, Ihr Majestet order), den abent umb 10 Urs lis ahnsagen, den morgen mit mein Herren und 7 Kindern alhie nach Riga gemust, die nacht mit die kleine Kinder in denn kaltten Boht muste ligen, den Montag Abent kammen wir hie zu Riga ahn." Obwohl der Gouverneur Helmfeldt sich human und wohlwollend erwies, so brach doch in Riga für den Herzog eine trübe Zeit an. Man behandelte die fürstliche Familie wie Gefangene, nur mit Mühe konnte sie ihre Korrespondenz mit dem Auslande befördern und dazu kamen noch materielle Sorgen. Der Herzog war mit nur 16 Gulden aus der Residenz abgezogen und es hätte sich bitterer Mangel eingestellt, wenn Luise Charlotte nicht 30000 Thaler mit sich

[1]) An dieselben d. 8./18. Nov. 1658. Stockh. Reichs-Arch.

genommen hätte, mit denen sie die Ausgaben der Hofhaltung nun bestreiten konnte. Während der Überfall Mitaus in manchen polemischen Schriften erörtert und in Kurland selbst der Krieg zwischen Schweden und Polen fortgesetzt wurde, beschäftigten sich die fürstlichen Gefangenen mit Plänen, wie sie aus ihrer Haft befreit werden könnten. In einem Memorial, das die Herzogin dem Kanzler des Herzogtums Preußen zu Beginn des nächsten Jahres zugehen ließ, schlug sie vor, man möge mit den Schweden einen Waffenstillstand schließen, oder ihre Befreiung aus dem Gefängnis dadurch herbeiführen, daß man eine vornehme schwedische Persönlichkeit gefangen nehme, auf eine polnische Festung bringe und nur unter der Bedingung ausliefere, daß die herzogliche Familie befreit werde. Aber wie dieser Plan nicht verwirklicht wurde, so blieben auch die Versuche, die Kurfürst Friedrich Wilhelm in Frankreich, England und den Niederlanden unternahm, um diese Mächte zu einem energischen Eintreten für seinen Schwager zu veranlassen, erfolglos. Ja die Niederländer nutzten die Situation noch aus, indem sie sich der überseeischen Besitzungen Herzog Jakobs bemächtigten. Wohl schrieb die Mutter der Herzogin, die alte Kurfürstin Elisabeth Charlotte zweimal an den schwedischen König, um ihn zur Befreiung der kurländischen Herzogsfamilie zu veranlassen, aber Karl Gustav antwortete erst garnicht und dann ablehnend. In ihren Briefen an Otto von Schwerin schüttete die alte Fürstin bald darauf ihr Herz aus: Der Einfall kaiserlicher Truppen in Pommern scheint ihr den Frieden in weite Ferne zu rücken, sie möchte wissen, ob der französische König nicht an den schwedischen wegen des kurländischen Herzogs geschrieben, die Schreiben, die ihre jüngere Tochter Hedwig Sophie von Kassel und deren Gemahl an König Karl Gustav gerichtet, sind unbeantwortet geblieben, ihr hat man schließlich geantwortet, aber dabei gegen die Herzogin schwere Vorwürfe erhoben.[1]) „Ich sorg nur, sie

[1]) Briefe vom 20./30. Julius und 23. August (1659) bei Orlich. Beil. S. 43, 44.

werden wol ein weil in Unglück leben müßen, ſorg wol gar ſterben, denn in ſolcher harte Luft iſt meine Tochter nicht gewöhnet. Ich bekenne, daß ich ihr Zuſtand ſehr entfindt, doch muß ich denken, daß Nichts ungefähr geſchehe, ſondern daß alles zu ihrem beſten gereigen möge." — — „Nun der höchſte wird ihr ſach ausführen, der den recht Zeit wirdt wiſſen"...

Je eifriger der Herzog und ſeine Gattin mit den fernen Freunden korreſpondierten, umſo ſtrenger wurde ihre Bewachung, ja ſchließlich wurde ihm jeder briefliche Verkehr überhaupt verboten. In den erſten Julitagen ſchrieb Luiſe Charlotte aus Riga an den Statthalter von Preußen, Boguslaus Radziwill und berichtete ihm mit der Bitte, die Nachrichten weiter an ihre alte Mutter gelangen zu laſſen, eingehend über ihre Lage und die Kriegsereigniſſe, die ſich zuweilen dicht unter den Thoren Rigas abſpielten. „Vorgeſtern", ſchreibt ſie u. a., „war hier wieder Angſt, wir ſollten nach Schweden. Ich frage nichts mehr darnach; müglich, wenn die Reichsräthe uns ſähen, hätten ſie deſto mehr Erbarmen und Hülfen zu unſer Erlöſung. Ich bin in allem, wie es Gott beſchloſſen, nunmehr reſolviret, Gott erhalte nur meinen herzlieben Herren hier und meinen Churfürſten dort und wohn mir ferners mit ſeinem Geiſt und Gnaden bei, wie er bishero in meiner Schwachheit, Schade und Angſt miraculeusement gethan. Ew. Liebden erinnern ſich, wie oft ich geſchrieben, ich dienet zu kein Soldatenfrau; aber, ach Gott, was hab' ich ausgeſtanden, und Gott weiß, was einer noch hier ausſtehen wird. Wo ich ſollt hier Granaten ſehen fliehen, ſchlagen ſie uns todt, denn wo wir logiren, ſein ſehr dünne Mauern. Nun, Gott wird es alles führen, wie es uns ſelig, und unſer Erlöſung uns geben ..." Gleichzeitig ging ein Brief an den König von Polen ab, der uns die ſorgenvolle Stimmung der Herzogin lebhaft vergegenwärtigt. Sie ſchreibt: Die herzliche Freude, ſo ich in meinem Elend gehabt, noch ein gnädiges Brieflein von Ew. Maj. zu ſehen, kann meine Feder nicht beſchreiben. Gott vergelt E. Maj. dieſe hohe Wohlthat und bitte Sie unter-

thänig, Sie verlassen uns doch nicht; dann ach Gott, es währet ja allzu lang, unser schön Land gehet ganz zu Grund, die, so es nun besitzen, fortificiren sich drein, und wir sitzen in solchem Betrübnüß, als elende Gefangene pflegen, die kein Trost noch Erlösung sehen, noch haben, als von oben herab, und wo Ew. Königl. Maj. ein Frieden machen, welchen ich Gott bitte zu geben. Sag' derselben auch unterthänig Dank für alle gnädige Versicherung, so Sie vor uns geben. Ich verlaß mich nächst Gott allein auf E. Königl. Maj. und weiß, weil wir treu gewesen und treu und ehrlich hoffen zu sterben, E. Königl. Maj. werden auch umb die Wunden Jesu willen uns nicht verlassen und länger in diesem melancholischen ungesunden Orte lassen, sondern auf Mittel denken, ehe wir hie sterben von Elend (und ein Haufen kleine arme Waisen lassen) uns zu erretten; dann bleiben wir noch ein Winter hie, wie ich wohl spüre, wo kein Friede wird, ist kein Erlösung vor uns, so frieren wir hie todt; denn ich mit den Kindern und Leuten hie großen Frost gelitten, auch theils Bedienten gestorben, daß sie kein Wärmbde und gebührliche Wartung haben können." Nachdem sie über den kläglichen Zustand, in den ihr Land geraten, sich beklagt hat, fährt sie fort[1]): „Sonst müssen wir nichts wissen, nicht ein Rath darf zu uns kommen, noch an uns schreiben, nicht einer von unsern Diener. Wo wir hinschicken, muß ein Soldat hinden nachgehen; todte Fische werden besuchet, ob Briefe drein. Mir und den Kindern ist ein klein Gärtchen eröffnet, damit wir nicht gar der Luft entwöhnen: aber ich kann meinen Herren nicht mit einem Fuß hineinbringen; grämet sich so sehr, daß ich sorg, es nimpt ein bös End, dann er so ohne Motion zu leben nicht gewohnt. Und ob ich zwar hineingehe, kann ich doch kein fröhliche Stunde haben, bis mich Gott wieder in das meinige verhilft. Ach ich forcht so, die Brüder vergessen die arm Schwester; doch trösten

[1]) Brief an den König von Polen, d. d. 23. Juni 1659, abgegangen den 3. Juli, an Boguslaus Radziwill d. d. (2. oder 3.) Juli 1659. Berl. Geh. Staats-Archiv. Rq. n. 7. f. 2.

mich ihre beständige treue Herzen. Man sagt unter den Gemeinen noch, uns nach Schweden zu schicken; so sterbe ich mit den Kindern unterwegens. Wie oft wünsch' ich mir mit meinem Herrn in E. Kön. Maj. geringstes Vorwerk; ich glaube, hätte ich gegen E. Maj. gesündiget, Sie wären noch gnädiger gewesen und hätten noch vergönnt, daß Leute zu mir kämen von meinem Land oder dem Ort, wo ich wohn. Kein Bürgersfrau darf kommen. Ich darf und kann nicht alles schreiben; aber E. Kön. Maj. glauben ja nicht, daß wir hier in Rosen sitzen; man sagt, theils im Lande sollen auch noch übel reden und meinen, uns schade nichts. Ach löblicher König, E. Kön. Maj. glauben ja kein falsch Anbringen; ich fürcht, man suchet auch uns E. Kön. Maj. Gnade zu entwenden. All' unser Unglück kompt aus Treu zu derselben, so Gott wohl weiß, und was ich mehr denk', ist mir verboten zu schreiben, bitte auch durch Gott, daß kein Mensch erfahre, daß ich dieses noch geschrieben, so allein die unabwegliche Treu' soll versichern, die bei uns soll bleiben bis in den Tod; wie ich dann E. Kön. Maj. versichert, daß in meinem Gefängnuß mein Gebet desto kräftiger für derselben, weil es mit so viel Thränen geschicht, als Worten, weil ich weiß, wann Gott E. Kön. Maj. erhält, Sie nimmermehr verlassen werden, die all' ihr Trost und Hoffnung auf deroselben setzt ..." „An König von Schweden — heißt es in einer Nachschrift — haben wir ettlichmal geschrieben umb Erledigung, kriegen keine Antwort; kein Mensch hie darf noch will vor uns schreiben; den wir hingeschickt, soll in Kopenhagen sein; fürcht', er weiß sich nicht zu rathen noch zu helfen. Alle Briefe vorenthält man, und wir dürfen keine schreiben. Gott helf' doch dieses durch und regiere nur E. Kön. Maj. zu fernerer Gnade und Erbarmen gegen recht Verlassene; hoffe, sollt es im Sund[1]) Friede werden, mein Herr Bruder werde auch für uns reden. Man wird wohl fürwenden, dies gehör in Polen; aber sie geben ja unschuldig mir Schuld,

[1]) d. i. zwischen Schweden und Dänemark.

ich habe die Alliance helfen machen, so hoffe ich, sie werden uns nicht stecken lassen, sondern uns auch einschließen und E. Kön. Maj. werde es gnädig Ihres Orts unverändert, das ich gebeten, befördern, so Gott zeitlich und ewig belohnen wird. Und ich bleib' E. Kön. Maj. Leibeigen, weil ich lebe, wenn ich nur bei E. Kön. Maj. wäre. Mein Herr küsset E. Kön. Maj. unterthänigst die Hände, er antwort auch so gern, ist ihm so hoch verboten. Hoffe, E. Kön. Maj. werden S. Ld. auf dem Reichstag nicht vergessen haben. Ich wage dieses, Gott weiß, wie es durchkompt."

Das in beiden Briefen erwähnte Gerücht, daß die fürstlichen Gefangenen nach Schweden gebracht werden sollten, war nicht unbegründet. Im Sommer 1659 hatte sich nämlich auf dem kurländischen Kriegsschauplatz ein Umschwung zum Nachteile Schwedens vollzogen und unter dem Einflusse dieser Wendung entstand der Plan, den Herzog noch weiter von Kurland zu entfernen, da er in Riga den Schweden immer noch gefährlich werden zu können schien. Anfangs wollte man ihn nach Stockholm bringen, gab aber diese Absicht auf und das an der Narowa gelegene und durch den Strom von der gleichnamigen Stadt getrennte feste Schloß Iwangorod wurde zum Verbannungsort bestimmt. Dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm blieben diese Dinge nicht unbekannt. Er that, was in seinen Kräften stand, um die Interessen der kurländischen Verwandten wahrzunehmen. Er mahnte den polnischen König, bei dem inzwischen in Thorn zusammengetretenen Friedenskongreß nicht in die Abtretung Kurlands an Schweden zu willigen, und er erwog ernstlich den Plan, die herzogliche Familie auf dem Transporte nach Schweden zu befreien. Aber dazu kam es nicht und am 3./13. August landeten die fürstlichen Gefangenen, die bei der Abfahrt von Riga selbst noch geglaubt hatten, Stockholm sei das Ziel ihrer Reise, nach viertägiger Fahrt in dem fernen Iwangorod. „Unsere Reise", heißt es in einem Briefe an die Mutter der Herzogin, der sie aber nie erreicht hat, „ist Uns noch al zimlich bekommen,

al wahr sie wol sehr beschwerlich wegen der viel soldaten. Mein Herr und ich wahren gesundt, auch der Elste sohn und tochter, aber sonst nicht ein Mensch gesundt, den es wahr eittel Contrary Wint und haben bey 800 (?) Meil gefahren, da es doch nur 80 von Riga. Mein Carl und jüngste Tochter konnen sich aber sider nicht erholen, den sohn sein die Rohte Backen weg und das Metgen klagt um die Miltz, Weinten so schrecklich und al die Leuht, aber ich versichere E. G. das wir Recht wohlgemuht wahren . . ."[1]) — Im fernen Iwangorod haben nun die fürstlichen Gefangenen fast ein Jahr zugebracht, denn die Fürsprache, die zahlreiche Fürsten für sie einlegten, blieb, wie zu erwarten war, erfolglos und ebenso die Briefe, welche die Herzogin selbst an die Königin von Schweden richtete. Schon am 12./22. August legte Luise Charlotte ihre Sache der Gemahlin König Karl Gustavs in folgendem erregten Briefe ans Herz: . . . „Gnädigste hochgeehrte Fraw Mutter, wie hertzlich ich erfreuwet wahr vom General Major Boht zu vernehmen das ich gnadt sollte haben E. K. M. die hende zu küssen kan meine feder nicht beschreiben, wie wir aber im Seeh wahren, lauttet Seine order allhin nach Narve, wie sehr mich nun selbes betrübt, kan E. K. M. leicht in gnaden erachten, die so gros mein hofnung wahr in Anschauwung E. K. M., gnade vnd trost, nach so viel tränen vnd elend ia Vorsprach in Vnser Vnschuldigen Leiden zu erlangen, so sehr sehe ich mich dessen entfernt, da ich ietzo je lenger je elender komme, so bleibt doch bey allem noch die demütige zuversicht, welche ich in E. K. M. löblich natur und gotsehlig gemüt gesetzet, sie werden meines Herrn, mein vnd 7 kinder, die so unschuldig als ihre Eltern sein, erwegen, und durch dero viel güttige intercession bey Ihre Maiestet unsere Erledigung auswürcken, ehe dan Wir mit landt vnd leuht gantz zu grundt gehen, damit ja Ihre Königl. Majestet Nichtes gedint, die kirch

[1]) An die Kurfürstin-Witwe von Brandenburg, d. d. Ivanagrot, d. 9. April 1660. Beilage zu einem Briefe Luise Charlottes an Magnus de la Gardie, d. d. Ivang., 9. April 1660. Stockholmer Reichs-Archiv.

Gottes aber und ein gantz lutterisch lant, in eusserst gefahr und verderben gesetzet wirt, ich geschweige die schöne Armes, so sich selber consommirt, und das unschuldige Blut, so ein Zeit lang darin vergossen, und nun in unserer so fernen abwesenheit noch mehr durfte vergossen werden, wollte Gott, Ihr Majestet, der König, wuste Alles, ich bin gewis, es würde sich bald Endern, den Ihr K. Majestet ja gar zu christlich und gotsehlig, das sie nimmermehr bis alles befohlen, oder unsere feinde müssen schrecklich gröblich calumnirt haben, So hof ich aber doch Ihr Majestät wurden so gnädig sein und unser Unschult auch ahnhören, aber wir sein so Elendt, kein Mensch sagt, warum wir von Lant und Leuht gemust, Wil auch nicht vohr uns reden (sagent, sie dürffen nicht) also ist nechst Gott alle mein Zuflucht zu E. K. M. übrig, ach, sie nehmen sich als ein Cristliche Königin, ja als eine Ester eines unschuldigen Mardochai an . . . und schützen ihn gegen seine falschen Verleumbder, Gott wirt E. K. M., wan Sie den unschuldigen Retten bis am endt der Erden fest setzen, wider geben, was dero hertz wünschet. Unsere Restitution wird so viel tausent sehlen gebeht mehr für dero wolfart erlangen, und ich ahn meinen ort werde die Zeit meines Lebens mich wider so Erweisen, als einer gebürt, die als dan nechst Gott wider alle ihr wohlstandt von E. K. M. erlangt hatte, in welcher tröstlichen hofnung mit unterthänigen bitten, uns nicht zu verlassen, ich E. K. M. des höchsten schutz und mich dero gnade als eine Elende Verlassene ergebe . . . E. K. M. vergeben doch gnädig, das ich so frey mein hertz ausschüt, habe zu Keinem, als zu E. K. M. zuflucht und ist dies mein achtes Schreiben, so ich gethan."[1])

Dieses ebenso dringende, wie demütige Schreiben und andere ihm nachfolgende wurden einer Antwort überhaupt nicht gewürdigt, an die Freilassung der fürstlichen Familie dachte man am Stockholmer Hofe gar nicht.

[1]) Luise Charlotte an die Königin von Schweden, d. d. Ivanegrot, d. 12./22. August 1659. Stockholmer Reichs-Archiv, aus der Sammlung Polonica.

Es war daher eine günstige Fügung, daß der schwedische Festungskommandant Helmfeldt sich als humaner Mann zeigte, der den Briefwechsel der Gefangenen beförderte, sodaß sie nicht nur von ihrem Geschicke Kunde geben konnten, sondern auch erfuhren, wie der Krieg inzwischen verlief. Aber die äußeren Verhältnisse, die Wohnung und Verpflegung der herzoglichen Familie waren doch derartig, daß die Herzogin in ihren Briefen nicht selten in die bittersten Klagen darüber ausbricht. Am 1. November 1659 schrieb sie an den Bruder[1]): „Ich habe E. Ld. briefe mit hertzlicher Freude entfangen, danck E. Ld. demütig, das sie mir so versicheren, unser interesse als Ihr eigenes zu haltten, uns nimmermehr zu verlassen, weil wir für Ihr leiden; das erfreuwet mich so, als ich sonst wol hertzlich betrübt, indem ich nichtes als den todt, wo es lang wehrt, für meinen augen alhir zu hoffen, dann ich So viel bekommen, das ich für mein tag genung, und der Docktor sagt, es sey kein Hülf, bis ich wider zu Ruhe, sey nur melancoley. Hof ich also, E. Ld. werden ahn Ihr Seit sowohl als bey unseren König und dero aligirten unser wort alzeit Reden; wirt kein fride, sterben und verderben wir; wirt der, hof ich, Euer Liebden werden uns erlösen und ein von dero Leuht schicken, so uns aus dis schöne pauwer Hause erlöse. Bishero sein noch in dis Ivanagrot einige von Adel gelegen, auch teutschen; die haben al hinweg gemust. Nun wirt ein thor zwischen uns und unsere Leuht gemacht. Von Hertzen gesund sein wir herkommen und sein es noch, aber der gram ist ein heimliche Gift, da ich wol angst fur mein Hern, dan S. Ld. solch Leben nicht gewohnt. Unsere promenade ist aus die stube in die Cammer. Gott wol sich einmal unser Erbarmen. Ich bin so erschrocken, das E. Liebden schreiben, das Fraw mutter Gnaden So übel; ach Gott erhalt Ihre Gnaden doch, ach das sie doch nicht auch zu viel trauten! Unser Exempel Sol ia alle klug machen, da Hant und sigel und alle Zusag gebrochen. Ich

[1]) Berliner Geh. Staats-Archiv R. 9. n. 7 f. 3.

betrübe mich doppelt, das Ihr Gnad. Sich umb mir so betrüben;" . . . „Hir zehren wir vohr unser Gelt und werde ich so nackent herauskommen, dan al das meine gehet hin. Ich bitte Gott täglich, mir vergessen zu lassen, wehr ich gewesen und wie ich gelebt. Ist ein Haus, da man nur gegen Himmel kan sehen und alles verzehrt und wo man kranck wirt nichtes in die apteck was krigen kan. Helmfelt thut noch, was möglich, so hir General, aber es ist wenig hir zum besten. Nun mein liebster Churfürst, E. Ld. beweisen sich ein treuwer Vatter als Bruder gegen mir und die meinen und helffen ja, daß unser schiffart nicht im stecken gerahte. Was E. Ld. ahn uns thun, wirt Gott so Reichlich ersetzen; ich forcht nicht mehr, ich mus hier noch E. Ld. zu schimpf alles verkauffen, dan ich schon bey 8000 Rthl. verthan und auf viel Gelt kein foce gemacht. Ach, E. Liebden lassen uns doch auf den Schlittweg hir abholen! es ist unmöglich. Wüst der König in schweden, wie leichtfertig mit uns procedirt wird, ehr solt uns nicht lenger so lassen, sondern mit höchst reputation im unsere [Lande] senden und die falsche Verläumbder finden. Gott las mich doch nur hir nicht sterben! ich Soltt mich nicht drein schicken können, und mein Herr würde mich balt folgen. Was würden dan die arme Kindelein ahnfangen! E. Ld. verlassen sie doch nicht, wo es geschicht. Ich schrieb E. Ld. gerne viel, darf nicht; hof, Churland werde balt befreyet sein. Wir müssen von da nichtes mehr wissen, so Recht betrüblich. Gott erbarm sich des lieben Landes und unser! Ich bin so erschrocken, das E. Ld. sagen, Ihr Gnaden Sey übel, ich forcht so, sie sterbe uns; Gott erhalt doch den Segen! Ach, wo Frau Mutter stirbt, kan ich auch nicht mehr behten für die, so schult dran. Gottlob, das E. Ld. noch gesundt; die angst, so ich für E. Ld., kan ich nicht sagen. Gott behüt sie doch für allen schaden und übel und segen dero Waffen zu ein guten frieden, dadurch ich und die liebe meinigen auch wider zu den unseren kommen; dan kom ich strack zu E. Ld. und sage Ihr Gnad. und E. Ld. in dieser Welt adieu. Dero Gemal küs ich die Hende, hof, sie

sein nun wider zusam, hof, Ihr Ld. habe mein Brief entfangen. Von E. Ld. habe ich nichtes gesehen sider 6 mont. Mit dis wil ich mich nun wider trösten auf ein Zeitlang und sterbe ich unterdessen, so glauben E. Ld., das es so viel freudiger geschieht, weil ich für ein Bruder leide, der es meritirt und den, ich hof, Gott brauchen wirt, ein gut Friden zu machen und die Bedrengten zu erlösen. Ich sagt so gerne noch viel, verlerne lesen und schreiben, aber nicht das gebeht, so ich teglich für E. Ld. wolfart thu. Dis mus ich noch sagen, ich hof, Heuverbeck[1]) wirt unsern Raht durch E. Ld. befehl die Handt biehten, aber doch nicht lassen, selber unsere sachen zu thun. . . . Unsers Kochs frau starb gestern auch, hatt mir so viel segen bis im todt gewünschet. Man ligt nur 9 tag, so ist man todt.[2]) Ach Gott, behüt mein Herrn und Kinder, die sich E. Ld. gnadt befehlen und ich hof und vertrau nun Gantzs E. Ld. wort, sie werden uns nicht verlassen, auch helffen, das pohlen [Frieden] schlis, sonst sterben und verderben wir an diesem greulichen Ort. Mein Herr sihet wie der todt, das bringt mich aus der postur. . . ." Nicht minder niedergeschlagen ist ein Brief, den die Herzogin an die alte Mutter in Crossen, von deren Krankheit im eben mitgeteilten Schreiben die Rede war, in derselben Zeit richtete.[3]) Sie beklagt sich hier über den Gesundheitszustand ihres Gemahls. „So mich oft in grosse sorge solt setzen, wan ich mich nicht So gewis versicherte, das Gott, der selber vertheidiger der unschult, Sich über S. Ld. so betrüblich unschuldiges Leiden wirt erbarmen und sie mir zu trost noch viel Zeit erhaltten: wie ich dan weis, das E. G., weil unsere Erledigung noch retardirt und niemand vor uns Reden wil noch darf und [wir] selber so oft geschrieben, aber kein antwort krigen, gern hören werden, wan ich E. G. versichere, das wir Gott lob noch alle gesundt und schlaffen in unserer Schwartzen Höle (so nennt es mein

[1]) Hoverbeck, brandenburgischer Gesandter in Polen.
[2]) Bezieht sich auf die in jenen Jahren wütende Pest.
[3]) d. d. Juanagrod, d. 2./13. Nov. 1659. Berl. Geh. St.-Arch. R. 9 Nr. 7 f. 2.

prediger) So Ruhig, als in den schönsten Palast, weil ich weis, das wir für Menschen unschuldig leiden; und da es ja von Gott beschlossen gewesen, das unser armes Landt und Leuht so hart mus gesteupt werden, [so ist] es einen noch lieber, es nicht selber zu sehen oder alles zu hören, wie wir hir Recht der welt abgestorben leben; mein Gebeht wil ich doch für mein Volck zur Mauwer machen: Gott wirt sich ihr und unser nun wider So gnädig erbarmen, als ehr uns alle hart gezüchtiget; unsere sünden haben es alles gegen ihn verdint, aber ehr ist auch so gnädig, als zornig ehr ist; er wirt sich wider erbarmen und des Königs Hertz erweichen, wann Ihr Majestät nur alles wusten und wie viel Blut Churlandt gekost hatt und nichts erreicht, als das wir nun gantz ruinirt und das wenige, so wir noch gehabt, hir vollents alles verzehren." Da die Schweden sich nur mit Mühe in Kurland hielten, so war es dem schwedischen Generalissimus nicht möglich, von den fürstlichen Ämtern Lebensmittel nach Iwangorod zu senden, und das verursachte bei den Gefangenen nicht selten Mangel, über den sich die Herzogin in demselben Schreiben ebenfalls verstimmt äußert. Doch fügt sie dem die Bitte hinzu, die Mutter möge sich diese Mitteilungen nicht zu sehr zu Herzen gehen lassen. „Sonst", fährt sie fort, „kann ich von hir nichtes sagen, den ich weis, sehe noch höre nichtes, als ein Hof vol Unflat, da mein arme Kinder als müssen durchplatschen, So kein Gesundtheit kan geben. Ach Gott erlös uns doch gegen den Schlitweg.[1]) Wie gerne wolt ich zu Crossen oder zu Cassel so lang Sein.[2]) Wir leben wie die Heremiten; ich halt es sehlig, wehr ich in mein eigenes [Land]. Man bewacht uns nun viel Stercker, haben 2 Compangnie mehr auf. Man ist mehr vohr uns angst, als uns vohr ihnen. Der Statthalter hatt alle Tage neuwe Aufzug, und wirt so braf von uns gelogen, das die Mauren davon krachen mochten. Summa, Sie schlaffen nicht,

[1]) D. h. wenn der Winter begonnen hat.

[2]) D. h. bei ihrer Mutter und bei ihrer an den Landgrafen von Hessen-Kassel verheirateten Schwester Hedwig Sophie.

wie ſie uns wol verwahren, und wir ſchlaffen Recht wohl, weil wir nie ſchelmſtück begangen, auch keine beſorgen und die heilige Engel zu unſere wechter und den gerechten Gott zum Richter und unſeren Erlöſer zum Vohrſpruch [haben]. So ſper[r] man den[n], wie man will, Gott iſt doch bey uns und wirt uns nicht verlaſſen und mehr auflegen, als wir ertragen können. Hätte ich nur einen gutten Fus; aber es gehet mir wie mefiboset[1]), drum bleiben auch die verleumbder nicht aus. Gott erweck uns doch fromme barsilay[2]) und verleih gedult, troſt und errettung" . . . „E[uer] G[naden] adressiren nur die Brief an General alhir, aber ia secret, das ehr nicht in vnglück vohr ſein gut gemüht kom; ich mein, als wann E[uer] G[naden] ein eignen [Boten] am könig ſchickten, ſo müßte ein antwort kommen. Den was iſt Ihr Mayeſtet mit vnſer total Ruin gedint, die Ihr ſein lebtag nichtes als viel guttes gethan und wann die papisten ſo ſchlim, als man ſie bey Ihnen helt, ſo ſtunde das ſchone luttriſche Land al in gros hasart. Ich mein, wann das iemand Recht zu gemüt führtt, es wehr unmöglich, man erbarmte Sich, den es ſein doch nur Eittel falſche ſchelm, die uns belogen, ſo Gott wol finden wirt. Und wen man uns hört oder ſagt, was man gethan: aber das weis man die ſtunde nicht." Nachdem ſie dann die Vermutung ausgeſprochen, daß die Schweden ſich Kurlands nur bemächtigt hätten, um ihre Armen verpflegen zu können, was ihnen ſonſt nicht möglich geweſen wäre, da die ſchwediſchen Nachbarprovinzen ganz ruiniert ſeien, ſchließt ſie: „Ach Gott gebe doch Fride und ein jeden Sein erbe, ſo ſeine Hand ihn [ge]geben, So krig ich mein liebes Churland auch balt wider, ahn dem ich ohn tränen nicht kan dencken." ... „Mich dunckt, morgen iſt E. G. geburtstag. Gott gebe deren noch 30 in Freuden, Fride und gluck zu erleben, und übers jahr mir die Gnadt, aus mein Landt zu gratuliren oder bey E. G. zu ſein." Ähnliche Klagen, beſonders über den Zuſtand der fürſtlichen Kinder,

[1]) 2. Sam. 4, 4.
[2]) 2. Sam. 19, 31.

enthielt auch der Brief an den preußischen Statthalter, den Fürsten Boguslaus Radziwill[1]): „Die arme Kinder sein bleich wie der todt und werden Recht mager, weil die Küch hie nicht so gut als in den seinigen; denn hie Alles teuwer und übel zu krigen; zu weillen Schickt der gouverneur ein Oxs, aber das kleckt wenig, dan wir noch ziemlich starck ahn Volck. Man bringt aus, man halt uns frey, aber unser beuttel wird das Contrary wol innen. Ich bitte, E. Ld. versichern den Meinen unser Gesundtheit; den zustandt, weil ehr Recht miserabel, mag ich nicht erwähnen, forcht, als es werde Ihr Gnaden die liebste Frau Mutter in die erde bringen. Von mein Bruder höre noch sehe ich nichtes, scheint, wehr im Elendt, wirt von allen vergessen: oder man bewacht so starck, das einen nichts mus zukommen . . ." Otto v. Schwerin[2]) dankte sie für die ihr ausgesprochene Teilnahme und sprach die Hoffnung aus, er werde sich „nun in der Noth (als) der treuwe redliche alte Schwerin erweisen", und legte ihm die Vertretung ihrer Interessen, auch beim Kurfürsten, dringend ans Herz.

In diesen unbehaglichen Verhältnissen — sie wohnten in vier niedrigen Holzhäusern, die von einer hohen Mauer umgeben waren — haben die fürstlichen Gefangenen dann noch bis in den Sommer des Jahres 1660 bleiben müssen, bis der Friede von Oliva ihnen die Freiheit wiedergegeben hat. Schon vorher war in Kurland selbst ein Umschwung der Dinge zu Ungunsten Schwedens eingetreten, polnische Truppen und die brandenburgischen Regimenter Schöneich und Polentz, zu denen bald auch der Statthalter von Preußen, Boguslaw Radziwill stieß, hatten das Herzogtum im Herbste 1659 zum größten Teil wieder erobert, freilich dem Lande auch manche Drangsale gebracht. Soweit die kurfürstlichen Truppen in Frage kommen, hat sie der preußische Kriegskommissar Podewils nach Möglichkeit zu beseitigen gestrebt, und noch kurz vor ihrem Tode hat Luise Charlotte sein Walten in Kurland mit Worten warmen

[1]) Nov. 1659. Berl. Geh. St.-Arch.

[2]) D. d. Iwangrot, d. 31. Oktober 1659. Berl. Kgl. Bibliothek.

Dankes anerkannt.[1]) Im März 1659 war in Thorn ein Kongreß zum Zwecke von Friedensverhandlungen zusammengetreten, der bald nach Warschau und schließlich nach Danzig verlegt wurde. Luise Charlotte freute sich, daß Magnus de la Gardie auf ihm Schwedens Vertreter war, obwohl er ihr auf ihre häufigen Briefe aus der Gefangenschaft nie geantwortet hatte. Als sie schließlich im März 1660 von ihm einen Brief erhielt, verband sie mit dem Danke für ihn die dringende Bitte, für ihre baldige Befreiung einzutreten und die Restitution ihres Gemahls in seine Herrschaft und Neutralität herbeizuführen[2]); sie mochte um so mehr auf Erfolg hoffen, als König Karl Gustav im Februar 1660 nach kurzer Krankheit aus dem Leben geschieden war. In der That hatte der Kongreß nach langen Verhandlungen schon am 6. April die Freigabe und Restitution des Herzogs beschlossen. Redlich hatte sich in diesem Sinne der herzogliche Kanzler Melchior von Fölkersahm bemüht, besonders aber waren auch die brandenburgischen Gesandten dafür thätig, die vom Kurfürsten entsprechende Weisungen erhalten hatten. Nicht minder hatte sich Kurfürst Friedrich Wilhelm angelegen sein lassen, den polnischen König für Herzog Jakob zu interessieren; er hatte ihn dringend ersucht, in eine Verkleinerung Kurlands zu Gunsten Schwedens nicht zu willigen und der Vereinigung Piltens mit Kurland nicht zu widerstreben.[3]) Am 21. April fertigte Fölckersahm einen Boten ab, der der Herzogin die frohe Botschaft der Befreiung überbringen sollte. Am 3. Juni brach Herzog Jakob mit den Seinen von

[1]) „Er hat sich hier so comportiret, daß er wegen seines gerechten, aufrichtigen Wandels unsterbliches Lob hie verlassen, daß er ein Vater und Versorger der Armen gewesen und keinem Gewalt, noch Unrecht thun lassen." . . . Luise Charlotte an den Herzog v. Croy, Statth. v. Preußen, bei M. Jacob Reich: „Ewig dauerndes DenckMahl dem H. Vogisl. v. Podewelsz" († 21. Juni 1684). Königsb. 1684.

[2]) Luise Charlotte an de la Gardie, d. 30. März/9. April 1660, d. Jwanagrot. Stockh. Reichs-Archiv.

[3]) Kurf. Friedrich Wilhelm an den König von Polen, Coloniae, d. 30. Martii 1660; an die Gesandtschaft zu Danzig, Oranienburg, 30. Martii 1660. Berl. Geh. St.-Archiv R. 9 Nr. 7 f. 1.

Ivangorod auf und langte auf dem Landwege am 25. Juni im schwedischen Riga an, wo bis zum 7. Juli gerastet wurde. Schon hier wurde es der fürstlichen Familie klar, daß sie ihr Kurland in einem trostlosen Zustande wiederfinden werde. „Nun ziehen wir in ein Land, welches so ruinirt, das ich nicht weis, wovon wir leben sollen, in dem alle theil es gleich gut gemacht." So schrieb Luise Charlotte an de la Gardie, der ihr seinen Glückwunsch zur Befreiung nach Riga brieflich übersandt hatte, und wiederholte die schon von Ivangorod an ihn gerichtete Bitte, dahin zu wirken, daß die schwedische Krone ihren Gemahl für allen erlittenen Schaden entschädigen möge, damit der Friedensschluß ihr für den Rest ihres Lebens — „so hie ziemlich abgeschlossen" — zu Ruhe und Glück dienen möge. „Das Glück ist aber nunmehr über vor uns, die auf den Grundt mit unsere Kinder ruinirt."[1]) Fölckersahm, der alles gethan hatte, was er vermochte, tröstete die Herzogin, die wohl günstigere Friedensbedingungen gewünscht hatte, und stellte ihr vor, daß andere noch weniger erhalten hätten „undt müssen doch zufrieden sein, der Edle Frieden ist an sich selber tröstlich und die wieder Ersetzung unserer gnedigsten Herrschaft, obwoll in einem ruinirten Lande, dennoch aber in Ihre hochfürstl. Freyheit und Herligkeit, steht vor allem Verlust. Gott wirdt das andere alleß reichlich und Mildt Vätterlich ersetzen."[2]) Aber es gehörte doch viel Vertrauen dazu, um den Mut nicht sinken zu lassen, und es hat an Zeiten der Mutlosigkeit im Herzogshause nicht gefehlt, aber Luise Charlotte suchte und fand Trost in ihrem Bekenntnisse und das ist ihr dann das Licht geworden, das ihr geleuchtet hat, wenn es um sie dunkel werden wollte. Denn von nun an haben Leid und Sorge immer wieder tiefe Schatten in das Leben der alternden Fürstin geworfen.

[1]) An de la Gardie, d. Iwangorod, d. 30. März/9. April 1660; d. d. Iwanagrot, d. 3./13. Mai 1660; d. d. Riga, d. 7. Juli 1660. Stockh. Reichs-Archiv.

[2]) Melchior, v. Fölckersahm an Luise Charlotte, d. Dantzig, 21. IV., Lybaw, d. 23. IV. 1660. Sammlung des Baron A. v. Fölckersahm-Warwen.

5. Der Lebensabend.

Der Zustand, in dem sich das Herzogtum Kurland befand, war ein wahrhaft trostloser, die Verwirrung war eine allgemeine, das Land durch Krieg und Pest verödet, die Äcker vielfach nicht bestellt und wenig Aussicht auf Besserung vorhanden, so lange die polnischen Truppen noch im Lande standen. Es dauerte noch lange, bis der Oberst Bremer endlich das Schloß Mitau räumte und das war die Veranlassung, daß die fürstliche Familie sich von Riga nach dem Schlosse Grobin (unweit Libaus) begeben mußte; hier in dem „engen Neste" — so klagte die Herzogin ihrem Freunde Schwerin — hat sie dann ein Jahr bleiben müssen, da Mitau auch nach der Räumung durch die Polen in nicht bewohnbarem Zustande war. Luise Charlotte selbst freilich war schon nach kurzem Aufenthalte daheim nach Berlin aufgebrochen, um der Beisetzung ihrer alten Mutter, der Kurfürstin Elisabeth Charlotte, beizuwohnen. Erst in Riga hatte die Herzogin den Tod der alten Fürstin erfahren, die bereits lange kränklich und durch das Unglück ihrer Tochter noch mehr niedergedrückt, am 16./26. April in Crossen gestorben war, nachdem sie noch vorher die freudige Botschaft von der Befreiung der kurländischen Herzogsfamilie erhalten hatte.[1]) Der Kurfürst hatte Luise Charlotte eingeladen, der Beisetzung beizuwohnen und freute sich über ihr Kommen um so mehr, als ihn das Fernbleiben seiner jüngeren Schwester, der Landgräfin Hedwig Sophie und ihres Gemahls verstimmte. „Die Hirschbrunst, scheindt, wirdt

[1]) Orlich: Geschichte des preußischen Staats im 17. Jahrhundert I 516.

nicht zulassen, der Frau Mutter die letzte ehre anzuthun," schrieb er spöttisch an Luise Charlotte.[1]) Diese hatte die Reise ohne die nötigen Mittel angetreten, es war für sie daher ein Glück, daß ihr der Kurfürst 1000 Dukaten schenkte. „Die redliche Königsberger, so hat sie später aufgezeichnet, schenckten mier zur Reise 1000 Fl. Gott segne die Stadt dafür zeitlich und ewig". In Berlin wurde sie dann außer der Beisetzung durch die Regelung des Nachlasses der Verstorbenen in Anspruch genommen. Luise Charlotte erbte eine größere Summe Geldes, 50 Tausend polnische Gulden konnte sie in Danzig anlegen, auch in Holland hatte sie 40 Tausend Gulden holländisch stehen. Schon im Februar des Jahres 1661 war sie wieder in Grobin bei den Ihrigen. Als sie sah, wie schwer ihr Gemahl unter der wirtschaftlichen Misere litt, bot sie ihm die 50000 Gulden an und ließ sich dafür das ganz verwüstete Amt Grünhof von ihm anweisen; der Zustand desselben war aber ein solcher, daß sie 10 Jahre von ihm keine Einnahmen bezog, später hat sie noch einen weiteren Teil ihres Vermögens dem Herzoge zur Verfügung gestellt.[2]) Gerade die ersten Jahre nach dem Olivaer Frieden waren unendlich schwierige und wie wenig das fürstliche Haus der allgemeinen Not ausgenommen war, tritt aus dem Briefwechsel Luise Charlottes deutlich zu Tage. Als Otto von Schwerin ihr zur glücklichen Heimkehr aus Preußen seinen Glückwunsch aussprach, antwortete sie ihm

[1]) d. d. Cölln a. d. Spree d. d. 21. August 1660. (Forschungen z. Brandenburg-Preuß. Gesch. X 334.)

[2]) Seraphim, Aus Kurlands herzoglicher Zeit, S. 238. Wie ich nachträglich erfahre, betrug nach der in Gegenwart des kaiserlichen Notars Elerdts vom 19. Oktober bis 26. November 1660 geschehenen Erbteilung zwischen Luise Charlotte und ihrer Schwester Hedwig Sophie von Hessen, sowie dem Erbreceß vom 15. November 1660 die gesamte hinterlassene „Baarschaft" 69024 Rth. 18 Gr., davon erhielt der Kurfürst 30000 Th., die Dienerschaft der Verstorbenen 1503 Rth., den Rest teilten die Schwestern Friedrich Wilhelms, so daß auf Luise Charlotte 18760 Rth. 21 Gr. kamen. Auch der übrige Nachlaß wurde in zwei gleiche Teile geteilt und diese unter die Schwestern verlost. Mitauer herzogl. Archiv. Mitteilungen des Herrn Oberlehrer O. Stavenhagen.

ganz deprimiert, wenn die fremden Truppen nicht bald das Land räumten, würde der Zustand noch schlimmer werden, als er bereits sei, „da ehr doch itzo so, das kein Menschen Zung ihn so kan beschreiben, Als die Armuth Und das Elendt des landes Und theils des Adel; denn einige haben sich Wohl Conservirt, meines Herrn Aembter Aber stehen so elendt, das ich es nicht mag Ahnheroſetzen. Aber ich kan Ihn' als meinen Vertrauten gutten gönner sagen, das die schweden Und Pohlen mich Von einer glücklichen, Wolstehenden Fürstin, Zu einer Unglückſehligen gemacht Und Unsere Schutzfreunde Und Nachbaren machen den Garaus, den ich mus Alles, was sie gegen Meinen Churfürſt [haben], entgelten". Die Anweſenheit der polnischen Truppen erklärt sie aus dem Mißtrauen der Polen, die Verstimmung zwischen Polen und Brandenburg sei durch die kurländische Herzogsfamilie herbeigeführt.[1]) Wie es auf den Ämtern der Herzogin selbst aussah, zeigen die Briefe, die der Kanzler Fölckersahm an sie richtete.[2]) Vom Amte Seſſau seien die polnischen Truppen, die dort verpflegt sein wollten, — „Dieſe unzeitigen Brodtnehmer", als sie sich überzeugt, daß dort nichts zu holen sei, abgezogen. Aber sie von den anderen Gütern, Grenzhof und Friedrichshof fern zu halten, gelang nicht ohne weiteres, der polnische Feldherr Pac erklärte, er könne es nicht ändern, daß die Truppen sich ihre Lebensmittel requirierten. „Die verfluchten Tatern haben Immittelſt des Ambt Grentzhoff zum höchſten incommodiret, wie Sie dan bereitz alles Vihe undt Pferde im Ambt zuſammengebracht und damit davon gehen wollen, auch den Ambtman hende undt füheſe zu binden undt so davonzugehn ſich vernehmen laſſen." Fölckersahm verspricht schließlich den Polen 740 Gulden, wenn sie abziehen. „Zu aufbrengungen ſolcher gelder, wan kein ander Rahtt gewehſen,

[1]) An Otto von Schwerin d. d. 22. April 1661 bei Orlich l. c. S. 65.

[2]) Fölckersahm an die Herzogin d. d. Grobin, d. 10. Januar 1661, d. d. Mytau, den 26. April und 21. Juni 1661. Sammlung des Freiherrn Armin v. Fölckersahm-Warwen.

hatte Meine Liebste Eine güldene Kette zu versetzen gegeben, damit Er die Gelder aufgebracht undt den schelmsten Leuten dahin gegeben undt damit Ihrer quit worden." Ähnliche Mittel wandte er bei den anderen Ämtern an, um die gefährlichen „Gäste" loszuwerden. Und als die Polen endlich fort waren, war es im folgenden Jahre das vom Herzog abgedankte Regiment des Obersten Lübeck, das schweren Verdruß bereitete. Da der Herzog von der dem Obersten zukommenden Summe die durch die Gewaltthätigkeiten seiner Leute verursachten Kosten in Abzug bringen wollte, zog er vor Mitau, nahm eine drohende Haltung an und verhinderte in des Herzogs Ämtern die Saat. „Also", klagt Luise Charlotte in einem Briefe an Schwerin, „gedenck ehr, Wie wir sitzen, und Wie so ein Kerl Mein Herrn Unlust Machet Und Ihn judicir, in Was sicherheit." Sie erkundigte sich zugleich im geheimen, ob der Kurfürst nicht Truppen abdanke, und „ob man Wohl im fal der Noht Assistens zu hoffen". Nach längeren Verhandlungen erst wurde diese Sorge gehoben.[1])

Die Ämter des Herzogs und die seiner Gemahlin waren in einem trostlosen Zustande, und eine Besserung ließ sich gar nicht erhoffen, solange es an Saatkorn und Viehfutter mangelte. „Mein Pferdt werden so mager, das es mich Jammert, haben nicht ein Korn Haber, . . . E. H. D. Reitpferd werden schäbig", schrieb sie dem Gatten. Sie sah den Bankerott vor Augen und meinte wohl: „Wie Gott will, ich Acht kein Zeitliches Mehr, wenn ich nur Ahn mein Seehlen reich, habe ich genug hir Und dort." Aber sie legte die Hände doch nicht thatenlos in den Schoß. Sie wandte sich mit der Bitte um Hilfe an den Bruder, und der Kurfürst wies in der That die preußischen Oberräte an, Getreide aus Preußen nach Kurland zu senden, auch Vieh hat sie von dort erhalten. Und sie vergaß die Bauern auf ihren Gütern nicht, sie ließ ihnen Grütze und Getreide zuweisen, „sie haben mich so fürstlich und reichlich er-

[1]) An Otto von Schwerin. Stillfreitag 1662 bei Orlich. Friedrich Wilhelm der Gr. Kurf. Beil. S. 77.

halten ich will sie wider nicht laßen."[1]) Wie selbst der fürstliche Hofhalt Mangel litt, zeigen ihre Briefe an Otto von Schwerin, den sie dringend ersuchte, sich dafür zu interessieren, daß die ihr noch gebührenden preußischen Ehegelder endlich bezahlt würden, der Herzog brauche sie dringend. „Das ich Wol schweren kan, Seint in Mangel, wen ein Stück Fleisch zu kauffen, darüber Wir auch so Viel fisch eßen, das alle das Fieber krigen Und wolt Gott, ehr sehe Unser Elendt, es solt Ihn jamern. Wir haben Silber, wollen versetzen, Kauffen will es ein Jeder, aber keiner Wil Geld drauf geben ... Zu verkauffen, Was ein schutz des Hauses, thut Recht Wehe, Und Wie würden sich meine Feinde freuen ..." Das wurmte sie am meisten, daß die Schweden im benachbarten Livland sich über ihr Unglück schadenfroh äußerten. „Das Jubiliren, so in Riga, und mir täglich erzählt Wirt, ist so, das mir das hertz total masacrirt wirt."[2]) Vor den im Lande noch stehenden und erst sehr allmählich abrückenden polnischen Truppen fühlte man sich nicht einmal hinreichend sicher. Der herzogliche Kommandant von Grobin, von Knigge, war daher sehr auf der Hut, damit kein neuer Gewaltstreich stattfinde. „Der ehrliche Knüg, heißt es in einem Briefe Luise Charlottes an ihren Gatten, ist so soigneus, gehet selber die Runde, hält alle Wachten Wohl besetzet. Morgen macht er die Zugbrücken, das sie Auf Und abzulaßen, den gantzen Tag ist das gros Thor zu ..." Dazu kam Krankheit der Herzogin selbst und ihrer Umgebung, auch Todesfälle in ihrem Gefolge, so daß sie recht niedergeschlagen war. Der Herzog selbst weilte häufig in Landesangelegenheit in anderen Orten und dann fühlte sich Luise Charlotte besonders verlassen. Fast täglich schrieb sie dem Gatten, obwohl die Beförderung der Korrespondenz äußerst schwierig war, da die in Dienst genommenen Kosaken

[1]) Briefe Luise Charlottes an Herzog Jakob d. d. Grobin den 22. Mai, 25. Mai, 27. Mai, 1. Juni 1661, abgedruckt im Kurländischen Provinzialblatt 1810, No. 7.

[2]) An Otto von Schwerin, d. Grobin 22. April 1661. Orlich S. 67.

sich in dieser Hinsicht äußerst nachlässig erwiesen. Die Briefe aus dieser Zeit an den Gemahl sind besonders herzlich, mon tres cher coeur, Mein eigens ausserwehltes Hertzsgen — redet sie ihn an, seine Briefe mit guten Nachrichten über sein Befinden sind ihr „kreftiger als des Dokters medicin". „Adieu mein Hertzs" — heißt es einmal zum Schluße — „las mich nicht aus Dein treuw Hertzs, mein ehelich lieb mangen Und lieb mich, wie ich Dich, nicht mehr beger ich."

So verlangte sie denn sehnlich, in die alte gewöhnliche Residenz im Schlosse Mitau zurückzukehren, aber dieses befand sich noch in einem „unflätigen" Zustande. Daß es im Städtchen Mitau nicht besser aussah, erfuhr Luise Charlotte durch Mitteilungen des Kanzlers Fölkersahm und anderer. „Aller Credit ist verloschen und hier seint die Leute so verarmt, daß in höchster Warheit täglich viehl Bürger aus der Statt hinwegk ziehn, weilln keine Nahrung undt nichts minder Ihre Auslahgen mehr zu alß abnehmen."[1]) Aber schließlich war in Grobin alles aufgezehrt, und im Oktober 1661 konnte sie unter ein an Otto von Schwerin gerichtetes Schreiben bereits das Datum setzen: „Gottlob in Mitau". Sie war nun endlich wirklich daheim.

Bis freilich die Kurland benachbarten Mächte Frieden schlossen und damit jede Bedrohung des Landes wegfiel, dauerte es noch geraume Zeit. Namentlich wurde der Krieg zwischen Polen und Moskau noch längere Zeit fortgesetzt und es fehlte nicht an Durchzügen der fremden Truppen durch das wehrlose Herzogtum. Wohl benahmen sich die Russen im großen und ganzen recht rücksichtsvoll. Der Kanzler Fölkersahm, der von ihrem Durchzuge aus Litauen nach Kokenhusen (an der Düna) berichtete, fügte anerkennende Worte über ihre Disziplin hinzu: „Und wiewoll die Partey zimlich stark gewehsen, so haben Sie doch in Ihrem abmarche durchs Hertzogthum biß Nacher Kokenhusen nicht auf Ein Hun Werdt schaden

[1]) Melchior von Fölkersahm an Luise Charlotte, d. Mytau den 26. April 1661.

gethan, sondern sich aller Maßen still und from verhalten."[1]) Aber es lag doch im dringenden Interesse des Herzogs, daß bald der Frieden eintrat. So finden wir denn auch gleich nach der Heimkehr aus dem Exil ihn und seine Gemahlin als Vermittler zwischen Moskau und Polen thätig, wobei sie im Einverständnis mit Brandenburg handelten. Bereits im September 1660 teilte der Zar der Herzogin von Kurland seine Bereitwilligkeit zum Frieden mit, wenngleich er ihren Gemahl als Vermittler nicht direkt gewünscht zu haben scheint, da er als Lehnsfürst Polens diesem gegenüber zu Rücksichten verpflichtet war. In Polen hegte man wieder das Mißtrauen, ob der russische Wojewode Raschtschokin, der jene Verhandlungen mit dem kurländischen Hofe geführt, auch vom Zaren zu ihnen bevollmächtigt gewesen sei. Nachdem die Russen auch den Großen Kurfürsten zunächst nicht zum Unterhändler gewünscht hatten, wurden sie, nachdem der Krieg eine für sie ungünstige Wendung genommen hatte, anderen Sinnes. Im Februar 1661 teilte der Herzog Jakob seinem Schwager mit, die Moskowiter wünschten in Königsberg die Friedensverhandlungen mit Polen zu führen, und er frage nun an, ob der Kurfürst „solchen Orth zu den Tractaten gönnen wolle, damit er es an gehörigen Orth melden lassen könne". Der Kurfürst instruierte daraufhin seinen Gesandten in Polen, von Hoverbeck, beim polnischen König anzufragen, ob ihm Königsberg für jenen Zweck genehm sei und setzte Herzog Jakob von seinem Schritte in Kenntnis.[2]) Indessen kam es nicht zum Abschluß des Friedens, und Luise Charlotte glaubte sich des schlimmsten versehen zu müssen; sie hatte die Nachricht erhalten, daß der Kurfürst den Statthalter Boguslaus von Radziwill dem polni-

[1]) Föllersahm an Luise Charlotte, d. 23. August 1660 l. c.

[2]) Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Gr. Kurf. Polit. Verf. VI, S. 127, 153, 155, 159, 205, 217. Orlich l. c. Beil. S. 68—70. Herzog Jakob an Kurfürst Friedrich Wilhelm, d. Grobin d. 11. Februar 1661. Konzept zur Antwort des Kurfürsten, d. d. 8. März 1661. Berl. Geh. Staatsarchiv.

schen Könige zur Hilfe gegen den Moskowiter senden werde, während er doch diesem zugesagt habe, „kein Hostilität gegen Ihn zu brauchen." Sie selbst hatte in diesem Sinne auch nach Moskau geschrieben und fürchtete nun, falls jene Nachricht zutreffe, die Rache des Zaren. „Ich habe", schrieb sie an Schwerin, „eines versichert und geschieht ein anderes, so las ich Ihn Judiciren, Was zu thun Und zu hoffen, den diese Leuht schertzen Nicht. Also bitte ich aufs Wenigste, Wo dem Also, gebe man uns ein Winck, so Werde ich nicht nach Mitau gehen, So will ich mich in S. Ch. D. schutz mit mein 4 Kinder geben". Sie bat dringend, man möge sie nicht „zum andern Mahl dem Wolf in die Hende spielen" und sie nicht bei den Russen in den Verdacht der Zweideutigkeit bringen. „Den ich nicht Lust nach Moskau." „Und dies sein grobe Altte Teutschen die Ja ja und nein nur fordern, Und gewis die Herren Schweden werden nicht seyern Ihnen gutte Consilia Zu ertheilen, die beiden Schwäger zu nüchte zu machen."

Jedenfalls wollte sie wissen, was der Kurfürst Rußland gegenüber zu thun gedenke, „den ich umb S. C. D. Willen schon eins Von Lant und Leuht, in schmelige gefengniß gewesen". Es zeigte sich schließlich, daß die Sorge vor einer feindseligen Behandlung durch die Russen unbegründet war. Den Frieden zwischen Moskau und Polen brachte freilich erst das Jahr 1667, nachdem schon sechs Jahre früher Moskau und Schweden ihn abgeschlossen hatten und bis das geschah, war man in Mitau in andauernder Spannung. Es hieß noch im Sommer 1661, daß die Schweden in Livland stark armierten, der Feldmarschall Wrangel werde seinen Marsch auf Kurland nehmen, und von Rigaschen Bürgern erging an solche in Mitau die Mahnung, das Ihrige in Sicherheit zu bringen.[1]) Aber es war eine unnütze Furcht, allmählich traten für Kurland, wenngleich es noch 1665 durch Durchzüge russischer und polnischer Truppen zu leiden hatte, ruhigere Tage ein. Und das war ja dringend nötig, denn auch sonst fehlte es nicht an neuen

[1]) Urkunden und Aktenstücke VI, 296.

Sorgen. Die hoffnungsvollen Kolonien, die Herzog Jakob gegründet hatte, waren teils schon während des Krieges an die Niederländer verloren gegangen, teils besetzten sie die Engländer. „England", klagte die Herzogin ihrem Freunde Schwerin, „folgt Schwedisch Exempel, Macht uns ein hauf Complimens Und nimpt alle Forten in Indigen weg". Endlich zeigte sich im neugewonnenen Bistum Pilten der Adel zum Teil sehr störrisch, und die Herzogin fürchtete, die Polen würden sich einmischen und durch Einsetzung eines katholischen Bischofs das evangelische Bekenntnis des Ländchens gefährden. „Vohrgestern Ist bey Uns Umb 10 in der Nacht bei hellen Mohnschein ein sehr schöner Regenbogen gesehen Worden, Got las es Uns ein gnaden Zeichen sein, den etliche Trübe Wolcken gegen Uns stehen Und die Piltschen dreien so viel Beschwerden Machen, das ich sorg, Wir krigen das Pabstum in Landt."[1]) Es gelang aber in der That, die Union des Ländchens mit Kurland zu wahren.

Wie eifrig Herzog Jakob sich auch um die Hebung seines Landes bemühte, es ist ihm doch nicht gelungen, den alten Wohlstand wieder zu erreichen, die Versuche, Schweden zu Entschädigungen für den im Kriege erlittenen Schaden zu veranlassen, scheiterten, obwohl Luise Charlotte die Mitwirkung de la Gardies dazu mehrfach zu gewinnen suchte. Ebenso ablehnend zeigte sich solchen Wünschen gegenüber Polen, und auch der brandenburgische Kurfürst war nicht geneigt, die alten Prätensionen, die sein Schwager jetzt wieder geltend machte, mehr als bisher anzuerkennen; auch bei der Regelung des Nachlasses ihrer Mutter glaubte Luise Charlotte sich benachteiligt, und in den Briefen an Otto von Schwerin, in denen von diesen Ansprüchen oft die Rede ist, äußert sie sich zuweilen auch über den Bruder mit bitteren Worten: „Der liebe Bruder ist ein harter, lieber Bruder", „Nichts ist Unglücklicheres als die Tochter im Haus . . ." Die Herzogin geriet in die un-

[1]) Bei Orlich l. c., S. 69, 71.

angenehme Lage, immer wieder als die Bittende und Drängende, besonders wegen ihrer Ehegelder, aufzutreten, und konnte schließlich zufrieden sein, daß der Kurfürst ihr in einer anderen Beziehung entgegenkam; es war das die Frage der Erziehung ihrer Kinder. Als sie sich zur Beisetzung ihrer Mutter nach Preußen begeben hatte, hatte sie einige ihrer Kinder mitgenommen, und diese waren dann am Berliner Hofe auch nach ihrer Heimkehr geblieben; ihre Tochter Sophie Charlotte und der jüngste während der Gefangenschaft in Mitau geborene Sohn, Alexander, haben bis 1667 dort geweilt. Luise Charlotte hatte Otto von Schwerin, dem im Jahre 1662 die Erziehung der kurfürstlichen Söhne anvertraut worden war, gebeten, sich auch ihrer Kinder anzunehmen — „ich mag sagen, Recht verlassene Würmer" und ebenso denjenigen Mann, der neben und mit Schwerin eben damals vom größten Einflusse auf des Kurfürsten Verhalten den Lutheranern gegenüber war, den Hofprediger Bartholomäus Stosch. Während sie Schwerin mehrfach dankt und auch das freundliche Benehmen der Kurfürstin gegenüber ihren Kindern dankbar anerkennt, wie es sich unter anderem am Weihnachtsfest 1661 gezeigt hatte, war Stosch nach seinen eigenen Mitteilungen weniger in der Lage, ihre Bitte zu erfüllen. Er schreibt an die Herzogin[1]): „Das umb Ihrer fürstl. Gn. des jungen Princen Studien unnd auffzieh ung ich mich nicht bekümmern oder ettwas annehmen kann, ist die Ursach derjenige Prediger, welchem die Inspektion anvertraut ist und unserer Religion mehr als iemand schimpff anthutt, wie es auch Seine Churf. Durchl. meinem gnedigsten Herrn zum Theil bekand ist und würde weittleufftig zubeschreiben sein, was für Verdruß ich in specie von Ihnen leiden muß."[2]) Mit diesen Anklagen hatte Stosch wohl den Konsistorialrat Andreas Fromm im Auge, der Inspektor (Probst)

[1]) Briefe an de la Gardie, d. 20. April, d. Pingstmåndag, d. 31. Juli 1662. Orig. Stockh. Reichsarchiv.

[2]) D. d. Cölln, d. 3. April 1663. Mitauer Herzogl. Archiv.

der Lutherischen Kirche zu Cölln an der Spree und mit der Zeit einer seiner ärgsten Gegner geworden war.[1])

Wie hier die Fürsorge für ihre Kinder die Herzogin mit dem streitbaren Vorkämpfer ihrer Konfession in Korrespondenz erhielt, so hat das Gebiet der konfessionellen Gegensätze sie überhaupt auf das lebhafteste interessiert und sie erhielt über die ärgerlichen Streitigkeiten zwischen Reformierten und Lutheranern von dem alten Freunde Kiesewetter in Danzig und dem reformierten Prediger in Königsberg Wilhelm Schlemüller eingehende Nachrichten. So erfuhr sie, wie sehr die Bestrebungen des Königsberger Hofpredigers und Professors Christian Dreier, der einen Ausgleich der Konfessionen, besonders der evangelischen, anstrebte, ihn bei den orthodoxen Lutheranern im Herzogtum Preußen verhaßt machten. „Die lutherischen Prediger wollen D. Dreyern cassiret wissen", berichtete Kiesewetter[2]); bekanntlich haben sie ihr Ziel nicht erreicht, der Angefeindete blieb, trotz seines Synkretismus, bis an sein Ende im Amte. Was die reformierte Kirche auch damals noch an Angriffen und Schmähungen in Königsberg zu erdulden hatte, mochte ihr auch die Thatsache vergegenwärtigen, daß im Gebetsformular der lutherischen Prediger sich ein Passus „wider das calvinische Seelengift" richtete. „Allhie" — heißt es in einem Schreiben Schlemüllers[3]) — „betet man wieder das calvinische Seelengifft, da sie mehr Ursache hätten, wieder

[1]) Vgl. H. Landwehr: Bartholom. Stosch in den Forschungen VI, S. 91, und über Fromm bes. S. 121 ff.

[2]) Kiesewetter an die Herzogin, d. d. Danzig, d. 30. Mai 1662. Mitauer Herzogl. Archiv. (Hier heißt es u. a.: „Sonst hat man schon angefangen, die Reformirte Kirche zu bauen, so ziemlich gros sein werden soll mit drey spitzen, nahe beim Schlosteich, Gott gebe Segen und dergleichen noch in dem lieben Cuhrlandt." Die Kirche wurde aber erst im Jahre 1701 fertig. Über Dreier s. Landwehr, Kirchenpolitik, S. 174. Arnold, Kirchengeschichte und Stettiner; Zur Geschichte des preuß. Königstitels und der preuß. Königskrönung, Kbg. 1900, S. 6.

[3]) D. d. Königsberg, d. 3. Febr. 1666. Mitauer Herzogl. Archiv. Schlemüller war 1646—87 reform. Hofprediger in Königsberg. Erleutertes Preußen V.

das Lutherische Sündengifft zu beten Und nebenst Uns mit einander darnach zu trachten, das man nicht den Nahmen Christi nur im Munde, sondern auch das Leben Christi in der That führe Und unsere Zuhörer in der wahren christlichen Religion Und nicht in menschlichen Erfindungen also gegründet werden mögen." Die Herzogin wird sich gefreut haben, daß ihr Bruder die Auslassung jenes Passus anordnete und jedenfalls eine Änderung der verletzenden Ausdrucksweise erreichte. Sie hatte für jene Dinge um so mehr Verständnis, als die lutherischen Prediger Kurlands an Ausschließlichkeit hinter ihren Amtsbrüdern in Preußen wenig zurückblieben, wie u. a. höchst ärgerliche Auftritte beim Begräbnisse des reformierten Oberburggrafen Puttkammer in Mitau ihr wieder deutlich zum Bewußtsein gebracht haben mochten. Sie teilte diese Ereignisse Kiesewetter mit, der ihr gewiß aus dem Herzen schrieb, wenn er antwortete[1]): „Es ist ihre alte Gewohnheit. Ich wünschte, sie wehren an den Evangelischen Orten, alwo itzo der Türke grausam grassiret, gewiß sie würden wol zahmer und geschmeider werden. Aber was thut und verrichtet Ihr toben und wüthen? Es machet Uns Reformirte desto eiffriger Undt standthafter in unser Bekäntnüs, Sie aber werden sich einmahl zu Tode beißen". Die Beziehungen zu Kiesewetter brachten ihr auch geistliche Anregung, er sandte ihr religiöse Bücher, so z. B. einmal die Predigtsammlung des verstorbenen kurpfälzischen Hofpredigers Scultetus, seine „Kirchen- und Psalmenpostille"[2]), und auch von anderer Seite wurde sie mit Erbauungsschriften versorgt, so vom Memeler reformierten Prediger Peter Figulus, einem Schwiegersohne des großen Pädagogen und Theologen Amos Comenius. Als Figulus starb, erbot sich auf eine an ihn ergangene Bitte sein Schwager Daniel Comenius in Amsterdam, solche Sendungen fortzusetzen, fügte seinem Briefe einige Bücher, darunter auch solche seines alten Vaters, bei und teilte zugleich mit, daß der letztere der Herzogin „seine unterthänigste

[1]) Denkschrift der reform. Kirche in Mitau, 1890, S. 9.
[2]) Ibidem S. 8.

Dienste und eyferige Seufftzer zu Gott präsentire".[1]) Wir dürfen annehmen, daß Luise Charlotte zur Familie Comenius durch Stoschs Vermittelung in Beziehung gekommen war; hatte doch Stosch seine Jugendbildung im Gymnasium Schoenaichianum zu Beuthen erhalten, das einen duldsamen Sinn pflegte und in nahen Beziehungen zur Brüdergemeinde in Lissa stand, an der ja Comenius eine Zeitlang gewirkt hatte.[2])

Große Sorge bereitete der Herzogin die Erziehung ihrer Söhne, für die sich in Kurland nur schwer geeignete Präzeptoren beschaffen ließen[3]); es drückte sie besonders, daß ihr ältester Sohn, ihr „armer Fritz" wenig Fortschritte machte und sie bat i. J. 1662 Schwerin, ihr einen guten Präzeptor zu besorgen, „der nicht bitter luttrisch" sei. Statt unnützer Ausgabe sollte man das Geld lieber auf die Erziehung der Kinder verwenden. „Aber es ist ein gemein Uebel, Aller Höfe fast gebräuchlich." Am liebsten hätte sie die Söhne alle in Berlin erziehen lassen, denn sie war der Ansicht, „das kein capabeler Hof der Welt wehr Jugent zu erzihen, Als der Berlinische". Was sie in Kurland rings um sich sah, schien ihr wenig vorbildlich für die Jugend zu sein. Sie klagte, das ganze Land sei voll „Libertet und greulicher Sünden, die man unter dem Namen der adeligen Freiheit treibe" und gestand Schwerin im Vertrauen, sie wünsche, daß sie und die Ihrigen aus dem Lande wären, „wenn Gott seinen Zorn Nochmals über dasselbe schütten sollte; wie denn gewis die grausame Sünden und Todtschlag nach Gottes Rache ruffen". Einige Jahre später waren auch der zweite und dritte Sohn (Carl Jakob und Ferdinand) so weit, daß sie Schulbildung erhalten sollten, ohne daß jedoch dafür hinreichend gesorgt war. „Gott weis, heißt es in einem Schreiben an Otto von Schwerin, was mein

[1]) Sitzungsberichte der Kurl. Gesellschaft für Litt. u. Kunst, 1894, S. 5 (mitgeteilt v. H. Diederichs).

[2]) Landwehr: B. Stosch. Forsch. VI, 96.

[3]) Über diese Dinge s. die Briefe an Schwerin, d. 23. Dezember 1662, 2. Juni 1665.

Kinder Mir Vohr Hertzbrechen Machen, die 2, so ich hie [habe], haben noch kein Hofmeister, Ihr Magister, so sie bittere Katzen machen wollen, sitzet ohne Verstandt undt Gesundtheit und haben hie sider Ostern Wol wenig studirt . . . Summa, Gott hatt mich zur glücklichen Mutter gemacht, liebe Kinder gegeben, aber Ihre Education gefällt mir Nicht . . ." Ihren jüngsten Sohn Alexander, der einarmig zur Welt gekommen und ihr besonderer Liebling war, konnte sie allerdings in Berlin und später in Colberg erziehen lassen, auf die Erfüllung ihres Wunsches, ihn in Kassel bei ihrer Schwester, der Landgräfin Hedwig Sophie, gemeinsam mit deren Kindern unterrichten zu lassen, mußte sie aber verzichten, da die letztere Schwierigkeiten machte. Im Jahre 1667 kehrten Alexander und seine Schwester Sophie Charlotte nach Kurland heim, einmal weil der polnisch-russische Friede auch Kurland ruhigere Zeiten gewährleistete, sodann weil die Kurfürstin Luise Henriette in diesem Jahre starb und am Hofe des verwitweten Kurfürsten für seine Nichte nicht gut gesorgt werden konnte.[1]) Als die älteren Söhne das Alter erreicht hatten, in dem junge Fürstensöhne auf Reisen geschickt zu werden pflegten, um die Welt kennen zu lernen, zeigten sich manche Schwierigkeiten, da es am Geld mangelte. „3 Sohn sein Nun gros genug zu Reisen, aber die Mittel failliren" und schon dachte sie an den Versatz ihrer Juwelen. Ihr Gemahl hatte in seiner Jugend auch Reisen gemacht, aber er hatte sich dabei mit 500, höchstens 1000 Thaler im Jahr beholfen, war incognito gereist und nur mit „gemeinen Leuten" umgegangen. So, meinte er, könnten es auch seine Söhne thun; die Mutter aber sah, wie schwer es für diese sein würde, da die Zeiten sich ganz geändert hätten, „da ein Kaufmannssohn Mehr Verzehrt, und wenn Fürsten Nur mit Comun umbgehen, hernach die Leuht von qualité nicht wissen zu societiren und also alle Affection Ver-

[1]) Der Kurf. an Luise Charlotte, d. d. Cölln a. d. Spree d. 24. Juni 1667 bei E. Seraphim, Ein Beitrag, S. 4.

liehren".[1]) Aber die Schwierigkeiten wurden überwunden, und die jungen Prinzen gingen mit ihren Erziehern auf Reisen, die sie bis nach Italien geführt haben; aus den Briefen, welche sie während der Reise an die Mutter richteten, sehen wir aber, daß die ihnen vom Vater gewährten Mittel jedenfalls im Verhältnis zu ihren Ansprüchen zu geringe waren und sie bisweilen Schulden machten.[2])

In die häuslichen Verhältnisse der Herzogin haben auch die konfessionellen Fragen mehrfach hineingespielt; sie versuchte nämlich, wozu sie nach dem Ehevertrage nicht befugt war, ihren Sohn Alexander im reformierten Bekenntnisse zu erziehen, was ihr Gemahl schon aus Rücksicht auf die streng lutherischen Stände nicht gut heißen konnte. In diesem Streite um das Bekenntnis des jungen Prinzen hat Luise Charlotte sich der moralischen Unterstützung ihres Bruders zu erfreuen gehabt. Er bedauerte, daß man den Knaben zwinge, die zehn Gebote in der vom Wortlaute der Schrift abweichenden Fassung des Lutherischen Katechismus zu lernen, „Ich kann nicht glauben, daß Ew. Ld. Herr solches zugeben wirdt, den das währe gegen Gottes Befehl, der nicht haben will, daß man von seinem Worte etwas entnehme oder zusetze". Er spricht die Erwartung aus, daß man den Knaben nicht züchtigen werde, weil er dem lutherischen Religionsunterricht nicht fleißig folge. „Ich hoffe nicht, daß S. Ld. Umb der Wahrheit Willen Alexander streichen lassen werden, den dadurch würden sie beweißen, daß Sie uns Allen feindt sein." Er ermahnte sie zur Standhaftigkeit und wünschte, daß sie mit dem Knaben nach Königsberg komme, wo dann über seine Zukunft weiteres zu vereinbaren wäre.[3]) Später, als der Knabe zum Jüngling

[1]) An Schwerin, d. 30. Juni 1656, bei Orlich l. c. S. 83.

[2]) z. B. Brief Prinz Ferdinands an Luise Charlotte, d. Florentz, d. 23. May 1666, abgedr. im kurländischen Provinzialblatt 1810.

[3]) Friedrich Wilhelm an Luise Charlotte, d. 24. Nov. 1668 und 2. Januar 1669. S. Denkschrift der reformierten Kirche . . . S. 10 u. Seraphim, Aus Kurlands herzogl. Zeit, S. 176.

geworden und seine Mutter gestorben war, hat es ihm viel Schwierigkeiten bereitet, daß er am reformierten Bekenntnisse festhalten wollte, der älteste Bruder war damit durchaus nicht einverstanden, und der Vater ließ ihm durch die lutherischen Prediger „zusetzen". Als er i. J. 1677 schwer erkrankte und die Ärzte seine Krankheit für lebensgefährlich hielten, ließ er den Vater bitten, zu gestatten, daß der reformierte Prediger ihm das Abendmahl reiche. „Darauf der Herr Vater ihm sagen lassen, S. D. hofften nicht, daß er sterben würde; sollte es aber so schlimm werden, so wolten S. L. es ihm zulassen, sonsten solte Er Warten, biß er außer Landts kan, alßden wolten S. L. nicht Zu Wieder sein; den sie ihm sein Gewißen nicht dechten zu zwingen." Man sieht, es ist in der Hauptsache die Rücksicht auf seine lutherischen Unterthanen, die den Herzog bei seiner Stellungnahme leitete.[1])

Dem jungen Prinzen ist diese konfessionelle Richtung übrigens von Nutzen gewesen, denn sie trug ihm das Interesse und die wohlwollende Fürsorge seines kurfürstlichen Oheims ein. Dieser äußerte sich unter anderem auch darin, daß er dem jungen Prinzen die Anwartschaft auf die Komtureien des Johanniterordens Lagow (in der Mark) und Mirow (in Mecklenburg) verschaffte.[2]) Später ist dieser in seine Dienste getreten, hat den Feldzug gegen die Türken mitgemacht und bei der Belagerung Ofens (1686) ein frühes, ruhmvolles Ende gefunden.

Wir haben schon mehrfach zu erwähnen Gelegenheit gehabt, daß die, wie Luise Charlotte meinte, nicht genügende Berücksichtigung ihrer Ansprüche bezüglich der Ehegelder und des Erbes ihrer Mutter durch den Großen Kurfürsten gelegentlich verstimmende Äußerungen der Herzogin über den Bruder hervorgerufen hat, sie litt unter diesen Dingen umso-

[1]) Hedwig Sophie von Kassel an Otto von Schwerin, d. 16. Nov. 1676, 26. Nov. 1677, bei Orlich l. c. Beilage S. 111, 118.

[2]) Seraphim: Aus Kurlands herzogl. Zeit „Aus dem Leben des Prinzen Alexander von Kurland."

mehr, als sie fürchtete, sie könnten auf ihr Verhältnis zum Gatten störend einwirken. „Der Bruder acht Mich nichts mehr, Ich habe Zu Viel Kinder, das Wen ich nicht solch Ausbunt Von gutten Herren (hätte), es nicht Wunder wehr, wan böse Mäuler Was zwischen Uns erweckten.“[1]) Aber diese Dinge haben die guten Beziehungen Luise Charlottes zum Kurfürsten doch nicht dauernd beeinflußt, seine brieflichen Mitteilungen zeigen, welches Vertrauen er ihr schenkte und wie er es sich angelegen sein ließ, sie über seine häuslichen und politischen Angelegenheiten zu unterrichten. Sie erfuhr durch seinen eigenhändigen Brief den Tod seiner ersten Gemahlin Luise Henriette, die „der Segen seines Hauses undt Landes, nachmals auch seine irdische Freude und Ergetzung“ gewesen sei. Sie vernahm aus einem anderen Briefe, wie schmerzlich ihn das später stattfindende Leichenbegängnis seiner Gemahlin wieder an den schweren Verlust erinnerte. „Ich wollte, das es schon vorbey were, den es wirdt mir die Wunde wieder eröfnen, welche wol nümmer verblutten wirdt.“ Wieder heiraten werde er nicht, es sei denn, daß ihm Gott seine Kinder nehme. Kaum ein Jahr später war aber Friedrich Wilhelm bereits wieder verlobt; er begründete seinen Entschluß der Schwester gegenüber mit seinen „von Jahr zu Jahr zustoßenden Cranckheiten“. „Ich muß eine haben, die meiner Wartte, Wan ich kranck bin undt ich bin versichert, daß sie meine Kinder hertzlich lieben wirdt.“ Und indem er bald darauf behaglich bekennt, er sei nun durch seine neue Gemahlin „gantz vergnügt“, fügt er hinzu: „Ich bin versichert, Ew. Lbd. werden selbige recht nach Ihrem Sinne zu sein finden.“[2])

Auch über politische Dinge berichtet er bisweilen, so im Jahre 1663 über die Aufforderung des Kaiserhofes, im Kriege gegen die Türken das Generalat zu übernehmen und seine

[1]) An Schwerin, d. 30. Juni 1665 bei Orlich l. c. S. 82.

[2]) Briefe des Großen Kurfürsten an Luise Charlotte, d. 24. Juni, 28. Oktober 1667, 24. April, 1. Mai, 21. Mai 1669, bei Ernst Seraphim, Ein Beitrag, S. 4, 5.

Abgeneigtheit dieſem Anſinnen zu entſprechen. Er begründet ſeine Abſage mit einer deutlichen Anſpielung auf den wenig erfolgreichen, aber ſehr koſtſpieligen Türkenzug Joachims II. und mit ſeinem Mißtrauen gegen den Kaiſer. „Ich bin zwahr ſchuldig, mein Leib und Leben undt alle meine Mittel, ſo ich habe, zu Erhalttung der Chriſtenheitt anzuwenden, das ich aber mein Hauss dadurch in Unttergang bringen ſoll, ſolches kuntte ich für Gott und meinen Nachkommen nicht verantworten.“ Noch im nächſten Jahre kommt er auf dieſe Dinge zurück; niemand, heißt es in einem Briefe, nehme ſich „des Schalckens Joſeph's“ an. „Der Kaiſer hatt keine Mittell, auch keine Armee auf den Beinen und iſt alles mehr Franſchöſiſch, als Reichiſch. Gott erbarme es, daß es ſo zugehet.“ — Ebenſo erfahren wir aus des Kurfürſten Briefen manches über ſeine Streitigkeiten mit den preußiſchen Ständen, denen die alte polniſche Libertät noch tief im Blute ſteckte. „Gott gebe“ — ſchrieb Luiſe Charlotte im Jahre 1662 an Otto von Schwerin —[1]) „Das S. C. D. Ahnweſenheit, Wie Alles hoft, nun Alle Widrige Gemüther bekeren möge; Roden wird nicht Wohl dabey ſein. Aber die groſſe Städt ſein wohl Schmaltzgruben; Machen aber auch oft viel Unluſt.“ Der genannte Rode iſt der Königsberger Schöppenmeiſter Hieronymus Roth, der Führer der ſtädtiſchen Oppoſition gegen den Landesherrn, der im November 1662 verhaftet wurde. „Den Aufwiegler Rode habe ich ſchon ſitzen“, ſchreibt Friedrich Wilhelm an ſeine Schweſter, „welchem der Proceſs ehiſt gemacht werden ſolle, mit ſeinen Conſorten aber werde ich durch die Finger ſehen und 5 gerade ſein laßen . . .“ Roth wurde bekanntlich zum Tode verurteilt, das Urteil aber nicht vollſtreckt; er hat erſt i. J. 1678 ſein Leben in der Feſtung Peitz beſchloſſen, nachdem er es ſtets abgelehnt hatte, die Gnade des Kurfürſten anzurufen. Doch waren mit Roths Beſeitigung die Schwierigkeiten noch nicht behoben, die ſich daraus ergaben, daß der Kurfürſt, der ſeit dem Olivaer Frieden als ſouveräner Herr in Preußen an-

[1]) bei Orlich l. c. S. 79.

erkannt war, auch seinen Unterthanen in Preußen gegenüber seine neue Stellung zur Geltung zu bringen suchte. „Die Königsberger, so berichtete er der Schwester im November 1662, hätten ihn bedingungslos als ihren „Oberherren" anerkannt," „welches denen von der Ritterschaft nicht sehr gefellig." „Sonsten wollen die Stende mich bei meiner Souveränität mehr binden und Dinge begeren, so ich bei der Lehnschaft Ihnen niehmals gestanden, noch sie gehabt haben, deswegen gehen die Lanttagssachen etwas lancksahm daher." Er war recht verdrossen: „Man macht mir den Kopf baldt toll mit den Lanttagssachen, die Preussen lassen ihre Tücke nicht . . ." Nachdem aber am 12. März des folgenden Jahres der Kurfürst seinen Ständen eine Konfirmationsschrift über ihre Privilegien ausgestellt hatte, erfolgte am 18. Oktober dann im Schloßhofe zu Königsberg die feierliche Huldigung sämtlicher Stände. Der Kurfürst lobte diese in einem Briefe an Luise Charlotte, sie hätten sich verhalten, wie ehrlichen Leuten zustehe. „Deswegen ich Ihnen allzeitt verobligirt sein werde." Aber die Opposition in Preußen war doch nicht ganz erloschen; Ludwig von Kalckstein, der Amtshauptmann von Oletzko, einer der Hauptführer der adeligen Fronde, mußte 1667 seines Amtes entsetzt, ja später als Landesverräter zum Tode verurteilt werden; doch wurde die Strafe nicht vollzogen, sondern in eine Freiheits- und Geldstrafe umgewandelt, nachdem Kalckstein gelobt hatte, Preußen nie zu verlassen. Bei dieser Sachlage war der Landtag des Jahres 1669 besonders oppositionell gesinnt und den Kurfürsten verdroß das in dem Maße, daß er das Podagra, das ihn befallen hatte, den „Herren Preußen" zu verdanken meinte. Recht ärgerlich schrieb er im August 1669 an seine Schwester: „Ich müste Stein sein, wan ich solche Pillen verschlucken könntte, ich weis zwahr woll, daß es nicht verbessert wirdt, denn die Ahrdt nicht gutt ist, Gott wolle Sie nach Ihren Verdienst lohnen" und eine Woche später berichtet er: „Ob die Stende Sich allhie bessern undt eines andern resolviren werdten, weiß ich noch nicht, Ich hab

es Ihnen alles freigeſtelldt, Sie mögen thun, Was ſie wollen, Ich werde auch wiſſen, was ich thun ſoll, mit zweien Königen habe ich zu thun gehabt, Gott hatt mir beigeſtanden, Von meinen Stenden werde ich mich nicht feziren laſſen undt da iſt auch ein großer Unterſcheidt unter." Bekanntlich iſt Kalckſtein mit Brechung ſeines Verſprechens doch nach Polen geflohen, in Warſchau aber i. J. 1670 durch den brandenburgiſchen Geſandten Euſebius von Brand verhaftet und in eine Tapete gewickelt nach Preußen gebracht worden, wo er dann (in Memel) 1672 enthauptet wurde. Über die geheime oder offene Unterſtützung aber, die Kalckſtein und die preußiſche Oppoſition in Polen gefunden hatten, hat ſich der Kurfürſt auch ſeiner Schweſter gegenüber bitter beklagt.[1])

Luiſe Charlotte hat bei ihrer warmherzigen Stellung zu ihren Verwandten es ſchwer empfunden, daß ſie ſo ſelten mit ihnen zuſammen kommen konnte. Den Bruder hat ſie nur noch einmal wiedergeſehen, als ſie, ſeiner Aufforderung folgend, im März 1669 nach Königsberg kam, um dort ſeiner zweiten Gemahlin während eines Wochenbettes ihre Pflege angedeihen zu laſſen. Sie wurde damals in Quednau vom Kurfürſten und einem großen Gefolge erwartet und hat während dieſer Zeit Gelegenheit gehabt, mit ihm über die Zukunft ihrer Kinder ſich zu beſprechen. Ihre Schweſter Hedwig Sophie hat ſie, wie es ſcheint, ſeit ihrer Verheiratung überhaupt nicht mehr geſehen, auch nicht, als ſie 1660 zur Beiſetzung der Mutter nach Berlin geeilt war. „Meine liebe Schweſter", heißt es in einem Briefe an ihren Schwager, den Landgrafen Wilhelm von Heſſen, „Werde ich im Himmel ſehen Und gedencken ich ſol keine Freude auf Erden haben und alle den Meinigen bey lebendigem Leibe abgeſtorben leben."[2]) Daß aber der Bruder trotz der räumlichen Trennung ſie nicht vergaß, konnte ſie an dem

[1]) d. d. Cölln a. d. Spree, d. 17. Januar 1668, bei E. Seraphim, Ein Beitrag, S. 9.

[2]) d. d. Mitau d. 24. Februar 1663. Marburger Staatsarchiv.

Interesse sehen, mit dem er sich der Zukunft ihrer Töchter annahm, denen er gerne gute Partien verschaffen wollte.

Luise Charlotte war nicht im Zweifel, daß sie nicht leicht darauf rechnen könne, ihren Töchtern zu standesgemäßen Ehen zu verhelfen. So meinte sie in Bezug auf ihre älteste Tochter in einem Briefe an Otto von Schwerin: „Wohr Freyern Wirt sie Wohl sicher sein, Arme Kinder Wirt nun keiner suchen, Mein Herr Schwerin möcht den so gut sein Und bey sein Churfürst helffen, das S. Ch. D. für meine arme reformierte Magdelein hülf mit sorgen." Sie fürchtete, daß die Not den Herzog dazu treiben werde, seine Tochter auch an einen Katholiken zu verheiraten, „Und En confidence, das Würde mein todt sein". Um so dankbarer war sie für die Bemühungen des Kurfürsten.[1])

Nicht alle diese Bemühungen führten zum Ziele, so blieb die zweite Tochter der Herzogin Charlotte Sophie unvermählt. Der Kurfürst hatte ihr den Markgrafen Christian Ernst von Bayreuth zugedacht, der einst sein Mündel gewesen war. Mit seiner ersten Gemahlin, Erdmuthe Sophie, Tochter des Kurfürsten Johann Georg II. von Sachsen, hatte der Markgraf nicht immer in Frieden gelebt, wir erfahren, daß. Kurfürst Friedrich Wilhelm beide Ehegatten im Jahre 1668 mit einander versöhnt hat. „Wie lange, das er Bestand haben werde, ist Gott bekanndt."[2]) Als nun der Markgraf durch den Tod dieser Gattin im Juni 1670 Witwer geworden war, knüpfte der Kurfürst mit ihm wegen einer neuen Ehe mit seiner Nichte Charlotte Sophie von Kurland an. Es finde sich jetzt, schrieb er im September 1670 an seine Schwester, eine sehr gute Occasion für Charlotte, die nicht auszuschlagen sein werde. „Es ist mein Vetter, der Marggraff von Bahreitt, welcher mich ersucht hatt, bey E. Ld. zu sonndieren, ob es derselben gefellig sein, das er umb Charlotte ansprechen möge, bitte also Cito mir ihre Resolution zu wißen zu thun, Gott hat Ihn

[1]) d. 22. April 1661 bei Orlich l. c. S. 66.

[2]) Ernst Seraphim, Ein Beitrag, S. 5 (d. 24. April 1668).

mitt Landen und Leutten genugſahm geſegnet und hat keine Schulden und 100000 Rthl. des Jahres Inkunft, zu dem iſt er ganz reſolviret unſerer Religion zu werden, es wird ihm die von Dennemarck vorgeſchlagen, er hatt aber gantz kein Beliben darzu, bitte derhalben um ſchleunige Antwort." Wir dürfen annehmen, daß die Herzogin zuſtimmend geantwortet hat; umſomehr mußte ſich der Kurfürſt ärgern, als ihm der Markgraf bald darauf ſchrieb, daß er die Prinzeſſin an ihrem anderweitigen Glücke nicht hindern wolle und ſich ſchon im November 1670 mit einer württembergiſchen Prinzeſſin verlobte. Die Angelegenheit hatte ein peinliches Nachſpiel, der Kurfürſt übermittelte dem Markgrafen, als dieſer nach ſeiner Hochzeit im Februar 1671 an ihn geſchrieben hatte, durch den Sekretär des letzteren, Fabri, eine von dieſem niedergeſchriebene und von Otto von Schwerin beglaubigte Erklärung voll unwilligen Tadels, in der er die Hoffnung ausſprach, er werde ſich niemals mehr bei ihm ſehen laſſen. Der Markgraf ließ nun Fabri verhaften und richtete an Schwerin ein Erklärung mit den ärgſten Schimpfworten; da Friedrich Wilhelm für ſeine Miniſter eintrat, ſo dauerte es noch einige Zeit, bis er den Markgrafen wieder in Gnaden annahm.[1]) Später hat ſich übrigens die Tante der Prinzeſſin, die Landgräfin von Kaſſel, für ſie intereſſiert. Sie und die pfälziſche Prinzeſſin Eliſabeth, die als Äbtiſſin in Herford waltete, erwogen im Jahre 1675 den Plan, den Bruder der letzteren, den bekannten Prinz Ruprecht des Cavalier, den einſtigen Parteigänger König Karls I. von England trotz ſeiner 56 Jahre zu einer Vermählung zu veranlaſſen, da das Pfalzer Kurhaus auf wenig Augen ſtand. Die fürſtlichen Eheſtifterinnen haben hierbei auch an Charlotte Sophie gedacht, wie ein Brief der Landgräfin Hedwig Sophie an Otto von Schwerin zeigt.[2]) „Die Äbtiſſin von Herfort",

[1]) E. Seraphim, Ein Beitrag, S. 6. Urkunden und Aktenſtücke des Kurfürſten Friedrich Wilhelm XII, S. 949. Über Charlotte Sophie und den brandenburgiſchen Erbprinzen Karl Ämil ſ. Forſchungen XII, S. 148.

[2]) d. d. 19./9. Oktober 1675 bei Orlich l. c. S. 100.

heißt es da, „haben mit mir auch davon gesprochen, schlug meiner Schwester Tochter Charlotte vor; Der Weil ihr Bruder nicht allein auf die Schönheit sieht, sondern mehr auf Mittel Undt bekandt, daß in Churland Viel verheißen aber Nichts gehalten würdt, so zweiffelte sie, daß es zum Efect Kunte gebracht werden". In der That hat sich Prinz Ruprecht zur Ehe nicht entschlossen, er ist im Jahre 1682 unvermählt als Vizeadmiral von England gestorben; auch Charlotte Sophie hat nicht geheiratet, sondern als Äbtissin von Herford siebenundsiebenzigjährig ihr Leben beschlossen.

Daß bei fürstlichen Ehen die Frage der Mittel im Vordergrunde stand, war das Gewöhnliche. Friedrich Wilhelm braucht einmal, als er seiner Schwester für ihren ältesten Sohn eine Gattin empfiehlt, den Ausdruck, sie sei „ein fett Bissen".[1]) Das waren nun die kurländischen Prinzessinnen keineswegs, und jenes ungünstige Urteil, das die Landgräfin von Kassel über ihren Schwager fällte, war nicht ganz unbegründet; seit dem Olivaer Frieden herrschte am Hofe Herzog Jakobs, der seine überseeischen Pläne trotz aller Mißerfolge nicht aufgeben wollte und dafür große Mittel brauchte, nicht selten eine kleinliche Misere und große Geldnot. Das hatte auch Kurfürst Friedrich Wilhelm erfahren, als er es sich angelegen sein ließ, die älteste Tochter seiner Schwester, Luise Elisabeth (geb 1646), zu verheiraten[2]); sie war erst achtzehn Jahr alt, als der Kurfürst an Luise Charlotte schrieb, er werde „das Meidel schon ahn den Mann zu bringen wissen"; ganz leicht ist es ihm aber nicht geworden, sein Wort wahrzumachen. Im Jahre 1667 tauchte der Gedanke auf, daß der durch den Tod seiner Gemahlin eben zum Witwer gewordene König Johann Kasimir von Polen vielleicht die kurländische Prinzessin heiraten würde, wenn sie katholisch wäre, aber schon dieser Unterschied der Religion mußte die Sache aussichtslos machen. In derselben Zeit ersuchte der Fürst Michael Wiesnowiecki den brandenburgischen Gesandten

[1]) E. Seraphim, Ein Beitrag, S. 6.

[2]) ebenda S. 6, Urkunden und Aktenstücke XII, S. 336, 416.

von Hoverbeck, der auch die Geschichte des kurländischen Herzogs führte, bei der Herzogin Luise Charlotte sich dafür zu interessieren, daß er zu der längst gewünschten Allianz mit ihnen gelange. Da Wiesnowieckis Vermögensverhältnisse aber nicht hinreichend sicher zu sein schienen, so wurde er zunächst hingehalten; als er zwei Jahre später nach der Abdikation des Königs Johann Kasimir zu seinem Nachfolger gewählt worden war, instruierte Kurfürst Friedrich Wilhelm seinen Gesandten Hoverbeck, das Ehebündnis eifrig aber diskret zu betreiben, zumal Wiesnowiecki früher in der Frage der Religion annehmbare Bedingungen angeboten hatte. Aber die Pläne des neuen Königs, der auch in seiner neuen Stellung das konfessionelle Entgegenkommen kaum mehr beobachten konnte, gingen höher, er heiratete im folgenden Jahre Eleonore Marie, die Tochter Kaiser Ferdinands III.

In demselben Jahre ist aber auch Luise Elisabeth vermählt worden und zwar an einen Mann, dem Heinrich von Kleists Dichtung die Unsterblichkeit verliehen hat, den Prinzen Friedrich von Homburg, den Landgrafen mit dem eisernen Bein. So wie der unglückliche Dichter ihn gezeichnet hat, lebt er noch heute im Gedächtnis der gebildeten Kreise unseres Volkes: ein feuriger Jüngling, tapfer auf dem Felde der Ehre, ein ungestümer Kriegsmann, aber dabei von zartestem Empfinden, voll Liebe und Hingebung. Die geschichtliche Wirklichkeit ist freilich, wie wir seit langem wissen, eine wesentlich andre gewesen und aus dem jugendlichen Liebhaber wird bei genauerem Zusehen ein vorsichtiger Haushalter, voll derben Realismus.[1])

[1]) Im allgemeinen sind zu vergleichen Jungfer, „Der Prinz von Homburg“ (Berl. 1890), und mein Aufsatz: „Der Prinz von Homburg und seine Beziehungen zu Kurland“ in der Balt. Monatsschrift 1892. Ferner folgende im Kgl. Hausarchiv zu Berlin befindliche Schriftstücke: Friedrich Wilhelm an Jakob v. Kurland, d. 3. August 1670, Jakobs Antwort, praes. Sept. 1670; Jakob an Landgraf Friedrich, d. 30. August 1670 (Abschrift); Friedrich v. Homburg an Kurfürst Friedrich Wilhelm, d. 6. Sept. 1670; Friedrich Wilhelm a. d. Landgrafen, d. 22. Okt. 1670. — E. Seraphim, Ein Beitrag, S. 7.

Der Landgraf, der in schwedischen Diensten 1657 die Belagerung Kopenhagens mitgemacht und dabei ein Bein verloren hatte, war nach dem Tode König Karl Gustavs von den Regenten Schwedens mit Undank gelohnt und die zugesagte Pension ihm entzogen worden. Er half sich durch eine Ehe, die er mit einer 30 Jahre älteren Frau, mit der sehr reichen Gräfin Margarethe Brahe, schloß; nach kurzer Ehe beerbte er im Jahre 1669 seine Gattin und bald schon war in ihm der Wunsch nach einer neuen Heirat rege. Schon im Jahre 1669 sind Verhandlungen nachweisbar, die auf seine Heirat mit der Prinzessin Luise Elisabeth von Kurland hinzielten, die Vermittelung lag auch diesesmal in den Händen des Kurfürsten, den der Landgraf deshalb auch selbst in Berlin besuchte. In Mitau war man geneigt, auf den Plan einzugehen, besann sich dann aber und zögerte, wie es scheint, weil man in einem der Radziwills einen vorteilhaften Schwiegersohn zu erhalten hoffte. Der Kurfürst schrieb an seine Schwester am 31. Dezember 1669 sehr ärgerlich, man sei Radziwills keineswegs sicher, man könne nicht erst entgegenkommen, dann aber Schwierigkeiten machen und „auff andere ungelegte Eiger wartten". So könne man mit ehrlichen Herrn nicht umgehen. Offenbar, schreibt er später, sei in Mitau der Wunsch „das man Seine Kinder lieber ahn Polnische Edelleutte, welche man vielleicht höher als teutsche Fürsten heldt, geben will". „Ew. Lbd. wissen, das ich mir alle zeitt dero Kinder Wolfardt und Beste hab angelegen sein lassen, desswegen auch diese Heiradt geraten, nun stehet es in Ew. Ld. gefallen zwar, wenn dieselbe selbige gönnen wollen oder nicht, das man aber Bedenken tregt in Sachen, so man mit Nutzen thun kan undt zum Besten seines Hauses, solches verwundert mich sehr und gehet gegen alle reson; Ich hoffte Ew. Ld. werden Sich eines andern hirauf bedencken, Sonsten Werde ich mir ins Künftige zu dero Hauses Aufnehmen und Bestes keine Mühe mehr machen". Diese gar nicht zu verstehende Sprache wird mitgewirkt haben, daß man in Mitau in die Verlobung Luise

Elisabeths mit dem Landgrafen von Homburg willigte. Im einzelnen galt es freilich noch, manche Bedenken zu beseitigen, denn der Prinz war lutherisch und trotz seiner inneren Neigung für die reformierte Kirche wollte er mit Rücksicht auf seine Brüder zu ihr nicht übertreten, doch war er bereit einen Revers auszustellen, der seiner Gemahlin ungehinderte Ausübung ihres Bekenntnisses zusicherte. Diese Frage fand eine günstige Lösung dadurch, daß Landgraf Friedrich sich durch die Landgräfin Hedwig Sophie von Kassel, die jüngere Schwester Friedrich Wilhelms, in deren Händen die Verhandlungen zum Teil lagen, schließlich selbst für die reformierte Kirche gewinnen ließ. „E. Ld. Sohn", schrieb Friedrich Wilhelm nach Kurland, „der Landgraff ist Unserer Religion geworden, Wie er dan schon Vom Hofprediger Von Kassel das nachtmall auf Unsere Ahrdt empfangen hat." Weit schwieriger war es die Ehepakten in einer alle Teile befriedigenden Weise zum Abschlusse zu bringen. Die Höhe der sog. Paraphernalgelder war besonders umstritten. Erst war von 100 000 Thl. die Rede gewesen, die Herzog Jakob seiner Tochter mitgeben solle, dann aber wollte er nur 80 000 bewilligen, sehr zum Ärger Friedrich Wilhelms, der kategorisch an seine Schwester schrieb: „Das Beilager wirdt so lange aufgehalten werden, bis ich Andtwort und Resolution bekomme. Bitte derwegen mir Cito zu andtwortten, dann da es so lange treniert Würde, einige Verhinderung darzwischen kommen kenntte." [1]) Diese Verzögerung war um so peinlicher, als die junge Braut bereits in Berlin eingetroffen war, um dort ihre Hochzeit zu feiern. Wir erfahren, daß der Landgraf sie bald wirklich liebgewinnt, aber an das Heiraten dachte er nicht, ehe die pekuniären Verhältnisse ganz geregelt waren. In diesen Monaten banger Spannung und peinlichen Wartens schüttete die junge Prinzessin

[1]) d. 28. Juli 1670 d. d. Potsdam, in Forschungen X, S. 337. Ich beziehe das Schreiben auf die Verhandlungen wegen der Ehepakten Luise Elisabeths, nicht Marie Amalies, an deren Hochzeit damals nicht gedacht wurde.

in ihren Briefen an die Mutter ihr bedrücktes Herz aus. Sie wäre lieber zu Hause, als daß sie sich den Vorwürfen ihres Gatten aussetzen wolle, falls sie ihm zu wenig mitbringe. „Hette ich gewust, das es mich so solt gen, nicht 10 Pferd hetten mich sollen aus Churlandt Ziegen. . . . wenn ich nicht selber Schande darVon hett, ich kem mit Ew. Ld. Hofmeisterin wieder zurück, den von Liebe allein kann man nicht eßen. Pasiance . . .“ Sie beklagte sich bitter über den Vater und entschuldigte es mit ihrer verzweifelten Stimmung. „. . . Was das Hertz voll, gett der Muntt ibehr, dan wan ein Wurm gethretten wird, so kriembt er sich, Vielmehr ein Mens, das sein Verstandt habt.“ Die auf den August 1670 verlegte Hochzeit mußte abermals verschoben werden, da noch keine Einigung erzielt war und die Sprache, die Kurfürst Friedrich Wilhelm in seinen Briefen an die Schwester in Kurland anschlägt, wird immer unverblümter. Denn nach wie vor blieb die Höhe der Paraphernalgelder strittig; der Herzog wollte nicht einmal die 80000 Thl. bewilligen, obwohl ihn der Kurfürst an seine früheren Versprechungen erinnerte und darauf hinwies, daß die Landgräfin von Kassel, deren Sohn eine andere kurländische Prinzessin heiraten sollte, sich mit weniger gewiß nicht für jenen zufrieden geben werde und beide Prinzessinnen doch gleich behandelt werden müßten. Auch war der Herzog überhaupt nicht in der Lage, größere Barsummen zu bezahlen und wollte daher seinen Schwiegersohn mit der Abtretung seiner gewiß nicht leicht zu realisierenden Forderungen an Schweden befriedigen, denn, meinte er, der Landgraf sei ja in Schweden „wegen seiner großen Merieten in großer Consideration“, kenne die maßgebenden Personen und werde daher seine Ansprüche eher durchsetzen. Wenn er auch nicht Geld erlangen werde, so doch vielleicht Güter im schwedischen Pommern. Der Landgraf aber wußte nach seinen eigenen Erfahrungen, daß in Schweden nichts zu holen sei, wandte sich nochmals an den Kurfürsten und bat um seine Fürsprache bei seinem Schwager, ja noch am Tage vor dem Termin der

Trauung, am 22. Oktober erklärte er ihm brieflich, er werde die Hochzeit noch anstehen lassen, „es wehre dan das Ew. Gnd. wie ich hierdurch gehorsam bitte, mir die Gnade erweisen undt selbsten guarantiren wolten, das es bey dem, was in denen zu letzt überschickten Ehpactis begriffen, verbleiben undt des Herrn Hertzogs zu Churlandt Ld. solches zu adimpliren gehalten seyn solten". Friedrich Wilhelm antwortete begütigend und versicherte, der Herzog und seine Gemahlin würden den Landgrafen „hierunter nicht stecken lassen, besondern sich vielmehr ihrer vielfältigen gethanen Zusage erinnern und die Ehepacten dergestalth einrichten, daß E. L. damit zufrieden seyn werden". Bleibe aber der Landgraf dabei, die Hochzeit hinauszuschieben, so werde er sich um die ganze Angelegenheit überhaupt nicht mehr kümmern. Er wies auf das Auffallende eines weiteren Aufschubes hin. „Ew. Ld. können leicht ermessen, was dieses an alle Churfürstl. und fürstlichen Höfen Vor eine frembde Undt ungleiche Ausdeutung verursachen, auch denen fürstlichen Eltern in Churland die Gedanken machen würde, als man Sie Sie hiezu zu forciren gedächten." Der Landgraf gab nach, und am 23. Oktober wurde durch den Hof- und Domprediger Bergius die Trauung vollzogen, der ein glänzendes Hochzeitsfest folgte. Der Kurfürst ist aber seines Versprechens eingedenk gewesen, er hat, als der Herzog in der Eheverschreibung den Schwiegersohn dennoch mit den unsicheren Ansprüchen befriedigen wollte, eine sehr schroffe Haltung angenommen. Das seien, schrieb er an Luise Charlotte, ungereimte Dinge, man schicke den Landgrafen in den April, „da man Ihn mitt die Gelder baldt nach Schweden, bald nach Engelland auff Ungewiße Forderungen weisset. Dieses mag der Gebrauch in Churlandt zwischen den Bauern sein, aber in Deutschland Unter den fürstlichen Personen ist es nicht Herkommen, noch erheret. Werden darumb bitten Undt ermahnen Ew. Ld. itzo Undt für alle Mahl, dieselben Wollen sich nehbenst dero Herrn begreiffen und hierin thun, was recht Undt billig-

keitt mit ſich führet Undt ſolche ungewiße Anweiſungen in gewiße Anweiſungen verendern, Damit ich ſehen möge, das meine Wolgemeinten Erinnerungen, ſo zu Ihrer beiderſeits Häuſſern Wolfahrt Und Ehre gerichtet, nicht vergeblich geweſen ſey, Ich zweiffele nicht, da noch in Ew. Ld. beiderſeits einige Ehre und Generoſität ſey, dieſelben werden hierin Sich eines andern bedencken Undt hierin dergeſtaldt verfahren, Wie es Unter Fürſten Herkommens Undt Ihnen beiderſeits zu keiner Blame und Verkleinerung gereichen mögen." [1]) Dieſe verletzende Sprache wird in Kurland nicht ohne Eindruck geblieben ſein, leider iſt das ſchließlich ratificierte Abkommen bis jetzt nicht veröffentlicht worden, das vom letzten Biographen des Prinzen von Homburg mitgeteilte kann wohl nur als der Entwurf zu einem ſolchen betrachtet werden.[2]) Trotz dieſer ärgerlichen Zwiſtigkeiten mit ſeinem Schwiegervater, die jedenfalls noch einige Zeit andauerten, hat der Landgraf ſich ſeiner Gemahlin ſtets als liebevoller Gatte erwieſen, auch die Briefe, die er an ſeine „Engelsdicke" richtete, laſſen ihr Verhältnis im freundlichſten Lichte erſcheinen.

Schon vor der Verlobung Luiſe Eliſabeths war ihre jüngſte Schweſter Marie Amalie Braut geworden. Der Plan einer Verlobung der Prinzeſſin mit ihrem Vetter, dem Landgrafen Karl von Heſſen, einem Sohne Hedwig Sophies, wird wohl ſchon, als die Herzogin Luiſe Charlotte im März 1669 in Königsberg weilte, beredet worden ſein, im Auguſt riet Kurfürſt Friedrich Wilhelm ſeiner Schweſter, ein Präſent nach Kaſſel zu ſenden und den Heiratsplan im Auge zu behalten, da es Leute gebe, die ihn durchaus hintertreiben wollten. Im September 1669 brachte der Kurfürſt das Verlöbnis in Königsberg zuſtande, aber da der Prinz erſt 16, ſeine jugendliche

[1]) Vgl. des Kurfürſten Schreiben an Otto v. Schwerin . . 1671. Urkunden u. Aktenſtücke, XII 939.

[2]) Einen anderen Entwurf habe ich mitgeteilt in den Sitzungsberichten der Kurländ. Geſellſchaft für Litt. u. Kunſt, 1891, Anhang, S. 51.

Braut gar erſt 15 Jahre alt war, ſo konnte von einer Hochzeit noch nicht die Rede ſein. Marie Amalie begab ſich an den Hof ihrer künftigen Schwiegermutter nach Kaſſel, um dort den neuen Verwandten näherzutreten und hat hier bis zu ihrer im Jahre 1673 vollzogenen Hochzeit geweilt. Die Korreſpondenz der Herzogin Luiſe Charlotte mit ihrer Tochter und deren Bräutigam zeigt uns, wie zufrieden ſie mit der Verbindung ihres Kindes mit dem dem reformierten Bekenntniſſe angehörigen Prinzen war. Sie hofft, daß Marie Amalie ſich zu den neuen Verwandten und insbeſondere zu ihrem Verlobten freundlich ſtelle. „Ich verſichere E. Ld.“, ſchreibt ſie an Landgraf Karl, „das die ſich am Meiſten lieben werden, mich auch das liebſte Pahrgen ſein werden.“ Sie lobt ihre Tochter in eigenartiger Weiſe: „Meine Marigen, ſo nun E. Ld. Hochgeertte Frau mutter und E. Ld. ergeben und eigen Iſt, habe ich ertzogen als ein Hauskindt, das von aller Fines vnd Argliſt Nichtes weis, ſie Iſt aber noch in denen Jahren, das, was Ihr in andere möchte mangeln, [ſie] durch die rare Exempel von E. Ld. ſo höchſt geprieſene Fraumutter kan lernen, derer (ſie) ich hof, mit ſolch Gehorſam Und Demut ſol Under Augen gehen (wird) als — ich Ihr das Lob kan geben, ſie Mir gethan . .“ Perſönlich kannte Luiſe Charlotte ihren Schwiegerſohn nicht, was ſie lebhaft bedauerte. Als er 1670 ſeine große Bildungsreiſe, die „Peregrination“ antrat, ſchrieb ſie an ihn: „Ach kont ich auch Zugleich Churlandt transportiren, Wo E. Ld. durch Müßen, damit ich die Freude E. Ld. in dieſem Leben noch Zu ſehen Und zu kennen, aber es ſcheint, Ich ſol nur wie Tantalus leben . .“ Daß ihn Gott „zum feſten Pfeiler ſeiner verfolgten und bedrängten Kirchen“, d. h. der reformierten, machen möge, war ihr lebhafter Wunſch. Der Hochzeit ihres lieben „Miec'chen“ in Kaſſel mußte Luiſe Charlotte fern bleiben, ſie hat ihre Tochter in der Folge auch nicht mehr wiedergeſehen.[1]) Sie

[1]) Vgl. Luiſe Charlotte an Karl von Heſſen, d. d. Mitau den 5. Oktober, 14. September 1669; 12. April 1670; 6. Januar 1673; 9. Juli 1674. Marburger Staatsarchiv. Vgl. E. Seraphim, Ein Beitrag,

ſollte, wie ſie ſich ausdrückte, „in dieſer Vale de misera“ ſo viel Freude nicht haben“.

Manchen Kummer bereitete Luiſe Charlotte ihr älteſter Sohn, Friedrich Kaſimir,[1]) der ſich im Jahre 1668 über die Niederlande nach Paris begab, um dort das römiſche Recht zu ſtudieren. Der große Kurfürſt war mit dieſer Reiſe ſeines Neffen an ſich einverſtanden, fürchtete aber, daß er dort in böſe Geſellſchaft geraten könne. Und in der That hat Flemming, des Prinzen Mentor, über manche Eigenſchaft ſeines fürſtlichen Zöglings, beſonders ſeine Verſchwendungsſucht, zu klagen gehabt. Auch ein Liebesverhältnis mit einer württembergiſchen Prinzeſſin war keineswegs nach ſeinem Sinne und wohl auch kaum nach dem der Eltern des Prinzen. Der große Kurfürſt muß auch über das leichtſinnige Treiben ſeines Neffen benachrichtigt geweſen ſein, denn er ſchrieb ſeiner Schweſter, ſie möge den Sohn wieder heimkommen laſſen, „dan die franzöſiſche FrauZimmer ſehr andzihig iſt“. Beſonders beunruhigte die Herzogin aber die Nachricht, die ſie vom Kurfürſten 1669 erhielt, Prinz Friedrich Kaſimir neige zur katholiſchen Religion.

S. 6 (Brief des Kurfürſten vom 22. Auguſt 1669). S. auch Forſchungen VII, S. 164, wo der Landgraf Wilhelm († November 1669 in Paris) irrtümlich als Bräutigam bezeichnet wird. — Marie Amalie hatte ſich übrigens während ihres Aufenthaltes in Kaſſel mit wenig eigenen Mitteln behelfen müſſen. Der Vater mahnte zur Sparſamkeit: „ſo ſeind der Kinder Viel, Sie wollen alle waß haben, wollet derowegen euere Außgaben darnach richten ...“ (den 3. Dezember 1672). Zur Hochzeit mußte Marie Amalie Geld aufnehmen, das erſt allmählich von ihrem Vater bezahlt wurde; auch wegen der Ehegelder ſind ſpäter Schwierigkeiten entſtanden, und Landgraf Karl hielt es ſchließlich für das Praktiſchſte, ſeine ganze Forderung an den Schwiegervater (106000 Fl. poln.) am 29. März 1681 an den däniſchen König zu cedieren.

[1]) Der Kurfürſt an Luiſe Charlotte, d. Cölln a. d. Spree, den 1. Oktober 1669, 1. April 1670. Forſchungen X, S. 336, am 3. Februar 1670. E. Seraphim, Ein Beitrag, S. 6. — Vgl. Sitzungsberichte der Kurl. Geſellſchaft für Litteratur und Kunſt, 1862, S. 146, 1882, Anhang, S. 7, 1890, S. 30. — Kieſewetter an Luiſe Charlotte, d. d. Danzig, 4. März 1670. Mitauer Herzogl. Archiv.

Den damit verbundenen Rat, den Prinzen aus Frankreich zurückzuberufen, wiederholte Friedrich Wilhelm noch im folgenden Jahre, „E. Ld. müssen nur sehen, das sie in von dahr bekommen, es mach auch Kosten was es Wolle, damitt man die Seelle rette". Man sieht auch aus diesen Äußerungen Friedrich Wilhelms entschlossene und feste Stellung zu seinem Bekenntnisse, das ihm in jener Zeit, wo Konversionen fürstlicher Personen eine beliebte Aufgabe jesuitischer Glaubensbethätigung waren, besonders am Herzen lag. Auch der alte geistliche Freund und ehemalige Hofprediger Kiesewetter in Danzig hatte Luise Charlotte ähnliche Warnungen vor „dem katholischen Ort" zugehen lassen, und in der That verließ nun Friedrich Kasimir im Jahre 1670 Paris und kehrte nach Kurland heim. Später trat er in niederländische Dienste und brachte seinen Vater dadurch in eine mißliche Lage, da Schweden Frankreichs Bundesgenosse im Kriege Ludwigs XIV. gegen die Generalstaaten wurde. Besonders aber verdroß es Herzog Jakob, als sein Sohn nach der Verlobung mit der Prinzessin Sophie Amalie von Nassau-Siegen einen Aufwand machte, der dem sparsamen Vater weit über die erlaubten Grenzen hinauszugehen schien. In diesem Konflikte hat die Herzogin zwischen Vater und Sohn vermittelt, an sie ergingen die dringenden Bitten des „armen verlassenen Fritz", den Vater zu Geldzahlungen zu veranlassen und bei der Abfassung des Ehevertrages mit der nassauischen Prinzessin nicht zu anspruchsvoll zu sein, denn, schreibt er der Mutter, es könnte sonst den Eindruck machen, als wolle er die Prinzessin „par Interest" heiraten, während ihn doch nur „pure Inclination" dazu veranlasse. Besonders aber wollte er Geld, um „mit gutter Reputation", d. h. nach Bezahlung seiner Schulden die Niederlande verlassen zu können, „den mihr mein Leben so lieb nicht ist, alß meine Ehre".[1]) Und wie Luise Charlotte hier zwischen Vater und Sohn ausgleichend thätig

[1]) Friedrich Kasimir an Luise Charlotte, d. d. „Im Quartier zu Rotzlau den 10. July 1675", d. d. Amsterdam 6. Juni, 1676 im Kurländischen Provinzialblatt 1810.

ist, so hat sie auch versöhnend gewirkt, als ihr Gemahl dem Prinzen Ferdinand zürnte, besonders weil auch er in niederländische Dienste treten wollte.[1])

So hat sie als der gute Engel ihres Hauses gewaltet, eine treue Gattin und eine zärtliche Mutter. „So lange meine Kinder bey mir, habe Freude, Wan sie weg, nur eittel Betrübung", schreibt sie einmal an den ältesten Sohn. Und ihre Kinder vergelten ihr diese Liebe, wie ihr Briefwechsel zeigt; es war keine Phrase, wenn es in einem Briefe ihrer Tochter Luise Elisabeth an sie heißt: „So ein gnedige Frau Mutter ist in der wehld nicht zu finden, als E. Ld. sind."[2])

Luise Charlotte hat auch in späteren Jahren ihres Lebens trotz aller Differenzen, die ja gelegentlich vorkamen, die herzlichen Beziehungen zu ihrem Bruder nicht allein aufrecht erhalten, sondern sie hat sich auch seines Vertrauens bis zuletzt erfreuen dürfen. Sie erlebte es noch in ihren letzten Lebensjahren, daß der Kurfürst 1672 in den großen Kampf gegen das Übergewicht Ludwig XIV. eintrat, aber, durch die österreichische Politik lahm gelegt, bereits im Juni 1673 den Sonderfrieden zu Vossem mit Frankreich abschloß. „Ich hatte", schrieb der Kurfürst damals an seine Schwester, „hertzlich gewünschet, das Ich dem Feind einigen Abpruch thun könne, bin aber von den Alligirten, so woll kayserlichen als Hollendern verlaßen worden; die ersten haben nicht fechten, noch dem Pfaffen einigen Widerwillen erweissen wollen, die andern haben die monatlichen Supsidien nicht abtragen wollen oder können, dahero meine Armee not gelitten und gantz ruiniret worden undt sein itzo über 7 Monatt, das ich kein Geldt empfangen undt meinen Leutten hatte geben künnen, dadurch ich den Crediett bey der miles gründlich verlohren habe; das Schlimmste ist, das ich den Dorrn aus eines andern Fus gezogen undt in mir In dem meinen gestochen, dan mir das Landt von Cleve undt Grafschaft Marck ausser die zwei Vestunge Calcaw und

[1]) Seraphim, Aus Kurlands herzoglicher Zeit, S. 180.

[2]) ebenda S. 160 und Baltische Monatsschrift 1892, S. 24.

Lipstadt von den Franschossen genommen ist, die Grafschaft Ravensperg und Minden sein mir von Freunden und Feinden gantz ruiniret, noch hab ich bey den Undanckbahren Hollendern keinen Dank".[1]) Als bald darauf der Kurfürst doch als Reichsfürst sich dem Kriege gegen Frankreich nicht entziehen konnte, erwuchs ihm in Schweden bekanntlich ein neuer Gegner und damals hat man auch in Kurland nicht ohne Sorge auf diesen geblickt, schienen doch zum mindesten neue Durchmärsche der Schweden, wenn nicht Schlimmeres, bevorzustehen. Noch nach den siegreichen Schlachten bei Rathenow und Fehrbellin nahm die verwitwete Königin von Polen, Marie Eleonore, in einem Briefe an Luise Charlotte Gelegenheit, mit dem Glückwunsche zu den Erfolgen des Kurfürsten den Wunsch zu verbinden, daß Kurland nicht gefährdet werden möge. „Wir möchten Ew. Ld. eine Burgk mit Himmels-Kräffte befestiget wünschen, umb darin wider alle Gefahr gesichert, und beschützt zu bleiben. Dan wir wol gedenken können, in was großen Sorgen dieselb begriffen seyn, weil der Erbfeind von oben so weit einbricht." Damals blieb Kurland von den Schweden verschont; als sie später unter Horn ihren Einfall nach Preußen machten, der so kläglich scheiterte (1679), war Luise Charlotte nicht mehr am Leben. Ihr, die den Schweden die schweren Leiden des ersten nordischen Krieges und ihre Gefangenschaft nie vergeben hatte, wäre der Zusammenbruch der schwedischen Macht eine Genugthuung gewesen, wie sie sich gewiß darüber gefreut hat, daß ihr Schwiegersohn, der Landgraf von Homburg, zur Entscheidung des Tages von Fehrbellin erfolgreich beitrug.

Immer tiefer senkten sich die Abendschatten auf das Leben Luise Charlottes. Der Kreis, dem sie nahegestanden, mit dem sie persönlichen oder brieflichen Verkehr unterhalten hatte, war im Laufe der Jahre immer kleiner geworden. Im Jahre 1665

[1]) d. d. Potsdam, den 17. April 1673 in E. Seraphim, Ein Beitrag, S. 10.

[2]) d. d. Neyß, den 10. September 1675, Sitzungsberichte der kurländischen Gesellschaft 1888, S. 15. u. Beil. S. 21.

war der treuergebene kurländische Kanzler Melchior von Fölckersahm aus dem Leben geschieden, wenige Jahre nach ihm Boguslaus Radziwill, der Statthalter Preußens. Es ergriff die fürstliche Frau besonders tief, daß im Jahre 1673 ihre Hofmeisterin Frau von Eden, geb. von der Marwitz starb, die ihr fast 30 Jahre treu gedient hatte. Sie klagte, daß sie keinen Ersatz für sie finden werde, die Hingeschiedene sei „ein recht tugendhaft exemplarisch Mensch" gewesen. So wurde es um sie immer stiller; die Vereinsamung des Alters, die Kränklichkeit und die mannigfachen Mißerfolge des geliebten Gatten und die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder, all das drückte sie oft nieder. Es kamen Stunden, in denen sie schwer am Leben trug und dem Ausdruck gab. „Ich bin in dieser verkerten Welt wenig oder nichts nütze" schrieb sie einem der Söhne. Immer vertrauter wurde ihr der Gedanke, daß auch sie bald scheiden werde und so entschloß sie sich, ihren letzten Willen aufzusetzen. Sie mahnte in ihrem Testamente die Kinder zur Einigkeit und verteilte ihre Güter unter sie. Auch des treuen Lebensgefährten vergas sie nicht. „S. Ld. habe ich auf ein Zettel auch ein klein Gedächtnis meiner hertzlichen Liebe und Treue hineingelegt, wiewohl ich S. Ld. nimmer so viel kann demüthig danken, als ich Gnade und Guthat von S. Ld. entfangen, dafür Sie Gott zeitliche undt ewige Vergeltung wieder geben wolle; sollte noch viel Dank ablegen, aber wen ich an S. Ld. gedenck, so will mier das Hertz schon brechen."[1])

Als die Herzogin dem ältesten Sohne den Tod ihrer Hofmeisterin meldete, fügte sie hinzu: „Ich halt, ich werde ihr balt folgen." Sie ist ihr bald gefolgt. In der Morgenfrühe des 18. August 1676 ist sie verschieden, nachdem sie noch am Abend vorher, wie der schwer niedergebeugte Gatte in „stiller Gelassenheit" den abwesenden Kindern meldete, „frisch und munter" zu Bett gegangen war. Erst ein Jahr später,

[1]) Von mir mitgeteilt in „Aus Kurlands herzoglicher Zeit" S. 233 ff.

am 8. Auguſt 1677 folgte die feierliche Beiſetzung im Schloſſe zu Mitau.[1])

Luiſe Charlotte iſt nicht ganz 59 Jahre alt geworden, ſie hat in ihrem Daſein den Wechſel des Glückes, wie wenige Hochgeborene, erfahren, aber bei allem Wandel der Dinge blieb unerſchütterlich ihr Gottvertrauen, das ſie ſicher geleitet und aufrecht erhalten hat, wenn ihr Weg ſie durch die Tiefen dieſes Lebens führte.

---

[1]) S. Döring in den Sitzungsberichten der Kurländiſchen Geſellſchaft 1874, S. 14.

Briefe

aus der Gefangenschaft.

1. Herzogin Luise Charlotte von Kurland an die Königin Hedwig Eleonore von Schweden.

Iwangorod 1659. Auguſt 12./22.[1])

Durchlauchtigſte Gros Mechtigſte Königin

Gnädigſte Hochgeehrtte Fraw Muhm, wie hertzlich ich erfreuwet wahr vom General Maior Boht zu vernehmen das ich die gnadt ſollte haben E. K. M. die hende zu küſſen kan meine feder nicht beſchreiben, wie wir aber in Seeh wahren, lauttet Seine order alhie nach Narve, wie ſehr mich nun ſelbes betrübt, kan E. K. M. leicht in gnaden erachten, dan ſo gros mein hofnung wahr in ahnſchauwung E. K. M., gnade und troſt, nach ſo viel tränen und elent ia Vohrſprach in unſer unſchuldigen leiden zu erlangen, ſo ſehr ſehe ich mich deſſen entfernet, da ich ietzo ie lenger ie Elender komme, ſo bleibt doch bey allem noch die demütige zuverſicht, welche ich in E. K. M. löblich natur und Gotſehlig gemüt geſetzet ſie werden meines herren, mein und 7 kinder die ſo unſchuldig als ihre Eltern ſein erwegen, und durch dero viel gültige interceſſion bey Ihre Maieſtet unſere Erledigung auswürcken, ehe dan wir mit landt und leuht gantz zu grundt gehen, damit ia Ihre Konigl. Maieſtet Nichtes gedint, die kirch Gottes aber und ein gantz lutteriſch lant, in Euſſerſt gefahr und verderben geſetzet wirt, ich geſchweige die ſchöne armes ſo ſich ſelber Conſommirt, und das unſchuldige blut, ſo ein Zeitlang derin vergoſſen, und nun in unſerer ſo fernen abweſen-

[1]) Stockholmer Reichs-Archiv. Sammlung Polonica.

heit noch mehr dürfte vergossen werden, woltte Gott Ihr Maiestet der König wüste alles, ich bin gewis es würde sich balt Endern, dan Ihr K. Maiestet ia gar zu Cristlich und gotsehlig das sie nimmermehr dis alles befohlen, oder unsere feinde müssen schrecklich gröblich calumnirt haben, So hof ich aber doch Ihr Maiestet wurden so gnädig sein und unser unschuld auch ahnhören, aber wir sein so Elendt kein Mensch Sagt warum wir von lant und leuht gemust, wil auch nicht vohr uns Reden (sagent sie dürffen nicht) also ist nechst Gott alle mein zuflucht zu E. K. M. übrig, ach sie nehmen Sich als ein Cristliche königin, ia als eine Ester eines unschuldigen Mardochay ahn, der wan nach geschlagen und in gantz Liflant gefragt wurde, ia ich darf sagen Schweiden weis auch noch viel davon, was Ehr wol guttes gethan dafur ehr ia noch gnade hoft und verdint hatte und schutzen ihn gegen seine falsche Verläumbder, Gott wirt E. K. M.ten wan Sie den unschuldigen Retten bis am endt der Erden fest setzen wider geben was dero hertz wünschet. Unsere Restitution wird so viel tausent sehlen gebeht mehr fur dero wolfart erlangen, und ich ahn meinen ort werde die zeit meines lebens mich wider so Erweisen als einen gebürt die als den nechst Gott wider alle ihr wohlstandt von E. K. M. erlangt hette in welcher trostlichen hofnung mit unterthenigen bitten, uns nicht zu verlassen ich E. K. M. des höchsten schutz und mich dero gnade als eine Elende verlassene ergebe vnd bleibe bis im todt

Durchlauchtigste Gros Mechtigste Königin
Ewere Königl. Maiestet
gehorsame und gantz demütige
getreuwe dienerin
Louyse Charlotte H. z. C. m. p.

Ivanegrot den $\frac{22}{12}$ August 1659.

E. K. M. vergeben doch gnädig das ich so frey mein hertz ausschüt habe zu meinens als zu E. K M. zuflucht und ist dis mein achtes Schreiben so ich gethan.

2. Herzogin Luise Charlotte von Kurland an ihren Bruder den Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg.[1])

Den 1. November 1659.

Durchlauchtigster Churfürst,

Hochgeehrtter Hertzsallerliebster getreuwester Herr bruder. Ich habe E. Ld. briefe den einen im Julij, den andern durch diesen mit hertzslicher Freude entfangen, danck ELd demütig, das sie mir so versicheren, unser intere[sse] als Ihr eignes zu haltten, uns nimmer mehr zu verlassen, weil wir für Ihr leiden; das erfreuwet mich so, als ich sonst wol Hertzslich betrübt, in dem ich nichtes als den todt, wo es lang wehrt, für meinen augen alhir zu hoffen, dan ich So viel bekommen, das ich für mein tag genung, und der Docktor sagt, es sey kein hülf, bis ich wider zu Ruhe, sey nur Melancoley. Hof ich also, E. Ld. werden ahn Ihr seit so wohl als bey unseren König und dero aligirten unser wort alzeit Reden; wirt kein fride, sterben und verderben wir: wirt der, hof ich, E. Ld. werden uns erlösen und ein von dero leuht schicken, so uns aus dis schöne pauwer Haus erlöse. Bis hero sein noch in dis Jvanagrot einige von adel gelegen, auch teutschen; die haben al hin weg gemust. Nun wirt ein thor zwisschen uns und unsere leuht gemacht. Von Hertzen gesundt sein wir her kommen und sein es noch, aber der gram ist ein heimliche gift, da ich wol angst für mein hern, dan S. Ld. solch leben nicht gewohnt. Unsere promenade ist aus die stube in die Cammer. Gott wol sich ein mal unser Erbarmen. Ich bin so erschrocken, das E. Ld. schreiben, das Frau mutter Gnad. So übel; ach Gott erhalt Ihre Gnaden doch, ach das sie doch nicht auch zu viel trauten! Unser Exempel Sol ia alle klug machen, da hant und sigel und alle Zusag gebrochen. Ich betrübe mich doppelt, das Ihr

[1]) Beilagen II—IV im Berl. Geh. Staats-Archiv. R. 9. n. 7 f. 3. (Eigenhändig).

Gnad. Sich umb mir so betrüben; solten Ein von adel zum könig schicken; ich hof, wo der König wider in Englandt, sol ehr auch für uns Reden. Wie bin ich über Schleutzer [?] sein treuwlosigkeit verwundert! Hette das mein tage nicht von ihn glaubt, noch von unseren.[1]) Wehr wirt nun da für uns Reden? ich hof aber, wo der treuwe bruder es nötig acht, werde ehr es nicht underlassen. den ich mein Hofnung auf Gott, E. Ld. und mein könig: verlassen mich die, so bin ich für alzeit miserabel. Ich bitte, E. Ld. wollen doch auch den Factor in Amsterdam sagen lassen, das ehr die Sachen in Indigen nicht verkauf, verhandel oder verwahrlose, dan Sie können kein areste thun. Forcht, sie sein bestochen und bringen uns umb alles. Hir zehren wir vohr unser gelt, und werde ich so nackent herauskommen, dan al das meine gehet hin. Ich bitte Gott täglich, mir vergessen zu lassen, wehr ich gewesen und wie ich gelebt. Ist ein Haus, da man nur gegen Himmel kan sehen und alles verzehrt und, wo man kranck wirt, nichtes in die apteck was krigen kan. Helmfelt thut noch, was müglich, so hir General, aber es ist wenig hir zum besten. Nun mein liebster Churfürst, E. Ld. beweisen sich ein so treuwer Vatter als bruder gegen mir und die meinen und helffen ia, da[2]) unser schiffart nicht im stecken gerahte. Was E. Ld. ahn uns thun, wirt Gott so Reichlich ersetzen; ich forcht nicht mehr, ich mus hir noch E. Ld. zu schimpf alles verkauffen, dan ich schon bey 8000 Rhl. verthan und auf viel gelt kein Face gemacht. Ach, E. Ld. lassen uns doch auf den Schlittweg hir abholen! es ist unmüglich. Wüst der könig in schweden, wie leichtfertig mit uns procedirt wirt, ehr solt uns nicht lenger so lassen, sondern mit höchst reputation im unsern senden und die falsche Verläumbder finden. Gott las mich doch nur hir nicht sterben! ich Solltt mich nicht drein schicken können, und mein herr würde mich balt folgen. Was würden dan die arme kindelein

[1]) sic.
[2]) sic.

ahnfangen! E. Ld. verlassen sie doch nicht, wo es geschicht. Ich schrieb E. Ld. gerne viel, darf nicht; hof, Churlandt werde balt befreyet sein. Wir müssen von da nichtes mehr wissen, so Recht betrüblich, Gott erbarme sich des lieben landes und unser! Ich bin so erschrocken, daß E. Ld. sagen Ih. Gnad. Sey übel, ich forcht so, sie sterbe uns; Gott erhalt doch den Segen! Ach, wo Frau mutter stirbt, kan ich auch nicht mehr behten für die, so schult dran. Gottlob, daß E. Ld. noch gesundt; die angst, so ich für E. Ld., kan ich nicht sagen. Gott behüt sie doch für allen schaden und übel und segne dero waffen zu ein guten friden, dadurch ich und die liebe meinigen auch wider zu den unseren kommen, den kom ich strack zu E. Ld. und sage Ihr Gnad und E. Ld. in dieser welt adieu. Dero gemahl küs ich die hende, hof, sie sein nun wider zusam, hof, IhLd. habe mein brief entfangen. Von E. Ld. Habe ich nichtes gesehen sider 6 mont. Mit dis wil ich mich nun wider tröften auf ein zeitlang, und sterbe ich underdessen, so glauben E. Ld., das es so viel freudiger geschieht, weil ich für ein bruder leide, der es meritirt und den ich hof Gott brauchen wirt, Ein gut Friden zu machen und die bedrengten zu erlösen. Ich sagt so gerne noch viel, verlerne lesen und schreiben, aber nicht das gebeht, so ich teglich für E. Ld. wolfart thu. Dis mus ich noch sagen, ich hof, Heuverbeck wirt unsern Raht durch E. Ld. befehl die handt biehten, aber doch nicht lassen, selber unsere sachen zu thun. Wie ist es ein schade, das der burggraf todt! Unsers kochs frau Starb gestern auch, hatt mir so viel segen bis im todt gewünschet. Man ligt nur 9 tag, so ist man todt. Ach Gott behüt mein Herrn und kinder, die sich E. Ld. gnadt befehlen, und ich hof und vertrauw nun Gantzs E. Ld. wort, sie werden uns nicht verlassen, auch helffen, das pohlen schlis, sonst sterben und verderben wir in diesen greulichen ort. Mein Herr sihet wie der todt, das bringt mich aus der postur, aber ich bin bleibe doch bey allen bis im todt E. Ld. getreuwe gehorsame dienerin und schwester.

Louyse Char.

3. Luiſe Charlotte, Herzogin von Kurland an ihre Mutter, die verw. Kurfürſtin Eliſabeth Charlotte von Brandenburg.

„A Leur Alteze Serenissime Madame Madame LElectrice Douariere de Brandenbourg A Crossen.“

Durchlauchtigſte Churfürſtin

Gnädigſte Hochgeehrte Hertzs allerliebſte Frau Mutter. Ob ich zwar vohr einige tagen hieſigen Gouverneur Helmfeldt ein brief ahn E. G. gegeben und gebehten, ſelben zu beſtellen, Ehr mir auch verſichert, das ehr es mit ein ſchif wol beſtelt, und ich alſo nicht ahn gewiſſer Ueberkunft zweyvel, aber das kintliche Hertzs und die ſchuldigkeit kan ſich doch nicht damit Sähtigen, Sondern ſuchet alle mittel, oft ahn ein ſo löbliche Frau Mutter zu Schreiben, dero gnadt und gebeht zu befehlen; dan, ach Gott, die weil wirt einen hir wohl inniglich lang. Der gemeltte Gouverneur und deſſen liebſte thun uns zwar noch alle 8 tag die freude zu erſuchen, aber meines Herren gewohnheit, die in großer bewegung beſtanden, wirt nun gantzs verendert, in dem S. Ld. nirgens hin dürffen noch komen: So mich oft in große ſorge ſolt ſetzen, wan ich mich nicht So gewis verſicherte, das Gott, der ſelber verthadiger der unſchult, Sich über S. Ld. ſo betrüblich unſchuldiges leiden wirt erbarmen und ſie mir zu troſt noch viel zeit erhaltten: wie ich dan weis, das E. G., weil unſere Erledigung noch retardirt und niemans vohr uns Reden wil noch darf und ſelber ſo oft geſchrieben, aber kein antwort krigen, gern hören werden, wan ich E. G. verſichere, das wir Gott lob noch alle geſundt, und ſchlaffen in unſerer Schwartzen Höle (ſo nent es mein prediger) So Ruhig als in den ſchönſten palaſt, weil ich weis, das wir für menſchen unſchuldig leiden; und da es ia von Gott beſchloſſen geweſen, das unſer armes landt und leuht So hart mus geſteupt werden, es einen noch lieber, es nicht ſelber zu ſehen oder alles zu hören, wie wir hir Recht der welt abgeſtorben leben; mein trauent gebeht wil ich doch für mein volck zur

mauwer machen: Gott wird sich ihr und unser nun wider So gnädig erbarmen, als ehr uns alle hart gezüchtigt; unsere sünden haben es alles gegen ihn verdint, aber ehr ist auch so gnädig, als zornig er ist; ehr wirt sich wider erbarmen und des Königs hertzs erweichen, wan Ihr Maiestet nur alles wüsten und wie viel blut Churlandt gekost hatt und nichts erreicht, als das wir nun gantzs ruinirt und das wenige, so wir noch gehabt, hir vollents alles verzehren.

Duglas schreibt mir gester ein brief von ein bogen vol excuse, daß er Sein königs befehl und den Respeck unsers Haus nicht kan observiren, uns Vivres heer zu schicken; schreibt, ehr wol was wein Schicken. Ahn Complimens mangelt es nicht, mit denen bin ich aus mein haus und landt kommen. Scheint, wir haben schlimmer vohrmünder, als wie wir herren wahren, da uns nichts gemangelt und ihre armeh mit speisen konntten; nun aber es ihn So wohl als uns mangeltt, weil die Pohlen das getreide Sollen abgebrant haben. Ich hof, E. G. ferneres Solicitiren und mein schwester werde noch entlich was erhaltten, und ich hof, Franckreich werde man ia nicht desobligiren, und der kan es mit nachdruck thun, weil wir das indingnaht von Ihr Maiestet. Durch den Friden und krig, Scheint es, wil es uns lang dauren. Ich bitte E. G. auf mein knieh, E. G. betrüben Sich doch nun nicht wegen mein, es mocht E. G. gesundtheit und leben schaden, und wan ich dan arm und verlassen auskem und hette E. G. nicht mehr, so hielt ich mich Recht arm; aber so lang mich Gott E. G. erhelt, weis ich, das ich und mein kinder nicht verlassen werden, und welche freude werde ich den haben, mit alle die meinen E. G. noch unterthenig aufzuwartten; wen ich aber E. G. verlohr, wehr ich von betrübnus auf al mein lebtag gefangen, und dünckt mir, ich kont keine freude mehr in der Welt haben. Nun Gott erfreuwe mich doch balt durch einige Zeittung von E. G. gesunden zustandt! Sonst kan ich von hir nichtes sagen, den ich weis, sehe noch höre nichtes als ein hof vol unflat, da mein arme kinder als müssen durchplatschen, So

kein gesundtheit kan geben. Ach Gott erlös uns doch gegen den Schlitweg! Wie gerne wolt ich zu Croßen oder zu Cassel so lang Sein! Wir leben wie die Heremiten; ich halt es sehlig, wehr ich in mein eignes. Man bewacht uns nun viel Stercker, haben 2 Compangnie mehr auf. Man ist mehr vohr uns angst, als uns vohr ihnen. Der Stadthaltter hatt alle tage neuwe Aufzug, und wirt so braf von uns gelogen, das die mauren davon krachen mochten. Summa, Sie schlaffen nicht, wie sie uns wol verwahren, und wir schlaffen Recht wohl, weil wir nie schelmstück begangen, auch keine besorgen und die heilige Engel zu unsere wechter und den gerechten Gott zum Richter und unseren Erlöser zum vohrsprach. So sper man den, wie man wil, Gott ist doch bey uns und wirt uns nicht verlassen und mehr auflegen, als wir ertragen können. Hette ich nur ein gutten Fus; aber es gehet mir wie mefiboset,[1]) drum bleiben auch die verläumbder nicht aus. Gott erweck uns doch fromme barsilay[2]) und verleih gedult, trost und errettung! Womit ich schlis, mich E. G. und aller lieben ahngehörigen gnadt und affection ergebent, Sonderlich Anttattin und Hensgen blesgen.[3]) Das ehrliche kindt, weis ich, hatt mich noch als lieb und wirt es durch (wie geschicht mich doch!) es mal in viel erweisen: welches ich weis E. G. beiden befehlen werden und mir balt was erfreuliches schreiben. E. G. adressiren nur die brief am General alhir, aber ia secret, das ehr nicht in unglück vohr sein gut gemüht kom; ich mein, als wan E. G. ein eignen am könig schickten, so müste ein antwort kommen. Dan was ist Ihr Maiestet mit unser total Ruin gedint, die Ihr sein tag nichtes als viel guttes gethan, und wan die papisten so schlim, als man sie bey Ihnen helt, so stünde das schöne luttrische landt al in gros hasart. Ich mein, wan das iemans Recht zu gemüt führtt, es wehr un-

[1]) 2. Sam. 4, 4; 19, 24.
[2]) 2. Sam. 19, 31.
[3]) Kosenamen?

müglich, man erbarmbte Sich, dan es sein doch nur Eittel falsche schelm, die uns belogen, so Gott wol finden wirt. Und wen man uns hört oder sagt, was man gethan: aber das weis man die stunde nicht. Aber ich sehe es nun wol, das man die armeh sonst nicht erhaltten können, weil hir alles verdorben und Elendt. Ach Gott gebe doch fride und ein ieden Sein erbe, so seine Hant ihn geben, So krig ich mein liebes Churlandt auch balt wider, ahn dem ich ohn tränen Nicht kan dencken. Man sagt, die Pohlen sollen alle Häuser abbrennen. So hof ich wirt unser könig mir So lang ein Haus geben, da ich ein wohne, wo ich hof, E. G. alzeit für die Conservation unseres landen schreiben werden, und Anna Sophigen man und seine brudern auch wegen unser erinneren, das sie mich nicht vergessen. Ich denck oft ahn ihr, mocht wissen, wo sie sein; hof, sie kompt mich noch von hir holen; aber ich forcht, weil ich nun am endt der welt, werden mich alle menschen vergessen. Doch bleibe ich von B und CC versichert und befehl mich nebest herren und kinder dero bestendige mütterliche treuw und gnadt, die ich nun Recht hoch nöttig, und ich bleibe bis im todt

E. G.

allerunterthenigste Gehorsamste getreuwe Tochter

und allerdemütigste Dienerin

LC.

Bitte unterthenig, niemans als Hensgen Bles hirvon wissen zu lassen.

Datum Juanagrot, den $\frac{2.}{13.}$ Nobris 1659.

Mich dünckt, morgen ist E. G. geburtstag. Gott gebe deren noch 30 in freuden, fride und glück zu erleben, und übers jahr mir die gnadt, aus mein landt zu gratuliren oder bey E. G. zu sein.

4. Herzogin Luise Charlotte von Kurland an den Fürsten Bogislaw von Radziwil[1])

„A Monsieur
Monsieur Le Prince Bogislaus
Duc de Ragivel A Birschen“

„Wirt den Gouuerneur recommendirt“;

[Revers der Adresse]:

„Mons taube wirt gebehten dies sicher auf Birschen ahn des Fürsten leuht zu bestellen“

Hochgeborner Fürst Freundtlicher Hochgeehrtter und geliebter Herr Vetter. Ich haltte, das E.Ld. so wenig von mir entfangen als ich von derselben; weil einer nun von aller wissenschaft mus leben, dieses probir ich zu sehen, ob es pas kan haben, so kont man sich künftig dessen gebrauchen, und versichere E.Ld. allein, das wir in unserer miserabelen herberg und schwartzen Hütten noch leben; wo es aber so lang noch dauret, glaub ich, E. Ld. werden halt das Contraire hören. Die arme kinder sein bleich wie der todt und werden Recht mager, weil die küch hie nicht so gut als in den seinigen; dan hie alles teuwer und übel zu krigen; zu weillen Schickt der gouuerneur ein Oxs, aber das kleckt wenig, dan wir noch zimlich starck ahn volck. Man bringt aus, man halt uns frey, aber unser beuttel wirt das Contrary wol innen. Ich bitte, E. Ld. versichern den meinen unser gesundtheit; den zustandt, weil ehr Recht miserabel, mag ich nicht erwehnen, forcht, als es werde Ihr Gnaden die liebste Fraw mutter in die erde bringen. Von mein bruder höre noch sehe ich nichtes; scheint, wehr in Elendt, wirt von allen vergessen: oder man bewacht so starck, das einen nichts mus zu kommen. Ich weis doch, das S. Ld. mein unglück dauert; dan man sagt Expres, sie köntten es durch ein Friden endern, So ich wol wünsch. Dis, hof ich, findet E. Ld. zu Birschen, da ich

[1]) Eigenhändige Ausfertigung, ohne Datum und Unterschrift.

E. Ld. gratulir, das Gott Ihr das Ihre wider geben. Gott erhalt E. Ld. in fride und Ruhe lang dabey! Man wil sagen, E. Ld. haben dabey das Commendo über alle den volck in Churlandt; so hof ich werden E. Ld. sich dessen und unsre schlößer Conservation lassen recommendirt sein und sonderlich Mitau, das es nicht gesprengt werde, wie man mir sagt alle andere Ort geschen. Und weil ich noch mein wolverwahrtes und versigelttes gewölbe, auch in mein Stube und Cammer, auch in meines herren allerley sachen, auch meines herren Meubel Rüst Cammer, wo alle Sattel bey, die bordirt, Matheriallien Cammer und theils unsere Diener noch da: wo es über gehet durch acort, möge sub inventary alles gelivert werden, sonst wirt es heissen, die pohlen und landt sassen haben alles genohmen. Alle gestickte und Sambte Carossen, So mein kutscher als wagenmeister in verwahr, sein auch noch daselbst, so ist auch meines herren Cabinet mit S. Ld. pittchir noch versigelt gewesen. Wir werden schon Eine reconnatie[1]) geben, der drauf ein aug wirt haben, und E. Ld. werden mich Recht hoch obligiren. E. Ld. beisgen grüs ich dinstlich, und was ich noch von Jh. Ld. versetzet, sol ich zu treuwen Henden bey ausloſung livren; Gott gebe nur, das es balt gesche und ich es nicht verfeel und wir nicht von kelt hie sterben und von betrübnus. Ich habe die hofnung, E. Ld. werden bey uns thun als ein ehrlich frundt und getreuwer Vetter, welches Gott E. Ld. und dero gantzs Haus wirt wider vergeltten, und ich und mein gantzs Haus werden nicht ingrat Sein, weil wir leben, Sondern wie ich E. Ld. alzeit honorirt, so wirt dan mein Estimation im Höchsten gradt Sein, und mein Herr, der E. Ld. dinstlich grüsset, und ich werden bis im todt E. Ld. wider zu dienen bereit sein, wie ich dan bin und bleibe . . .

E. Ld. sagen mir doch, was sie vom polschen fridt Hoffen, da nach ich sehr verlang, damit ich auskom. Werde aber wol ein

[1]) sic. statt reconnaissance.

Elendt landt finden; scheint, die luttrissche Landen Haben hasart. Gott wende ein mahl allen krig und jammer! Bey der bewuste dame und ihrer mottie[1]) bitte ich alzeit mein wort zu Reden. Kompt dis durch, sol ich ihnen schreiben, das ich ihr eigen bin und bleibe, Hof aber, sie dencken auch an mich.

[Auf einem kleinen in den Brief eingelegten Blättchen.]

Mein herr darf niemant schreiben, also ohn masgebung: Wan durch E. G. vermittelerung Churfarsen als Cousin germain sich interponirt, damit wir noch für winters auskommen, dan ie lenger es wehrt, so mehr gehet das landt zu grundt, die Relion Stehet in hasart, dan mit krigen gehet alles zu grundt und am friden, dünckt mir, denckt man Sehr wenig oder, wie es leider stehet, fast nicht, So gehen wir durch Elendt und langheit der zeit dahin und kommen umb alle zeitliche Wolfart. E. G. schreiben doch auch nach Amsterdam ahn Hinrich Mumber Facktor, das ehr als ein truw man Handele und die sachen in Indigen wol fortstelle, darmit wir nicht umb alles kom in Gambia und tobago; ich hof, ehr werde ehrlich sein — pardon, pardon!

5. Herzogin Luise Charlotte von Kurland an ihre Mutter, die verw. Kurfürstin Elisabeth Charlotte von Brandenburg.

d. Iwangorod 1660. 30. März./9. April.[2])

Durchlauchtigste Churfürstin

Gnädigste Hochgeehrte Hertz Allerliebste Frauw mutter E. G. gar gnädiges vom $\frac{4}{24}$ Septembris hatt mir der Redtliche graf Mangnus hier ahn baron Bentte Horn, der es mir mit den Couvert durch ein Expres ahn hero geschickt, abermahl E. G. bestendige gnadt und vohrsorg versichert. und bin

[1]) sic = moitié?

[2]) War dem Briefe an de la Gardie vom 9. April beigelegt, aber von de la Gardie nicht weiter expediert. (Stockh. Reichsarchiv.)

diese woch so glücklich 2 zu krigen, da ich sonst in ein halb jahr keines gesehn ach so wohl gros betrübnüs, danck Gott unsere Reise ist uns noch al zimlich bekommen al wahr sie wol sehr beschwerlich wegen der viel soldaten. Mein herr und ich wahren gesundt, auch der Elste sohn und tochter, aber sonst nicht ein Mensch gesundt, dan es wahr eittel Contrary Wint. und haben bey 800 Meil gefahren, da es doch nur 80 von Riga. Mein Carl und jüngste tochter können sich aber sider nicht erholen, den sohn sein die Rohte backen weg und das Metgen klagt über die Miltz, weinten so schrecklich und al die leuht, aber ich versichere E. G., das wir Recht wohl gemuht wahren, weil unschult und Gottes kinder Ihren schutz und vertediger stetig bei sich, der auch so gnädig über uns walt und thut hiesiger Gouverneur aus befehl der Cron uns so viel guts auch für sich selber, das ich hir noch contenter als in Riga, al ist das haus schlim, und wünsche ich mich wol hertzlich wider in den Meinen hof, auch Gott werde die tractaten segen und dadurch oder Cristlich Mitleiden Ihr Maiestet und des Reichs uns balt erlösen. dan kem ich Gerne zu E. G.. wan ich aber darwider in neuw argwohn solt kommen, müst ich vergessen, was ich liebt und unglücklich leben, aber ich hof zu Gott, mein und meins herrn Unschult hatt sich lengst gefunden, hette man es nur zugeben, das Wir iemans geschickt oder unser brief zu Recht kommen, ich werde mich nun ahn graf Mangno haltten und zuweil S. Ld. ein brief schicken, bitte underdes nur Gott E. G. in gesunttheit zu erhaltten, Mir und den Meinen zu trost. Wir sein bishero noch gesundt gewesen, aber pocken und fleckfieber sollen ahnfangen, ich forcht aber Nichtes, weil Gott bey allen mich so augenscheinlich mit den Meinen erhaltten Und behüt, und ich spür so, das ich in E. G. bestendige gnadt mit herr und kinder verbleibe, das erfreuwet mich so, das mich dünckt, es Richt mich Recht auf, Schlag alle traurichkeit aus den sin, das mein lieber herr sich nicht bewege, der gantz grauw hie worden, und habe alles mein getreuwen Gott befohlen. E. G. werden sehn,

wie ehr helffen wirt, das ich ihn werde uhrsach haben für allen zu dancken, Man macht hir ein Ruf das es balt sol geschen, das Wir weg kommen. Gott gebe den Effect, Weis Graf Mangnus wünschet es Uns wohl, der viel nun thun kan, und hof ich, wirt es auch thun, dan ich ihn alzeit vohr mein gutten aufrichtigen freundt gehaltten, wie E. G. wol mir zeugen werden, und das ich wol mein tag gegen Schweden E. G. nichtes Widriges geschrieben, Weniger geholffen zu thun, habe stetig mein hertz für E. G. ausgeschüt und viel gutte lehr entfangen, aber nicht blutgirig zu sein, und also über al fride aber nie krig gewünschet oder dazu gerahten hette, das weis Gott. Auch hatt Duglas al meins hern brief lassen sehen und alle genohmen, da nicht ein tüttel wirt erwiesen werden so bös, sondern nur das Wir Ruhe gesucht, Und was Wir zu grandirung Unsers haus und haufgen kinder gesuchet mit Unsers königs Consens Und grossen spesen gesucht, da Uns keiner nichts zu geben, Nun es ist ein straf Gottes über lant und leuht gewesen, dem ich doch zu dancken, das ehr bis ietzo nicht anders als Vätterlich mit mir gehandelt, und, wo ich noch kom, die leuht Mir gutwillen bezeugen, Mitleiden erwiesen und so ehren, als wehr ich in mein land, das ist ia al Gottes Regirung. drum gräm sich nur E. G. nicht, das quewlt mich so sehr als mein prison, die ich hof Gott balt sol wenden und mir die gnadt geben E. G. aufzuwartten für mein ende, lebe und sterbe underdes und alzeit.

E. G. ꝛc.

Louyse Charlotte H z C mp.

Bitte unterthenig, das alle liebe Ahngehörigen mein demütig dinst finden, sonderlich bruder und schwester und andere. dis ist heut mein 2 brief.

Datum Ivanagrot den 9. April S. R. 1660.

Mein herr und kinder küssen E. G. so unterthenigst die hende, befehl sich dero gnade ich wünsch das ich mit ihn al noch E. G. den Rock mag küssen und das es balt gesche.

Quellen und Untersuchungen

zur

Geschichte des Hauses Hohenzollern.

Herausgegeben

unter Mitwirkung namhafter Gelehrter

von

Ernst Berner.

Band III.

Dritte Reihe: Einzelschriften. I.

Der Regierungs-Antritt des Prinz-Regenten von Preußen und seine Gemahlin.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1902.

(2)

Der Regierungs-Anfang des Prinz-Regenten von Preußen und ſeine Gemahlin

von

Ernſt Berner.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1902.

Quellen und Untersuchungen

zur

Geschichte des Hauses Hohenzollern.

Herausgegeben

unter Mitwirkung namhafter Gelehrter

von

Ernst Berner.

Band III.

Dritte Reihe: Einzelschriften. I.

Der Regierungs-Anfang des Prinz-Regenten von Preußen und seine Gemahlin.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1902.

(2)

Der Regierungs-Anfang des Prinz-Regenten von Preußen und ſeine Gemahlin

von

Ernſt Berner.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1902.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von Hugo Wilisch, Chemnitz.

Vorwort.

Die nachfolgende Studie könnte durch die Beschränkung auf die ersten neun Monate der Zeit der Regentschaft des Prinzen von Preußen, die ich mir auferlegt habe, auffallen. Allein, wie sie die weitere Ausarbeitung eines Vortrages ist, den ich in der Historischen Gesellschaft zu Berlin gehalten habe, so bildet sie dadurch ein in sich geschlossenes Ganzes, daß sie diejenigen beiden Fälle behandelt, in denen die spätere Kaiserin Augusta die Politik des Gemahls nach der Angabe des Fürsten von Bismarck nicht nur zu beeinflussen versucht, sondern auch wirklich bestimmt haben soll. Dieser Vorwurf, zugleich mit dem des vollen Mißerfolgs nach allen Richtungen hin bei der zuerst auftauchenden großen politischen Frage, dringt jetzt in die Geschichtschreibung mit so ungewöhnlicher Energie ein, daß ich glaube, diesen Teil meiner Forschungen schon jetzt gesondert vorlegen zu sollen.

Berlin, im Oktober 1901.

Ernst Berner.

Inhalt.

Seite

I. Die Ernennung des Miniſteriums der Neuen Ära.

1. Die Behauptung vom Einfluß der Prinzeſſin von Preußen 3
2. Geſchichtſchreibung und Quellen 9
3. Die politiſche Entwicklung des Prinzen und der Prinzeſſin von Preußen 14
4. Perſönliche Einwirkung der Prinzeſſin. Ihre Briefe. Zuſammenkunft in Babelsberg und in Baden-Baden. 27
5. Politiſche Stellung und perſönliche Beziehungen der einzelnen Miniſter zur Prinzeſſin 40

II. Die preußiſche Politik während des Krieges von 1859.

1. Grund zum Kriege 55
2. Die öffentliche Meinung 64
3. Die Anſichten der Regierungskreiſe 80
4. Das Ausland 96
5. Die Königliche Familie 100
6. Der Regent und ſeine Politik bis zum Ausbruch des Krieges 107
7. Der Regent und ſeine Politik bis zum Frieden . . . 138
8. Das Reſultat der Politik des Regenten 174

I.

Die Ernennung des Ministeriums der Neuen Ära.

1. Die Behauptung vom Einfluß der Prinzessin von Preußen.

Das große Ereignis, dem alle Patrioten in Preußen seit langer Zeit, die einen mit banger Sorge, die andern — und sie bildeten die bei weitem überwiegende Mehrzahl — mit lebhafter Ungeduld entgegensahen, war eingetreten. Am 7. Oktober 1858 hatte der Prinz von Preußen als Regent die Regierung seines Landes angetreten. Wie würde er regieren? Würde er fortfahren wie als Stellvertreter seines königlichen Bruders möglichst in dessen Sinn zu regieren, oder würde er jetzt, da er selbst und allein die Verantwortung trug, seinen oft bekundeten Grundsätzen Geltung und Raum verschaffen? Würde er auch jetzt noch die Minister des Bruders, deren Grundsätze er so oft verurteilt, unter denen er selbst so schwer gelitten hatte, würde er sie auch jetzt noch im Amte lassen? — Schon am Tage nach dem Antritt erfolgte die Entlassung des Ministers von Westphalen, aber wie würde er es mit den übrigen, vor allem mit Otto von Manteuffel und Karl von Raumer halten? Noch verging ein Monat voll Spannung hüben wie drüben, bei den Anhängern der alten Regierung wie bei denen, die hoffnungsfroh einer neuen Zukunft entgegensahen. Da erfolgte am 6. November die Ernennung eines neuen Ministeriums.

Von der großen Mehrzahl des Volkes wurde es als die Rettung des Staates aus schwerer Zeit, als „Ministerium der neuen Ära“ freudig und jubelnd begrüßt. Ganz anders urteilt Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“! Er sagt, die

Gemahlin des Regenten sei die Begründerin und Patronin des Ministeriums gewesen, und dieser 40 Jahre später niedergeschriebenen Ansicht entsprechen die Urteile, die seine Freunde schon aussprachen, als das Ministerium ins Leben trat. Gustav von Alvensleben spricht in einem Briefe vom 19. November 1858 von dem „Schürzen-Ministerium", von der „Tändelschürze", von der man noch nicht wisse, ob sie rot oder changeant schillern werde. Auch das blödeste Auge sähe in den Maßregeln der letzten Tage einen Einfluß, der mächtiger sei, als der Wille des Prinzen und uns noch viel Unheil bringen werde. Denn eine Militär-Monarchie wie die unsrige könne nur in Männerhand gedeihen. Robert von der Goltz aber, der längst von der Wochenblatt-Partei zurückgetreten war und seinen Frieden mit der Kamarilla geschlossen hatte, erzählte dem General-Adjutanten von Gerlach, die Königin Viktoria von England und ihr Gemahl hätten die Theorie gepredigt, man müsse — das sei das System des Konstitutionalismus — ein Ministerium nach der Majorität wählen. Sechs Monate lang habe er, so sagt er, die Prinzessin von jedem Einflusse fern gehalten, nun aber sei sie durchgedrungen. Gerlach selbst urteilt kurzweg, die meisten der neuen Minister seien Günstlinge der Prinzessin, und behauptet daneben englischen Einfluß.

Es entsprechen solche Äußerungen ganz dem Urteile, wie es sich in hochkonservativen Kreisen über das Verhältnis der fürstlichen Ehegatten seit Jahren gebildet hatte, und wie es die heutige Geschichtschreibung aufgenommen hat. Es ist derselbe Vorwurf, den einst Danckelman gegen Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg erhoben, und der gerade das harte Verfahren Friedrichs gegen ihn hervorgerufen hat. Gerade ebenso tief war der Prinz-Regent verletzt über diese ihm zu Ohren gekommene Anschauung der bisher herrschenden Partei, mit der er ja freilich seit Jahren in ernsthaften Gegensatz geraten war. Er suchte und fand im Mai eine Gelegenheit, sich darüber so zu äußern, daß seine Worte möglichst in die Öffentlichkeit dringen könnten. Die Hochkonservativen — so äußerte er sich zu dem Grafen

Eberhard Stolberg und erzählte seine Worte alsbald mit erhobener Stimme dem schwerhörigen General von Laue — suchten ihn stets von der Regierung zu trennen. Das könne er nicht zugeben. „Sie sprechen immer, als sei mir das jetzige Ministerium oktroyiert worden. Von wem denn? Ich habe die gegenwärtigen Minister gewählt aus eigenem, freien Entschlusse, weil ich diese Männer und ihre Grundsätze kenne, weil sie mit mir selbst darüber übereinstimmen, weil sie mein volles Vertrauen haben .... kurz dies ist mein Ministerium und wird es" — so schließt der Regent mit gelinder Übertreibung — bleiben, solange ich lebe und regiere."

Wie ist es nun? Hat der Regent recht, oder haben die Genossen der Kamarilla Königs Friedrich Wilhelms IV. recht? Hat der Prinz das Ministerium ernannt und erwählt, oder hat die Gemahlin es ihm aufoktroyiert? Hat der Regent, gekränkt durch die seit Jahren umlaufende Beleidigung, so stark sich selbst über seine eigenen Handlungen täuschen können, oder haben jene Männer nur durch die Brille der Partei gesehen und einen Vorwurf gegen den Regenten in die Welt gesetzt, der fortzeugend schiefe Urteile in der Geschichtschreibung und bei der Charakterisierung des Prinzen erzeugen muß? —

In den „Gedanken und Erinnerungen" teilt Bismarck ein Gespräch mit, das er im Januar 1859 mit dem Regenten über das Ministerium gehabt zu haben sich erinnert. Keine einzige staatsmännische Kapazität, habe er gesagt, habe der Regent im Ministerium, nur Mittelmäßigkeiten und beschränkte Köpfe. Bonin könne nicht einmal ein Schubfach in Ordnung halten, viel weniger ein Ministerium. Schleinitz sei ein Höfling, kein Staatsmann, Schwerin sei unbesonnen, dicht über den Augenbrauen springe die Schnelligkeit der Konzeption hervor, die Eigenschaft, die die Franzosen als primesautier bezeichnen, darüber aber fehle die Stirn, in welcher die Phrenologen die Besonnenheit suchen. Er sei ein Staatsmann ohne Augenmaß und habe mehr Fähigkeit niederzureißen als aufzubauen. Hiergegen habe der Regent Einwendungen gemacht

und ihn gefragt: „Halten Sie mich für eine Schlafmütze? Mein auswärtiger Minister und mein Kriegsminister werde ich selbst sein, das verstehe ich“. Die Beschränktheit der übrigen Minister — also gerade von den getadelten Schleinitz, Bonin, auch Schwerin abgesehen — aller habe der Regent zugegeben.

Nun wird man zwar eine solche Mitteilung Bismarcks nicht deshalb bezweifeln dürfen, weil sie chronologisch unmöglich ist. Da nämlich Schwerin erst am 3. Juli 1859 ernannt worden ist, kann das Gespräch allerdings nicht, wie Bismarck angiebt, im Januar stattgefunden haben, sondern vielleicht im Juli des Jahres, als Bismarck wieder in Berlin war. Doch wird nicht zu bezweifeln sein, daß Bismarck mit dem Regenten über die bald allgemeiner beklagte „Impotenz“ des Ministeriums gesprochen hat. Dagegen möchten wir doch Bedenken erheben, ob psychologisch der Verlauf des Gesprächs wirklich der angegebene war, oder ob Bismarcks Erinnerung ihn getäuscht hat. Wahrscheinlich ist es doch kaum, daß der Regent, der noch im Mai trotz manchen Widerspruchs gegen seine Minister für sie so warm, als die Männer seiner Wahl und seines Vertrauens, eingetreten war, im Juli die Beschränktheit dieser Männer zugegeben haben soll, und gerade für die Ressorts, die er selbst verstand und selbst verwalten wollte, soll er tüchtigere Leute, für die Ressorts aber, die er nicht selbst beherrschte, soll er Mittelmäßigkeiten, beschränkte Köpfe gewählt haben? Das umgekehrte Verhältnis wäre eher denkbar. Allein selbst wenn man von der Energie Bismarcks sich vorstellen will, daß er durch seine strenge Kritik den Prinzen gleichsam in die Enge und zum unfreiwilligen Zugeständnis der Berechtigung dieser Kritik getrieben habe, ist es denn wahrscheinlich, daß Bismarck damals dem Regenten mit dieser urwüchsigen Derbheit und Grobheit gegenüber getreten sei? Er ist es ja doch, der ein freies Wort an allerhöchster Stelle zwar als ihm erlaubt beanspruchte, der aber auch eben damals behauptete, der Regent müsse zart angefaßt werden, weshalb er nicht zu ihm passe, der über Schwerin in den „Gedanken und Erinnerungen“ so stark schilt, daß er ungeschickt genug gewesen

sei, dem Prinzen derb zu begegnen, der deshalb auch nichts erreicht habe. Oder sollte Bismarck mit dieser Besprechung wirklich nichts haben erreichen wollen? Es wäre das einzige Mal in seiner Laufbahn gewesen. Sollte die Parteileidenschaft über die klare Einsicht gesiegt und ihn Worte haben gebrauchen lassen, mit denen er, wie er wußte, jeden Erfolg zerstörte? Gewiß, so undenkbar dies an sich ist, so gewiß hätte er in diesem Fall nicht zum Prinzen gepaßt, und das Resultat einer solchen, nicht sowohl offenen als derben Ansprache wäre voraussichtlich bei aller Güte des Prinzen, wie sich Bismarck sagen mußte, weit eher dessen Ungnade und innerliche Entfremdung gewesen, die Bismarck damals keineswegs beabsichtigte. Hinzukommt, daß Bismarck selbst dem geistigen Haupt des Ministeriums, Auerswald, den er noch eben zu den beschränkten Mittelmäßigkeiten gerechnet hat, wenige Seiten später nicht nur liebenswürdige Formen, sondern auch hervorragende staatsmännische Begabung nachrühmt. Vor allem aber kommt hinzu, daß Bismarck, wenn er sich auch im Januar zu Gerlach ungünstig über Schleinitz äußerte, am 1. Juli, also wohl kurz vor dem Gespräch in einem Privatschreiben an seinen bisherigen Legationsrat Wenzel, dem er zweifellos ohne jede Scheu offen seine Meinung sagte, völlig anders urteilte, als er uns hier erzählt. Denn hier spricht er nicht nur sein Einverständnis mit der Leitung der preußischen Politik aus, sondern erklärt Schleinitz geradezu für den „Repräsentanten des gesunden Menschenverstandes", in dem er seine Hoffnung erblickt. Und genau ebenso urteilt er noch im Februar 1860, also sicher nach dem Gespräch: „Mit Schleinitz hinter sich muß man mehr Lust zur Sache bekommen, als mit dem früheren faulen Winde im Rücken". Dem gegenüber erscheint ein so abfälliges, gleichzeitiges Urteil über Schleinitz, ausgesprochen an höchster Stelle, die zart behandelt werden mußte, nicht wahrscheinlich, und man darf wohl sagen, daß der, seine Erinnerungen niederschreibende betagte Schriftsteller des Sachsenwaldes weit mehr die Verstimmung aus den Kämpfen späterer Jahre in der

Seele trug, als das Bewußtsein an das Urteil, das er selbst zu der Zeit hatte, über die er schrieb.

Schließlich aber, was uns hier näher berührt und weshalb wir an diese Darlegung erinnert haben: wenn Bismarck dem Regenten ins Gesicht so gröblich die Impotenz seines Ministeriums gerügt hat, wie auffallend, daß er nicht die in seinen Kreisen so geläufige Behauptung von dem entscheidenden Einflusse der Prinzessin auf die Ernennung vor dem Regenten wiederholt hat! Sicher wußte er, daß der Regent diese Behauptung kannte, daß er ihr widersprochen hatte, ihre Wiederholung aber, wenn man überhaupt so derb vor dem Regenten und gegen ihn sprechen konnte, nicht nur in gewissem Sinn unverfänglicher war, als die Behauptung der Impotenz, sondern daß diese gerade durch jene erklärt, entschuldigt und unter Umständen leichter wieder gut gemacht werden konnte. Oder hat Bismarck die Stimmung und den Charakter des Regenten damals besser gekannt als wir Gemeinen? Hat er seine Selbständigkeit der Gemahlin gegenüber damals höher eingeschätzt als seine Parteifreunde? Oder war der Regent wirklich der unselbständige Herrscher, der dem Einfluß der Gemahlin erlag? Hat der Regent oder hat die Prinzessin das Ministerium ernannt? Doch ehe wir auf diese Hauptfrage eingehen, ist es nötig, noch einige Vorfragen zu besprechen.

2. Geschichtschreibung und Quellen.

Die Geschichtschreibung wendet sich mehr und mehr der durch Bismarcks Autorität begründeten Auffassung von der Unselbständigkeit des Kaisers Wilhelm zu, obwohl Bismarck irgend einen positiven Nachweis dafür nicht erbringt. So überraschend es anfangs schien, daß der Kaiser, wie Bismarck urteilt, bis zum Jahre 1862 nur geredet, nicht gehandelt, nur Phrasen gemacht, aber nichts gethan habe, so schnell hat solch ein Urteil auf die allgemeine Überzeugung eingewirkt, und fast scheint allein das noch als Verdienst des Kaisers gelten zu sollen, daß er am Fürsten festgehalten hat bis an sein Ende. Schon Sybels großes Werk führt zwar den Titel „Die Begründung des Deutschen Reichs durch Kaiser Wilhelm I.", aber abgesehen von den sympathischen Worten beim Beginn der Regierung und abgesehen von der Regentschaftszeit kommt neben Bismarck der Name des Kaisers nur noch ganz gelegentlich, wie etwa bei den Vorgängen in Ems, der Schlacht von Königgrätz oder einigen wenigen ähnlichen Veranlassungen vor. Marcks, der geistvolle Interpret der seelischen Zustände des Kaisers behauptet zwar für die Zeit bis zum Eintritt Bismarcks die Selbständigkeit des Herrschers, allein er findet, daß vor dem Anbruch dieser großen Zeit der Kaiser sein Größtes geleistet habe, und eben dieses Größte ist nach seiner Auffassung völlig mißlungen. Der Biograph der Kaiserin Augusta aber unterrichtet uns, daß diese beim Beginn der Regierung ein viel größeres Gewicht in die Wagschale geworfen als der Gemahl durch den Respekt, den man ihr bei Freund und Feind zollte wegen ihrer geistigen Bedeutung, und daß alle Welt bei dem Wechsel der Regierung

viel mehr nach der Prinzessin, als nach dem Prinzen gesehen habe. Während daher Sybel über den ihr zugeschriebenen Einfluß bei der Ernennung des ersten Ministeriums schweigt und Marcks zwar in der liberalen Gesamtheit des Ministeriums den bedeutsamen, aus der Zeit des gemeinsamen Grolls in die neue Epoche hinüber gebrachten Einfluß der Gemahlin offenbart sieht, aber doch auch den eigenen Willen des Regenten betont, urteilt der Biograph der Kaiserin weit schärfer. Allerdings gesteht er, daß der Regent nun, da es zum Handeln kam, frei sein und ganz seinen eigenen Weg gehen wollte, weil er erkannt hätte, daß die Praxis nicht Augustas Feld sei, und weil sich sein Mannesstolz gegen die allgemeine Annahme von ihrem vorherrschenden Einfluß aufbäumte. Er gesteht sogar zu, daß „vielleicht" der Regent in der Wahl seiner Ratgeber selbständiger gewesen sei, als es zunächst den Anschein habe. Allein er behauptet nicht nur, daß der Einfluß der Prinzessin bei der Bildung des Ministeriums unzweifelhaft im Spiele war, sondern er legt durchgehends großes Gewicht auf das Überschreiten der weiblichen Sphäre und das Trachten der Prinzessin, den Gemahl ihrem Ziele „dienstbar zu machen". Und das sei ihr, wie der Prinz selbst gefühlt habe, „wirklich großenteils gelungen". Er überrascht uns zwar durch das Zugeständnis, daß es der Kaiserin niemals gelungen sei, des Kaisers „ganz" Herr zu werden, ja sogar, daß ihre Bemühungen sich „immer" an seinem „eisernen" Willen, nur dem Staatsgedanken zu dienen, brachen. Aber er zerstört diese Anerkennung des Kaisers wieder selbst, indem er uns an derselben Stelle nicht nur von „der beharrlichen Einwirkung" und systematischen Bearbeitung" spricht, die die Prinzessin auf den Gemahl ausgeübt, sondern uns zugleich versichert, daß der Gemahl dagegen nicht völlig gefeit war, daß er dadurch vielmehr „öfter verwirrt, ins Schwanken gebracht und auch dirigiert wurde".

Es ist die Frage, ob sich die historische Forschung mit solchen Ergebnissen zufrieden geben darf. Sie sind die Folgen der Lektüre der „Gedanken und Erinnerungen" der Roonschen Denkwürdig-

keiten sowie der Gerlachschen Tagebücher. Es ist uns aber eine eindringendere Kritik dieser Werke doch auch schon jetzt dadurch ermöglicht, daß wir für die uns vorliegende Untersuchung neben diesen Mitteilungen auch solche aus anderen Kreisen, aus liberal-konservativen, aus altliberalen, liberalen und demokratischen haben, so die Memoiren Gruners, Theodors von Bernhardi, des Herzogs Ernst von Sachsen-Koburg und des Präsidenten von Unruh. Wir werden daher sehen müssen, wie weit eine Kritik all dieser Memoiren nach historischer Methode in unserer Frage führt. Die Verfasser dieser Memoiren haben nun zwar mehr oder weniger — alle aber in gewissem Grade Fühlung mit den maßgebenden und entscheidenden Kreisen und gehören zu den Wissenden, allein abhängig sind sie doch wieder ebenso wie Bismarck, wie Gerlach und Roon von ihrer eigenen politischen Grundanschauung, sie sind sämtlich mit den bestehenden Zuständen gewöhnlich unzufrieden und sie schreiben daher, soweit es sich um Tagebücher handelt, Ereignisse und Tagesmeinungen nicht nur nach ihren dadurch bedingten Absichten nieder, sondern aus den Gesprächen mit ihren Parteigenossen und Parteigegnern hören sie naturgemäß gerade das heraus, was sie eigentlich hören wollen. Auch liegt es in der Natur der Sache, daß sie sich keineswegs immer frei halten von dem Klatsch und müßigen Geschwätz, wie es sich beim Politisieren zwischen unzufriedenen und nicht an der Entscheidung beteiligter Personen leicht bildet. Herr von Sybel hat freilich authentisches Aktenmaterial zur Verfügung gehabt, allein für die hier zu behandelnden Zeiten ist es so gering, daß es nur wenig weiter hilft.

Vor allen Dingen wird aber die Beurteilung der uns vorliegenden Fragen, wie der ganzen Politik, die Kaiser Wilhelm befolgt hat, und namentlich die Erkenntnis seines Charakters und Wesens abhängen von der eigenen Auffassung des Kaisers, d. h. von seinen Briefen und anderen schriftlichen Äußerungen, von den Briefen der Kaiserin Augusta und denen anderer maßgebenden Personen. Solche fehlen uns aber mit Ausnahme ganz geringer Bruchstücke noch gänzlich, es fehlen uns

die Korrespondenzen zwischen den einzelnen Herrschern, es fehlen uns Gesandtschaftsberichte und Instruktionen, Ministerialprotokolle, Immediatberichte und Kabinettsordres. Feste Kontouren zu zeichnen, müssen wir daher großenteils der Nachwelt überlassen und uns begnügen mit dem, was die Kritik aus dem vorliegenden Material zu folgern vermag. Wir glauben indessen, sie ermöglicht für die vorliegenden Fragen manch helleres Licht aufzusetzen, und dies mag auch in die dunkleren Partien des Bildes seinen Schein werfen.

Man darf zunächst keineswegs außer acht lassen, daß es die damaligen Gegner der Prinzessin und des Prinzen sind, die jenen Vorwurf erhoben, Männer, die über die Neue Ära und ihr Ministerium scharf erbittert waren und immer die Meinung vertreten hatten, die Prinzessin sei es, die den Gemahl nach links ziehe, die „uns den ritterlichen Prinzen verdirbt". Es kennzeichnet den Vorwurf schon als Ausfluß der Parteigesinnung, daß mit einer kaum nennenswerten Ausnahme dieselben Männer über den Einfluß, den die Königin Elisabeth und ihre Schwestern zu Wien und Dresden übten, kein Wort des Tadels finden, denn Königin Elisabeth übte ja ihren weitreichenden Einfluß im Sinne dieser Partei, war recht eigentlich der Chef der kleinen, aber mächtigen Partei. Frohlockend und ganz ohne Arg bezeugt sogar Gerlach noch im Juni 1859, also während der Regentschaft, daß seine Ermahnungen geholfen haben und Königin Elisabeth erkannt habe, daß nicht bloße Passivität, sondern Aktivität ihre Pflicht sei. Es wäre daher sehr irrig, wollte etwa der Geschichtschreiber bei so leidenschaftlichen Worten wie sie z. B. auch Roon anwendet, sich nicht erinnern, daß der leidenschaftliche, temperamentvolle Mann in der Erregung des Moments die Worte nicht auf die Wagschale zu legen pflegte, und noch irriger wäre es, wollte man sich nicht erinnern, daß im genauen Gegensatz zu dem Bilde, das uns die „Gedanken und Erinnerungen" von dem ehelichen Verhältnis zeichnen, gerade in allen für unsere politische und nationale Entwicklung maßgebenden Momenten und gerade in solchen Fällen, in denen die Entscheidung dem

Kaiser persönliche Überwindung kostete, daß beispielsweise bei der Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage, daß bei allen Kriegserklärungen, 1864, 1866, 1870, bei der Beschießung von Paris, bei den einzelnen Phasen des Kulturkampfes und überhaupt bei dem unbedingten Festhalten an Bismarck die allerhöchste Entscheidung, soweit wir wissen, gegen den Willen der Gemahlin ausfiel. Heißt das, dem Bedürfnis der häuslichen Ruhe das Interesse des Staates opfern, heißt es auch nur, dem Willen der Gemahlin sich unterordnen und ihrem Einfluß erliegen? Man möchte wohl annehmen, daß Bismarck, wie er nach dem Tode des Vaters Momente des Dissensus beklagte, so auch, wenn er den Druck seines Werkes erlebt, eine Unterlassung beklagt hätte, die der Charakteristik, die er vom Kaiser entwirft, einen schiefen Zug giebt, dem er durch Erwähnung solcher Momente, wie wir sie angeführt haben, denen er aber gewiß noch andere hätte hinzufügen können, erst die rechte Richtung gegeben hätte. Ließ sich aber der Memoirenschreiber Bismarck, wenn wir ihn einmal so nennen dürfen, zu solch schwerer Unterlassung verleiten, wie vorsichtig sind dann seine und seiner Parteigenossen gleichzeitige Äußerungen aufzunehmen, die damals doch weit mehr der eigenen und sich gegenseitig durch Wiederholungen stärkenden Vermutung, dem Ärger, der Verstimmung, der Unruhe und Leidenschaft über den Widerstand, den die eigenen Absichten fanden, ihren Ursprung verdankten als der abgeklärten Anschauung, der Kenntnis aus eigenem Sehen und Hören. Eben weil denen, die sich in den fünfziger Jahren um Bismarck und Gerlach geschart hatten, das politische Verhalten des Prinzen, von dem sie doch wußten, daß er in derselben Erde wie sie selbst wurzelte, unbequem und unverständlich war, die Prinzessin aber aus ihren gegenteiligen Überzeugungen niemals ein Hehl gemacht, setzte sich bei ihnen die Überzeugung fest, der Prinz unterläge dem Einfluß der Gemahlin. Wie aber hatten sich denn, so werden wir zunächst fragen müssen, die politische Entwicklung der beiden fürstlichen Ehegatten bisher gestaltet?

3. Die politiſche Entwicklung des Prinzen und der Prinzeſſin von Preußen.

Wie mißverſtand man die königliche Natur des Prinzen von Preußen! Auf dem angeſtammten Boden der Traditionen der preußiſchen Armee und des hiſtoriſchen Ruhmes ſeines Staates ſtehend und auf dem Gebiete der inneren Politik mit naiver Unbefangenheit die Handlungen des königlichen Vaters als richtige und weiſe, als die der Natur und dem Weſen des preußiſchen Staates entſprechende anſehend, war er doch, wie er auf dem Gebiete der äußeren Politik und der Heereseinrichtungen eine abweichende Anſicht nicht geſcheut, ſondern ſie frei vertreten hatte, weit entfernt, die neuen Ideen, die Anſchauungen eines ihm zunächſt fremden Kreiſes und Zeitalters kurzweg abzulehnen, ſondern ſie mit Freunden und Gegnern beſprechend und erörternd überlegte und erwog er ſie in eigenem Nachdenken, verarbeitete ihren Inhalt bei ſich ſelbſt ſo lange, bis er darüber klar wurde, was von ihnen für das Gedeihen des Staates notwendig war. Keine impulſive Natur, war er es doch gerade, der mit derſelben Unbefangenheit, mit der er ſich anfangs gegen ihm unſympathiſche Forderungen der Zeit ſpröde und ablehnend verhalten hatte, ſie ſpäter ins Werk ſetzte. Er lernte, ſolange er lebte. Anhangend mit allen Faſern ſeiner Seele am Alten, entbehrte er doch ſo ſehr jeder abſchließenden Starrheit, jeder eigenſinnigen Rechthaberei, daß ſein Geiſt vielmehr eine Biegſamkeit, eine Aufnahme- und Anpaſſungsfähigkeit, eine Elaſtizität und Schwungkraft beſaß, die ihn, der drei ganz verſchiedene Menſchenalter ſah, immer wieder ſich mit der Denk- und

Anschauungsweise jeder neuen Zeit harmonisch auseinandersetzen, ja, soweit es für ihn notwendig war, sie auch beherrschen ließ. Und diese Fähigkeit, sich selbst umzudenken, folgte wieder aus der ernsten Gewissenhaftigkeit seines Charakters und seiner politischen Grundüberzeugung, daß er seinem Staate dienen, ihm alle Kräfte widmen müsse, gleichviel welches auch immer seine Verfassung sei. Diese Eigenschaften, die sein ganzes Wesen durchdrangen, waren es, die ihn nicht ruhen ließen, bis er die an ihn herantretenden neuen Vorstellungen und Forderungen in seinem Geist verarbeitet und seine Seele mit den neuen Ideen, soweit er ihre Berechtigung durch eigene Arbeit erkannt, mit ihnen erfüllt hatte, um sie dann mit der Gewissensruhe und Zuversicht des in sich selbst gefestigten und auf sich selber sicher ruhenden Charakters durchzuführen, ohne sich durch den Widerspruch von der einen oder anderen Seite in dem beirren zu lassen, was er als wesentlich und richtig erkannt hatte. Das war seine Weise, niemand wird es bestreiten.

Verträgt sich aber mit diesem arbeitsamen und den eigenen Willen zwingenden, ihm die Bahn anweisenden Charakter der Verzicht auf den freien Willen vor dem der Gemahlin? Hat er ihre höheren Geistesgaben so unbedingt anerkannt, daß er nach Roons scharfem Wort in ihre „Botmäßigkeit“ geriet, und konnte er es überhaupt, wenn er, wie man ihm nach Bismarckscher Auffassung heute zuschreibt, die Gaben der Gemahlin auf dem Gebiete der Theorie und der Praxis so scharf unterschied? Wie hätte der Gewissenhafte die theoretischen Lehrsätze der Gemahlin gegen seine Überzeugung in die Praxis übersetzen können! Ein solches Verhältnis hätte sich naturgemäß im Laufe der Jahre heranbilden müssen.

Nun wissen wir darüber aus der früheren Zeit wenig, aber wie verschieden war doch die Atmosphäre am Hofe Karl Augusts, in der die Prinzessin aufgewachsen war, von der, die die Jugendideale des Kaisers gebildet hatte! In Berlin aber hatte die Prinzessin schon bei Lebzeiten des strengen und die Seinen mit Ausnahme vielleicht des Kronprinzen in sehr bestimmter

Abhängigkeit haltenden Schwiegervaters, hatte zumal seit den Tagen der Juli-Revolution ihre Vorliebe für die neuen Ideen von Völkerfreiheit und Völkerglück, sowie zugleich ihre Abneigung gegen die russischen Verwandten so oft gezeigt, daß ihr bekanntlich halb im Scherz, halb im unwilligen Ärger die Bezeichnung der „kleinen Jakobinerin" beigelegt wurde. Der Prinz jedoch blieb energisch und bestimmt bei seinen mit denen des Vaters übereinstimmenden politischen Ansichten und bethätigte seine starke Vorliebe für den russischen Schwager und die russische Schwester so oft und deutlich wie möglich. Wohl begreiflich, daß der Prinz, wie berichtet wird, die Vermählung der Herzogin Helene von Mecklenburg mit Louis Philipps Sohn entschieden mißbilligte, während die Prinzessin, gedeckt übrigens hier durch das den Kindern unbegreifliche Verhalten des Königs, ihr von Herzen zujubelte.

Merkwürdig, wie späterhin unter König Friedrich Wilhelm IV. die fürstlichen Ehegatten von verschiedenen Vorstellungen und Grundsätzen ausgehend, oft über die Ziele und Mittel der Politik *eines* Herzens wurden, also daß, was der Prinzessin ein Gebot theoretischer Überzeugung und philosophischen Nachdenkens war, zugleich dem Prinzen als wenn auch leider, so doch wirklich unabweisliches Gebot praktischer Staatsklugheit erschien. Indem die Prinzessin die liberalen Ideen der Zeit thunlichst durchführen, der Prinz aber die Entwicklung des Staates möglichst in den von der Geschichte gewiesenen Bahnen halten wollte, ergab sich doch wieder und wieder eine gemeinsame Linie, auf der sich die politischen Anschauungen begegneten. Mit den ständischen Plänen König Friedrich Wilhelms IV. sind beide Ehegatten nicht einverstanden, allein die Prinzessin, soweit wir sehen können, weil sie ihr nicht liberal genug waren, der Prinz aber, weil sie der Ansicht des Vaters widersprachen und durch Lockerung der königlichen Gewalt die innere Kraft des Staates lahm legen konnten, weil sie zu liberal waren. Nicht die Unterredungen mit der Gemahlin, an denen es selbstverständlich nicht gefehlt haben wird,

nicht die Bewunderung für staatsrechtliche Lehrsätze, sondern eindringliche Studien über ihre Wirkung auf die Macht der preußischen Krone, die der Prinz mit dem Minister Ernst von Bodelschwingh anstellte, haben ihn dann befähigt, mit voller Überzeugung am Morgen des 18. März die Einberufung des Landtages zu unterzeichnen, jenes Schriftstücks, durch welches nach Bodelschwinghs nicht unzutreffendem Ausdruck Preußen die Revolution selbst gemacht hatte. Furchtlos und mit männlicher Energie hatte er in der Herrenkurie des Landtages von 1847 in offener Rede und Gegenrede die Rechte der Krone vertreten, über den Zollverein, die Patrimonialgerichte, über die Rechte, Zusammensetzung, Geschäftsordnung und Periodizität des Landtages, über die Judenfrage und andere Dinge debattiert und damit gezeigt, daß er nicht nur der Debatte in großer Versammlung fähig, sondern daß er die vorliegenden politischen Fragen selbständig beherrschte.

Seltsam, daß Bismarck uns dieser öffentlich bekundeten Kenntnis gegenüber erzählt, wie betroffen er im Jahre 1853 über die Unbekanntschaft des 56jährigen Prinzen mit unseren staatlichen Einrichtungen und unserer politischen Situation gewesen sei. Zwei Fälle führt er zum Beweise an. In beiden hat er sich getäuscht. Ganz irrig, so meint Bismarck, habe der Prinz als einen Pietisten einen Menschen bezeichnet, der in der Religion heuchle, um Karrière zu machen, und er, Bismarck, habe ihn belehrt, daß man unter einem Pietisten vielmehr beispielsweise denjenigen verstehe, der ernstlich glaube, daß Jesus Gottes Sohn und für uns gestorben sei, als Opfer zur Vergebung unserer Sünden. Darauf habe der Prinz hocherrötend — und wie schön ist das religiöse Zartgefühl, das aus diesem scheuen Bekenntnis hervorleuchtet — gefragt, wer denn so von Gott verlassen sei, dies nicht zu glauben, und Bismarck habe geantwortet, daß der Prinz, wenn diese Äußerung bekannt würde, selbst zu den Pietisten gezählt werden würde. In Wahrheit kannte der Prinz viel besser als Bismarck den Sprachgebrauch. Denn der scheltende Charakter

des Wortes Pietist für Orthodoxe, den der Prinz meinte, liegt und lag nach damaligem Sprachgebrauch eben darin, daß man ihnen den wahren Glauben gar nicht zutraute, sondern voraussetzte, sie heuchelten nur um irgend eines weltlichen Vorteils willen, diesen Glauben zu haben. Der frei denkende Mann konnte oder mochte nicht glauben, daß ein wirklich gebildeter Mensch sich solchem Köhlerglauben hingeben könnte. Kann man aber dies Mißverständnis Bismarcks sich aus seiner damaligen eigenen religiösen Stellung erklären, so fehlt uns eine Erklärung für sein Mißverständnis im zweiten Fall vollständig. Er legt dar, der Prinz habe bei der Besprechung der Kreis- und Gemeindeordnung eine so geringe Kenntnis der rechtlichen Situation der Rittergüter und Bauern gezeigt, daß er sich bewogen gefunden habe, ihm eine Darstellung der Genesis des Verhältnisses zwischen Gutsherren und Bauern auszuarbeiten, und daß der Prinz, statt ihm kurz und ironisch zu antworten, wie er diese Dinge seit 30 Jahren kenne, ihm lebhaft für die interessante Zusammenstellung ihm neuer Daten gedankt habe. Nun wußte man von der historischen Entwicklung dieses Verhältnisses im Jahre 1853 noch herzlich wenig, aber wohl möglich, daß Bismarcks historische Kenntnisse etwas weiter gingen als die des Prinzen. Allein der Prinz wußte nicht nur ganz genau, daß die historische Aufgabe der Krone darin bestand, jedes „Schinden" der Bauern, wie er sagt, zu verhüten, sondern Bismarcks Gesinnungsgenosse Gerlach bezeugt uns schon am 13. Februar 1851: „Über die Gemeindeordnung sprach sich heute im Eisenbahn-Coupé der Prinz von Preußen sehr gut aus, ich konnte Manteuffel leider nicht gegen ihn verteidigen". Ja mehr, der Prinzregent selbst ist es, der zum Grafen Eberhard Stolberg 1859 nicht nur sagt, er sei, wie seine Tagebücher bezeugen würden, von der Notwendigkeit der Ausgleichung der Grundsteuer seit fünf Jahren überzeugt gewesen, sondern auch, sie sei wesentlich von ihm ausgegangen. Es bedarf wohl keines Wortes, daß man dies gleichzeitige Urteil Gerlachs und die eigene Angabe des Regenten der

späten Erinnerung Bismarcks vorziehen und mit allen anderen Quellen den Prinzen für etwas kenntnisreicher halten wird, als Bismarck ihn uns hinstellen will.

Wie er als hochbetagter Mann sich die neue Justizgebung oder die Tabaksmonopol-Vorlage vollständig zu eigen gemacht, so hatte der Prinz sich auch damals „mit seinem gewohnten Fleiß", „mit der stillen und redlichen Verständigkeit, die ihm eigen", in die neue Stellung eingearbeitet, die das Königtum unter den gänzlich veränderten Verhältnissen in Preußen einnehmen mußte. Eigene Arbeit, sowie die ehrliche und fest begründete Unterscheidung zwischen dem gegebenen Gesetz und dem, das erst zur Beratung steht, und — wir betonen noch einmal — endlich und vor allem das A und O aller politischen Gedanken des Prinzen, nämlich die gewissenhafte Überzeugung, daß er seinem Staate allemal zu dienen verpflichtet sei, gleichviel und wie auch immer dessen Verfassung sei, hatten seine Überzeugung gewandelt, nicht das Gebot der Gemahlin, und noch weniger hat ein solches ihn jemals wider die eigene Überzeugung handeln lassen.

Nicht zutreffender konnte die Prinzessin das Verhältnis schildern, als wenn sie, das Gerede über die Abhängigkeit des Gemahls zugleich konstatierend wie ablehnend, es ausgesprochen hat, man solle doch nicht glauben, daß sie auf ihren Mann wirken könne; wenn er von etwas durchdrungen sei, vermöge niemand ihn davon abzubringen. Plastisch, möchte man fast sagen, sieht man das Bild vor sich, wie die für die neuen Ideen begeisterte Gemahlin in doch nicht unberechtigter Propaganda den Gemahl zu überzeugen sucht, wie er mit seiner ritterlichen Höflichkeit gegen die Gemahlin ihren Darlegungen folgt, Einwürfe erhebt, wie er, da sie nur zu nochmaliger Erläuterung des schon Gesagten führen, mit derselben Höflichkeit, und ohne weiteren Widerspruch hervorzurufen, abbricht und hingeht, selber zu denken und selber zu handeln. Aber man sieht anderseits mit voller Schärfe nicht nur die Übereinstimmung beider Ehegatten über politische Fragen, sondern gerade auch, daß der Prinz es ist, der den Ton angiebt und die Musik

macht, wenn Gerlach uns berichtet, daß der Prinz eine bogenlange Denkschrift ausgearbeitet hat, und daß die Prinzessin es ist, die sie ihm abschreibt. Ich denke, an diesem einfachen Vorgang, der uns so lebensfrisch und lebenswahr die Sachlage schildert, sollte man um so weniger deuteln, als es Gerlach ist, der ihn uns, offenbar mißmutig genug, daß er nicht das Gegenteil niederschreiben kann, berichtet.

Aber auch bestimmende Einwirkungen des englischen Königspaares, mit dem die Prinzessin so lebhaft sympathisierte, sollte man für jene Zeit und für die innere Umwandlung des Prinzen nicht mehr behaupten. Der Prinz kam vielmehr, wie ich anderwärts schon betont habe, nach dem Zeugnis Bunsens, der es wissen mußte, und der nach allem, was wir über die bisherige Entwicklung des Prinzen wissen, richtig beobachtet hat, im März 1848 mit der fertigen Überzeugung, d. h. wie wir sinngemäß ergänzen müssen, in der Verfassungsfrage in England an. Ebenso bezeugt die bekannte Beurteilung des großen Dahlmannschen Entwurfs einer Reichsverfassung durch den Prinzen seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom englischen Einfluß in seinem Urteil über die deutsche Frage. Denn es fällt ganz anders aus als das des Prinz-Gemahls, ja mit Bangen sieht Herzog Ernst damals, wie nicht der Prinz-Gemahl auf den Prinzen von Preußen einwirke, sondern wie sein Bruder unter den Einfluß des preußischen Thronfolgers gerate. Gelernt hat der Prinz, er selbst bezeugt es, auch wieder bei seinem Aufenthalt in England, aber seine Überzeugung über die Dinge in der Heimat hat er sich dort nicht geholt.

Wie gern hätte die Prinzessin gesehen, daß König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone der Paulskirche angenommen hätte, und wie sehr billigte der Prinz ihre Ablehnung! Bewunderte die Deputation auf dem Feste, das ihr der Prinz gab, vielleicht mehr noch den Geist und den Patriotismus der Prinzessin, als sie das warme Herz des Prinzen für Deutschland anerkannte, so ist das freilich sehr begreiflich, da die nüchterne, verständige Frage des Prinzen, ob sie denn, wie ihr

Angebot verlange, von Preußen eine Kriegserklärung etwa an Bayern verlangen wollte, die Herren gründlich verblüfft hatte. Immer beherrschte den Prinzen die Vorstellung, daß Preußen, wie er es so oft ausgesprochen, an die Spitze Deutschlands kommen müsse, weil es sein historischer Beruf sei, und in Preußens Macht sah er die Größe Deutschlands begründet. Die Prinzessin dagegen sah umgekehrt im Gedeihen Deutschlands auch das des preußischen Staates, sprach nicht vom historischen Beruf Preußens, sondern von der welthistorischen Aufgabe Deutschlands und konnte sich die Erfüllung dieser Aufgabe, ja die Rettung Deutschlands unabhängig von englischer Hilfe damals nicht denken. Allein diese Verschiedenheit im Ausgangspunkt des politischen Denkens führte während des folgenden Krimkrieges wieder zu gleicher Überzeugung über die Mittel und über die Art der von Preußen zu befolgenden Politik. Die Prinzessin ist, soweit man bisher urteilen kann, westmächtlich infolge ausgeprägten Widerwillens gegen das absolute russische Regiment und aus persönlicher Abneigung gegen Kaiser Nikolaus und seine Familie, sowie aus Bewunderung der konstitutionellen Regierungsform Großbritanniens und aus persönlicher Vorliebe für die englische Königsfamilie. Der Prinz ist überhaupt im Grunde nicht westmächtlich, sondern ganz preußisch; er ist gegen Rußland, weil er dessen moralisches Unrecht erkennt und das russische Übergewicht in preußischem Interesse brechen will, brechen aber doch wieder nur insoweit, als er im Gegensatz zur englischen, von der Gemahlin vielleicht geteilten Anschauung bis zuletzt dem kaiserlichen Schwager eine „goldene Brücke“ bauen und Rußland mit einer „moralischen Lektion“ davonkommen lassen will. Das ließ ihn auch seinen Widerwillen gegen die hochmütige Präsidialmacht beim April-Vertrage überwinden und ein Zusammengehen mit dem von der Gemahlin damals bevorzugten Österreich für möglich halten. Die gemeinsame Linie für beide Ehegatten ergab sich daher ohne weiteres; sie ergab sich auch, wenn der Prinz, wie man, vielleicht etwas zu weit gehend geschlossen hat, wirklich im

Krimkrieg einen Kulturkampf des liberalen Westens gegen den rückständigen Osten gesehen hat. Hinzu kam, daß die Verletzung seiner persönlichen Würde bei der Entlassung des Kriegsministers von Bonin das Gefühl des Gegensatzes zur Berliner Regierung im Prinzen außerordentlich gestärkt und vertieft hatte. Und so leicht der Prinz sich versöhnen ließ, so weiß man doch, wie stark er eine solche Verletzung empfand, und wie wenig in solchem Fall die der Prinzessin zugeschriebene „Aufhetzung" erforderlich war.

Ganz ähnlich ist es auch auf dem Gebiet der inneren Politik. Der Prinz selbst, ich brauche es kaum noch näher zu begründen, wollte damals eine liberale Regierung, oder doch eine liberalere als die in Berlin thätige. Wohl blitzt in seinen Äußerungen jener Zeit hier und da ein Funken auf, der so liberal schillert, daß nicht nur die Zeitgenossen, sondern auch wir Späteren ihn fast wie einen Fremdkörper in dieser durchsichtig klaren Seele empfinden. Allein es ist so. Das Bewußtsein, es ginge nun einmal nicht anders, die Erregung über die schlechten Mittel, die man in Berlin anzuwenden sich nicht scheute, die Erbitterung darüber, daß man ihn selbst und seine Familie keineswegs schonte, ihn überwachen und beobachten ließ, daß man vor allem ihm, dem allezeit Geraden und Aufrichtigen, Unlauterkeit und Unehrlichkeit zutraute, die Erkenntnis von der zunehmenden inneren Schwäche und von der immer mehr sinkenden Achtung des Staates im Auslande, das alles hatte den Prinzen mit Mißtrauen und Unwillen gegen eine große Zahl der leitenden Persönlichkeiten erfüllt, und dieser Unwille ließ ihn zuerst wohl an der Opportunität der alten Prinzipien, dann an diesen selbst zweifeln. Eine volle Schwenkung und eine volle Umkehr mußte in der Berliner Politik nach seiner Ansicht einkehren, und wenn er sie mannigfach und oft wenigstens nur bis zur Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit wünschen mochte, so ergab sich ihm doch aus der Natur der Dinge, daß sie zugleich in der Abwendung von den bisherigen Prinzipien und in der Hinneigung zu den neuen Ideen sich als not-

wendig darstellte. Nur durfte sie, wie sich versteht, nicht gegen seine eigene Grundnatur verstoßen, mußte bei aller Achtung vor dem Neuen auf dem heimatlichen, angestammten, konservativen Boden wurzeln, sie mußte das königliche Regiment in Preußen unangetastet lassen, aber auch die einmal nachgegebenen Rechte der Volksvertretung unbedingt und ohne Hintergedanken anerkennen.

So entsprach denn die Bildung der 1851 entstandenen Wochenblattpartei nicht nur seinen derzeitigen Wünschen, sondern recht eigentlich seinem Wesen und selbsteigenen, selbständig durchgearbeiteten Charakter, seiner Ehrfurcht vor dem Alter, vor der Tradition seines Staates und der Thätigkeit seiner Ahnen, vor dem historisch Gewordenen und seiner Einsicht von der Notwendigkeit, mit ihm die neuen Ideen zu versöhnen und in Einklang zu bringen. Die ehrliche und offene Opposition zu dem herrschenden System und seinen Trägern nicht sowohl durch und mit Männern liberaler, sondern gerade konservativer Richtung konnte die Regierung zur Erkenntnis des rechten Weges führen, konnte zugleich die liberale Partei nicht nur mit ihr versöhnen, sondern auch das feste Vertrauen zur Führung durch die Hohenzollern wieder erwecken.

Und wie war es denn? Waren die Männer, die die neue Partei gründeten, nicht ganz gesonnen wie der Prinz selbst? Bethmann Hollweg — wir folgen zum Teil Gruners hier dankenswerter Zusammenstellung — einst der Führer der strengsten Rechten, Matthies, einst das Mitglied der schwarzen Kommission zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe, Graf Robert Goltz, einer der Stifter der konservativen Partei im Jahre 1848, Graf Pourtalès, der Abkömmling einer jener streng royalistischen neuenburgischen Familie und früher Anhänger der kirchlich Gesinnten, und nun gar Klemens Perthes, der vertrauteste Freund nicht nur des Bethmannschen, sondern vor allem des Roonschen Hauses, der vor vielen charakterfeste, hochkonservative und fromme Staatsrechtslehrer — das waren die Gründer der Wochenblattpartei. Kein Zweifel, sie waren

alle in Koblenz hoch angesehen und willkommen bei der Prinzessin, auch mag die Bildung der Partei auf sie in gewissem Sinne zurückzuführen sein. Aber eben das waren die Männer, die der Prinz brauchte, das waren die Männer seiner eigenen Gesinnung, Männer, die von königstreuer Grundanschauung beseelt waren und doch sich zur Opposition gegen das herrschende Regiment gedrängt sahen. Ihre Ansichten waren die seinen, und wenn sie nicht die Partei gebildet hätten, man sollte meinen, der Prinz hätte, wollte er nicht sich ganz isolieren und selbst die Lebensluft verlieren, nach Männern ihrer Art und ihrer Überzeugung suchen und mit ihnen sich vereinen müssen. Das ist so sicher, daß Gerlach sogar aus dem Programm der Partei schon im November 1851 das zukünftige Ministerium des Prinzen von Preußen prophezeit. Und nun nennt er Pourtalès für das Auswärtige, Goltz als Bundestags-Gesandten, Matthies für das Innere, Bethmann-Hollweg für das Kultus-, Camphausen für das Finanz- und Griesheim für das Kriegsministerium — also alles Männer, die — mit Ausnahme des inzwischen verstorbenen Griesheim — am Schluß des Jahrzehnts wirklich für das Ministerium des Regenten in Betracht kamen und in allem Wesentlichen der Parteirichtung dieses Ministeriums entsprachen. Wohlgemerkt aber, im Jahre 1851 bezeichnet Gerlach diese Männer als das Ministerium nicht der Prinzessin, sondern des Prinzen. Und wenn ein Teil dieser Männer wie Goltz, Pourtalès und Usedom mehrfach vom König Friedrich Wilhelm IV. zu Geschäften herangezogen wurden, so verdanken wir Bismarck die Mitteilung, daß es der Prinz war, der sie zur Geltung brachte, nicht aber, wie heute behauptet wird, die Prinzessin. Und Bismarck und Gerlach hatten ganz recht. Die Politik dieser Männer war die des Prinzen, und also mußte er auch, wollte er, wie es thatsächlich war, öffentlich sprechen, ihr Organ für die Öffentlichkeit benutzen. Das Bedürfnis der menschlichen Natur nach Mitteilung, nach Zustimmung und Anerkennung mußte ihn zusammenführen mit diesen Männern, und wenn die Prinzessin sie an ihre Tafel zog, so entsprach

sie nicht nur ihrem, sondern seinem eigenen Verlangen. Es stehe fest, so notiert Gerlach kurz vor der Ernennung des Ministeriums, den eigenen Willen des Prinzen und seine und der Seinigen bisherige Täuschung darüber fast unfreiwillig bezeugend, daß der Prinz in einen viel schärferen Gegensatz zu dem bisherigen Wesen zu treten beabsichtige, als man gedacht habe. Wohl mag die Prinzessin über die Wandlung des Gemahls, wie sie noch vor den Märztagen begonnen und sich wie langsam immer, so doch stetig entwickelt hatte, im Herzen gejubelt haben, wohl mag sie wieder und wieder ihre Überzeugung, ihre freudige Zustimmung dem Gemahl ausgedrückt haben: hervorgerufen hat die Wandlung nicht sie, sondern neben den schon früher geschilderten Verhältnissen vornehmlich die Politik König Friedrich Wilhelms IV. und seiner Regierung.

Umgekehrt entsprach es nicht nur den gegebenen Verhältnissen, sondern dem stets rege vorhandenen Bedürfnis des Prinzen, mit dem Hofe Fühlung zu behalten, daß er mit den Männern der Kreuzzeitungspartei, soweit es die Lage mit sich brachte, unbefangen verkehrte, so mit Roon, Natzmer, Gustav von Alvensleben, ja mit Gerlach und Bismarck, was nicht durchweg nach dem Sinne der Prinzessin war. Völlig gegen ihren ausgesprochenen Willen und ihre wiederholte Bitte aber reiste er nach Petersburg, und es bekümmerte ihn wenig, daß sie den Verlust seiner Popularität davon befürchtete. Und wenn man heute eine unfreundliche Begegnung der Frau von Bismarck durch die Prinzessin nacherzählt, so sollte man zugleich Gewicht darauf legen, daß, wie Bismarck sebst bezeugt, der Prinz den Fehler durch verdoppelte Liebenswürdigkeit gegen Frau von Bismarck wieder gut machte. Wir mögen hier der Erzählung nicht weiter nachgehen, aber wie denkt man sich wohl den alles überragenden Einfluß der Gemahlin im ehelichen Leben, wenn der Gemahl öffentlich gerade umgekehrt handelt als die Gemahlin will, wenn er ostentativ die von ihr mißachteten Damen auszeichnet? Klagt man aber die Prinzessin so sehr an, daß sie durch Einladungen zur Tafel und zum Thee die „Atmosphäre“

gebildet habe, in der der Prinz lebte, so darf an eine sehr merkwürdige Notiz Bernhardis aus dem April 1858 erinnert werden, nach der die Prinzessin seiner Partei Vorwürfe gemacht habe darüber, daß sie sich nicht bei Hofe einbürgere, sondern den Prinzen ganz isoliert der Reaktionspartei gegenüber lasse. Und will man daraus auf den Willen der Prinzessin schließen, diese Partei am Hofe des Gemahls zu sehen, so folgt doch anderseits auch hieraus schon, daß sie es ohne Erfolg gethan, und um jeden Zweifel zu beseitigen, setzt Bernhardi hinzu: „Den ganzen Winter über ist niemand von der Linken an den Hof des Prinzen von Preußen eingeladen worden". Die Prinzessin hat also im Winter 1857 auf 1858 nicht die Atmosphäre für den Prinzen gemacht, und wenn man dies doch in der Überreichung und Behandlung der bekannten Bernhardischen Denkschrift über Rußland nach dem Tode des Kaisers Nikolaus „recht deutlich" finden will, so widerspricht man dieser positiven Thatsache, und wenn man hinzusetzen muß „freilich ohne den erwünschten Erfolg zu erzielen", so widerspricht man offenbar sich selbst. Den Männern der Kreuzzeitungspartei von damals mag man es nicht verübeln, daß sie die politische Wendung des Prinzen frühzeitig den „schönen Händen" der Prinzessin zuschoben, die historische Forschung aber wird auf den eigenen Seelenzustand des Prinzen schauen und zu ermitteln suchen, wie der Prinz selbst dachte und urteilte. Stimmte er nun aber politisch mit der Gemahlin so ganz überein, und haben umgekehrt uns selbst die Gegner, die Verbreiter des Vorwurfs, Handlungen genug berichtet, die er gegen den Willen der Gemahlin ausübte, ist es alsdann nicht wahrscheinlich, der Vorwurf, nicht er, sondern die Prinzessin habe das Ministerium der Neuen Ära ernannt, sei lediglich das Urteil der Gegner, sei Parteigeschwätz und in der Sache nicht begründet? Nach methodischen Grundsätzen aller Geschichtschreibung wäre es unseres Erachtens allerdings notwendig, für solchen Vorwurf einen positiven Beweis zu führen.

4. Persönliche Einwirkung der Prinzessin. Ihre Briefe. Zusammenkunft in Babelsberg und in Baden-Baden.

Ein positiver Beweis für die Ernennung des Ministeriums durch die Prinzessin läßt sich nicht führen, vielmehr es fehlt an jedem auch nur annähernd begründenden Wort. Hat aber die Gegenpartei infolge der ursprünglichen Gleichheit der politischen Gesinnung, und lediglich um die politische Wendung des Prinzen zu verdächtigen, um für die Unbequemlichkeit, die in dieser für sie lag, den Trost zu finden, daß der Prinz, wenn es nur gelänge, ihn dem verderblichen Einfluß der Gemahlin zu entziehen, sich ihr wieder zuwenden werde, den Vorwurf erhoben und weiter verbreitet, bis er allmählich geglaubt wurde, so fehlt bei der Ernennung des Ministeriums gerade die erste Vorbedingung für die Ausübung eines Einflusses.

Denn hat die Prinzessin hierbei den ihr zugeschobenen entscheidenden Einfluß wirklich geübt oder auch nur üben wollen, so wird der nächstliegende Gedanke der sein, daß sie in der Zeit vorher sich möglichst viel in der Nähe des Prinzen aufgehalten und durch ihre Anwesenheit sowohl die Gegner ferngehalten als „den Gemahl", wie man es nennt, „systematisch bearbeitet" habe. Das aber ist nun gerade nicht der Fall.

Immerhin mag es etwas übertrieben sein, wenn die Prinzessin versichert, ihr Rat und ihre Empfehlung seien nur schädlich, und wenn sie einen Wunsch äußere, so thue der Prinz gewiß das Gegenteil: die Grundstimmung der Prinzessin über Er-

gebnislosigkeit ihrer Bemühungen um Einfluß giebt sich deutlich in solchem halb scherzhaft gefaßten, halb unwilligem Wort zu erkennen. Muß aber, wie wir neuerdings erfahren, selbst Gerlach bezeugen, daß der Prinz seiner Gemahlin sogar den Verkehr mit politisch etwa einflußreichen Persönlichkeiten verboten habe und sich eine doch vorgekommene Überschreitung dieses Befehls verbeten habe: so mag darin immerhin der Versuch der Gemahlin, sich Einfluß zu verschaffen, bezeugt sein, mit unzweideutiger Klarheit aber bezeugt gerade Gerlach selbst damit die Unabhängigkeit und die Selbständigkeit des Prinzen. Und genau dasselbe berichtet Otto von Manteuffel aus derselben Zeit. Auch nach ihm weiß der Prinz sich seine Selbständigkeit zu wahren.

So wenig jemand von der hochstrebenden, geistig bedeutenden Prinzessin erwarten wird, daß sie passiv die Ereignisse hat an sich herantreten lassen oder gar vor dem Gemahl geschwiegen hat über ihren Widerwillen gegen das herrschende Regiment und über ihre weiteren eigenen Ansichten, so klar ist, wir wiederholen es, auch hiernach, daß sie sich der Grenzen ihres Einflusses auf den Gemahl voll bewußt war. So gütig er sie anhörte, so hoch er ihr Urteil einschätzen mochte, ja schließlich so lebhaft er Ruhe im häuslichen Kreise wünschen mochte: daß er nur so handelte, wie er es richtig fand, das erfuhr die Prinzessin immer wieder. Nur auf einer unrichtigen Einschätzung des Charakters des Regenten beruht daher das Urteil über seine angebliche Unselbständigkeit der Gemahlin gegenüber. Immer ausgehend von einer allzu bescheidenen Ansicht über den Umfang des eigenen politischen Urteils und erfüllt von dem Bewußtsein mangelhafter eigener politischen Vorbildung in seiner Jugend nahm er allezeit willig jede Belehrung an, und jeder sachkundigen Darlegung öffnete er bereitwillig und gern sein Ohr. Wie ein warnendes Mene Tekel hat der Vorwurf gegen die Bourbonen, „nichts gelernt und nichts vergessen zu haben", in seine Seele sich eingebohrt, allein wieviel er hörte, wieviel er sich vortragen ließ, einen Entschluß faßte er erst, nachdem er sich eine eigene Überzeugung aus den verschiedenen

Erörterungen gebildet hatte, und wer ihm in der Politik Mangel an eigener Initiative vorwirft, sollte nicht vergessen, hinzuzufügen, daß jedenfalls der Entschluß zum Handeln allemal das Ergebnis seiner selbsteigenen, gewissenhaft erwogenen Überzeugung war. Niemand wußte es besser, als die Prinzessin. Um so notwendiger war jetzt ihre Anwesenheit, wenn sie die Männer ihrer Wahl im Ministerium haben wollte.

Vom 12. bis 27. August 1858 hatte das prinzliche Ehepaar auf dem Babelsberge den Besuch der Schwiegereltern des Sohnes empfangen. Dann hatte es sich getrennt. Der Prinz war zu den Manövern nach Schlesien, von da nach Hannover (21. bis 23. September) und wieder nach Warschau und Skierniewice gefahren, hatte zur Geburtstagsfeier der Gemahlin vier Tage in Baden verlebt und war am 4. Oktober wieder in Berlin eingetroffen. Die Prinzessin hatte sich inzwischen vom 10. September ab bei der Tochter, der Frau Großherzogin von Baden, sowie in Koblenz aufgehalten, und erst am 18. November kehrte sie nach Berlin zurück. Am 6. November erfolgte die Ernennung des neuen Ministeriums. Die prinzlichen Ehegatten hatten einander also vom 8. September bis 18. November nur vier Tage gesehen. Während der acht Wochen, die der Ernennung vorangingen, hatte sich die Prinzessin mit einem kurzen Geburtstagsbesuch des Gemahls begnügt, der ebenso gut ja auch z. B. infolge der russischen Reise einmal unterbleiben konnte, und vierzehn Tage läßt sie auch nach der Ernennung verstreichen, ehe sie sich mit dem Gemahl wieder vereinigt. Die natürliche Vorbedingung für die Ausübung eines Einflusses hat die Prinzessin also nicht erfüllt. Die drei Mittel, durch welche sie nach der herrschenden Ansicht gewirkt haben soll, der tägliche Frühstücksvortrag, die Schaffung der Atmosphäre, in der der Prinz lebte, durch Einladungen und endlich auch die Aufforderung an liberale Männer, in der Nähe des Prinzen zu bleiben, fallen für die Bildung des Ministeriums mithin fort.

Nun ist natürlich möglich, daß die Prinzessin brieflich ihren Einfluß geltend gemacht hat. Allein das Gewicht des brieflichen

Einflusses konnte, wenn die Prinzessin wirklich ihn so energisch behaupten wollte, und wenn er entscheidend sein sollte, ihr offenbar nicht genügen, am wenigsten dann, wenn der Gemahl in einer ganz anderen Atmosphäre lebte und dem Einflusse der Gegner ausgesetzt blieb. Mit Recht aber kann man sagen, wenn der Regent am 5. November den Fürsten von Hohenzollern zugleich mit seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten auffordert, ihm Vorschläge für die einzelnen Ministerposten zu machen, und diese Vorschläge schon am folgenden Tage durch die definitive Ernennung der Minister die Zustimmung des Regenten gefunden haben, so ist klar, daß die Zusammensetzung des Ministeriums in Wirklichkeit schon vorher erfolgt war, obwohl Manteuffel durch die Entlassung bekanntlich völlig überrascht wurde. Sicher war das auch der Fall, und wir haben neuerdings sogar erfahren, daß schon am Anfang des Jahres Schleinitz und Gruner, wie es scheint, eine Liste aufgestellt haben, nach der Schleinitz das auswärtige, Bethmann das Kultus-, Auerswald und Bardeleben das Finanz- und Matthies das Ministerium des Innern übernehmen sollten. Allein diese Liste ist weder vollständig, noch wurde nach ihr gewählt. Schleinitz selbst widersprach, und zum Teil wurden andere Männer ernannt. Wir hören weder von einer Mitteilung an den Prinzen noch von seiner Zustimmung, noch von einer solchen der Prinzessin, noch gar von einer Vereinbarung zwischen beiden. Sie ist, wenn sie, was Gruners Mitteilungen nicht klar ersehen lassen, als Kandidatenliste überhaupt aufgestellt wurde, bald fallen gelassen und wohl nur als der Ausdruck Grunerscher Wünsche anzusehen.

Denn im Hochsommer, vom 1. bis 18. Juli, war der Prinz schon einmal mit der Prinzessin von Baden zusammengetroffen, und dorthin hatte er, so erzählt Sybel, Auerswald berufen und mit ihm festgestellt, das Ministerium nicht länger als irgend nötig im Amt zu lassen. Schleinitz, der ebenfalls anwesend war, habe gebeten, das neue Ministerium aus neuen, bisher noch nicht angefeindeten Männern zusammenzusetzen, mithin von ihm selbst und Auerswald, sowie von Bethmann-

Hollweg, wie Matthies, die als politisch ausgeprägte Persönlichkeiten doch auch dazu gehören — also von dem Grunerschen Januar-Programm überhaupt abzusehen. Nur über die Wahl des Fürsten von Hohenzollern, der hier zum erstenmal genannt wird, sei man einig geworden. Bismarck dagegen, der ebenfalls nach Baden geeilt war, war gerade damals sehr eingenommen vom Prinzen, erfuhr von ihm, er denke nicht daran, seiner badischen Umgebung Posten zu verschaffen, und erzählte hinterher an Gerlach, wie die Menschen, die der Prinz zum Conseil um sich gesammelt habe, und unter diesen neben Usedom, Bunsen, Albert Pourtalès, Küpfer, auch Auerswald und Schleinitz dem Prinzen lästig gewesen seien. Er habe, um sie zu vermeiden, das Gespräch mit ihm hingezogen, „trainiert", bis es Zeit zum Diner gewesen sei. Man sieht, wie man von den entgegengesetzten Lagern aus den Prinzen bestürmt, und klagt Bismarck so sehr darüber, daß die Prinzessin die Atmosphäre für den Prinzen machte, so sieht man, wie er dafür sorgt, daß sie durch seine Anwesenheit gereinigt werde — und die Prinzessin sollte nicht die Klugheit Bismarcks besessen haben, sollte nicht ihre Anwesenheit eingesetzt haben, um den Gemahl zu gewinnen, sollte sich alsbald mit Briefen begnügt haben, während sie die Stimmung des Regenten gegen ihre Umgebung doch sicher ebensowohl wie Bismarck bemerkt haben muß? Mitte Juli stand also keineswegs fest, daß das neue Ministerium aus Freunden der Prinzessin zusammengesetzt werden würde, vielmehr war, wenn Schleinitzens Rat befolgt wurde — und dem stand die Prinzessin wohl nicht fern — die Ernennung ausgeprägter politischer Persönlichkeiten, wie es Schleinitz, Auerswald, Usedom, Bunsen, Bethmann-Hollweg, Pourtalès waren, überhaupt nicht zu erwarten. Das mußte jedenfalls nach dem Rat, den Schleinitz gegeben, und nach dem Eindruck, den Bismarck gewonnen, die Überzeugung der Prinzessin sein.

Nun trat ein Moment ein, der für den behaupteten Einfluß besonders günstig sein mußte. Die englischen Herrschaften trafen Ende August in Babelsberg ein, und bei der wieder

bevorstehenden Trennung der beiden prinzlichen Ehegatten mußte naturgemäß der Prinzessin Augusta alles daran liegen, nunmehr mit dem Einfluß der Schwiegereltern des Sohnes den ihren zu vereinen, um wenigstens jetzt die Vorentscheidung zu treffen. In der That traf auch Baron Stockmar in Babelsberg ein, zwar wie es einerseits heißt, lediglich um den Prinz-Gemahl wiederzusehen, wie aber anderseits jetzt behauptet wird, um sich zur Disposition der Prinzessin zu stellen, oder vielmehr, wie er damals sogar beschuldigt wurde, weil er das Ministerium der Neuen Ära „fix und fertig in der Tasche von England" — von wo er gar nicht kam, — mitgebracht habe. Allein abgesehen davon, daß nach dem Tagebuch der Königin Viktoria die Festlichkeiten, Paraden, Besuche der Sehenswürdigkeiten die Zeit der englischen Herrschaften in der That großenteils und harmlos ausgefüllt zu haben scheinen, was war denn das politische Resultat dieses in so kritische Zeit fallenden Besuchs? Hat die Prinzessin und hat der Prinz-Gemahl mit seinem alten Ratgeber Stockmar auf den Prinzen von Preußen etwa jetzt den früher vom Herzog Ernst vermißten Einfluß geübt, oder hat Robert Goltz, wie er — den doch auch von ihm sicher angenommenen englischen Einfluß vergessend — behauptet, auch jetzt noch den Einfluß der Prinzessin zurückgehalten? Allerdings glaubte Herzog Ernst, Manteuffel sei überzeugt, der Prinz-Gemahl werde Einfluß auf den Prinzen gewinnen, behauptet wenigstens, ihm könne deshalb der Besuch nicht angenehm sein. Aber wieder ist er es, der uns, wie unbequem es ihm auch ist, die Selbständigkeit des Prinzen darthut, indem er konstatiert, daß bei seinem eigenen Eintreffen in dem Familienkreise sein Bruder Albert von der gesamten Lage eine wenig erfreuliche und hoffnungsreiche Ansicht gewonnen habe. Prinz Albert habe es deshalb für seine Pflicht gehalten, sich die größte Reserve aufzulegen. Ebenso konstatiert der Herzog vom Abschied der fürstlichen Gäste ausdrücklich, daß „wir alle den Hof verließen ohne die Ahnung, daß noch vor Ablauf des Jahres die Neue Ära in Preußen inauguriert werden würde".

Kein Zweifel: die Herrschaften sind sämtlich überzeugt, daß alle ihre Versuche, auf den Prinzen von Preußen bestimmend einzuwirken, gescheitert sind. Noch schärfer aber scheint dies der Prinz-Gemahl selbst mit den die Sachlage bildlich umschreibenden Worten zu thun, die er wenige Tage nach der Abreise am 1. September an seine Tochter, Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen in klagendem Tone richtet. Was er, so schreibt der Prinz-Gemahl, in Bezug auf die Erinnerungen an Babelsberg fühle und gefühlt habe, lasse sich am besten mit dem ins Wasser geworfenen Stein vergleichen, der viel Getöse mache und Ringe in dem Wasser erzeuge; die Ringe aber würden immer flacher und weiter, und zuletzt sei die Oberfläche, während der Stein auf dem Grunde ruhe, wieder glatt wie ein Spiegel. Vergeblich also, so bezeugt der Prinz-Gemahl es selbst, hat er den Stein ins Wasser, d. h. in die Seele des Prinzen von Preußen geworfen, unnütz ruhe er auf dem Grunde, und wenn er selbst Getöse gemacht und Ringe hervorgerufen habe, so seien sie doch flacher geworden und weiter, und spiegelglatt wie das unberührte Wasser sei in Wahrheit die Seele des Prinzen geblieben.

Freundlich mag der Regent also und ruhig nach seiner Art die Darlegungen des hoch geschätzten Prinz-Gemahls angehört haben, mag wohl auch unter Hinweis auf die Verschiedenheit der englischen und der preußischen Verhältnisse ihre eventuelle Berechtigung anerkannt haben, aber seine Selbständigkeit und sein eigenes Urteil über das, was er für Preußen zu thun habe, hat er sich vollkommen gewahrt.

Ja wie wenig selbst im Herbst über das bei der Übernahme der Regentschaft etwa nötig werdende neue Ministerium feststand, erfahren wir jetzt durch eine ganz im Bismarckschen Geist gehaltene Erzählung Gruners. Denn noch gelegentlich des Geburtstagsbesuchs, den der Prinz vom 30. September bis 3. oder 4. Oktober in Baden-Baden der Gemahlin abstattete, suchte diese nach Gruner ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um einen vollständigen Personenwechsel im Ministerium bei der

Übernahme der Regentschaft als unbedingt notwendig darzustellen. Der Prinz habe dagegen nur einen partiellen Wechsel selbst unter Beibehaltung Manteuffels, also wohl die Entlassung Westphalens und Raumers für ratsam erachtet. Da sei denn die Prinzessin beim nächsten Frühstück kurz vor der Abreise des Gemahls (also am 3. oder wohl 4. Oktober) mit verweinten Augen erschienen und habe, gefragt nach der Ursache ihrer Betrübnis, den Ministerwechsel nochmals eingehend und lebhaft besprochen, worauf der Prinz die Stadt mit einer viel größeren Geneigtheit zu einem vollständigen Ministerwechsel verlassen habe, als er sie betreten.

Das ist die einzige Erzählung, die wir von einer der Prinzessin wohlgesinnten Persönlichkeit, von dem „Treuesten der Treuen", wie sie Gruner nennt, haben; das ist überhaupt die einzige Erzählung, die wir von einem versuchten Einfluß der Prinzessin in der bezeichneten Richtung haben. Und was berichtet sie uns? Sie zeigt, daß Anfang Oktober der Prinz noch nicht einmal zur Entlassung des ganzen Ministeriums entschlossen war, daß er auch jetzt trotz der Thränen der Gemahlin noch nicht sich entschloß, sondern nur eine „viel größere Geneigtheit" zeigte. Worin sich diese größere Geneigtheit zeigte, sagt uns Gruner nicht einmal, und wofür soll sie sich denn gezeigt haben? Zur Entlassung des Ministeriums Manteuffel, — bei weitem aber noch nicht zur Auswahl der einzelnen neuen Minister. Von der Ernennung der neuen Minister ist vielmehr gar nicht die Rede, und nach Gruners Erzählung hat die Prinzessin nach dieser Richtung hin ihren Einfluß überhaupt nicht einmal einzusetzen versucht. Für diesen beweist also die ganze Erzählung schlechterdings gar nichts.

Das aber wußte die Prinzessin ohne jeden Zweifel genau, daß die „Geneigtheit" für den Gemahl noch nicht entfernt „Entschluß" bedeutete, und wenn Gerlach noch im Dezember notiert, daß der Prinz auch nach dem zweiten Badener Aufenthalt noch geschwankt habe, geschwankt, wie wir sinngemäß ergänzen müssen, ob er das Ministerium Manteuffel überhaupt entlassen

müsse, so berichtigt diese Beobachtung nicht nur zutreffend die Grunersche über des Prinzen viel größere Geneigtheit, sondern die Prinzessin wußte ohne Zweifel, wie sie die Art des Gemahls nach fast 30jähriger Ehe kannte, das Maß des erreichten Resultats genau zu würdigen, und sie wußte, daß er in politisch ihr ganz fremde Kreise zurückkehrte. Weder hatte sie die Ernennung der neuen Minister herbeigeführt, noch hatte sie auch nur die Entlassung der alten Minister durchgesetzt. Und eben das war auch in den Wochen darauf noch die Meinung des Prinz-Gemahls. Noch nach der Einsetzung der Regentschaft, am 12. Oktober, fragt er — in fast kränkender Form — ob der Regent wohl den Mut und die Fähigkeit haben werde, sich mit ehrlichen, patriotischen Männern zu umgeben, und am 20. wieder gedenkt er des Falles, daß der Regent fähige Leute bekommen oder sich nehmen werde, und nach der Ernennung weiß er nur, daß die neuen Minister Ehrenmänner sind und vermutet, daß es dem Regenten weder an Anfechtungen von außen, noch an Kämpfen in der eigenen Seele gefehlt haben werde.

Hinzukommt, daß sowenig wir über die Termine wissen, wann mit den einzelnen Personen die Verhandlungen wegen Übernahme eines Ministeriums begonnen haben oder beendigt sind, wir doch wenigstens das wissen, daß Simons es lange ungewiß ließ, ob er die Wiederernennung annehmen werde oder nicht, daß mit Camphausen im Oktober verhandelt wurde, daß der Regent sich zu Patows Ernennung erst am 5. November entschloß, und daß Manteuffel durch die Entlassung völlig überrascht wurde.

Und all das soll die Prinzessin in ihrer Abwesenheit haben geschehen lassen, wenn sie den ihr zugeschriebenen Einfluß ausgeübt hat oder auch nur hat ausüben wollen? Sie soll jetzt, da, nachdem sie 30 Jahre lang politische Theorien gelernt und verkündigt, sich nicht nur die erste, sondern auch die wichtigste Gelegenheit bot, ihre Theorien durchzusetzen, ihre Herrschernatur zur Geltung zu bringen, jetzt soll sie still in ihrer Sommer-Villeggiatur gesessen haben, sich mit zweifelhaftem brief-

lichen Einfluß begnügt haben? Sie, die Anfang Oktober trotz aller Thränen nichts weiter als eine viel größere Geneigtheit des Gemahls zur Entlassung des alten Ministeriums erreicht hatte, soll sich jetzt auf briefliche Bitte und Ermahnung zur Entlassung ihrer Gegner, zur Ernennung ihrer Freunde beschränkt haben? Man braucht gar nicht zu zweifeln, daß ihre Briefe aus dieser Zeit voll von diesen Dingen sein werden, aber wenn sie wirklich dem Gemahl das neue Ministerium aufoktroyiert hätte, wenn es aus Männern ihrer Wahl und nicht der des Prinzen zusammengesetzt war, sollte sie erwartet oder auch nur gehofft haben, daß sie durch Briefe beim Gemahl solch großes Resultat erreichen würde — sie, die doch besser noch als Manteuffel wußte, wie der Prinz seine Selbständigkeit wahre, sie, die in ihr sicher unerwünschter Weise den wiederholten Befehl des Gemahls, mit politisch etwa einflußreichen Persönlichkeiten überhaupt nicht zu verkehren, erhalten hatte, die den im Juli durch Bismarck paralysierten Einfluß Schleinitzens und die Abneigung des Gemahls gegen ihre Getreuen sicher bemerkt, die die volle Resultatlosigkeit des Besuchs der englischen Herrschaften im August gesehen hatte und im Oktober nur mühsam jenes magere Ergebnis ihres lebhaften Andringens zu verzeichnen hatte? Sie wußte — wenn die Notiz überhaupt richtig ist — sicher nicht minder als Robert Goltz es wußte, daß ihr Einfluß seit sechs Monaten zurückgedämmt sei, und sie sollte so sicher der Entlassung Manteuffels, der Ernennung ihrer Freunde gewesen sein, daß sie nur brieflich ihre Ansichten und Wünsche zu äußern brauchte. Oder vielmehr sie, die wußte, wie zweifelhaft und ungewiß noch alles sei, sollte nicht ihre persönliche Anwesenheit, nicht neue Besprechungen und neue Thränen für nötig gehalten haben? Oder ist das die kluge, die hochstrebende Frau, der „Feuerkopf", der alles mit Leidenschaft und Gewissen treibt, der das wichtigste Mittel, die Macht der eigenen Persönlichkeit und die überzeugende Kraft der eigenen Überredungsgabe so leichthin beiseite setzt? Das ist es ja gerade, was ihr auch die „Gedanken und Erinnerungen"

vorwerfen, daß sie in persönlichem, eingehenden Gespräch zu ungestörter Stunde dem Gemahl die häusliche Ruhe raubte und durch wiederholte dringliche Darstellung der Absicht des Gegners entgegenzuwirken suchte. Principiis obsta! Dessen sollte die Prinzessin sich nicht bewußt gewesen sein, sollte nicht gefühlt haben, daß, wenn sie in dieser, wie gesagt, ersten und damals weitaus wichtigsten Angelegenheit nicht der vielfach anders gesonnenen Umgebung des Gemahls persönlich und in den stillen Frühstücksstunden, da sie des Gemahls am leichtesten habhaft werden konnte, durch mündliche Überredung mit Erfolg entgegentrat, auch für die Zukunft ihr Einfluß immer zweifelhafter, immer geringer werden konnte? Durch ihre reservierte Haltung, so sagt man freilich, habe sie ihre Klugheit bewiesen. Ja, ist es denn wirklich noch klug zu nennen, den noch unentschiedenen und zweifelhaften Gemahl in solcher Angelegenheit sich selbst und nun vollends auch den Gegnern zu überlassen und sich auf schriftliche Ermahnungen nach allem, was vorangegangen war, zu beschränken, die, wie sie empfangen wurden, so auch wieder beiseite gelegt werden konnten?

Das ist doch wohl das zweifellose Resultat dieser Betrachtungen, daß nicht die Prinzessin Augusta das neue Ministerium ernannt, daß ihr zwar alles daran lag, das Ministerium Manteuffel zu stürzen, daß sie dahin gehende Einwirkungen auf den Gemahl versucht, daß sie aber nur die wieder zweifelhaft werdende Geneigtheit des Prinzen erreicht, und daß sie im übrigen gehofft haben mag, die Macht der Dinge, die eigene Einsicht des Prinzen in die politische Lage, sein Widerwille vor allem gegen die bisherigen Mittel der inneren Politik und seine Sorge über den Verfall des preußischen Ansehens im Auslande werde ihn zu der ihr genehmen Entscheidung, werde ihn zum vollen Bruch wie mit dem bisherigen System, so auch mit den bisherigen Personen treiben. Und sollte ihre Hoffnung diesmal sie täuschen? Wir wissen es nicht, wohin ihre Gedanken für diesen Fall gingen, und dürfen nur vermuten, daß sie der Zukunft anheimstellte, was die ihr deutlich

gewordene Selbständigkeit des Gemahls ihr jetzt etwa verweigerte — wenn anders sie den entscheidenden Einfluß überhaupt ausüben wollte.

Bei der ersten Regierungsmaßregel des Gemahls, die so wichtig schien, daß alle folgenden aus ihr sich ergeben mußten, hat die Prinzessin mithin höchstens brieflich Bitten und Ansichten vorgetragen, den entscheidenden Einfluß hat sie dagegen nicht geübt, und sicher ist nach dem ganzen politischen Entwicklungsgange des Prinzen, daß er niemals Einwirkungen Raum gegeben hätte, die ihn über das Maß der in der Verfassung der Volksvertretung zugesicherten Rechte zum Nachteil der Krone hätten hinausführen müssen, daß er mithin ein Ministerium nach der Majorität niemals ernannt hätte.

Im Gegenteil, was wäre, wenn die neuen Minister nicht die Männer seiner Wahl gewesen wären, natürlicher, was selbstverständlicher gewesen, als daß sie ihm ihr Programm vorgelegt hätten, ihr Programm für die innere Politik, für die deutsche Frage und für die Stellung zu den auswärtigen Mächten? Was aber wäre unnatürlicher, was unverständlicher, als daß der Regent diesen von seiner Wahl und seiner Ernennung unabhängigen Männern sein eigenes Programm vorgelegt und ihnen befohlen hätte, danach zu verfahren? Und eben das ist geschehen. Mit vollster Bestimmtheit wissen wir, daß der Regent selbst trotz mancherlei Unterbrechungen, wie aus einem Guß, ohne irgend eine Korrektur oder Einschaltung sein Regierungsprogramm niedergeschrieben hat. In feierlicher Versammlung hat er seinerseits den Ministern dieses, die Sicherheit seiner politischen Überzeugung und die Entschlossenheit seines Willens deutlich bekundenden Programms als Richtschnur ihres Handelns vorgelegt, hat sie verpflichtet, danach die Regierung zu führen, und noch später als König hat er sich zu diesen Sätzen ausdrücklich als zu seinem Programm bekannt, das ihm sein Gewissen geboten habe. Ja wenn das Programm, wie Usedom seinen Wählern schreibt, ursprünglich gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, in diese nur durch besondere

Umstände drang, so wird man auch hierin einen freilich nicht mehr notwendigen Hinweis darauf finden, daß es die eigenste Meinung des Regenten ist, die wir hier vor uns haben. Wie anders hätte sich ein Monarch, und nun gar ein Monarch von der Gewissenhaftigkeit Kaiser Wilhelms einem Ministerium gegenüber verhalten, das nicht er selbst gewählt, sondern das ihm seine Gemahlin, wir sagen nicht einmal aufoktroyiert, sondern auch nur plausibel gemacht hätte, oder wie hätte sich ein solches Ministerium, dessen Mitglieder in jedem Fall, wie auch das Urteil über ihre politische Befähigung lauten mag, Ehrenmänner waren, zu einem solchen Befehl verhalten? Ein Herrscher jedenfalls, der unter fremdem, und sei es auch nur brieflichem Einfluß steht, hätte sicher nie und nimmer die Regierungsform selbst und ohne jede Korrektur niedergeschrieben.

Das ist psychologisch offenbar ein Ding der Unmöglichkeit und, wenn noch irgend ein Zweifel möglich wäre, so gewinnen hierdurch die Worte des Regenten an den Grafen Eberhard Stolberg auch für den, der sie zunächst nur als subjektive Wahrheit gelten lassen wollte, den Stempel auch der objektiven, der thatsächlichen Wahrheit. So wenig wir zweifeln mögen, daß die Prinzessin manche der hierher gehörigen Fragen in ihren Briefen an den Gemahl besprochen haben wird, so sicher ist der Entschluß, nicht nur Westphalen und Raumer, sondern Manteuffel selbst und das ganze Ministerium zu entlassen, der seine, so sicher ist die Wahl und ist die Ernennung der neuen Minister sein Werk. Er hatte sie gewählt, weil *er* ihre Grundsätze kannte und teilte, weil sie *sein* Vertrauen hatten. Es war *sein* Ministerium.

Welches aber waren ihre Grundsätze, wie hat ihre politische Vergangenheit sich gestaltet, und berechtigt sie etwa, in diesen Männern Werkzeuge der Prinzessin Augusta und ihrer Politik zu sehen im Gegensatz zu dem politischen Willen des Prinz-Regenten?

5. Politiſche Stellung und Beziehungen der einzelnen Miniſter zur Prinzeſſin.

Die Selbſtändigkeit des Prinz-Regenten bei der Auswahl ſeiner Miniſter lehrt uns nun auch, ſowenig wir noch über die Verhandlungen mit den einzelnen Männern wegen der Übernahme eines Miniſteriums wiſſen, ein Blick auf dieſe, auf die Thatſache, daß vielleicht nur ein einziger von ihnen wirklich dem intimen Kreiſe der Prinzeſſin voll angehört hat, daß andere vorhanden ſind, die ihm ſicher nicht angehört haben, daß dagegen Männer ihres Kreiſes, die dazu berufen ſchienen, jetzt an die Spitze des Staates zu treten, wie etwa Bunſen und vor allem Uſedom, der ſo gern Kultusminiſter geworden wäre, und Pourtalès, „das Haupt der Koblenzer Regierung“, nicht berufen wurden, daß endlich das neue Miniſterium eine in ſich homogone Körperſchaft überhaupt nicht war, während die Prinzeſſin, wenn ſie frei hätte wählen können, nach der ihr zugeſchriebenen Energie und Leidenſchaft gewiß nur Männer berufen oder vorgeſchlagen hätte, von denen ſie eine unbedingte Gefolgſchaft, oder mindeſtens doch volle Übereinſtimmung mit ihren politiſchen Anſchauungen und Beſtrebungen vorausſetzen konnte.

Wirklich ihr Günſtling war, um dies Gerlachſche Wort zu gebrauchen, allein der neue Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, war Herr von Schleinitz, und er mit ſeinem Unterſtaatsſekretär Gruner ſind die einzigen, von denen wir beſtimmt wiſſen, daß ſie zur Bonbonnière, d. h. zu dem intimen Kreiſe der

Prinzessin gehörten. Haben wir aber erfahren, daß Schleinitz zwar im Januar daran dachte, diese Stellung zu übernehmen, im Juli aber bat, von seiner Ernennung abzusehen, so mag seine Abneigung ebenso, wie seine endliche Annahme zum Teil auf einen Einfluß der Prinzessin auf ihn und seine Entschließungen zurückzuführen sein. Für die vorliegende Frage nach dem Einfluß der Prinzessin auf den Gemahl, und selbst für die Frage, von wem die Initiative bei dieser Wahl ausging, ob vom Prinzen oder der Prinzessin, ist es indessen nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Schleinitzens Ernennung lag vielmehr, so wird man sagen dürfen, in der Luft. Denn es steht fest, daß ebenso der Regent selbst dem Minister schon seit längeren Jahren sein Vertrauen geschenkt, ja daß er ihm vor andern solches bewiesen und schon Jahre vorher, wie Gruner berichtet, die Absicht ausgesprochen hat, bei sich darbietender Gelegenheit ihm das auswärtige Amt zu übertragen. Durch ihn hatte er während der Koblenzer Zeit seine Ansichten im „Preußischen Wochenblatt" vertreten lassen. Er hätte den später gegen Schleinitz erhobenen Vorwurf der „Thatenscheu" damals gewiß nicht und den der „Charakterlosigkeit" niemals zugegeben, er hat ihm vielmehr umgekehrt auch nach der Entlassung und bis über das Grab hinaus sein Wohlwollen und seine Gnade erhalten, hat ihn in die ganz besondere Vertrauensstellung als Minister des königlichen Hauses berufen und in dieser bis zum Tode belassen. Schleinitz, der stets im auswärtigen Dienst gewirkt und schon zweimal das auswärtige Ministerium geleitet hatte, der als konservativ-liberaler Mann eine der hervorragendsten Stützen der dem Prinzen so nahestehenden Wochenblattpartei bildete, zugleich aber schon früher, zwar keineswegs die Zuneigung, wohl aber „die gute Meinung" der kleinen, aber mächtigen Partei gewonnen hatte, und über dessen Fähigkeiten, wir sagten es schon, Bismarck, obwohl er von ihm in Petersburg gleichsam kalt gestellt wurde, damals besonders günstig urteilte, war vielmehr geradezu der gegebene Mann für den ihm übertragenen Posten, und der Regent hatte offen-

bar nicht die mindeste Veranlassung, bei ihm einen Widerspruch gegen die Grundstimmung seiner eigenen Seele anzunehmen. Nicht einmal für Schleinitz liegt daher ein Beweis vor, seine Ernennung auf den Willen der Prinzessin zurückzuführen, vielmehr wird man umgekehrt schließen dürfen, irgend eines Einflusses für diese Wahl bedurfte der Prinz gar nicht, er wird überhaupt nicht im Zweifel gewesen sein, sondern Schleinitzens Ernennung verstand sich ihm von selbst, sie hat ihm keine Sorgen gemacht und war ihm ebenso genehm, wie die Gemahlin sie voll gebilligt haben wird.

Vom Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, dem Präsidenten des Ministeriums, wird man nicht behaupten können, daß er Mitglied der Bonbonnière war, wenigstens nicht in dem Sinne, daß er an dieser Stelle seine politische Erkenntnis und die Richtung seines politischen Handelns geschöpft hätte. Freilich die Königin Elisabeth und die Kamarilla mochten „die Sigmaringer" nicht leiden, freilich führte die Kreuzzeitungspartei die Ernennung des als freisinnig geltenden Fürsten auf englischen Einfluß zurück, und freilich rühmte sich endlich Herzog Ernst, ihn entdeckt zu haben. Fest aber steht nur, daß Schleinitz und Auerswald im Juli seine Ernennung empfohlen haben, und daß sowohl die Prinzessin wie der Prinz ihm ihr Vertrauen schenkten. So wird er der Prinzessin willkommen gewesen sein. Das ist aber auch alles. Nicht einmal dafür liegt ein Anzeichen vor, daß sein katholisches Bekenntnis ihn der Prinzessin besonders empfahl, wie es denn überhaupt seltsam ist, daß man der Prinzessin den Umgang mit Katholiken in jener Zeit schon verargt, ohne zu bemerken, daß gerade König Friedrich Wilhelm IV. überhaupt diese, und zwar zum guten Teil dieselben Persönlichkeiten begünstigte. Umgekehrt aber war die liberale Gesinnung des Fürsten doch wieder jedenfalls eine so maßvolle, daß nicht nur Gerlach ihn bald für den besten im Ministerium erklärte, sondern daß auch Bismarck von ihm gerade annahm, er sei an die Spitze gestellt, um eine Garantie gegen Parteiregiment und gegen Rutschen nach links

zu haben. Bismarck war mithin ohne Frage überzeugt, daß die Wahl des Fürsten aus der Initiative des Regenten hervorgegangen sei, denn den Willen, nach links zu rutschen, schob er und schoben seine Parteigenossen der Prinzessin zu, und der Prinz ist es, von dem sie annahmen, daß er das eben nicht wollte. War es doch auch der Fürst, der schon im Mai 1859 und wieder im Mai 1860 für die Berufung Bismarcks wirkte und dadurch in so scharfen Gegensatz zur Regentin kam, daß eine so kluge Frau auch schon vorher nicht auf seine unbedingte Gefolgschaft rechnen konnte, selbst wenn ihn Schleinitz, woran doch nicht zu denken, politisch falsch beurteilt haben sollte. Unzweifelhaft war der Fürst aber seit langem schon der Freund des Regenten. Man muß ihn lieb gewinnen, er ist so offen, urteilte Voigts-Rhetz, und diese militärische Geradheit des Charakters, dazu die unbezweifelte Übereinstimmung mit seinen politischen Ansichten und seiner Haltung zumal während des Krimkrieges, die Hochherzigkeit, mit der der Fürst wie sein Vetter allein von allen deutschen Fürsten auch die letzten Konsequenzen seiner nationalen Gesinnung gezogen und zu Gunsten Preußens freiwillig auf Scepter und Souveränität verzichtet hatte, das alles hatte dem Fürsten nicht nur die Achtung, sondern auch die Freundschaft und das Vertrauen des Regenten erworben. Er schätzte ihn gleichmäßig als General wie als Staatsmann, als deutschen Fürsten wie als Verwandten, und in der That erwies sich der Fürst nach Gruners Urteil, trotz der ihm von manchem, z. B. auch vom Herzog Ernst zugeschriebenen Fehler als sehr geschickt, die Beschlüsse des Ministeriums beim Regenten zu vertreten und zur Annahme zu bringen. Gewinnt so der Fürst den ihm als Ministerpräsidenten notwendigen Einfluß auf den Regenten und giebt er, wie erwähnt, Ratschläge, die nicht die Billigung der Regentin hatten, so werden wir kein Bedenken tragen, die Bismarcksche Ansicht anzunehmen und in der Wahl des Fürsten den Willen des Regenten erblicken.

Rudolf von Auerswald gehörte freilich seit Jahren schon zu dem nächsten Umgang der Familie des Prinzen von Preußen,

seinen Rat hatte die Prinzessin bei der weiteren Ausbildung des Sohnes zu Rate gezogen. Er war bekanntlich mehrfach als einer der Führer der ostpreußischen Liberalen aufgetreten, lebte aber, soviel wir wissen, ganz in den Anschauungen der Wochenblattpartei. Anderseits war er der Jugendfreund und Spielgefährte des Prinzen, der als solcher bei ihm, wie bei König Friedrich Wilhelm IV. sich eine besondere Stellung erworben hatte. Er wurde bald „die Seele des Ministeriums" und nahm, wie Gerlach klagte, beim Regenten den Vertrauensposten ein, den er und Niebuhr bei Friedrich Wilhelm IV. gehabt. Von ihm anerkannte auch Bismarck, wie bemerkt, daß er eine hervorragende staatsmännische Begabung besitze. Es ist aber, wie man vermuten darf, nicht sowohl seine politische Gesinnung, als die seit den Kinderjahren erprobte Zuverlässigkeit des Charakters, die den Regenten anzog, und seine Wahl hat er gegen alle Angriffe so entschieden verteidigt, daß an der selbständigen Wahl dieses Ministers, wie sehr sie die Prinzessin gebilligt haben wird, von vornherein nicht wohl gezweifelt werden kann. Vielmehr lag diese Wahl gerade so wie die des Ministers Schleinitz in der Luft, und Auerswald gehörte, wie auch Gruner mitteilt, nach der allgemeinen Überzeugung zu den notwendigen Mitgliedern der neuen Verwaltung. Auch war seine Ernennung, wie wir wissen, schon seit Anfang des Jahres in Aussicht genommen, im Juli aber von Schleinitz, also doch wohl im Einverständnis mit der Prinzessin, widerraten worden. Übernahm Auerswald aber nicht das ihm mit Richard von Bardeleben ursprünglich vielleicht zugedachte Finanzministerium, sondern trat ohne jedes Portefeuille in den Rat des Regenten, so wird der Gedanke nahe liegen, daß Auerswald Bedenken gehabt — er hatte, wie wenigstens Bernhardi schon im März 1858 vermutet, auf die Premierschaft im Ministerium gerechnet — und sein Entschluß zur Annahme auf den Wunsch und Befehl des Regenten zurückzuführen sein. Wie liberal auch immer Auerswald sein mochte, so wurzelte seine ganze politische Überzeugung schließlich doch

so sehr auf konservativem Boden, und war das Vertrauen des Regenten auf ihn so allgemein bekannt, daß man in ihm schon früher den „Manteuffel der Liberalen", d. h. den zukünftigen Ministerpräsidenten sah, und zu allem war er endlich, weil Manteuffel ihn 1851, als er sich gegen die Wiedereinführung der Kreis- und Provinzialstände ausgesprochen, zur Disposition gestellt hatte, in den Augen des Regenten ohne Zweifel ein politischer Märtyrer, dem er Genugthuung schuldete.

In noch ungleich höherem Grade gilt dies vom neuen Kriegsminister, vom General von Bonin. Bonin war bekanntlich schon zur Zeit des Krimkrieges Kriegsminister gewesen und als solcher wegen seiner westmächtlichen Politik entlassen worden. Seine Vertretung westmächtlicher Ansichten stand in nahem Zusammenhange mit dem Willen des Prinzen, und Bonins Entlassung hatte den schwersten Konflikt des Prinzen mit dem königlichen Bruder recht eigentlich herbeigeführt. Jetzt wirkte ohne Zweifel bei dem Prinzen das Gefühl mit, dem General eine Genugthuung und eine Art von Rehabilitation zu schulden. Die Hauptsache aber war, daß der Regent für dies Ressort unbestritten voll und ganz selbständig, ja der Sachkundigste war, und daß er in Bonin den Mann sah, der ihm helfen sollte, das Werk durchzusetzen, das ihm für Preußens neues Aufsteigen das wichtigste war, die Armee-Reorganisation. Ihr brachte, wie sich von selbst versteht, die Prinzessin ein weit geringeres Interesse entgegen, als politischen Fragen, und wird man daher nicht fehlgehen, wenn man von ihrer Seite überhaupt keine weitere Neigung, auf diese Wahl Einfluß zu üben, voraussetzt, auf Seite des Regenten aber allen und jeden Willen, allein zu entscheiden. Groß war überdies die Zahl der Generale gewiß nicht, die befähigt waren, das neue Werk ins Leben zu führen und zugleich ihrer politischen Gesinnung nach für dieses Ministerium paßten, und der Blick des Regenten wird, wenn er die Rangliste gemustert hat, an Bonins Namen wohl ebenso fest gehaftet haben, wie der der Gebrüder Gerlach am Namen des Grafen Brandenburg damals, als sie nach

einem General suchten, der der Revolution den Kopf zertreten sollte. Auch Bonins Wahl war daher wirklich, wie Gruner schreibt, gleichsam von selbst gegeben und eine Bemühung der Prinzessin für sie in keiner Weise erforderlich.

Der Finanzminister von Patow, von dem auch neuerdings wieder behauptet worden ist, daß er dem Regenten geradezu aufgedrungen scheine, war nach allgemeinem Urteil der freisinnigste unter den neuen Ministern und als solcher dem Regenten von vornherein unsympathisch. Es begreift sich daher, daß seine Wahl dem Regenten, wie wir wissen, eine schlaflose Nacht gekostet hat. Er hat sie ursprünglich nicht gewollt, und zwar, wie Sybel die ganze Lage aufhellend mitteilt, weil Patow ihm die Befürchtung ausgesprochen hatte, seine Wahl würde dem königlichen Bruder nicht genehm sein. Ernannte der Regent ihn trotzdem, so müßte, falls wirklich seine Gemahlin den ihr zugeschriebenen Einfluß auf die Bildung des Ministeriums gehabt hätte, dieser mithin gerade bei dieser Wahl vor allen anderen bemerkbar sein. Davon wissen wir aber nicht nur nichts, sondern alles spricht dagegen. Mag Patow als einer der Führer der altliberalen Partei im Abgeordnetenhause „ganz von den Ideen des landläufigen Liberalismus erfüllt" oder durch sein scharfes Auftreten gegen die „Junker" schon auf dem Landtage von 1849 immerhin — was wir doch nicht wissen — der Prinzessin angenehm gewesen sein, so lassen sich jedenfalls persönliche Beziehungen zwischen der Prinzessin und dem neuen Minister nicht nachweisen, ja sind nach der Lebensstellung Patows und nach der Schilderung, die die Prinzessin von Patows Gemahlin entwirft, nicht einmal zu vermuten. Allerdings hatte ihn König Friedrich Wilhelm IV. zu den vornehmsten Ämtern, zum Direktor im Ministerium des Innern, demnächst im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, zum Handelsminister und zum Oberpräsidenten ernannt. Aber schon 1849 infolge eines Streites mit dem Ministerium aus dem Staatsdienste getreten, lebte er, soviel wir wissen, zurückgezogen, ohne höfische Beziehungen. Dagegen empfahl ihn seine un-

gewöhnliche Befähigung dem Regenten in hohem Maße. Seit fünf Jahren hatte der Regent, wie erwähnt, die Notwendigkeit der Grundsteuer erkannt, und von ihm selbst sollte alsbald der Entwurf zu einem Gesetz über sie ausgehen. Diesen aber durchzuarbeiten und in der Kammer zu vertreten, war die Aufgabe des neuen Finanzministers. Gleichzeitig fiel ihm eine zweite Aufgabe zu, deren Lösung dem Regenten noch mehr am Herzen lag; er sollte die Mittel zur Heeresreorganisation bereit stellen. Der Regent brauchte für diesen Posten also nicht sowohl einen ihm sympathischen, als vielmehr einen hervorragenden Fachmann. Und Patow war es in beiden Beziehungen. Der Staatshaushalt war recht eigentlich sein Feld, das er als Abgeordneter viel bearbeitet hatte, und über die „Grundsteuerausgleichung im preußischen Staate" hatte er eine besondere Schrift erscheinen lassen. Anderseits aber hatte der Regent keinen anderen zur Auswahl. Karl von Bodelschwingh war dem Herrenhause so unangenehm, daß er ihn nicht behalten konnte, Auerswald, der ursprünglich in Aussicht genommen war, eignete sich hierfür offenbar seiner eigenen Meinung nach nicht und war ohne jedes Portefeuille, wie schon bemerkt, eingetreten, Camphausen, der die geeignetste Persönlichkeit schien, hatte abgelehnt. Darauf erst scheint Patows Ernennung — und zwar auf Camphausens Vorschlag und auf Auerswalds Empfehlung — zur Sprache gekommen zu sein. Allein, so oft der Regent sie später als zu weit nach links führend beklagt hat, so wissen wir hier einmal positiv, daß gerade sie nicht auf die Empfehlung der Prinzessin, sondern, wie der Regent der Königin Elisabeth schreibt und Bismarck gegenüber betont, auf die Empfehlung aus dem entgegengesetzten Lager erfolgte. Erst als ein Edwin von Manteuffel Patow, dessen geschäftliche Tüchtigkeit auch später vom Regenten voll gewürdigt wurde, für besser als seinen Ruf erklärte, entschloß der Regent sich, ihn zu ernennen. Wir ersehen aber aus dieser Mitteilung zugleich, und das ist zu betonen, daß der Regent, wie er auf die Wünsche Königs Friedrich Wilhelms IV. pietätvoll Rücksicht

nahm, sich keineswegs gescheut hat, auch — worauf schon Bismarcks Notiz über seinen Besuch in Baden-Baden im Juli deutet — den Rat der Hochkonservativen einzuholen. Der Entschluß selbst war also in jedem Fall Eigentum des Regenten.

Auch von Flottwell, dem hochverdienten und betagten Oberpräsidenten verschiedener Provinzen, sind nähere Beziehungen zur Prinzessin gar nicht anzunehmen, wenn sie auch auf Humboldts Anregung einmal daran gedacht hat, ihren Sohn, den Prinzen Friedrich Wilhelm, durch ihn in die innere Verwaltung einführen zu lassen — ein Ehrendienst, der, soviel ich weiß, in Wirklichkeit nicht durch Flottwell selbst, sondern durch einen Beamten seines Ressorts geleistet worden ist. Wie dem auch sei, von Flottwell wissen wir wieder positiv, daß seine Ernennung nicht auf die Prinzessin zurückgeht. Sehr bezeichnend ist schon Gruners Notiz, daß der Regent sich nicht entschließen konnte, das Ministerium des Innern einem Parlamentarier anzuvertrauen. Ein solcher also — es scheint nicht der Graf Schwerin, sondern der von Schleinitz und Gruner im Januar ins Auge gefaßte Geheimrat Matthies, einer der Führer der liberal-konservativen Partei in der Kammer, gewesen zu sein —, ein Parlamentarier also war dem Regenten vorgeschlagen und von ihm — was auch wieder seine volle Selbständigkeit bezeugt — abgelehnt worden. Otto von Manteuffel aber, also sicher ein unverdächtiger Zeuge — denn noch in sein Ministerium trat Flottwell nach Westphalens frühzeitiger Entlassung ein — ist es, der uns, jeden Zweifel niederschlagend, bezeugt, daß Flottwells Wahl vom Regenten selbst ausgegangen sei.

Bethmann-Hollweg verkehrte dagegen bekanntlich am Koblenzer Hofe viel und intim, und ihn hatten Schleinitz-Gruner schon im Januar für das Kultusministerium in Aussicht genommen. War er deshalb der Mann der Prinzessin oder doch mehr der Mann des Regenten? Sicher hatte er einen ganz ähnlichen Gang der politischen Entwicklung durchgemacht, wie der Regent selbst. Er war in dem Maße einer der energischsten Vor-

kämpfer konservativer Anschauungen und Interessen gewesen, daß Friedrich Wilhelm IV. ihn seinen Freund nannte und späterhin mehrfach versuchte, einen Ausgleich mit ihm herbeizuführen. Die Leitung der Regierung aber erfüllte ihn umgekehrt mit so tiefer Abneigung, daß er gerade recht eigentlich der Gründer der Wochenblattpartei wurde, und gerade dadurch, wie durch die nahen beiderseitigen Beziehungen zum Wochenblatt knüpften sich weitere und so nahe Beziehungen zum Prinzen, daß, wie oben gesagt, schon im Jahre 1851 die Kamarilla nicht zweifelte, ihn werde der Prinz-Regent zum Kultusminister ernennen. Eine etwaige Beeinflussung der Prinzessin war also 1859 gewiß nicht erforderlich. Nun aber hatte der Prinz — wie er selbst wieder, so überraschend es klingen mag, dem Grafen Stolberg unter Berufung auf seine Tagebücher bezeugt — eine zweite Notwendigkeit seit fünf Jahren erkannt und betrieb alsbald selbst den Entwurf eines dahin zielenden Gesetzes. Das war die Einführung der Civilehe. Da deren Durchführung aber Sache des Kultusministeriums war, so brauchte er für dieses einen Mann seiner eigenen Wahl. Konnte aber auch nur die Prinzessin sich besonders warm für die Ernennung eines Kultusministers interessieren, der seine hervorragende Stellung gerade auch als Führer der rheinischen Protestanten gewonnen hatte, sie, die damals die rheinischen Katholiken, wie man ihr vorwirft, in viel zu weit gehender Weise begünstigte, und zwar Katholiken, die, soviel wir hören, mit Ausnahme des Grafen Fürstenberg-Stammheim, sämtlich der strengeren Richtung angehörten? Sie sollte sich für die Einführung der Civilehe und für die Erhebung eines sie begünstigenden Mannes znm Kultusminister besonders erwärmt haben, sie, die wenige Wochen nach der Ernennung sich einem evangelischen Geistlichen gegenüber mit Bethmann-Hollwegs Prinzipien und dem Gange der Regierung, d. h. mit dem Fortgang der Ehegesetzgebung und der vielleicht drohenden Einführung der Civilehe nicht einverstanden erklärte? Die Vermutung wird also auch hier durchaus gegen den behaupteten Einfluß der Prinzessin sprechen, und gewiß

ist, daß der Regent bei dieser Wahl eine Fürsprache ganz und gar nicht brauchte. Auch sie verstand sich für ihn von vornherein.

Das landwirtschaftliche Ministerium bot, soviel wir wissen, für die Prinzessin wenig Interesse, und für die Wahl des, allerdings der Wochenblattpartei angehörenden Grafen Pückler hat sie sich — es müßten denn unbekannte persönliche Beziehungen vorgewaltet haben — gewiß nicht bemüht. Für den Regenten fiel die Wahl aber insofern ins Gewicht, als die Einführung der Grundsteuer ebenso Aufgabe dieses Ministeriums wie des Finanzministeriums war, und die lange zweifelhafte, endlich nicht ganz willkommene Besetzung des Finanzministeriums um so mehr eine günstige Besetzung des landwirtschaftlichen dem Regenten zur Durchführung der einen seiner Lieblingsideen erwünscht machen mußte.

Schließlich aber war die Beibehaltung der beiden Minister Simons und von der Heydt, wie man begreift, ganz und gar nicht das Werk der Prinzessin. Der Umstand, daß beide Rheinländer waren, mag sie, wie Gruner bezeugt, etwas mit dem Widerwillen versöhnt haben, den sie ihnen als Mitgliedern des Ministeriums Manteuffel entgegenbrachte, aber gethan hat sie für ihre Ernennung gewiß nichts, sie widersprach ihrer bestimmten Meinung, das Ministerium Manteuffel in seiner Gesamtheit zu entlassen, geradezu. Für den Regenten indessen war neben ihrer sachlichen Tüchtigkeit sein lebhafter Wunsch entscheidend, die Tradition und Kontinuität mit dem bisherigen Regiment, soweit wie es möglich sei, zu erhalten. So hat er selbst der Königin Elisabeth geschrieben, und es befriedigte ihn offenbar, daß er es schreiben konnte, denn es entsprach seiner Rücksicht auf den König, wie seiner ursprünglichen Ansicht, nur eine partielle Entlassung des Ministeriums Manteuffel sei notwendig, und versöhnte ihn selbst mit dem ganzen Schritt, der ihm so schwer wurde. Er hat daher auch Simons Wahl durchgesetzt, obwohl dieser anfangs Schwierigkeiten machte und nur allmählich sich zur Annahme bequemte. —

Gewiß, es fehlen uns noch viel, es fehlen uns noch die besten Materialien, um im einzelnen über die Ernennung jedes der Minister ein fest begründetes historisches Urteil abzugeben. Allein von keinem einzigen läßt sich bisher beweisen, daß seine Ernennung auf den Vorschlag der Prinzessin erfolgt sei, oder gar, daß sie gegen die bessere Überzeugung und gegen den eigenen Willen des Regenten bei diesem von der Gemahlin durchgesetzt sei. Dürfen wir aber wirklich intimere politische Beziehungen zur Prinzessin und wirklich übereinstimmende Ansichten in der Hauptsache auch nur bei Schleinitz voraussetzen, von anderen aber, wie von der Heydt und Simons, aber auch von Flottwell und Patow als feststehend ansehen, daß sie am prinzlichen Hofe keinen näheren Verkehr hatten, während gerade hervorragende Männer aus dem Kreise der Prinzessin und von der Kandidatenliste Schleinitzens keine Aufnahme in das neue Conseil gefunden haben, muß man vielmehr umgekehrt von mehreren der neuen Minister, wie von Bonin, Patow, Bethmann-Hollweg, auch Pückler behaupten, daß sie zur Ausführung bestimmter eigener, dem Interesse der Prinzessin fern liegender, oder ihr auch unsympathischer Pläne des Regenten gewählt sind, daß andere, wie von der Heydt und Simons, der Regentin überhaupt unwillkommen waren und im Gegensatz zu ihr gestanden haben, daß sie mit einer Reihe von ihnen, wie mit dem Fürsten von Hohenzollern, Auerswald, Bethmann-Hollweg, schnell in Widerspruch geriet —, beachtet man ferner, daß die gleichzeitigen Urteile über den angeblichen Einfluß der Prinzessin auf die Ernennung der Minister nur von der bisher herrschenden Partei ausgesprochen sind, und daß diese von ihrer Gegnerschaft gegen die Prinzessin und ihrem natürlichen Unwillen über ihre Verdrängung von Amt und Einfluß keineswegs unabhängig sein können, beachtet man die Stellung, die der Prinz selbst, soweit wir sie verfolgen können, in dieser Frage einnahm, und beachtet man, daß die Prinzessin, trotzdem sie Gesinnung und Verhalten des Gemahls kannte, sich Wochen und Wochen fern hält, daß sie trotz der im Juli gezeigten Abneigung des Prinzen,

der badischen Umgebung Posten zu verschaffen, daß sie trotz der klar zu Tage liegenden Erfolglosigkeit der Versuche des Prinz-Gemahls in Babelsberg und trotz des dürftigen Resultats, das sie selbst im Oktober erzielt hat und vielleicht auch nur erzielen wollte, den Gemahl der Einwirkung und dem Rat auch der Gegenpartei überläßt, beachtet man die Worte, mit denen selbst Manteuffel und Gerlach die Selbständigkeit des Prinzen für diese Zeit bezeugen müssen, beachtet man, daß bei der Wahl von Männern wie Auerswald, Bethmann-Hollweg und Schleinitz eine Einwirkung überhaupt nicht nötig war, daß die Wahl anderer, wie Bonin und Pückler, für die Prinzessin kein besonderes Interesse hatte, daß die Ernennung des Fürsten von Hohenzollern nach Bismarckschem Urteil höchst wahrscheinlich, und daß die Ernennung von Flottwell, Patow, Simons und von der Heydt mit voller Sicherheit auf den Regenten selbst zurückzuführen ist, und daß, mit Ausnahme vielleicht von dem doch keineswegs nach dem Willen der Regentin ernannten Patow, Heydt und Simons, alle Minister der politischen Grundanschauung des Regenten voll und ganz entsprachen, beachtet man endlich die Thatsache, daß nicht das Ministerium ein Regierungsprogramm, sondern daß der Regent, hier selbständiger als andere Monarchen, selbst ein solches entwirft und ihm danach zu handeln befiehlt, so mag immerhin die Prinzessin im Laufe des Oktober und der ersten November-Woche in ihren Briefen auf den einen oder anderen als geeignet zur Übernahme eines Ministeriums hingewiesen, mag die eine oder andere Ernennung erbeten haben, die Worte aber des Regenten — die dieser, und darauf ist der Ton nun ganz besonders zu legen, niemals gesprochen hätte, wenn sie nur einem gereizten Gefühl über einen häßlichen Vorwurf entsprungen wären — die Worte des Regenten an den Grafen Stolberg geben uns, unwidersprochen wie sie geblieben sind, die historische Wahrheit. Der Regent hat sein Ministerium selbst ernannt und auch selbst gewählt.

II.

Die preußische Politik während des Krieges von 1859.

1. Grund zum Kriege.

So wollte es nun der Gang der Weltgeschichte, daß der Regent und sein Ministerium alsbald vor eine Aufgabe gestellt wurden, die folgenschwer auf die Geschicke Preußens und Deutschlands einwirken konnte. Im tiefsten Frieden hatte der Regent die Regierung angetreten, im Innern Preußens und Deutschlands allein schienen die Bahnen zu liegen, auf denen er wandeln sollte, und nicht um der Hoffnung auf äußere Erfolge willen, sondern in der Hoffnung auf den Sturz der Reaktion, auf ehrliche Anerkennung der Verfassung, vielleicht sogar auf Erweiterung der Volksrechte und im Zusammenhange damit auf eine den Wünschen der Nation entsprechende Herbeiführung größerer Einheit Deutschlands sah man in dem Ministerium Schleinitz die kommende neue Ära. Hier konnten Erfolge blühen, je nachdem man es verstand, die Wünsche der Nation auf praktische und gangbare Wege zu leiten, hier konnte es auch zu Kämpfen kommen, je nachdem die Rechte der Krone etwa angetastet, die Macht Preußens beeinträchtigt wurden. Wolkenlos aber, so hat Manteuffel bei der Übergabe des Ministeriums nach Gruner zu Schleinitz gesagt, sei der politische Horizont, und mehr oder minder erschöpft durch den kaum beendeten Krimkrieg, schienen die fremden Staaten alles Interesse daran zu haben, den Völkerfrieden zu bewahren. Wie sehr irrte sich Manteuffel, wie mußte er beinahe wünschen, sich zu irren! Die Neutralität, die Bismarck während des Krimkrieges immer und immer wieder empfohlen hatte, war doch eine sehr andere, als

die von König Friedrich Wilhelm IV. befolgte, und ganz verschieden, wie sie begründet war, hatte sie nur zu der tiefen Demütigung auf dem Pariser Kongreß geführt. Preußen war isoliert, die Achtung vor seiner Macht war tief gesunken, und wie man zur Unterzeichnung des Friedens allein durch den Willen Napoleons, in dem man die Inkarnation der Revolution von Grund des Herzens haßte, zugelassen war, so durfte man froh sein, wenn das preußische Staatsschiff, im Kielwasser Rußlands segelnd, in den Tuilerien den Anschluß an Europa wiederfinden konnte. Auf dem Wege, den die Berliner Kamarilla haßte wie die Sünde, schien allein die Politik Preußens befolgt werden zu müssen; das war der Rat, den Bismarck zum tiefen Kummer Gerlachs und vieler anderer als den richtigen immer wieder erteilte, das war das Resultat, das die Kamarilla erreicht.

Würde der Regent diese Isolierung überwinden? Würde er das alte Ansehen im europäischen Staatenkonzert zurückgewinnen? Gewiß ist, daß das ganze Ziel seiner Gedanken darin bestand, Preußen groß und mächtig zu machen, größer und mächtiger durch Klugheit, Konsequenz und Energie, als es die materiellen Mittel zu erlauben schienen. Würde aber sein neues Ministerium, wenn nun wirklich sich Wolken am politischen Himmel zeigen sollten, originelle und fruchtbringende Gedanken zeitigen, würde es nach den Wünschen der hohen Frau an der Seite des Regenten hohe Politik treiben oder allein von den Befehlen des Regenten abhängig sein?

Da ballten die Wolken sich wirklich zusammen, und Europa gab dem Regenten eine Aufgabe auf, die erhöhte Bedeutung dadurch gewann, daß sie die Gelegenheit zu bieten schien, auch die deutsche Sache einen Schritt zur Lösung weiter zu führen. Denn es verknüpft sich damit die Frage, ob der Regent, wie man ihm heute vorwirft, gleich im Anfang seiner Regierung, wie es bisher geschehen, eine große Gelegenheit versäumt hat, mit der Erneuerung und Erstarkung der Macht Preußens zugleich die Einheit Deutschlands herzustellen, und

ob damals, wie der Biograph Bismarcks will, wirklich in Berlin ein höfisches Spiel mit den wichtigsten Interessen Deutschlands gespielt worden ist, dem Bismarck ohnmächtig gegenüber gestanden hat. Sollte der Regent wirklich derartige Dinge nicht bemerkt, sollte er sie gar zugelassen haben?

Wem sollen wir glauben, dem Verfasser des ersten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen", der uns wiederholt versichert, daß der Regent bei der Lösung dieser Aufgabe unter dem Einfluß der Gemahlin handelte, oder dem Verfasser des zweiten Bandes ebendesselben Werkes, der uns von dem Schwergewicht spricht, das nach dem Antritt der Regentschaft der Wille und die Überzeugung des Prinzen von Preußen und späteren Kaisers auf dem außermilitärischen, dem politischen Gebiete darstellte, und das, wie er uns versichert, das eigenste Produkt der mächtigen und vornehmen Natur war, die diesem Fürsten, unabhängig von der ihm zu teil gewordenen Erziehung, angeboren war?

Hat der Prinz-Regent wirklich mit seiner Lösung der Aufgabe, wie sein Biograph, hinausgehend über alle Vorwürfe der damaligen und späteren Zeit, urteilt, schlechterdings nichts, hat er für Deutschland, wie für Preußen gar nichts erreicht? Oder war wirklich, wie der Biograph der Kaiserin Augusta will, die Politik des Regenten selbst für seinen eigenen Staat, war sie für Preußen selbst nutzlos und allzu gefährlich? Und hätte sie denn wirklich Preußen in eine abhängige Lage von Österreich gebracht, wenn nicht der unerwartete Friedensschluß von Villa Franca dies furchtbare Unglück, das der Regent verschuldet haben soll, ohne sein Zuthun glücklich verhindert hätte? Oder urteilt Sybel zutreffender, wenn er jeden Tadel des Schwankens und Zauderns nicht nur abweist, sondern zugleich behauptet, mit gutem Grunde habe der Prinz-Regent es vermieden, den Enthusiasmus der Zeit zu benutzen, um sich an die Spitze Deutschlands zu stellen?

Seit den Tagen des Pariser Kongresses beinahe lag im Gegensatz zu der jetzt durch Gruner bestätigten Ansicht des

Berliner Kabinetts der Krieg in der Luft. Denn in Wirklichkeit hatte er nicht sowohl allseitig befriedigende Entscheidungen über schwebende Fragen getroffen, als solche recht eigentlich aufgerollt, er hatte bestehende Freundschaften zwischen Staaten wie Rußland und Österreich, England und Frankreich gelöst, bestehende Feindschaften wie zwischen Frankreich und Rußland zu freundschaftlicher Annäherung geführt. Keine der Mächte, insbesondere auch keine der Westmächte war durch den Frieden saturiert. Rußland glaubte die Fessel, die der Kongreß ihm im Schwarzen Meer auferlegt hatte, am leichtesten durch seinen bisherigen Feind, Frankreich lösen zu können, und Napoleon trat in der That in der Frage der Balkanstaaten auf die Seite Rußlands. Beinahe, darf man sagen, haßte er Österreich, und indem er sich über die heillose Mißwirtschaft des Kaiserstaates in den österreichischen Ländern Italiens, sowie über den bestimmenden Einfluß, den sich Österreich auch in den mittelitalienischen Ländern durch Verträge gesichert hatte, entrüstete und mit den Italienern, die das Haus Habsburg aus ihrem Vaterlande zu verdrängen und einen nationalen Einheitsstaat zu begründen strebten, verbündete, dachte er zugleich durch eigenen Gewinn seine Stellung in Frankreich zu befestigen.

Hier aber lag, wie der näher Eingeweihte ahnen mochte, der Keim des zukünftigen Krieges. Denn schon nach dem Pariser Kongreß hatte Preußen, worüber näheres nicht bekannt ist, im Verein mit den anderen Mächten versucht, diese zwischen Frankreich, Sardinien und Österreich bestehende Spannung zu lösen und die obwaltenden Differenzen auf gütlichem Wege zu einem gedeihlichen Austrage zu bringen. Allein vergeblich. In Paris und in der Krim, so sagte Cavour, ist ein Same ausgestreut, den die Zeit und die Weisheit der Italiener zur Reife bringen werden.

Nicht anders als mit Waffengewalt konnten sie daran denken, die Grundbedingung ihrer nationalen Einheit, d. h. die Befreiung von der österreichischen Fremdherrschaft, zu erreichen. Und, viel zu schwach, es allein durchführen zu

können, waren sie doch wieder auf fremde Hilfe angewiesen, und diese konnten sie nach Lage der Verhältnisse nur von Napoleon erwarten. Napoleon aber brauchte auch seinerseits den Krieg, so unbequem er ihm persönlich sein mochte. Freilich sein Ansehen schien befestigter und sicherer als je. Im Innern hatte der schließlich glückliche Ausgang des Krieges die Macht seines Thrones wesentlich gehoben, und eine gesetzgebende Körperschaft stand ihm zur Seite, wie sie gefügiger nicht wohl denkbar war. Wie eine Ironie des Schicksals aber mochten die reaktionären Parteien in ganz Europa es empfinden, daß sie in diesem Napoleon, dem Sohn und Vertreter der Revolution, der ihren Nikolaus besiegt, jetzt recht eigentlich den Hort des Absolutismus anerkennen mußten, der zugleich die Geschicke aller Staaten in der Hand zu halten schien. Allein die inneren Gegner des napoleonischen Regiments waren doch mehr zum Schweigen gezwungen als überzeugt, und nur widerwillig beugte das Ausland sich vor dem Emporkömmling und dem Neffen des mit vereinter Kraft dereinst niedergeschlagenen großen Onkels. Nur neue Erfolge, immer neues Handeln und thatkräftiges Eingreifen in die Politik Europas, vor allem auch ein greifbarer Gewinn, wie er in der Eroberung von neuen Landesteilen lag, schienen sein Regiment im Innern zu rechtfertigen, im Auslande zur Geltung und Gleichberechtigung zu bringen. Nur Kurzsichtigkeit ist es wohl, wenn man ihm vorwirft, er habe, indem er das Nationalitätsprinzip jetzt zur Richtschnur seines Handelns und zur Grundlage der europäischen Staatengemeinschaft erhob, das Verkehrteste gethan, was er thun konnte. Im Grunde war es doch nur die Erweiterung der Volksabstimmung, auf der seine Herrschaft beruhte, vom französischen auf europäischen Boden, war in gewissem Sinn doch nur die Rückkehr zur Politik Ludwigs XIV. und seiner Reunionskammern. Nur darauf kam es an, es richtig, d. h. im französischen Interesse zu verstehen, anzuwenden und auszunutzen. Dazu war aber für Napoleon nicht nur Krieg, sondern auch ein in die Augen fallender, seine Franzosen

packender Grund notwendig. „Non seulement nous prendrons la première occasion à faire la guerre, mais nous chercherons un prétexte", sagte völlig zutreffend der Fürst de la Tour im Februar zu Turin. Denn an sich lag für Frankreich ein solcher zum Eingreifen in den Krieg, wie er zwischen dem nach seiner nationalen Einheit ringenden Italien und dem es knechtenden Österreich nun einmal unvermeidlich war, nicht vor. Wohl aber bot sich bei der Entwicklung der Völker ein solcher in der Aufstellung des Nationalitätsprinzips. Dafür konnte man die Franzosen ebenso entflammen, wie einst für das suffrage universel, und überdies wurzelte, so absolut und despotisch Napoleon für jetzt in Frankreich regierte, sein Thron und seine Persönlichkeit recht eigentlich in den für die Franzosen noch immer so begehrenswerten revolutionären Elementen, und eben diese waren damals in Italien mit den nationalen vereint, ja in deren Förderung durch Napoleon sah der Franzose zugleich den Sieg der eigenen Sache, die ihn mit dem Regiment Napoleons wieder versöhnte. Die Staaten des Westens ruhen, so lehrte treffend Cavour, trotz der Verschiedenheit der Staatsformen auf demselben Grundgedanken, für Österreich aber ist der Westwind — der Tod.

Mochte immerhin der von Italien geforderte Kampfpreis — Savoyen und Nizza — eine scharfe Verleugnung des proklamierten Nationalitätsprinzips sein, so war er doch nicht nur im Kampfe für die italienische Nationalität gegen einen Staat errungen, der aller nationalen Zusammenfassung so gröblich widersprach wie Österreich, sondern er war für Frankreich ein so willkommener Gewinn, ein so klarer Beweis für die französische Vormachtstellung in Europa, daß sicherlich kein Franzose den Widerspruch bemerkte, sondern mit stolzem Jubel den Vorteil für die eigene Nationalität hinnahm.

Nun aber drängte Sardinien den Kaiser, mahnte ihn an frühere Zusagen, an dereinstige Versprechungen, und mit grausiger Deutlichkeit erkannte Napoleon in der Bombe Orsinis nicht nur eine solche Erinnerung, sondern zugleich eine War-

nung, ein Memento mori für seine eigene Person. Nicht sowohl seinen Thron, als vielmehr sein Leben selbst glaubte er in Gefahr, wenn er nicht zugriff, und da Cavour den geforderten Preis in Plombières (20. Juli) bekanntlich zugestand, so zögerte Napoleon nicht mehr; er entschloß sich.

Nach alledem möchte man glauben, daß die geharnischte Rede, mit der Napoleon am Neujahrstage 1859 den österreichischen Gesandten in Paris, Baron Hübener, begrüßte, und mit der er einen Sturm von Unwillen und Aufregung überall, in den Börsen voran, erregte, in der Thronrede Viktor Emanuels zehn Tage später aber ein deutliches Echo weckte, dem Berliner Kabinett nicht so unerwartet kommen konnte, wie es damals den Anschein hatte. Schon im März 1858 hatte Bismarck durch seine Agenten von der allgemein in Berlin herrschenden Besorgnis vor einer baldigen Störung des Friedens im Westen gehört, und wenn dem Kabinett ebenso wie ihm die Dinge noch nicht so bedrohlich, sondern mehr aufgebauscht erschienen, so gesteht doch Gruner ein, daß die Zusammenkunft Napoleons und Cavours in Plombières Aufsehen und Vermutungen über ein Einverständnis hervorgerufen habe, und daß man im November wußte, wie das englische Kabinett Veranlassung zu der Besorgnis zu haben glaubte, es werde ein französisch-österreichischer Konflikt über den Fortbestand der österreichischen Herrschaft in Italien ausbrechen. Seltsam nur, daß das auswärtige Ministerium keine eigenen Agenten gehabt zu haben scheint, die ihm nähere Nachrichten zukommen ließen, und seltsam nur, daß Schleinitz und Gruner weder Schlüsse gezogen, noch irgend welche Vorkehrungen getroffen zu haben scheinen. Jedenfalls erhielt, was heute fast vergessen ist (doch erinnert jetzt Gruner daran), die Regierung volle Klarheit, als noch im Dezember 1858 Napoleon dem Fürsten von Hohenzollern durch einen mit ihm, wie mit dem Fürsten verwandten italienischen Marquis Pepoli eine hochpolitische Denkschrift übersandte, in der er seine Absicht, im Bunde mit Italien Österreich mit Krieg zu überziehen, kundgab und Preußen vor die

Alternative stellte, entweder durch Anschluß an Frankreich in Deutschland volle freie Hand zu erhalten, oder durch Anschluß an Österreich und Garantie der österreichischen Besitzungen in Italien Napoleon sofort und unter Anrufung Rußlands zur Kriegserklärung an Deutschland zu veranlassen. Wir werden sehen, wie es sich für den Regenten durchaus von selbst verstand, eine solche Aufforderung, mit französischer Hilfe Deutschland zu einigen, rundweg abzulehnen. Gruner, der sich das Verdienst dieser Ablehnung zuschreibt, obwohl er eingesteht, daß der Regent eine solche Zumutung nur als eine rohe Beleidigung empfinden konnte, sagt überraschender Weise wieder nicht, ob das Ministerium irgend eine Vorsichtsmaßregel daraufhin für nötig erachtet habe. Es scheint in der That eine solche auch jetzt noch nicht eingeleitet worden zu sein, obwohl nur wenige Tage darauf noch ein Brief der Herzogin von Sagan an den Prinzen Karl von Preußen mit der Nachricht einlief: „L'emperieur veut la guerre, il préfère le canon au poignard", und obwohl wieder einige Tage später die Kaiserin Eugenie dem preußischen Botschaftssekretär in Paris mit den verheißungsvollen Worten schmeichelte: „J'espère, que la Prusse sera avec nous, elle ne pourra qu'y gagner."

Das Berliner Kabinett und nun nach Napoleons Rede die ganze Welt war gewarnt, war darauf hingewiesen, daß ein neuer, großer Krieg entstehen werde. Die Gelegenheit schien da, aus der unwürdigen Stellung, in die man während des Krimkrieges geraten war, wieder herauszukommen, die Achtung Europas durch eine selbständige Politik wieder zu gewinnen und Schmähartikel unmöglich zu machen, wie sie in der englischen Presse seit Jahren üblich und nicht einmal bei der Verlobung des preußischen Prinzen mit der princess royal unterdrückt waren. Denn daß der bevorstehende Krieg ganz Europa in seiner Tiefe treffen werde, wurde bald überall gefürchtet, da er die beiden Triebfedern des allgemeinen politischen Lebens der Zeit, den Kampf um die Verfassungen der Staaten und das Durchringen der Nationalitäten nach Daseins-

berechtigung gleichmäßig berührte. Für Preußen insbesondere, so fern ihm der Streit zu liegen schien, fragte es sich, ob er nur europäische Bedeutung haben, oder ob er, wie für die sich bildende Einheit Italiens, so auch für die ersehnte einheitliche Gestaltung Deutschlands von Wichtigkeit sein werde.

Es fragte sich, ob es in Preußens Interesse liege, stillzusitzen oder teilzunehmen, hüben oder drüben, ob es für sich selbst eine Gelegenheit finden könne, einen Vorteil zu gewinnen, oder ob es für das Reich einen solchen erobern könne, ob es nach dem Sinne der heiligen Allianz ins Feld ziehen müsse gegen die Napoleoniden, oder ob es für alle Schmach Metternichscher und Schwarzenbergscher Politik in der Verlegenheit Österreichs Genugthuung suchen solle. Allein, obwohl die damalige demokratische Partei es leugnete, war in jenen Tagen ein bloßer Kabinettskrieg gar nicht mehr möglich. Einen solchen konnte es damals nicht mehr geben, sondern schon die bloße Furcht vor dem Kriege erregte aller Orten, in Frankreich wie in Österreich, in England wie selbst in Rußland, wesentlich aber in Deutschland die öffentliche Meinung auf das tiefste. So wenig wir davon hören, daß die Regierung sie leiten und selbst schaffen wollte, so drang die Ansicht in den Kabinetten oder doch in dem Berliner Kabinett durch, daß man nicht allein nicht gegen, sondern auch nicht ohne den Willen, nicht ohne die Leidenschaft des Volkes Krieg führen könne. Auch der Regent legte ein großes Gewicht auf die Übereinstimmung seiner Regierung mit den Bedürfnissen seines Volkes, wie sie sich in der öffentlichen Meinung zur Geltung brachten, und es wird nicht zu umgehen sein, einen, wenn auch nur kurzen Blick auf sie zu werfen.

2. Die öffentliche Meinung.

Es wäre die Frage gewesen, so urteilt Sybel, jeden Tadel über die Resultatlosigkeit der preußischen Politik für die deutsche Frage ablehnend, ob der Regent den Enthusiasmus der sechs Millionen Süddeutscher für Österreich oder den der zwölf Millionen Preußen für Italien hätte verwerten sollen. So einfach lagen die Verhältnisse doch nicht. Allerdings, während jetzt, wie man weiß, die langjährige, systematische Bearbeitung der süddeutschen Zeitungen durch österreichische Guldenscheine ihre Früchte trug, und neue Sendungen aus den k. k. Kassen die öffentliche Meinung südlich des Mains zu höchst leidenschaftlicher Parteinahme für das Kaiserhaus und seine außerdeutschen Interessen erhitzten, war die Stimmung in Norddeutschland anfänglich kühler. Aber hier wichen die Ansichten ganz erheblich von einander ab, und auch innerhalb der Parteien und unter den Staatsmännern selbst herrschte keineswegs Übereinstimmung, welchen Weg man am besten einschlage, ob man auf diese oder jene Seite treten, welche Bedingungen man stellen, welche Vorteile zu gewinnen suchen solle, und ob die etwaigen Erfolge in der Machtstellung Preußens in Europa, oder in der Kräftigung seines Ansehens in Deutschland zu suchen seien.

Die alte Kamarilla, die Partei der Kreuzzeitung, war bei ihrer prinzipiellen Feindschaft gegen Napoleon selbstverständlich mit ihrem Urteil schnell fertig. Unbedingt müsse man die Gelegenheit, da Österreich im Kampfe mit Frankreich stehe, benutzen, diesen Napoleon und mit ihm die Revolution niederzuschlagen. Man wußte zwar recht wohl, daß, wenn wirklich,

wie man in den Tuilerien und in Turin hoffen mochte, die Hofburg sich durch Napoleons und Cavours Machinationen hinreißen lassen sollte, die Feindseligkeiten zu eröffnen, dies nicht der Politik des Grafen Buol, sondern, wie die Gegner tadelnd sagten, den „Machenschaften der Erzherzogin Sophie und ihrer Pfaffen" zu danken sein würde, und daß diese hofften, eben durch den Krieg die Reaktion vor allem in Österreich, demnächst aber auch in Italien, Frankreich und Deutschland zu neuem Leben zu erwecken. Der Sturz Napoleons, die Erhebung Königs Heinrich V. auf den Thron seiner Väter, das war das Ideal vieler Köpfe in der kaiserlichen Hofburg, das war aber auch das Ideal weitester Kreise in ganz Preußen rechts der Elbe. Nur um so willkommener war mithin einem Leopold von Gerlach und seinen Freunden der Kampf der schwarz-weißen Fahnen Seite an Seite mit den schwarz-gelben, und sie ließen es sich nicht weiter anfechten, daß sie eben das Lied sangen, das die liberale Presse Süddeutschlands nicht müde wurde, im Interesse Österreichs, also wohl kaum des preußischen zu singen. Durften sie doch hoffen, mit dem Siege des Kaiserstaates auch in Berlin wieder zur Geltung zu kommen und den Regenten auf ihre Bahn zu zwingen. Die Begeisterung der Freiheitskriege wurde angefacht, alles Üble, das für jeden Preußen mit den Namen Napoleon zusammenhing, wurde in die Erinnerung gebracht, und nur wohlberechtigte politische Weisheit schien es, wenn man an den Frieden von Basel gemahnte und darauf aufmerksam machte, daß die Lage dieselbe sei wie 1805. Unter keinen Umständen, hieß es — und auf welchen politisch und patriotisch denkenden Mann hätte diese Mahnung ihre Wirkung verfehlen sollen — dürfe man den damals gemachten Fehler wiederholen, dürfe nicht wieder still sitzen und Österreich allein lassen, wolle man nicht, nachdem Napoleon durch den Sieg über Österreich um vieles mächtiger geworden, hinterher allein von den Franzosen vor die Klinge genommen werden und ein neues 1806 erleben. Mehr oder weniger zuversichtlich hoffte man auf den Anschluß Rußlands, auf die Wiederherstellung

der heiligen Allianz und schlug damit — wer wollte es bezweifeln — verwandte Saiten und Töne bei den Regenten an. Konnte man aber die Hinweise auf die denn doch mehr als deutlich zu Tage getretene Feindschaft Österreichs nicht völlig leugnen, so störte auch das die Schlüssigkeit der Folgerung nicht, führte nur umgekehrt zu der Forderung, Preußen solle selbständig handeln, wie es seiner Zeit auch Friedrich der Große während seiner Allianz mit Frankreich gethan habe. Es war eine Politik, die, wie sie auf historische Erfahrungen begründet war, in sich unzweifelhaft logisch gedacht und ebenso unzweifelhaft auf eine würdige Stellung Preußens in Europa berechnet war. Allein sie war durch und durch fehlerhaft deshalb, weil sie zwar die österreichische Niederlage fürchtete, aber den für Preußen aus ihr etwa zu ziehenden Gewinn nicht in die Berechnung zog, und weil anderseits gerade der Sieg Österreichs auch dessen Stellung in Deutschland nur kräftigen und Preußens Stellung im Bunde noch weiter zurückdrängen mußte. Sie war fehlerhaft vor allem, weil sie ohne weiteres eine mechanische Wiederholung der Weltereignisse voraussetzte, weil sie weder die Verschiebung der staatlichen Interessen noch den Fortgang der Bedürfnisse und Ideen des deutschen Volkes beachtete.

Allein denselben Gedanken, den Gedanken, wenn überhaupt zum Schwerte gegriffen werden müsse, so müsse Preußen an Österreichs Seite kämpfen, finden wir auch bei den Antipoden der Hochkonservativen, bei den Demokraten, ja überhaupt fast bei allen Parteien. Mochte Gerlachs Vorstellung, die in Napoleon nur die Inkarnation der Revolution sah, von vielen verworfen, von manchem bespöttelt werden, so überwog doch das Gefühl der alten Erbfeindschaft gegen Frankreich und der alten Zusammengehörigkeit mit Österreich auch in Norddeutschland noch weitaus eine reale, kleindeutsche Politik und ein unparteiisches Urteil über Napoleon. Gewiß war man weit entfernt davon, für die häßliche Mißwirtschaft Österreichs in Italien eintreten zu wollen, man hegte vielmehr in den liberalen

Parteien aller Schattierungen ein sehr lebendiges Mitgefühl mit den italienischen Patrioten und ihren, den unseren so nahe verwandten, mehr und mehr erkannten Einheits-Bestrebungen, aber das schien doch selbst dem Kammerpräsidenten von Unruh selbstverständlich, daß man ein gegen Frankreich unterliegendes Österreich, daß man den besiegten deutschen Mitbruder nicht im Unglück stecken lassen dürfe. In erster Linie möglichst den Frieden erhalten, in zweiter aber für Österreich eintreten: das wurde das stets wiederholte Thema der Zeitungen, das aber auch das Schiboleth in den Kammern.

Und dabei blieb man, trotzdem nicht nur Österreich selbst seine Allmacht über Preußen zu erstrecken suchte, sondern auch die Anmaßung der Klein- und Mittelstaaten gegen Preußen in demselben Maße wuchs und nicht nur von den Altliberalen, sondern bis hinein in die Reihen der Demokraten mit Unwillen empfunden wurde. Freilich mußten die deutschen Staaten nach der „österreichischen Pfeife tanzen", aber in der Kaiserburg glaubten die meisten von ihnen ihr souveränes Sonderinteresse am sichersten behütet, und in der österreichischen erkannten sie immer wieder die eigene Melodie. Das leugnete zwar der Herzog Ernst von Koburg, der eben damals mit vielen seiner altliberalen Freunde „gründlichst brach" und weiter nach links Fühlung suchte. Gerade er war es, der überall den Anschluß an Österreich unbedingt empfahl, ja „mit Feuereifer" Preußen zum sofortigen Losschlagen drängte, ohne die preußischen Interessen, noch gar die österreichischen Gegeninteressen als solche in volle Erwägung zu ziehen. Mit Rücksicht auf die gewaltige Überlegenheit, die Napoleon durch seinen Sieg über Österreich in Europa gewinnen werde, nahm er ohne weiteres an, Österreich werde die innere nationale Reorganisation als Preis der unumgänglich notwendigen Hilfe sicher gewähren, und Preußen habe daher nur nötig, auf das Unionsprogramm von 1850 zurückzukommen. Ungerufen suchte der Herzog sich bekanntlich an jeder politischen Aktion zu beteiligen und sandte an Fürsten, Staatsmänner und Politiker jeder Art eingehende Briefe,

ausführliche Denkschriften, weitläufige Ratschläge, so auch an den Regenten. Allein so ernstlich sich dieser auch mit diesen Aufsätzen beschäftigen, so gütig er sie beantworten mochte, so fand er in ihnen doch keine positiven Ratschläge, keine ausführbaren Mittel angegeben. Immer wieder wiederholt der Herzog zwar trotz seiner vielfachen persönlichen Beziehungen zu Napoleon die Notwendigkeit des Anschlusses an Österreich und gesteht auch, daß es dafür Konzessionen machen müsse, allein welche diese sein möchten, sagt er so wenig, wie er den Weg angiebt, auf dem man Österreich dazu nötigen könne. Denn auch die Vorschläge, die er im Mai 1859 umständlich vorträgt, enthalten in der Hauptsache nur die Forderung, daß Preußen Österreich seine Hilfe leisten solle, trotzdem Österreich der angreifende Teil sei. Sie waren aber damals für den Regenten, wie der Herzog wissen mußte, durch das geforderte Zugeständnis des geteilten Oberbefehls im Kriege ebenso unannehmbar, wie für Österreich dadurch, daß sie ihm jeden Schritt für die Mobilisierung des Bundes und überhaupt jedes einseitige Vorgehen am Bunde untersagten. Weder Preußen noch Österreich konnten solche Konzessionen sich gegenseitig machen, und so bleibt denn — auf spätere Vorschläge des Herzogs kommen wir zurück — als Resultat seiner politischen Thätigkeit nur, daß er, wie Alvensleben ihm vorwarf, Preußen blindlings an die Schleppe des österreichischen Interesses festnesteln wollte: ein Resultat, mit dem der Regent sich niemals einverstanden erklärt hätte.

Annehmbarer schien die Ansicht altliberaler Politiker, die wie Bernhardi und Duncker zwar lebendige, persönliche und politische Fühlung mit dem Herzog hatten, aber doch sowohl über Preußens und Österreichs Stellung in Deutschland schärfer urteilten, als auch die Pläne Rußlands und Englands energischer als der Herzog in Betracht zogen. Mit vollem Herzen eiferten und erregten auch sie mit ihrer ganzen Partei sich gegen Frankreich und waren zu allem bereit, forderten, allerdings wohl nicht gerade politisch, Preußen solle erst Frankreich niederschlagen, dann sich gegen Rußland wenden. Den Anschluß an

Österreich wollen mithin auch sie, aber doch nicht unbedingt, nicht unabhängig von „Eventualitäten", die im Laufe des Krieges eintreten könnten, sondern abhängig von bestimmten Forderungen und Bedingungen, die Preußen stellen, Österreich gewähren müsse, ehe man das Schwert für das Haus Habsburg ziehen könne. Vornehmlich die Macht Preußens im Bunde haben diese Bedingungen zum Ziele, und es scheint, daß sie den Fürsten von Hohenzollern, dessen Einverständnisses sich freilich auch Herzog Ernst wohl nicht ganz mit Unrecht rühmt, bereit gefunden haben, nach ihrer Ansicht die Politik zu gestalten. Man stellte ein Programm auf und hatte gesucht, es so zu fassen, daß die öffentliche Meinung und die Völker Deutschlands sich darum scharen könnten, weil alle Forderungen in wirklichen deutschen Interessen begründet lägen. Die Teilnahme am Kriege Seite an Seite mit Österreich erschien ohne weiteres selbstverständlich, nur jedes Aufschieben und Hinhalten sei bedenklich, und bestimmte Forderungen zu Gunsten der eigenen Stellung Preußens in Deutschland und zur Befriedigung des deutschen Nationalsinnes müsse man stellen. Man forderte vor allem für Preußen die Führerschaft in Deutschland, sie solle Preußen nicht nur beanspruchen, sondern kurzweg thatsächlich in Besitz nehmen. Man forderte die Parität am Bundestage, aber man beruhigte sich nun doch wieder mit dem wechselnden Präsidium, das sie zu verbürgen schien. Man forderte die Aufgabe jeden Widerspruchs Österreichs gegen preußische Militär-Konventionen mit den Kleinstaaten, die energische Durchführung des Streites um Schleswig-Holstein, die Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes in Hessen und Hannover, sowie verbesserten Schutz der Westgrenze, womöglich das Besatzungsrecht von Mainz und Rastatt und die Aufhebung der Olmützer Konvention. Das Notwendigste aber sei die Aufstellung einer bedeutenden Militärmacht im südlichen Deutschland und endlich Bemächtigung der süddeutschen Presse und Aufklärung der Nation über Österreichs wahre Pläne. Der Gedanke war gewiß richtig und entsprach sowohl dem deutschen, wie dem preußischen

Interesse. Allein wie man Österreich, zumal wenn es nur einigermaßen kriegerische Erfolge aufweisen konnte, zu solchen Konzessionen nötigen wollte, oder wie Preußen ohne weiteres Besitz ergreifen sollte, von dem was man verlangte, das war nun wieder nicht gesagt, und ebenso wenig war angegeben, wie Preußen die Führerschaft thatsächlich in Anspruch nehmen sollte, wenn denn doch, wie vorausgesetzt, Österreich im Bunde bleiben sollte. Den Bund zu sprengen, hat Bernhardi sicherlich nicht gedacht, und wenn ihm der nahe liegende Einwand gemacht wurde, daß sein Programm ohne Blutvergießen nicht ausführbar sei, so dachte doch auch er noch nicht daran, es gegen Österreich vergießen zu müssen, sondern mit Österreich im Bunde sollte Preußen, so schloß er, gegen Frankreich bluten, und die Hoffnung beseelte ihn offenbar, die im Programm aufgestellten Forderungen würde Österreich uns schon im voraus gleichsam als Siegestrophäe und als Dank vom Hause Habsburg vertragsmäßig zugestehen.

War das die Durchschnittsmeinung in der alten Wochenblattpartei, so gab es doch auch unter ihnen einige, die gerade umgekehrt den Anschluß an Österreich für die verkehrteste Politik hielten, die Preußen einschlagen könne und nicht nur Neutralität, sondern eine für Frankreich günstige Neutralität befürworteten. Bei solcher Ansicht waltete der Gedanke vor, nach einer voraussichtlich gründlichen Schwächung der Präsidialmacht werde man den Frieden diktieren und zwar so diktieren können, daß Preußen im Bunde die ihm zukommende Stellung erhalte. Ja noch andere, so notiert Herzog Ernst mit innerlichem Grimm, den auch Bernhardi voll empfindet, hätten sogar die Möglichkeit ventiliert, in Verbindung mit Napoleon über Österreich herzufallen. Zu den Vertretern dieser Ansicht gehörten vor allem Graf Pourtalès und Usedom, jener beeinflußt zum Teil durch eine gewisse Vorliebe für das Französische, dieser durch energischen Widerwillen gegen den österreichischen Hochmut, den er als Bismarcks Nachfolger in Frankfurt tagtäglich erfahren mußte, beide aber vor allem beseelt von

Sympathieen für die um Einheit und Freiheit ringenden Italiener. Am liebsten hätten beide, so klagt Gruner weit übertreibend, die habsburgische Monarchie in die Luft gesprengt, um Neuitalien herzustellen und die preußische Oberherrschaft in Deutschland zu begründen, und voller Entrüstung stellt Usedom im weiteren Verlauf der Dinge immer wieder die Frage, warum denn der Landwehrmann aus Tilsit sich vor Paris totschießen lassen solle, um die Herrschaft der Österreicher und Ultramontanen über Italien aufrecht zu erhalten. Allein wie Usedom damals Preußens Hegemonie im Bunde begründen wollte, erfahren wir nicht, ihm kam es vielmehr in erster und in letzter Linie vor allem auf die Erhaltung des Friedens an. Er fürchtet sogar einen Riß im deutschen Bunde, wenn Österreich weiter durch seine Treibereien Preußen bis zum Angriffskrieg dränge, und Preußen alsdann ein Nein! Halt! Bis hierher und nicht weiter! sagen werde. Dann werde der leidenschaftliche Hader beginnen, in dem Preußen als der Feind des gemeinsamen Vaterlandes dargestellt und angegriffen werde. Komme es aber wirklich durch Bundesbeschluß zum Kriege, und Kaiser Franz Joseph erscheine inmitten der deutschen Armee, so werde er als sichtbares Oberhaupt, als deutscher Kaiser anerkannt werden. Allzu sehr hätte es Usedom nicht gekümmert, wenn bei dieser Gelegenheit der Bund zerrissen würde, da er am wenigsten für Preußen etwas wert wäre. Aber Usedom und Pourtalès waren doch mehr Männer der Theorie als der That. Sie intrigierten zwar, wie wieder Gruner tadelnd bemerkt, noch nach der Mobilmachung gegen einen Krieg im Sinne Österreichs, aber in der Ministerialsitzung, die sie beschloß, haben sie überhaupt nicht das Wort erbeten, um ihre Ansicht durchzufechten, und als Usedom erfuhr, daß Herren der Gothaer Partei geurteilt hätten, man könne die Gunst des Augenblickes benutzen, um Österreich ganz aus Deutschland herauszudrängen, da hatte auch er nur ein Kopfschütteln über ein so unglaubliches Beginnen.

In der Ansicht, Österreich müsse so gründlich wie möglich

zu Boden geworfen werden, begegneten sich nach Herzogs Ernst Beobachtung freilich die verschiedensten Fraktionen. Er nimmt aber seiner Beobachtung wieder die Sicherheit, indem er einmal zusetzt, sie fänden es nicht geraten, ihrer Ansicht offen und deutlich Ausdruck zu geben, und indem er anderseits nur Bethmann-Hollberg und Vincke zu nennen weiß, dieser aber sich in der Kammer, wie wir hören werden, ganz anders äußerte. In Wirklichkeit können es nur sehr wenige gewesen sein, die eine so kühne Politik durchgeführt wissen wollten. Nur von Samwer in Gotha hören wir noch, daß er ernsthaft die Meinung vertrat, Preußen dürfe sich nicht scheuen, auch gegen Österreich Hand an das Schwert zu legen und solle deshalb Truppen nach dem Süden, auf das fränkische Plateau senden, um die kleinen Herren im Zaume zu halten. Preußen müsse der Absicht Österreichs, es durch Abstimmung am Bunde auch wider seinen Willen zur Teilnahme am Kampf für Österreichs Interessen zu zwingen, zuvorkommen, es müsse das Prävenire spielen, im voraus alle für den Angriffskrieg stimmenden Staaten für bundbrüchig erklären und in dieser Weise sowohl den Schutz Deutschlands wie die Leitung der deutschen Angelegenheiten übernehmen. Dem Prinz-Regenten traut Samwer die Ausführung solch kühner Politik zu, der sei der Beste von allen, zu allem bereit und entschlossen, ginge ohne Zagen die kühnsten Wege, wenn sie ihm von seinem Ministerium angeraten würden, und geschähe das nicht, so bleibe immer noch die bewaffnete Vermittlung mit selbständiger Aufstellung eines Friedensprogrammes und Aufstellung von Truppen in Deutschland.

Noch aber hat eine andere hohe Persönlichkeit sich zu dieser Parteiansicht bekannt. Und das ist kein Geringerer als der Prinz-Gemahl von England, der einzige Fürst, von dem wir hören, daß er die durchgreifendste Maßregel für die beste hielt. Allerdings, was Herzog Ernst über die Ansicht seines Bruders uns mitteilt, bezeugt nur eine volle Übereinstimmung mit der Ansicht des Herzogs, die, wie bemerkt, auf unbedingtes Ein-

treten Preußens für Österreich hinausläuft. Nun aber erzählt Graf Beust in einem Schreiben vom Mai 1859 von einer Unterredung mit dem Prinz-Gemahl, in der dieser sich entschieden für eine Ausnutzung der Gelegenheit zu Gunsten einer Neugestaltung Deutschlands unter preußischer Führung ausgesprochen habe. „Recht im anti-österreichischen Sinn" ließ sich, so berichtet Beust, der Prinz-Gemahl gegen ihn aus und verriet einen tief gewurzelten Haß gegen Österreich, der seine große und unverhohlene Abneigung gegen den Kaiser Napoleon bei weitem überwog. Der Besitz der Lombardei sei eine Verlegenheit und Last, nicht aber ein Vorteil. Der Prinz erging sich gegen Beust darin, an den Mängeln der Bundesverfassung zu mäkeln und alle Handlungen der Gegenwart herabzusetzen mit steter Hinweisung darauf, daß Deutschland keine Vertretung und keinen obersten Kriegsherrn habe. Er habe kein Hehl daraus gemacht, wie sein stiller, aber stets unruhiger Ehrgeiz alle seine Bestrebungen darauf richte, bei der jetzigen Gelegenheit die deutsch-preußischen Kaiserpläne, von denen er schon früher zu Beust gesprochen, wieder einen Schritt vorwärts zu bringen, ja soweit sei er gegangen, es als seine Überzeugung auszusprechen, daß es ein wahres Glück für Deutschland sein würde, wenn Österreich so geschwächt würde, daß es den deutschen Regierungen keinen Anhalt mehr bieten könne und bei einer Neugestaltung Deutschlands aus demselben herausgedrängt werde.

Beust will dem Prinzen auf diese Rede, die ihm freilich wie ein Sturz Wasser über das Herz laufen mußte, durch seine Entgegnung über die öffentliche Stimmung in Süddeutschland und Sachsen, sowie über die dadurch gebotene Möglichkeit eines selbständigen Auftretens Deutschlands gegenüber Preußen sehr stutzig gemacht haben, allein wenn der Prinz-Gemahl sich so offen gegen Beust aussprach, so brauchte dieser eigentlich keine Besorgnis zu haben, seinen Brief mit der Post über Berlin gehen zu lassen. Wir dürfen vielmehr mit dem entsetzten Berichterstatter annehmen, daß der Prinz-Gemahl,

wenn dies wirklich seine Ansicht war, sich auch gegen den Regenten und wohl auch gegen dessen Gemahlin in wenigstens ähnlichem Sinn ausgesprochen hat. Denn eine Veranlassung, sich gegen Beust preußischer als gegen den Prinz-Regenten zu äußern, lag unseres Wissens für den Prinz-Gemahl nicht vor.

Endlich aber erhoben sich, wie vereinzelt auch immer, auch publizistische Stimmen in anti-österreichischem Interesse. Ferdinand Lassalle war es, der zur Zeit, als die Heere in Italien zwar schon einander gegenüber standen, eine Schlacht aber noch nicht geschlagen war, in einer überaus lebendigen, frischen und, wie man bei allem Widerspruch gegen demokratische Ideen zugeben muß, zum Teil nicht nur von großer Einsicht, sondern auch von wahrem Patriotismus diktierten Schrift gegen die Politik, wie sie gleichmäßig in der Volks- und National-Zeitung, wie in der Kreuzzeitung vertreten wurde, geharnischten Protest erhob. Mit flammenden Worten pries er die Italiener als eine Nation, die seit vier Jahrhunderten in der gewaltigsten Weise an dem kulturhistorischen Fortschritt Europas mitgewirkt, ja vor allem dazu den Anstoß gegeben und seit zehn Jahren im sozialen Leben mit unerhörtem Heroismus ihren Protest gegen die österreichische Fremdherrschaft also aufrecht erhalten haben, daß das herrschende österreichische Element durch die überwiegende Energie des unterdrückten italienischen wie geächtet war. Österreich aber, das seit dem Jahre 1848 seine drei Kulturvölker, Deutsche, Italiener, Ungarn durch das barbarische slavische Element zu unterdrücken gewußt, vertrete so entschieden das barbarische Prinzip im Gegensatz zum nationalen, daß die Demokratie aufhorchen und merken solle, daß es für sie hier heiße: „tua res agitur“. Geheiligt sei aber der italienische Krieg nicht nur durch das demokratische, sondern auch durch das nationale Prinzip. Denn entreiße Napoleon wirklich den Österreichern ihre italienischen Provinzen, so leiste er ja — ein Gedanke, der uns, soweit wir sehen, nur noch bei Bismarck begegnet — die Vorarbeit für die nationale Einigung Deutschlands. Die selbständige Weltstellung

Österreichs stütze sich auf seine 25 Millionen nichtdeutscher Bevölkerung. Deshalb müsse es zerfetzt, zerstückt, vernichtet, zermalmt, d. h., es müsse auf seine 12—13 Millionen Deutsche reduziert und zu einer deutschen Provinz gemacht werden. Sobald das geschehen, so schließt Lassalle, erblassen zugleich die Farben auf den Schlagbäumen Bayerns, Württembergs u. s. w., an diesem Tage sei Deutschland konstituiert. Napoleon dagegen hat — und dieses Urteil ist zu beachten — uns bisher nichts gethan, und das gute Einvernehmen zwischen den beiden großen Kulturvölkern, Deutschen und Franzosen, das sei der Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller zivilisatorische Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kulturentwicklung überhaupt unwiderruflich abhänge. Ganz etwas anderes sei es, wenn Napoleon, der zwar in berechtigter Sorge vor den Dolchen der Italiener und in vollem Bewußtsein der Lüge, auf der die günstigen Volksabstimmungen für ihn in Frankreich beruhen — noch sei er konservativ, aber schon revolutionär — aber im vollsten Einverständnis mit dem nationalen und zivilisatorischen Instinkte des französischen Volkes den Krieg begonnen, wirklich italienische Provinzen für sich erobern und für seinen Vetter in Mittelitalien einen Thron aufrichten wolle. In diesem Fall soll Preußen für die Italiener und im Bunde mit den demokratischen Instinkten der französischen Nation die Waffen ergreifen. Noch aber sei dieser Fall nicht zu fürchten, und es frage sich, was Preußen jetzt zu thun habe. Friedrich der Große freilich würde erkennen, daß jetzt der Moment gekommen sei, den deutschen Einheitsbestrebungen endlich einen Ausdruck zu geben. Er würde erkennen, daß selbst das Kriegsgeschrei nur die in verkehrter Form sich äußernde Wirkung des deutschen Einheitstriebes, dieses zu allen Poren der Nation ausbrechenden nationalen Dranges sei. Er würde den Moment für den geeignetsten erachten, in Österreich einzurücken, das deutsche Kaisertum zu erklären und der habsburgischen Dynastie zu

überlassen, ob und wie sie sich in ihren außerdeutschen Ländern behaupten könne. Allein es wäre unbillig, von jedermann zu verlangen, daß er ein Friedrich der Große sei. Großes, Gewaltiges, Nationales, sei auch ohne ein Genie jetzt erreichbar. Die von der Regierung einstweilen proklamierte Neutralität sei unzweifelhaft ebenso richtig, wie der Oberbefehl über die Bundestruppen allein in Preußens Hand ruhen müsse. Die Neutralität müsse indessen auch eine positive Seite haben. Und diese sei: Preußen erklärt, während dem kleinen französischen ein ebenso kleines deutsches Observationskorps gegenüber am Rhein stehen bleibt, daß es, wenn Napoleon im Süden die europäische Karte revidiere, seinerseits dasselbe im Norden thun werde, und wenn Napoleon Italien befreie, es seinerseits Schleswig-Holstein nehme. Daran könne uns, wie nur kurz angedeutet wird, weder England noch Rußland, am wenigsten Napoleon hindern, und endlich sei Deutschland jetzt fähig, seine eigenen Angelegenheiten selbst und ohne Rücksicht auf das Ausland zu besorgen. Die Sympathie für Schleswig-Holstein, der Drang nach nationaler Größe, überhaupt die heiße fiebernde Sehnsucht nach nationaler Einheit, der Haß gegen Napoleon, alle diese Flammen würden zu einem Feuer zusammenschlagen, das, sein Hindernis selbst in seine Nahrung verwandelnd, mit jedem Widerstande, den man ihm entgegenstelle, nur wachsen werde. Denn alle nationale Begeisterung und alles Recht befänden sich nur auf Einer Seite, der unsrigen.

Kühn und energisch war dies Räsonnement gewiß, es litt nur an dem Fehler, daß es wieder nicht die augenblickliche Politik verzeichnete, sondern schließlich davon abhängig war, ob Napoleon die Staaten im Süden Europas revidieren — und Lassalle selbst glaubt gar nicht daran, daß Napoleon „so thörichte und unausführbare, seiner Stellung ganz unangemessene Eroberungsgelüste“ haben könne — oder ob er es nicht thun werde, ein Dilemma, über das man erst in der Zukunft, am Ende des Krieges Klarheit gewinnen konnte.

Zu einem ganz ähnlichen Schluß kommt eine andere,

gleich darauf erscheinende Schrift „Gerade heraus! Eine Stimme aus den Reihen der Monarchie", die von einer völlig anderen Weltauffassung ausgeht und, wie wir glauben möchten, verfaßt ist von einem früheren hohen preußischen Beamten von echt preußischer und zugleich evangelisch-kirchlicher Gesinnung. Voll kräftiger Abneigung gegen Österreich, das sich an Italien wie in noch höherem Grade an Deutschland versündige, erklärt der Verfasser, es bringe uns keine Ehre, sondern weit eher das Gegenteil, wenn die deutsche Nationalität, deutsches Geld und deutsches Blut noch länger zur Unterdrückung der Italiener verwendet würden. Deutsche Sicherheit und deutsche Ehre bleibe, auch ohne daß Österreich die Lombardei und Venetien besitze, gewahrt, die deutsche Einigkeit und Einheit seien ein besserer Wall gegen auswärtige Feinde als Po, Mincio und Etsch, und die Möglichkeit, zu ihrer Herstellung jetzt einen großen, vielleicht den größten Schritt zu thun, gehöre viel weniger in das Reich der Phantasien als 1848, 49, 50. Die Verträge von 1815 seien nur in Ermangelung eines besseren geschlossen und keineswegs unverletzbar, das europäische Gleichgewicht sei an sich eine leere Phrase, die nur dann eine Bedeutung gewinne, wenn Napoleon wirklich die Lombardei für Frankreich in Anspruch nehmen und in Mittelitalien Throne für französische Prinzen errichten wolle. Damit wäre allerdings der Kriegsfall für Preußen und Deutschland gegeben, allein an solche Absicht Napoleons glaubt dieser Schriftsteller so wenig wie Lassalle. Die Vereinigung der Lombardei und Venetiens mit Italien sei dagegen eine Bürgschaft für Italiens Unabhängigkeit und Einheit. Die Ähnlichkeit der Verhältnisse, die Furcht vor der deutschen Einheit treibe gerade die Regierungen in Hannover, Bayern, Sachsen, Württemberg dazu, das Volk zum Fanatismus gegen den französischen Erbfeind aufzuhetzen. Bisher habe der Verfasser mit großem Beklagen die Meinung sehr vortrefflicher Staatsmänner geteilt, daß Deutschland nicht eher zu einer festeren Gestaltung kommen werde, als bis das Schwert noch einmal zwischen Preußen

und Österreich entschieden habe. Jetzt aber sei, wenn Preußen sich nicht in den Krieg mische, und das gedemütigte Österreich dankbar seine Hand ergreifen müsse, vielleicht die Möglichkeit zu friedlicher Auseinandersetzung gegeben. Napoleon habe bisher — so ruhig urteilt auch dieser Schriftsteller — weder Preußen beleidigt, noch verfechte er die ihm zugeschriebenen Prinzipien. Weder der Napoleonismus, noch die Revolution, noch das Nationalitätsprinzip träten bisher in dem Kriege in einer Weise auf, die uns zum Kampfe rufen müßte. Österreich aber, im Banne des Ultramontanismus wolle, wie deutlich genug ausgesprochen sei, Heinrich V. auf den französischen Thron zurückführen und unter diesem treuen Sohn der Kirche werde, so hoffe man, Frankreich dem Hause Habsburg helfen, das ketzerische Preußen und Norddeutschland in den Schoß des Katholizismus zurückzuführen, das ungläubige Rußland zu Boden zu werfen und zuletzt England vor die Klinge zu nehmen. Eine aggressive Haltung werde uns zudem nicht Frankreich allein, sondern gleichzeitig Rußland zum Feinde machen, und England werde sich gewiß nicht, zumal nach dem in sicherer Aussicht stehenden Ministerwechsel zu unserer Unterstützung fortreißen lassen. Deshalb sei die Neutralität, auch die bewaffnete an sich ganz richtig, nur, und wieder kommt der Verfasser auf den Weg Lassalles hinaus, nicht gegen Frankreich, sondern gegen Dänemark. Allein, wie es scheint, will unser Verfasser nicht die Herzogtümer von Dänemark losreißen, sondern dieses nur zwingen, der deutschen Nationalität in der dänischen Gesamtmonarchie eine selbständige und gleichberechtigte Stellung zu geben. Doch der „Augenblick", so behauptet der Verfasser, „ist da, noch mehr zu thun. Es gilt die Konstituierung einer deutschen starken Centralgewalt". Nun aber läßt er uns völlig im Stich, und so wenig er uns sagt, wie er sich den Zwang denkt, die Kopenhagener Regierung zu seinem Willen zu bekehren, so wenig erläutert er uns, wie Preußen in diesem Augenblick die Centralgewalt schaffen soll. Die Krone Preußen verständige sich mit den einzelnen deutschen Regierungen, und

wende sich, wenn diese versagen sollten, an die deutschen Völker. Der Rest werde sich finden. Damit und mit einer Bemerkung über den Ausbau der Verfassung, sowie mit einem Tadel der zeitigen Kammern, der herrschenden Partei und des neuen Ministeriums entläßt uns leider der ebenso wohlwollende wie einsichtige und besonnene Verfasser. Viel mehr als eine Warnung vor dem Kriege mit Frankreich und einem kräftigen, aber doch auch wieder gemäßigten Vorgehen gegen Dänemark konnte man also der flüssig und anregend, wenn auch gelegentlich stark im Kanzelton geschriebenen Arbeit nicht entnehmen. Denn das darf man als sicher annehmen, daß auch diese Schrift zur Kenntnis der Regierung, für die sie offenbar geschrieben, gekommen ist, da für sie die öffentliche Meinung, wie sehr auch Bismarck gelegentlich gewiß mit Recht darüber spottet, daß tout le monde allemal zu spät das richtige Rezept entdecke, damals von Bedeutung war und von Bedeutung sein mußte. Die Notwendigkeit, dem Volke zu beweisen, daß der Krieg und seine Übel unvermeidlich seien, anerkennt natürlich auch Bismarck. Es fragt sich daher, ob die Regierung diesen Schriften, die gegenüber dem fast allgemeinen Verlangen nach thatkräftiger Unterstützung Österreichs oder nach Aufrechthaltung des Friedens vereinzelt bleiben, mehr entnehmen dürfe, als die Warnung vor jedem vorzeitigen Eingreifen in den Kampf.

3. Die Ansichten der Regierungskreise.

In die Anschauungen der Regierungskreise hinüber leitet uns eine in manchem Betracht ausgezeichnete und der Auffassung der altliberalen konstitutionellen Partei nahestehende Schrift mit dem Titel „Suum cuique“. In vollem Gegensatz zu der heutigen und in voller Übereinstimmung mit der jener Zeit weit verbreiteten Auffassung wird nach dieser Schrift die deutsche Frage durch den bevorstehenden Krieg gar nicht berührt. So wenig der Regent daran denkt, ihn zu ihrer Lösung zu benutzen, so wenig hätte das preußische Volk ein Herz für eine Aggressive in dieser Frage, wenn auch ein rücksichtsloser und verwegener Politiker Handhaben dafür finden könnte. Preußen müsse vielmehr ohne Rücksicht auf eine, durch Parteinahme für die Freiheit Italiens zu erreichende Popularität Charakter zeigen. Es müsse erstens jedes Danaergeschenk Frankreichs oder Rußlands rund abweisen, dürfe mit Anerbietung von Vorteilen nicht einmal diplomatisch kokettieren; die Kabinette von Petersburg nnd Paris müßten von vornherein erfahren, daß Preußen um keinen Preis feil sei, sie müßten das Gewicht der Indignation eines ehrlichen Staates zu fühlen bekommen, der sich durch Anträge auf Kosten eines Bundesgenossen an der eigenen Ehre gekränkt sähe. Das freie Schleswig-Holstein, oder gar die deutsche Kaiserkrone, aus Frankreichs oder Rußlands Hand empfangen, wären der Anfang des Endes. Zweitens sei das Recht zu wahren. Das regste Mitgefühl für eine Nation, die — gesetzt, es sei mit Italien der Fall — einmütig gesonnen sei, die Fremdherrschaft zu brechen,

sei kein Motiv zum Treubruch. Preußen könne, ohne an Österreich zum Verräter zu werden, nicht mit Sardinien gehen. Es habe keine Verpflichtung, Österreichs nicht zum Bunde gehörende Länder in Italien zu garantieren, aber thöricht oder arglistig wäre es, daraus zu folgern, es dürfe bei einem Kriege Sardiniens und Frankreichs, wohl gar Rußlands gegen Österreich neutral bleiben. Es sollen freilich nicht wieder preußische Regimenter, wie zur Zeit des Prinzen Eugen, die Schlachtfelder von Turin mit ihrem Blut tränken, wohl aber müsse Preußen am Rhein sich aufstellen, die französischen Heere von Österreich abziehen und dieses dadurch zum Herrn aller seiner Streitkräfte machen. Es könne Österreich kein Garantieversprechen geben, aber auch ohne ein solches könne es thatsächlich Garantie leisten, wenn Österreich Preußens Bedingungen annehme. Freilich so schimpflich es wäre, sich von Frankreich Vorteile zusagen zu lassen, so schmählich wäre es, sich ähnliche Vorteile von Österreich versprechen zu lassen, nur um das zu thun, was ohnedies Recht und Ehre gebieten. Aber Verabredungen bindender Art zu Preußens und Deutschlands Vorteil, denen Österreich sonst unzugänglich, als Gegenleistung für das, was Preußen weder bundesrechtlich, noch moralisch zu thun verpflichtet sei, seien in der Ordnung. Als solche werden genannt die Garantie der Rechte Schleswig-Holsteins, Kräftigung des deutschen Bundes und Rechtsgleichheit der Evangelischen in Österreich mit den Katholiken. Gehe Österreich nicht darauf ein, so möge ihm Preußen freundschaftlich zugethan bleiben, unterlasse aber jede Kooperation. Diese aber könne Österreich ja so wenig entbehren, daß es vielmehr freudig die preußischen Bedingungen annehmen werde.

Auf Englands Stellung könne die preußische Haltung entscheidend einwirken; eine preußisch-englische Allianz sei indessen Sache freier Wahl, eine preußisch-österreichische dagegen, so lehrt der Verfasser unsrer Schrift in Übereinstimmung mit den weitesten Kreisen jener und wieder unserer Zeit, Sache geschichtlicher Notwendigkeit. Preußen und England mögen sich mehr und mehr

befreunden, Preußen und Österreich aber sind Verwandte, Preußen ist an Österreich, Österreich an Preußen gebunden. Gegen England, Rußland und Frankreich muß sich Preußen freie Hand vorbehalten. Keine Freundschaft um jeden Preis, und nur im konkreten Fall entschiedene Feindschaft; aber auch wenn Neutralität geboten ist, kein Lavieren, keine lauwarme Politik.

Der eigentliche Wert des neuerdings erschienenen Gruner'schen Rückblicks auf sein Leben liegt vielleicht gerade auch darin, daß er uns mit den Absichten der Regierung in dieser Frage bekannt macht. Gruner bezeugt uns, daß auch hier für Österreich die wärmsten Sympathien herrschten, und von sich selbst erklärt er, er habe die Beziehungen zu Österreich und den kleineren deutschen Staaten, soweit es unsere speziellen Interessen erlaubten, aus dem Grunde gepflegt, weil der Konflikt mit dem napoleonischen Frankreich unvermeidlich gewesen wäre, und man nur durch Zusammenfassung der militärischen Kräfte Preußens und Österreichs der „prätendierten Präponderanz" Frankreichs ebenbürtig entgegentreten könnte. In jedem Fall sei der deutsche Bund, wenn auch seine Thätigkeit im Innern auf das niedrigste Maß beschränkt werden müsse, als eine Allianz aller deutschen Staaten gegen das Ausland aufrecht zu erhalten, und Preußen müsse es vorbehalten bleiben, die übrigen deutschen Staaten außer Österreich im Vertragswege zu assimilieren. Man weiß freilich nicht, welches nach Gruners Ansicht das niedrigste Maß der Bundesthätigkeit im Innern sein möchte, noch wie er die deutschen Staaten dahin bringen wollte, sich von Preußen im Vertragswege assimilieren zu lassen, allein er giebt uns später noch die sehr wertvolle Notiz, daß es bis zum Anfang des Krieges der bestimmte Entschluß der Regierung gewesen sei, unter keinen Umständen zu dulden, daß Österreich zu Boden geworfen, seines italienischen Besitzes beraubt und auf diese Weise das Übergewicht des napoleonischen Frankreich in Mitteleuropa begründet würde. Er meint, die Regierung hätte drei Wege zur Auswahl gehabt: den Anschluß an Frankreich — der aber wäre insbesondere in den Augen des Prinz-Regenten

ein Akt der Selbsterniedrigung gewesen, oder den Anschluß an Österreich — der aber hätte Österreich zu vorzeitigem Losschlagen geführt und uns schon bei Ausbruch des Krieges dem Hauptstoß der Franzosen ausgesetzt, oder, und das erschien als der richtigste Weg, man lasse Österreich in Italien den Kampf zunächst allein ausfechten und erst wenn es in Gefahr sei, zu Boden geworfen zu werden, trete man für den Kaiserstaat und zugleich für das europäische Gleichgewicht ein. Allein ganz abgesehen davon, daß hier auch nicht eine Bedingung, nicht ein Gewinn angegeben war, den Preußen von seiner Hilfe für Österreich haben sollte, liegt in dieser Mitteilung nicht die Angabe über eine genetische Entwicklung der preußischen Politik, sondern es ist ein Resumé ex post, das Gruner selbst uns als solches hinstellt und in seiner Bedeutung abschwächt durch das Zugeständnis, man habe sich zu diesem Wege erst nach und nach und unter manchen Schwankungen entschlossen. So selbstverständlich politisch das richtig gewesen wäre, wenn es eine stete Berücksichtigung der wechselnden Umstände und Kombinationen bezeugen soll, so sicher scheint Gruners Beschränkung auf diese Mitteilung es zu bestätigen, daß im auswärtigen Ministerium anfänglich überhaupt kein festes Programm, kein sicherer Entschluß vorhanden war. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß nicht nur zwischen Ministern und Generalen, zwischen dem Chef der auswärtigen Politik und den preußischen Diplomaten im Auslande, sondern im Schoße des Staatsministeriums und in dem auswärtigen Ministerium selbst verschiedene Meinungen zu Tage traten, wie denn auch Gruner gelegentlich der Pepolischen Denkschrift einen solchen zwischen sich und Schleinitz selbst andeutet und von der Mühe spricht, die er sich gegeben habe, also doch auch geben mußte, Schleinitz in einer Österreich wohlwollenden Neutralität zu erhalten. Soviel wir sehen können, herrschte insbesondere auch Zwiespalt zwischen Schleinitz und dem Fürsten von Hohenzollern, da Schleinitz sowohl dem Erzhause wie dem Kriege abgeneigter, der Fürst aber bei aller Vorliebe für die preußische Königsfamilie und

bei allem deutschen Patriotismus in seinem Empfinden von „der ungeschlachten Macht des spezifischen Preußentums“ verletzt und, in ihm ein großes Hindernis erkennend, doch süddeutsch geblieben war und in der Hauptsache zu Österreich neigte. Vielfach sympathisierte er wohl auch, wir sprachen schon davon, mit dem Herzog Ernst und unterstützte kräftig dessen Bestrebungen, Preußen auf die Seite Österreichs zu ziehen. Ja er war in geradem Gegensatz zu Schleinitz schlechthin für den Krieg, denn unsere inneren und äußeren Zustände machten ihn, so urteilt er am 22. Juni, als ausschließlichen Zielpunkt notwendig, doch dürfe man einstweilen nur stillschweigend auf ihn hoffen, ihn nicht voranstellen. Sicherlich war das bei ihm nicht nur politische, sondern auch Herzensüberzeugung und Gerlachs Zweifel, ob es nur äußerlich geschehe, ist völlig unbegründet. Ihm lag vielmehr der entgegengesetzte Zweifel viel näher, ob nicht Österreich den preußischen Bundesgenossen aus Deutschland herausdrängen wolle und auf diese Weise einen Machtzustand schaffen, der nur mit einem Riß ins deutsche Herz endigen könne. Als Süddeutscher auf einer andern Basis als etwa der Regent stehend und wohl ohne den Stachel des gesunden preußischen Egoismus, war er doch vollkommen davon durchdrungen, daß Deutschlands Heil allein durch Preußen herbeigeführt werden könnte, und der österreichisch-preußische Dualismus einer Lösung entgegengeführt werden müßte, die Preußen zu seinem Recht verhelfe. Von den übrigen Ministern hatte Bonin, der Kriegsminister, der uns übereinstimmend als der Vater aller Hindernisse und Zögerungen geschildert wird, wie wir hören werden, doch Momente des Entschlusses, von Schwerin, der erst im Juli ins Ministerium eintrat, bezeugt uns Gerlach, daß er, unentschieden, zu keinem festen Entschluß kam, die übrigen Ressortminister dagegen, auf die es freilich für diese Frage so sehr dem Regenten nicht ankommen konnte, waren einig in dem Wunsche, die Teilnahme an dem Kriege thunlichst zu vermeiden, einig aber auch in der Überzeugung, daß sie, wenn überhaupt nur zu Gunsten Habsburgs erfolgen könne und auch werde.

Ankommen mußte es dem Regenten auf die Meinung des auswärtigen Ministers von Schleinitz. Ihm sind, wie schon angedeutet, damals und später die schärfsten Vorwürfe wegen seiner Politik gemacht.

Im Sommer 1881, als Bismarck Klage führte, wie man ihn verleumde, diskreditiere und womöglich nervenkrank machen wolle, erschienen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung auch einige Bemerkungen über die geringe Meinung, die Bismarck von der Politik des liberalen Nachfolgers des Ministers von Manteuffel hatte. In einem eingehenden Aufsatz verteidigte darauf die Augsburger Allgemeine Zeitung vom 4. August 1881 die Politik des Ministers von Schleinitz während der ersten Hälfte des Jahres 1859 so sachkundig, daß wir ihn nicht übergehen dürfen. Der Aufsatz führt uns überdies, so allgemein er gehalten ist, viel genauer in die Dinge ein als die Notiz Gruners, und wenn man auch die peinliche Verlegenheit über die zu ergreifenden Maßregeln und die Aktionslosigkeit in ihnen wiederfinden wird, die den Gegenstand der Vorwürfe bilden, so geben diese Zeilen doch Veranlassung, zuzugestehen, daß die Nuancierung und die Farbenmischung eine etwas andere sein darf, als die seit Bismarcks Vorgang in der Geschichtschreibung übliche.

Schleinitzens Verteidiger argumentiert folgendermaßen. Das Anerbieten Napoleons, Preußen gegen seine Neutralität im Kriege freie Hand für die Neugestaltung der Dinge in Deutschland zu lassen, mußte abgelehnt werden, da es unwürdig und ehrlos gewesen wäre, mit einer fremden Macht über Deutschlands Geschicke zu paktieren. Bei den Wechselfällen eines großen Krieges, insbesondere auch bei den kriegerischen Velleitäten des Bundestages und einzelner seiner Mitglieder mußte sich Preußen die unbedingteste Freiheit der Entschließung vorbehalten — also die Politik der freien Hand, die freilich sehr klug sein, aber auch jede Thatenscheu rechtfertigen kann. Nun würde aber, heißt es in dem Aufsatz weiter, bei entscheidenden Resultaten Preußen jedenfalls in

Mitleidenschaft gezogen und würden die europäischen Machtverhältnisse in einer für Preußen ungünstigen Weise umgestaltet werden. Aus solcher nicht ganz einwandfreien Erkenntnis wird aber nicht der Schluß gezogen, daß Preußen durch eigenes kräftiges Eingreifen das verhindern müsse, sondern umgekehrt heißt es, habe eben deshalb Preußen mit allen Mitteln den an sich ungerechtfertigten und für das Vaterland verhängnisvollen Krieg zu vermeiden suchen und, wenn das nicht ausführbar, ihn möglichst eng zu begrenzen und so rasch wie möglich zu beenden suchen müssen. Darum habe der Wahlspruch Schleinitzens gelautet: „Für Frankreich keine Neutralität, für Österreich keinen Beistand". Das sei allerdings ein negatives Programm — vielmehr es ist der Kirschkern, von dem der Prinz-Regent einmal sagt, daß er zwischen den Fingern zerschnellt werde —, es sei aber zu einem positiven durch den Entschluß geworden, sich keinen Überraschungen auszusetzen, freie Hand zu behalten, trotzdem aber das deutsche Bundesgebiet zu schützen und je nach den Umständen ein entscheidendes Wort in die Wagschale zu legen. Das lautet allerdings positiv und aktuell, allein wie dies bei der gedachten vollkommenen Parteilosigkeit ausgeführt werden sollte, erfahren wir nicht, und rückschauend drängt der Verfasser des Aufsatzes hier wohl in dieselbe Zeit Gedanken oder Entschlüsse zusammen, die zeitlich von einander entfernt waren. Auch gesteht er, die Ausführung seines Programms sei sehr schwer gewesen, allein nicht wegen der in der Sache liegenden Unmöglichkeit, sondern wegen der einander bis in die höchste Region bekämpfenden Ansichten in Berlin. Denn die hohen Militärs — wer zu diesen gehörte, wird nicht gesagt — und anfangs — was nur für Süddeutschland richtig ist — auch die öffentliche Meinung seien für die Absicht Österreichs und der Mittelstaaten, Preußen durch Bundesbeschlüsse und unter Hinweis auf 1805 in den Krieg zu treiben, eingetreten. Andere aber, und zwar besonders fremde und einheimische Diplomaten hätten auf der andern Seite, da es sich um einen Krieg für spezifisch österreichische Interessen

handelte, geraten, eine Neutralität zu Gunsten Frankreichs innezuhalten.

Das war nun ganz das Ziel des energischsten Vertreters einer anti-österreichischen Politik, Bismarcks. Er war nicht nur von Herzen ingrimmig gegen Österreich gesonnen, sondern zugleich als Franzosenfreund sowohl bei der alten Kamarilla, wie bei den Liberalen verdächtigt — man war eben in Berlin selbst in den der Regierung nahe stehenden Kreisen noch weit entfernt, zwischen realer preußischer Politik und Gefühlen und Empfindungen zu scheiden, und sogar der viel besprochene Gedanke an eine selbständige Politik Preußens war noch ein ganz anderer als der Bismarcksche einer kühn zugreifenden. Man darf allerdings wohl etwas unterscheiden zwischen dem späteren und dem gleichzeitigen Urteil Bismarcks, wenigstens soweit es sich, wir erwähnten es schon, auf die staatsmännischen Fähigkeiten des Ministers von Schleinitz bezog. Bismarck hatte im Februar, als es den österreichischen Machenschaften gelungen war, den preußischen Militärbevollmächtigten in Frankfurt, General Dannhauer zum Anschluß an eine Demonstration gegen Frankreich zu gewinnen, die entschiedene Unterstützung des Ministers gegen diese politische Überrumpelung gefunden und hatte auf der Reise nach Petersburg im März in Berlin mit ihm und anderen Politikern Besprechungen über die schwebenden Tagesfragen gehalten. Mit zweifellos berechneter Absicht sprach er sich gegen den linksliberalen Kammerpräsidenten von Unruh auf das bestimmteste dahin aus, Preußen müsse Österreich aus dem eigentlichen Deutschland entfernen, und wenn dies das Ziel sei, so könne es nur von Vorteil sein, wenn Österreich zunächst durch Frankreich geschwächt werde. Österreich würde dagegen, so entwickelt er seinem Freunde Gerlach, ein Bündnis mit Preußen dadurch krönen, daß es mit Frankreich auf Kosten Deutschlands und Preußens einen Frieden schließen werde wie den von Campo Formio, es werde die Rheinprovinzen dahingeben und in Deutschland die erste Violine spielen. Preußen müsse daher selbständig auftreten, Österreich

imponieren, es zur Nachgiebigkeit zwingen und aus Deutschland herausdrängen; denn siege Österreich, so erhalte Preußen gewiß nicht die Leitung Deutschlands. Allein nicht nur die Leitung Deutschlands wollte Bismarck, wie es scheint, bei dieser Gelegenheit erreichen, sondern zugleich eine Gebietserweiterung. Wenigstens hat er hinterher, als er Gruner über seine und Schleinitzens Politik ausschalt, nach dessen Mitteilungen den Erwerb Böhmens für das beste Resultat des von ihm gewünschten Angriffes auf Österreich ausgegeben und sich, falls dies nicht zu erreichen, auch mit dem Gewinn von etwas Geringerem befriedigt erklärt, und dies bezog sich, da die Leitung Deutschlands ihm nichts Geringeres als die Annexion Böhmens sein konnte, offenbar auch auf die Abtretung eines Gebietsteiles. Man wird freilich gut thun, eine solche gelegentlich hingeworfene Äußerung nicht allzu hoch zu bewerten, zumal sie wohl in der Erregung gethan, sicher aber ist, daß diese aggressive Politik gegen Österreich, trotzdem wir aus dieser Zeit kein ausdrückliches Zeugnis Bismarcks selbst haben, und trotzdem er damals an ein Bündnis mit Holland, England, Schweden, ja Dänemark denkt, nicht anders als wenn nicht im Bunde, so doch im Einverständnis und mit Zustimmung Frankreichs durchzuführen war.

Das aber wird auch der Schluß sein, den wir aus seinen gleichzeitigen Petersburger Briefen zu ziehen haben, obwohl sie zum Teil anerkennend für Schleinitz und namentlich den Prinz-Regenten lauten. Schon im April, da es sich noch um einen Verteidigungskrieg Österreichs handelte, verstimmt ihn unsere Politik, und er findet in seiner an Bildern so reichen Sprache, daß wir Treibholz bleiben, auf unseren eigenen Gewässern planlos umhergeworfen von fremden Winden, und was für ruppige Winde, übelriechende! Wie selten sind doch, so klagt er bitter, Leute von eigenem Willen in einer so achtbaren Nation wie die unsrige. Wir lieben, so schließt er übertreibend, die Leporello-Rolle und Österreich die des Don Juan.

Weit zufriedener ist er mit der Politik, die die Regierung

innehielt, nachdem Österreich den Krieg begonnen hatte. Mit dem nachgemachten, d. h. von der Partei der Kreuzzeitung nachgemachten 1813, so fürchtet er, werden wir uns „besoffen machen lassen“ und Thorheiten begehen. Mit unserer Einmischung, so schreibt er, hier ganz mit Gruner übereinstimmend, werde der italienische Krieg Nebensache, der deutsche Krieg Hauptsache. Damit aber werde die Parteinahme Rußlands für Frankreich unvermeidlich, und an allen Ecken, auch im Orient und Ungarn, breche der Tanz los. Noch haben wir es, sagt er ganz im Schleinitzschen Sinne und auch Gortschakoffscher Politik entsprechend, in der Hand, den Krieg einzuschränken und auch Österreichs deutsche Besitzungen vor ihm zu bewahren. Verhelfen wir Österreich zum Siege, dann verschaffen wir ihm eine Stellung, wie es sie seit dem Restitutionsedikt und dem 30jährigen Kriege nicht gehabt hat, aus der nur ein Gustav Adolf oder ein Friedrich II. uns wieder befreien können. Bisher haben wir uns — und diese Anerkennung in einem Briefe vom 8. Mai an seinen Bruder darf man wohl beachten — nicht dumm machen lassen, und er hoffe, wir bleiben fest. „Thun wir es nicht, so mag Gott ein Einsehen haben und unserer Partei den für die Beurteilung auswärtiger Dinge, wie die blödsinnigen Elukubrationen der Kreuzzeitung zeigen, abhanden gekommenen gesunden Menschenverstand wieder verleihen. Wir sind nicht reich genug“, so schließt er echt preußisch den Brief, „um unsere Kräfte in Kriegen aufzureiben, die uns nichts einbringen“.

In sehr ausführlicher und fast überwältigend großartiger Weise legt er bekanntlich aus Anlaß der Treibereien der deutschen Bundesstaaten, Preußen auch wider seinen Willen zum Kampfe an der Seite Österreichs zu zwingen, in der Denkschrift vom 12. Mai 1859 unser Verhältnis zum deutschen Bunde dar, wie es sich seit 1850 entwickelt und zur Aufhebung jeder Autonomie Preußens geführt hat. Eine Gelegenheit, so warnt er, wie die jetzige zur Verbesserung unserer Lage in Deutschland kehre nicht sobald wieder. Er hofft sogar, offenbar in Gedanken an

die rechtlichen Bedenken des Prinz-Regenten, auf eine möglichst unzweideutige Kompetenz-Überschreitung des deutschen Bundes, um den damit hingeworfenen Handschuh aufnehmen zu können. Unumwunden erklärt er auch, daß die Haltung des Regenten den ungeteilten Beifall aller derer habe, denen ein Urteil über preußische Politik beiwohnen könne, und die sich den Blick nicht durch Parteileidenschaft getrübt haben, aber er fordert auch den Minister auf, gegen die Überhebung unserer Bundesgenossen die Saiten selbständiger Politik in der Presse anzuschlagen. Unser Bundesverhältnis sei ein Gebrechen, das — und nun folgt das berühmte Wort, auf dem seine rettende Politik wie auf dem rocher de bronce ruht — früher oder später ferro et igni geheilt werden müsse und, wenn es aufgehoben werde, so würden sich schon auf Grund dieser negativen Errungenschaften bald bessere und natürlichere Beziehungen zu unseren deutschen Nachbarn ausbilden. Das preußische Selbstgefühl werde bei einiger Weisheit unserer militärischen Maßregeln einen ebenso lauten, vielleicht folgenreicheren Ton geben als das bundestägliche. Das Wort „deutsch" möchte er — so schreibt er sicherlich aus dem Herzen des Regenten heraus — erst dann auf unsere Fahnen geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unsern übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus abnützt.

Allein mit dem Moment der Mobilmachung hört Bismarcks Einverständnis mit der daheim innegehaltenen Politik mehr und mehr auf. Unsympathisch war ihm wohl schon die Sendung des Generals von Willisen nach Wien, wenigstens scheint es, als ob auf sie seine Worte vom 28. Mai zurückgeführt werden müssen, wonach wir das Brot mit der Butterseite auf den Rockschoß werfen und es kaum merken, wenn's liegt. Wenn wir den Sand werden essen sollen, dann werden wir auch noch für das Brechen unserer Zähne ganz andere Ursachen finden wollen, als die wahren. Gott weiß, wozu es gut ist!

Die Mobilmachung ist ihm, so schreibt er der Gattin am 28. Mai, etwas voreilig und kostet uns unnötig viel Geld; aber noch hofft er, wir würden uns schließlich doch noch befreien, ehe wir aus Gefälligkeit für einige kleine Fürsten und um Österreich mit Herrlichkeit auf unsere Kosten aus dem Verdruß zu helfen, ganz Europa in Brand setzen. „Wir können", so fährt er fort, „weder zugeben, daß Österreich vernichtet wird, noch daß es sich durch glänzende Siege in seinem Übermut bestärkt und uns zum Schemel seiner Füße macht. Für beide Fälle ist aber noch viel Zeit, ehe wir einschreiten, und kann sich noch manches lombardische Wasser rot färben; denn so leicht wie bisher wird es nicht vorwärts gehen, wenn die Österreicher sich erst in ihrer Festungslinie aufstellen, was sie von Hause aus hätten thun sollen".

Auch Bismarck ist also wie wohl alle Staatsmänner und Generale in Berlin von der kriegerischen Fähigkeit Österreichs ganz überzeugt, und der Gedanke an eine völlige Vernichtung Österreichs liegt auch ihm im Grunde so fern, daß er wieder am 29. Juni und am 1. Juli über unsere, da wir doch wohl sobald nicht oder vielleicht gar nicht zum Kriege kommen, zu frühzeitige, zu starke und zu kostspielige Mobilmachung, die uns auf die schiefe Ebene herabzieht, klagt. Wir opfern uns Österreich, nehmen ihm den Krieg ab, und zum Dank wird es uns die Richtung unserer Erfolge so zuschneiden, wie es seinen spezifischen Interessen entspricht — so schreibt er mehrfach in diesen Tagen. Geht es uns aber schlecht, so werden unsere Bundesgenossen von uns abfallen wie welke Pflaumen im Winde, und landesväterlich werden sie sich auf das Floß des neuen Rheinbundes retten. Trotzdem finde er unsere Politik bis jetzt ganz korrekt und seine Hoffnung sei Schleinitz, der Repräsentant des gesunden Menschenverstandes, ihm gelinge es vielleicht, noch eine gemeinschaftliche Haltung der drei neutralen Großmächte zu kombinieren; nur seien wir — wieder betont er es — schon zu kostspielig gerüstet, um wie England und Rußland geduldig des Erfolges warten zu können, auch werde

unsere Vermittlung schwerlich die Zirkelquadratur eines für Österreich und Frankreich annehmbaren Friedens finden. Man sieht, Bismarck teilt seine volle Ansicht hier nicht mit, er giebt wieder nur seine Abneigung gegen den Bund, gegen Österreich und die deutschen Staaten sowie gegen die Mobilmachung kund, er schreibt aber nicht seine Ansicht darüber nieder, wie sich die preußische Politik gegen die kämpfenden Staaten in Wirklichkeit verhalten soll. Nur eine gemeinschaftliche Aktion nimmt er zwischen Preußen, England und Rußland in Aussicht, aber er sagt weder, wie sie zustande kommen solle, noch auch nur, ob er lediglich an eine diplomatische, oder etwa, da das Gewicht einer solchen doch recht zweifelhaft blieb, an eine gemeinschaftliche bewaffnete Neutralität denkt. Man halte aber nicht etwa die für Schleinitz anerkennenden Sätze für Ironie oder für berechnetes Lob, sondern da ihm selbst eine unmittelbare Einwirkung auf die Leitung in Berlin versagt war, da er, wie wir aus anderen Äußerungen schließen dürfen, zu der Thatkraft der Vertreter der anti-österreichischen Politik, wie Usedom und Pourtalès, auch Graf Bernstorff kein Zutrauen hatte, so war ihm gegenüber der fast allgemeinen Hinneigung zu Österreich Schleinitz, von dem er erst neuerdings wieder vorsichtig hinhaltende Depeschen erhalten, in der That der Repräsentant des gesunden Menschenverstandes, der den Beginn der militärischen Aktion zu Gunsten Österreichs hinausschieben würde so lange wie nur möglich, und der auch nach Grunerscher Mitteilung durchaus nicht ohne weiteres der österreichischen Politik Beifall zollte, sondern nicht ohne Mühe von ihm an einer Österreich wohlwollenden Neutralität festgehalten wurde und ihm nach dem schon angeführten Zeugnis keinen Beistand leisten wollte.

Tiefer aber noch als der Gehilfe aus der Frankfurter Zeit darf die Gemahlin in das aufgeregte Gemüt des fernen Gatten sehen, wenn er, überreizt wie seine Nerven in Entrüstung über die Schwenkung zu Österreich hin waren, wie der klagende Prophet des Alten Testaments die schwermütig-pessimistischen

Worte vom 2. Juli schreibt: „Wie Gott will! Es ist alles doch nur eine Zeitfrage. Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wasserwogen und das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und Gaukelei, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske vom Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Österreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht. Auch die Dummen und die Klugen sehen, reinlich skelettiert, ziemlich einer wie der andere aus. Den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären."

Man hat aus alledem schließen wollen, daß Bismarck nur zu einer Neutralität, vielleicht zu einer für Frankreich wohlwollenden Neutralität damals entschlossen war. Doch offenbar mit Unrecht. Die Zustimmung, die er mehrfach zur Politik des auswärtigen Ministers ausspricht, bezog sich vielmehr weder auf dessen einzelne Schritte noch auf seinen ganzen, Frankreich abgeneigten Gedankengang, sondern nur auf die Thatsache, daß er den Krieg für Österreich bis jetzt verhindert hatte. Den Tadel aber über vorzeitige Mobilmachung hätte er nicht gefällt, wenn sie nicht für, sondern gegen Österreich geplant gewesen wäre. Wer so klar den Bund sprengen und Österreich zwar nicht vernichten, aber herausdrängen will, wer so entrüstet ist, daß die günstige Gelegenheit, da es in einen Krieg mit Frankreich verwickelt ist, nicht dazu benutzt wird, wer die rücksichtslose Entschlossenheit Bismarcks besitzt, der ist, das dürften wir selbst ohne positive Beweise glauben, selbstverständlich auch zur Aktion, ist zu jeder Konsequenz, ist, sobald es die Umstände fordern, auch zum Anschluß an Frankreich bereit. Der letzte Zweifel aber schwindet, wenn Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" sagt, er wollte damals zwar rüsten lassen, aber auch Österreich das Ultimatum stellen,

entweder unsere Bedingungen anzunehmen oder unsern Angriff zu gewärtigen. Das war unzweifelhaft damals sein politischer Wille. Denn das verstand sich für Bismarck, ohne Kampf, sine ferro et igni ließ Österreich sich nicht aus seiner Präsidialstellung herausdrängen, ließen sich folgeweise auch die Mittelstaaten nicht majorisieren, und der Kampf gegen Österreich zur Zeit, da es mit Frankreich im Kriege lag und Rußland fürchten mußte, mußte durch seine eigene Schwerkraft zur Annäherung an Frankreich führen. War doch auch, wie erwähnt, Bismarck längst wegen seiner unbefangenen Beurteilung unseres Verhältnisses zu Napoleon so sehr bekannt, daß er darüber bekanntlich im Kladderadatsch — übrigens mit Unrecht — verspottet wurde, hatte er doch auch schon seit Jahren intimere Beziehungen zu russischen Staatsmännern gepflegt, obwohl diese seit den Tagen des Kongresses sich den Tuilerien mehr und mehr näherten! Nur mit Beklemmungen scheint man in Berlin seine Berichte gelesen zu haben, wenn er da — und doch wieder im Sinne des Regenten, der bei aller Hochschätzung der Legitimität aller Sympathiepolitik so gründlich abgesagt hatte — den Satz niederschrieb, nach außen hin sei ihm für die Größe Preußens jedes Mittel recht. Vollkommen begreift es sich daher, daß man ihn jetzt in Berlin für einen Verehrer der französisch-russischen Allianz hielt, und völlig glaubhaft ist, daß er, wie uns jetzt mitgeteilt wird, jeden Tag, der die Nachricht von einer österreichischen Niederlage nach Petersburg brachte, mit Gortschakoff zusammen als einen Feiertag betrachtete, daß seine Äußerungen in Privatbesprechungen in Petersburg so sehr in vollem Gegensatz zu der Politik seines Gouvernements standen, daß der Prinz-Regent sehr unwillig auf ihn geworden sei und sogar seine Abberufung in Erwägung gezogen habe. Er selber aber zweifelte gewiß nicht, daß er Mittel und Wege finden werde, um die deutsche Ehre auch im Bunde mit Frankreich aufrecht zu erhalten, den ihr von Napoleon gelegten Fallstricken zu entgehen und dem ganzen Europa, wenn es sein mußte, zu trotzen.

Denn das war allerdings klar, daß der neue Krieg Napoleons das ganze Europa in Mitleidenschaft ziehen, einen allgemeinen Brand entfachen, und der Tanz, wie Bismarck sagte, an allen Ecken angehen werde, und wir werden daher nach diesem Überblick über die Ansichten der preußischen Staatsmänner noch einen solchen auf das Ausland werfen müssen.

Wir bemerken hier nur noch, daß wir über die Meinungsverschiedenheiten der Generale, unter denen Schleinitz gelitten haben soll, nicht unterrichtet sind. Soweit wir sehen, schätzten sie die französische Armee und besonders die Selbständigkeit ihrer Führer hoch ein, klagten dagegen über die Unfertigkeit unserer Armee und insbesondere den Mangel an geeigneten Führern, sowie über die vielen Prinzen, denen man nach Moltkes Mitteilung an Gerlach Kommandos zugedacht. Keiner habe, so behauptet Moltke, einen Begriff vom Kriege. Von der politischen Notwendigkeit aber, gegen Napoleon und für Österreich das Schwert zu ziehen, sind, soweit wir hören, alle Generale, sind beispielsweise außer Gerlach Ollech, Voigts-Rhetz, Willisen und vor allem Moltke überzeugt. Ja Moltke, den Gerlach einmal im Verdacht hat, er nähere sich der Bismarckschen Ansicht, äußerte sich Anfang Juni zu Bernhardi dahin, man müsse unbedingt und ohne von Österreich etwas zu fordern, gegen Frankreich ins Feld ziehen.

4. Das Ausland.

Vornehmlich auf Rußland und England kam es für Preußen an, mehr noch auf Rußland. Das war ja das seltsame Resultat jenes Krimkrieges gewesen, daß Napoleon bei seinen Verbündeten, England und Österreich, nur Feindschaft und Mißtrauen geerntet, seinen Feind Rußland aber für sich gewonnen hatte. Historisch ist es doch wohl nicht ganz richtig, wie Bismarck späterhin so oft gesagt, daß Preußens Neutralität im Krimkriege uns 1866 und 1870 Rußlands Dankbarkeit eingetragen habe. Die erwarben wir uns erst in der Folgezeit, damals aber (1859) stand Rußland ganz auf französischer Seite, und Napoleon durfte, wie bemerkt, darauf rechnen, bei Rußland Deckung zu finden gegen ein etwaiges Eingreifen Preußens in den Krieg. Freilich war die persönliche Freundschaft der Herrscher in Berlin und Petersburg herzlich in alter Weise, und mit klugem Bedacht hatte Bismarck in seiner Frankfurter Zeit auch mit dem russischen Geschäftsträger Ginsky vertrauliche Beziehungen angeknüpft, hatte dem Zaren wertvolle Dienste geleistet und in Peterburg bei der kaiserlichen Familie sich eine beneidenswerte Stellung als enfant gâté erworben. Aber allzu beflissen suchte Rußland die Freundschaft mit Frankreich, allzu gröblich zeigte es seinen Haß gegen Österreich. Nur zu freudig und nur zu richtig die Stimmung in Petersburg wiedergebend, hatte ein russischer Diplomat noch vor Ausbruch des Krieges, als ihm Cavour die sichere Nachricht von dem französisch-italienischen Zusammengehen verkündigte, ausgerufen: „Dann wird auch die russische Garde marschieren". „Kein räudiger Hund

nimmt in Petersburg", schreibt Bismarck schon Anfangs April, „von einem Österreicher ein Stück Fleisch. Rußland wird es dazu treiben oder kommen lassen, daß der Krieg ausbricht und ihnen das Bajonett in den Rücken rennen. Der Haß ist ohne Maßen und übersteigt alle meine Vermutungen. Erst seit ich hier bin, glaube ich an Krieg, die ganze russische Politik scheint keinem andern Gedanken Raum zu geben, als dem wie man Österreich ans Leben kommt". Drei Wochen später findet er, daß man in Petersburg womöglich noch böser auf Österreich ist, als früher, seit man sieht, daß es um jeden Preis Krieg will. Ja er ist überzeugt, daß man schon jetzt Kriegsmaßregeln trifft. Man wolle zwar, beschäftigt, wie man mit innern Angelegenheiten sei, den Frieden, werde es aber von anderer Seite zum Kriege gebracht, so glaube er, daß das russische Auftreten ernsthaft werde. Bei Kiew sammle man schon eine Armee, und von der Türkei und Wallachei her könnten sich die bedenklichsten Dinge selbst ohne Zuthun entwickeln, sobald einmal das Pulver brenne.

Nicht lange währte es auch, da wußte man sicher, daß Rußland sich kriegsbereit machte und sowohl gegen Preußen wie gegen Österreich Beobachtungskorps an der Grenze aufstellte. Also ein französisch-russisch-italienischer Bund war mindestens in Sicht, und von Osten und Westen zugleich drohte für Preußen der Krieg, falls es für Österreich einträte und die lockenden Angebote, dem Dreibund beizutreten, abwies.

Wohl bildeten die Herren in der Hofburg zu Wien sich nach dem Sturz des an der Newa besonders gehaßten Grafen Buol ein, die erneuten Bemühungen um die Gunst Rußlands könnten Erfolg haben, ja könnten wohl gar die persönliche Freundschaft des Zaren für den Berliner Hof ausgleichen. Doch offensichtlich war hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens, und es war klar, daß wenn Rußland überhaupt in die Aktion eintrat, es die Gelegenheit mit Freuden benutzen würde, das undankbare Kaiserhaus an der Donau abstrafen zu helfen, wozu sich ja im Orient und Ungarn die günstige Gelegenheit mehr als

reichlich bot. Das war daher lange Zeit hindurch zu befürchten, daß wenn unsere Truppen am Rhein den österreichischen am Po Luft machten, sie zugleich auch die russischen von der Weichsel her in Bewegung setzen würden. Der Gegensatz, die Feindschaft Rußlands ergab sich ohne weiteres.

Das durfte man in Berlin als feststehend, als Gewißheit ansehen, ungewisser war man lange Zeit über die Haltung, die England einnehmen werde. Ohne Zweifel mußte Englands Interesse dahin gehen, Frankreich nicht etwa durch Unterstützung Italiens und daran geknüpfte Bedingungen zum Herrn des Mittelländischen Meeres sich machen zu lassen. Vielmehr sollte, wie man es ausdrückte, das Adriatische Meer ein neutrales Gewässer bleiben, und ebenso verlangte das englische Interesse die Beibehaltung der Bestimmungen des Pariser Friedens über das Schwarze Meer, verlangte, daß Rußlands Orientpolitik durch diese Fesseln gelähmt blieb. Ganz folgerichtig war es daher, daß die englische Königin, sowie das regierende Tory-Ministerium dem Wiener Kabinett seine natürlichen Sympathien auch bezeugte, und wenn sogar die Königin wohl nicht im Geiste der englischen Nation durch ihren gerade in Rom anwesenden Sohn dem Papste für alle Fälle ein Asyl „im gelobten Lande Albion" anbieten ließ. Indessen konnte und mochte anderseits auch das Tory-Ministerium den Freiheits- und Einheitsbestrebungen der Italiener, so sehr sie als revolutionär stigmatisiert und verdächtigt waren, nicht direkt entgegentreten, und die österreichische Mißwirtschaft in Italien schien dem englischen Volk so abgeschmackt, daß man es nicht hätte wagen dürfen, noch auch nur wagen wollte, die Österreicher direkt zu unterstützen. Überdies aber waren, das fühlte man allerseits, die Tage der Torys gezählt, und wirklich waren die Whigs, als sie ans Ruder kamen und mobil machen mußten, eher noch zu einer Unterstützung Napoleons bereit, obwohl auch sie den Herrscher haßten, dessen vorzeitiger Friede ihnen, wie man laut und bitter klagte, die Siegesfrüchte in der Krim verkümmert hatte. Keineswegs waren zudem die Verteidigungsmitte

Englands Vertrauen erweckend zugerüstet. Die Flotte stand nicht auf der alten, die anderer Nationen überragenden Höhe, die französische hatte sie durch neue Erfindungen überflügelt, und der Prinz-Gemahl schickte sich gerade an, das Ministerium zu erheblicher Verstärkung der Flotte zu veranlassen. Endlich aber, und das war die Hauptsache, erkannten die vortrefflichen Rechner in den Comptoirs an der Themse mit gewohnter Umsicht, daß nach den Erfahrungen der Jahrhunderte der englische Handel gerade dann vortrefflich gedeihen müsse, wenn auf dem Kontinent die Völker auf einander schlügen und dadurch — was schon im Frühjahr aus bloßer Besorgnis vor dem Kriege der Fall war — die Fabriken auf dem Kontinent still ständen, aller Handel brach gelegt und jeder Unternehmungsgeist gelähmt würde. Es war daher ganz zutreffend, wenn Herzog Ernst, nachdem er auch in London vielfältig sich bemüht hatte, zu der Erkenntnis kam, daß von England nichts zu erwarten sei. Und diese Erkenntnis wurde für Preußen noch dadurch erheblich verstärkt und verbittert, daß England die Anfrage, ob es, da man die Rettung der öden adriatischen Küsten nicht mit der Blüte unserer Hansastädte bezahlen konnte, für den Fall eines Zusammenstoßes mit Frankreich die Neutralität der Nord- und Ostseeküste decken werde, kurzweg ablehnte und sogar seinen nach Wien behufs Friedensvermittlung abgeschickten Pariser Gesandten Lord Cowley in beleidigender und hochmütiger Form angewiesen hatte, seinen Weg nicht über Berlin zu nehmen.

5. Die königliche Familie.

Dieſe Nichtachtung der Formen internationaler Höflichkeit verletzte insbeſondere auch die Gemahlin des Regenten. Wir ſind über ihre Anſichten nur höchſt ungenügend, nur durch zufällige Bemerkungen unterrichtet, die des inneren Zuſammenhanges entbehren. Aber es verſteht ſich, daß auch bei dieſer Gelegenheit Äußerungen nicht fehlen, die die Selbſtändigkeit des Regenten der Gemahlin gegenüber in Zweifel ziehen. Bismarck behauptet, obwohl er damals in Petersburg lebte, geradezu, unter dem Einfluß ſeiner Gemahlin und der Wochenblattpartei ſei der Regent nahe daran geweſen, ſich an dem italieniſchen Kriege zu beteiligen. In direktem Gegenſatz dazu bezweifelt wieder Gerlach umgekehrt, daß der Regent ſeine kriegeriſchen Abſichten ihr gegenüber werde durchſetzen können. So ſtark hat ſich das Gerücht zur Überzeugung verdichtet, und ſo weit hat die Überzeugung um ſich gegriffen, daß man den weiblichen Einfluß auf den Regenten als einen entſcheidenden anſieht, ganz gleichgültig, ob der Gemahl nach, oder ob er gegen den Willen der Regentin handelt. Sogar Herzog Ernſt behauptet, da ihm der Regent nicht den Willen thut, die Prinzeſſin habe, wie es damals gewöhnlich in ſolchen Fällen geſchehen ſei, die Avantgarde bilden müſſen, um durch den Prinz-Gemahl Aufklärungen über die Tendenzen der britiſchen Regierung zu erlangen. Wir werden ſehen, mit welchem Recht oder vielmehr mit welchem Unrecht ſolche Behauptungen in die Welt geſetzt wurden. Wie die Regentin die italieniſchen Beſtrebungen beurteilte, wiſſen wir nicht, an Sympathie für ſie und an Abneigung gegen die öſterreichiſche Mißwirtſchaft

wird es ihr nicht gefehlt haben, die Beimischung des revolutionären Elementes mag sie ihr aber wohl auch verdächtig gemacht haben. Sicherlich wurde ihr politisches Urteil bestimmt durch die Stellung, die sie zu den einzelnen Staaten einnahm, und es begreift sich, daß sie sich von jedem Zusammengehen mit dem kulturfeindlichen Zarentum, wie mit dem despotischen Parvenutum an der Seine abgestoßen fühlte. Bei diesem innerlich lebendig vorhandenen Gegensatz war nach Lage der Dinge aber sofort der Anschluß an Österreich gegeben, und so energisch die Prinzessin dereinst für die Kaiserkrone eingetreten war, so wenig konnte es ihr in den Sinn kommen, etwa mit französisch-russischer Hilfe über das Erzhaus herfallen zu wollen. Sie glaubte, Preußen müsse überhaupt den Krieg vermeiden. Wer der Prinzessin einen Vorwurf aus diesem Wechsel ihrer Haltung zu Österreich machen will, der übersieht nicht nur die Verschiedenheit der politischen Verhältnisse, sondern verkennt zugleich das weibliche Herz einer Tochter aus sächsischem Fürstengeblüt und beachtet nicht, daß im Kampfe gegen Frankreich Preußens Stellung an der Seite Österreichs auch in weiten kleindeutschen Kreisen, ja von der öffentlichen Meinung überhaupt gefordert wurde. Die Hinneigung der Prinzessin zu Österreich ergab sich ihr in diesem Fall gerade ebenso von selbst, wie für die hochstrebende Gemahlin des preußischen Thronfolgers vor einem Jahrzehnt die Vertretung der Unionspolitik die natürliche gewesen war.

Aber auch das war für sie natürlich, daß sie den Gang der englischen Politik scharf im Auge behielt, vielleicht sogar — wir wissen es aber nicht — von ihm den der preußischen Politik abhängig sehen wollte. All die Jahre hatte sie ja, wie beispielsweise ihre Briefe an Bunsen zeigen, die Meinung vertreten, daß Englands Hilfe oder doch Englands gute Gesinnung für uns erwünscht und notwendig wäre. Sicherlich hat sie die Macht und die Bedeutung Preußens dabei unterschätzt, aber auch diesen Irrtum, der aus der damals allgemeinen Bewunderung des englischen Verfassungswesens und

der persönlichen Zuneigung zum englischen Herrscherpaar entstanden war, teilte sie mit den weitesten Kreisen. Die bewundernde Schwärmerei für Englands Verfassung und alles, was englisch, war ja gerade die allgemeine Signatur der Zeit, die an unsere eigene Kraft zu glauben noch nicht gelernt hatte. Es entsprach dem auch nur, wenn die Prinzessin wie seit langem in ihren Briefen an den Prinz-Gemahl, wie vermutlich auch in solchen an die Königin Viktoria die politische Lage erörterte. Und wenn sie, wie wir aus den kurzen Angaben über eine Denkschrift schließen dürfen, die sie im April nach London sandte, den Gedanken hatte, dem französisch-italienisch-russischen Dreibund einen preußisch-österreichisch-englischen gegenüber zu stellen, so war das vielleicht weder im preußischen noch im englischen Interesse, aber es war nach dem ganzen Verlauf, den die europäische Politik in den letzten Jahren genommen hatte, gewiß folgerichtig gedacht. Zuletzt aber war es nur eine Meinungsäußerung, von der wir nicht wissen aber auch nicht einmal annehmen können, daß sie nach der Meinung der Prinzessin auf die Leitung der englischen Politik Einfluß ausüben würde. Sie ist indes für uns deshalb von Wichtigkeit, weil die Regentin sie auch in Berlin und auch vor dem Gemahl vertreten haben wird. Dafür aber, daß sie den Gemahl damit beeinflußt hat, liegt nicht der Schatten eines auch nur andeutenden Beweises vor, wir wissen vielmehr, daß er selbst auf die Kenntnis der englischen Politik Wert legte, und ebenso sicher ist die Verdächtigung des Regenten, er habe zunächst nicht selbst gehandelt, sondern habe die Gemahlin beauftragt, gleichsam als seine Avantgarde zuerst bei dem Prinz-Gemahl anzufragen, völlig hinfällig. Denn wir besitzen den eingehenden Brief, den der Prinz-Regent in dieser Angelegenheit am 2. Februar an den Prinz-Gemahl schreibt, der Brief aber, den die Prinzessin als Avantgarde geschrieben haben soll, ist erst vom 26. Februar datiert. Man sieht deutlich, wie das Gerücht über die Unselbständigkeit des Regenten an falschen Thatsachen emporrankend und fort-

zeugend sich selbst vertieft und verbreitet, bis es allgemeinen Glauben gewinnt.

So ist es auch bei Gerlach. Auch sein Zweifel, ob der Regent seine kriegerischen Absichten gegen die den Frieden wünschende Gemahlin werde aufrecht erhalten können, ist hinfällig. Die Gemahlin war, als die Mobilmachung erfolgte, gegen sie und hielt mit ihrer Mißbilligung nicht zurück. Der Prinz aber befahl sie trotzdem gerade ebenso, wie er späterhin die Kriegserklärungen gegen den Wunsch der Königin unterzeichnete. So männlich diese Entschlüsse waren, so echt weiblich wird doch auch der Wunsch der Gemahlin, dem Kriege auszuweichen, sein und nicht die Mißbilligung verdienen, die ihm heute zu teil wird. Fehlte ihr wirklich, was wir in Wahrheit nicht wissen, das Vertrauen auf das Glück der preußischen Waffen und lag darin mehr noch, als in dem allgemeinen Schrecken der Frau vor dem Ernst des Waffentums der Grund für ihre Friedensliebe im Jahre 1859, — so teilte sie diesen Irrtum wieder mit weiten Kreisen. Man weiß ja, wie oft in den letzten Jahren, wie zumal vor Olmütz der Mangel an eigener kriegerischer Tüchtigkeit und Bereitschaft für die Erhaltung des Friedens angeführt worden ist. Es war, wie bemerkt werden mag, ein schwer wiegender Irrtum, oder vielmehr, soviel an dem Heere König Friedrich Wilhelms IV. auszusetzen war, so war es dem ganz verfallenen österreichischen und ebenso den ganz und gar nicht für den Krieg vorbereiteten russischen Paradesoldaten noch ganz erheblich überlegen. Das wagte man aber damals in Berlin sich nicht einzugestehen, und so mag auch die Prinzessin wie so viele andere wohl dem Glück der preußischen Waffen nicht getraut haben. Allein unter diesem zum Frieden drängenden Einfluß der Gemahlin beschloß der Regent gewiß nicht, wie Bismarck behauptet, beinahe den Krieg, und der Friedenswunsch der Prinzessin hat umgekehrt nicht, wie Gerlach fürchtete, den Entschluß des Regenten zum Kriege gehindert.

Auf ganz anderem Boden waren die politischen Ansichten des Bruders des Regenten, des Prinzen Karl, erwachsen, und

wenn die hohe Frau aus Vorliebe für Österreich handelte, so bestimmte den Prinzen der Haß gegen Österreich, und wenn bei der Prinzessin die Abneigung gegen die russischen Verwandten mitsprach, so leitete den Prinzen seine Bewunderung für diese. Aber im Resultat, der Fernhaltung vom Kriege, traf er mit der Regentin zusammen. Den Prinzen bestimmte seine unbeschränkte Vorliebe für Rußland und alles was russisch war, und von ganzem Herzen teilte er den Haß seines verstorbenen Schwagers Nikolaus gegen das undankbare Österreich, das von Rußland gerettet war und sich doch dem Zaren mit der Waffe in der Hand an der Grenze entgegengestellt hatte. Es wird daher für den Prinzen Karl der Aufreizung durch die Großfürstinnen Helene und Marie Nikolajewna, von der Gerlach spricht, kaum bedurft haben, um seine Ansichten zur Sprache zu bringen. Wie Prinz Karl sich zu der französisch-russischen Freundschaft verhielt, ob er die Konsequenzen seiner Anschauung gezogen und etwa im Bismarckschen Sinn eine Annäherung an Frankreich empfohlen hat, wissen wir freilich nicht, haben aber keinen Grund, es anzunehmen. Herzog Ernst erzählt uns allerdings, daß er die westlichen Provinzen für Preußens eigentliches Unglück angesehen hat, doch wird man aus solchem, vielleicht nur gelegentlich hingeworfenen Wort noch nicht schließen dürfen, daß er etwa zu ihrer Abtretung bereit gewesen wäre. Jedenfalls fürchtete — bei anderer Gelegenheit — Vincke sein Auftreten, zählte ihn in erster Linie zu den „nicht unbefähigten und sehr entschiedenen Verwandten“ und meinte, er stehe an der Spitze der Clique, vor deren Urteil der Regent eine gewisse Scheu habe. In Wirklichkeit zeigte der Regent auch vor ihm keine Scheu, handelte völlig anders als Prinz Karl wollte und so, wie nach seiner Erkenntnis die politische Forderung des Tages verlangte. Schmerzlicher war für den Regenten dagegen ohne Zweifel, daß er auch gegen den Wunsch der, von ihm seit den Kinderjahren mit aller Wärme seines Herzens geliebten Schwester, der Kaiserin Charlotte handelte. Gerade in die umfassendsten Kriegsvorbereitungen hinein traf sie

Anfangs Juli in Berlin ein und, verwundet durch Österreichs Undankbarkeit, wie sie in der Seele ihres verstorbenen Gemahls tiefer noch als in der eigenen war, wird sie nicht verfehlt haben, ihrem Unbehagen Ausdruck zu geben.

Anderseits wird kein Zweifel vorliegen, daß die englischen Verwandten gerade umgekehrt zum Kriege für Österreich ihre Stimme auch beim Regenten erhoben haben werden. Von der Königin Viktoria ist Bernhardi Mitte Mai völlig überzeugt, daß sie für sofortigen Krieg gegen Frankreich sei, und Lord Malmesbury hatte Ende des Monats Mühe, sie und den Prinz-Gemahl von der Unmöglichkeit, für Österreich Partei zu nehmen, zu überzeugen, da England für die Unabhängigkeit Italiens sich nicht in den Krieg stürzen könne, und im Parlament sich nicht zehn Stimmen dafür finden würden. In welchem Sinn Prinz Albert an den Prinz-Regenten schrieb, werden wir noch hören, wir erwähnen aber schon hier, daß ein Einfluß von der Themse her auf die Handlungen des Prinz-Regenten nicht bemerkbar wird.

Im übrigen waren die Mitglieder des königlichen Hauses dem österreichischen Kaiserhause mit vollster Sympathie zugethan. Prinzessin Friedrich Wilhelm und Alexandrine standen, wie Gerlach bezeugt, entschieden zu Österreich, Prinzessin Friedrich Karl war sehr kriegerisch, vom Prinzen Friedrich Karl hoffte Gerlach, er werde stramm sein, also gegen das Urteil des Vaters für den Krieg an Österreichs Seite stimmen, der junge Prinz Albrecht sowie Prinz Friedrich Wilhelm endlich sprachen sich für den Krieg aus. Wohl möglich, daß der Regent von dem Urteil dieser Herrschaften abzog, was etwa noch jugendliches Ungestüm war, doch war ihm zweifellos bekannt, wie überdies nicht nur der Hof in Sanssouci, sondern wie vor allem die Königin und der kranke König Preußens Unterstützung für Habsburg verlangten, und wie der König befohlen hatte, ihm wissen zu lassen, er wünsche, daß man zum Kriege schreite. Es war gewiß nicht unrichtig, wenn die Erzherzogin Sophie der Königin Elisabeth schrieb, „der König würde uns

nicht im Stich lassen", unrichtig war es indessen freilich auch nicht, wenn die Königin dazu bemerkt: „Aber wer weiß, wie das wäre!"

Kurz, auch innerhalb der königlichen Familie und innerhalb des ausländischen nahen Verwandtenkreises herrschten sehr verschiedene Anschauungen, und sie wurden ohne Zweifel auch vor dem Regenten je nach dem persönlichen Verhältnis und je nach dem Temperament mit mehr oder minderer Lebhaftigkeit und Energie geltend gemacht. Alle hörte er geduldig und gütig, wie es seine Art war, an. Das beweist gerade die Besorgnis, die wir von den verschiedenen Parteien hören, ob der Prinz-Regent nach ihrem Willen handeln, oder anderen Einflüssen nachgeben werde. Sie beweist aber an sich auch nicht mehr, beweist vor allem nicht, daß hier, wie der Biograph Bismarcks will, ein höfisches Spiel mit den wichtigsten Interessen Deutschlands gespielt wurde. Das ist vielmehr lediglich ein bedauerliches Erzeugnis der Phantasie, dem es wie an jeder inneren Wahrscheinlichkeit, so auch an jedem Versuch eines positiven Beweises fehlt, und das, verdächtigend und herabsetzend, wie es ist, selbst starke Parteileidenschaft nicht erfinden sollte.

6. Der Regent und seine Politik bis zum Ausbruch des Krieges.

All diese Parteien drängten nun an den Regenten heran, die Mitglieder seines Hauses, Fürsten des deutschen Bundes und des Auslandes, Minister und Generale, Adjutanten und Diplomaten, Politiker aller Schattierungen, berufene und unberufene, Zeitungsschreiber und Kammerredner, alle suchten Wege zu finden, ihm ihre Ansicht bekannt zu geben, ihren Willen zu dem seinigen zu machen. Immer aber bleibt, was wir bisher davon wissen, nur ein Bruchteil der Vorstellungen, die an den Regenten gelangt sind, wie uns denn alle Depeschen der auswärtigen Mächte und ebenso mit kaum nennenswerten Ausnahmen die Briefe fehlen, die im Palais Unter den Linden gewiß aus Wien wie Paris, aus London wie Petersburg und nicht zuletzt aus den deutschen Residenzen eingelaufen sein werden. Ein Irrtum ist es auch nur, wenn Bismarck klagt, daß seine Berichte dem Regenten nicht vorgelegt seien. Wenn Bismarck mit ihm im Januar konferierte, wenn der Regent in etwa derselben Zeit die Berufung Bismarcks in das Ministerium ablehnte, weil er alles auf den Kopf stellen werde, wenn er während des Krieges sogar die Abberufung Bismarcks aus Petersburg in Erwägung zog, so wird daran kein Zweifel sein, daß der Regent sehr genau über Bismarcks Politik unterrichtet war, und jetzt bezeugt uns Gruner ausdrücklich und ganz einwandsfrei, daß sogar Bismarcks zahlreiche Privatbriefe an den Minister von Schleinitz dem Regenten vorgelegt

wurden. Gruner behauptet auch, daß Bismarck dies gewußt habe.

Im Kabinett waren mithin die Ansichten und Bestrebungen der einzelnen Parteien wohl bekannt, und was etwa dem Regenten nicht persönlich vorgetragen wurde, erfuhr er aus den Zeitungen, von denen ihm täglich Ausschnitte zugeschickt wurden. Man wird auch gestehen, bunt genug war das Bild, das sich ihm zeigte, und kaleidoskopartig beinahe traten ihm die Ratschläge und die Willensäußerungen entgegen, denen er gerecht werden, die er erfüllen und beachten sollte. Unbedingt forderten die einen den Kampf gegen Frankreich, ebenso bestimmt verlangten die anderen Kampf gegen Österreich; Bedingungen und Möglichkeiten vergaßen die einen in Erwägung zu ziehen, und wieder die anderen stellten hüben wie drüben sehr verschiedenartige Bedingungen. Nuancen und Abstufungen zeigten sich, die fast täglich sich änderten und je nach den Personen und Umständen ein geändertes Gepräge trugen. Viele verlangten die Neutralität als die allein richtige Politik, aber ob sie eine einfache, bewaffnete oder unbewaffnete, ob sie eine für Frankreich, oder für Österreich wohlwollende Neutralität sein sollte, ob sie für die Dauer des Krieges beobachtet werden sollte oder etwa nur bis zu dieser oder jener Wendung des Schlachtenglückes: darüber waren die Ansichten wieder mannigfach geteilt, und endlich war der Ausgangspunkt für viele ein ganz verschiedener, indem die einen von vornherein nur die europäische Machtstellung Preußens unter Belassung oder geringer Veränderung seines Bundesverhältnisses im Innern Deutschlands, jene aber vorzüglich die Erhöhung der Geltung Preußens in Deutschland, sowie die Umgestaltung oder selbst die Auflösung des Bundes im Auge hatten. Mochte der Würfel des Krieges fallen nach dieser oder nach jener Richtung: in dem einen Fall besorgten diese die unermeßliche Ausdehnung der französischen Suprematie und die Herrschaft der Revolution, im anderen Fall fürchteten jene eine neue und feste Begründung der Vorherrschaft der Präsidialmacht

und damit den Sieg der Reaktion, wie die Unterdrückung des Nationalitätsprinzips. Im glücklichen Verlauf der Einheitsbestrebungen Italiens sahen die einen ein gutes Vorzeichen für die ähnlichen Deutschlands, während die anderen in der österreichischen Niederlage zugleich die Schwächung der deutschen Macht erkannten. Von der Beteiligung Frankreichs an der italienischen Erhebung hofften die einen, die Bedeutung Österreichs im Konzert der fünf Großmächte werde zu Gunsten Preußens verringert werden, fürchteten die anderen, das Vorwiegen Frankreichs in Europa werde auch Preußens Ansehen in Europa wesentlich verringern. Gewiß, so tief der Verfall war, in dem der Prinz die Regierung übernommen, so verschlungen und zugleich so unauffindbar schienen die Wege zu sein, auf denen die große Aufgabe, die gleich beim Beginn auf dem Felde der hohen Politik dem Regenten gestellt wurde, gelöst werden konnte. Wie würde er sie lösen, würde er, wie Gerlach, wiederholt den armen Prinzen beklagend fragt, im stande sein, seinen Ministern, seiner Gemahlin, dem Prinzen Karl, Rußland und England, sowie endlich den Fraktionen und der öffentlichen Meinung gegenüber einen Entschluß fassen zum Segen seines Staates?

Sehen wir zu, ob wir aus den bisher bekannt gewordenen mündlichen und schriftlichen Äußerungen des Regenten die Politik entwickeln können, die er selbst verfolgte, sehen wir zu, welchen Erfolg sie hatte und zuletzt, wie weit sie der Regent selbständig vorgezeichnet und durchgeführt hatte. Vorweg bemerken wir, daß die mündlichen Äußerungen, die uns überliefert sind, vorsichtig aufgefaßt werden müssen, und daß die bisher gedruckten Briefe, die der Regent in dieser Angelegenheit schrieb, mit vielleicht einer Ausnahme nicht ausgearbeitete politische Denkschriften sind, sondern freundschaftliche Briefe, bei denen es dem Regenten offenbar nicht allemal auf vorher genau abgewogene Urteile ankommt, sondern in denen sich der Ausdruck des Gedankens je nach der Persönlichkeit des Adressaten und je nach den Verhältnissen gestaltet,

ja bei denen der Gedanke selbst vielleicht erst beim Schreiben sich einstellt.

Gerade die erste, aus dem Herbst 1858 stammende und uns von Sybel berichtete Äußerung des Regenten scheint eine recht unsichere zu sein. Danach soll der Regent Cavour seine Mitwirkung für die Besserung der italienischen Zustände zugesagt haben. Offenbar hat Cavour aus einer höflichen Redewendung mehr herausgehört, als in ihr lag, hat eben das gehört, was er hören wollte, oder vielmehr Cavours Mitteilung über diese Redewendung ist dahin mißverstanden worden. Denn niemals hören wir, daß, wie doch natürlich gewesen wäre, Cavour den Regenten an ein solches Wort erinnert, oder gar in Anknüpfung daran preußische Hilfe erbeten hätte.

Wohl aber haben wir schon vom 2. Februar 1859 einen ausführlichen, lediglich politischen Brief des Regenten an den Prinz-Gemahl. Er bezweckte ebenso wie die damals erfolgte und resultatlos gebliebene Sendung des Grafen Perponcher nach London eine Aufklärung über die voraussichtliche Haltung Englands zu erlangen. Er ist von besonderer Wichtigkeit und überrascht dadurch, daß der Regent Gesichtspunkte entwickelt, die gewöhnlich nicht hervorgehoben werden. Napoleon, dessen italienische Politik der Regent mit einer Zwickmühle vergleicht, bei der der Kaiser den öffnenden oder schließenden Stein zieht, wolle diesmal, so sagt der Regent, den Krieg nicht aus dem sonst für ihn maßgebenden Grunde, der Befestigung seines Thrones, sondern weil er — das Orsinische Attentat und seine Folgen schwebt dem Schreiber vor — die italienischen Dolche fürchte. La guerre ou le poignard, das war auch nach des Regenten Meinung die Ansicht, von der Napoleon ausging. Es frappiere ihn allerdings, daß er keine Alliierten gefunden und namentlich England nicht habe zu sich hinüberziehen können, das ändere aber seine Absicht nicht. In erster Linie müsse man daher die Veranlassung zum Kriege aus dem Wege räumen und zum Frieden ermahnen. Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens ist mithin dem

Regenten die Hauptsache, aber an ihrer Erfüllung zweifelt er, und er zweifelt um so mehr daran, als er wieder ganz richtig sieht, daß Napoleon aus den Regierungsformen der verschiedenen italienischen Gouvernements nur den Vorwand, nur einen Schein zur Berechtigung des Krieges nimmt. Den eigentlichen Grund zur französischen Beteiligung am Kriege erkennt er offenbar in Napoleon selbst, in seiner politischen Vergangenheit und in seinem Charakter. Den wahren Grund der Italiener aber zum Kriege erkennt er damals — und das ist bezeichnend — nicht sowohl in ihrem Streben nach nationaler Einheit, als in den Gelüsten Sardiniens nach Vergrößerung. Dazu aber hat, so erklärt er, keine unbeteiligte Regierung die Hand zu bieten. Ist das ein Satz, mit dem der Regent die politische Situation nicht erschöpfend schilderte und nicht schildern wollte, so genügt er jedenfalls, um die daran geknüpfte Folgerung zu erhärten, daß damit Preußen nichts zu thun habe, sich also von jeder Gemeinsamkeit mit Italien und Frankreich fernhalten könne. Unantastbar ist unter allen Umständen der weitere, dem Regenten persönlich und eigentümlich angehörende Grund. Kein Völkerrecht lehre, so behauptet er nämlich, daß ein Staat den anderen bekriegen dürfe, weil er anders regiert werde, als man es wünsche. Man sieht deutlich, wie der Regent die Entwicklung der politischen Theorien während seiner Mannesjahre innerlich miterlebt hat, wie er den so mühsam gegen das Metternichsche System errungenen Erfolg der Nichtintervention sich zu eigen gemacht hat, und wie ihn nun dieses Prinzip mit gutem Fug und folgerichtig von jedem Bündnis mit Napoleon zurückhält. Es ist dasselbe Prinzip, das Bismarck durchgehend gegenüber der inneren Politik aller Länder, insbesondere Rußlands, Österreichs und Frankreichs befolgt hat, und das uns das Recht giebt, uns jede Einmischung fremder Staaten in unsere einheimischen häuslichen Verhältnisse zu verbitten.

Nur mißverstehe man den Regenten nicht. Indem er das Prinzip der Nichtintervention vertrat, geschah es doch nur in

Anwendung auf den vorliegenden Fall, und er war nicht gemeint, es damit für alle Fälle und generell ihn bindend anzuerkennen. Im Gegenteil versichert er, wie wir hier vorwegnehmen dürfen, in einem ebenfalls an den Prinz-Gemahl gerichteten, nur ein Jahr späteren Brief (4. März 1860) ausdrücklich, daß Preußen die Nonintervention als Prinzip nicht habe anerkennen können, wie denn auch Prinz Albert ihm eine allgemeine theoretische Geltung nicht zugestehen will. Der Regent ist aber nicht nur der praktische Staatsmann, der, entfernt davon, sich an Prinzipien zu binden, nach den jeweiligen Umständen handeln will, sondern die Entscheidung wurde 1859 für die eigenste Anschauung des Regenten deshalb eine doppelt schwere, weil sich mit der Erhebung der Italiener gegen Österreich zugleich eine solche gegen die einzelnen italienischen Souveräne, weil mit dem nationalen Gedanken zugleich sich die revolutionäre Erhebung verband. Mit der Unterstützung Österreichs hätte der Regent, der auch damals wieder versicherte, stets auf der Basis der Legitimität zu stehen, eben diese verteidigt, die Bethätigung der Nichtintervention aber bedeutete auch nach der Vertreibung der italienischen Souveräne doch immerhin die Zulassung der Revolution. Er begnügte sich auch nicht mit dem Gedanken, daß schließlich die Anerkennung eines fait accompli ein ebenso unvermeidliches wie bequemes Auskunftsmittel sei, sondern er handelte, wie dieser Brief zeigt, nachdem er vorher genau die Verhältnisse gegen einander abgewogen. Es zeigt sich, wie in dieser ebenso praktischen wie gewissenhaften Natur das Prinzip der Legitimität mit den neuen, revolutionären Ideen, wie das Alte und das Neue mit einander ringt und sich in der höheren Einheit der Erkenntnis des Staates zusammenfindet und in der Pflichterfüllung versöhnt. Sehr genau nämlich unterscheidet der Regent nach seiner rechtlichen Gewissenhaftigkeit. Feststeht ihm, daß man niemand mit Waffengewalt eine Regierungsform aufzwingen soll; zweifelhaft ist, ob man legitime Souveräne vor Aufzwingung revolutionärer Regierungsformen zu schützen habe. Er leugnet es für den

Fall, daß einem Volke wie — man achte darauf — dem schleswig-holsteinischen stipulierte Rechte zur Seite stehen. Ganz anders sei es in Italien, wo umgekehrt den Souveränen stipulierte Rechte vertragsmäßig zur Seite ständen. Offenbar behält der Regent sich für diesen Fall das Recht der Intervention vor, aber für den vorliegenden Fall bejaht er es doch wieder nicht. Nicht mit ausdrücklichen Worten giebt er den Grund hierfür an, aber indem er die Thatsachen anführt, zeigt er, daß sie es sind, die ihn bestimmen. „Das Volk in Italien", so sagt er, „verlangt zeitgemäße Reformen, die leider die Souveräne nicht rechtzeitig zu gewähren verstanden, und daß sie nicht rechtzeitig zu handeln verstanden, wird wahrscheinlich ihre déchéance zur Folge haben — und möchte doch", so schließt er unmittelbar an, „dies Beispiel manchem deutschen Souveräne die Augen öffnen, aber im Gegenteil, sie werden immer blinder!"

Damit hat der Regent uns nicht nur seine Sympathie für die unterdrückten Italiener bezeugt, sondern er hat zugleich wieder die alte preußische Tradition, die Jahre hindurch geschlummert, zu neuem Leben erweckt, die Tradition, nach der die Regierung nicht zu warten hat, bis die Bedürfnisse des Staates eine so mächtige Forderung werden, daß der Strom seine Ufer zu überfluten droht, sondern selbständig und rechtzeitig ihm das Bett graben und zugleich den Damm vorsetzen soll. Es ist, ins Praktische übersetzt, die Theorie Friedrichs des Großen, nach der die Monarchie es über andere Regierungsformen davon trägt, je nachdem sie gehandhabt wird. Für ein Regiment jedoch, das, wie es in Italien geschah, allen edlen Regungen nur mit Kerker und Güterentziehung, mit Stock und Peitsche begegnet, ist preußische Unterstützung nicht zu haben.

Der häusliche Zwist der Italiener mit der österreichischen Oberherrschaft berechtigt dagegen an sich, so kehren wir zu dem Brief des Regenten vom 2. Februar 1859 zurück, die preußische Regierung nicht zu einer Beteiligung. Ein ganz anderes Gesicht gewinnt die Angelegenheit für den Regenten indessen da-

durch, daß Frankreichs Einmischung droht. Denn greift Napoleon wirklich zu Gunsten Italiens ein, so bezeugt er, da die österreichische Oberherrschaft sich auf die Traktate von 1815 gründet, daß er wirklich es als seine Aufgabe betrachtet, diese Traktate zu brechen. Gegen ein solches Vorgehen seien alle anderen Staaten berufen, die Aufrechterhaltung dieser Traktate zu gewährleisten, und dies Bewußtsein werde Napoleon, wenn er es bestimmt habe, vom Kriege zurückhalten. Noch also hofft der Regent, eine diplomatische Einwirkung aller Großstaaten, verbunden mit der unzweideutigen Drohung einer gemeinschaftlichen kriegerischen Aktion werde die Absichten Napoleons im Keime ersticken. Es ist sein Gedanke aus der Zeit des Krimkrieges, der hier wiederkehrt, der Gedanke, daß vor dem geeinten Willen Europas eine einzelne, Unrecht thuende Großmacht sich beugen müsse und es auch könne. Ebenfalls aber hält er auch eine Einwirkung auf Österreich für erforderlich, man müsse ihm von jedem provozierenden Schritt in Italien dringend abraten, denn wer unnütz provoziere — das sei seine innigste Überzeugung und seine stehende Phrase den auswärtigen Diplomaten gegenüber — finde so leicht keine Alliierten.

Demgemäß braucht der Regent dem Prinz-Gemahl auch nicht die selbst gestellte Frage über die Haltung Preußens bei einem Eingreifen Napoleons ausdrücklich zu beantworten. Sie ist ihm vielmehr so selbstverständlich, daß er nur sagt: „Somit möchte also auch Preußens Stellung vorgezeichnet sein", d. h., es habe in solchem Fall Österreich in dieser oder jener Form beizuspringen. Den entgegengesetzten Gedanken, die österreichische Verlegenheit auszunutzen, um Preußens Stellung im Bunde zu heben oder gar den Bund zu sprengen, wirft der Regent noch gar nicht auf, und seine Grundstimmung ist, wie jetzt auch Gruner bezeugt, eine anti-napoleonische, nur daß er sich keineswegs von dem blinden Haß eines Gerlach gegen alles, was den Namen Napoleon führt, oder durch eine allgemeine Furcht vor der Revolution leiten läßt, sondern rechtliche und politische Erwägungen bestimmen sein Urteil.

Zweierlei aber bestärkt ihn in der dadurch geförderten Stimmung gegen Napoleon. Einmal, und auch das ist wieder bezeichnend, die Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die sich — und wir wissen, daß es im weitesten Umfange der Fall war — seit vier Wochen in einer Art gegen Frankreich ausgesprochen habe, daß man dem nicht die Augen verschließen dürfe, und zweitens die historische Erinnerung an die Revolutionskriege, die Überzeugung, daß die französischen Waffen nach der Niederwerfung Österreichs sich gegen Deutschland und Preußen richten würden. Er hält mithin Kriege nur für gerechtfertigt, wenn die Regierung von der Stimme des Volkes getragen wird, und vor allem beseelt ihn — ganz im Gegensatz zu dem ihm damals so gern zugeschriebenen Mangel an Initiative und Entschlußfähigkeit — eine innerliche Scheu vor der Unthätigkeit und Unentschlossenheit der preußischen Regierung im Jahre 1805. Sie treibt ihn zur Thätigkeit, und so sehr ihn alle seine Empfindungen an die Seite des, wie immer seit Jahren als feindselig erkannten, so doch stammverwandten Österreich gegen den Erben des schrecklichen Mannes, der seiner Mutter das Herz gebrochen hat, drängen mögen, so wenig bestimmen sie — er erwähnt sie nicht einmal — seine politischen Anschauungen, sondern die Besorgnis, daß Frankreich, wenn Preußen wieder thatenlos zusähe, wie Österreich verblute, über Deutschland herfallen würde, ist es, die ihn zwingt, einen Entschluß zu fassen.

Indessen, so wenig er an eine Ausnutzung österreichischer Verlegenheit zu Gunsten Preußens in Deutschland denkt, so ernstlich faßt er anderseits den Fall ins Auge, daß Österreich den Sieg davonträgt, während sowohl Preußen mit Deutschland, wie England und Rußland neutral geblieben sind, und voller Besorgnis, wie nahe dadurch Preußens Macht berührt werde, ruft er aus: „Wie steigen dann Österreichs Aktien in der Welt und vor allem in Deutschland!“ Inzwischen giebt er selbst uns hierauf keine Antwort, und wenn wir es wagen dürfen, in seinen Gedanken zu lesen, so wird es näher liegen,

ihm die Anschauung zu unterstellen, daß eben die Teilnahme Preußens am Siege die Erfolge Österreichs zu Gunsten Preußens ausgleichen werde, nicht aber den anderen Gedanken, durch Unterstützung Napoleons die österreichischen Erfolge zunichte zu machen.

Vielmehr erwägt der Prinz-Regent in dem Briefe weiter die europäischen Verwicklungen, die entstehen können, und es zeigt sich, daß sie den Grund zu dem Schreiben überhaupt bilden. Er besorgt, daß England sich doch aus Sympathie für die unterdrückten Italiener mit Napoleon verbinden, und daß Rußland aus Haß gegen Österreich sich diesem Bunde anschließen könne. Er verschließt sich also der Erwägung nicht, daß das Gegenteil seiner Wünsche eintreten, und daß die Großmächte statt der von ihm ohne Zweifel geplanten, gemeinschaftlichen diplomatischen Aktion der Großmächte bei Frankreich und Österreich ein Bündnis gegen Österreich schließen können. Wie Preußen sich einem solchen gegenüber verhalten würde, sagt er dem Prinz-Gemahl noch nicht näher. Er kommt zunächst zu dem allerdings noch zweifelnd vorgetragenen und ihn nicht befriedigenden Resultat einer bewaffneten Neutralität, und es versteht sich, daß eine solche leicht auch zur aktiven Teilnahme führen, d. h. Preußen in einen Krieg gegen Frankreich, England und Rußland verwickeln konnte.

Drei Möglichkeiten unterscheidet der Regent, wenn aus dem austro-sardischen Zwist durch Napoleons Teilnahme der Krieg entsteht. Einmal, Napoleon bringt das sich selbst überlassene Österreich durch siegreiche Schlachten in Verlegenheit. In diesem Fall unterstützt Preußen das Haus Habsburg, noch ehe es zu einem „désastre“ kommt. Zweitens, England sowohl wie Rußland nehmen auf französisch-italienischer Seite am Kriege teil. In diesem Fall begnügt sich Preußen und Deutschland mit der bewaffneten Neutralität, die es aber der Wahrscheinlichkeit aussetzt, entweder einen höchst bedenklichen Krieg mit drei Fronten führen, oder an der Seite der drei Großmächte gegen Österreich das Schwert ziehen zu müssen. Drittens

endlich, Österreich, von den neutral bleibenden Großmächten sich selbst überlassen, besiegt die Franko-Sarden, und der Krieg führt zu unberechenbarer Erhöhung des österreichischen Ansehens und zu ebensolcher Herabminderung des preußischen Ansehens in Deutschland. Innerlich hat der Regent nur für den ersten Fall sich definitiv entschieden, während er, wie sich versteht, über den zweiten und dritten Fall sich erst entscheiden wird, nachdem er über die Haltung der beiden anderen Großmächte vergewissert ist. Eben deshalb schreibt er dem Prinz-Gemahl und gesteht, daß er auf die erhoffte Antwort, als für ihn entscheidend, im höchsten Grade gespannt sei. Vielleicht hoffte der Regent noch im stillen, die Antwort werde die als unwahrscheinlich gar nicht erörterte Möglichkeit einer Wendung der englischen Politik zu Gunsten Österreichs doch noch in Aussicht stellen oder wenigstens besprechen.

Diese Bitte um Benachrichtigung verstand der Prinz-Gemahl zunächst irrtümlich dahin, der Regent habe ihm die Entscheidung, und damit eine schwere Aufgabe und entsetzliche Verantwortung aufgelegt. Im übrigen aber ist die Antwort so geschickt und so diplomatisch gehalten, wie es des Prinzen Stellung in England mit sich brachte. Der Hauptsache nach giebt er in weiterer Ausführung den Rat, die geläuterte öffentliche Meinung, in der der Leitstern, aber auch die Berechtigung für die Schritte der Regierung zu erkennen sei, so stark wie 1840 und 1813 zu erregen, auf daß Napoleon vor dem Kriege überhaupt zurückschrecke — eine Folge, die in ihrer Wirkung wohl hinter dem vom Regenten geplanten gemeinsamen Druck der Großmächte auf Frankreich zurückgeblieben wäre, und einen Rat, den der Regent weder befolgte noch zu befolgen Anlaß hatte, da er ja eben erst dem Prinz-Gemahl von der gegen Frankreich so hoch gehenden öffentlichen Meinung berichtet hatte. Der zweite Rat, den der Prinz-Gemahl giebt, wenn er vorschlägt, bei Beginn des Krieges für die Ordnung und Herstellung des Bundesheeres zu sorgen, die Armeen auf den Kriegsfuß zu setzen und die Festungen zu besetzen, half dem

Regenten auch nicht über die Schwierigkeiten fort. Denn die Kriegsbereitschaft Deutschlands ergab sich für den Ausbruch eines Krieges, der es in Mitleidenschaft ziehen konnte, ohne weiteres, und selbst von Belgien nahm der Prinz-Gemahl trotz seines neutralen Verhältnisses an, daß es rüsten werde. Und verstand der Prinz-Gemahl, wie es scheint, unter der Kriegsbereitschaft zugleich Rüstung wie Mobilmachung, so war das eben die Frage, wie der Regent gleichzeitig den dritten Rat des Prinzen Albert, den Krieg nicht ohne Not an den Rhein zu ziehen, befolgen sollte, da Napoleon ja wohl nicht unthätig einer preußischen Mobilmachung zusehen werde, vielmehr gerade durch sie in Schach gehalten werden sollte. Von den drei Möglichkeiten, die der Regent aufgestellt hatte, beantwortete der Prinz-Gemahl die erste, wie Preußen sich bei österreichischen Verlusten, die die Gefahr einer französischen Überrennung Preußens in sich schlösse, verhalten sollte, gar nicht. Die dritte Möglichkeit, Österreich siege über Frankreich ohne Preußens Teilnahme, erledigte er mit der bei des Prinzen bekannten Einsicht und Kenntnis der deutschen Verhältnisse unbegreiflichen und mit seinen zu Beust geäußerten Anschauungen in Widerspruch stehenden kurzen Notiz, er sähe nicht, wie dadurch Preußen in Deutschland in den Hintergrund gedrängt werden könne. Denn Preußen hätte ja in Italien keine Besitzungen und hätte nicht die verkehrte Politik geführt, die dieses Land bis in die jetzigen elenden Zustände gebracht. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß hier eine ungenaue Überlieferung des Briefes vorliegt, oder daß der Prinz Grund hatte zu ganz besonders vorsichtigem Ausdruck. Die zweite Möglichkeit aber, ein Bündnis Englands und Rußlands mit Frankreich, beantwortete der Prinz-Gemahl in so verklausulierter Weise, daß der Regent über Englands Haltung keineswegs beruhigt sein konnte.

Allerdings erklärt der Prinz, ein englisch-französisches Zusammengehen halte er jetzt nicht mehr für möglich, falls Österreich nicht die gröbsten Fehler mache. Dafür aber, setzt er hinzu, sei keine Sicherheit da, und er schließt den

Brief mit dem Geständnis, er wisse nicht, was England thun werde. Jetzt sei zwar der Wunsch allgemein, sich aus dem Kriege herauszuhalten, greife der Krieg aber um sich, so würden die neuen Interessen und neuen Gefühle die weiteren Entscheidungen bestimmen. In Wirklichkeit hatte der Regent also wie es scheint, gar keine Antwort auf seine Frage erhalten, und noch undurchsichtiger wurde der Schleier, der über Englands Politik lag, durch das weitere Geständnis, daß kein erfahrener Staatmann glaube, auf die Dauer sich aus dem Kriege heraushalten zu können. Also die erst als unwahrscheinlich bezeichnete Teilnahme Englands am Kriege wird, so mußte der Regent folgern, voraussichtlich doch eintreten, aber das, worauf es dem Regenten ankam, nämlich den Zeitpunkt und die Verhältnisse zu erfahren, unter denen England ein Eingreifen für geboten erachten möchte, und auf welcher Seite es kämpfen, oder welche Partei es begünstigen werde, das war wenigstens in dem Briefe nicht gesagt. Wie sollte der Regent wissen, welche Fehler Österreichs grob genug sein möchten, das Ministerium zum Bunde mit Frankreich zu veranlassen, wie sollte er die neuen Interessen berechnen, die für England maßgebend, wie die neuen Gefühle ahnen, die für England bestimmend sein möchten?

Überdies hatte der Prinz-Gemahl seinem Briefe die Bitte vorangeschickt, in ihm rein seine persönlichen Gedanken zu sehen, während das Ministerium die seinigen in seine eigene Sprache kleiden und nur durch seine eigenen Organe ausdrücken könne, also daß selbst die Aufnahme der Devise des Regenten „Wachsamkeit und Verständigung unter uns“ durch den Prinz-Gemahl die englische Politik in keiner Weise band, und der Regent über sie in Wirklichkeit, wie es schien, nichts erfahren hatte.

Oder vielmehr: der Brief des Prinz-Gemahls war für den Regenten nach zwei Seiten hin wertvoll, positiv und negativ. Indem der Prinz dem Regenten empfahl, die äußerste Moderation zu bewahren, wenig zu verhandeln und noch weniger zu erklären, an dem Satz der Auf-

rechthaltung der Verträge festzuhalten, immer aber sich nur über einen, und zwar den zunächst erforderlichen Schritt zu entscheiden, unterstützte er die von Schleinitz dem Regenten vorgetragene Meinung, man müsse zunächst noch zuwarten. Und indem der Prinz schrieb, ein Nachteil, den Österreich im Felde erleide, könne bei seiner starken militärischen Stellung schwerlich in eine déroute ausarten, bekräftigte er den Regenten in dieser in Berlin allgemein verbreiteten Ansicht. Indem der Prinz-Gemahl aber auf die nur zwischen den Zeilen liegende Anfrage des Regenten, ob etwa nach der in Deutschland vielfach angenommenen Vorliebe des englischen Herrscherpaares für Österreich und dem auch im Ministerium in England herrschenden Mißtrauen gegen Napoleon eine Wendung der großbritannischen Politik für Österreich möglich sei, gar nicht eingeht, vergewissert er den Regenten allerdings vollkommen, daß auch das Tory-Ministerium nicht daran denke, für Österreich das Schwert zu ziehen, und daß Preußen, wenn es trotzdem an den Rhein marschiere, von England eine Förderung nicht zu erwarten habe. Das war es ohne Zweifel, was der Prinz-Gemahl meinte, wenn er einige Tage darauf an Stockmar schrieb, er habe dem Regenten so ausführlich, so unumwunden und so gewissenhaft die ganze Sachlage in London auseinandergesetzt, daß er seine sicheren Deduktionen davon ableiten könne. Diese Deduktion, die Folgerung, daß England weder für Österreich noch auch für Preußen etwas thun werde, sollte der Regent nach dem Wunsch des Prinz-Gemahls offenbar ziehen, und wenn man damals in Berliner Kreisen daran dachte, daß England im eigenen Interesse wenigstens die norddeutschen Küsten gegen Frankreich und Rußland schützen könne, so benachrichtigte endlich der Prinz-Gemahl den Prinz-Regenten, daß es gerade umgekehrt sei. Man rechne in Frankreich, so schrieb er ihm aus sicherster Quelle, aber wieder mit vorsichtig berechneten diplomatischen Ausdruck, darauf, ein möglicherweise schroffes Auftreten Preußens in der schleswigschen Sache dazu zu benutzen, die dänische und schwedische Flotte zur Teilnahme an dem möglichen Kriege

gegen Preußen zu gebrauchen, deren Verbindung mit der russischen allerdings die preußischen Küsten sehr bedrohen würde. Einer russischen Demonstration sei also wohl ein Observationskorps entgegen zu stellen.

Das war also das Fazit, das der Regent aus dem Briefe ziehen sollte: Noch soll er jede eigene Entscheidung aufschieben und vom Eintritt weiterer Ereignisse abhängig machen. Denn von England hat er nichts zu hoffen, wenn er etwa für Österreich seine Truppen ins Feuer schickt, wohl aber hat er zu gewärtigen, daß in diesem Fall die schleswigsche Angelegenheit Rußland, Dänemark und Schweden Veranlassung bieten werde, mit ihrer vereinten Flotte wenigstens unsere Ostseehäfen zu blockieren und also den deutschen Handel und mit ihm die deutschen Geldmittel zunichte zu machen. Von der Politik, die England in solchem Fall beobachten werde, sagte der Prinz kein Wort, und das Schweigen war beredt genug, um zu folgern, daß es mindestens thatenlos zuschauen, gewiß aber für Preußen sich nicht bemühen werde.

Irgend eine Bemerkung über eine Benutzung der österreichischen Verlegenheit zu Gunsten der deutschen Aufgabe, wie sie Beust im Mai aus dem Munde des Prinz-Gemahls vernommen haben will, findet sich in dem Briefe nicht, wohl aber will der Prinz nach seinem Briefe an Stockmar seinen Hinweis auf die Wichtigkeit der Übereinstimmung aller Schritte der Regierung mit der öffentlichen Meinung und dem eigenen Volk in der Mahnung an den Regenten „sei deutsch, sei volkstümlich“ zusammengefaßt sehen. —

Zu derselben Mahnung fühlte sich auch der Herzog von Koburg aus eigenem Antriebe eben damals berechtigt. Um die Berliner Herrschaften und den ihm so befreundeten Fürsten von Hohenzollern, wie er sagt, schärfer in die populäre Richtung zu treiben, übersandte er eine weit ausholende umfangreiche Denkschrift mit anerkennenden Worten über den festen Willen, den hellen Blick, die kräftige Hand, die edlen Gesinnungen und die Hoffnungen, die alle Patrioten auf ihn, den Regenten, gesetzt hätten.

Nach einer längeren theoretischen und historischen Auseinandersetzung erörtert der Herzog, wie der Regent unter bestimmter Abweisung der Feudalpartei und unter Anlehnung an die Mittelpartei verfassungstreu und kräftig regieren, Recht und Gesetz zur Förderung aller nationalen Interessen schützen müsse. Dadurch werde Preußen die Bundesstaaten an sich fesseln und Österreich in Deutschland so sehr allen Einflusses berauben, daß es mit ihm ein Abkommen treffen könne, mit dem Preußen und ein mit Preußen verbündetes Deutschland bestehen könne.

Man darf wohl fragen, welchen Erfolg sich der Herzog beim Regenten von einer solchen Denkschrift versprochen hat. Möglich, daß seine Erinnerung an die unwiderstehlichen Sympathien der großen Mittelpartei in allen deutschen Staaten und an den dadurch hervorgerufenen Zustand, der sogar nach und nach vielleicht den Gedanken einer Union verwirklichen könne, Anklang in der Seele des Regenten gefunden hat. Denn von der Zustimmung der Besten seines Volkes getragen zu werden, war ihm ohne Zweifel Bedürfnis, und die Unionspolitik in der hier gedachten Form war ihm nicht fremd. Auch wenn der Herzog, freilich nur nebenbei, bemerkt, es werde erforderlich werden, daß Preußen auch für die deutschen Verhältnisse im allgemeinen als unverrückbares Prinzip ausspreche, daß es mit den Mitteln der Bundesverfassung überall Recht und Gesetz schützen und alle ihre Handhaben anwenden wolle, um die nationalen Interessen Deutschlands zu fördern, so wird eine solche Bemerkung den Regenten sympathisch berührt haben. Einfluß auf seine Handlungen oder auch nur Gesinnungen konnte sie nicht haben, da der Regent eben das hier Geforderte, wie er feierlich verkündigt hatte, tagtäglich that, und niemand daran zweifelte, daß er auch weiter im Sinne dieser Forderungen handeln würde.

Gewiß aber hatte Prinz Albert viel besser den Charakter und die Denkungsweise des Regenten erkannt, als der Bruder in Koburg, wenn er von dessen Denkschrift urteilt, daß sie auf

den Regenten nicht viel Eindruck gemacht haben werde, weil der Herzog vom Standpunkt des Parteimannes aus argumentiert habe, davor aber gerade der Regent sich scheue und fürchte, zum Parteimann oder Parteiwerkzeug gemacht zu werden. Als ein Satz von recht zweifelhafter Sicherheit dürfte es auch gelten, daß jene unwiderstehlichen Sympathien der Mittelpartei in der That, wie der Herzog meinte, eine Garantie gegen die Lauheit und den Abfall jedes einzelnen deutschen Staates von Preußen böten. Hinzukam aber, daß auch hier wieder der Herzog es vermied, irgendwie praktische Mittel anzugeben und greifbare Vorschläge zu machen. Denn welches thatsächliche Resultat für die Forderungen des Tages, für den drohenden Ausbruch des französisch-österreichischen Krieges sollte wohl der Regent der Mahnung entnehmen, daß das Wesentlichste die entschiedene Verleugnung der Reaktionspartei überall in Deutschland und dagegen die Anlehnung an die große Partei der Intelligenz und des Wohlstandes, sowie die selbständige und kräftige Förderung des religiösen, geistigen und politischen Fortschrittes sei? Das waren doch eben solche Sätze, deren wohlverstandenen Inhalt auszuführen der Regent wiederholt unter allseitigem Beifall verheißen hatte, Sätze aber, die in solcher Form ausgesprochen dem Regenten gerade die Befürchtung eingeflößt haben werden, man wolle ihn zum Parteiwerkzeug machen, und rein theoretisch, wie sie ausgesprochen waren, entbehrten sie der Angabe irgend eines praktischen Auskunftsmittels. Schilt der Herzog so gern und oft auf die in Berlin beliebte Unthätigkeit: was ist denn seine Abneigung gegen militärisch-diplomatische Eroberungen, was ist seine Hoffnung auf die Erreichung des nationalen Zieles in — wie er im Widerspruch mit sich selbst sagt — in wenigen Jahren durch eine still wirkende, geistige und moralische Macht der preußischen Regierung, durch Aufrechterhaltung von Ordnung und Gesetz, durch freie Entfaltung jeder guten Kraft und durch Anlehnung an diejenigen, die Fortschritt im Innern und Macht nach Außen zur Parole ihres Lebens gemacht haben, d. h. an seine

Partei, was ist es denn anderes, als eine Empfehlung der Unthätigkeit am Vorabend eines großen europäischen Krieges? Wie sicher der Regent auf die Wirkungen einer recht- und gesetzmäßigen Regierung, auf die moralischen Eroberungen in Deutschland gerechnet hat: im Moment der Gefahr von Außen gingen seine Gedanken — wir werden es hören — erheblich weiter. Wie aber nun gar Österreich, das, wie der Herzog wohl weiß, mit großer Ungeschicklichkeit „den hohen Ton" gegen Preußen nicht aufgab, sondern von Eifersüchteleien diktierten Einflüsterungen folgte und die übrigen Regierungen aufregte, um Preußen auch wider seinen Willen in den Krieg „hineinzuvotieren", durch die stille und friedliche Aktion Preußens dahin gebracht werden soll, de bonne foi mit ihm zu verhandeln, welche Bedingungen Preußen stellen sollte, Österreich etwa annehmen würde: das sagt der Herzog dem Regenten sowenig, wie er ihm einen Ratschlag über seine Politik bei dem bevorstehenden Kriege zu geben weiß. Der Regent vermochte daher dieser Denkschrift ein irgend greifbares Resultat, einen zur Zeit ausführbaren Rat nicht zu entnehmen.

Wertvoller als diese Denkschrift sind uns dagegen sowohl die tagebuchartigen Aufzeichnungen wie brieflichen Mitteilungen des Herzogs über die Auffassungen des Regenten und des Fürsten von Hohenzollern aus dem Februar 1859. Auch sie werden nicht ohne Vorsicht aufzufassen sein, im ganzen aber doch als zutreffend angesehen werden dürfen. Danach läuft des Regenten Ansicht und Wille auf folgendes hinaus: Für den Augenblick liegt eine Kriegsgefahr nicht vor. Napoleon will den Krieg zwar nicht, bei österreichischen Übergriffen wird er ihn indessen — so richtig prophezeit der Regent — provozieren. Der Regent unterscheidet — und das ist ebenso sachgemäß wie rechtlich zutreffend, und wie sich gleich zeigen wird, vom Herzog richtig beobachtet — zwischen den Verträgen, die Österreichs Besitz in Italien garantieren und denen, die Österreich mit italienischen Staaten zum Schutz gegen die Revolution ein-

gegangen ist. Bricht in diesen Staaten die Revolution aus, so hat sich Preußen, auch wenn Napoleon die Sarden unterstützt, nicht hineinzumischen. Eben deshalb hat der Regent Österreich in diesem Sinne gewarnt. Greift aber irgend eine Macht Österreich in seinen eigenen Grenzen an, so wird man — und hier werden nun die ersten Andeutungen zur Gewißheit — mit einem energischen Vorstoß beginnen, ja, falls Frankreich an der deutschen Grenze eine Aufstellung versucht, den Angriff nicht einmal abwarten. Es ist also wieder die gewissenhafte Abwägung der rechtlichen Verhältnisse, die die Politik des Regenten in eigentümlicher Weise bestimmt. Sie läßt ihn so scharf unterscheiden zwischen den Verträgen, die Preußen garantiert, und denen, die nur zwischen zwei fremden Staaten geschlossen sind. Für jene hat Preußen mit den Waffen vertragsmäßig einzutreten, diesen gegenüber hat Preußen ebenso nach Völkerrecht an dem System der Nichtintervention festzuhalten, wie der Regent sich etwa jede österreichische oder französische Überwachung preußisch-russischer Verträge verbeten hätte.

Dieser rechtlichen Auffassung des Regenten entsprach es denn auch vollständig, wenn er, wie der Herzog an König Leopold schrieb, Österreich keineswegs in der Aufrechthaltung seines Übergewichts in den mittelitalienischen Ländern encouragirt, ihm vielmehr geraten habe, falls in einem oder dem andern dieser Länder ein Aufstand ausbreche, das Interventionsrecht nicht auszuüben. Es entsprach vollkommen seiner rechtlichen Auffassung und zugleich seiner Auffassung von den moralischen Aufgaben einer Regierung, wenn er sich geneigt gezeigt hat, bei etwaigen Verhandlungen über Italien den Aufbau einer anderen politischen Ordnung in dem nichtösterreichischen Italien das Wort zu reden. Denn eben damit wurde Napoleon verhindert, die Grundlage der europäischen Verhältnisse zu zerstören, wurde ihm jeder Grund zum Kriege thatsächlich entzogen. Die Beurteilung der Sachlage aus dem europäischen Gesichtspunkt lief daher für den Regenten auf dasselbe Resultat hinaus wie seine rechtliche Auffassung.

Voll zutreffend folgerte man in Berlin aus beidem, daß weder schlechthin und unbedingt der Anschluß an Österreich, noch überhaupt der Abschluß eines eigentlichen Allianzvertrages mit Österreich geboten sei. Mochte der Herzog trotz seiner Kenntnis von den Übergriffen des Kaiserstaates gegen Preußen gerade ein intimes Bündnis zwischen den beiden deutschen Großstaaten für notwendig halten, ein Ignorieren „des spezifisch deutschen Gesichtspunktes" gegenüber dem mehr europäischen, eine Verkennung der deutschen Aufgabe, wie er sie auffaßte, hat er in dieser Politik des Regenten so wenig erblickt, daß er umgekehrt dessen Bereitwilligkeit zur Anerkennung der nationalen Bestrebungen und dessen Überzeugung, daß man — der Ausdruck wird freilich nicht ganz klar — der deutschen Nation für die Opfer, die man von ihr verlange, in jeder Weise Rechnung tragen müsse, ausdrücklich hervorhebt. Nur daß er den preußischen Leistungen gegenüber für die österreichische Politik lediglich den Wunsch zu äußern weiß, es möchte diese aktive Hilfeleistung erleichtern und beschleunigen, und daß er eine Einwirkung des Oheims in Brüssel auf das Wiener Kabinett, wenigstens in so großer Gefahr den hohen Ton gegen Preußen aufzugeben, für erfreulich halten würde.

Indem der Herzog aber niederschreibt, der Regent und seine Regierung seien über die im Falle eines Angriffes auf Österreichs Grenzen der Präsidialmacht zu stellenden Bedingungen noch im unklaren, vergißt er, daß solche auch in seiner eigenen Denkschrift fehlen, indem er aber wahrheitsliebend hinzusetzt „oder man wolle sie noch nicht aussprechen" giebt er nicht nur Aufschluß über sein Verhältnis zum Regenten und seiner Regierung, sondern gesteht zugleich, daß nach seinem Eindruck der Regent sich doch wohl schon ein Urteil über diese Bedingungen gebildet haben möge.

Jedenfalls fürchtet der Regent, so weiß der Herzog, den Krieg nicht, falls er durch französische Übergriffe hervorgerufen wird, und von einer Neutralität sähe man, so schreibt er, Herzog Ernst, seine eigene Klage über die in Berlin so beliebte

Unthätigkeit widerlegend, ab, und zwar, wie er dem Oheim in Brüssel meldet, weil man vollkommen begreift, daß die Schwächung des außerdeutschen Österreichs zugleich eine Schwächung Deutschlands sei. Man darf aus dem Zusammenhange wohl schließen, daß der Herzog hier sowohl die Erkenntnis des Regenten wie die des Fürsten von Hohenzollern bezeichnen will. Jedenfalls ist es die Erinnerung an Worte des Regenten, die ihn schreiben läßt, er fürchte nicht eine Wiederholung von 1805, ja er hat sogar die Überzeugung gewonnen, daß, wenn erst der Krieg in Italien ausgebrochen sein sollte, Preußen sich sehr bald in Bewegung setzen und an der Spitze der deutschen Bundesstaaten gegen Frankreich auftreten werde. Schwer begreiflich, wie der Herzog diese seine eigenen Briefe abdrucken und sie doch ex post bei der Drucklegung mit dem Zusatze versehen konnte, der Regent sei für seine Person entschlossen gewesen und sei durch Schleinitz darin bestärkt worden „zu temporisieren und zu lavieren". Das eben wollte der Regent nach den gleichzeitigen Äußerungen des Herzogs nicht, und man sieht deutlich, wie dieser nach dem Frieden gegen den Regenten erhobene Vorwurf dem Herzog so geläufig geworden ist, daß er meint, er habe noch vor Ausbruch des Krieges hierin den Fehler des Regenten erkannt. Einen etwaigen Bruch der völkerrechtlichen Verträge von 1815 durch Frankreich wollte und mußte dieser allerdings abwarten, aber wer ihm den Vorwurf des Temporisierens oder nun gar des Lavierens gemacht hätte, der wäre nach des Herzogs gegenteiligen, gleichzeitigen Mitteilungen ohne Zweifel übel bei ihm angelaufen. Ebenso begreift man den eigenen gleichzeitigen Angaben des Herzogs gegenüber nicht die ebenfalls von ihm nachträglich hinzugesetzte Bemerkung, er brauche heute (1888) nicht zu erinnern, daß alles ganz anders verlaufen sei, als der Regent damals anzunehmen schien. Denn umgekehrt gerade wie ihm der Regent gesagt hatte, mischte sich Preußen wirklich nicht in den Streit, bis der österreichische Besitz in Frage gestellt und eine Wiederholung der dem österreichischen Unglück thatenlos zuschauenden Politik das Geschick

von 1806 heraufzubeschwören drohte. Die Überraschung des Friedens von Villa Franca aber, die allein die preußische Aktion gehindert hat, konnte für den Regenten nicht größer als für den Herzog sein.

Noch deutlicher aber sieht man, wie der Herzog sich täuscht, wenn er in seinen „Erinnerungen" die Bedeutung und Selbständigkeit des Regenten herabzusetzen sich bemüht, daran, daß er uns versichert, Anfang März sei an vielen Orten die Besorgnis entstanden, der Prinz-Regent möchte im Begriff sein, das seit kurzem gewonnene Ansehen leicht wieder zu verlieren. Sein Bruder sei ganz in Verzweiflung darüber, daß in dem ungeheuren Lärm, welcher Europa erfüllte, Preußen noch immer schweige. Zwei Seiten vorher aber druckt derselbe Herzog ein Schreiben eben dieses Bruders vom 21. Februar ab, in dem der angeblich Verzweifelnde sagt: „Wir sind hier mit der Haltung Preußens in der italienischen Sache sehr zufrieden. Sie ist fest, gemäßigt und die Interessen Deutschlands im Auge behaltend" und zwei Seiten später druckt derselbe Herzog ebenfalls ein Schreiben dieses verzweifelnden Bruders vom 2. März ab, in dem dieser nach einer Bemerkung über Preußens schwierige Stellung schreibt: „Und dennoch muß Preußen meines Erachtens diese abwartende Stellung sich erhalten, wenn es sich und Europa nicht großen Gefahren aussetzen soll".

Es ist notwendig, auf solche Widersprüche des späteren Urteils gegen die gleichzeitigen Angaben hier sowohl wie schon oben hinzuweisen, weil eben durch derartige, scheinbar harmlose und dem Leser nicht ohne weiteres auffallende Bemerkungen das Urteil über Kaiser Wilhelm allmählich ohne jeden Grund zu seinen Ungunsten beeinflußt wird. Warum auch, so darf man fragen, sagt der Herzog nicht umgekehrt, wie er selbst sich in seinen Berechnungen, zumal über Österreich gründlich getäuscht hat?

Das Ergebnis dieser immer dankenswerten koburgischen Mitteilungen aus dem Februar ist mithin dahin zusammenzufassen: Der Regent ist entschlossen, sich zwar nicht in fremde Staatsangelegenheiten zu mischen, unbedingt aber jedes deutsche Gebiet gegen französische Angriffe zu verteidigen. Mit dem Augenblick,

da deutsches Gebiet angegriffen wird, hört die preußische Zurückhaltung und Neutralität auf. Ob und welche Bedingungen der Regent Österreich stellen wird, wissen wir nicht, aber die Besorgnis vor dem Steigen der österreichischen Aktien in Deutschland zeigt, daß er die Frage wohl erwägt. Wir erfahren auch nicht, ob er schon jetzt Entschlüsse gefaßt hat für Verwicklungen, die durch die Teilnahme anderer Mächte am Kriege entstehen könnten, aber sie bildeten, wie sein Brief an den Prinz-Gemahl zeigt, einen vornehmlichen Gegenstand seiner politischen Berechnung. Den Glauben an eine englische Mitwirkung bei einer Aktion gegen Frankreich, den Herzog Ernst ihm oder — es ist nicht recht klar — dem Fürsten von Hohenzollern zuschiebt, hat er nach dem Brief des Prinz-Gemahls nicht mehr wohl teilen können, im Gegenteil hörten wir ja schon aus seinem eigenen Brief vom 2. Februar, daß es umgekehrt der Anschluß Englands an Frankreich, wohl gar im Verein mit Rußland war, den er in dem Maße besorgte, daß er die Möglichkeit eines englischen Vorgehens zu Gunsten Österreichs gar nicht in seine Berechnung gezogen hatte.

Jedenfalls sorgte England alsbald dafür, ein etwaiges Vertrauen des Regenten zu ersticken, und jedenfalls war der Einfluß des Prinz-Gemahls auf den Prinz-Regenten, von dem man so gern als einen erziehenden und bestimmenden spricht, hier wieder einmal nachweisbar nicht vorhanden. Denn eine Erklärung an die Kammer, wie sie Prinz Albert der Prinzessin von Preußen als Antwort auf die Anfrage vom 26. Februar am 2. März eingehend erörtert als das kräftigste Mittel, das Preußen zur Disposition stände, um die Unterstützung Europas zu gewinnen, um in Deutschland gar nicht angegriffen werden zu können, und um endlich Frankreich gegenüber die Berechtigung zu Vorsichtsmaßregeln für den Kriegsfall zu erwerben, eine solche Erklärung vor der Kammer wurde vom Fürsten von Hohenzollern kurz als inopportun abgelehnt, und eben damals in den Tagen der Taufe des gemeinschaftlichen Enkels der beiden Herrscherpaare von Preußen und England wies, wie erwähnt, England seinen nach

Wien als Friedensvermittler von Paris aus geschickten Gesandten Lord Cowley in so beleidigender Form an, nicht über Berlin zu reisen, daß hier jene tiefe Verstimmung und fortwährende Besorgnis, „von England getäuscht zu sein", entstand, von der Herzog Ernst uns erzählt, daß sie am Hofe manche erregte Scene hervorrief. Allerdings berichtet Herzog Ernst außerdem noch, der Regent und das Ministerium hätten ihn auf seiner April-Reise nach London mit der Spezialmission betraut, zu ergründen, ob die antinapoleonische Stimmung des Hofes von St. James im Ministerium und im Parlament einen starken Rückhalt habe. Die Mission scheiterte völlig und kann überhaupt, wenn sie als solche wirklich gemeint, nicht nur vom Herzog aus einer Gesprächswendung aufgefaßt war, nur eine nebensächliche Bedeutung gehabt haben. Denn ganz abgesehen von jenem Brief des Prinz-Gemahls an den Prinz-Regenten, und noch ehe eine Nachricht über ihre Erfolglosigkeit einging, schrieb der Fürst von Hohenzollern dem Herzog in der denkbar deutlichsten Weise: „Von England wollen wir weder ein Opfer noch eine präzise Erklärung. Wir verzichten auf beides".

Nun aber stellte Rußland (18. März) den Antrag, den schwebenden Streit auf einem europäischen Kongreß zu entscheiden, und es entsprach im Grunde der Londoner wie der Berliner Auffassung, diesen Antrag zu unterstützen. England stellte alsbald, um hinter Rußland nicht zurückzubleiben, unter Festhaltung der Verträge von 1815 ein Programm für die Unterhandlungen auf, und der Regent insbesondere war über diese für Preußen glückliche Lösung, durch die Rußland allerdings sein altes Ansehen neu begründen wollte, erfreut, er soll sogar damals auf Wiederherstellung der heiligen Allianz unter anderem Namen gehofft haben. Im Prinzip, sagt Gerlach, sei er sich einig gewesen d. h. bereit, für Österreich einzutreten. Ebenso zögerte auch Napoleon nicht, einen Weg einzuschlagen, auf dem er sich von neuem vor seinem Volk als Schiedsrichter Europas oder doch als Friedensstifter würde hinstellen können. Österreich

indessen machte, wie Napoleon wohl vorausgesehen, Winkelzüge, verlangte die Ausschließung Sardiniens und die Entwaffnung seiner beiden Gegner, ja Graf Buol wollte, wie Sybel erzählt, lieber an den Galgen gehen als in solche Konferenz. Wochen hindurch gingen die Verhandlungen über den Kongreß hin und her, doch wissen wir über sie nicht näheres. Zuletzt schlug England eine allgemeine Entwaffnung, die durch Kommissare aller fünf Großmächte geregelt werden sollte, sowie die Einladung auch aller italienischen Staaten zu dem Kongreß vor in einer dem auf dem Kongreß zu Laibach beobachteten Verfahren entsprechenden Weise. Jedoch auch dieses Auskunftsmittel lehnte Österreich ab, es wollte den Krieg. Damit aber setzte es sich nicht nur selbst ins Unrecht, sondern es war zugleich der Augenblick gekommen, da selbst die kaiserliche Präsidialmacht den viel gekränkten preußischen Nachbarn, dessen Hilfe man als selbstverständlich annahm, und dessen Stimmung der sächsische Minister Beust nach verschiedenen Unterredungen mit dem Regenten, dem Fürsten von Hohenzollern und Schleinitz dem Wiener Kabinett als sehr befriedigend schildern ließ, einigermaßen freundlich angehen mußte. Kein Geringerer, als der Erzherzog Albrecht wurde daher am 14. April nach Berlin geschickt. Über den Inhalt seiner Aufgabe, über die Forderungen die er stellen, über die Bedingungen, die er gutheißen sollte, sind wir durch die auf Akten zurückgehenden Mitteilungen Sybels und Aegidis (in der Schrift „Preußen und der Friede von Villa Franca") in der Hauptsache wohl unterrichtet. Sie mußte in Europa schon durch die Persönlichkeit des Erzherzogs einen so bedeutenden Eindruck machen, daß jede weitere Handlung Österreichs als mit Preußen verabredet erscheinen konnte.

Der Erzherzog entwickelte die Auffassung seines Kabinetts in Berlin dahin: In Italien, auf dem bekannten Terrain werde Österreich ohne jeden Zweifel wie bisher, so auch in dem neuen Kriege Sieger bleiben. Der italienische Kriegsschauplatz sei daher Nebensache. Viel wichtiger sei dagegen der deutsche Kriegsschauplatz, hier werde Österreich 260 000 Mann (nach Herzogs

Ernst Informationen sind es 250 000) unter seinem, des Erzherzogs Oberbefehl aufstellen. Von der Bundeskriegsverfassung sähe man ab, vielmehr sollten einer Nordarmee unter preußischem Kommando und einer Südarmee unter österreichischem Kommando die einzelnen Bundeskorps angegliedert werden und ein Bundesfeldherr überhaupt nicht ernannt, sondern ein Hauptquartier gebildet werden, in dem sich der Prinz-Regent und der Kaiser von Österreich, der sich persönlich einfinden werde, mit einander verständigen würden.

Man kann sich denken, welche Musik solche Anträge für preußische Ohren waren. Das also gerade, was man im Einverständnis auch mit England in Berlin vermeiden wollte, nämlich ohne Not Deutschland in den Krieg für die fernab liegenden außerdeutschen Interessen Österreichs in den Krieg zu stürzen und diesen von dem Po an den Rhein zu ziehen, das verlangte das österreichische Kabinett schlechthin als selbstverständlich. Das wußte man in Berlin ja sehr genau, daß wenn Frankreich den Piemontesen in Italien zu Hilfe komme, Österreich nicht 30 000 Mann übrig habe für den deutschen Krieg. Also offenbar, vielleicht noch ehe Napoleon etwa den Krieg eröffnet, sollte Preußen mit den deutschen Bundesgenossen ihn nötigen, seine Heerscharen nach Westen und nicht gen Süden zu führen, und wieder sollten, um die Po-Ebene für Habsburg zu retten, wie es schon in früheren Zeiten für die Interessen des Kaiserhauses geschehen, die französischen Heerscharen über die Ufer des Rheins gelockt und rheinauf rheinab die blühendsten Gefilde Deutschlands dem Verderben ausgesetzt werden.

Und der Kaiser von Österreich im Hauptquartier! Wollte Franz Joseph wirklich, wie Eingeweihte mit Schrecken fürchteten, die Not erst schaffen, um sie zu günstiger Gelegenheit umzubilden, dem ganzen deutschen Vaterlande als der Retter aus solcher Not, als der natürliche deutsche Kaiser zu erscheinen? Und mit ihm sollte der Prinz-Regent in den Oberbefehl sich teilen, die Einheit der militärischen Bewegungen also zuletzt auf dem Gutbefinden der österreichischen Generale beruhen? Wie aber,

wenn nun der erhoffte Sieg in Italien doch ausblieb, wenn Österreich genötigt sein möchte, seine 260 000 Mann zurückzuziehen und nach dem Po zu senden? Sollte Preußen und sollte Deutschland die ganze Last für Österreich auch ohne dessen Mitwirkung tragen? Man wußte auch in Berlin, daß noch vor kurzem Graf Buol sich zu Herzog Ernst über den Oberbefehl in einer für Preußen so viel günstigeren Weise ausgesprochen, daß man sich in Wien aus dessen Übertragung an den Prinz-Regenten nicht einmal ein Verdienst zu machen glaubte. Der Tadel Herzogs Ernst, Preußen habe nicht zuzugreifen verstanden, ist aber offenbar hier unberechtigt. Weder war Preußen ein solches Angebot gestellt worden, noch war Buols höfliche Redewendung für Österreich irgendwie verbindlich, und man wird auch gewußt haben, daß Österreich gerade damals im Begriff war, durch die Presse Stimmung für die Wahl des Herzogs Ernst zum Bundesfeldherrn zu machen. Ebenso begehrte der König von Württemberg für sich den Oberbefehl, und Bayern nahm ebenfalls ein selbständiges Kommando in Anspruch, und war denn mit dem österreichischen Angebot irgend eine Bürgschaft gegeben, daß nun die übrigen Bundesstaaten auf ihre Mitwirkung im Oberkommando, wie sie die Bundeskriegsverfassung ihnen gewährte, verzichteten?

An „Konzessionen“ aber, wie auch Herzog Ernst sie schließlich als sich von selbst verstehend für die gewährte Waffenhilfe von Österreich an Preußen und Deutschland zu fordern gemeint war, hatte man zu Wien überhaupt wohl nicht gedacht. Denn darüber war der Erzherzog gar nicht unterrichtet. Der Eindruck Herzogs Ernst ist ohne Zweifel der zutreffende, daß man in Wien der Überzeugung lebte, Preußen werde durch die Gewalt der öffentlichen Meinung zur Teilnahme am Kriege gezwungen sein, ob es wolle, oder — woran eigentlich doch nicht zu denken — ob es nicht wolle. Ernstlich bildete man sich ein, es sei nur ein „Traum“ Napoleons, allenfalls auch Österreich allein in einen Krieg verwickeln zu können und gedachte wirklich Preußen mit „der Ehre der That“ abzuspeisen.

Oder sollte Preußen wirklich zögern, zu handeln, wie ihm die Parole aus Wien vorschrieb — nun so stellte man es eben durch die Sendung des Erzherzogs vor Europa so bloß, daß alle Kabinette Europas und alle Welt glauben mußten, es handle im Einverständnis mit Wien. Denn noch ganz anderes hatte Österreich vor, und der Erzherzog hatte noch eine zweite Aufgabe zu erfüllen. Österreich, so hatte er dem Regenten zu berichten, werde in den nächsten Tagen den Piemontesen das Ultimatum stellen, abzurüsten oder seinen Angriff zu gewärtigen; sein Kaiser hoffe für diesen Fall auf Preußens nachdrückliche Unterstützung. Damit änderte man die ganze Lage von Grund aus. Bisher hatte man nur von einem Angriff auf Österreich gesprochen und war der Hoffnung, daß Preußen es in solcher Gefahr nicht allein lassen werde. Jetzt wollte Österreich selbst zum Angriff übergehen, wollte, wovor der Regent es im Beginn der Verwicklung eindringlich gewarnt hatte, selbst den Krieg „provozieren". Es versteht sich, daß Preußen, so bereitwillig es war, Österreichs politische Situation zu bessern, einer solchen Absicht gegenüber darauf hinwies, wie sie dadurch derartig „verschlimmert und verdunkelt" würde, daß selbst die etwaigen militärischen Vorteile der Initiative aufgehoben würden.

Der Regent selbst, dem der Erzherzog ohne Zweifel die erste Eröffnung gemacht haben wird, hat nach Sybels Mitteilung die Antwort aufgezeichnet, die er ihm gegeben, und die ruhige, leidenschaftlose Klarheit, mit der er, völlig überrascht, wie er durch diese Eröffnung gewesen sein muß, sie gegeben, beweist wieder seine sichere Selbständigkeit. Preußen werde, so hat er gesagt, falls Napoleon die Verträge breche, deutsches Bundesgebiet verletze, die Neutralität — und diese Betrachtung ist dem Regenten eigentümlich — Belgiens, der Schweiz, Savoyens verletze, mit voller Stärke auf den Kampfplatz treten; überall aber sei die Voraussetzung, daß Österreich jetzt keine Mittel zur Erhaltung des Friedens unversucht lasse, also vor allem aufhöre, dem Kongreß Hindernisse in den Weg zu legen.

Rundweg hatte der Regent also jede Unterstützung eines

österreichischen Angriffs auf Piemont abgelehnt, in der offensten und deutlichsten Form aber von seinem rechtlichen Standpunkt aus für den Fall eines französisch-italienischen Angriffs auf Österreich Hilfe zugesagt, ja in der Anerkennung der Preußen obliegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen war er dem Österreicher sehr weit entgegen gekommen. Er hatte nicht nur die durch die Bundesakte für Preußen als Bundesstaat bestehende Verpflichtung zum Schutz des Bundesgebiets, sondern zu Österreichs Gunsten auch die seinem Staate, als einer der Großmächte obliegende Pflicht der Garantie der europäischen Verträge zum Schutz der neutralen Staaten voll anerkannt. Mochte eine Verletzung der belgischen Neutralität im Augenblick noch nicht zu fürchten sein, da das kleine französische Observationskorps, das Napoleon im Westen aufstellte, gewiß gemessenen Befehl bekam, vor einer solchen sich zu hüten, so war anderseits die gleiche Versicherung nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Savoyen ein außerordentliches Zugeständnis, da eine solche Verletzung allerdings beim Ausbruch des Krieges sehr leicht möglich war. Auch verdient wohl die Sicherheit, mit der der Regent die Verträge kannte, wenn er ohne weiteres von der Neutralität Savoyens sprach, hervorgehoben zu werden. Denn in der That war ein Teil dieses Stammlandes des, mit Napoleon den Krieg ja recht eigentlich betreibenden Königs von Sardinien, waren die Provinzen Chablais und Faucigny und überhaupt alles Land Savoyens nördlich von Ugine durch die Wiener Verträge von 1815 in demselben Maße wie die Schweiz für neutrales Gebiet erklärt worden.

Österreich hatte demnach die volle Sicherheit darüber, daß Preußen ihm in jedem Verteidigungskrieg seine volle Unterstützung in weitestem Sinne gewähre, für einen Angriffskrieg, also auch vom Rhein aus, sie aber ebenso entschieden verweigere. Hatte aber der Prinz-Gemahl noch Ende Februar geglaubt, die Thatsache feststellen zu müssen, daß man dem preußischen Nationalgefühl sogleich ambitiöse, interessierte, unehrliche Beweggründe unterschiebe und sich gefreut, daß das

deutsche Nationalgefühl über die von Preußen innegehaltene Politik hinausgehe, weil es, wenn ein weiteres Fortschreiten nötig sein sollte, den deutschen und nicht den preußischen Charakter tragen werde, und gerade das Deutsche als uneigennützig und patriotisch Europa imponiere, so hatte der Regent dem Erzherzog gegenüber wahrlich die vollste Uneigennützigkeit gezeigt und zugleich bewiesen, in wie hohem Maße er sich dem Auslande gegenüber mit Österreich und Deutschland eins fühlte. Denn keine einzige Forderung hatte er für Preußen gestellt und nur an der Bedingung festgehalten, kein Mittel zur Erhaltung des Friedens unversucht zu lassen und daher den von Rußland vorgeschlagenen Kongreß zu beschicken.

Man sollte meinen, diese Antwort des Regenten müßte in Wien außerordentlich sympathisch berührt haben, falls hier nicht die Kriegslust alle Besonnenheit vernichtet hatte. Denn in Wahrheit konnte die Lage Preußens durch dies Zugeständnis eine sehr ernste werden. Schon stellte Rußland seine Beobachtungskorps (60 000 Mann) an der Ostgrenze auf, und war entschlossen, mindestens einen Triumph Österreichs sich nicht gefallen zu lassen. An der Westgrenze marschierten Frankreichs in Italien entbehrliche Truppen auf, und Napoleon drohte, wie man wußte, blutige Rache zu nehmen wegen Preußens Haltung so gut wie nur möglich. Ja Graf Budberg, der russische Gesandte in Berlin, leugnete nicht einmal, als ihn Schleinitz zur Rede stellte, und erklärte, daß Rußland niemals einen Sieg Österreichs über Frankreich dulden werde. In England aber hatte der Koburger Herzog reichlich Gelegenheit, die großartigsten militärischen Rüstungen zu bewundern, und wenn das britische Ministerium nun auch die Frage, ob es im Kriege wenigstens gewillt wäre, die kleine Mühe auf sich zu nehmen und die deutsche Küste gegen Blockade und Vernichtung des deutschen Handels zu schützen, verneinte, sondern, wenn Deutschland so unbedacht sein sollte, den Krieg zu provozieren, strikte Neutralität bewahren zu wollen erklärte, so hatte man einen neuen Beweis, daß man nicht einmal den

voraussichtlich in diesen Tagen eintretenden Sturz des Tory-Ministeriums abzuwarten habe, um einer franzosenfreundlichen Haltung Englands sicher zu sein. Man dürfte einer solchen Gefahr gegenüber das Maß des Tadels, das die Thatenscheu des Ministers von Schleinitz und seines Unterstaatssekretärs von Gruner getroffen, erheblich herabsetzen, wenn wir auch nur ein Zeichen dafür hätten, daß sie zu diesem eigenen Schritt des Regenten geraten oder ihm auch nur zugestimmt hätten.

Eine solche uneigennützige Politik darf man vielleicht für eine unrichtige halten, den Vorwurf aber der Thatenscheu wird man ihr nicht machen dürfen. Sie war kühn und entbehrte, indem sie sich gegen halb Europa richtete, auch keineswegs eines großen Zuges. Sie war gefährlich, aber sie ergab sich aus der rechtlichen Auffassung des Regenten und aus seiner politischen Anschauung, die in der Not des Kaiserhauses zugleich die deutsche wie preußische erkannte. Sie war aber eben deshalb ebensowenig, wie man heute wohl meint, unbesonnen oder gar verwegen. Vielmehr richtete sich die Antwort des Regenten an den Erzherzog gerade gegen die Unbesonnenheit und Verwegenheit, die das österreichische Kabinett im Begriff war, zu begehen. Die Auffassung des Regenten von der rechtlichen Notwendigkeit, nach den durch die bestehenden Verträge festgelegten Verpflichtungen zu handeln, war die Grundlage für seine Unterscheidung zwischen einem Angriffs- und einem Verteidigungskrieg. Für ein angegriffenes Österreich war in seiner Antwort alles so klar und zugleich so günstig, für ein selber angreifendes aber so ungünstig, daß auch der Erzherzog die Richtigkeit voll einsah und so sich aussprach, daß kein Zweifel übrig zu bleiben schien, es werde die Absendung des Ultimatums noch einmal in diesem Sinn in Wien beraten werden. Er schied am 21. April mit aufrichtig gemeinten Friedenshoffnungen und Friedensversicherungen von Berlin. Doch nicht auf seine, sondern auf die Absicht des Wiener Kabinetts kam es an.

7. Der Regent und seine Politik bis zum Frieden.

Seit den Tagen des Großen Kurfürsten und bis zu den Tagen des Großen Königs hin hatte Österreich den Anspruch erhoben, von Brandenburg-Preußen Hilfe für die Kämpfe um seiner Interessen willen ohne Entschädigung als schuldige Pflicht zu fordern. Also geschah es auch jetzt nach dem Abschluß der Regierung König Friedrich Wilhelms IV. Es war, als ob man den Erzherzog überhaupt nicht nach Berlin geschickt, als ob der Regent überhaupt nicht gesprochen hätte. Wie geflissentlich übersah man in Wien die Nachrichten, die Erzherzog Albrecht mitgebracht, und die kriegslustige Partei in der Hofburg trug es über die Besonnenen im Ministerium davon. Graf Buol wurde in den Hintergrund gedrängt, und am 23. April überreichte ein österreichischer Geschäftsträger in Turin das Ultimatum, forderte die Abrüstung, kündigte, falls sie nicht binnen drei Tagen erfolgen sollte, den Krieg an.

Damit hatte Österreich den sehnsüchtigen Wunsch Napoleons und des Grafen Cavour erfüllt, es hatte, wie gründlich auch seine Handlungen das Drängen der Italiener zum Kriege moralisch rechtfertigen mochten, seine rechtlich bisher unantastbare Stellung aufgegeben, es hatte sich selbst ins Unrecht gesetzt. Es war aus der Rolle des Angegriffenen gefallen und selbst der Angreifer geworden. Welche Gründe auch immer die kaiserliche Hofburg zu diesem alle Welt aufs äußerste überraschenden Schritt bewogen haben mögen — und es war doch

wohl weniger die Hoffnung auf eine durch Graf Buols Sturz zu bewirkende wohlwollendere Haltung Rußlands und Mißachtung der preußischen Bedingung, als die heiße Sehnsucht, das alte System vor dem hereinbrechenden neuen zu sichern, und die durchbrechende Ungeduld über die monatelange Spannung, verbunden mit finanziellen Schwierigkeiten und mit strategischen Berechnungen auf einen schnellen Sieg über die Sarden noch vor der Ankunft der französischen Heere, sowie die tröstliche Erwartung, daß der deutsche Bund wie in alter Weise, so auch jetzt durch die Schwerkraft der Ereignisse unwiderstehlich zu Österreichs Schutz herbeizueilen genötigt sein würde, die den Ausschlag gaben — genug, so begreiflich der rasche Entschluß zur That vom österreichischen Standpunkt gewesen sein mag, so war er politisch gerechtfertigt doch nur dann, wenn man der Schlagfertigkeit der Armee und ihres siegreichen Vorgehens einigermaßen sicher war.

Zunächst erregte Österreich im ganzen Auslande die hellste Entrüstung. In England rief nach den Worten des königlichen Ehepaares dieser „unglaubliche Fehler", dieser „ungeheure Bock", diese „Tollheit und Verblendung" Österreichs die „größte Indignation", die „leidenschaftlichsten Sympathien für Sardinien" hervor. Der Einmarsch der Franzosen in Piemont, so sehr er die natürliche Antwort auf Österreichs Ultimatum war, lenkte zwar die Sympathien wieder etwas auf die schwarz-gelbe Seite, allein das Tory-Ministerium befolgte nur um so mehr eine so franzosenfreundliche Politik, daß Lord Malmesbury sich noch zwei Jahre später vor Napoleon unter Hinweis auf seine Depeschen rühmen konnte, er habe Preußen und die deutschen Staaten verhindert, sich mit den Österreichern zu verbinden. Entschlossen sendete es alsbald nach dem Einrücken der Franzosen in Sardinien eine Flotte von zehn Linienschiffen und sechs Fregatten nach dem Mittelmeer, sammelte eine andere Flotte von ebenfalls zehn Linienschiffen im Kanal. Mochte die Welt im ungewissen bleiben, ob das Napoleons Pläne befördern oder bekämpfen hieß, klar

schien die Absicht zu sein, in irgend einer Weise am Kriege, wie auch der Prinz-Gemahl dem Regenten geschrieben hatte, teilzunehmen. Rußland geriet immer ernstlicher bei den Kabinetten in den Verdacht, daß seine Verabredungen mit Louis Napoleon keineswegs so harmloser Natur wären, wie es behauptete, sondern wirklich einem Offensiv- und Defensiv-Bündnis gegen Österreich gleichkämen, und es begründete selber diesen Verdacht noch weiter dadurch, daß es jetzt, wie Sybel ohne Zweifel aktenmäßig berichtet, vier Armeekorps mobil machte, wie Bismarck der Gattin schrieb, bei Kiew ein Armeekorps sammelte. Nichts war aber wahrscheinlicher, als daß, sobald Rußland marschieren ließ, auch Ungarn einen neuen Aufstand beginnen werde, und auch ohne Rußlands Zuthun, hatte Bismarck geschrieben, würden von der Türkei und Wallachei her die bedenklichsten Dinge sich entspinnen, sobald erst einmal das Pulver brenne.

Einen allgemeinen Brand in Europa schien also, wie man in Berlin urteilen mußte, das österreichische Ultimatum entzünden zu sollen. Vor diesem hatte der Regent nicht nur erst neuerdings wieder das Kaiserhaus ernstlich gewarnt, sondern er hatte den Worten des Erzherzogs Albrecht auch die sichere Hoffnung auf Beachtung seiner Warnung entnehmen müssen, und so sicher hatte der Erzherzog selbst darauf gebaut, daß er sich jetzt voll tiefen Unwillens vor dem Regenten bloßgestellt fühlte. Angesichts der Haltung des Auslandes schien in Berlin daher der Moment gekommen zu sein, da man die Frage gründlich zu überlegen hatte, ob das Verlassen des Rechtsbodens, ob, wie der Regent sich in seiner milden Art ausdrückte, „die unüberlegte Handlung" Österreichs nicht allen Anlaß und reichen Stoff zu einer Änderung der Politik, zu einer Wendung gegen Österreich geben müsse.

Denn mit der österreichischen Initiative war jeder Kriegsgrund für Preußen zunächst verschwunden. Hatte man bisher einen solchen in dem Bruch der Verträge von 1815 durch Napoleon teils gefürchtet, teils gehofft, so war Napoleon nunmehr nicht der Friedensbrecher, sondern der seinem Bundes-

genossen gegen einen feindlichen Einfall treu helfende Freund, und Preußen konnte ihm nicht wehren, dem Unrecht Leidenden beizuspringen und Verträge zu schließen, welche er wollte. Noch lag daher für Preußen kein Grund vor, das Schwert zu ziehen und Österreich die selbstverschuldete Last in Italien durch einen Kampf an Deutschlands Grenze abzunehmen. Soweit wir sehen können, wurde daher auch allgemein in Berlin die Neigung, Österreich zu helfen, geringer, die Überzeugung jedoch, daß man sich nach den bestehenden vertragsmäßigen Verpflichtungen dem etwa in wirkliche Not geratenden Bundesgenossen nicht entziehen dürfe, blieb im Grunde dieselbe. „Österreich darf", so schrieb der Präsident des Staatsministeriums, Fürst Hohenzollern dem Herzog Ernst in diesen Tagen, „wird und soll uns benutzen, aber die Form und das Maß unserer Hilfeleistung kann kein Diktat, sondern muß das Ergebnis eigenster Selbstbestimmung sein".

Dazu hatte man gewiß allen Grund, und eine Politik, die, um dieses Maß zu bestimmen, damals mit der endlichen Entscheidung noch zögerte, kann nur der „Feuereifer" tadeln, mit dem Herzog Ernst und die deutschen Mittelstaaten Preußen und Deutschland in den Krieg hineinstürzen wollten. Denn darüber war man in Berlin ja nach allen, und nun erst wieder von dem sachkundigsten österreichischen Militär, vom Erzherzog Albrecht voll und ganz bestätigten Nachrichten versichert, daß an irgendwelche Besorgnis für ein schnelles Fiasko Österreichs gar nicht zu denken war.

Es schien wenigstens die Frage, ob man dieses Österreich, das Preußen überall gehindert hatte, ihm allemal feindselig in den Weg getreten war, das den Italienern bitter Unrecht gethan, das die Reaktion dort, wie in der eigenen Heimat, ja in Frankreich durchsetzen wollte, das, wie uns durch Auerswald versichert wird, auch nach des Regenten Meinung in ganz Europa die Reaktion auf die Dauer sicher stellen wollte, das sich nicht scheute, eben deshalb und allen Abmachungen zum Trotz den Krieg heraufzubeschwören, das überall nicht nur

Haß und Erbitterung erzeugte, sondern ganz Europa gegen sich und also auch gegen seine etwaigen Bundesgenossen in Harnisch brachte, ob man es, wenn man es schon nicht durch Anschluß an Frankreich bestrafen wollte, jetzt wenigstens „sitzen lassen" müsse.

Indessen das wäre doch wohl eine einseitige Beurteilung gewesen, und wenn man von einem Angriff der Franco-Sarden so üble Folgen für Deutschland und Preußen besorgt hatte, so war völlig einleuchtend, daß diese genau ebenso in einem Krieg eintreten könnten, in dem Österreich das Prävenire gespielt. Eine Wiederholung der von dem Regenten so sehr gescheuten thatenlosen Politik von 1805 würde offenbar für Deutschland dieselben Folgen haben können, ganz gleich, ob Österreich der Angreifer oder der Angegriffene war.

Zunächst beruhigte sich das Berliner Ministerium mit der allgemeinen Überzeugung, daß eine volle Niederlage Österreichs in Italien nicht zu fürchten war, daß die Österreicher vielmehr, selbst wenn sie hier auch einmal einen „bedeutenden Schlag" erleiden sollten, vollständig imstande waren, mit Erfolg dem Feinde entgegenzutreten. Wollte man also in Berlin selbst das schuldige Österreich nicht im Stich lassen, so lag ein Grund zu einem sofortigen Entschluß allerdings nicht vor, und widersprechen konnte man auch denjenigen nicht, die da meinten, wenn von Österreich überhaupt „Konzessionen" zu erwarten seien, so immer noch eher von einem gedemütigten, als von einem siegesgewiß den Krieg beginnenden.

Das jedoch war man sich selbst schuldig, vor der Welt laut und öffentlich zu bezeugen, daß der Rechtsbruch Österreichs nicht etwa in Berlin durch den Erzherzog Albrecht verabredet war, und den scharfen Worten gegenüber, die in Petersburg und London gegen Österreich geschleudert wurden, mußte Preußen, wollte es nicht in den Verdacht der Mitschuld geraten, seine besondere Mißbilligung über die Absendung des Ultimatums aussprechen. Ebenso verstand es sich von selbst, daß

Preußen bei den möglichen üblen Folgen des Krieges und bei der kriegerischen Haltung des ganzen Europa nunmehr auch seine ganze Armee zwar noch nicht mobil, wohl aber kriegsbereit und marschfähig machte.

Damit war zunächst jeder Gefahr des Augenblicks vorgebeugt, jede Überraschung unmöglich gemacht. Im übrigen aber blieb der Regent, wie schwere Sorgen ihn drücken, wie sehr ihn dies österreichische Ultimatum, das ihn ja mehr wie jeden anderen überraschen mußte, auch schwer verletzt haben wird, dabei, die Haltung Preußens nach Maßgabe der rechtlichen Verhältnisse zu bestimmen. Handelte es sich nicht mehr um einen Verteidigungskrieg Österreichs, so ergab sich ihm, daß auch nicht die Bestimmungen der ihn bindenden Bundesakte über die einem angegriffenen Bundesstaat zu leistende Hilfe angezogen werden könnten. Vielmehr ergab sich ihm, daß, da Österreich selbst der Angreifer war, auch nur diejenigen Bestimmungen der Bundesakte Platz greifen könnten, die für diesen Fall festgesetzt waren. Und zwar war er, wieder seine Kenntnis der staatsrechtlichen Lage Preußens bezeugend, darüber sich sofort nach Absendung des österreichischen Ultimatums klar geworden. Denn schon am 26. April schreibt er an General Natzmer, er habe als Souverän einer Großmacht allem Drängen der deutschen Mittelstaaten gegenüber fünf Monate lang den Frieden und damit Millionen erhalten. Er will zwar den Frieden auch jetzt noch nicht ausschließen, will selbst jetzt — er blieb in regelmäßigem Briefwechsel mit Erzherzog Albrecht — die Möglichkeit offen halten, daß Österreich den sehr ernsten Vorstellungen der vier Großmächte nachgeben und noch in zwölfter Stunde den Kongreß ohne Bedingungen annehmen werde. Anderseits glaubt er es nicht. Denn Österreich hat seinen Willen, es zum allgemeinen Krieg zu bringen, zu deutlich dargethan. Der Standpunkt, den er dem Erzherzog gegenüber für einen Verteidigungskrieg zum Ausdruck gebracht hat, der der unbedingten preußischen Hilfeleistung, ist für ihn mithin ein überwundener. Es handelt sich nur noch um die Stellung, die

Preußen bei einem österreichischen Angriffskrieg einzunehmen hat, und sie ist durch § 46 und 47 der Wiener Schlußakte vorgeschrieben. Jetzt liegt § 46 vor, nach dem handelt er, so schreibt er an Natzmer, momentan, d. h. der Paragraph, nach dem ein Krieg, den ein mit außerdeutschen Besitzungen versehener Bundesstaat als europäische Großmacht beginnt, dem Bunde ganz fremd bleibt und die Verhältnisse und Verpflichtungen des Bundes nicht berührt. Wohl aber lag anderseits die Möglichkeit vor, daß das angreifende Österreich aus Piemont vertrieben und in seinen eigenen, außer dem Bunde belegenen Besitzungen bedroht oder angegriffen werde. Für diesen Fall sah § 47 eine Verpflichtung zu gemeinsamen Verteidigungsmaßregeln oder zur Teilnahme und Hilfeleistung nur insofern vor, als der Bund nach vorgängiger Beratung durch Stimmenmehrheit in der engeren Versammlung eine Gefahr für das Bundesgebiet erkennen sollte. So war es denn ganz natürlich, wenn Österreich und die Mittelstaaten dahin drängten, daß die Versammlung anerkenne, nicht § 46, sondern § 47 liege vor. Gar zu verlockend schien es in mancher deutschen Residenz, den Berliner Hof fühlen zu lassen, daß seine Großmachtstellung an der Bundesverfassung eine Grenze finde, und daß die Mehrheit der Stimmen ihn auch ohne und wider seinen Willen nötigen könnte, Krieg zu führen, ihn in einen solchen „hineinzuvotieren", selbst für Interessen, die nicht die seinen waren, ja die er ausdrücklich gemißbilligt hatte. Das aber zuzugestehen, lag dem Regenten bei aller Hilfsbereitschaft für Österreich doch sehr fern. Denn es hätte Preußen jeder Selbständigkeit beraubt, ihn abhängig gemacht nicht nur von Österreich, sondern von der Mehrheit der kleinen Staaten. Das einzige Mittel dagegen blieb die Frage, ob die Lage eine solche sei, daß überhaupt an eine Abstimmung über den § 47 gegangen werden müsse, von der Entscheidung des Berliner Kabinetts abhängig zu erhalten. Ganz folgerichtig behielt es sich daher der Regent, wie es in dem Brief an Natzmer heißt, vor, selber anzuregen, wann § 47 eintrete. Insofern es gelang, diesen Standpunkt fest-

zuhalten und die Mittelstaaten an der selbständigen Einbringung eines Antrages auf Anerkennung des § 47 oder doch an der Beschlußfassung über einen solchen Antrag zu hindern, nahm der Regent in der That die Leitung Deutschlands in der vorliegenden Frage in die Hand. Eben deshalb erging an die einzelnen Staaten am 26. April eine Cirkularnote, nach der Preußen sich auf den Schutz des Bundesgebiets beschränkte, im übrigen aber neutral zu bleiben erklärte. Eben deshalb hatte der Regent auch die Kriegsbereitschaft angeordnet, nicht nur der eigenen Sicherheit halber, sondern zugleich damit die deutschen Staaten, die immer spotteten, Preußen beanspruche zwar die Führung, wolle aber nicht führen, sähen, daß es ihm Ernst sei mit der Verteidigung des Vaterlandes, und damit sie Vertrauen gewönnen zur preußischen Leitung. Denn überall, in Frankfurt und in den einzelnen deutschen Residenzen trieb Österreich zum Kriege, und die Kabinette wie Landtage in München, Stuttgart, Hannover, Wiesbaden sprachen sich in der entschiedensten Weise für die Unterstützung Österreichs aus. In Berlin gewann die Besorgnis immer mehr Gestalt, daß Österreich durch sein selbständiges Vorgehen, das so begeisterten Anklang fand, bezwecke, seinerseits Preußen aus dem Bunde herauszudrängen. Es entsprach daher nur der allgemeinen Lage, wenn der Regent rüstete, um, wie er selbst sagte, Deutschland zu lenken, um, wie Usedom etwas unhöflich sich zum Schrecken mancher deutscher Staatsmänner ausdrückte, die deutschen Staaten im Zaume zu halten. Nach der gesamten rechtlichen Grundnatur des Regenten sollte es begreiflicherweise ohne Zwang geschehen, sollte geschehen durch das Vertrauen, das die deutschen Staaten zu seiner Führung gewinnen müßten.

Denn überall fehlte dieses Vertrauen ja dank vornehmlich auch der schwächlichen Politik, die Preußen seit einem Dezennium Habsburg und dem Bunde gegenüber gespielt hatte, und alles setzte Österreich daran, es nicht aufkommen zu lassen, wie es denn überall von dem Korps sprechen ließ, das es Deutschland zum

Schutz am Oberrhein aufstellen werde, und das so groß sein sollte — bis 300 000 Mann gab man jetzt an —, daß dem Kaiser von selbst der Oberbefehl zufallen mußte, was man auch immer von der strengen Innehaltung der Bundeskriegsverfassung vorgeben mochte. Durfte dagegen das Berliner Kabinett nicht nur in seinem eigenen, sondern im Interesse des ganzen Deutschlands nicht zugeben, daß um der österreichischen Begehrlichkeiten in Italien willen der Krieg ohne Not an den Rhein gezogen werde, durfte es deshalb auch noch nicht, wie man von ihm verlangte, ein Beobachtungsheer an der Westgrenze aufstellen, so blieb die militärische Leistung doch das wesentlichste der moralischen Mittel, mit dem man Deutschland erobern wollte. „Wir in Berlin", schrieb Fürst Hohenzollern am 30. April, „streben mit dem Aufwand aller nur möglichen Mittel dahin, die Initiative der Leitung der deutschen Angelegenheiten in die Hände zu bekommen." Allein es versteht sich, daß man zu diesen allen möglichen Mitteln in jenem Augenblick in Berlin nicht etwa eine Sprengung des Bundes zählte, sondern vornehmlich an die Kriegsbereitschaft dachte, die, wie auch der Fürst sagte, angeordnet war in der Absicht, den deutschen Staaten Vertrauen einzuflößen. Ganz richtig hat gewiß auch Herzog Ernst noch einige Wochen später beobachtet, man dürfe dem Regenten im Augenblick nicht zumuten, etwa große deutsche Reformpläne zu verfolgen, und die politische Leitung, die man wie die militärische in Anspruch nahm, bezog sich zunächst nur auf den schwebenden Streit, auf die Frage der Teilnahme Deutschlands an Österreichs Angriffskrieg in Italien. Vor der Kriegsgefahr schwanden zunächst alle Pläne für eine Neugestaltung des Reichs, und, erfüllt von der Aufgabe, Deutschland gegen den auswärtigen Feind verteidigen zu müssen, gedachte der Regent gewiß nicht, in der Verfassung des Bundes oder in der politischen Stellung Preußens zu den einzelnen Bundesstaaten Änderungen durchzuführen, wie sie ihm früher vorgeschwebt haben.

Begnügte er sich aber, wenn wir das hier einschalten

dürfen, auch nach dem Friedensschluß mit Vorschlägen nur zur Reform des Bundeskriegswesens, und blieben auch diese Vorschläge noch zurück hinter dem notwendigen Maß, so würde man doch dem Regenten Unrecht thun, wollte man schließen, daß er von sich aus überhaupt nicht weitergehen wollte. Vielmehr waren jene Vorschläge eben die Folgen der trüben Erfahrungen, die er während dieses Krieges machte, sie waren diktiert von der Erkenntnis, wie wenig durch Verhandlungen zu erreichen sei und von der Einsicht, daß man in der Politik nur das ins Werk zu setzen suchen müsse, was erreichbar erscheint.

Auch Schleinitz sah ja, daß, wie er im Herrenhause am 13. Mai erklärte, die große Bewegung, die durch Deutschland ging, den Wunsch enthielt, für jetzt und in alle Zukunft dem Ausland gegenüber als geschlossene Einheit zu erscheinen und als solche das gewaltige Gewicht deutscher Macht in die Wagschale der politischen Erscheinungen zu werfen. Das seien Tendenzen, so fügte er in zweifelloser Übereinstimmung mit dem Regenten hinzu, die mit Freuden begrüßt werden müßten, ihnen werde ein preußischer Staatsmann niemals entgegentreten wollen noch können. Aber es begreift sich doch vollkommen, daß man am wenigsten im Moment, da schwere Kriegsgefahr drohte, daran dachte, das gewaltige Gewicht dieser einheitlichen Macht Deutschlands durch Lossagung vom Kaiserhause, durch Sprengung des Bundes, sondern gerade durch seine Befestigung zu erreichen.

Denn auch nicht eine einzige Stimme erhob sich in der Kammer, als die preußische Regierung neben andern finanziellen Opfern einen Kredit von 40 Millionen verlangte, und die politische Lage zum erstenmal erörtert wurde, die die Ausnutzung der österreichischen Verlegenheit gefordert hätte zu größerer Geltung im Bunde, oder zur Verwirklichung des Einheitsgedankens, oder gar zum Anschluß an Frankreich. Übereinstimmend vielmehr äußerten alle Parteien, von geringfügigen Dingen abgesehen, ihre vollste Zustimmung zu dem bisherigen Gange der aus-

wärtigen Politik, und wie scharfer und vielseitiger Tadel auf Österreichs Verhalten gegen Preußen, auf seine Mißwirtschaft in Italien gehäuft wurde, wie freudig man die Vorzüge der französischen Nation anerkannte, so war man doch darin völlig einig, daß man Österreich unterstützen, und daß man gegen Napoleon das Schwert ziehen müsse. Denn das sei nun einmal das Lebensprinzip des Bonapartismus, wie es 1839 in den Idées Napoléoniennes ausgesprochen sei, erst Österreich von Italien aus niederzuschlagen, dann die Rheingrenze zu erobern, demnächst England zu demütigen und endlich Rußland zu besiegen. Nie könne es in eines Preußen Herz kommen, nie könne es preußische Gesinnung sein, daß Preußen je mit Napoleon III. gegen Österreich zu Felde ziehe. Allerdings sei Österreich jetzt der angreifende Teil, aber die Schuld treffe Frankreich, das Österreich provoziert habe. Die Mißbilligung des österreichischen Ultimatums sei daher — so folgerte Vincke, hier noch über die von der Regierung innegehaltene Linie hinausgehend — unrichtig gewesen, denn Österreich hätte auf dem vorgeschlagenen Kongreß nur Tadel zu hören bekommen, Napoleon aber während dessen seine Rüstungen vergrößert, und ohne Zweifel sei Österreich ebenso berechtigt gewesen, dem Angriff zuvorzukommen wie Friedrich der Große im Jahre 1756. Dem mäßigen Tadel, der hierin lag — und fast klang er nur, als ob man die moralische Verpflichtung fühlte, nicht durchweg alles zu billigen, was die Regierung gethan — bog Schleinitz natürlich leicht die Spitze ab mit dem Hinweise auf die politische Unklugheit des Schrittes Österreichs in der augenblicklichen Lage. Noch allerdings sei — und auch hier hörte der Regent aus der Kammer die volle Zustimmung zu seiner Ansicht — der Zeitpunkt zum Losschlagen nicht gekommen, denn man dürfe nicht den zweiten Akt vor dem ersten spielen, dürfe nicht, bevor Deutschland selbst bedroht sei und um der Lombardei willen, den Krieg vom Po an den Rhein ziehen. Das deutsche Interesse würde erst durch den Angriff auf Venetien, durch den Übergang über den Mincio berührt. Aber als europäische Großmacht dürfe man

auch nicht zusehen, wie Österreichs Macht zu Gunsten Sardiniens und Frankreichs geschwächt werde. Die Zumutung hingegen, Preußen könne in der gegenwärtigen Lage in ein Bündnis mit Frankreich auch nur hineingetrieben werden, erklärte z. B. Simson schlechthin für politischen Aberwitz.

Einmütig wie das Abgeordnetenhaus sprach das Herrenhaus, das dem Ministerium der Neuen Ära zu einem guten Teil doch feindlich gesonnen war, der auswärtigen Politik seine Zustimmung aus, gewährte einhellig den Kredit, billigte die Rüstungen der Armee und der Flotte.

Gehoben und getragen von dieser allgemeinen Zustimmung, die ihm die berufenen Vertreter seines Volkes in so seltener, nach all den Jahren des Widerspruchs doppelt willkommenen Übereinstimmung aussprachen, erklärte der Regent beim Schluß des Landtages feierlich vom Throne herab: „Preußen ist entschlossen, die Grundlagen des europäischen Rechtszustandes, das Gleichgewicht Europas zu wahren. Es ist sein Recht und seine Pflicht, für die Sicherheit und die nationalen Interessen Deutschlands einzustehen. Die Obhut dieser Güter wird es nicht aus der Hand geben. Preußen erwartet, daß alle deutschen Bundesgenossen ihm bei Lösung dieser Aufgabe fest zur Seite stehen und seine Bereitwilligkeit, für das gemeinsame Vaterland einzutreten, mit Vertrauen erwidern werden".

Im vollen Bewußtsein aber der schweren Verpflichtung, die auf ihm ruhte, und in der schon Natzmer ausgedrückten Hoffnung auf bessere Einsicht in Wien, glaubte der Regent noch einmal in Wien nicht nur zum Frieden raten zu müssen, sondern vor allen Dingen sich Klarheit über Österreichs Absichten und Ziele verschaffen zu müssen. Denn diese fehlte nach erlassenem Ultimatum in Berlin völlig, und der Erzherzog Albrecht war über sie, wie nun auch der minder scharf Blickende sehen mußte, bei seiner Mission ganz und gar nicht unterrichtet gewesen. Ohne eine solche Kenntnis aber ließ sich ein irgendwie sicherer Beschluß über den Eintritt von § 47, was sehr notwendig war, im voraus gar nicht fassen, und der Regent

beschloß daher, zu diesem Zweck den General von Willisen (Mitte Mai) nach Wien zu senden.

Indem man nun einerseits weder Österreich in etwaiger Not verlassen, noch durch Teilnahmlosigkeit auf sich selbst etwaige üble Folgen entscheidender Niederlagen Österreichs ziehen wollte, indem man anderseits aber sich die Bestimmung darüber, wann Österreich in solche Not geraten sei, daß man gegen den Willen des Auslandes und in Erwartung seiner feindlichen Haltung das Schwert ziehen solle, nicht aus der Hand geben wollte, und indem man sich zugleich des höchlichst gemißbilligten Vorgehens Österreichs in Italien, das zum Kriege geführt hatte, wie des durchaus verurteilten Losbruchs zum Kriege bewußt blieb, fand man in der bewaffneten Neutralität ein Mittel, das Österreich wesentlich entlasten konnte, ohne doch das ganze Deutschland sofort in einen Krieg zu werfen, der zunächst sein Interesse gar nicht berührte. Man darf wohl auch annehmen, daß die Minister, indem sie dieses völkerrechtliche Mittel vorschlugen, darauf rechneten, der stark und deutlich hervortretenden Scheu des Regenten vor thatenlosem Abwarten die Behauptung entgegenzusetzen und zu begründen, daß man im besten Zuge und in voller Thätigkeit sei. Darauf scheint auch die Wahl des Gesandten in der Person eines Generals hinzudeuten. Sie mußte, was für das Ministerium sehr wichtig war, zugleich die Ungeduld der alten Kamarilla und der kriegerischen Umgebung des Regenten befriedigen und dem unaufhörlichen „Reden, Renommieren und Konfusionieren", von dem Gerlach berichtet, einen Zaum anlegen.

Inzwischen sind wir über diese Sendung, ihre Aufgabe, ihren Verlauf und ihren Erfolg bei vielerlei, einander widersprechenden Nachrichten nicht genau unterrichtet. Sicher ist, daß Willisen nicht bevollmächtigt war, einen bindenden Vertrag abzuschließen, daß er nur die Berliner Ansichten auszusprechen und die Wiener entgegenzunehmen hatte. Das entsprach dem Inhalt der Mission des Erzherzogs Albrecht, und vielfach sah man Willisens Mission überhaupt nur als

die Quittung an, die höflicherweise von Berlin für sie ausgestellt wurde. Soweit sich erkennen läßt, hatte Willisen sich vornehmlich nach dem eigentlichen Zweck des gegen alle Erwartung abgeschickten Ultimatums und überhaupt nach den Zielen der österreichischen Politik zu erkundigen. Er hatte außerdem entweder, wie Sybel sagt, die preußische Vermittlung anzubieten, oder wie eine offizielle, offenbar nach Akten gearbeitete Flugschrift durchschimmern und Herzog Ernst erkennen läßt, die preußische Hilfe unter Umständen in Aussicht zu stellen. Die Bedingungen, die man hierfür in Anspruch nahm, sind ebenfalls nicht völlig klar. Max Duncker schreibt dem Herzog Ernst, daß sie sich in einer bestimmten Analogie zu den Vorschlägen des Herzogs vom 6. Mai bewegen. Allerdings hatte der Herzog vorgeschlagen, Preußen solle eine Gefahr für das Bundesgebiet nicht nur erst anerkennen, wenn bedeutende französische Truppenkorps in der Nähe der deutschen Grenze aufgestellt würden, sondern schon dann, wenn die österreichische Armee über den Ticino zurückgeworfen werden sollte. Im Gegensatz also zu der von Vincke ausgesprochenen Ansicht und zu anfänglich hohem Mißfallen Bernhardis war damit die Lombardei, die jedenfalls seit dem Jahre 1818 nicht mehr zum deutschen Bunde gehörte, in die deutsche Interessensphäre hineingezogen. Allein es handelte sich nur um thatsächliche, für die augenblickliche Zeitlage berechnete Verteidigung, nicht etwa um eine dauernde schriftliche Garantie, die sich mit Schleinitzens Politik der freien Hand gar nicht vertragen hätte, wie denn auch Duncker, der es hätte wissen müssen, entschieden leugnete, daß Willisen solche Aufträge hätte. Der Regent hat den Vorschlag des Herzogs nach dessen Darstellung wenigstens nicht gemißbilligt. Er hat zu Gerlach am 7. Mai gesagt, noch sei zwar kein Vorwand zum Kriege gegeben, da Frankreich nur seine Bundesgenossen verteidige, aber das sei gewiß, sobald Frankreich die österreichische Grenze überschreite, sei der Krieg da, und auch zu andern hat er nach einer spätern Notiz Gerlachs anfänglich die Überschreitung des Ticino als

das non plus ultra bezeichnet. Und der Regent selbst bezeugt uns in einem Briefe vom September an Herzog Ernst ausdrücklich, daß er mobil machte, als der Ticino und Magenta verlassen war, und Napoleon nicht Halt machte, und endlich geben auch die Sybelschen Akten an, daß die Verteidigung des österreichischen Landbesitzes in Italien, also einschließlich der Lombardei, in Aussicht genommen war. Als Gegenleistung hatte Herzog Ernst von Österreich nur die Zusage in Aussicht genommen, nicht einseitig, nicht ohne Preußens Einverständnis beim Bunde kriegerische Maßregeln zu beantragen. In Wirklichkeit war Willisen auch nach Sybel für dies, nach allem, was geschehen, doppelt hochherzige Anerbieten des Regenten nur beauftragt, die vollständige Verfügung über die Streitkräfte des deutschen Bundes zu fordern, es sei denn, daß Österreich in der That die Deckung des Oberrheins übernähme, in welchem Falle ihm die süddeutschen Truppen zuzuweisen wären.

Mit größter Spannung erwartete man in vielen Kreisen — denn die Sendung erfolgte öffentlich und kam auch im Abgeordnetenhause zur Sprache — den Erfolg, und da darüber nichts Zuverlässiges bekannt wurde, so wurde mancherlei fabuliert, die Sendung bald als geglückt, bald als völlig verfehlt bezeichnet. Sicher ist, daß man in Wien wieder in sehr hohem Tone redete, und daß auch der neuernannte Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, nun, da er nicht mehr die Bismarcksche Faust auf seiner Schulter fühlte, in dem seinem Kabinett gegen Preußen so geläufigen Ton des Hofmeisters glaubte reden zu dürfen. Bei weitem wollte man nicht eine preußische Vermittlung, sondern preußische Hilfe forderte man, und diese nicht nur, wie Preußen so großmütig angeboten, für die Erhaltung des österreichischen Besitzes in Italien, sondern auch für die Aufrechterhaltung der österreichischen Verträge mit den italienischen Souveränen. Preußen sollte, so verlangte man weiter, sich auch verpflichten, Sardinien unschädlich zu machen und seine Verfassung aufzuheben, ja, es sollte nicht mehr und nicht weniger leisten, als Napoleon III. zu stürzen und

Heinrich V. auf den Stuhl Frankreichs zurück zu führen. Sollte Preußen etwa für diese gründliche Wiederherstellung der absoluten Staatsverfassungen in Italien sowohl, wie in Frankreich sich zu verpflichten, Bedenken tragen, so drohte Österreich, durch Sonderbündnisse mit den einzelnen deutschen Staaten sich schadlos zu halten, und war überzeugt, daß es durch solche auch in Deutschland „Konstitution und Einheitsträume" vernichten werde. Man darf sich die Überraschung und Entrüstung vorstellen, mit der im Berliner Kabinett ein Bericht Willisens gelesen wurde, der solche Ziele und Absichten des Kaiserhauses meldete. Es war wirklich, als ob man keine Ahnung hatte von der Luft, die in Berlin wehte, es war wirklich, als ob man glaubte, man dürfe dem getreuen Bundesgenossen alles bieten, ihn zum Vasallen herunterwürdigen. Es verstand sich, daß Preußen eine derartige Rekonstruktion des Metternichschen Systems nur bestimmt ablehnen und, wie es in einer offiziellen Flugschrift heißt, mit schroffer Entschiedenheit zu erkennen geben konnte, daß es diese Zwecke zu verwirklichen nimmermehr helfen werde.

Da traf zum Glück in Wien die Nachricht ein, daß die Franzosen bei Montebello, also schon in Piemont selbst die Österreicher geschlagen hätten. Nunmehr stimmte Graf Rechberg seine Forderungen herab, und Kaiser Franz Joseph selbst ließ, im Begriff, zur Armee abzureisen, noch einmal Willisen zu sich kommen. Nunmehr erklärte man sich bereit, gegen Anerkennung des Territorialbestandes Preußen die nun einmal erforderliche militärische und politische Leitung der deutschen Staaten während des Krieges zuzugestehen und ersuchte nach Sybels Mitteilung, diese beiderseitigen Zugeständnisse durch Notenaustausch in bindende Vertragsform zu bringen.

Hier aber stoßen wir nun im Gegensatz zu der bisherigen Auffassung auf eine Phase in den politischen Verhandlungen, auf die der dem Minister von Schleinitz gemachte Vorwurf der zaudernden und thatenscheuen Politik, soweit wir bisher urteilen können, zutrifft.

Denn, als Willisen diesen Erfolg seiner Besprechungen in Berlin persönlich meldete, wurde Herr von Schleinitz ängstlich und wagte es nicht, sofort die Konsequenzen zu ziehen. In einem späteren, wohl Ende Juli abgesandten Schreiben, in dem Herzog Ernst dem Regenten in schroffster Form die angeblichen Fehler seiner Politik vorwirft, klagt der Herzog nach einigen anerkennenden Worten über die persönliche Ansicht und den persönlichen Willen des Regenten wie des Fürsten von Hohenzollern, wie sehr es zu bedauern sei, daß es den übrigen Ratgebern und so manchen andern Persönlichkeiten von Einfluß gelungen sei, zwar nicht geradezu den Ansichten und Befehlen des Regenten zu opponieren, aber durch eine stete gewisse Renitenz und durch ein unglückliches Abschwächen und Verzögern der notwendigen Maßregeln gerade das Gegenteil von dem zu erlangen, was der Regent selbst gewünscht und alle erwartet hätten. Das ist vom Standpunkte des Parteimannes aus übertreibend gesprochen, aber diese Auffassung war eine weit verbreitete. Auch Fürst Karl Anton klagte am 22. Juni bitter über „unsere Haugwitze", über den „Fluch der Unentschlossenheit", über einen gewissen Kleinmut in den Vollzugsorganen, über eine sich stets geltend machende Angst und Scheu vor positiven Maßregeln, sowie über die Unkorrektheit gewisser Diplomaten. Und, um noch ein Beispiel anzuführen, so hielt König Georg von Hannover, der damals den Regenten aufforderte, sich selbst an die Spitze des deutschen Heeres zu stellen, der aber auch beim Bunde die Errichtung eines Observationskorps in Oberdeutschland beantragte, den Erfolg einer energischen Politik für gesichert, „wenngleich vielleicht durch das Anstemmen des Ministeriums der Zeitpunkt noch einige Wochen hingehalten werden kann." In der That läßt es sich nicht wohl anders als durch solch zaghaftes Zögern und Anstemmen erklären, wenn Schleinitz nicht sofort Österreich beim Wort nahm, sondern vierzehn Tage vergehen ließ, bis er auch nur antwortete.

Denn der Regent war durchaus für die sofortige

Annahme des österreichischen Zugeständnisses über den Oberbefehl. Am 1. Juni hatte sich nach den Zeitungen Willisen bei ihm in Sanssouci zurückgemeldet, am 2. schon erklärte er öffentlich: „Wir stehen jetzt an einem Zeitabschnitt, wo vielleicht die nächste Stunde uns nicht mehr gehört. Und dann wird Preußen zeigen, welche Güter ihm 45 Friedensjahre gebracht haben". Ein Brief, den Herzog Ernst in diesen Tagen von offenbar sehr kundiger Seite aus Berlin erhielt, betont mehrfach, daß der Prinz-Regent und außer ihm der Fürst von Hohenzollern und Auerswald entschieden für die einfache Annahme des österreichischen Programms seien, und so zuversichtlich erwartete der Fürst sie, daß er sich auf den Augenblick freute, da die Bombe platzen und die noch sehr geheim gehaltenen Willisenschen Abmachungen bekannt werden würden. So bald trat dieser Augenblick nun nicht ein.

Am 4. erfolgte die Niederlage der Österreicher bei Magenta, allein die Nachrichten davon drangen, hauptsächlich wohl weil Napoleon selbst an sein Glück erst allmählich glaubte, nur langsam nach Deutschland. Erst am 9. Juni, so muß selbst Herzog Ernst berichten, wußte man z. B. in dem sonst so gut unterrichteten Dresden, daß die Österreicher den Rückzug bis zum Mincio angetreten hätten. Auch in Berlin nahm man noch am 9. an, daß der Kampf an der Brücke von Magenta wahrscheinlich zum Nachteil Österreichs enden werde, immerhin aber noch nicht zu Ende wäre. Auf das Soldatenherz des Prinz-Regenten aber wirkten schon die ersten Nachrichten mächtig ein, und schon am 6. entschloß er sich zur Mobilmachung. Hatte er sich bisher streng auf dem Boden des Rechts gehalten, so überwog in ihm jetzt das Bewußtsein von den moralischen Pflichten, die er gegen den im Unglück befindlichen, verbündeten deutschen Staat zu haben glaubte, und die Besorgnis vor dem Anwachsen der französischen Macht nach der Besiegung Habsburgs so stark, daß er sich persönlich wieder von jeder Rücksicht auf das Ausland frei fühlte. Weder der Sturz des eng-

lischen Tory-Ministeriums noch die Drohungen Rußlands machten ihn irre in der Aufgabe Preußens, wie er sie erkannt hatte. Rußland hatte erklären lassen, daß es sich, falls Deutschland am Kriege teilnehmen werde, seine Beschlüsse vorbehalte, keineswegs aber Österreichs italienische Besitzungen garantieren werde — das war in der Sprache der Diplomatie eine Drohung, die deutlich genug war. Deutschland habe, so hieß es weiter, keine Veranlassung zu intervenieren, da weder seine Rechte noch Interessen auf dem Spiele ständen, es würde dadurch aus der Haltung heraustreten, die ihm die Verträge angewiesen. Und von der Behauptung Österreichs, seine Verträge mit den italienischen Staaten aufrecht erhalten zu wollen, hatte Gortschakoff schon früher erklärt: c'est la guerre. Daß aber das neue Whig-Ministerium in England, daß Lord Palmerston „der Napoleonide" seine antiösterreichische Gesinnung auch durch die That erweisen werde, war mit voller Gewißheit zu besorgen. „Rüsten, rüsten" war der Ruf, der durch die englischen Zeitungen wiederhallte, und wenn schon das Tory-Ministerium jede Deckung unserer baltischen Küste abgelehnt hatte, so freute sich Palmerston vielmehr auf den Augenblick, da die Österreicher gänzlich aus Italien vertrieben sein würden, und die hauptsächlich von Gortschakoff vertretene Idee der Lokalisierung des Krieges, „die große Verschwörung pour localiser la guerre" gewann auch nach der Ansicht des Prinz-Gemahls bei der gegenwärtigen Sachlage täglich mehr Boden.

Und wie im Auslande, so auch im Inlande. Denn wie es bei Unglücksfällen zu geschehen pflegt, so nahmen zwar nicht bei den Regierungen, wohl aber im Volke die Sympathien für Österreich erheblich ab. Man erinnerte sich wieder lebhafter der Mißwirtschaft Österreichs in Italien, man tadelte seine Offensive, je mehr sich herausstellte, wie wenig es dazu gerüstet war, man rief die Regierungen zur Besinnung, ob es wohl gethan wäre, sich in einen Krieg einzulassen, dessen Ausgang nicht mehr zweifelhaft schien.

All das störte den Regenten nicht in dem, worin er seine

Pflicht erkannt hatte. „Trotz des Versagen Englands", so hatte Duncker dem Herzog Ernst schon im Mai berichtet, „wird man sich durch keinerlei Drohungen, keinerlei Maßnahmen des Ostens abhalten lassen, in dem vorgezeichneten Moment einzutreten", und ebenso erfuhr der Herzog auch jetzt, daß der Sturz Derbys den Prinzen so wenig auf seinem geraden Wege irrte wie die Drohungen Rußlands. Er selbst aber, der Regent bezeugt uns, wie bemerkt, noch im September, „als der Ticino und Magenta verlassen war und Napoleon nicht Halt machte, obgleich der status quo ante durch Räumung Piemonts hergestellt war, also die Niederwerfung Österreichs bis zur Adria wahr werden konnte, somit also das Gleichgewicht Europas bedroht war, ebenso Deutschlands Grenze — machte ich mobil". An Palmerston und an all das, so lehnt er alle Eindrücke, wie sie sich aus der Haltung des Auslandes und der Stimmung im Inlande ergaben, kurz ab, müsse man sich nicht kehren, sondern man müsse vorgehen; am 12. freut er sich des Zustandekommens der Anleihe, denn nun könne man kräftig auftreten, und zwei Tage vorher, am 10. hatte er hochbefriedigt von der erzielten Einigkeit im Ministerium gesprochen.

Denn dieses hatte inzwischen dem aufs klarste erkennbaren Willen des Prinz-Regenten gegenüber allerdings erhebliche Schwierigkeiten erhoben, und die Spaltungen, die hier über die Beratung der Erfolge der Willisenschen Sendung eintraten, bildeten in unterrichteten Kreisen Berlins das Tagesgespräch. Wiederholt wurden in diesen Tagen Sitzungen abgehalten. Nähere Mitteilungen fehlen uns freilich noch, doch werden wir nicht irre gehen, wenn wir vermuten, daß „unsere Hauwitze", wie der Fürst von Hohenzollern Schleinitz und Bonin bezeichnet, auf die Gefahren eines festen Abschlusses mit Österreich den beiden anderen Großmächten gegenüber, sowie auf die Notwendigkeit von Verhandlungen mit Napoleon, mit Viktor Emanuel und mit den deutschen Staaten — an die am 6. eine Cirkularnote erging — aufmerksam gemacht haben werden. Sie werden gefragt haben, ob denn bei der Stimmung der meisten

deutschen Staaten, die so schwarz-gelb wie möglich, und die so ängstlich auf ihre Souveränität wie nur je bedacht waren, daran zu denken sei, daß sie sich durch preußisch-österreichische Abmachungen wirklich ihre Anrechte an die oberste Kriegführung abnehmen lassen würden zu Gunsten Preußens, das sich auf Kosten Österreichs vergrößern und so viel von ihnen wie möglich mediatisieren wolle. Patow wird es gewesen sein, der, was auch der Fürst von Hohenzollern für nötig hielt, das Zustandekommen der Anleihe abgewartet sehen wollte, ehe die Mobilmachung ins Werk gesetzt werde. Man wagte zwar nicht, so wird uns berichtet, die einfache Verwerfung der von Willisen überbrachten Antwort zu beantragen, wollte sie aber doch wieder nur unter Bedingungen befürworten, die Österreich nicht annehmen würde. Graf Pourtalès insbesondere soll gar verlangt haben, daß Österreich seine Gesandten von den deutschen Höfen abberufe.

Endlich am 10. wurde, wie bemerkt, Einstimmigkeit im Ministerium erzielt, und man geht gegenüber der Sicherheit, mit der der Prinz-Regent, wie wir hörten, seinen Willen wiederholt kundgegeben hat, gewiß in der Annahme nicht fehl, daß er selbst diese Einstimmigkeit erzielt hat. Zwei Resultate waren es, zu denen man gelangte. Am 14. beauftragte Herr von Schleinitz zunächst den diesseitigen Gesandten in Wien, Freiherrn von Werthern, dem Grafen von Rechberg eine Depesche vorzulesen, in der er die Resultate der Besprechungen Willisens in Wien in folgender Weise zusammenfaßte.

Preußen wolle den österreichischen Territorialbesitz in Italien auf Grund der Verträge von 1815 aufrecht erhalten, aber die Gestaltung der Verhältnisse Österreichs zu den übrigen italienischen Staaten und deren eigener Verhältnisse sehe es als eine offene Frage an. Sollte Österreich durch seine Stellung zu dieser Frage den Erfolg der preußischen bewaffneten Vermittlung verhindern, so behalte sich Preußen seine Entschließungen vor. Sollte aber der Friede auf jener Grundlage für Österreich nicht zu erlangen sein, sondern ihm der Verlust

seiner italienischen Staaten ernstlich drohen und hierdurch der europäische Rechtszustand gefährdet werden, so werde Preußen zur bewaffneten Vermittlung schreiten und je nach dem Erfolge weiter handeln, wie es seine Pflicht als europäische Macht und der hohe Beruf der deutschen Nation verlange. Es läge allerdings — und hier hört man deutlich Worte des Regenten und des Fürsten von Hohenzollern aus dem Conseil — im preußischen Interesse, mit diesem Einschreiten nicht zu spät zu kommen. Die Wahl des Zeitpunktes aber müsse der freien Bestimmung Preußens überlassen bleiben, und ausdrückliche Voraussetzung sei immer, daß Österreich sowohl wie die deutschen Staaten die Initiative für alle Schritte beim Bunde Preußen überlassen. Allen diesen Ausführungen Willisens habe Österreich, so sagt Schleinitz, zugestimmt. Dagegen habe Graf Rechberg einen Notenaustausch zwischen beiden Staaten verlangt, der diese Ausführungen in bindender Form niederlege. Das dürfe nun aber Preußen auf keinen Fall thun. Eine solche vertrauliche Eröffnung der geheimsten Gedanken der preußischen Politik lasse sich nicht in Vertragsform aussprechen. Frankreich und Rußland würden darin ein engagement formel, sowie den Eintritt Preußens in den Krieg sehen. Vor allem widerstreite es dem Vermittlungsamt, das Preußen sich vorgesetzt, vollständig und mache den beabsichtigten Mediationsversuch unausführbar.

Preußen gab damit zwar in bestimmter Weise, wie Schleinitz am 24. Juni den deutschen Staaten mitteilen ließ, die Versicherung, für die Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien wirken zu wollen, aber zu einer Garantie der Lombardei wollte er sich unbestimmten Eventualitäten gegenüber nicht verpflichten. Nur eine thatsächliche, aber weder eine öffentliche noch eine formelle Garantie glaubte er geben zu dürfen.

Unrichtig war ein solches Räsonnement zunächst wohl nicht, da Preußen ja, wie auch Willisen zu Gerlach gesagt, Österreich zu bestimmten Versprechungen nicht hatte nötigen wollen und

solche in bindender Form bisher auch nicht von Österreich gegeben waren. Allein dazu wäre es ja durch den Notenaustausch, zu dem es sich bereit erklärt hatte, genötigt worden, und wie anders sollte wohl ein Kriegsbündnis geschlossen werden als „gegenüber unbestimmten Eventualitäten?“ Hier scheint in der That der Hauptpunkt der Schleinitzschen Opposition gegen den Regenten zu liegen. Schleinitz wollte das Zugeständnis für den österreichischen Besitzstand in Italien wohl weder in Petersburg noch in London als Grundlage des preußischen Verhaltens bekannt wissen, noch mochte er überhaupt zu Schritten hingerissen werden, die ihm seine Politik „der freien Hand“ verderben könnten. Allein klar ist auch, daß, wenn ein Staat zu Gunsten einer kriegführenden Partei auch nur vermitteln und der andern kriegführenden Partei seine Vermittlung durch Waffenerhebung unter Umständen aufnötigen will, er der Annahme seiner Bedingungen wenigstens durch die begünstigte Partei völlig sicher sein muß. Vor allem aber lag es offenbar sowohl im österreichischen wie namentlich im preußischen Interesse, Österreich jetzt festzuhalten. Denn noch niemals hatte Österreich Preußen die militärische und damit auch die politische Leitung der deutschen Staaten eingeräumt, und wenn es nur für die Kriegszeiten geschehen war, so kam darauf es ja zunächst in Berlin nur an, und anderes hatte man nicht gefordert. Es schien also alles daran zu liegen, die gesprächsweise oder wie sonst vom Kaiser selbst gemachten Zugeständnisse in einer Form festzulegen, die für Österreich so bindend wie nur möglich war. Ging der Gegner, ging Napoleon auf die ins Auge gefaßten Bedingungen nicht ein, so war es offenbar wieder Sache des Vermittlers, einen Versuch zu machen, ob die begünstigte Partei die ungünstigeren Bedingungen annehmen möchte oder den Gegner mit Waffengewalt zur Annahme der verabredeten Bedingungen zu zwingen. Und schlug dies wirklich zuletzt fehl, traten selbst militärische Verluste ein, so rechtfertigte das Recht des Krieges, rechtfertigte der Eintritt „unbestimmter Eventualitäten“ ohne

Zweifel selbst ein späteres Abweichen von den verabredeten Bedingungen vollständig.

Hat aber der Regent, wie erklärlich, dem sogar auch von Sybel als „einleuchtend" bezeichneten Einwand seines auswärtigen Ministers über die diplomatische Aufgabe eines Vermittlers nachgegeben, so hat er im übrigen nicht nur seinen Willen aufrecht erhalten, sondern auch die Minister von dessen Richtigkeit überzeugt. Wenn vom Standpunkte auch der für Habsburg günstigen Politik in der Ablehnung der Rechbergschen Forderung nach unserer Erkenntnis ein politischer Fehler lag, so wog er um so schwerer, als, wie wir jetzt erfahren, Schleinitz sowohl wie Bonin von der vollen Wahrscheinlichkeit des Krieges überzeugt und bereit waren, obwohl Schleinitz sich — wir hörten es soeben — die Politik der freien Hand noch offen zu halten suchte, in den Krieg hineinzugehen.

Fürs erste, so lautet freilich wieder sein vorsichtiger diplomatischer Ausdruck in einer etwas späteren Note (24. Juni) für die einzelnen deutschen Höfe, sollen auch die jetzigen ausgedehnten militärischen Maßregeln nur dem Zwecke einer weiteren diplomatischen Aktion dienen, aber man verhehle sich nicht, daß aus der Befolgung dieser Politik der Kriegsfall erwachsen könne. Im Ministerrat vom 15. Juni dagegen äußerte er sich — und das war das zweite und viel wichtigere Resultat, das der Regent über die Ängstlichkeit seines Ministers davon getragen hatte — als die Mobilmachung nun wirklich ins Werk gesetzt werden sollte, frei und bestimmt. In diesem nämlich, so erzählt Gruner, beschlich den sonst so kriegsunlustigen Bonin die Besorgnis, der Antrag auf Mobilisierung könne nur als militärische Demonstration gemeint sein, und in feierlicher Form richtete er daher an Schleinitz die Frage, in welchem Sinne er sie beantrage. Schleinitz aber, der so vorsichtige diplomatische Aktenstücke schrieb, antwortete ihm mit derselben Feierlichkeit, „als Übergang zum Kriege". Beide also waren jetzt überzeugt, daß die Vermittlung, auch die bewaffnete, nicht zum Frieden führen werde, sie waren überzeugt, daß Preußen

jetzt selber auf den Waffenplatz treten müsse, und nach der ganzen Sachlage und nach den Worten, die uns aus diesen ersten, bangen vierzehn Tagen des Juni aus dem Munde des Prinz-Regenten überliefert sind, kann man nicht zweifeln, daß seine Überredung, sein Wille ihre Ansichten gewandelt hat. Mochten Duncker und Bernhardi klagen, wie der Regent unsicher und schwankend werde, wenn das Ministerium ihm uneinig und zweifelnd gegenüberstehe — es war einmal seine gewissenhafte Art, jede und zumal jede der seinen entgegengesetzte Ansicht sorgfältig zu prüfen —, jetzt hatte er selber ohne Zweifel das Ministerium zur Einigkeit genötigt, und darum ging er fest und sicher vorwärts ohne Schwanken und Zagen, und sein Beschluß vom 6. wurde am 15. durch die Unterzeichnung der Mobilmachungsorder zur That. Nur die beiden östlichen Armeekorps wurden noch nicht mobil gemacht. Im Gegensatz zu der früher von Prinz Albert empfohlenen Aufstellung einer Observationsarmee gegen Rußland glaubte man, wie es scheint, durch Unterlassung einer solchen Maßregel gerade die Empfindlichkeit des russischen Kabinetts schonen zu sollen, und es scheint auch, als ob damals der Petersburger Haß gegen Österreich, sei es nun infolge der inneren Aufgaben, sei es infolge etwa des persönlichen Widerwillens Kaiser Alexanders gegen die revolutionären Grundzüge der italienischen Erhebung, sei es, wie am wahrscheinlichsten, infolge der üblen Finanzlage und des Mißlingens der geplanten Anleihe, etwas gedämpft war. Genug, Rußland unterließ zunächst eine Gegendemonstration.

Gegenüber den starken Scheltworten Bismarcks über den Charakter Schleinitzens darf man aber wohl auch hier darauf hinweisen, daß die Gemahlin des Regenten mit der Mobilisierung nicht einverstanden war, Schleinitz also, wie immer er dem Auslande gegenüber auch weiter zurückhielt, in dieser Frage — der weitaus wichtigsten seiner Amtsthätigkeit — gegen den Willen seiner Protektorin handelte, allerdings erst nach vierzehntägiger Verzögerung.

Indem man aber in Berlin überzeugt war, daß man am Anfang eines großen Krieges stehe, entfernte man sich doch nicht von der vom Regenten vorgezeichneten Linie, erwartete vielmehr durch die ins Werk gesetzte Bewaffnung bei Napoleon den notwendigen Eindruck für den Vermittlungsversuch zu machen und sandte daher den Grafen Pourtalès sowohl nach Mailand wie nach Verona. Und zwar bot man die Vermittlung an auf einer Basis, die ebenfalls genau dem von Anfang an vom Regenten vertretenen Gedanken entsprach. Österreich sollte, so weit kam man gemäß auch den Willisenschen Abmachungen dem Kaiserstaat entgegen, seinen Besitzstand in Italien behalten, es sollte aber, so weit kam man den franco-sardinischen Forderungen entgegen, die Durchführung der politischen Reformen in Italien geschehen lassen. Wohl hat man diesen Vorschlag als unausführbar getadelt und hat gesagt, es sei vorauszusehen gewesen, daß weder Österreich noch Frankreich ihn annehmen würden, indem jenes nicht auf seinen Einfluß in Italien, dieses nicht auf sein, in so vollen Tönen verkündetes Programm der Freiheit Italiens bis zur Adria verzichten konnte. Und auch Bismarck hatte von Anfang an bezweifelt, daß man die Zirkelquadratur eines für beide Teile genehmen Friedens finden würde. In Wahrheit aber hatte ja Österreich seinen Besitzstand in Italien als Basis für den Frieden Willisen gegenüber zugestanden, hatte auf seine alten weitergehenden Forderungen verzichtet, und anderseits baute man, wie wir gleich sehen werden, auf die im Anfang des Krieges und in seinem Verlauf wiederholt erlassenen Kundgebungen Napoleons, für Frankreich weder eine Eroberung noch eine territoriale Vergrößerung zu beanspruchen. Wie in London und Koburg wußte man sicher auch in Berlin, daß Napoleon an gemäßigte Friedensbedingungen dachte, und, wie selbst Herzog Ernst gesteht, nur auf die Gelegenheit wartete, mit Ehren den Krieg beenden zu können. Endlich aber für den Fall, daß Napoleon nicht geneigt war, auf die zwischen Preußen und Österreich vereinbarten Bedingungen einzugehen, hatte man ja mobil gemacht,

und die preußischen Heere sollten sich ja in Marsch setzen nach dem Rhein, um der Forderung den nötigen Nachdruck zu geben und Napoleon, wenn er den Kampf in Italien fortsetzte, in seinem eigenen Lande zu bedrohen. Es handelte sich mithin nur um einen Versuch, auf dessen Mißlingen man völlig vorbereitet war. Die Vermittlung war nicht mehr Selbstzweck, sondern das Präludium des Krieges.

In denselben Tagen zeigte — am 19. Juni — Preußen dem Auslande seine Mobilmachung mit dem Bemerken an, daß sie bezwecke, die Frage nicht ohne Deutschlands Mitwirkung entscheiden zu lassen. Am 24. ging eine ähnliche Note an die deutschen Staaten mit der weiteren Erklärung, daß das Hauptbestreben Preußens seit Ausbruch des Krieges dahin gerichtet gewesen sei, als vermittelnde Macht aufzutreten. Deshalb habe es jede Zusicherung, auch die der Neutralität abgelehnt und sich von jedem Engagement ferngehalten. Gleichzeitig aber wurde der Bund aufgefordert, zwei Armeekorps unter bayrischer Führung aufzustellen und sie in planmäßigen Zusammenhang mit den preußischen zu bringen, sowie diesen den Durchmarsch zu gestatten. In sehr vorsichtiger Weise erinnerte die Note die deutschen Staaten an ihre mit tiefem Bedauern bemerkten Versuche, die preußischen Maßnahmen in ein Angriffsmittel plötzlich zu verwandeln, dadurch Preußen und Deutschland bedenklich zu kompromittieren und die Tendenz nach einer Lösung der Bundesverhältnisse immer mehr zur Geltung zu bringen. Um den Gefahren des gemeinsamen Vaterlandes und vor allem, um dem Mißtrauen gegen Preußen mit dem offensten Vertrauen zu begegnen, habe der Regent den General von Willisen nach Wien geschickt, und man habe Grund zur Annahme, daß die dadurch herbeigeführte glückliche Vertrauensstellung beider Kabinette fortdauern werde. Noch über den Wunsch Österreichs auf Aufstellung einer Observationsarmee hinaus habe man nach der Schlacht von Magenta mobil gemacht, weil nunmehr der Zeitpunkt der Mediation bald eintreten konnte und man hierfür eine bedeutende Armee

schlagfertig unter der Hand haben mußte. Preußen werde alles aufbieten, um den Krieg so lange wie möglich vom Bunde fernzuhalten, könne sich aber, wie schon erwähnt, nicht verhehlen, daß aus der Verfolgung seiner Politik der Kriegsfall gegen Frankreich erwachsen könne. Gestützt auf eine starke Militär-Aufstellung gedenke Preußen die Friedensfrage unter Anstrebung der Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien im geeigneten Moment bei den großen Kabinetten in Anregung zu bringen und mit der Mediation vorzugehen.

Diese Depesche ergänzte Schleinitz durch eine andere von demselben Tage an die preußischen Gesandten in London und Petersburg mit je einem vertraulichen Begleitschreiben. Der italienischen Frage, so unterrichtete er die Gesandten, greife die bisherige Haltung Preußens in keiner Weise vor. Allein die Würde des Regenten, das Interesse Preußens und Deutschlands verbieten ihm eine passive Haltung gegenüber den territorialen Veränderungen, die Österreich erleiden könne. Trotzdem wolle Preußen nicht einseitig und ohne Anrufen der anderen Großmächte handeln, sondern mit ihnen in Gemeinschaft Einfluß und Rat einsetzen zur Beilegung der schwebenden Frage auf Grund der Europa in einem Fall, da es sich um die großen Prinzipien seines sozialen und politischen Gebäudes handelt, allein geziemenden Haltung. Nur diesem Zweck diene die preußische Mobilmachung, Preußen wünsche den Frieden und wolle mit den Kabinetten von Petersburg und London Europa die Ruhe und Sicherheit wiedergeben, die seine moralischen und materiellen Interessen erforderlich machen. Man wisse, wie Preußen den verhängnisvollen (funeste) Entschluß Österreichs zum Losbruch gemißbilligt habe, doch könne es deshalb die Schwächung eines Staates nicht gleichgültig mit ansehen, der durch seine geographische Lage wie seine eigene Natur ein wesentliches Element und eine natürliche Garantie des europäischen Gleichgewichts biete. Von der Zurückführung des alten Zustandes, der zum Kriege und zu

wiederholten Revolutionen geführt, sei man indessen weit entfernt. Vielmehr würden ernsthafte und gründliche Reformen in Italien notwendig sein, auch die Protektorats-Verträge Österreichs würden einem System weichen müssen, das dem Geist des Volkes weniger widerspreche, und die Ordnung und Gesetzmäßigkeit würden solidere Garantie erhalten müssen. Trotz dieser Erkenntnis will Herr von Schleinitz, um der europäischen Entscheidung nicht vorzugreifen, weder seine Ideen im voraus mitteilen, noch in dieser Beziehung selber Vorschläge machen, sondern, und zwar mit mehrfach betonter Ungeduld jeden Vorschlag erwarten und entgegennehmen, der die Rechte des Hauses Habsburg mit liberalen und ausgleichenden (à la fois libéraux et concilians) Prinzipien, sowie mit den rechtmäßigen Wünschen des italienischen Volkes in Einklang bringen kann.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Betonung der Unmöglichkeit einer passiven Haltung, sowie den Gedanken der Reformen in Italien in dieser Depesche nach dem, was wir gehört haben, auf Worte und Befehle zurückführt, die Schleinitz vom Regenten erhalten hat, während die Anrufung der Mächte und der Widerspruch zwischen einer aktuellen Politik und dem Verzicht, selbst auch nur Vorschläge zu machen, gewiß von Schleinitz herrührt. Er widerspricht der Anschauung des Regenten, soweit wir sie aus seinen eigenen Äußerungen folgern können, vollkommen. Er war ein Entgegenkommen gegen Rußland und England, die ihrerseits ebenfalls Vermittlung planten, aber er zeugte nicht von Initiative und nicht von der Absicht, Preußen im europäischen Staatensystem die leitende Stellung zu verschaffen, die den Erfolg der Vermittlung verbürgte. Ja Schleinitz, der am 23. Juli in der Preußischen Zeitung der Behauptung, daß Mediations-Vorschläge von anderer Seite zur Kenntnis der preußischen Regierung gekommen seien, widersprechen ließ, während Gerlach am 8. Juli von den russischen und englischen Friedensvermittlungen weiß, rühmt sich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich,

dessen, daß seine Depesche vom 24. Juni nur „allgemeine Andeutungen über eine Vermittlungsgrundlage" enthalte.

Insofern durch dieses hinhaltende Verfahren der Ausbruch des Krieges verzögert werden konnte, mochte der Erlaß unserm Petersburger Gesandten, Bismarck, nicht unwillkommen sein und ihm vielleicht als der Beginn jener Kombination zwischen den drei unbeteiligten Großmächten erscheinen, die Schleinitz nach seiner Hoffnung erdenken sollte. Fast möchte man glauben, daß diese Politik, die den Beistand für Österreich bisher vermieden hatte und im Grunde noch immer vermeiden wollte, den notwendigen Untergrund zu den liebenswürdigen Formen bildete, die ein knappes Jahr darauf den Gesandten bewogen, seinen Chef in der Nähe „wirklich lieb zu gewinnen". Insofern die Depesche aber den Krieg für Österreich durchschimmern ließ, gefiel sie ihm so wenig, daß er am 2. Juli die oben angeführten schwermütigen Worte an die Gemahlin richtete. Denn das war freilich richtig. Die Signatur dieser vom Tage von Solferino datierten, aber erst am 27. Juli abgesandten Depesche und des vertraulichen Begleitschreibens, mit dem sie den preußischen Gesandten in London und Petersburg übermittelt wurde, blieb immer, daß man auch in der Wilhelmstraße zu Berlin zwar die Vermittlung und den Frieden lebhaft wünschte, aber an den Ausbruch des Krieges glaubte. Demgemäß setzten sich auf den Befehl des Regenten, aber offenbar immer noch zu lebhaftem Mißvergnügen des auswärtigen Ministers die preußischen Truppen am 2. Juli in Marsch, und man beantragte auch beim Bunde (am 4. Juli) die Mobilmachung von zwei weiteren Korps, so daß nun drei Armeen am Rhein Aufstellung nehmen sollten, eine im Süden unter Bayerns Befehl, eine mittlere, nur aus preußischen Truppen bestehend, und eine nördliche, kombiniert preußisch-deutsche unter Preußens Befehl, alle drei aber unter einheitlichem preußischen Oberbefehl. Auch tagten in dieser Zeit unter dem Vorsitz Moltkes Bevollmächtigte der vier Bundeskorps mit dem Kriegsminister Bonin zur Verabredung der

weiteren militärischen Maßnahmen, und hatten deren Regierungen mithin mit Übergehung des Frankfurter Militär-Ausschusses den preußischen Oberbefehl thatsächlich anerkannt. Preußen hatte diesen Weg eingeschlagen und hatte nur vier Korps des Bundes mobil zu machen beantragt, gerade weil es das Inkrafttreten der Bundeskriegsverfassung verhindern wollte und verhindern, daß, selbst wenn die deutschen Fürsten dem von Österreich zugestandenen Oberbefehl Preußens zustimmten, dieser doch noch der Aufsicht und Kontrolle des Bundesrats unterstellt würde. Auch hatte man in Berlin bei der Berufung des österreichischen Bundestagsgesandten Grafen Rechberg nach Wien geglaubt, eine größere Einwirkung auf den Bundestag und die Leitung Deutschlands dadurch gewinnen zu können, daß während der Abwesenheit eines österreichischen Bevollmächtigten der Vorsitz am Bundestage Preußen zufiel. Allein mit wohl berechneter Klugheit beantwortete Österreich eine dahin zielende Forderung Preußens binnen acht Tagen mit der Ernennung eines Nachfolgers des Grafen Rechberg.

Selbst das mochte noch hingehen. Da aber that Österreich einen dreifachen Schritt, und jeder geschah in voller Abwendung von der bisher gegen Preußen innegehaltenen Politik, und jeder von ihnen mußte daher alle politische Berechnung in Berlin über den Haufen werfen. Es brach, während die preußischen Heere auf dem Marsche waren, seine Abmachungen mit Preußen, es machte die auf dem Wege befindliche preußische Hilfe unmöglich.

Zunächst beantwortete Graf Rechberg die preußische Depesche vom 14. am 22. mit dem Bemerken, daß die Garantie für die Lombardei zwar nicht formell durch die Verträge von 1815 ausgesprochen sei, sich aber aus den allgemeinen Prinzipien, auf denen die Allianz der konservativen Mächte Europas beruhe, von selbst ergäbe. Auf den an sich höchst unbedenklichen Notenaustausch verzichte er, da Preußen die Angelegenheit streng als Vertrauenssache bezeichne. Allein die Vermittlung, auch die bewaffnete, sei für Preußen eine moralische

Unmöglichkeit, und selbst wenn sich für eine solche ein günstiges Feld böte, wäre es nicht Preußens Sache, sie auszuüben. Vielmehr müsse Österreich lebhaft wünschen, Preußen als Partei in offener Allianz an seiner Seite zu erblicken. Auch müsse Österreich, da Preußen jede bindende Verpflichtung ablehne, sich nunmehr wieder die volle Freiheit seiner Bewegung im Bereiche der deutschen Bundesverhältnisse wahren. Hochmütig war die Vermittlung Preußens beiseite geschoben, war aber auch für die verlangte Hilfe das Zugeständnis des preußischen Oberbefehls zurückgenommen.

Dieser neue Hochmut wurde zwar zwei Tage darauf durch die Niederlage bei Solferino schwer bestraft, aber beinahe begreift es sich, daß Schleinitz, wie uns erzählt wird, jetzt den Kopf verlor und von nichts als Frieden redete. Der Regent aber, der inzwischen in Abänderung seines früheren Entschlusses, aber dem Gange der Ereignisse gemäß die Überschreitung des Mincio, also den Einfall der Franzosen in Venetien als die Thatsache bezeichnet hatte, die der § 47 der Bundesakte voraussetze, blieb der Entschlossenste, und bei ihm lag ja, wie Gerlach mit Genugthuung notiert, die Entscheidung. Wäre es nicht der Fall, so sähe er bei dem Zaudern der Minister, bei der Abneigung der öffentlichen Meinung und bei dem Eindruck der Bonaparteschen Siege voraus, daß Frankreich der nur zu reichlich verdienten Züchtigung entgehen werde.

Hinzukam aber, daß nach allen unseren Berichten auch die Generale der preußischen Armee — so auch Moltke — schwarz gesehen haben und kein Vertrauen auf den Sieg hatten. Man lamentierte, so behauptet Gerlach, daß man mit einer schlecht organisierten Armee ins Feld rücken solle und ohne alle Generale; die Offiziere seien unzufrieden, ohne Vertrauen und gegen unsere Kriegführung ebenso mißtrauisch wie 1806.

Das ist gewiß übertrieben, aber man sieht, wie dem Regenten jede Entscheidung erschwert wurde. Österreich kümmerte das natürlich nicht. Es that den zweiten überraschenden Schritt. Am 4. Juli beantragte es wirklich beim Bunde die Über-

tragung des Oberbefehls an Preußen nach der Ordnung des Bundestags, d. h. in Abhängigkeit von der Bundesversammlung und unter Aufsicht der von Bundeswegen in das Hauptquartier zu schickenden Kommissare. An demselben 4. Juli sandte Österreich den Fürsten Windischgrätz nach Berlin, nicht nur um, wie Herzog Ernst so harmlos erzählt, über die militärischen Operationen zu beraten, sondern um Preußens Garantie sowohl für den österreichischen Länderbestand, wie auch für seine Spezialverträge mit den anderen italienischen Staaten, ja, wie Gerlach ohne Zweifel aus dem Munde des Fürsten Windischgrätz selber weiß, um dringend den Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses zu verlangen. Man wußte genau in Wien, daß Preußen, ohne sich selbst aufzugeben, und ohne jede Hoffnung auf Sieg von vornherein zu zertrümmern, niemals einen solchen Oberbefehl übernehmen konnte, man wußte genau, daß Preußen in Italien gerade umgekehrt sachgemäße Reformen wünschte, man wußte genau, daß Preußen beide Forderungen abgelehnt hatte, man wußte endlich, daß mindestens die bisherige Überzeugung in Berlin dahin ging, Österreich sei mit der Ablehnung dieser Forderungen durch Preußen voll und ganz einverstanden und erbäte nur Hilfe unter unbeschränktem preußischen Oberbefehl und nur auf der Grundlage des österreichischen Besitzstandes in Italien. Soviel hatte die Sendung Willisens doch mit aller Sicherheit ergeben, und das war nun der Erfolg der Schleinitzschen Weigerung, Österreich durch Notenaustausch an seine Zusagen fest zu binden. Jetzt ließ Österreich sein Zugeständnis platt fallen, noch einmal wollte es Preußen nötigen, das abscheuliche Metternichsche System in Italien wieder herzustellen und dadurch es mit den Grundanschauungen der ganzen zivilisierten Welt in Widerspruch zu bringen. Zu alledem sollte Preußen diesen Kampf auf eine Weise führen, die ihrer Natur nach die Niederlage in sich barg. Oder war es wirklich so, wie man damals in Berlin, entrüstet und verbittert, wie man ob solchen Wechsels war, vermutete, daß man, wie früher durch die Mission des Erzherzogs Albrecht die Welt glauben machen wollte,

Preußen sei mit Österreichs Beginn des Krieges einverstanden, so jetzt durch die Mission des Fürsten Windischgrätz, Preußen trage an dem etwa schon beabsichtigten Friedensschluß und an den Opfern, die Österreich auferlegt seien, die Schuld?

Wie dem auch sei, ein Wunder war es gewiß nicht, daß in Berlin die Ansicht Boden gewann, das Wiener Kabinett habe den Fürsten Windischgrätz gesandt, nur damit seine Sendung scheitern sollte, und ein Wunder war es gewiß nicht, wenn der Regent in hellem Zorn noch nach Monaten erklärte, es gehe über seinen Begriffshorizont, daß die deutschen Kabinette gesonnen waren, die Veronaer Perfidie, d. h. die Kommandofrage über die preußisch-deutsche Armee so weit zu treiben, sie ihm nach den Paragraphen des Bundes-Reglements zu übertragen, also im Moment eines sehr ernsten Krieges das Kommando in einer Art zu bestellen, daß niemals Einheit in den Operationen möglich gewesen wäre. Denn das hieße auf gut Deutsch: Lieber einen Krieg schlecht führen, als gut unter preußischer Führung. Wäre er in dieser Frage majorisiert worden, so versichert der Regent „wahr und wahrhaftig", er hätte die preußische Armee demobilisiert und hätte den Deutschen überlassen, den Krieg zu führen, den sie so sehnlichst wünschten.

Allein ehe der österreichische Antrag in Frankfurt zum Beschluß erhoben wurde, mußte doch noch einige Zeit verlaufen, und so hielt der Regent auch jetzt noch fest an der einmal ergriffenen Politik. Denn sie entsprach eben seiner Auffassung von der rechtlichen Natur der ihm gegen Österreich nach den Verträgen von 1815 obliegenden Bundespflicht, wie seiner Überzeugung, daß passives Zuschauen für Preußen unmöglich sei.

Nun erklärte Rußland zwar sich auf die besprochene Depesche vom 24. Juni bereit, mit den dirigierenden Ministern der neutralen Großmächte über eine Basis der Friedensvermittlung verhandeln zu wollen, aber man wußte, daß es sich für Österreich als solche im Gegensatz zu Preußen den Verlust sowohl der Lombardei wie Venetiens dachte. Vielfach empfand

man den Ton dieser russischen Note als Übermut und unser nationales Gefühl beleidigend, während anderseits der unbefangene Verfasser der erwähnten Schrift „Gerade heraus", der die Note gelesen, in ihr nur die Sprache eines mächtigen Herrschers erkennen wollte, der befreundete Regierungen in offener und gerader Weise auf die Stellung im voraus aufmerksam mache, die er im Interesse seines Landes einzunehmen gedenke und der, wie es viele deutsche Stimmen gethan, auf die Gefahr gewisser Agitationen hinweise. Bismarcks noch unbekannte Depeschen werden dereinst Auskunft geben, bis zu welchem Maße Gortschakoff seine feindselige Gesinnung gegen Österreich zur That gegen die preußische Teilnahme am Kriege umgesetzt hätte. England aber beantwortete die preußische Depesche vom 24. Juni alsbald mit einer Antwort, die wie Malmesbury selber nach einer Mitteilung des Königs Leopold offenbar mit Behagen konstatiert, very sneering war. Mit Entrüstung las man denn auch bald in den Zeitungen, wie Lord John Russel das preußische Kabinett von oben herab darüber belehrte, daß es Krieg nicht führen dürfe.[1])

Ohne Zweifel wußte man auch in Berlin, daß Napoleon seinerseits sich an das Kabinett von St. James gewendet hatte und in sieben Punkten seine Friedensbedingungen formuliert hatte. Die Königin hatte zwar — man weiß nicht auf wessen Veranlassung — es abgelehnt, darauf einzugehen, weil es noch nicht Zeit dazu, und weil die Festungen noch nicht erobert wären. Auch Palmerston wollte solche Bedingungen nicht selber vertreten, sondern behauptete, sie müßten formell von Napoleon selbst ausgehen. In Wahrheit aber erfuhren, wie Persigny dem Lord Malmesbury berichtet, und wie sich völlig begreift, sowohl Lord Palmerston, wie Lord Russel mit Vergnügen von diesen Bedingungen, deren wichtigste ebenfalls die war, daß Österreich sowohl die Lombardei wie Venetien

[1]) Den Band des englischen Blaubuches, der diese Depesche enthält, habe ich zu meinem Bedauern nicht erlangen können.

verlöre. Im Grunde herrschte also zwischen Napoleon, London und Petersburg volle Übereinstimmung darüber, daß es am wünschenswertesten sei, Österreich gänzlich aus Italien zu verdrängen, und Preußen war die einzige Großmacht, die den österreichischen Besitz in Italien aufrecht erhalten wollte. Großmütig war diese Politik gegen Österreich, dessen jahrelange und neueste „Perfidie“ allerseits in Berlin aufs bitterste als solche empfunden wurde, gewiß. Man hätte erwarten sollen, daß Österreich die einzige Hand, die sich ihm entgegenstreckte, unbedingt hätte ergreifen, die einzige Bedingung, die der Regent stellte, mindestens in der Annahme hätte zugestehen müssen, die etwaigen Folgen des preußischen Oberbefehls für die Stellung in Deutschland in der folgenden Friedenszeit wieder ausgleichen zu können. Allein Österreich wollte mehr, und eben jetzt wußte es den hilfsbereiten Nachbar zum drittenmal aufs neue zu überraschen.

8. Das Resultat der Politik des Regenten.

Am 8. Juli schlossen Österreich und Frankreich Waffenstillstand und obwohl der Regent in der durch Windischgrätz gefestigten Überzeugung, daß an keinen Frieden zu denken sei, vorwärts marschieren ließ, und obwohl Windischgrätz selbst nach Verona telegraphierte, man möge um alles nicht Frieden schließen, denn alles stände günstig in Berlin, schlossen in der That drei Tage darauf Napoleon und Franz Joseph persönlich bei einer Zusammenkunft in Villa Franca die Präliminarien zum Frieden ab, einen Frieden, der Österreich die Lombardei kostete, in Mittel-Italien ihm aber durch Errichtung eines Bundesstaates unter päpstlichem Vorsitz und durch Rückkehr der Erzherzoge von Toskana und Modena den alten Einfluß, der gerade zum Kriege geführt hatte, weniger beließ, als aufs neue in Aussicht stellte.

Unendliches Erstaunen lagerte sich über Kabinette wie Völker, und niemand begriff, wie solches Thun nur möglich sei. Oft genug sind die Gründe erörtert worden, die den einen wie den andern Kaiser bewogen haben könnten. Es ist gewiß richtig, daß Kaiser Franz Joseph bald nach seiner Ankunft mit innerlichem Schauder die blutigen Resultate der Schlachten in den Reihen seiner Soldaten sah. Es ist nicht minder richtig, daß auf den Schlachtfeldern sich zeigte, wie verderbt und innerlich angefressen die Militärverwaltung war. Es zeigte sich, daß die Truppen weder so zahlreich noch so ausgebildet waren, wie man angenommen hatte, daß man nicht imstande war, neue Truppen aus Deutschland kommen zu lassen, und daß die Festungen im berühmten Viereck keineswegs nach den

Vorschriften ausgerüstet und versorgt waren. Allein die Truppen hatten sich über jeden Zweifel hinaus wacker geschlagen und konnten unter geeigneter Führung sicherlich noch das Ihre leisten. Wie dem aber auch sein mochte, die französische Armee war offenbar — auch wenn man im österreichischen Hauptquartier ihren Zustand nicht für so völlig verkommen hielt, wie Napoleon späterhin dem Herzog Ernst gestand — nicht minder angegriffen als die österreichische, und so wenig wie Österreich konnte Napoleon neue Truppen aus der Heimat heranziehen. Im Gegenteil vielmehr, während Österreich durch den Aufmarsch der preußischen Truppen am Rhein gedeckt war, hatte Napoleon hier höchstens 60000 Mann unter Pelissier stehen, und jeden Tag, ja jede Stunde mußte er erwarten, mit dem weitaus größten Teil seines Heeres aufbrechen zu müssen, fort von der Po-Ebene nach dem Rhein, um dort das eigene Land vor Preußen zu schützen. Mochte also das österreichische Heer auch in der schlechtesten Verfassung sein, in den Festungen hielt es, nachdem das französische Heer abmarschiert war, dem italienischen zunächst stand.

Es waren noch andere, triftigere Gründe, die auf den Kaiser Franz Joseph einwirkten. Soeben erst hatte Österreich den freien preußischen Oberbefehl über die deutschen Bundestruppen abgelehnt, hatte die einzige Bedingung, die der Regent, zur Hilfe bereit und zur Hilfe fähig allein unter allen Mächten Europas, gestellt, die einzige Bedingung, die er gewiß auch nach österreichischer sachverständiger Beurteilung stellen mußte, abgelehnt. Man hatte sich selbst die Hände gebunden, indem man den Krieg nach der Bundeskriegsverfassung verlangte. Denn danach mußte auch der Kaiserstaat seine zwei Korps stellen, und die hatte er nicht. Selbst die 30000 Mann, die ihm Auerswald im Mai für diesen Zweck zugetraut hatte, standen Österreich für den deutschen Krieg nicht zur Verfügung. Dies aber dem so schmählich von oben herab behandelten Preußen gegenüber eingestehen zu müssen, war für das stolze Haus Habsburg natürlich eine Beschämung schlimmster Art.

Wohl wußte Kaiser Napoleon seinen noch jugendlichen Gegner durch eine dreiste Vorspiegelung in sein Garn zu locken. Die sieben Punkte, die er selber in London als seine Friedensbedingungen angemeldet, hätten, so log er Franz Joseph vor, Rußland, England und Preußen unter einander als die Basis ihrer Vermittlung verabredet, und folglich müsse Kaiser Franz Joseph, wenn er sich auf diese Mächte verlasse, auch Venetien abtreten, während er selber sich mit der Lombardei begnügen wolle. Wohl möglich, daß der Kaiser Franz Joseph diese Erzählung geglaubt, und man darf wohl an den Schreckensruf erinnern, den seine Tante, Königin Elisabeth von Preußen, ausstieß, als sie am 11. ein Wolffsches Telegramm erhielt, das ihr die Zusammenkunft beider Kaiser in Villa Franca meldete. Ganz außer sich rief sie: „Aber der Franzy ist ja zu so etwas ganz unfähig, er wird ja von dem listigen Menschen umgarnt, er ist verlegen und unerfahren!“ Gewiß noch fehlte dem jugendlichen Herrscher die Erfahrung und Weisheit, die wir heute an dem getreuen Bundesgenossen bewundern, ja er dankte dem Kaiser Napoleon ausdrücklich für cette épreuve de confiance. Aber Rechberg war ja bei ihm, ja Rechberg diktierte Napoleon den Frieden in die Feder. Der aber wußte ganz genau, daß Preußen den Frieden auf ganz anderer Grundlage vermitteln wollte, wußte genau, daß die preußischen Heere auf dem Marsch waren, wußte genau, daß eben noch Windischgrätz telegraphisch unter Hinweis darauf, wie günstig alles in Berlin stände, vor dem Friedensschluß gewarnt hatte. Er kann, wenn anders er ein denkender Mann war, das Märchen Napoleons nicht geglaubt haben, und in jeder Sekunde stand ihm der Telegraph zur Verfügung, um durch seine Vertrauten in Berlin erneut die Wahrheit zu hören. Er vor allem, er mehr noch als die Militärs, mußte wissen, daß man binnen kurzem nur die italienische Armee sich gegenüber haben werde, daß die französische abmarschieren müsse.

So bleibt denn als der wesentliche Grund für den österreichischen Friedensschluß der, den der Prinz-Regent sofort er-

kannte, und der hieß für Rechberg „lieber einen Krieg schlecht führen, als gut unter Preußens Führung“. Denn wenn Österreich zur Bundesarmee nicht sein Kontingent, ja überhaupt keine Truppen stellte, so mochte die Kriegsverfassung des Bundes über den Oberbefehl bestimmen was sie wollte, so mochten die deutschen Vasallen Österreichs in Frankfurt agitieren wie sie wollten, der Oberbefehl mußte frei und ungehindert an Preußen fallen. Welche Folgen das aber für die deutsche Sache, für die Stellung Österreichs im Bunde, nachdem es durch preußische Siege aus den Fangarmen Frankreichs gerettet war, wahrscheinlich haben werde, das war dem Grafen Rechberg gewiß unheimlich klar. Und daß „die eisernen Würfel“ für uns gefallen wären, das muß dem Grafen so klar gewesen sein wie dem Prinz-Regenten. Die 60 000 Mann unter Pelissier am Rhein kamen ja den heranrückenden 3- bis 400 000 Deutschen gegenüber gar nicht in Betracht, und die von der italienischen Tiefebene, wenn auch im Geschwindschritt heranrückenden Regimenter Frankreichs kamen, zumal sie ja schon am Po nur halbfertig angelangt und durch die Kämpfe nach Napoleons eigenen Worten unter unfähigen Generalen in den schlechtesten Zustand geraten waren, vom Po zurück gewiß nicht im besten, gewiß nicht im kriegstüchtigsten Zustande.

Für Napoleon dagegen ergab sich, wie aus dem eben Gesagten erhellt, unbedingt die Notwendigkeit, Frieden zu schließen. Er konnte nicht gleichzeitig am Po und am Rhein Krieg führen, er konnte nicht zulassen, daß, während der weitaus größte Teil seiner Armee in Italien weilte, Preußen den Westen Frankreichs überflutete. So scheute er selbst das Märchen nicht und, klug wie er war, sonnte er sich selber in dem Glanze des neuen Kriegsruhmes und sorgte vor allem dafür, daß seine Franzosen sich dieses Glanzes voll bewußt würden. Er hat es auch, während Österreich alle Welt mit Klagen über Preußen, das es im Stich gelassen, erfüllte, offen eingestanden, daß es die Furcht vor Preußen, daß es der bevorstehende Krieg mit Preußen und Deutschland war, der ihn

zur Nachgiebigkeit gegen Österreich auf Kosten seines italienischen Bundesgenossen und auf Kosten seiner, diesem gegebenen Zusagen zwang.

Schon dies Eingeständnis Napoleons macht die Zornes- und Scheltworte voll und ganz hinfällig, die Österreich und mit ihm so mancher „Würzburger", wie Bismarck sagte, so mancher „Piepmeier", wie Usedom sich auszudrücken liebte, gegen Preußen in die Welt schleuderte, und es ist deshalb nicht erforderlich, auf sie einzugehen. Preußens Rüstungen hatten Österreich gerettet. Der Regent daher trug alle diese Schmähungen, wie er dem immer tadelnden Herzog Ernst schrieb, sehr ruhig, weil ihn sein Gewissen völlig freisprach von allen Vorwürfen, die man ihm machte.

Und er durfte es. Oder hatte er wirklich, wie heute behauptet wird, für seinen Staat schlechterdings keinen Nutzen gezogen, hatte er wirklich, wie behauptet wird, für Deutschland und Preußen gar nichts erreicht? Und sollte er, der noch im September erklärte, er würde die Vergangenheit, sollte er sie noch einmal durchleben, ganz genau, wie geschehen, durchleben und durchhandeln, sollte er wirklich, wie man behauptet, diese Vorwürfe nicht auch als Thatsachen bestritten haben? Wir hegen im Andenken an seine Worte keinen Zweifel, er hätte es mit Lebhaftigkeit bestritten, und glauben, daß Gerlachs Beobachtung weit zutreffender ist, der schon vor dem Friedensschluß annimmt, nicht nur die Minister, sondern auch der Prinz werde stolz darauf sein, durch seine Politik und sein festes Auftreten den Frieden hergestellt zu haben. Die Erfolglosigkeit dieser Politik behaupten, heißt unseres Erachtens aber nicht nur sie unterschätzen, sondern ebenso den trostlosen Zustand der politischen Erbschaft König Friedrich Wilhelms IV. erheblich zu günstig einschätzen. Anders war es doch nicht: Wir waren, als der Regent die Zügel ergriff, zum Vasallen des allmächtigen Zaren geworden, zum Schleppenträger des mit mystischer Hoheit von uns selbst umgebenen Kaisers aus Habsburgs Stamm, es wurmte uns, daß wir nicht die Freundschaft

der Königin von England und noch weit weniger ihres Parlaments gewinnen konnten, und nur mit Ingrimm erfüllte es uns, daß wir die Güte des Parvenus auf Frankreichs Thron nicht zurückweisen durften. Die Selbständigkeit war verloren, die Achtung des Auslandes verscherzt, und ein Glück noch, daß Napoleon uns gestattet hatte, als Großmacht dem Namen nach gelten zu dürfen.

Wie anders jetzt! Wohl stand Preußen scheinbar auch jetzt noch isoliert da, und wirklich hatte es die österreichische Feindschaft in erhöhtem Maße geerntet. Es hatte aber zugleich die russische und die englische Achtung gewonnen, und mehr noch, wie sich zeigen sollte, die französische, obwohl der Regent selbst der Meinung war, daß er im nächsten Frühjahr sicher gegen Napoleon werde zu Felde ziehen müssen. Ganz unleugbar ist, daß der Regent binnen wenigen Wochen seinen Staat herausgezogen hatte aus der Nichtachtung, mit der man allerorten ihm bisher begegnet war. Bei vollster Bereitwilligkeit, dem österreichischen Bundesgenossen jede nötige Hilfe zu leisten, hatte er dem Wiener Kabinett gezeigt, daß er sich von ihm nicht ins Schlepptau nehmen und Preußen nicht zum Schemel österreichischer Füße machen lasse, sondern daß er selbständig seine eigene preußische Politik treibe, und wer von den deutschen Staaten nicht blindlings im österreichischen Fahrwasser segeln wollte, hatte sehen können, von wo dem deutschen Vaterlande Hilfe kommen werde. Er hatte aber bei aller Höflichkeit gegen die Kabinette von St. James und von der Newa bewiesen, daß Preußen auch gegen ihren Willen seinen eigenen Weg nach eigener Entscheidung und selbständig zu gehen wisse, und weder das eine noch das andere Kabinett hatten zuletzt gewagt, ihm hindernd in seinen Weg zu treten. Preußen war wieder gleichberechtigt eingetreten in den Areopag Europas, in den Kreis der fünf Großmächte. Welch ein anderes Bild auch ist es: der zaghaft und demütig an die Thür des Pariser Kongresses klopfende und von Napoleon gnädig durch die halb geöffnete Pforte eingelassene Manteuffel, und derselbe

Napoleon, dem die dröhnenden Fußtritte der marschierenden preußischen Regimenter bis an den Mincio hin so unheimlich in die Ohren tönen, daß er eilfertig den Degen in die Scheide steckt!

Das tobende Geschrei der Feinde Preußens selbst gab Zeugnis, wie tief es allseitig empfunden wurde, daß dieser Staat, dessen Existenz ja eigentlich noch immer nur eine Episode in der Weltgeschichte bilden sollte, wieder zum Leben erwacht war und seinen Willen bekundet hatte, sich selbst durchzusetzen. Napoleon, weit entfernt Preußens Verhalten mit Feindseligkeiten zu erwidern, suchte alsbald gerade sich ihm zu nähern und den Regenten persönlich zu gewinnen. Der Kaiser von Rußland betrachtete uns schon damals, wie Bismarck ein Jahr später schrieb, als seinen intimsten, wenn nicht alleinigen Freund. England endlich hatte aufs neue Respekt vor Preußen bekommen. Selbst die Times, denen man gewiß nicht Freundschaft für Preußen nachsagen konnte, deren Schmähartikel aus den Zeiten Königs Friedrich Wilhelms IV. über „die klägliche deutsche Dynastie“ und ihre russische Dienstbarkeit noch unvergessen waren, und die erst neuerdings einen Artikel der Allgemeinen Zeitung, weil er den Marsch der Deutschen nach Paris verlangt hatte, solange die Franzosen unvorbereitet seien, mit ihrem hochmütigen Tadel belegt hatten, schlugen jetzt einen ganz anderen Ton an und bequemten sich am 25. Juli zu folgendem Geständnis: „Wenn der Regent von Preußen und seine Minister es mit ihren Friedenswünschen aufrichtig gemeint haben, so dürfen sie mit dem Erfolge ihrer Politik wohl zufrieden sein. Der Kaiser Napoleon sagt seinen Soldaten, seinen großen Staatsbeamten und selbst dem diplomatischen Korps, daß die Gegner, die er gegen sich geschart sah, ihn auf seiner Bahn aufhielten. Unter der „Ausdehnung des Kriegsschauplatzes“ kann nichts anderes gemeint sein, als daß Preußen und die kleineren deutschen Staaten, welche drei Monate lang auf politischem Wege protestiert hatten, wahrscheinlich gehandelt haben würden, sobald Tirol bedroht gewesen wäre, und es ist merkwürdig, wie

beharrlich der Kaiser dies eine Lied singt, daß er angesichts der ringsum sich sammelnden Gefahren außer stande war, weiter vorzugehen. Wenn dies keine bloße Entschuldigung sein soll, so beweist es, daß der Kaiser den Krieg mit Preußen als eine Gewißheit voraussah, für den Fall, daß Frankreich seine ganze Militärmacht gegen Österreich aufbot. Anderseits wehklagt der österreichische Kaiser gar bitter über die Untreue seiner Bundesgenossen und erklärt der Welt, daß er die Gnade des Feindes der Dazwischenkunft seiner Freunde vorzog. Es ist klar, daß die Haltung Preußens, wie sie auch immer auf den Kaiser Napoleon wirken mochte, seinen Gegner nicht zur Fortführung des Krieges aufgemuntert hat. Preußen hat so einmal seine alte Politik zum Ziele führen sehen. Es hat gefunden, daß es, die Wage haltend und eine Zeitlang im Hintergrunde stehen bleibend, zwei mächtige Herrscher durch die Furcht, es sich zu entfremden, zur Unthätigkeit zwingen kann, daß es nicht nur eine hohe Stellung in Europa, als zeitweiliger Herr seiner Geschicke einzunehmen, sondern daß es den Bund von seinem alten Nebenbuhler loszulösen und das überwiegende Mitglied darin zu werden vermag. Wohl mag daher die Preußische Zeitung zu Ehren von Preußens Voraussicht, Verstand und Glück ein Tedeum singen. Sie ruft ihren Lesern in das Gedächtnis zurück — was sie alle wissen — wie schwierig die Rolle war, die Preußen zu spielen hatte; wie die natürlichen Befürchtungen Deutschlands eine kriegerische Politik anrieten, wie die kleinern und katholischen Staaten, die unter Österreichs Einfluß stehen und jenen hitzigen Patriotismus vertreten, den keine Verantwortlichkeit beschwert, mehrmals das Berliner Kabinett von dem Wege, den es sich vorgezeichnet, beinahe schon weggedrängt hatten. Wenn der Krieg nicht die großen Verhältnisse annahm, wie Europa sie befürchtete, so hat man dies großenteils der Haltung zu danken, die Preußen in den letzten Monaten beobachtet hat."

Und noch eins: Wie verworren und durcheinander die Dinge in Italien sich nach dem Frieden anließen, es war zu

erwarten, daß sie sich konsolidierten. Wie wenig den Italienern Preußens Eintreten für den österreichischen Länderbesitz in Italien behagen mochte, so hatte es doch allezeit die Notwendigkeit zeitgemäßer Reformen in Mittel-Italien, die Verdrängung des österreichischen Einflusses, es hatte im Grunde die Sache der italienischen Freiheit behauptet. Nur allzu deutlich hatten dagegen die Italiener den Wert der Freundschaft Napoleons schätzen gelernt, nur zu tief war ihr heiligstes Empfinden durch den heillosen Frieden verwundet. Und dieser unzuverlässige Freund hatte vor Preußen die Waffen gestreckt, vor Preußen, dem Österreich seine Feindschaft jetzt, wenn möglich, in noch höherem Grade bezeugte als bisher, dasselbe Österreich, gegen dessen Feindseligkeit und Herrschsucht Italien seine Freiheit mit allen Mitteln erkämpfen mußte, dasselbe Österreich, das, wie in Italien so in Deutschland, die nationale Einheit hinderte gegen Preußen wie Sardinien. Der Same war mithin gelegt zu einem Zusammengehen und Bündnis zwischen zwei Mächten, denen die gleiche Aufgabe gestellt war gegen ein und dieselbe Großmacht. „Die Italiener sind nun", so prophezeit weitsichtig Bernhardi, „unsere natürlichsten Verbündeten in den Kämpfen, die bevorstehen".

Diese wieder eroberte hochangesehene Stellung Preußens in Europa war, das wird man eingestehen, ein sehr bedeutendes Resultat der Politik des Regenten, es war um so bedeutender, als es in kürzester Zeit erreicht war. Es war um so bedeutender vor allem deshalb, als die immer neuen, immer überraschenden Schwankungen der österreichischen Politik jeder vorausschauenden Berechnung gespottet hatten, und als der Regent bei völlig richtiger Anpassung an die jeweiligen Umstände im Grunde doch an seinem ursprünglichen Gedanken festgehalten und nach seinem gewissenhaft erwogenen Rechtsgefühl gehandelt hatte. Man wird aber auch nicht wegen der Klagen Bismarcks über die Kostspieligkeit der Mobilmachung sagen dürfen, ein so großes Resultat sei mit 40 Millionen Thalern, die man zwar aufgenommen, aber bei weitem nicht verbraucht hatte,

zu teuer bezahlt worden. Man wird endlich auch zugestehen, daß die Hoffnung des Regenten auf Sieg über Frankreich voll begründet, und daß er, wie bei anderen Kriegen, berechtigt war, abzuwarten, ob Rußland und ob gar England in einen Krieg eingreifen würden, den Preußen gegen Frankreich sei es nun glücklich, sei es selbst unglücklich führte. Er war auch damals befugt, im großen Ganzen der Zukunft die Sorge zu überlassen, wie dem Versuch einer solchen Einmischung zu begegnen wäre, wenn er nur die zur Zeit nötigen Vorbereitungen traf.

Das aber ist nun die große Frage, ob der Regent wirklich alles erreicht hat, was zu erreichen war, oder ob er vielmehr, wie ihm weiter vorgeworfen wird, eine große Gelegenheit versäumt hat, das höchste Ziel, die deutsche Einheit zu erreichen. Wir hörten, Bismarck wollte, daß Preußen, zum Kriege gerüstet, dem österreichischen Kabinett das Ultimatum stellen sollte, entweder unsere Bedingungen in der deutschen Frage anzunehmen oder unsern Angriff zu gewärtigen. Vermessen wäre es, zu bezweifeln, daß Bismarck auch in jenem Augenblick eine deutsche Politik durchgeführt hätte, ohne die nationale Ehre zu beflecken. Indessen ebenso unrichtig wäre es, sich der entgegengesetzten Erwägung verschließen zu wollen. Es ist doch wohl ein weises Wort, das der Verfasser der erwähnten Flugschrift „Gerade heraus“ gesprochen hat: „Es giebt Dinge, die selbst der weiseste und kühnste Ratgeber überhaupt nicht raten darf, sondern die aus dem Genie heraus gethan werden müssen, wenn sie zur Welt kommen sollen“. Nun dachte der Regent, wie wir gesehen haben, in seiner rechtlich-großmütigen Auffassung der Bundesverpflichtungen gewiß nicht daran, die Verlegenheit Österreichs zu eigenem Vorteil auszunutzen, und eben so wenig schien ihm — und man darf ihm die Berechtigung zu solcher Auffassung nicht bestreiten — der Moment, da alle Gedanken auf den Krieg gerichtet waren, geeignet, nationale Verfassungsfragen auszuarbeiten oder lösen zu wollen. Nur was der Moment an Einheit forderte, d. h. den freien preußischen Oberbefehl konnte er fordern. Das ergab sich ihm ebenso aus seinem Gewissen wie

aus seiner militärischen Erwägung. Damit aber stand er keineswegs allein. Wir haben oben, um zu zeigen, in welch Tohu-Wabohu von Ansichten der Prinz-Regent gestellt war, die Meinungen und Forderungen der verschiedenen Parteien zusammengestellt, und dabei ergab sich, daß, so sorgsam wir auch Stimmen sammelten, die ähnliche Gedanken aussprachen, wie sie Bismarck beseelten, ihrer nur ganz wenige waren, die vereinzelt, hier und da sich zu Gehör zu bringen suchten. Die weit überwiegende Mehrzahl aller politisch denkenden Köpfe, die Kammern wie die ganze Nation, soweit die Forderungen der einzelnen auseinander gingen, waren in der Überzeugung einig, daß man Österreich gegen einen Feind wie Frankreich helfen oder auch, daß man sich von jeder Beteiligung am Kriege fernhalten müsse. Einen Gewinn aber für die deutsche Einheit aus Österreichs Not ziehen zu wollen, war ein Gedanke, den im ganzen deutschen Vaterlande neben Bismarck noch kaum ein halbes Dutzend Köpfe fassen konnte. Denn immer setzte es ein Vorgehen gemeinsam mit Napoleon voraus, und das schien allerwärts absurd sowohl wie frivol. Ja, so stark, wir hörten es, war dies „edle Gefühl in Preußen", daß selbst „jedes diplomatische Kokettieren um Vorteile an der Seine wie an der Newa" auf Kosten des Bundesgenossen die eigene Ehre zu beflecken schien. Weithin erweckte gerade das Befriedigung, daß es dem Regenten nicht in den Sinn gekommen war, die Verwickelung auf Kosten Deutschlands wie Österreichs als Mittel dynastischer Pläne zu mißbrauchen. Mochte Napoleon immerhin für Preußens Hilfe dem Regenten freie Hand für die Ausgestaltung der deutschen Einheit in Aussicht gestellt haben, in seinem Interesse lag es sicher nicht, daß damit ein kraftvolles deutsches Reich entstände. Er hätte gesucht, es sowohl durch Lockerung des die einzelnen Staaten umschlingenden Bundes, wie durch Abtretung von Land zu schwächen. Und wenn es dem Genie Bismarcks geglückt wäre, ihn daran zu hindern, so wäre immer der Makel der auswärtigen, der französischen Mitwirkung haften geblieben. Und wir sahen,

wie schwer ein solcher empfunden worden wäre, wie selbst die Sympathien für die Italiener, wenn auch mit Unrecht, dahinschwanden, weil sie Einheit und Freiheit mit fremder Unterstützung erreichen wollten. Wie ein Brandmal auf dem Gewissen der Nation wäre es, so tönt es aus den Reihen aller Parteien immer wieder heraus, den treuesten Patrioten auf der rechten wie auf der linken Seite, im Norden wie im Süden erschienen, wenn sie beim Kaiser der Franzosen sich für die endliche Verwirklichung des so heiß ersehnten Ideals auch nur zu einem geringen Teil hätten bedanken sollen. Mit vollstem Recht, wir wiederholen es, weist Bismarck darauf hin, daß tout le monde allemal zu spät komme mit der richtigen Erkenntnis, aber ebenso gewiß war auch nach Bismarcks später oft geäußerten Ansicht ein Krieg ohne Zustimmung des Volkes, ohne allgemeine Begeisterung ein Unding. Und wenn der kluge Staatsmann erforderlichenfalls eine solche zu erwecken, ihr Ziel und Richtung anzuweisen wissen muß, so darf bezweifelt werden, daß es damals auch nur entfernt gelungen wäre, sie zum Kampf gegen Österreich an der Seite Frankreichs zu entflammen. Nach der Meinung der Zeitgenossen war die Gelegenheit, die deutsche Einheit auf diese Weise zu erringen, nicht gegeben, und das dürfen wir, wenn wir heute über die ersten Schritte des Regenten in der großen Politik urteilen, nicht vergessen, auch wenn wir wissen, daß Bismarck die Lage zu einer solchen Gelegenheit gestempelt hätte. Ganz unberechenbar mußte dagegen die moralische Eroberung, mußte der nationale Gewinn des Rechts- und Nationalgefühls des Regenten sein, wie es sich beispielsweise in den schönen Worten bekundet, die, woran Marcks erinnert, der Regent, empört über die Verdächtigung undeutscher Selbstsucht, den deutschen Militär-Kommissaren zurief: „Meine Herren, gehen Sie nach Hause und schlagen Sie dem, der Ihnen dies sagt, ins Gesicht in meinem Namen".

Denn diese ehrliche Übereinstimmung der Grundanschauung des Regenten und seiner preußischen Politik mit, wir

dürfen es sagen, dem gesamten Volkswillen erzeugte, wie sehr man auf das Berliner Kabinett schelten mochte, daß es zu spät gerüstet, zu spät seine Hilfe ins Werk gesetzt, gerade jene moralische Eroberungen in Deutschland, auf die es dem Regenten ankam. Preußen hatte, wie wenig man es anerkennen mochte, einen Anspruch auf Österreichs Dankbarkeit, eine Dankbarkeit, die Bismarck in der späteren russischen Politik uns gegenüber so deutlich bekundet findet. Preußen hatte, indem es für Reformen in Italien eintrat, indem es nicht für das Unrecht Österreichs, sondern nur zur Verteidigung des hart bedrängten Bundesgenossen das Schwert zog, durch die That bewiesen, daß es der Hüter des Rechts sei, und daß die Bestrebungen der Völker nach Achtung vor ihrer Nationalität und Freiheit nicht ungeschützt von seinem Throne gehen würden. Die Reaktion, für die Österreich in den Streit gezogen, mit ihren halb wahren, halb eingebildeten Schreckniſſen fand, das sah man wohl, in dem unscheinbaren Palais am Standbild Friedrichs des Großen zu Berlin keine Stätte.

Es war daher keineswegs grundlos, wenn Bernhardi sich der durch den Frieden eingetretenen Wendung freute, so gefährdet Preußens Stellung anscheinend auch sei. „Preußen steht," so sagt er, „nun dem Bunde Österreichs und Frankreichs, des Absolutismus und des Pfaffentums rein gesondert gegenüber; es kann nicht mehr in den Fall kommen, für Österreichs Hausinteressen, für dessen Unrecht in Italien, für die lichtscheuen Interessen des Jesuitentums zu kämpfen. Es braucht sein Schwert nicht zu ziehen für Dinge, die ihm fremd und feind sind. — Es steht dem schnöden Bunde gegenüber als der Schützer Deutschlands, des Lichtes und der Freiheit".

Das war wieder eine jener moralischen Eroberungen, die der Regent machen wollte, und wenn man sich vergegenwärtigt, wie die persönliche Zuverlässigkeit und Treue, die die deutschen Fürsten allezeit bei Kaiser Wilhelm nach der Gründung des Reichs fanden, zur Sicherung seiner Fundamente beigetragen hat, so wird man die Bedeutung dieser moralischen Er-

oberungen für die politischen und nationalen Verhältnisse nicht unterschätzen. Es wollte doch etwas besagen, wenn ein Sendschreiben aus Braunschweig an die Allgemeine Zeitung die Einmütigkeit und den hohen Aufschwung pries, mit der sich alle Stimmen der Presse und Tribüne gegen die sardinisch-französischen Übergriffe, gegen Beleidigungen erhoben hätten, die nicht sowohl Österreich, sondern die „in der Person Österreichs" Deutschland angethan wären. Die politischen Erinnerungen und Fortklänge der Freiheitskriege seien aus der Bücher- und Gedankenwelt ins Leben gestürzt. Alles Beste und Edelste, was das deutsche Gemüt sein eigen nenne, unser tiefes frommes Gefühl für Wahrheit, Sittlichkeit und Gerechtigkeit, unser treues Gewissen und heilig-scheues Gottesbewußtsein hänge durch den Verlauf unserer Geschichte mit nichts unzertrennlicher zusammen, als mit der Abneigung gegen welsche Eitelkeit, Rücksichtslosigkeit und Lüge. Je voller im gegenwärtigen Falle diese Abneigung laut geworden, um so voller seien, hierdurch hervorgerufen, alle besten Seiten unserer Volkstümlichkeit ans Licht getreten und müßten desto entschlossener bestrebt sein, sich im Kampfe gegen die Widersacher zu bethätigen. Ja, am meisten sei aus der Bewegung des Jahres der Gedanke der souveränen Nationalität hervorgegangen, der nur darauf gewartet zu haben schien, gerade da ihn Frankreich zu seinen Gunsten ausbeuten wollte, gegen Frankreich sich geltend zu machen und gegenüber dem Vorwand einer von außen herzustellenden italienischen Volkstümlichkeit deutscherseits zu zeigen, daß unsere Volkstümlichkeit bereit sei, einer jeden Verletzung von außen siegreich Trotz zu bieten.

Diese Überzeugung war eine wesentliche Vorbedingung zur deutschen Einheit, und sie war es, die Preußen in jedem Fall erreicht hatte. Das Zutrauen zu Preußen, die Gewißheit, die nationale Ehre gegen jede Kränkung von außen her in des Regenten Hand fest gehütet und bewahrt zu wissen, war, wieviel auch ein Teil der süddeutschen Presse schelten und eifern mochte, bei ruhig denkenden Leuten gewachsen. Und das

war der Anfang eines politischen Kapitals, das bisher nicht vorhanden war, und das seinen Wert noch zeigen mochte. Hätte Schleinitz, und hier ist, wie bemerkt, nach unserer Anschauung der Vorwurf des Zauderns und der Fehler falscher Zurückhaltung und Zaghaftigkeit nicht abzuweisen, Anfang Juni nach Willisens Rückkehr im Moment, da der Regent den sofortigen Eintritt des Krieges erwartete, Österreich festgehalten und das österreichische Zugeständnis in bindende Form gebracht, anstatt nach vierzehntägiger Überlegung Rechberg mit formalen Bedenken abzuweisen, so wäre auch der preußische Oberbefehl gesichert gewesen, und aus diesem, den man Rechbergs Verhalten gegenüber einen bescheidenen Gewinn doch nicht nennen sollte, konnte sich — den nahen Friedensschluß ahnte ja niemand — bei geeigneter Ausnutzung der Umstände die deutsche Bewegung weiter entwickeln lassen. Voll und ganz stimmte ihr ja der Regent zu, und wenn er nach dem Kriege vor voreiliger Lösung warnte, so war das im Augenblick ganz zutreffend, der Krieg aber und der preußische Oberbefehl hätten nicht nur die energische Zusammenfassung der Kräfte, sondern wohl auch die Gelegenheit zu gänzlicher Umgestaltung des Bundes herbeiführen können. Die gewonnene Stellung dem Auslande gegenüber war auch für das Ansehen in Deutschland von wesentlicher Bedeutung, und die Times schlossen ganz richtig, daß Preußen als zeitweiliger Herr der Geschicke gezeigt hatte, daß es den Bund von seinem Nebenbuhler Österreich zu lösen vermöge. Das war völlig zutreffend, die gesamte Feindseligkeit der österreichischen Politik bis zum Jahre 1866 ist der beste Beweis dafür, wie weit verzweigte Wurzeln diese Überzeugung der Times auch in Wien geschlagen hatte. Eins schloß das andere ein, und je höher die Macht Preußens im Auslande geschätzt wurde, um so leichter mußte die Lösung der deutschen Frage sich in Zukunft gestalten.

Nach seiner ganzen vornehm-rechtlichen Natur, die gar nicht anders konnte, als jedem das Seine geben, hatte der Regent allemal nach dem Maß der ihm obliegenden Ver-

pflichtung gehandelt, aber wir sahen, wie sehr man irren würde, wenn man glauben wollte, er hätte das politische Interesse deshalb beiseite gesetzt. Er sah, und gewiß er nicht allein, in dem freien und unbeschränkten Oberbefehl ein sicheres Mittel zur Verbesserung unserer Beziehungen zum Bunde, und wenn ihm dieser genommen wäre, so hätte er, was man bei der Beurteilung seiner Politik, obwohl es sehr wesentlich ist, gewöhnlich vergißt, demobilisiert und hätte nicht für Österreich gekämpft. Ein gedemütigtes Österreich hätte — immer die Fortsetzung des Kampfes vorausgesetzt — in solchem Fall mit doppeltem Eifer die Hand Preußens suchen müssen, ein etwa doch noch siegreiches Österreich hätte durch erneuten Hochmut es sicherlich dahin gebracht, daß die Auseinandersetzung auf dem Schlachtfelde noch um einige Jahre früher stattgefunden hätte, und zwar mit allen Wünschen Napoleons für das Glück der preußischen Waffen. Mochte dem rechtlichen Empfinden des Regenten in diesen Monaten der Gedanke an eine solche Entscheidung zwischen beiden Staaten und über die deutsche Frage ganz fern gelegen haben, so hatte das österreichische Verhalten, hatte die „Perfidie", die es ihm geboten, seine Seele unzweifelhaft für die Möglichkeit, solche Gedanken zur That werden zu lassen, ebenso vorbereitet, wie er in der Wiedergewinnung des europäischen Ansehens die notwendige Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage erst geschaffen hatte.

Selbständig und das Ergebnis des eigenen Willens des Regenten war diese Politik, wenn wir über diesen kaum noch zweifelhaften Punkt zum Schluß ein Wort sagen dürfen, ohne Zweifel. Der Einfluß der Gemahlin, den Bismarck behauptet, ist gegenüber der ihren Wünschen voll widersprechenden Politik nicht maßgebend gewesen. Seinem auswärtigen Minister, Herrn von Schleinitz, hat der Regent, wie wir sahen, zwar einmal auf dem Gebiet einer rein diplomatischen Frage, bei der er sich nicht für voll sachkundig halten mochte, nachgegeben, im übrigen widersprach er dem Minister vollständig. Eine Politik,

deren Motto lautete: „Für Frankreich keine Neutralität, für Österreich kein Beistand“ war nicht die seine. Mit Mühe hat er den Minister, nicht der Minister ihn, von der Notwendigkeit der Mobilmachung überzeugt und hat an dem Willen, zum Kriege zu schreiten, festgehalten, auch als der Minister durch die Schlacht von Solferino kopflos gemacht, von nichts als Frieden redete. Der Fürst von Hohenzollern war, soweit wir sehen können, in den einzelnen Phasen dieser Politik mit dem Regenten voll einverstanden, aber der Einfluß, den er ebenfalls nach Bismarckscher Angabe damals geübt hat, ist als ein entscheidender nicht nachweisbar. Der Fürst stand prinzipiell vielmehr auf einem wesentlich anderen Standpunkt als der Regent, indem dieser allemal von rechtlichen Verpflichtungen ausging, jener aber den Krieg schlechthin für unsere inneren und auswärtigen Zustände notwendig hielt, zugleich aber, die Verschiedenheit der Grundansicht bezeugend, betonte, daß man ihn als ausschließlichen Zielpunkt einstweilen nur stillschweigend hoffen, aber nicht voranstellen dürfe.

Von irgend welchen Nebeneinflüssen, und nun gar von „okkulten“, von unberechtigten ist, wie sich ohnehin versteht, nicht die leiseste Spur zu entdecken, und die Gerlachschen Zweifel sind, wie er sich bei aller Klage über die Verzögerung des Angriffes auf Napoleon selbst überzeugt haben wird, durch die Thatsachen widerlegt worden. Niemals auch hätte der Regent, falls er unter fremdem Einfluß gehandelt, endlich die für ihn inhaltschweren Worte geschrieben, er würde die Vergangenheit, wenn er sie noch einmal zu durchleben hätte, ganz genau ebenso, wie geschehen, durchleben und durchhandeln.

Was man auch an dieser Politik aussetzen mag und damals aussetzte, der Ruhm, die verlorene Selbständigkeit der preußischen Politik und die Achtung im europäischen Staatenkonzert für Preußen wiedergewonnen zu haben, gebührt dem Prinz-Regenten und diesem Urteil entspricht es, wenn Bismarck, freilich sich selbst widerlegend, aber rühmend das Schwergewicht anerkennt, das nach dem Antritt der Regentschaft

der Wille und die Überzeugung des Prinzen von Preußen und späteren Kaisers auf dem außermilitärischen, dem politischen Gebiete darstellte, und die das eigenste Produkt der mächtigen und vornehmen Natur war, die diesem Fürsten, unabhängig von der ihm zu teil gewordenen Erziehung, angeboren war.[1])

[1]) Zum Schluß erwähnen wir hier noch, daß nach Roons Angaben die Prinzessin Augusta damals noch in einem dritten Fall auf die Politik des Gemahls mit Erfolg eingewirkt haben soll. Sie hat nach Roons Beobachtungen den Regenten zu bestimmen vermocht, von der Huldigung abzusehen und dafür die Krönung vorzunehmen. Allein zur Entscheidung dieser Frage fehlt uns jegliches Material. Wir können nur darauf hinweisen, daß nach Sybels jedenfalls aktenmäßiger Angabe die Entscheidung für die Krönung auf Grund eines Antrages des Staatsministeriums erfolgte, und daß Bismarck diesen Fall nicht anführt. Das ist aber um so bezeichnender, als man nicht etwa sagen darf, er erwähne ihn nicht, weil er zur Zeit, als diese Frage schwebte, nicht in Berlin anwesend war. Denn abwesend war er auch während des italienischen Krieges, und doch glaubt er den Einfluß der Prinzessin auf die preußische Politik während dieses Krieges behaupten zu können. Waren etwa auch ihm, so möchte man fragen, die Worte, die Roon ihm schrieb, von so heftiger Leidenschaft diktiert, daß er ihnen mißtraute? Widersprachen sie ihm zu sehr dem Schwergewicht, das der Regent, wie er sagt, damals in die politische Wagschale warf? Wir wissen es nicht. Auch auf die berühmte mise en scène vom Frühjahr 1860 gehen wir nicht ein, da Bismarck selbst nicht mit Sicherheit angiebt, ob sie den Sturz des Ministers Schleinitz bezweckt und als sie zuletzt weder den Rücktritt des „mignon“ noch die Berufung Bismarcks gehindert hat, ebensowenig wie etwa die Erinnerung an 1806 in den Tagen von Ems die Kriegserklärung.

Druck von Hugo Wilisch in Chemnitz.

Quellen und Untersuchungen

zur

Geschichte des Hauses Hohenzollern.

Herausgegeben

unter Mitwirkung namhafter Gelehrter

von

Ernst Berner.

Band IV.

Dritte Reihe: Einzelschriften. II.

Prinz Heinrich von Preußen als Politiker.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1902.

3

Prinz Heinrich von Preußen

als Politiker.

Von

Dr. R. Krauel

Kaiserlichem Gesandten z. D.

Berlin.
Verlag von Alexander Duncker.
1902.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von Hugo Willisch, Chemnitz.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung. S. 3—10

Die militärische und die politische Bedeutung des Prinzen Heinrich S. 3. — Denkschriften und politischer Briefwechsel S. 4. — Praktische Aufgaben unter Friedrich dem Großen S. 8. — Versuche einer Einwirkung auf die Politik Friedrich Wilhelms II. S. 9. — Das Verhältnis Heinrichs zu Friedrich Wilhelm III. S. 10. —

1. Die Lehrjahre unter Friedrich dem Großen. S. 11—38

Frühe Hinneigung zu Frankreich S. 11. — Urteil Heinrichs über den Ausbruch des Siebenjährigen Krieges S. 12. — Friedensratschläge S. 13. — Angebliche Kandidatur des Prinzen für den polnischen Thron S. 14. — Missionen nach Stockholm und Petersburg S. 17. — Verhandlungen über die erste Teilung Polens S. 20. — Zweite Mission nach Petersburg S. 23. — Meinungsverschiedenheiten mit Friedrich dem Großen über den Bayerischen Erbfolgekrieg S. 24. — Zusammenkunft mit Kaiser Josef in Spa S. 30. — Erster Aufenthalt Heinrichs in Paris S. 31. — Bemühungen für ein Bündnis mit Frankreich S. 33. — Beurteilung des Fürstenbundes S. 34. — Beziehungen zu dem Prinzen von Preußen und zu Hertzberg S. 35. —

2. Die Anfänge der Regierung Friedrich Wilhelms II. S. 39—70

Erste Unterredung mit dem Könige S. 39. — Ablehnung der Vorschläge des Prinzen. Rivalisierender Einfluß Hertzbergs S. 40. — Bruch mit Friedrich Wilhelm. Unzufriedenheit mit der preußischen Politik S. 42. — Zweiter Aufenthalt Heinrichs in Paris S. 45. — Aussöhnung mit dem Könige S. 46. — Briefwechsel über ein Gesuch des Grafen Artois S. 48. — Der Reichenbacher Vertrag und das Bündnis mit England S. 50. — Vermittlungsversuch des Prinzen in dem Konflikt mit Rußland S. 51. — Beurteilung der

preußisch-österreichischen Allianz. Vergebliche Bemühungen, den Frieden mit Frankreich zu erhalten S. 53. — Kriegslust des Königs S. 56. — Anklage wegen demokratischer Gesinnungen S. 57. — Feldzug der Koalitionsmächte von 1792 S. 59. — Anerbieten Heinrichs, zum Könige nach Frankfurt zu kommen S. 60. — Einmarsch preußischer Truppen in Polen S. 61. — Zweiter Feldzug gegen Frankreich. Subsidienvertrag mit England S. 62. — Abreise des Königs nach Polen S. 64. — Briefwechsel zwischen Heinrich und Hertzberg S. 66. — Mißerfolge der preußischen Waffen am Rhein und in Polen S. 67. — Beurteilung der französischen Verhältnisse im Jahre 1794 S. 68. — Anknüpfungen Heinrichs mit der Friedenspartei in Berlin S. 69. —

3. Prinz Heinrich und der Baseler Frieden. S. 71—114

Rückkehr des Königs nach Berlin S. 71. — Unterredung mit dem Prinzen Heinrich in Sanssouci S. 72. — Die erste Denkschrift vom 29. Oktober 1794 S. 74. — Vorschläge für Einleitung von Friedensverhandlungen S. 76. — Verbindung mit Struensee, Bischoffwerder und Haugwitz S. 78. — Denkschrift vom 21. November 1794 über die Bedingungen des Friedens S. 79. — Entsendung des Grafen Goltz nach Basel S. 82. — Briefwechsel mit Haugwitz S. 84. — Goltz in Rheinsberg S. 85. — Einfluß Heinrichs auf die Instruktionen für den Grafen Goltz S. 85. — Urteile fremder Diplomaten S. 87. — Anspruch Frankreichs auf die Rheingrenze S. 88. — Die preußische Vermittlung für den Reichsfrieden S. 89. — Unterredung mit dem Fürsten Reuß S. 90. — Verhandlungen über die dritte Teilung Polens S. 91. — Eroberung Hollands durch die Franzosen S. 92. — Die Aufgabe der preußischen Besitzungen am linken Rheinufer S. 93. — Denkschrift über Krieg und Frieden vom 1. Februar 1795 S. 96. — Heinrich und der Herzog von Braunschweig S. 98. — Äußerungen des Prinzen zu Lord Spencer und Massenbach S. 100. — Tod von Goltz und Ernennung von Hardenberg für die Verhandlungen in Basel S. 103. — Erkaltung der Beziehungen zu dem Könige S. 104. — Unterzeichnung des Friedens. Eindruck der Friedensnachricht in Preußen und im Auslande S. 107. — Glückwunschschreiben Heinrichs und Rechtfertigung der Friedensbedingungen S. 108. — Kritik des Friedens durch die Kaiserin Katharina S. 113. —

4. Das preußische Neutralitäts-System von 1795—1797. S. 115—146

Versuche Preußens zur Herbeiführung des Reichsfriedens S. 116. — Mißtrauen der Großmächte und ablehnende Haltung des Regens-

burger Reichstages S. 117. — Durchbrechung der Demarkationslinie S. 120. — Weigerung des Königs, den Prinzen zu empfangen S. 120. — Denkschrift über die Lage Preußens S. 121. — Unterredung Heinrichs mit Caillard S. 123. — Neue Verhandlungen mit Frankreich S. 124. — Warnungen des Prinzen vor dem Kordonsystem S. 125. — Briefwechsel mit Bischoffwerder und dem Herzoge von Braunschweig S. 126. — Annäherung an den Kronprinzen S. 132. — Zurückweisung der russisch-englischen Vorschläge S. 134. — Audienz Heinrichs beim Könige S. 136. — Die preußische Friedensvermittlung zwischen Frankreich und Österreich. Denkschrift über die russische und die französische Allianz S. 137. — Entscheidung des Königs für unbedingte Neutralität S. 138. — Versuche, den Kronprinzen für ein Bündnis mit Frankreich zu gewinnen S. 141. — Rechtfertigung des Neutralitäts-Systems durch Haugwitz S. 145. — Tod Friedrich Wilhelms II. S. 146. —

5. Die letzten Lebensjahre unter Friedrich Wilhelm III. S. 147—18

Das Verhältnis Heinrichs zu dem neuen Könige S. 147. — Vorschläge wegen Untersuchung der Mißbräuche unter der vorigen Regierung S. 149. — Denkschrift über eine veränderte Organisation der Staatsbehörden S. 151. — Errichtung eines Staatsrates S. 152. — Gedanken Friedrich Wilhelms III. über die Regierungskunst S. 155. — Denkschrift des Prinzen über eine Armeereform S. 156. — Befriedigung über die Anfänge der neuen Regierung S. 158. — Heinrich und der Gesandte Sieyès S. 161. — Briefwechsel mit dem Könige über das Neutralitäts-System S. 162. — Letzte politische Denkschrift S. 164. — Warnung vor einem Bruch mit Frankreich S. 167. — Zurückgezogenheit des Prinzen in Rheinsberg S. 168. — Friedensliebe des Königs S. 170. — Französische Sympathien des Prinzen S. 171. — Empfehlung einer preußischen Friedensvermittlung zwischen Österreich und Frankreich S. 173. — Beurteilung des Friedens von Luneville S. 175. — Verhandlungen in Paris S. 177. — Äußerungen Heinrichs über verschiedene preußische Staatsmänner S. 179. — Entschluß des Königs zu einem Bündnis mit Rußland S. 182. — Tod des Prinzen. S. 182. —

Urkunden.

Seite

1. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, 21. August 1786 185
2. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, 31. Dezember 1792 187

Seite

3. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, 21. Januar 1793 189
4. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, 6. Juni 1794 191
5. Prinz Heinrich an den Grafen Hertzberg, 13. Juni 1794 . . . 192
6. Réflexions sur l'état présent des affaires de l'Europe et en particulier des intérêts de Sa Majesté Prussienne vom Prinzen Heinrich von Preußen vom 29. Oktober 1794 194
7. Second mémoire des Prinzen Heinrich von Preußen vom 2. November 1794 198
8. Troisième mémoire des Prinzen Heinrich von Preußen vom 6. November 1794 201
9. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, 12. November 1794 203
10. Réflexions sur l'état présent des affaires des Prinzen Heinrich von Preußen vom 16. Januar 1793 205
11. Réflexions des Prinzen Heinrich von Preußen vom 23. Januar 1795 207
12. Déclaration à toutes les puissances coalisées pour être inserée dans les gazettes vom Prinzen Heinrich von Preußen vom 8. März 1795 209
13. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, 17. April 1795 212
14. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, 2. Mai 1795 212
15. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, 26. September 1795 213
16. Sur la situation de la Prusse dans l'état actuel des affaires de l'Europe vom Prinzen Heinrich von Preußen vom 27. November 1795 214
17. Prinz Heinrich von Preußen an Generalleutnant von Bischoffwerder, 14. April 1796 222
18. Prinz Heinrich von Preußen an den Herzog von Braunschweig, 18. April 1796 224
19. Prinz Heinrich von Preußen an den Generalleutnant von Bischoffwerder, 23. April 1796 227
20. Prinz Heinrich von Preußen an den Herzog von Braunschweig, 3. Juni 1796 229
21. Prinz Heinrich von Preußen an den Generalleutnant von Bischoffwerder, 20. Juni 1796 232
22. Prinz Heinrich von Preußen an den Generalleutnant von Bischoffwerder, 11. Juli 1796 233

Seite

23. Prinz Heinrich an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, 21. Juli 1796 234
24. Prinz Heinrich an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, 31. Juli 1796 235
25. Prinz Heinrich von Preußen an den Herzog von Braunschweig, 3. Auguft 1796 237
26. Réflexions sur la situation présente de l'Europe des Prinzen Heinrich von Preußen, 2. März 1797 239
27. Sur la France et la Russie vom Prinzen Heinrich von Preußen, 1. März 1797 243
28. Prinz Heinrich von Preußen an den Grafen von Haugwitz, 1. September 1797 245
29. Observation sur les relations extérieures de la monarchie prussienne vom Prinzen Heinrich von Preußen vom 17. Oktober 1797 247
30. Réflexions sur l'état de la Prusse vom Prinzen Heinrich von Preußen vom Dezember 1797 258
31. Vue générale au commencement d'un nouveau règne vom Prinzen Heinrich von Preußen, o. D. 262
32. Prinz Heinrich an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, 3. November 1797 273
33. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, 17. September 1798 275
34. Mémoire sur la crise présente, sur les dangers et les seules ressources qu'elle présente vom Prinzen Heinrich von Preußen, 12. September 1798 277
35. Prinz Heinrich von Preußen an den Grafen von Haugwitz, 20. September 1798 290
36. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, 26. Oktober 1798 291
37. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, 10. März 1799 . . . . . .
38. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, 30. Dezember 1799 294
39. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, 2. Juli 1800 295
40. Prinz Heinrich an König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, 7. Januar 1801 296
41. Prinz Heinrich an den Prinzen Louis Ferdinand von Preußen, 16. September 1801 297

Prinz Heinrich von Preußen

als Politiker.

Einleitung.

Die Bedeutung des Prinzen Heinrich von Preußen als Feldherrn und Strategen ist seit lange Gegenstand der geschichtlichen Forschung und fachmännischen Kritik. Alle Schriftsteller, die sich mit den Kriegen Friedrichs des Großen beschäftigt haben, mußten den Anteil hervorheben, den sein Bruder Heinrich an den Feldzügen des Siebenjährigen Krieges und des Bayerischen Erbfolgekrieges genommen hat, sie mußten dabei ein Bild von dem Charakter und der militärischen Persönlichkeit des Prinzen entwerfen und auch auf seine von der Kriegführung und Strategie des Königs vielfach abweichenden taktischen Grundsätze eingehen. Die für diese Fragen wichtige militärische Korrespondenz zwischen den beiden Brüdern ist schon vor bald 50 Jahren in vier Bänden von Schöning herausgegeben. Daneben fehlt es nicht an Werken, die ausschließlich der kriegerischen Thätigkeit Heinrichs gewidnet sind. Wir besitzen eine kritische Geschichte seiner Feldzüge von Bülow und eine Studie von Schmitt: „Prinz Heinrich von Preußen als Feldherr im Siebenjährigen Kriege.“ So verschieden die Urteile damals und jetzt im einzelnen lauten, herrscht doch darin Übereinstimmung, daß dem Prinzen, obwohl ihm das schöpferische Genie seines königlichen Bruders fehlte, ein Platz unter den großen Feldherrn des 18. Jahrhunderts gebührt, und daß das preußische Heer nur wenige Führer von gleicher Bedeutung besessen hat. Allein die Verdienste und die Begabung Heinrichs waren keineswegs auf

das militärische Gebiet beschränkt, sondern er genoß bei seinen Zeitgenossen auch den Ruhm, ein scharfsinniger Politiker und ein geschickter Diplomat zu sein. Was er in dieser Beziehung geleistet und gewollt hat, ist naturgemäß weniger in die Öffentlichkeit gedrungen und schneller vergessen als seine Thaten auf den Schlachtfeldern. In weiteren Kreisen bekannt sind eigentlich nur seine Mitwirkung an den Vorverhandlungen über die erste Teilung Polens und über den Baseler Frieden, sowie sein beständiges Eintreten für eine Allianz Preußens mit Frankreich. Von der umfangreichen politischen Korrespondenz, die Heinrich geführt, von den zahlreichen politischen Denkschriften, die er verfaßt hat, ist bisher nur ein kleiner Bruchteil an zerstreuten Orten veröffentlicht. Eine Auswahl seiner Berichte aus Petersburg und Paris findet sich beispielsweise in der Gesamt-Ausgabe der Werke Friedrichs des Großen (Band 26), wichtige Ergänzungen dazu bei Duncker in der Abhandlung über die Besitzergreifung von Westpreußen und bei Flammermont in den Korrespondenzen der fremden diplomatischen Agenten in Frankreich vor der Revolution. Ranke hat in den „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten v. Hardenberg" den Text zweier Denkschriften Heinrichs aus der Zeit vor dem Baseler Frieden und den Inhalt einer weiteren Denkschrift aus dem Jahre 1798 mitgeteilt. Eine ganze Reihe unveröffentlichter Denkschriften des Prinzen von nicht geringerem Interesse aus der Zeit Friedrich Wilhelms II. und Friedrich Wilhelms III. enthalten das Geheime Staats-Archiv in Berlin und das Königliche Haus-Archiv in Charlottenburg. Die in denselben Archiven vorhandenen Bruchstücke eines politischen Briefwechsels des Prinzen Heinrich mit Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. (vor und während ihrer Regierungen), ferner mit dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, mit Haugwitz, Bischoffwerder und Struensee aus den Jahren 1794—98 sind zum größten Teil ganz unbekannt und nur gelegentlich in kürzeren Notizen und Hinweisen von Bailleu verwertet.

Von den zahlreichen, auch das politische Gebiet berührenden Briefen Heinrichs an seine Schwester, die Königin Ulrike von Schweden, ist ein Teil aus den nachgelassenen Papieren der Königin und König Gustavs III. veröffentlicht. Fragmente der Briefe an den Litterarhistoriker Baron Grimm, welche sehr charakteristische Urteile des Prinzen über die preußische Politik von 1790 und 91 und später über die Anfänge der französischen Revolution und den Frieden von Basel enthalten, finden sich in der von Grot herausgegebenen Korrespondenz der Kaiserin Katharina mit Grimm. Dagegen sind die zwischen Heinrich und Katharina gewechselten Schreiben, die nach den darüber erhaltenen Notizen namentlich zur Zeit des Bayerischen Erbfolgekrieges von hoher politischer Bedeutung gewesen sein müssen, sowie diejenigen an den Großfürsten Paul, noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Eine Quelle ersten Ranges für das gesamte Leben Heinrichs besitzen wir in seinen, die Zeit von 1742—1801 umfassenden Briefen an seinen jüngsten Bruder, den Prinzen Ferdinand von Preußen, welche in dem Königlichen Haus-Archiv zu Charlottenburg aufbewahrt werden und erst in unsern Tagen der historischen Forschung zugänglich gemacht sind. Von der sonstigen Korrespondenz des Prinzen mit fürstlichen Persönlichkeiten, die ihm verwandt und befreundet waren, beispielsweise mit seiner Schwester Philippine Charlotte von Braunschweig, mit seiner Nichte, der Prinzessin Wilhelmine von Oranien und mit seinem Neffen, dem Prinzen Louis Ferdinand scheint nur weniges erhalten zu sein.

Der umfangreichste und vielleicht wertvollste Teil des auswärtigen politischen Briefwechsels, den Prinz Heinrich unterhalten hat, war an Freunde in Frankreich gerichtet. Schon im Jahre 1768 hatte er dort einen regelmäßigen politischen Korrespondenten in der Person eines gewissen Meny, der als kaufmännischer Agent von Friedrich dem Großen nach Paris geschickt war, um französisches Kapital für eine im Interesse der preußischen Rhederei neubegründete „Asiatische Gesellschaft“ aufzutreiben und den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen

Preußen und Frankreich vorzubereiten. Aus späterer Zeit hören wir von einem brieflichen Verkehr mit dem Herzog von Lauzun, dessen Bekanntschaft Heinrich Ende 1774 gemacht hatte, als jener sich auf einer Studienreise in Berlin befand und von dort Berichte über die politische Lage Preußens und über das preußische Heer an die französischen Minister sandte, wobei er die von seinem prinzlichen Gönner erhaltenen Informationen benutzte. Eine besondere Wichtigkeit gewinnt die französische Korrespondenz Heinrichs nach dessen zweimaligem Aufenthalt in Paris während der Jahre 1784 und 1788/89. In der vermutlich von Bouillé du Charol verfaßten „Vie privée, politique et militaire du Prince Henri de Prusse" wird behauptet, daß der Prinz nach seinem ersten Pariser Besuche in einem Briefwechsel mit Ludwig XVI. gestanden habe, wofür jedoch eine anderweitige Bestätigung bisher nicht vorliegt. Mit größerer Sicherheit ist anzunehmen, daß er mit den Ministern Vergennes und Calonne korrespondierte, um nach dem Tode Friedrichs des Großen für eine Annäherung zwischen Preußen und Frankreich die Wege zu ebnen. Den gleichen Zweck wird Heinrich auch bei seinem Briefwechsel mit dem Herzog von Nivernais nicht aus den Augen verloren haben, wenn auch gemeinsame künstlerische und litterarische Interessen zunächst im Vordergrunde standen. Aus den Memoiren des Barons und späteren Herzogs Des Cars (d'Escars) wissen wir, daß dieser während der Jahre 1784—91 eine regelmäßige Korrespondenz mit Heinrich unterhielt, die, wenigstens auf seiten des letzteren, vorwiegend politische Gegenstände betraf. Nach dem Ausbruch der französischen Revolution gewann der politische Briefwechsel des Prinzen noch an Ausdehnung, da sich einerseits viele Emigranten aus den aristokratischen Kreisen der Pariser Gesellschaft an ihn wandten, anderseits die neuen revolutionären Machthaber Verbindungen mit ihm anzuknüpfen suchten, um durch seine Vermittlung den Frieden mit Preußen zu erhalten oder, nachdem die Kriegserklärung erfolgt war, wieder herzustellen. Man bekommt einen Begriff von dem Interesse,

welches eine nähere Kenntnis dieses Briefwechsels bieten würde, wenn man die im Berliner Geheimen Staats-Archiv aufbewahrten und bisher nicht veröffentlichten Schreiben durchsieht, die Heinrich in den Jahren 1791—97 an den Chevalier Boufflers, die Marquise Sabran und deren Sohn, den Grafen Elzear Sabran richtete. Kleinere Bruchstücke einer politischen Korrespondenz des Prinzen mit einem ungenannten Adressaten in Frankeich aus den Jahren 1789—93 und der Auszug aus einem, den Krieg mit Frankreich und die preußische Kriegführung verurteilenden Schreiben vom 12. November 1792 an den französischen General Grafen Grimoard sind in der oben erwähnten „Vie privée, politique et militaire" des Prinzen abgedruckt. Aus der Zeit des Baseler Friedens sind einige Briefe an den französischen Legationssekretär und nachmaligen Gesandten Bacher erhalten. Fast die ganze übrige Korrespondenz nach Frankreich wird man leider als verloren betrachten müssen, es sei denn, daß aus französischen Archiven oder aus französischem Privatbesitz noch Briefe Heinrichs zum Vorschein kommen sollten. In vielen Fällen sind nicht einmal die Namen seiner Korrespondenten bekannt, da nach testamentarischer Bestimmung fast alle Briefe und sonstigen Papiere, die sich in seinem Nachlaß vorfanden, vernichtet worden sind.

Immerhin dürfte das gegenwärtig in Deutschland zugängliche handschriftliche und gedruckte Material genügen, um im Zusammenhange ein Bild von der politischen Persönlichkeit und Thätigkeit des Prinzen Heinrich zu entwerfen, die bedeutender waren, als man bisher angenommen hat. Eine fast leidenschaftlich zu nennende Neigung für die Politik begleitete ihn bis an sein Lebensende, während er für seinen militärischen Ehrgeiz volle Befriedigung im Siebenjährigen Kriege gefunden hatte und ein Armee-Kommando schon im Bayerischen Erbfolgekriege nur mit innerem Widerstreben und ohne jede kriegerische Begeisterung annahm. Nicht, daß er seine auf den Schlachtfeldern errungenen Lorbeeren und seine Erfolge als Stratege und Truppenführer gering eingeschätzt hätte. Wenn

er an die Dienste erinnerte, die er dem Vaterlande geleistet zu haben glaubte, unterließ er nicht, auf die elf Feldzüge hinzuweisen, an denen er teilgenommen hatte, und in einem Nachtrag zu seinem Testamente war bestimmt, daß sofort nach seinem Tode dem Könige Friedrich Wilhelm III. als letztes Erinnerungszeichen der Degen überbracht werden sollte, den der Prinz im Siebenjährigen Kriege getragen hatte. Aber in seinem ganzen späteren Leben überwog das Interesse an der Politik die Liebe zum Waffenhandwerk und zu den militärischen Wissenschaften.

Friedrich der Große selbst führte seinen Bruder durch regelmäßige Informationen in viele Geheimnisse der auswärtigen Beziehungen Preußens ein. Er ließ ihn im Jahre 1769 an der Zusammenkunft mit Kaiser Josef in Neisse teilnehmen und gab ihm durch diplomatische Missionen nach Stockholm und Petersburg Gelegenheit, seine Befähigung für Aufgaben der praktischen Politik zu zeigen. Der Prinz rechtfertigte durch sein taktvolles Auftreten an den nordischen Höfen und die geschickte Ausnutzung zufälliger politischer Konjunkturen das Vertrauen des Königs in glänzender Weise. Dieser ließ ihn daher auch gewähren, als Heinrich vor Ausbruch des Bayerischen Erbfolgekrieges auf eigene Hand Verhandlungen zur Erhaltung des Friedens mit österreichischen Staatsmännern anknüpfte und später in Paris, wohin er ohne diplomatische Aufträge gereist war, für das Zustandekommen engerer Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich zu wirken suchte.

Anders handelte Friedrich Wilhelm II., welcher die politischen Aspirationen des Prinzen mit Mißtrauen betrachtete, ihn nie zu Missionen im Auslande verwandte und dessen Ratschlägen nur vorübergehend während der Friedensverhandlungen mit Frankreich in den Jahren 1794 und 1795 Gehör schenkte. Heinrich, von jeder direkten Teilnahme an der Politik ausgeschlossen, griff unter diesen Umständen zu dem Mittel, Denkschriften zu verfassen, die er dem Könige und den Ministern übersandte, und suchte außerdem seinem Bedürfnis, sich über

politische Gegenstände auszusprechen und seinen Ansichten Geltung zu verschaffen, durch eine ausgedehnte Korrespondenz mit einflußreichen Persönlichkeiten des Inlandes und Auslandes Genüge zu leisten. Er wurde so, da er ein aktiver Politiker nicht mehr sein konnte, ein politischer Litterat, seine Denkschriften, so selten sie von Einfluß auf den Gang der preußischen Politik gewesen sind, enthalten nicht nur wichtige Beiträge zur Kenntnis der Persönlichkeit des Prinzen, sondern sind auch durch ihren Inhalt von historischem Interesse. In wenigen Schriften jener Zeit werden die Gefahren, denen Preußen durch eine Fortsetzung des Krieges gegen die französische Republik und durch einen zu engen Anschluß an die Koalitions-Mächte entgegenging, die möglichen Vorteile einer Allianz mit Frankreich, die Verderblichkeit des von Haugwitz befolgten Neutralitäts-Systems anschaulicher und treffender geschildert, wenn es auch bei den oft mangelhaften Informationen und den schroffen politischen Urteilen des Verfassers an Irrtümern, Einseitigkeiten und Übertreibungen natürlich nicht fehlt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Denkschriften Heinrichs nicht für die Öffentlichkeit und das große Publikum verfaßt, sondern nach Art diplomatischer Aktenstücke auf die Empfindung und das Urteil einzelner über die Ausführung politischer Maßregeln entscheidender Persönlichkeiten berechnet sind, deren Eigentümlichkeiten und vorgefaßte Meinungen geschont werden müssen. Der Prinz sagt daher nicht alles, was er denkt, geht über manche Punkte, in denen er nicht einverstanden ist, mit vorsichtigen Wendungen hinweg und enthüllt nicht immer das letzte Ziel der von ihm gemachten Vorschläge. Zur vollständigen Erklärung seiner wahren Gesinnungen und Absichten ist es daher nötig, die gleichzeitigen Äußerungen in seinen vertraulichen Briefen, namentlich in denen an den Prinzen Ferdinand von Preußen, heranzuziehen.

Auch unter der Regierung Friedrich Wilhelms III., deren Anfänge Heinrich noch erlebte, gelangte er zu keinem Einfluß mehr auf die öffentlichen Angelegenheiten. Er fuhr fort mit

der Einreichung von Denkschriften, in denen er jetzt auch auf das Gebiet der inneren Politik einging und Reformen in der Verwaltung, in der Organisation der wichtigsten Staatsbehörden und in den Heereseinrichtungen verlangte. Man wird die dabei von dem Prinzen geübte Kritik, die im einzelnen viel Wahres enthält und unleugbare Schäden in den damaligen preußischen Zuständen aufdeckt, mit Interesse lesen; sie ist auch deshalb merkwürdig, weil sie sich fast immer gegen die Regierungsmaximen Friedrichs des Großen wendet. Nach dem Jahre 1798 hören die Denkschriften auf, auch der politische Briefwechsel scheint erheblich eingeschränkt zu sein. Mit dem zunehmenden Alter machte sich ein größeres Ruhebedürfnis geltend, der Prinz glaubte außerdem, seinen Pflichten gegen den Staat genügt zu haben, und hielt die politische Lage Preußens, wenn auch keineswegs für gesichert, so doch nicht mehr in gleicher Weise von unmittelbaren Gefahren bedroht, wie zu den Zeiten Friedrich Wilhelms II. So beschränkte er sich darauf, die militärischen und politischen Ereignisse, die sich um die Wende des Jahrhunderts in Europa zutrugen, mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und in den Briefen an seinen Bruder Ferdinand nach gewohnter Weise mit einem kritischen Kommentar zu begleiten. Sein politischer Schaffensdrang hatte einer beschaulichen Stimmung Platz gemacht, die sich nur gelegentlich noch in Warnungen und Wünschen dem Könige gegenüber äußerte. Proben derartiger Äußerungen sind am Ende des fünften Kapitels der vorliegenden Abhandlung mitgeteilt, während in den beigefügten Urkunden eine Auswahl aus den wichtigeren Denkschriften und Briefen politischen Inhalts enthalten ist.

1. Die Lehrzeit unter Friedrich dem Großen.

In der Zeit vor Ausbruch des Siebenjährigen Krieges kann von selbständigen Ansichten und Kundgebungen des jugendlichen Prinzen Heinrich über politische Angelegenheiten nicht die Rede sein. Seine Vorliebe für Frankreich war allerdings schon damals den französischen Gesandten in Berlin aufgefallen und findet sich in deren Berichterstattung mehrfach erwähnt. So urteilt Graf Tyrconnell in einer Schilderung des preußischen Hofes vom 27. Dezember 1751[1]), daß der Prinz allem Anschein nach aus Neigung (par goût) Frankreich ergeben sei, und daß es eines sehr starken Interesses bedürfen würde, um ihn, der sonst etwas Schwankendes in seinen Meinungen habe, hierin zu einer Sinnesänderung zu vermögen. Allein diese Hinneigung zu Frankreich entsprang doch zunächst weniger politischen Überzeugungen und Sympathien als der bei Heinrich besonders stark entwickelten Vorliebe für französische Sprache, Litteratur und Sitten, die er mit allen seinen Brüdern und den meisten deutschen Fürsten jener Zeit teilte. Über die Lage, in der sich Friedrich der Große unmittelbar vor Eröffnung der Feindseligkeiten im Jahre 1756 befand, konnte der Prinz ein politisches Urteil nicht haben, da ihm jede ausreichende Kenntnis der Beziehungen Preußens zu den beteiligten Mächten fehlte. Auch der mutmaßliche Thronfolger, Prinz August Wilhelm war in die damals schwebenden diplomatischen Verhandlungen nicht eingeweiht, wenn er auch, als die Kriegsgefahr immer ernster

[1]) Abgedruckt in den „Forschungen zur brandenburg. und preuß. Geschichte" Bd. VII. S. 90 und 91.

wurde, vom Könige einige Andeutungen über die drohende Krisis erhalten hatte. Beide Brüder tadelten aufs schärfste sowohl die Verbindung mit England als den durch das Einrücken der preußischen Truppen in Sachsen eröffneten Krieg, dessen Ausbruch sie dem unruhigen Ehrgeiz und den Eroberungsplänen des Königs zuschrieben. Heinrich hat auch in seinen späteren Aufzeichnungen über die Entstehungsgeschichte des Siebenjährigen Krieges immer an der Ansicht festgehalten, daß es nicht eine politische Zwangslage gewesen sei, durch die Friedrich der Große zum Angriff gedrängt wurde, sondern daß eine schrankenlose Ruhmbegierde ihn veranlaßt habe, den Frieden zu brechen und das Schicksal des preußischen Staates aufs Spiel zu setzen. Der Prinz klagte dabei besonders den von ihm als geschworenen Feind der Franzosen bezeichneten General Winterfeldt an, durch seine Intriguen zur Lösung des preußisch-französischen Bündnisses beigetragen und den König zu der verhängnisvollen Westminster-Konvention mit England überredet zu haben. Er wollte nie verstehen, daß Friedrich in dem Abschluß jener Konvention das beste Mittel erblickt hatte, den bedrohten Frieden zu sichern, insofern er hoffte, durch den englischen Einfluß in Petersburg Rußland von der Beteiligung an einem gegen Preußen gerichteten österreichisch-französischen Bündnis abzuhalten. Diese Hoffnung erwies sich als eine trügerische, auch das Verhalten der englischen Verbündeten während des Krieges und der schließliche Separatfriede Englands mit Frankreich mußten den König enttäuschen und erbittern, sodaß Heinrich wohl nicht Unrecht hat, wenn er noch vierzig Jahre später erklärte, sein Bruder habe es immer bereut, sich damals mit den Engländern eingelassen zu haben. Aber niemand wird deshalb behaupten wollen, daß der Prinz schon im Jahre 1756 den Mißerfolg der Westminster-Konvention vorausgesehen habe und daß sein Gedanke, sich Frankreich zu nähern und die Garantie dieser Macht für die Aufrechterhaltung des Friedens nachzusuchen, ein besseres Ergebnis gehabt haben würde. Bekanntlich riet er dem Könige

nach der Niederlage bei Kolin, sich blindlings in Frankreichs Arme zu werfen, und veranlaßte später die Entsendung eines bei Roßbach gefangenen französischen Offiziers, des Grafen Mailly nach Paris, um dort Friedensverhandlungen einzuleiten. Der englische Gesandte Mitchell, der damals gleichfalls glaubte, daß Preußen nur noch mit Hilfe Frankreichs gerettet werden könne, berichtete im Dezember 1757, daß Prinz Heinrich „durch und durch französisch gesinnt sei". Während Friedrich auch in diesen schweren Tagen immer nur auf der Grundlage einer Behauptung des gesamten preußischen Staatsgebietes unterhandeln wollte, glaubte Heinrich, daß man den Frieden auch durch territoriale Opfer nicht zu teuer erkaufen würde. Der König, meinte er, sei nicht der erste Fürst, der sich durch die Unglücksfälle eines Krieges gezwungen sähe, eine Provinz abzutreten. Der Prinz vermochte nicht einzusehen, daß es das wohlverstandene Staatsinteresse, die Sorge um Behauptung der in den beiden schlesischen Kriegen erkämpften europäischen Machtstellung Preußens war, die den König bewogen, lieber den Krieg fortzusetzen, als in eine Gebietsabtretung zu willigen. Er glaubte, daß jener den Namen des Staates nur vorschiebe, um dem Publikum gegenüber seine ungerechtfertigte Hartnäckigkeit und Kampfesluſt zu beschönigen.[1]) Auch in den späteren Stadien des Siebenjährigen Krieges hat der Prinz seine Friedensratschläge wiederholt, die allerdings weniger politischen Erwägungen als den Rücksichten auf die militärische Lage, die finanzielle Erschöpfung des Staates und die Leiden der Bevölkerung entsprangen.

Als Friedrich der Große den Hubertusburger Frieden schloß, ohne für die ungeheuren Opfer des Krieges eine Entschädigung durch Landerwerb zu verlangen, war der Prinz geneigt, hierin einen Beweis dafür zu erblicken, daß es verkehrt gewesen sei, den Krieg überhaupt anzufangen. Zwar

[1]) Quant à l'état, c'est un nom dont on se sert pour amuser le public. Brief Heinrichs an den Prinzen Ferdinand von Preußen vom 20. Dezember 1759. Haus-Archiv.

sprach er seinen Glückwunsch dazu aus, daß der König einen Frieden unterzeichnet habe, ohne etwas von seinen Staaten zu verlieren, was mehr sei, als man habe erwarten können, doch entging diesem die Kritik nicht, die hierin liegen sollte. Friedrich antwortete seinem Bruder: „Wenn der Staat einige Provinzen dazu hätte erwerben können, so würde dies ohne Zweifel ein Vorteil gewesen sein, aber da das nicht von mir, sondern vom Glück abgehangen hat, so stört ein solcher Gedanke meine Ruhe in keiner Weise.“ Der Zufall fügte es, daß Prinz Heinrich acht Jahre später dazu beitragen sollte, dem preußischen Staate mitten im Frieden einen wichtigen Gebietszuwachs zu verschaffen, nachdem dies in den Wechselfällen des Siebenjährigen Krieges nicht gelungen war.

Friedrich der Große hatte nach dem Hubertusburger Frieden, da weder mit Frankreich noch mit England ein politisches Einvernehmen möglich schien, eine Anlehnung bei Rußland gesucht und am 11. April 1764 zunächst für acht Jahre eine Allianz mit der Kaiserin Katharina abgeschlossen. Heinrich hat dieses Bündnis später wiederholt gebilligt, da er nicht umhin konnte, zuzugeben, daß es das einzige Mittel war, um den preußischen Landen nach den entsetzlichen Verwüstungen des Siebenjährigen Krieges die Wohlthaten einer gesicherten Friedensperiode zu verschaffen. Er selbst hat dieser Politik vielleicht ein persönliches Opfer bringen müssen. Nach einer Erzählung, die sich in allen älteren Nachrichten über das Leben des Prinzen findet, hatte nach dem Tode des Königs August III. von Polen ein Teil der dortigen antirussischen Partei beschlossen, Heinrich die polnische Königskrone anzutragen und zu diesem Zwecke den Palatin Mokranowski nach Berlin entsandt, dessen Anerbieten dann in sehr bestimmter Weise von Friedrich dem Großen zurückgewiesen sein soll. Der Prinz scheint es übelgenommen zu haben, daß die Ablehnung erfolgte, ohne ihn auch nur zu befragen. Er konnte nicht erwarten, daß in der Sache selbst eine andere Entscheidung erfolgen würde, da eine Annahme der polnischen Krone seitens eines preußischen Prinzen nicht

möglich war, ohne zum sofortigen Bruch mit Katharina zu führen, die ihrem Günstling, den Piasten Stanislaus Poniatowski für den erledigten Thron ausersehen hatte. Friedrich hatte schon vor dem Ableben Augusts III. sich mit der russischen Kaiserin dahin geeinigt, nur für die Wahl eines Piasten wirken zu wollen, und später in einer gleichzeitig mit dem Bündnisvertrag unterzeichneten geheimen Konvention die Verpflichtung übernommen, die Kandidatur Poniatowkis zu unterstützen. Der Prinz konnte daher, auch wenn er den Ehrgeiz gehabt hätte, den polnischen Königsthron zu besteigen, für die Verhinderung dieses Wunsches nicht seinen Bruder, sondern höchstens die Kaiserin Katharina verantwortlich machen.[1]) Er begann jetzt in dem mit litterarischen und wissenschaftlichen Studien ausgefüllten Leben, das er auf seinem Rheinsberger Landsitze führte, sich mit gereifterem Verständnis, als es vor und während des Siebenjährigen Krieges der Fall war, der Beschäftigung mit politischen Fragen zu widmen. Hierbei war ihm sein regelmäßiger Briefwechsel mit dem Könige förderlich, der nach dem Tode seines Bruders August Wilhelm es sich angelegen sein ließ, diesen nunmehr ältesten Prinzen des königlichen Hauses von wichtigeren Regierungsangelegenheiten in Kenntnis zu setzen. Es kann nicht geleugnet werden, daß Friedrich der Große wie in militärischen Dingen so auch auf dem Gebiete der Politik der Lehrmeister Heinrichs gewesen ist, obgleich dieser die Autorität und Überlegenheit seines Bruders nur mit Widerstreben anerkannte, vielfach seine eigenen Wege ging und den Ansichten und Handlungen des Königs als übelwollender Kritiker zeitlebens in fast grundsätzlich zu nennender Opposition gegenüberstand.

Der Eckstein der auswärtigen Politik Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Kriege lag, wie erwähnt, in dem Bündnis mit Rußland. Heinrich hätte daneben ein freundschaftlicheres Verhältnis mit der französischen Regierung gewünscht,

[1]) In dem Geheimen Staats-Archiv in Berlin hat sich über diese ganze Episode bisher nichts ermitteln lassen.

die ihrerseits bald das Bedürfnis fühlte, sich Preußen wieder zu nähern und Anfang 1769 den Grafen Guines nach Berlin entsandte, um zunächst die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen wieder anzuknüpfen. Der Graf wurde von dem Könige sehr kühl, von dem Prinzen sehr liebenswürdig empfangen. Letzterer drückte ihm sein Bedauern darüber aus, daß er ihn mit Rücksicht auf die vom Könige erlassenen Vorschriften über den Verkehr von Prinzen des königlichen Hauses mit fremden Diplomaten nicht häufiger sehen und sprechen könne. „Die Neigung des Prinzen Heinrich für die Franzosen", bemerkte der Gesandte in einem Bericht an den Minister Choiseul, „läßt mich glauben, daß er der einzige ist, von dem man sich Aufklärung verschaffen könnte, wenn es ihm gestattet wäre, sich mitzuteilen."[1]) Die Mission des Grafen Guines, deren geheimer Zweck darin bestand, das zwischen Preußen und Rußland bestehende Bündnis zu lockern, scheiterte, da Friedrich um diese Zeit größeres Vertrauen in eine Mitwirkung Österreichs setzte, um den Frieden in Deutschland zu erhalten und den ehrgeizigen Plänen Katharinas einen Damm entgegen zu setzen.

Auch Heinrich sah die Aussichten einer Verständigung mit Österreich damals als günstige an. Er begleitete den König bei dessen Zusammenkunft mit Kaiser Josef in Neisse und schrieb jenem im November 1769, daß ihm der Plan, ein besseres Verhältnis zwischen Preußen und Österreich herzustellen, groß und nützlich erscheine, da eine Einigung dieser beiden Mächte sowohl Rußland Achtung einflößen als auch gegen Frankreich, England und Spanien eine Schranke aufrichten werde. Doch werde diese Einigung nur dann eine wahrhaft sichere und dauernde sein, wenn es gelänge, das gegenseitige Vertrauen so weit zu befestigen, daß Friedrich und der Kaiser sich nach dem Beispiele des Oktavius und Antonius das Reich teilten. Friedrich faßte diese letzteren Bemerkungen

[1]) Bericht des Grafen Guines an Choiseul vom 11. März 1769, abgedruckt in der „Revue historique" Bd. 37 S. 331.

als ironisch gemeint auf und bezeichnete die vollständige Einigung zwischen Österreich und Preußen als eine Zukunftsaufgabe. Heinrich scheint jedoch den später von ihm wiederholt gemachten Vorschlag einer gleichmäßigen Verstärkung der beiden deutschen Großmächte auf Kosten der übrigen Reichsstände schon damals für ausführbar oder wenigstens eines Versuches für wert gehalten zu haben. Er antwortete dem Könige, daß es keine Mächte gäbe, die nicht Freundschaft schlössen, sobald es sich um Verträge handele, die ihre gegenseitige Vergrößerung bezweckten. Eine Einigung mit Österreich sei gerade jetzt am vorteilhaftesten, da Rußland sich in einem Krieg mit der Türkei befände, England und Frankreich durch die Rücksicht auf ihre Finanzen und durch häusliche Zwistigkeiten in Anspruch genommen wären. Allein der König ließ sich auf derartige Kombinationen nicht ein, er hatte aus den Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett die Überzeugung gewonnen, daß zunächst noch Rußland der zuverlässigere Bundesgenosse für Preußen sei, und daher schon am 23. Oktober 1769 den russischen Allianzvertrag bis zum Jahre 1780 erneuert.

Auf die Zusammenkunft in Neisse folgte für Heinrich die Zeit seiner diplomatischen Missionen an den nordischen Höfen. Unter dem ostensiblen Vorwande, seine Schwester, die Königin Ulrike von Schweden zu besuchen, begab er sich zunächst nach Stockholm und entledigte sich dort des von Friedrich erhaltenen Auftrages, die Königin vertraulich von den Verpflichtungen in Kenntnis zu setzen, welche Preußen in einem geheimen Artikel seines russischen Vertrages für die Aufrechterhaltung der schwedischen Verfassung von 1720 hatte übernehmen müssen. Diese Verfassung legte der monarchischen Gewalt in Schweden fast unerträgliche Fesseln auf und hatte durch die Begünstigung der Parteikämpfe zwischen den „Mützen“ und „Hüten“, die beide abwechselnd im russischen und im französischen Solde standen, zur Zerrüttung des Landes geführt. Ulrike hegte daher den erklärlichen Wunsch, die früheren Rechte der Krone zurückzugewinnen, auch wenn dies nur durch das Mittel eines

Staatsstreiches zu erreichen war, während Rußland, hier wie in Polen, in der Schwäche des einheimischen Königtums die beste Garantie für die Fortdauer des eigenen Einflusses erblickte. Heinrich schilderte diese Verhältnisse in seinen Berichten an den König mit richtigem Urteil, ohne sich durch verwandtschaftliche Gefühle für die peinliche Lage der Schwester zur Empfehlung übereilter Maßregeln, die zum Bruch mit Rußland führen mußten, hinreißen zu lassen. Er warnte Ulrike vielmehr, sich nicht zu sehr den russenfeindlichen Ratschlägen des französischen Hofes hinzugeben, der die verworrenen Zustände Schwedens in seinem Interesse auszubeuten suchte, und überzeugte sie von der Notwendigkeit, alles zu vermeiden, was Katharina reizen und ihr einen Vorwand zur Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes an die Hand geben könnte.

In diesen Bemühungen traf ihn, schwerlich ganz unvorbereitet, eine durch Friedrich übermittelte Einladung der Kaiserin Katharina zu einem Besuche in Petersburg. Der König ersuchte seinen Bruder, der Einladung Folge zu leisten, weil eine Ablehnung Katharina verstimmen würde, — „il faut ménager cette femme“ — und weil sich dabei zugleich eine Gelegenheit bieten könnte, sowohl den Versuch einer Aussöhnung zwischen Ulrike und der Kaiserin zu machen, als auch mit dieser eine Vereinbarung über die polnischen und türkischen Angelegenheiten zu treffen. Der Prinz ergriff die ihm gestellte Aufgabe mit großer Lebhaftigkeit. Er setzte dem Könige auseinander, daß die Russen bisher alle Vorteile der preußischen Allianz ohne Gegenleistungen genossen hätten, und daß man jetzt versuchen müsse, sich ihres Einflusses beim Könige Stanislaus zu bedienen, um die Abtretung einiger für Preußen wichtigen polnischen Gebietsteile durchzusetzen. „Ich will Sie“, schrieb er seinem Bruder, „als Herrn der Ufer des Baltischen Meeres und im Bunde mit der stärksten Macht Deutschlands an dem Einfluß teilnehmen sehen, den ihre vereinte Kraft in Europa ausüben kann.“ Der König faßte die Situation nüchterner auf, er meinte, weder Rußland noch Österreich würden ihm

einen Gebietszuwachs gönnen, und er verständigte sich daher mit Josef bei einer zweiten Zusammenkunft in Neustadt nur dahin, daß Preußen der Kaiserin Katharina seine Vermittlung zur Beilegung der Streitigkeiten in Polen und der Türkei anbieten solle. In diesem Sinne erhielt der Prinz seine letzten Instruktionen für Petersburg, die Friedrich mit den schmeichelhaften Worten begleitete: „Sie haben so viel Geist, daß Sie das, was ich in zwei Worten sage, nach Ihrem Ermessen zur Ausführung bringen werden. Ich bezweifle nicht, daß es Ihnen gelingen wird, diesen Ideen Eingang zu verschaffen und so in einem kritischen Augenblick das vornehmste Werkzeug für Erhaltung des europäischen Friedens zu werden." In der That zeigte sich die ungewöhnliche Begabung Heinrichs für diplomatische Verhandlungen auf dem schwierigen Terrain des Petersburger Hofes, wo er am 12. Oktober 1770 eintraf, im glänzendsten Lichte. Er erkannte, daß die Vorbedingung jedes Erfolges die persönliche Gunst der Kaiserin sei, und verstand es, diese durch seine geistreiche Unterhaltung und feine Schmeicheleien im hohen Grade für sich einzunehmen. Sie schenkte ihm bald größeres Vertrauen als dem Könige Friedrich, auf dessen Regentenruhm sie eifersüchtig war und bei dem sie nie ganz das Gefühl verließ, daß er unter Umständen ein ebenso gefährlicher Gegner Rußlands werden könnte, wie er jetzt ein nützlicher Bundesgenosse war. Auch zu dem Großfürsten Paul trat er in freundschaftliche Beziehungen, die später politisch wertvoll wurden. Unter den Ministern fand er bei dem stets preußenfreundlich gesinnten Grafen Panin bereitwillige Unterstützung, während der Günstling Graf Orlow, welchen der Prinz einen „brouillon dans les affaires" nannte, anfangs Schwierigkeiten machte und Katharina in der Absicht bestärkte, den Frieden mit der Türkei ohne fremde Intervention abzuschließen. Trotzdem gelang es den Überredungskünsten Heinrichs endlich, die Kaiserin zu bestimmen, daß sie in einem eigenhändigen Schreiben vom 20. Dezember dem Könige ihre Friedensbedingungen mitteilte, die dieser freilich, ebenso wie

der Wiener Hof, für unannehmbar erklärte. Den Plan der Kaiserin für die Pacifikation Polens konnte Heinrich schon am 4. November seinem Bruder einsenden, er erörterte dabei in vorsichtigen Wendungen die Möglichkeit eines Dreibundes zwischen Preußen, Österreich und Rußland mit gegenseitigen territorialen Vorteilen auf Kosten Polens. Als dann Österreich den Anfang mit einer Besetzung polnischer Gebietsteile gemacht hatte, berichtete Heinrich am 8. Januar 1771, daß die Kaiserin ihm gegenüber gesprächsweise in scherzhafter Form den Gedanken hingeworfen habe, Preußen möge nach dem Beispiele Österreichs auch einige Starosteien okkupieren, und daß Graf Czernitschew sich ähnlich geäußert habe unter Hinweis auf das Bistum Ermeland. Dieser Meldung ist immer besondere Wichtigkeit für die weiteren Verhandlungen über eine Teilung Polens beigelegt. Friedrich erblickte in den Worten der Kaiserin das erste sichere Anzeichen, daß diese darauf verzichtet habe, das gesamte Polen als zur russischen Machtsphäre gehörig für sich in Anspruch zu nehmen und mithin den Vergrößerungsplänen Preußens und Österreichs zu entziehen. Er schrieb seinem Bruder das Verdienst zu, diese Sinnesänderung mitherbeigeführt und Katharina zu einer deutlichen Erklärung über ihre Absichten veranlaßt zu haben. Freilich gingen die Meinungen über das Preußen zu überlassende Stück polnischen Gebietes zunächst noch weit auseinander. Friedrich erklärte dem Prinzen, daß er für Ermeland nicht sechs Pfennige geben würde, dagegen verlohne sich der Erwerb von Polnisch-Preußen schon eher der Mühe, selbst wenn Danzig nicht inbegriffen wäre.

Die Korrespondenz zwischen den beiden Brüdern über diese Angelegenheit dauerte auch nach der Mitte Februar 1771 erfolgten Rückkehr des Prinzen nach Berlin fort und liefert den Beweis, wie sehr sie damals in ihren Ansichten über die gegen Rußland zu beobachtende Haltung übereinstimmten, und wie die in Stockholm und Petersburg gemachten Erfahrungen den Gesichtskreis Heinrichs erweitert und sein politisches Urteil geschärft hatten. Er sagte dem Könige voraus, daß Rußland

sich zu weiteren Konzessionen in der polnischen Frage bereit finden lassen werde, um Preußens Unterstützung für die Verhandlungen mit Österreich über den türkischen Frieden nicht zu verlieren. Als es im August 1771 den Anschein hatte, als ob Preußen in einen russisch-österreichischen Krieg hineingezogen werden könnte, riet Heinrich, zunächst die Preußen zu gewährende Entschädigung genau mit dem Petersburger Hofe zu vereinbaren und im Weigerungsfalle mit Erklärung der Neutralität zu drohen. Zugleich drückte er jedoch seine Überzeugung aus, daß Österreich es nicht auf einen Krieg ankommen lassen werde, wenn es die Rüstungen des Königs gewahre — eine Voraussicht, die sich als zutreffend erwies.

Mit dem Schlußergebnis der langwierigen Verhandlungen über die erste Teilung Polens soll der Prinz nicht ganz einverstanden gewesen sein, sondern mündlich bemerkt haben, daß Friedrich der Große, wenn er größere Zähigkeit und Ausdauer gezeigt hätte, außer Polnisch-Preußen und dem Netzedistrikt auch noch das anfangs geforderte Danzig hätte erlangen können. Eine beglaubigte Äußerung des Prinzen hierüber liegt jedoch nicht vor, auch ist es nicht wahrscheinlich, daß diese Ansicht, die übrigens auch der Minister Hertzberg ausgesprochen hat, das Richtige traf, da Katharina sehr eifersüchtig auf die maritime Entwicklung Preußens in der Ostsee war, und außerdem sowohl Österreich als namentlich England das russische Verlangen der fortdauernden Unabhängigkeit Danzigs unterstützt hatten. Der König selbst zeigte sich hocherfreut über die ihm zugefallene neue Provinz, die, wenn auch weit kleiner als der Anteil Rußlands und Österreichs an den abgetretenen polnischen Gebieten, doch in kommerzieller Beziehung am vorteilhaftesten gelegen war und die Verbindung zwischen den bisher getrennten Teilen der Monarchie herstellte. Friedrich kargte daher nicht mit Lobsprüchen und Beweisen der Anerkennung für die erfolgreiche Mitwirkung seines Bruders, der, wie er sagte, den ersten Grundstein zu diesem wichtigen Werke gelegt habe. Auch die Kaiserin Katharina drückte dem Prinzen ihre

Zufriedenheit aus und blieb mit ihm in einem Briefwechsel, der bis zur Lockerung der russisch-preußischen Allianz nach dem Bayerischen Erbfolgekrieg ziemlich regelmäßig gewesen zu sein scheint, während später infolge der Meinungsverschiedenheiten über die französische Revolution eine völlige Entfremdung eintrat, die sich bei Katharina bis zum Gefühl des persönlichen Hasses steigerte. Einen wie großen Wert Heinrich damals auf eine ausdrückliche Anerkennung seines diplomatischen Erfolges in Petersburg seitens der Zarin legte, geht aus einem Schreiben hervor, das er im April 1772 an den preußischen Gesandten bei der russischen Regierung, den Grafen Solms richtete. Es heißt darin: „In Wahrheit kann ich mir sagen, daß mein Petersburger Aufenthalt bedeutungsvoll war durch den Beginn von Verhandlungen, die zu dem engsten Einvernehmen zwischen dem Könige und Rußland führten. Auch darf ich mir ohne vorgefaßte Meinung schmeicheln, — und ich besitze darüber das Eingeständnis des Königs in mehr als zwanzig Briefen von seiner Hand — die Angelegenheit, die ihre Regelung durch die Konvention erfahren hat, zuerst zur Sprache gebracht zu haben. Aber ich verlange dafür keine Belohnung, ich strebe nur nach dem Ruhm und ich gestehe, daß ich glücklich sein würde, diesen von der Hand Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland bestätigt zu erhalten. Dies würde geschehen, wenn sie geruhte, mich aus Anlaß der Besitzergreifung [der polnischen Gebiete] mit einem ostensiblen Brief zu beehren, um mir ihre Zufriedenheit auszudrücken, was mir zum Beweise dienen könnte, an diesem großen Werke mitgearbeitet zu haben. Ich wiederhole es mit aller Offenheit, daß ich einen solchen Brief als das größte Denkmal meines Ruhmes ansehen würde."[1]) Der Prinz hat stets mit großer Genugthuung auf diese Episode seiner diplomatischen Thätigkeit zurückgeblickt, er nahm für sich das Verdienst in Anspruch, sowohl seinen Bruder als die anfangs widerstrebende Kaiserin für den Plan einer Teilung Polens gewonnen zu haben,

[1]) Abgedruckt bei Martens: „Recueil des traités et conventions conclus par la Russie" etc. Bd. VI. S. 68.

und er verteidigte diese erste Teilung Polens nicht nur mit politischen Zweckmäßigkeitsgründen, sondern auch vom Standpunkte der Moral mit dem später so oft wiederholten Argumente, daß Preußen seinen neuen polnischen Unterthanen ein weit besseres und menschenwürdigeres Los bereite, als diese früher unter der einheimischen Adelsherrschaft gekannt hätten.

Schon im September 1774 erfolgte eine neue Einladung Katharinas an den Prinzen zu einem Besuch in Moskau, um dort an den Feierlichkeiten aus Anlaß des Friedens von Kütschük-Kainardscha teilzunehmen. Der König riet zur Annahme aus politischen Rücksichten, doch kam der Plan erst im Frühjahre 1776 zur Ausführung. Die Reisen des Prinzen ins Ausland galten damals in den diplomatischen Kreisen Berlins als Ereignisse von politischer Bedeutung. „Sie sind niemals nur der Neugierde wegen unternommen", hatte der englische Gesandte Harris schon nach dem ersten Aufenthalte Heinrichs in Petersburg und Stockholm seiner Regierung berichtet, und diesmal wußte er zu melden, daß Friedrich seinen Bruder zur Stärkung der Allianz mit Rußland an die Newa entsandt habe. Die Aufnahme Heinrichs am russischen Hofe war wiederum eine sehr schmeichelhafte und herzliche. Als bald nach seiner Ankunft die Gattin des Thronfolgers, die Großfürstin Natalie, eine geborene Prinzessin von Hessen-Darmstadt gestorben war, hatte er Gelegenheit, den Interessen seines Landes einen wichtigen Dienst zu leisten, indem er für die Wiedervermählung des Großfürsten Paul abermals eine mit dem preußischen Königshause nahe verwandte Prinzessin, Sophie Dorothee von Württemberg, in Vorschlag brachte und die Genehmigung der Kaiserin für diese Heirat erlangte. Auf der Rückkehr nach Berlin war er von dem Großfürsten begleitet, der dort die ihm zugedachte Braut kennen lernte. Heinrich wurde als der geschickte Vermittler dieser dynastischen Familienverbindung von allen Seiten beglückwünscht. Er selbst knüpfte daran die größten Erwartungen für die Zukunft der preußisch-russischen Beziehungen und bezeichnete den Tag, an welchem die Verlobungsfeierlichkeiten

für das Brautpaar stattfanden, als den schönsten seines Lebens.[1]) In der That ist die spätere Kaiserin Maria Feodorowna bis zu ihrem Tode eine treue und thatkräftige Freundin der preußischen Königsfamilie am Petersburger Hofe geblieben.

Die nächste Angelegenheit, bei der Prinz Heinrich politisch hervorgetreten ist, betraf die Frage der Erbfolge in Bayern nach dem Aussterben der Wilhelminischen Linie des Hauses Wittelsbach. Als auf Grund eines am 14. Januar 1778 unterzeichneten Vertrages mit dem nächstberechtigten Erben, dem Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz ganz Niederbayern an Österreich abgetreten und von österreichischen Truppen in Besitz genommen war, zeigte sich Friedrich der Große entschlossen, diesen in Widerspruch mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen erfolgten Versuch einer Machterweiterung des habsburgischen Hauses in Süddeutschland nicht zu dulden und es eventuell auf einen Krieg mit Österreich ankommen zu lassen. Prinz Heinrich dagegen riet zu einer friedlichen Verständigung mit dem Wiener Hofe in der Weise, daß auch Preußen eine entsprechende Vergrößerung erhielte, sei es durch den Austausch von Ansbach und Bayreuth gegen die sächsische Lausitz, sei es durch Säkularisationen oder sonstige territoriale Verschiebungen. Auch der Minister Hertzberg, welchen der Prinz sehr mit Unrecht im Verdacht hatte, den König zu einer kriegerischen Aktion fortreißen zu wollen, machte damals ähnliche Vorschläge. Für den Fall, daß Österreich es zum Kriege kommen lassen sollte, empfahl Heinrich ein Bündnis Preußens mit Frankreich und Sachsen. Er glaubte jedoch, den König vor einem leidenschaftlichen und übereilten Vorgehen warnen zu müssen. „Ein Fürst von Ihrem Rufe", schrieb er ihm am 29. Januar 1878, „kann keinen Krieg unternehmen, es sei denn zur Vergrößerung seines Staates . . . Ich beschwöre Sie im Namen des Vaterlandes, im Namen Ihres eigenen Ruhmes, diese Angelegenheit weiter so zu behandeln, wie Sie

[1]) Bericht des Gesandten James Harris aus Berlin vom 27. Juli 1776.

dieſelbe begonnen haben, ohne Überſtürzung und nach geſunden politiſchen Grundſätzen.“ Heinrich ſandte eine Abſchrift der Korreſpondenz mit dem Könige an ſeinen Neffen, den Prinzen von Preußen, der ihm vollſtändig beiſtimmte und den Wunſch ausſprach, daß Friedrich den Wert dieſer vom reinſten Patriotismus und wahrer Weisheit erfüllten Ratſchläge erkennen und ſeine zornigen Aufwallungen unterdrücken möge. Doch meinte auch der Thronfolger, daß die Verteidigung der Freiheiten der deutſchen Reichsſtände, als deren Vorkämpfer der König auftreten zu wollen erklärt hatte, einen der denkbar beſten Vorwände für einen Krieg abgeben würde, und daß die Lage Preußens nicht ſchlecht ſei, wenn er auch nicht einſehe, wie man große Vorteile aus dieſem Kriege ziehen könne.[1]) Friedrich konnte ſich von den Vorwürfen und Einwendungen ſeines Bruders wenig getroffen fühlen. Er war ſich bewußt, mit größter Ruhe und Umſicht die Mittel erwogen zu haben, wie er den Eroberungsplänen des von dem ungeſtümen und thatendurſtigen Kaiſer Joſef geleiteten öſterreichiſchen Kabinetts entgegentreten könne. Um den Prinzen über die wahre Sachlage aufzuklären, beauftragte er den Miniſter Grafen Finckenſtein, jenem die diplomatiſchen Aktenſtücke über die aus Paris eingegangenen Nachrichten und die Verhandlungen mit dem Wiener Hofe vorzulegen. Er machte ſeinen Bruder ferner darauf aufmerkſam, daß bei der ſchwächlichen und zaghaften Haltung der franzöſiſchen Regierung und bei dem Einfluſſe der Königin Marie Antoinette der Gedanke eines Bündniſſes mit Frankreich zur Bekämpfung der öſterreichiſchen Anſprüche eine Illuſion ſei; was man im günſtigſten Falle erreichen könne, werde ein Neutralitätsvertrag ſein. Aber der Prinz war weit entfernt, ſich durch dieſe Gründe überzeugen zu laſſen, er glaubte vor allem nicht an den Ernſt der kriegeriſchen Abſichten auf ſeiten Öſterreichs. In der Hoffnung, die Rolle eines Friedensvermittlers ſpielen zu können, knüpfte er mit dem Grafen Cobenzl

[1]) Brief des Prinzen von Preußen an Heinrich vom 2. Februar 1778. H.-A.

dem österreichischen Gesandten in Berlin, durch Vermittlung von dessen Schwager, dem Grafen Lamberg und später durch einen inaktiven preußischen Diplomaten, den Baron Knyphausen, geheime Verhandlungen an, welche den Zweck verfolgten, Preußen eine den österreichischen Erwerbungen in Bayern entsprechende Gebietsentschädigung zu verschaffen. Die Erörterungen über die in dieser Richtung gemachten Vorschläge und Gegenvorschläge dauerten neben den offiziellen Verhandlungen der beiden Kabinette vom Februar bis zum Juli 1778 fort. Gleichzeitig bemühte sich Heinrich in immer neuen Briefen, den König zum Aufschub kriegerischer Maßregeln zu bewegen, um sich den Weg für einen Ausgleich mit Österreich offen zu halten. Dieser hatte schon bei Beginn der eingetretenen Verwicklungen erklärt, sich an der „brigandage" von Kaunitz nicht beteiligen zu wollen. „Es handelt sich," schrieb er am 16. Februar, „bei dieser Angelegenheit nicht um Landerwerb und Vergrößerung, sondern darum, ein für allemal dem Ehrgeiz Österreichs Schranken zu ziehen, damit es nicht eine despotische Autorität im Reiche erlangt, was zu unserm größten Schaden ausschlagen würde."

Im März hielt der König es für nötig, dem Prinzen wegen einer diesem zugeschriebenen und in Berlin verbreiteten Äußerung, daß er an einen Krieg nicht glaube, eine ziemlich scharfe Verwarnung zukommen zu lassen. Je näher die Kriegsgefahr rückte, desto dringender und pathetischer wurde Heinrich in seinen Friedensmahnungen. Er erging sich in düsteren Betrachtungen über einen möglichen Untergang des preußischen Staates, ohne damit jedoch großen Eindruck auf den König zu machen. Dieser war Anfang April zur Armee in Schlesien abgereist, nachdem er sich für den Kriegsfall der Mitwirkung Sachsens versichert hatte und auch mit Rußland in Verhandlungen getreten war, um die Kaiserin Katharina zu einer Einsprache gegen das gewaltsame Vorgehen Österreichs in Bayern zu veranlassen. In diesen Verhandlungen fand er einen nützlichen Bundesgenossen an dem Prinzen Heinrich, der

verschiedene Briefe an die Kaiserin richtete und ihre guten Dienste für die Erhaltung des Friedens anrief. Der Briefwechsel mit Katharina dauerte auch fort, nachdem der Prinz den Oberbefehl über das in Sachsen zusammengezogene Heer übernommen hatte und am 3. Juli 1778 die Kriegserklärung erfolgt war. Einen wie großen Wert der König auf die in Rußland angeknüpften Beziehungen seines Bruders und auf dessen Kenntnis der dortigen Zustände und Persönlichkeiten legte, geht daraus hervor, daß er den zu einer Spezial-Mission nach Petersburg ausersehenen Grafen Podewils an Heinrich verwies, um sich von diesem für sein Verhalten am Hofe der Kaiserin instruieren zu lassen. Thatsächlich war die Einwirkung des Prinzen auf Katharina nicht ohne Erfolg geblieben. Der preußische Gesandte in Petersburg Graf Solms meldete in einem Berichte, der Anfang August 1778 in Berlin eintraf, daß die Kaiserin, beeinflußt durch ein Schreiben des Prinzen Heinrich, auf Preußens Seite treten wolle, worauf der König hocherfreut seinem Bruder mit den Worten dankte: „Ihr Brief an die Kaiserin von Rußland hat mehr genützt als eine Schlacht. Seien Sie gewiß, daß die Erinnerung daran nur mit meinem Tode in mir erlöschen wird."

Während des Krieges, der mit Rücksicht auf die fortdauernden diplomatischen Verhandlungen von beiden Seiten ohne kräftige Offensive geführt wurde und einen ziemlich unblutigen Verlauf nahm, kam es zwischen dem Könige und dem Prinzen zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten auch über die militärischen Operationen. Der Prinz wollte schon Anfang Oktober sein Kommando niederlegen und reichte dann unter dem 3. Dezember ein Abschiedsgesuch ein, das zwar zunächst nicht angenommen wurde, aber Friedrich doch veranlaßte, bei einer etwaigen Erneuerung des Feldzuges im Frühjahr 1779 den Erbprinzen von Braunschweig für den Oberbefehl über die zweite Armee in Aussicht zu nehmen. Indessen hatten noch im alten Jahre unter russisch-französischer Vermittlung die Friedensverhandlungen begonnen, bei denen eine Beteiligung

des Prinzen nicht stattfand. Über die von preußischer Seite gestellten Bedingungen scheint er nur kurze und allgemein gehaltene Informationen erhalten zu haben, er drückte dem Könige Anfang März sein Erstaunen aus, daß dieser beim Friedensschluß nicht einige Vorteile für Preußen verlangt habe. Die Antwort Friedrichs: „Wir gewinnen den großen Vorteil, daß man uns im Reich als nützliches Gegengewicht gegen den österreichischen Despotismus betrachten wird," dürfte den Prinzen, dessen politische Gedanken immer auf eine Vergrößerung Preußens zielten, schwerlich befriedigt haben. Nach seinem Urteil würde das Ergebnis des von Frankreich und Rußland garantierten Friedens von Teschen auch ohne Krieg durch eine direkte Verständigung mit Österreich zu erreichen gewesen sein.

Seine persönliche Verstimmung gegen den König war um diese Zeit eine fast krankhafte geworden. „Sicher werde ich weder im Frieden noch im Kriege wieder den Degen für ihn ziehen",[1]) schrieb er seinem Bruder Ferdinand und ebenso erklärte er dem Könige am 15. April: „Meine Laufbahn ist zu Ende und bald erreiche ich das Ziel, das uns von allem menschlichen Elend befreit." Bei der lebhaften Natur des Prinzen sind solche Ausbrüche einer melancholischen Stimmung allerdings nicht wörtlich zu nehmen. Er hatte keineswegs mit dem Leben abgeschlossen noch die Hoffnung aufgegeben, in Zukunft eine politische Rolle zu spielen. Nur unter der Regierung Friedrichs des Großen erwartete er dies nicht mehr und betrachtete sich als ein von der übrigen Welt getrenntes Wesen. In dem momentanen Ruhebedürfnis, das er nach den Strapazen und Aufregungen des Bayerischen Erbfolgekrieges empfand, lehnte er es im Herbst 1779 auch ab, einer Aufforderung zu einem abermaligen Besuche in Stockholm zu folgen, wo die verwitwete Königin Ulrike bei den Zerwürfnissen mit ihrem Sohne, dem Könige Gustav III., seine Vermittlung wünschte. Er habe, so schrieb er der Schwester,

[1]) Brief Heinrichs an den Prinzen Ferdinand vom 9. März 1779. H.-A.

wenig Luſt, ſich mit ſeinem Neffen tiefer einzulaſſen und dem am ſchwediſchen Hof eingeführten Ceremoniell zu unterwerfen.

Friedrich der Große ſelbſt unterließ es nach der Zeit, die auf den Frieden von Teſchen folgte, die Ruhe ſeines Bruders in Rheinsberg mit Angelegenheiten und Aufträgen politiſcher Natur zu ſtören. Wenn er noch drei Jahre vorher während einer ſchweren Erkrankung dem Prinzen Ausſicht gemacht hatte, ihn in alle Geheimniſſe der auswärtigen Beziehungen Preußens einzuweihen und für den Fall des eigenen Todes gleichſam zum Vormund des Staates zu beſtellen, da er die einzige Perſönlichkeit ſei, die dem Lande wirkliche Dienſte leiſten könne, ſo war jetzt von einer ſolchen Vertrauensſtellung nicht mehr die Rede. Seine wöchentlichen Briefe nach Rheinsberg handelten mehr von philoſophiſchen und religiöſen als von politiſchen Fragen. Als der König im Sommer 1780 die abermalige Entſendung eines preußiſchen Prinzen nach Petersburg für erforderlich erachtete, wurde nicht Heinrich, ſondern der Prinz von Preußen mit dieſer Miſſion betraut. Letzterer verfehlte nicht, ſich von Heinrich Briefe an die Kaiſerin und den Großfürſten Paul mitgeben zu laſſen, aber der perſönliche Eindruck, den er auf Katharina machte, war kein günſtiger[1]) und der politiſche Zweck der Reiſe wurde nicht erreicht, obwohl der König dem Prinzen nach der Rückkehr ſeine volle Zufriedenheit über deſſen Verhalten ausdrückte. Vielleicht wäre es unter den damaligen Umſtänden auch der diplomatiſchen Gewandtheit Heinrichs trotz aller Gunſt, deren er ſich bei der Kaiſerin erfreute, nicht gelungen, die Annäherung zwiſchen Rußland und Öſterreich, die ſich ſeit dem Frühjahr 1780 im Anſchluß an den Beſuch des Kaiſers Joſef in Mohilew vollzog, zu hintertreiben, aber es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die preußiſchen Intereſſen in Petersburg größere Beachtung

[1]) Die Kaiſerin ſprach ſich hierüber ſehr unumwunden in ihrer Korreſpondenz mit Grimm aus. In einem Briefe vom 2. Oktober 1780 nannte ſie den Prinzen „unverdaulich“ und „complètement pesant“, wobei ſie hinzufügte: „quelle différence avec ses oncles!“

gefunden haben würden, wenn statt des unerfahrenen und schwerfälligen Thronfolgers der in allen russischen Hofintriguen bewanderte Bruder des Königs die Verhandlungen geführt hätte.

Von der Bedeutung, welche man damals an den europäischen Höfen der Persönlichkeit des Prinzen Heinrich beimaß, legt der Besuch Zeugnis ab, den im Juli 1781 der Kaiser Josef bei Gelegenheit einer Reise in die Niederlande dem in Spa sich aufhaltenden Prinzen abstattete. Allgemein wurde angenommen, daß es sich nicht nur um die Erzeigung einer Höflichkeit handelte, sondern daß dort auch politische Fragen erörtert wurden. Nach einer darüber vorliegenden Mitteilung des Kaisers an den Fürsten Kaunitz machte der Prinz kein Geheimnis aus seinen Mißhelligkeiten mit dem Könige, ja er soll sogar die Hoffnung geäußert haben, daß dessen Regierung nicht mehr lange dauern, und daß dann unter seinem Nachfolger das Verhältnis zu Österreich sich besser gestalten werde. Er rühmte sich dabei, hinreichenden Einfluß auf den Prinzen von Preußen zu besitzen, um diesen zu einem solchen Wechsel des politischen Systems überreden zu können. Josef traute diesen Worten jedoch nicht. Er sprach Kaunitz gegenüber die Vermutung aus, daß die Zwistigkeiten zwischen den beiden Brüdern nur fingierte wären und befürchtete anscheinend, daß Heinrich mit seiner zur Schau getragenen Offenherzigkeit ihm eine Falle stellen und ähnliche Indiskretionen entlocken wollte. Obwohl er in diesem Punkte irrte, so täuschte er sich doch darin nicht, daß Heinrich den Plänen einer habsburgischen Eroberungspolitik, wie Josef sie vertrat, im Grunde ebenso feindlich gegenüberstand wie Friedrich der Große. Er hatte sogar von dem Charakter und den Fähigkeiten Josefs eine noch ungünstigere Meinung als der König, der mit wachsender Besorgnis die unleugbaren Erfolge der österreichischen Politik in Rußland und Deutschland beobachtete. Heinrich, ohne inneres Verständnis für die genialen Seiten in der Natur des Kaisers, fand immer nur, daß dessen Pläne schlecht vorbereitet, leichtsinnig entworfen und in ungünstigen Augenblicken aus-

geführt wären. Er wies darauf hin, daß der österreichische Herrscher den Ruf habe, bei inneren Reformen viele Dinge gleichzeitig zu beginnen und nichts ordentlich zu beendigen. Auf dem auswärtigen Gebiete suche er durch Verhandlungen dem Kaiserhause Gebietserwerbungen zu verschaffen, dabei aber die Gefahren eines Krieges zu vermeiden, er gebe seine Projekte auf, sobald er ernstlichen Widerstand finde.

Drei Jahre nach der Unterredung in Spa, im Sommer 1784, sollte der Kaiser einen thatsächlichen Beweis von der Gegnerschaft des Prinzen Heinrich erhalten. Letzterer befand sich damals in Paris, wohin er auf Einladung Ludwigs XVI., aber ohne politische Aufträge seitens Friedrichs des Großen gereist war. Dies hinderte den Prinzen jedoch nicht, auf eigene Hand eine rege diplomatische Thätigkeit zu entfalten, die den doppelten Zweck verfolgte, eine Annäherung zwischen Preußen und Frankreich zustande zu bringen und gleichzeitig der seit 1756 bestehenden österreichisch-französischen Allianz entgegenzuwirken. Die Umstände schienen für solche Bemühungen günstig zu liegen, da auf der einen Seite Preußen sich von seinem bisherigen russischen Bundesgenossen verlassen sah, auf der andern Seite in Frankreich der Fortbestand des dort ohnehin unpopulären Bündnisses mit dem Wiener Hofe durch die Gewaltmaßregeln Josefs gegen die Holländer und durch seine türkenfeindliche Politik ernstlich bedroht war. Die Minister Ludwigs XVI. gingen daher auf die Anregungen des als franzosenfreundlich bekannten Prinzen bereitwillig ein und benutzten dessen Anwesenheit in Paris, um den Kaiser Josef durch das Schreckbild eines intimen Anschlusses an Preußen zu einem gemäßigteren Verhalten und größerer Rücksichtnahme auf die französischen Interessen zu veranlassen. Es kam so weit, daß der Generalkontrolleur der Finanzen, Calonne, dem Prinzen im Auftrage Ludwigs XVI. die vertrauliche Mitteilung machte, daß die französische Regierung die ungerechte Unterdrückung der Holländer durch Josef nicht zugeben würde und zur Abwehr derselben eventuell gemeinschaftliche Maßregeln

mit dem Könige von Preußen zu vereinbaren wünsche. Der Prinz erblickte in dieser Eröffnung nicht nur ein Zeichen des persönlichen Vertrauens, das er sich bei dem französischen Könige und dessen Ministern erworben hatte, sondern auch den ersten Schritt zur Wiederherstellung engerer Verbindungen zwischen Frankreich und Preußen. Schon im Sommer 1783, als der Bestand der Türkei durch die kriegerischen Absichten der beiden Kaiserhöfe gefährdet erschien, hatten auf Anregung des Ministers Vergennes Verhandlungen in Berlin über ein gemeinsames Vorgehen Preußens und Frankreichs in der orientalischen Frage stattgefunden. Als jedoch die Kaiserin Katharina für die Beendigung ihres Türkenkrieges die französische Vermittlung angenommen hatte, ließ Frankreich die Verhandlungen mit Preußen wieder fallen und lehnte im Oktober 1783 das von Friedrich gemachte Anerbieten einer defensiven Allianz mit höflichen Worten ab. Nach diesen Erfahrungen faßte der König das jetzige, durch den holländischen Zwischenfall hervorgerufene Entgegenkommen der französischen Regierung skeptischer auf. In dem politischen Briefwechsel, den er mit seinem Bruder während dessen Aufenthalt in Paris unterhielt,[1]) warnte er ihn wiederholt, den Freundschaftsversicherungen der dortigen Minister für Preußen keinen zu großen Wert beizulegen; die französische Regierung werde, solange der Einfluß der Königin Marie Antoinette maßgebend sei, das bisherige Allianzsystem schwerlich aufgeben, auch im besten Fall würde das Frankreich Ludwigs XVI. nur ein schwacher und unzuverlässiger Bundesgenosse für den preußischen Staat sein. Friedrich wollte sich umsoweniger mit dem Abschluß einer französischen Allianz beeilen, als er noch an der Hoffnung festhielt, wieder in ein besseres Verhältnis zu Rußland zu kommen, wobei er namentlich mit der Möglichkeit eines Thronwechsels rechnete, der damals

[1]) Auszüge aus den damaligen Berichten Heinrichs finden sich bei Flammermont: „Les correspondances des agents diplomatiques étrangers en France avant la révolution," S. 110—116 und in meiner Schrift: „Prinz Heinrich von Preußen in Paris," S 22—36.

infolge einer ihm in übertriebenen Farben geschilderten Erkrankung Katharinas bevorzustehen schien. Heinrich vertrat dagegen die Ansicht, daß Preußen von Rußland nichts mehr zu erwarten habe, und daß die öffentliche Meinung in Frankreich, die sich immer entschiedener zu Gunsten eines preußischen Bündnisses ausspreche, über alle Hintergedanken der dortigen Minister und den Widerspruch der Königin den Sieg davontragen werde.

Diesem an sich richtigen Hinweis auf die Macht der öffentlichen Meinung, die für die Beurteilung der politischen Lage in Frankreich ein wichtiger Faktor war, stellte der König die Bemerkung entgegen, daß es von einer nationalen Vorliebe und dem guten Willen des Publikums noch ein weiter Schritt bis zur Übernahme bestimmter internationaler Verpflichtungen sei. Die Diskussion über diese Fragen wurde auch nach der im November 1784 erfolgten Rückkehr des Prinzen, dem der König einen sehr freundschaftlichen Empfang bereitete, zwischen den beiden Brüdern eifrig fortgesetzt. Nachdem die Gefahr eines Bruches zwischen Frankreich und Österreich aus Anlaß der holländischen Angelegenheiten durch ein rechtzeitiges Einlenken Josefs beseitigt war, wurde der europäische Friede durch das Projekt des Kaisers, Bayern gegen die österreichischen Niederlande auszutauschen, aufs neue bedroht. Friedrich, fest entschlossen, sich diesem von der Kaiserin Katharina unterstützten Plane mit allen Kräften zu widersetzen, beklagte sich in seinen Briefen an Heinrich, daß er auf seiten Frankreichs, dessen Garantie des westfälischen Friedens bei Territorialveränderungen innerhalb des Reichs in Frage kam, nur eine laue und zweideutige Unterstützung finde. Der Prinz meinte auch in diesem Falle, daß Josef wegen des Erwerbes von Bayern keinen Krieg anfangen, und daß Frankreich dem Tauschprojekte nicht zustimmen werde, ohne daß der Herzog von Zweibrücken eine befriedigende Entschädigung erhielte und Preußen sowie die übrigen Reichsfürsten gleichfalls ihre Einwilligung erklärten. Friedrich allein sei nicht stark genug, um

gegen das mit Rußland verbündete Österreich in die Schranken zu treten, es sei daher für ihn wichtiger als je zuvor, Frankreich auf seine Seite zu ziehen. Der Prinz gab zu, daß der Hof von Versailles mit größerer Energie hätte auftreten können, aber man dürfe dies nicht allein den Ministern zur Last legen, da sie sich den Umständen anpassen müßten. „Frankreich", bemerkte er, „muß man schonend behandeln, wie der Arzt einen Kranken, dessen zarte Nerven er schont bis zu dem Augenblick, wo er ihm durch geeignete Heilmittel seine Kraft und Stärke zurückgegeben hat." [1])

Allein Friedrich hatte schon seit geraumer Zeit andere Gegenmittel vorbereitet, um den bayerischen Ländertausch und die sonstigen Übergriffe Josefs im Reiche zu verhindern. Am 23. Juli 1785 wurde nach langen Verhandlungen in Berlin zwischen Preußen, Sachsen und Hannover der „Associationstraktat" unterzeichnet, der sich durch den späteren Beitritt der wichtigsten Reichsstände zum Deutschen Fürstenbund erweiterte. Heinrich war ohne nähere Kenntnis von diesen Verhandlungen geblieben, er hat den Fürstenbund damals und später für einen folgenschweren politischen Fehler gehalten, insofern er ihn als ein Hindernis sowohl für die Allianz mit Frankreich als für die Vergrößerung Preußens durch Erwerb weiterer deutscher Gebiete im Einvernehmen mit Österreich betrachtete. Er glaubte, daß dieser Bund, der nach der Absicht seiner Stifter keineswegs gegen Frankreich gerichtet war, dort Mißtrauen und Eifersucht auf die preußische Machtstellung im Reich erregen und zu einer dauernden Entfremdung zwischen Preußen und Frankreich führen werde. Selbst der Gedanke ist damals in den Kreisen des Prinzen Heinrich schon ausgesprochen, daß die Franzosen, wenn sie nach dem Verlust ihrer bisherigen Stellung im Reich keine Rücksicht mehr auf die deutschen Fürsten zu nehmen brauchten, versuchen würden, ihr eigenes

[1]) Briefe Heinrichs an Friedrich den Großen vom 20. Mai und 1. Juli 1785. G. St.-A.

Gebiet bis an die durch den Rhein gebildete „natürliche Grenze“ vorzuschieben. Thatsache ist ferner, daß auch Katharina die Gründung des Fürstenbundes als eine gegen den russischen Einfluß in Deutschland gerichtete Maßregel betrachtete und sich sogar in London über den Beitritt Hannovers zu demselben beschwerte, worauf die englischen Minister mit der Entschuldigung erwiderten, daß dieser Beitritt auf den persönlichen Wunsch Georgs III. erfolgt sei und keine Annäherung Englands an Preußen bedeute.

In der Schätzung des unmittelbaren Zuwachses an militärischer und politischer Kraft, die Preußen durch ein engeres Vertragsverhältnis mit den deutschen Fürsten gewinnen würde, gingen die Ansichten der beiden Brüder nicht weit auseinander. Friedrich hatte jene schon früher als „pauvres espèces“ bezeichnet, als deren Don Quixote er nicht auftreten wolle, und Heinrich fand, daß es verlorene Mühe sei, sich ihrer Interessen anzunehmen. Kein Fürst im Reich würde seine Truppen mobil machen, um Bayern den Händen Österreichs zu entreißen, es sei denn, daß auf französische Hilfe zu rechnen sei. Auch Friedrich hatte daran gedacht, den Bund durch Zuziehung einer europäischen Großmacht zu verstärken und darüber im Jahre 1779 mit Rußland verhandelt. Hertzberg und der Herzog von Braunschweig faßten später den Plan, das System des Fürstenbundes durch den Beitritt von England auszubauen. Mit dem Könige ist Heinrich in eine nähere Erörterung derartiger Fragen nicht mehr eingetreten. Er erwähnt gelegentlich, daß es als ein Zeichen für die gespannten Beziehungen zwischen Josef und dem Versailler Kabinett angesehen werden müsse, wenn letzteres keinen offenen Widerspruch gegen den Eintritt der Reichsfürsten in den unter der Ägide Preußens gebildeten Bund erhoben habe.

Dagegen that der Prinz, was in seinen Kräften stand, um den preußischen Thronfolger gegen diese letzte Schöpfung Friedrichs des Großen einzunehmen. Wir hören aus den Jahren 1785 und 1786 von der Übersendung militärischer und

politischer Denkschriften Heinrichs an den Prinzen von Preußen, worin der Fürstenbund als schädlich verurteilt, eine Allianz mit Frankreich und unter gewissen Bedingungen, die auf die Erhaltung des Gleichgewichts abzielten, eine Annäherung an Österreich empfohlen war. In diesen Denkschriften, deren Text sich nicht erhalten hat, wurde auch die Persönlichkeit des Ministers Hertzberg angegriffen, welchen der Prinz irrtümlich für den Haupturheber des Fürstenbundes hielt. Er scheint nicht gewußt zu haben, daß Hertzberg längst in einem vertrauten politischen Briefwechsel mit dem Thronfolger stand, daß dieser selbst einer der eifrigsten Förderer des Fürstenbundes war und von verschiedenen Seiten vor den Intriguen der „Rheinsberger Clique" gewarnt wurde. Heinrich benutzte seine zahlreichen Verbindungen in Frankreich, um die dortige Regierung zu veranlassen, sich rechtzeitig auf den bevorstehenden Thronwechsel in Preußen und die damit gegebene Möglichkeit engerer politischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern vorzubereiten. Er hatte schon während seines Pariser Aufenthalts in Gesprächen mit den dortigen leitenden Ministern seine Bereitwilligkeit betont, an der Herstellung eines preußisch-französischen Bündnisses mitzuwirken und für diesen Zweck seinen Einfluß bei dem Prinzen von Preußen zu verwerten. Ein Bevollmächtigter des französischen Kriegsministers Marschall Ségur, der Chevalier d'Oraison, war im Juli 1786 in Rheinsberg eingetroffen und rühmte sich, dort die „eingehendsten und lichtvollsten" Denkschriften über die preußischen Heereseinrichtungen erhalten zu haben. Auch die Entsendung eines besonderen politischen Agenten nach Berlin hatte Heinrich angeregt, um dem französischen Kabinett neben der offiziellen Berichterstattung des etwas zurückhaltenden und wenig rührigen Gesandten, Grafen d'Esterno, die Einziehung vertraulicher Informationen über die dortigen Zustände und die Aussichten eines Anschlusses an Frankreich unter der neuen Regierung zu erleichtern. Die Wahl des Marquis Mirabeau für diese Mission erwies sich als eine wenig glückliche, doch wurde er

anfangs mit großer Zuvorkommenheit von dem Prinzen Heinrich aufgenommen und erhielt von diesem wertvolle Nachrichten, als er kurze Zeit vor dem Ableben des Königs einige Tage in Rheinsberg war.

Heinrich stand am preußischen Hofe nicht allein mit seinen französischen Sympathien. Er glaubte insbesondere auf den Beistand des Grafen Finckenstein und des Generals v. Möllendorff rechnen zu können, dagegen hatte er es versäumt, mit dem Adjutanten des Prinzen Friedrich Wilhelm, dem Oberstleutnant v. Bischoffwerder, in nähere Verbindung zu treten, der damals schon, nachdem er während des Bayerischen Erbfolgekrieges den Prinzen in die Mysterien der Rosenkreuzer eingeführt hatte, dessen unumschränktes Vertrauen besaß und den politischen Verkehr mit Hertzberg vermittelte. Heinrich sah der Regierung seines Neffen mit nicht allzugroßen Erwartungen entgegen. Obgleich er für diesen Sohn seines früh verstorbenen Lieblingsbruders eine warme Zuneigung empfand und sich durch vielfache Freundschaftsbeweise Anspruch auf dessen Dankbarkeit erworben hatte, fürchtete er doch, daß derselbe in Folge seiner sinnlichen Neigungen und der Gewohnheit, in niederer Gesellschaft zu leben, sein Vertrauen unwürdigen Günstlingen schenken und der Aufgabe, den preußischen Staat zu leiten, sich nicht gewachsen zeigen würde. Er unterschätzte dabei die vielfachen Kenntnisse, das Selbstbewußtsein und den Herrscherehrgeiz dieses von der Natur reich ausgestatteten Prinzen[1]) und hielt sich für berufen, auf politischem und militärischem Gebiete dessen Führer und Lehrmeister zu werden. Das Gefühl seiner eigenen geistigen Überlegenheit verleitete Heinrich zu dem Glauben, daß der in den Geschäften unerfahrene Thronfolger bei ihm Hilfe und Unterstützung suchen und ohne Widerspruch seine Ratschläge befolgen würde,

[1]) Vgl. beispielsweise die günstigen Urteile von Stein (Perthes: „Das Leben des Ministers Frh. v. Stein", Bd. I, S. 73) und von Boyen („Erinnerungen aus dem Leben des General-Feldmarschalls v. Boyen", Bd. I, S. 106 und 107).

wenn man ihm nur auf gut deutsch — avec cette espèce de grossièreté allemande, wie Heinrich es nannte — die Wahrheit sagte und die richtigen Wege zeigte. Leute, die den Charakter und die geistige Entwicklung Friedrich Wilhelms besser studiert hatten, sagten schon damals voraus, daß dieser sich als König niemals seinem Oheim unterordnen oder nach dessen Grundsätzen regieren werde. So konnte Hertzberg, der mit wachsamem Auge die Vorbereitungen und Pläne seines Widersachers in Rheinsberg für den bevorstehenden Thronwechsel verfolgte, am 25. Juli 1786 beruhigt an den preußischen Gesandten in Paris schreiben: „Der Einfluß eines gewissen Prinzen wird in Zukunft ebenso nichtig sein wie gegenwärtig, trotz der gegenteiligen Ausstreuungen hier und in Frankreich.“

2. Die Anfänge der Regierung Friedrich Wilhelms II.

Heinrich erhielt die Nachricht von dem Tode Friedrichs des Großen am 17. Auguſt 1786 in ſpäter Stunde durch einen eigenhändigen Brief des neuen Königs und hatte mit dieſem am folgenden Tage eine längere Unterredung, die, wie aus einem Dankſchreiben des Prinzen vom 18. Auguſt hervorgeht, einen ſehr freundſchaftlichen Verlauf nahm. Die Angabe, daß ſchon bei dieſer erſten Gelegenheit Fragen der auswärtigen Politik zur Sprache gekommen ſeien, klingt nicht unwahrſcheinlich, da Heinrich hoffte, ſeinen Neffen ſofort bei Antritt der Regierung zu einer entſchiedenen Annäherung an Frankreich überreden zu können. In dieſer Abſicht richtete er am 21. Auguſt einen ausführlichen, den Charakter einer politiſchen Denkſchrift tragenden Brief an den König, worin er ihm empfahl, zur Herſtellung eines intimeren Verhältniſſes zwiſchen Preußen und Frankreich eigenhändig an Ludwig XVI. zu ſchreiben, wodurch ſich auch die beiden einflußreichſten Miniſter deſſelben, Vergennes und der General-Kontrolleur der Finanzen Calonne, ermutigt fühlen würden, offen die Partei Preußens zu ergreifen. Der Prinz legte den von ihm verfaßten Entwurf eines Handſchreibens an den franzöſiſchen König bei mit dem Bemerken, daß angeſichts der unabhängigen Lage, in der ſich Frankreich befinde, der erſte Schritt zu einem beſſeren Einvernehmen nicht von dort zu erwarten ſei, ſondern von Preußen ausgehen müſſe, welches ungedeckte

Grenzen gegen zwei mächtige Feinde, Österreich und Rußland, habe.[1])

Friedrich Wilhelm II. befolgte diesen Rat, eine politische Privatkorrespondenz mit Ludwig XVI. anzuknüpfen, nicht, sei es, weil er es für verfrüht hielt, die Initiative zu einem Bündnis mit Frankreich zu ergreifen, sei es, weil er jeden Anschein vermeiden wollte, nach den Direktiven seines Oheims zu handeln. Doch ging er auf dessen Anregung insoweit ein, als er durch Vermittlung seines Gesandten in Paris, des Baron Goltz, die französische Regierung wissen ließ, daß er für seine Person den Wunsch hege, die alten guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich fortzusetzen.[2]) Heinrich versäumte seinerseits nichts, um die von ihm während seines Pariser Aufenthaltes angeknüpften Beziehungen zu Vergennes und Calonne im Interesse einer preußisch-französischen Allianz nutzbar zu machen. Er suchte beide Minister zu veranlassen, ostensible Briefe mit freundschaftlichen Versicherungen nach Berlin zu richten, und empfahl ferner, daß der Graf d'Esterno angewiesen würde, im Verkehr mit der preußischen Regierung ein größeres Maß von Entgegenkommen und Vertrauen zu zeigen. Das Haupthindernis für eine engere Verbindung zwischen Preußen und Frankreich sah er mit Recht in seinem persönlichen Gegner, dem Minister Hertzberg, der jeden Versuch einer Verständigung mit Frankreich für aussichtslos hielt, solange dort der Einfluß von Marie Antoinette auf den König fortdauerte, und der, um den Übergriffen der französisch gesinnten Patriotenpartei in Holland entgegenzutreten, ein Zusammengehen mit England befürwortete. Auch der von Heinrich damals im Hinblick auf eine Neuordnung der deutschen Dinge gewünschten Besserung der Beziehungen zu Österreich stand die Persönlichkeit Hertzbergs im Wege, da er sowohl von Kaiser Josef als von Kaunitz als ein unversöhnlicher Gegner des

[1]) Brief Heinrichs an Friedrich Wilhelm II. vom 21. August 1786. H.-A. abgedruckt in Urkunde Nr. 1, S. 185—187.

[2]) Erlaß an Baron Goltz vom 22. August 1786. G. St.-A.

Hauses Habsburg betrachtet wurde. Die Angabe, daß der Prinz nach dem Tode Friedrichs des Großen eine Vergrößerung Preußens durch Gewaltthätigkeiten geplant, Hertzberg aber sich diesem Antrage, „um sich zu greifen" widersetzt habe,[1]) muß auf einem Irrtum beruhen, da des Prinzen Politik immer von dem Grundsatz ausging, durch eine friedliche Verständigung mit Österreich und Frankreich, ohne Anwendung kriegerischer Maßregeln, zu einer Verstärkung des preußischen Einflusses in Deutschland zu gelangen.

Dagegen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß er zu Anfang der Regierung Friedrich Wilhelms II. mit allen Kräften an dem Sturze Hertzbergs gearbeitet und sich zu diesem Zwecke besonders auch der Mitwirkung des Grafen Finckenstein bedient hat, der aus persönlichen und politischen Gründen ebenfalls eine Beseitigung seines Kollegen wünschte. Desgleichen suchte man mit Hilfe der Presse und durch weibliche Einflüsse den König gegen Hertzberg einzunehmen, der, obgleich mit dem Schwarzen Adlerorden ausgezeichnet und in den Grafenstand erhoben, sich keineswegs sicher in der Gunst des Monarchen fühlte und seine Hoffnung, den ausschließlichen Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Preußens zu gewinnen, bald aufgeben mußte. In den ersten Monaten der neuen Herrschaft konnte sich keine der beiden rivalisierenden Parteien am Berliner Hof eines entscheidenden Erfolges beim König rühmen. Dieser regierte selbständiger, als man erwartet hatte, und schien in den Fragen der äußeren Politik an dem von Friedrich dem Großen zuletzt befolgten System festhalten zu wollen. Prinz Heinrich, der entgegen seinen sonstigen Gewohnheiten einen großen Teil des Winters 1786/87 in Berlin verlebte, wurde dort vom Könige mit allen äußeren Zeichen der Achtung empfangen und behandelt, doch beschränkte sich der gegenseitige Verkehr auf gesellschaftliche Aufmerksamkeiten;

[1]) Diese Angabe findet sich bei dem anonymen Verfasser der „Bemerkungen über die Matériaux pour servir à l'histoire des années 1805—7" von Lombard.

zur Herstellung eines vertraulichen Verhältnisses kam es nicht. Friedrich Wilhelm vermied politische Gespräche mit seinem Oheim, so daß dieser keine Gelegenheit hatte, die im August versuchte Einwirkung zu Gunsten eines französischen Bündnisses zu erneuern. Der Prinz besaß nicht die nötige Selbstbeherrschung, um seine Enttäuschung und seinen Unmut über diese unerwartete Zurückhaltung des Königs zu verbergen, er erging sich vielmehr bald in den unvorsichtigsten Ausdrücken sowohl über die Person seines Neffen als über den Einfluß von unfähigen Ratgebern, die, auf die mystischen und sinnlichen Neigungen Friedrich Wilhelms II. spekulierend, den Staat ins Verderben stürzen würden.

Unter diesen Umständen bedurfte es nur eines geringen Anlasses, um einen vollständigen Bruch zwischen dem Prinzen und dem Könige herbeizuführen. Merkwürdigerweise waren es nicht die Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiete, sondern getäuschter militärischer Ehrgeiz, welcher den Prinzen bewog, seinem Neffen gleichsam die Freundschaft aufzukündigen und jeder weiteren Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten zu entsagen. Er hatte sich seit dem Bayerischen Erbfolgekrieg völlig von der Beschäftigung mit militärischen Dingen zurückgezogen, jetzt ließ er dem Könige durch Vermittlung von Bischoffwerder ein Gesuch unterbreiten, worin er um Übertragung eines aktiven Kommandos in Friedenszeiten bat, um sich eintretenden Falls im Kriege nützlich machen zu können, wenn es der Wille des Königs sei, ihm ein Heer anzuvertrauen. Friedrich Wilhelm lehnte nach längerem Schweigen diesen Antrag ab unter Berufung auf die Gesundheitsrücksichten, mit denen der Prinz im Jahre 1778 sein Abschiedsgesuch motiviert hatte. Heinrich mußte hierin mit Recht eine Kränkung erblicken, da niemand besser wußte als sein Neffe, daß der wahre Grund seines damaligen Rücktrittes persönliche Zerwürfnisse mit Friedrich dem Großen über die Führung des Feldzuges in Böhmen und über die politischen Verhandlungen mit Österreich gewesen waren. Es kam noch hinzu, daß

Friedrich Wilhelm am 1. Januar 1787 den regierenden Herzog von Braunschweig zum Feldmarschall ernannte, was Friedrich der Große aus Rücksicht auf Heinrich, dem dieser Grad nach einer für die Prinzen des königlichen Hauses geltenden Tradition nicht verliehen werden konnte, unterlassen hatte. Grollend schrieb der Prinz dem Könige jetzt aus Rheinsberg, daß der einzige Grund, der ihn bewogen habe, um seine Wiederanstellung in der Armee zu bitten, der Wunsch gewesen sei, seinem Vaterlande mit den Kenntnissen zu nützen, die er sich in einer langen und schwierigen militärischen Laufbahn erworben habe. Infolge der erhaltenen Antwort bleibe ihm nur übrig, sich zurückzuziehen und an seine eigenen Angelegenheiten zu denken, um sich so wenigstens seiner Freiheit zu freuen.[1])

Nach einer ungnädigen Replik des Königs beschränkte sich der weitere Briefwechsel für die beiden nächsten Jahre auf geschäftliche Angelegenheiten und formelle Glückwunschschreiben zu den Geburtstagsfesten, jede Berührung politischer Ereignisse wurde vermieden. Desto unverholener äußerte Heinrich seine Verstimmung über den Gang der inneren und äußeren Politik Preußens in seinen Briefen an den Prinzen Ferdinand. Aufs schärfste verurteilte er den Einmarsch preußischer Truppen in Holland, den der König, nachdem er anfangs bemüht gewesen war, die dortigen Wirren im Einverständnis mit Frankreich zu lösen, in einer plötzlichen Aufwallung über eine angebliche Beleidigung seiner Schwester, der Prinzessin von Oranien, durch Anhänger der sogenannten Patriotenpartei aus eigener Initiative angeordnet hatte. Ebenso erklärte er die im Anschluß an die holländische Expedition eingegangenen preußischen Bündnisverträge mit England und Holland für unpolitisch und verderblich. Hierbei wurde, abgesehen von der Rücksicht auf Frankreich, welches diese Wendung der preußischen Politik mit begreiflicher Erbitterung aufgenommen hatte, das Urteil des Prinzen auch durch seine Abneigung gegen England beeinflußt,

[1]) Brief Heinrichs an den König vom 29. Januar 1787. H.-A.

zur Herstellung eines vertraulichen Verhältnisses kam es nicht. Friedrich Wilhelm vermied politische Gespräche mit seinem Oheim, so daß dieser keine Gelegenheit hatte, die im August versuchte Einwirkung zu Gunsten eines französischen Bündnisses zu erneuern. Der Prinz besaß nicht die nötige Selbstbeherrschung, um seine Enttäuschung und seinen Unmut über diese unerwartete Zurückhaltung des Königs zu verbergen, er erging sich vielmehr bald in den unvorsichtigsten Ausdrücken sowohl über die Person seines Neffen als über den Einfluß von unfähigen Ratgebern, die, auf die mystischen und sinnlichen Neigungen Friedrich Wilhelms II. spekulierend, den Staat ins Verderben stürzen würden.

Unter diesen Umständen bedurfte es nur eines geringen Anlasses, um einen vollständigen Bruch zwischen dem Prinzen und dem Könige herbeizuführen. Merkwürdigerweise waren es nicht die Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiete, sondern getäuschter militärischer Ehrgeiz, welcher den Prinzen bewog, seinem Neffen gleichsam die Freundschaft aufzukündigen und jeder weiteren Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten zu entsagen. Er hatte sich seit dem Bayerischen Erbfolgekrieg völlig von der Beschäftigung mit militärischen Dingen zurückgezogen, jetzt ließ er dem Könige durch Vermittlung von Bischoffwerder ein Gesuch unterbreiten, worin er um Übertragung eines aktiven Kommandos in Friedenszeiten bat, um sich eintretenden Falls im Kriege nützlich machen zu können, wenn es der Wille des Königs sei, ihm ein Heer anzuvertrauen. Friedrich Wilhelm lehnte nach längerem Schweigen diesen Antrag ab unter Berufung auf die Gesundheitsrücksichten, mit denen der Prinz im Jahre 1778 sein Abschiedsgesuch motiviert hatte. Heinrich mußte hierin mit Recht eine Kränkung erblicken, da niemand besser wußte als sein Neffe, daß der wahre Grund seines damaligen Rücktrittes persönliche Zerwürfnisse mit Friedrich dem Großen über die Führung des Feldzuges in Böhmen und über die politischen Verhandlungen mit Österreich gewesen waren. Es kam noch hinzu, daß

Friedrich Wilhelm am 1. Januar 1787 den regierenden Herzog von Braunschweig zum Feldmarschall ernannte, was Friedrich der Große aus Rücksicht auf Heinrich, dem dieser Grad nach einer für die Prinzen des königlichen Hauses geltenden Tradition nicht verliehen werden konnte, unterlassen hatte. Grollend schrieb der Prinz dem Könige jetzt aus Rheinsberg, daß der einzige Grund, der ihn bewogen habe, um seine Wiederanstellung in der Armee zu bitten, der Wunsch gewesen sei, seinem Vaterlande mit den Kenntnissen zu nützen, die er sich in einer langen und schwierigen militärischen Laufbahn erworben habe. Infolge der erhaltenen Antwort bleibe ihm nur übrig, sich zurückzuziehen und an seine eigenen Angelegenheiten zu denken, um sich so wenigstens seiner Freiheit zu freuen.[1])

Nach einer ungnädigen Replik des Königs beschränkte sich der weitere Briefwechsel für die beiden nächsten Jahre auf geschäftliche Angelegenheiten und formelle Glückwunschschreiben zu den Geburtstagsfesten, jede Berührung politischer Ereignisse wurde vermieden. Desto unverholener äußerte Heinrich seine Verstimmung über den Gang der inneren und äußeren Politik Preußens in seinen Briefen an den Prinzen Ferdinand. Aufs schärfste verurteilte er den Einmarsch preußischer Truppen in Holland, den der König, nachdem er anfangs bemüht gewesen war, die dortigen Wirren im Einverständnis mit Frankreich zu lösen, in einer plötzlichen Aufwallung über eine angebliche Beleidigung seiner Schwester, der Prinzessin von Oranien, durch Anhänger der sogenannten Patriotenpartei aus eigener Initiative angeordnet hatte. Ebenso erklärte er die im Anschluß an die holländische Expedition eingegangenen preußischen Bündnisverträge mit England und Holland für unpolitisch und verderblich. Hierbei wurde, abgesehen von der Rücksicht auf Frankreich, welches diese Wendung der preußischen Politik mit begreiflicher Erbitterung aufgenommen hatte, das Urteil des Prinzen auch durch seine Abneigung gegen England beeinflußt,

[1]) Brief Heinrichs an den König vom 29. Januar 1787. H.-A.

dem er, ebenso wie Friedrich der Große, den Abfall von dem preußischen Bündnis im Siebenjährigen Kriege niemals verziehen hat. Freilich sollte sich auch in diesem Falle zeigen, daß es England war, welches aus den Bestimmungen der zu Haag und Berlin geschlossenen Verträge den Hauptvorteil zog. Preußen erhielt keine Gegenleistungen für seine Unterstützung der englischen Politik und empfand das ganze Verhältnis zu England bald als eine lästige Fessel. Von den Plänen Hertzbergs, die durch den russisch-österreichischen Krieg gegen die Pforte eingetretenen Verwicklungen im Orient zu benutzen, um im Wege eines allgemeinen Länderaustausches Preußen ohne Krieg den Besitz von Danzig, Thorn und zweier polnischer Palatinate zu verschaffen, wird der Prinz damals genauere Kenntnis kaum erhalten haben. Dagegen nahm er mit Besorgnis wahr, daß das Auftreten Preußens in Warschau, Konstantinopel und an den nordischen Höfen ein bedenkliche Störung der Beziehungen zu Rußland hervorgerufen hatte.

Dem Prinzen erschien diese ganze unruhige und agressive Politik, durch welche nach Hertzbergs Ansicht Friedrich Wilhelm II. in der Rolle eines Schiedsrichters das Gleichgewicht der Mächte im Süden und Norden Europas wiederhergestellt hatte, verhängnisvoll für die preußischen Interessen. Er legte Wert darauf, sich von jeder Verantwortung für ein derartiges Vorgehen ausdrücklich loszusagen, und hatte daher, wie er seinem Bruder Ferdinand mitteilte, schon im Juli 1787 verschiedene auswärtige Höfe davon verständigt, daß er nichts mehr mit der Politik zu thun habe. Auch den Gedanken, sein Vaterland ganz zu verlassen und nach Frankreich überzusiedeln, hatte er damals seinen Pariser Freunden gegenüber geäußert, worauf Ludwig XVI. erwidern ließ, daß der Prinz ihm sehr willkommen sein würde.[1]) Jetzt beschloß Heinrich wenigstens,

[1]) „Le Roi même lui a fait dire qu'il en serait fort aise": Brief der Marquise de Sabran an den Chevalier de Boufflers vom 3. Juli 1787, abgedruckt in der „Correspondance inédite de la comtesse de Sabran et du chevalier de Boufflers". Paris 1875. S. 257.

eine schon lange geplante zweite Reise nach der französischen Hauptstadt zur Ausführung zu bringen. Friedrich Wilhelm erteilte seine Genehmigung hierzu erst, nachdem der Prinz eine bestimmte Erklärung über die beabsichtigte Dauer seiner Abwesenheit abgegeben hatte. Am 18. Oktober 1788 wurde die Reise angetreten, am 1. November erfolgte die Ankunft in Paris. Hier wohnte der Prinz der Eröffnung der Notabeln-Versammlung bei, an welche sich der Zusammentritt der allgemeinen Reichsstände schließen sollte. Heinrich, diesmal nicht nur ohne diplomatische Aufträge, sondern auch ohne Neigung, sich in diplomatische Geschäfte zu mischen, wandte seine ganze Aufmerksamkeit den innerpolitischen Vorgängen in Frankreich zu, die er sehr optimistisch beurteilte. Er ahnte nicht, daß das Land an der Schwelle einer großen Umwälzung stand, die das Königtum und alle bestehenden Einrichtungen in Staat und Kirche mit dem Untergang bedrohte, sondern er war mit den meisten seiner aristokratischen und litterarischen Freunde in Paris der Ansicht, daß die Krisis mit einer neuen, den liberalen und philosophischen Anforderungen der Aufklärungsperiode entsprechenden Musterverfassung ihren Abschluß finden und Frankreich dann die mächtigste Monarchie in Europa werden würde. Mit diesen Hoffnungen verließ Heinrich Ende März 1789 nach fast fünfmonatlichem Aufenthalte die französische Hauptstadt, wo er, wie bei seinem ersten Besuch, Gegenstand der größten gesellschaftlichen Aufmerksamkeiten und Ovationen gewesen war, und traf am 8. April wieder in Rheinsberg ein, fest entschlossen, wie er seinem Bruder schrieb, sich möglichst wenig um die Gegenwart zu kümmern, seinen Erinnerungen zu leben und die Zeitereignisse vom Standpunkte eines Kosmopoliten und Philosophen zu betrachten.

Dieser Stimmung entsprach es, wenn der Prinz sich zunächst vom Berliner Hofe fern hielt und einem Zusammentreffen mit dem Könige auswich, bis dieser selbst die Initiative zu einer Annäherung ergriff. Es scheint, daß die Nachrichten aus Frankreich von dem Ausbruch einer Revolution in Paris,

von der Erstürmung der Bastille und den Anfängen einer Massen-Emigration des französischen Adels den König bewogen haben, an seinen Oheim zu schreiben und ihm die Absicht eines Besuches in Rheinsberg anzukündigen. Heinrich, immer sehr empfänglich für derartige Aufmerksamkeiten und offenbar erfreut über die Aussicht, zu dem Könige wieder in ein besseres Verhältnis zu treten, antwortete mit höflichen Dankesworten, ohne freilich an eine dauernde Aussöhnung zu glauben. Er riet dem Könige, nach dem Beispiele des Großen Kurfürsten die Emigranten, unter denen sich trotz der zunehmenden Verweichlichung der französischen Nation noch viele Leute von gutem alten Schlage befänden, bei sich aufzunehmen, um von ihren Talenten Nutzen zu ziehen. Im übrigen lehnte er es ab, sich über Politik zu äußern, da er daran festhalten wolle, sich nur dann in Angelegenheiten des Staates zu mischen, wenn der König es ausdrücklich befehlen sollte.[1]) Bei diesen Gesinnungen blieb Heinrich auch, als der König Ende September 1789, begleitet von seiner Tochter, der Prinzessin Friederike, und dem Adjutanten Oberst Geusau zu mehrtägigem Aufenthalte in Rheinsberg eintraf und dort alle Welt durch seine Liebenswürdigkeit und Freigebigkeit entzückte. Der Prinz sprach von seinem Neffen in den enthusiastischen Ausdrücken: „Ich wünsche vom Grund meiner Seele, daß dieser König, der gut ist und ein so ausgezeichnetes Herz hat, immer von ehrlichen Leuten umgeben sein möge, dann würde dies Land das Paradies der Welt sein.“[2]) Doch wiederholte er gleichzeitig seine Erklärung, sich in keine politischen Angelegenheiten mischen zu wollen, wie Hertzberg seinem Freunde, dem Gesandten Luccheſini in Warschau, beruhigend mitteilte.[3]) Wenn somit dieser Besuch des Königs in Rheinsberg auch

[1]) Brief Heinrichs an Friedrich Wilhelm II. vom 11. September 1789. H.-A.

[2]) Brief Heinrichs an den Prinzen Ferdinand vom 8. Oktober 1789. H.-A.

[3]) Brief Hertzbergs an Luccheſini vom 13. Oktober 1789. G. St.-A.

ohne politische Folgen blieb, so bewirkte er doch für längere Zeit eine Besserung der persönlichen Beziehungen zwischen ihm und dem Prinzen, so daß dieser die Fehler, die seiner Ansicht nach in der Führung der äußeren und inneren Angelegenheiten Preußens gemacht wurden, nicht mehr dem Könige, sondern dessen Ministern zur Last legte. Über Hertzberg insbesondere ergoß sich die Schale seines Zornes. „Ich bin", schrieb er Ende Oktober dieses Jahres an Ferdinand, „der Harlekinaden von Hertzberg so müde und ich finde diesen Schwätzer, wie ich ihn seit 10 Jahren gekannt habe, falsch, dumm und unwissend, daß ich nichts mehr darüber sagen mag." Aber auch von Bischoffwerder, der als Ordensbruder und Vertrauensmann des Königs einen immer größeren Einfluß auf die äußere Politik gewonnen hatte, erwartete Heinrich nichts Gutes. Er bezeichnete ihn als einen Ausländer, der die preußischen Interessen nicht verstehe und einer Stellung an der Spitze von Kabinettsministern nicht gewachsen sei. Heinrich wies jede Gemeinschaft mit solchen Männern weit von sich. „Ich beklage den König", setzte er hinzu, „aber was thun? So kommt es, daß ich mich in meiner Zurückgezogenheit glücklich befinde. Wenn man dem Staat nicht dienen kann, muß man sich fern halten." [1]) Freilich war Heinrich bei diesen Urteilen über die Stellung des Königs zu seinen Ministern und über deren Verantwortlichkeit für die politische Lage Preußens schlecht unterrichtet. Gerade seit dem Herbst 1789 hatte Friedrich Wilhelm II. die Leitung der Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten mehr und mehr aus Hertzbergs Händen in seine eigenen genommen und begann ohne Rücksicht auf die Ratschläge des Kabinetts-Ministeriums die wichtigsten Angelegenheiten nach eigenem Ermessen einzuleiten und zu entscheiden.

Zu der französischen Revolution hatte der König bisher keine bestimmte Stellung genommen. Frankreich war durch dieselbe vorläufig von jeder aktiven Teilnahme an der euro-

[1]) Brief Heinrichs an den Prinzen Ferdinand vom 23. Oktober 1789. H.-A.

päischen Politik ausgeschlossen, sein Bündnis mit Österreich thatsächlich gelöst, was dem preußischen Interesse durchaus entsprach. Die Lage Ludwigs XVI. und der königlichen Familie sowie die Schicksale der flüchtigen Emigranten konnten daher wohl die persönliche Teilnahme Friedrich Wilhelms erwecken, doch lag ihm damals der Gedanke, sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zu mischen, noch fern. Unter diesen Umständen fand ein aus Turin vom 14. Februar 1790 datiertes Gesuch des Grafen Artois[1]) um Hilfe für Ludwig XVI. eine kühle Aufnahme bei dem preußischen Könige, obwohl darin als Preis der gewährten Unterstützung eine Allianz zwischen Frankreich und Preußen nach Niederwerfung der Revolutionäre in Aussicht gestellt war. Der Graf Artois hatte sich schon im Januar jenes Jahres an Heinrich gewandt, der mit ihm während seines Aufenthaltes in Paris persönlich bekannt geworden war, und durch dessen Vermittlung bei dem Könige allgemeine Zusicherungen einer freundschaftlichen Teilnahme und einer Geldunterstützung erhalten. Jetzt empfahl der Prinz, das erneute Gesuch des Grafen dilatorisch zu behandeln und die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Die Weltlage könne sich ändern, schrieb er dem Könige, insbesondere nach dem inzwischen erfolgten Tode von Josef II., dessen Nachfolger vielleicht friedlicher oder wenigstens maßvoller in seinem Auftreten und vorsichtiger in der Wahl seiner Mittel sein werde. Wenn die Nationalversammlung in Frankreich sich gut preußisch zeige und den Einfluß der Königin Marie Antoinette beseitige, so verdiene sie ohne Zweifel eine rücksichtsvolle Behandlung, denn das Interesse, welches der König an dem Plane des Grafen Artois nehmen könne, hänge von der Gewißheit darüber ab, ob es gelingen werde, Frankreich und Österreich endgültig zu trennen. Der Prinz zeigte sich gut informiert, wenn er hinzusetzte, er glaube nicht, daß Marie Antoinette von dem Vor-

[1]) Dasselbe ist mitgeteilt von Bailleu in der „Historischen Zeitschrift", B. 74, S. 259—261.

haben des mit ihr verfeindeten Grafen Artois unterrichtet sei, sie stütze sich vielmehr auf Mirabeau, der den radikaleren Teil der Nationalversammlung leite[1]). Der König beschränkte sich auf Gewährung eines Darlehens von 100000 Thalern an den Grafen Artois, ohne auf dessen weitere Anträge einzugehen.

Wenn hiernach Friedrich Wilhelm über die französischen Angelegenheiten mit seinem Oheim wieder einen Briefwechsel angeknüpft hatte, der das politische Gebiet berührte, so ließ er ihn über seine sonstigen Absichten und Pläne, namentlich in den Verwickelungen mit Österreich und Rußland, die in den ersten Monaten des Jahres 1790 einen bedrohlichen Charakter annahmen, ohne jede Kenntnis. Heinrich gab den Ministern und vor allem Hertzberg Schuld an den kriegerischen Vorbereitungen, die Preußen damals traf, während sie in der Hauptsache doch den eigensten Entschließungen und Kombinationen des Königs entsprangen. Der Prinz tadelte lebhaft die mit der Pforte und Polen geschlossenen Bündnisse, welche die Beziehungen zu Rußland verschlechterten, ohne dem preußischen Staate für den Ernstfall nützliche Alliierte zu verschaffen. Er verurteilte das Zusammengehen mit England, das, wie er richtig erkannte, bei seinen Ratschlägen in der polnischen Frage nur die eigenen Handelsinteressen im Auge hatte und Preußen einen Zuwachs an Gebiet und Macht nicht gönnte. Den Plan Hertzbergs, die Städte Danzig und Thorn im Wege einer Verständigung mit Österreich bei Gelegenheit eines größeren Länderaustausches zwischen der Türkei, Österreich und Polen zu erwerben, hielt er für undurchführbar. „Nicht Österreich wird sich widersetzen", bemerkte er, „wohl aber die Polen", wie es auch der preußische Gesandte in Warschau, Lucchesini, vorausgesagt hatte, den der Prinz im übrigen für einen der schlimmsten Intriganten und Friedensstörer unter den preußischen Diplomaten hielt. Die ganze politische Lage erschien ihm so verworren und labyrinthisch, die maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin so unzulänglich und

[1]) Briefe Heinrichs an den König vom 2. und 11. April 1790. H.-A.

kopflos, daß er für den Fall eines Krieges den Zusammenbruch des preußischen Staates befürchtete. „Es ist traurig", schrieb er seinem Freunde Grimm nach Paris, „zu sehen, wie der Bau, an dem man gearbeitet hat, zerfällt, aber, wenn man sich nichts vorzuwerfen hat, wenn man kein Mittel besitzt, es zu verhindern, muß man sich in Geduld fassen".[1]) Als der König im Mai 1790 die Zusammenziehung von Truppen in Schlesien anordnete, um seinen Forderungen gegen Österreich größeren Nachdruck zu geben, erklärte Heinrich dies für eine nutzlose Demonstration, die nur dazu dienen werde, den Staatsschatz zu leeren. Er glaubte weder, daß Österreich sich durch die preußischen Drohungen einschüchtern lassen, noch daß es zum Kriege kommen würde, wobei er auf die Einwirkung von Bischoffwerder rechnete. „Bischoffwerder", schrieb er schon am 18. Juni, „wird den Frieden machen, Hertzberg den Ruhm dafür in Anspruch nehmen, Ramler Oden verfassen, der König glauben, daß er Genie hat, et tout ira de mal en pis". Das Ergebnis der Verhandlungen in Reichenbach entsprach ungefähr diesen Prophezeiungen, nur daß Hertzberg, der seinen Namen unter die Verträge vom 27. Juli 1790 setzen mußte, durch welche Preußen ohne jeden Gewinn für sich der Wiederherstellung des Besitzstandes vor dem österreichisch-türkischen Kriege zustimmte, einen solchen Ausgang nicht für einen rühmlichen ansah.

Auch darin sollte Heinrich Recht behalten, daß es Preußen und England nicht gelingen würde, Rußland unter den gleichen Bedingungen wie Österreich den Frieden mit der Türkei zu diktieren. Friedrich Wilhelm freilich hatte sich unter dem Einfluß des englischen Gesandten Ewart in Berlin, entgegen dem Votum fast aller seiner politischen und militärischen Ratgeber, bereit erklärt, dem Petersburger Hofe ein Ultimatum zu stellen, das zum Kriege führen mußte. In den ersten Monaten des

[1]) Brief Heinrichs an Grimm vom 3. Mai 1790, abgedruckt in J. Grot: Lettres de Grimm à l'impératrice Cathérine. Petersburg 1880. S. 381.

Jahres 1791 schien die englische Regierung entschlossen, den Kampf aufzunehmen, wenn Katharina sich weigern sollte, auf alle ihre türkischen Eroberungen, einschließlich der Festung Oczakow, Verzicht zu leisten. In der Unterstützung dieser Forderung durch Preußen erblickte Heinrich einen so schweren politischen Fehler, daß er es für seine Pflicht hielt, den König vor einem solchen Vorgehen zu warnen. Er erschien Anfang März plötzlich in Berlin und hatte mehrere Unterredungen mit seinem Oheim, worin er ihm die Nachteile des englischen Bündnisses und die Gefahren eines Bruches mit Rußland, dessen Folgen allein auf Preußen fallen würden, ausführlich auseinandersetzte. Er glaubte, den König, wenn nicht überzeugt, so doch schwankend gemacht und damit die unmittelbare Kriegsgefahr beseitigt zu haben. Allein er täuschte sich über die Gesinnungen seines Oheims, der gerade in diesen Tagen ohne Wissen der Minister durch eine geheime Kabinettsordre den preußischen Gesandten in London anwies, an dem Verlangen festzuhalten, daß Rußland alle in der Türkei gemachten Eroberungen zurückgeben müsse. Dies entsprach den Wünschen Pitts, der jetzt geräuschvolle Vorbereitungen zur Entsendung von Geschwadern in die Ostsee und in das Schwarze Meer traf und vom Parlamente Kredite für eine weitere Verstärkung der englischen Flotte forderte. Der Prinz, der inzwischen nach Rheinsberg zurückgekehrt war, sah mit Schrecken, daß Preußen sich vollständig im Schlepptau der englischen Politik befand, und daß seine Bemühungen, den König umzustimmen, umsonst gewesen waren. Erbittert schrieb er dem Baron Grimm am 11. April 1791: „Ich befinde mich in dem Fall des Sprichworts: Wenn man einem Esel den Kopf wäscht, verliert man seine Lauge. Die Engländer, diese so gerühmten Insulaner, die hinterlistigsten Alliierten Europas, die größten Räuber, wenn es sich darum handelt, ihr Interesse zu verfolgen und das ihrer sogenannten Verbündeten aufzuopfern, haben ihr Ziel erreicht, indem sie uns gegen alle Gründe der Vernunft und Einsicht, die klar zu Tage lagen, zwingen, ihnen bei ihren

Unternehmungen die Hand zu reichen." Der Prinz wollte nicht glauben, daß diese kriegerische Politik von dem Könige selbst ausgegangen war, er machte vielmehr irrtümlicherweise Bischoffwerder dafür verantwortlich, der damals hinter dem Rücken des Kabinettsministeriums die geheimen Verhandlungen mit den englischen und russischen Vertretern in Berlin führte. „Ein Mann hat alles entschieden und dieser Mann ist weder König, noch Prinz, noch Preuße"[1]). Heinrich war der Ansicht, daß die russische Kaiserin, um den Gefahren einer kriegerischen Verwickelung zu begegnen, sich in letzter Stunde noch zu einiger Nachgiebigkeit gegen die englisch-preußischen Forderungen bereit finden lassen würde, und es scheint nach Andeutungen, die sich in seiner Korrespondenz mit Grimm finden, daß er zu diesem Zwecke damals ein Schreiben verfaßte, das bestimmt war, auf Umwegen zur Kenntnis Katharinas zu gelangen. Wenn er sich über die Stimmung der Kaiserin täuschte, so beurteilte er um so richtiger die Absichten, die Pitt mit seinen Rüstungen und Kriegsdrohungen verfolgte, und die Nachteile, die sich für Preußen aus einem Anschluß an diese russenfeindliche Politik ergeben würden. „Der ganze Lärm hat keinen anderen Zweck, als dem englischen Handel eine gewaltige Ausdehnung in der Levante, in Polen und in Rußland zu verschaffen. Preußen verliert dabei in jeder Beziehung: seinen Schatz, den es ohne eigenen Nutzen verwendet, sein Ansehen, denn wie kann bei einem Sklaven Englands davon die Rede sein? seine Truppen, denn das Heer, das man ohne Sinn und Verstand von einem Ort zum andern schleppt, büßt seinen Halt ein, ohne daß man nach menschlichem Ermessen irgend welchen Ruhm oder Vorteil für dasselbe voraussehen könnte."[2]) Zum Glück für Preußen löste sich die kritische Lage in unerwarteter Weise dadurch, daß Pitt infolge der wachsenden Opposition, die seine „russischen Rüstungen" im Parlamente und in der öffentlichen Meinung

[1]) Brief Heinrichs an Grimm vom 17. April 1791 a. a. O. S. 389.
[2]) Brief Heinrichs an Grimm vom 17. April 1791.

Englands fanden, sich zum Einlenken genötigt sah, den Abgang des von ihm entworfenen Ultimatums nach Petersburg sistierte und die Forderung wegen der Herausgabe von Oczakow und des Gebietes zwischen Bug und Dnjestr fallen ließ. Friedrich Wilhelm mußte notgedrungen diese Schwenkung der englischen Politik mitmachen, denn, wie entrüstet er auch über die schwächliche Haltung seines Verbündeten war, so erklärte er doch sofort nach Empfang der Note, worin Pitt sein verändertes Auftreten zu rechtfertigen suchte, daß er allein sich nicht darauf einlassen werde, einen verderblichen Krieg gegen Rußland zu führen.

Die bald nach diesen Ereignissen folgende Entlassung Hertzbergs, der nach den Reichenbacher Verhandlungen den letzten Rest seines Einflusses bei dem Könige verloren hatte erfüllte Heinrich natürlich mit Genugthuung, wenn er sich auch keiner Täuschung darüber hingab, daß die Leitung der preußischen Politik nunmehr in geschicktere Hände kommen würde. Der Sturz Hertzbergs bedeutete eine noch unumschränktere Herrschaft des Generaladjutanten Bischoffwerder in den auswärtigen Angelegenheiten, der, wie der Prinz prophezeite, zu den begangenen Fehlern nur neue hinzufügen würde. Von diesen Fehlern erschien ihm als der verhängnisvollste die von Bischoffwerder mit besonderem Eifer betriebene Allianz Preußens mit Österreich, nicht deshalb, weil sie eine Abweichung von der friederizianischen Tradition enthielt, sondern weil er darin den Anfang zu einem gemeinsamen Einschreiten Preußens und Österreichs gegen die französische Revolution zu erkennen meinte. Der am 25. Juli 1791 zwischen den beiden Mächten in Wien abgeschlossene vorläufige Vertrag enthielt eine Bestimmung, wonach die preußische Garantie für die österreichischen Besitzungen sich auch auf diejenigen Provinzen erstrecken sollte, in denen bürgerliche Unruhen ausgebrochen seien oder künftig ausbrechen würden. Das Kabinettsministerium, das jetzt aus Finckenstein, Schulenburg und Alvensleben bestand, erhob die schwersten Bedenken gegen diese offenbar unter dem Eindruck

der Vorgänge in Frankreich in den Vertrag gebrachte Klausel, zu welcher Bischoffwerder nicht autorisiert gewesen war. Der König aber genehmigte sie, wie er überhaupt die ganze Annäherung an Österreich ohne Befragen seiner Minister durch Vermittlung seines Generaladjutanten ins Werk gesetzt hatte.

Das Verhältnis zwischen Friedrich Wilhelm und seinem Oheim war in diesen Zeiten äußerlich ein leidliches geblieben, die innere Entfremdung dagegen noch gewachsen, je mehr die Ansichten über die französische Revolution und deren Rückwirkungen auf die Zustände in Preußen und allen monarchischen Staaten auseinander gingen. Heinrich zeigte sich möglichst wenig in Berlin, bei den seltenen Gelegenheiten, wo er den König sah, wurde in ihren Gesprächen das Gebiet der Politik nicht berührt. Die Korrespondenz beschränkte sich wieder, wie nach dem Bruch im Jahre 1787, auf gleichgültige Gegenstände und den Austausch höflicher Komplimente. Die Resignation des Prinzen ging freilich nicht so weit, daß er sich auch in den vertraulichen Briefen an seinen Bruder Ferdinand und an sonstige Freunde die gleiche Zurückhaltung auferlegt hätte. Hier richtete er die bittersten Anklagen gegen die schlechten, an fremde Mächte verkauften Ratgeber des Königs, unter denen ihm neben Bischoffwerder der Marquis Lucchesini wegen seiner die Beziehungen zwischen Preußen und Rußland gefährdenden Intriguen in Polen besonders verhaßt war. Er fand, daß Preußen infolge seiner Politik seit den drei letzten Jahren überall an Achtung verloren habe, ja zum Gespötte Europas geworden sei. Nicht minder scharf verurteilte er die inneren preußischen Zustände, den Kampf gegen die Aufklärer, die Religions- und Zensuredikte von Wöllner mit den sich daran schließenden Examinationskommissionen und den Verfolgungen in kirchlichen und litterarischen Kreisen.

Alle diese Angelegenheiten traten jedoch in den Hintergrund gegenüber der Frage, deren Entscheidung immer näher rückte, ob Preußen sich im Verein mit Österreich an einer bewaffneten Einmischung in die französischen Verhältnisse zur

Wiederherstellung der Autorität des dortigen Königtums entschließen würde. In der Pariser Nationalversammlung gewannen die kriegerischen Tendenzen gegen Österreich und diejenigen deutschen Fürsten, welche in ihren Territorien die Ansammlung bewaffneter Emigranten gestatteten, allmählich die Oberhand, doch wünschte man dort um so lebhafter die Aufrechterhaltung des Friedens mit Preußen und schickte zu diesem Zweck verschiedene Spezial-Gesandtschaften und geheime Emissäre nach Berlin. Welchen Anteil Prinz Heinrich an diesen französischen Friedensmissionen gehabt hat, läßt sich im einzelnen nicht feststellen, da die Korrespondenz mit seinen einflußreichen Pariser Freunden aus dieser Zeit nicht vorliegt. Gewiß ist, daß er von allen Seiten als die Hauptstütze derjenigen Partei am preußischen Hofe betrachtet wurde, welche einen Krieg gegen Frankreich als verderblich für die Interessen Preußens ansah. Graf Ségur und der junge Custine, die nacheinander mit diplomatischen Aufträgen in Berlin eintrafen, um dort für den Frieden zu wirken, standen im lebhaften Verkehr mit dem Prinzen und suchten ihn in Rheinsberg auf. Bischoffwerder schrieb um diese Zeit an den Herzog von Braunschweig: „Die Zahl der französischen Unterhändler mehrt sich hier täglich und sie verdoppeln ihre Anstrengungen. Auf Herrn von Ségur folgte Herr Jarry, auf diesen der Ritter von Boufflers, der Herrn von Custine vorangeeilt ist... Alle diese Herren machen zuerst in Rheinsberg Halt, richten dorthin ihre Klagen und Berichte und hoffen von dort auf Hilfe.“ [1]) Heinrich glaubte, daß es noch möglich sein würde, den Krieg zu vermeiden und setzte dabei seine Hoffnung namentlich auf den Kaiser Leopold, dessen ruhige und verständige Haltung er wiederholt lobte. Von Preußen erwartete er seit der Zusammenkunft Friedrich Wilhelms mit Leopold in Pillnitz kein selbständiges Auftreten mehr. „Wir stellen nur noch den kleinen Kurfürsten vor,“

[1]) Brief Bischoffwerders an den Herzog Karl Wilhelm von Braunschweig vom 25. Januar 1792. Im Braunschweigischen Landes-Archiv.

schrieb er seinem Bruder Ferdinand am 19. Januar 1792, „der nach den Befehlen des Kaisers handelt. Wenn Leopold an Bischoffwerder schreibt, marschieren wir."

Am 7. Februar wurde der Allianz-Vertrag zwischen Preußen und Österreich in Berlin unterzeichnet, worin sich beide Mächte im Fall eines auswärtigen Angriffes auf ihre Besitzungen gegenseitige militärische Hilfe zusagten. Ein Angriffskrieg gegen Frankreich war damit in keiner Weise beabsichtigt. Kaiser Leopold sah in der Allianz vielmehr eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens, da die revolutionären Elemente in Paris Bedenken tragen würden, zu Feindseligkeiten gegen das mit Preußen verbündete Österreich zu schreiten. Heinrich hielt gleichfalls an der Ansicht fest, daß ein Angriff von Seiten Frankreichs nicht zu erwarten sei, wenn ihn auch die wachsende Macht der Jakobiner mit Besorgnis erfüllte. Indessen nach dem Tode Leopolds am 1. März 1792 und dem Wechsel des französischen Ministeriums am 10. März mußten die letzten Hoffnungen der Friedensfreunde schwinden. Die Regierungsgewalt in Frankreich war auf die extremen Parteien übergegangen. Der fanatische Republikaner Brissot, „homme affreux, turbulent, violent", wie Heinrich ihn nannte, hatte die Führung übernommen und predigte den Kampf gegen alle gekrönten Tyrannen Europas. Schon am 20. April 1792 erfolgte in der Nationalversammlung einstimmig die Kriegserklärung gegen Österreich. An der Beteiligung Preußens war nicht zu zweifeln. Friedrich Wilhelm II. war von einem heiligen Eifer erfüllt, das Schwert für die Rettung des bedrohten Königtums in Frankreich zu ziehen und den Drachen der Revolution zu bändigen, wobei er freilich auch hoffte, seinem Staate zur Entschädigung für die entstehenden Kriegskosten eine Vergrößerung, womöglich durch eine polnische Provinz, zu verschaffen. Wer die Kriegslust des Königs nicht teilte, zog sich die Anklage demokratischer Gesinnungen zu. So ging es vor allem dem Prinzen Heinrich, der seiner Opposition lauten Ausdruck gab, während die meisten übrigen Gegner des

Krieges, zu denen auch der Herzog von Braunschweig, Marschall Möllendorff, General Kalckreuth und der Minister Alvensleben gehörten, sich schweigend dem Willen des Herrschers unterwarfen.[1])

Besonders erbittert gegen Heinrich waren die zur Partei der französischen Prinzen gehörigen Emigranten, die sich in Berlin an den König drängten und auch in Wien und Petersburg das Kriegsfeuer zu schüren suchten. Heinrich besaß Einsicht genug, um sein politisches Urteil nicht durch persönliche Sympathien beeinflussen zu lassen. Er hatte unter den ausgewanderten Mitgliedern des französischen Adels viele Bekannte und Freunde, denen er ein Asyl in Rheinsberg anbot und oft über seine Mittel hinaus Geldunterstützungen zukommen ließ, aber das hinderte ihn nicht, die politischen Pläne derselben, soweit sie eine Teilnahme Preußens an einem Kampfe gegen die Revolution bezweckten, mit allem Nachdruck zu bekämpfen. Er glaubte überhaupt schon damals nicht, daß es den Royalisten in Frankreich gelingen werde, ihre Gegner mit Gewalt niederzuwerfen. Auch schien ihm dies nicht einmal wünschenswert. In einem Briefe an seinen Bruder vom 1. April 1792 heißt es: „Ich gestehe, daß ich die Jakobiner-Partei verabscheue und eine Welt darum geben würde, sie vernichtet zu sehen. Frankreich befindet sich in einer entsetzlichen Lage .... Wenn ich glaubte, daß Gewaltmittel nützlich sein könnten, würde ich dafür stimmen, aber ich bin überzeugt, daß diejenigen, welche dann das Schiff leiten, mehr Unheil anrichten als Gutes thun werden." Diese Ansichten kosteten dem Prinzen manche Freundschaft, auf die er sonst Wert gelegt hatte. So kam es zum Bruch zwischen ihm und dem Herzog von Braunschweig, dem

[1]) In einer später zu den Akten des auswärtigen Ministeriums gegebenen Denkschrift bemerkt Alvensleben über sein damaliges Verhalten: „Pouvais-je combattre seul le projet favori du Roi, aux risques d'être accusé peut-être de démocratisme, comme l'ont été plusieurs de ceux, qui, prévoyant les dangers de la guerre, ne pouvaient prendre sur eux d'y applaudir?" Procès verbal von Alvensleben vom 1. Oktober 1793. G. St.-A.

er es verdachte, das Ober-Kommando über die preußisch-österreichischen Truppen in dem bevorstehenden Feldzuge angenommen zu haben. Er wollte auch seinem Adjutanten Tauentzien nicht gestatten, den „gegen alle politische Einsicht unternommenen und dem Interesse Preußens eher schädlichen als nützlichen" Krieg im Gefolge des Herzogs mitzumachen, worauf jener seine Stellung bei dem Prinzen aufgab.[1]) Nachdem der Krieg gegen Frankreich entschieden war und der französische Gesandte Custine, welcher sein Abberufungsschreiben in Rheinsberg abwartete, am 9. Juni 1792 Berlin verlassen hatte, begab sich Heinrich nach Karlsbad, um, wie es scheint, der Überwachung zu entgehen, deren Gegenstand er in Rheinsberg geworden war. Indessen folgten ihm auch dorthin die Späherblicke seiner Berliner Gegner. Der österreichische Gesandte, Fürst Reuß, mußte im Auftrage Bischoffwerders den Wiener Hof warnen, daß „Herr Prinz Heinrich bei seinem Aufenthalt in Karlsbad nichts verabsäumen würde, um Mißtrauen und Zwietracht auszusäen und den Verdacht wegen heimlichen Nexus mit Rußland auszubreiten."[2]) Der Gesandte fügte hinzu, daß an den „böslichen Absichten" des Prinzen nicht zu zweifeln sei. Auch die Kaiserin Katharina ließ sich durch den in Karlsbad anwesenden Baron Grimm über Heinrichs dortiges Auftreten berichten. Sie wünschte zu wissen, ob es wahr sei, daß der Prinz „démocrate à brûler" geworden sei. Nach einer ihr aus Berlin zugegangenen Meldung sollte der König schon im Winter 1791 gedroht haben, seinen Oheim wegen der aufrührerischen Reden, die dieser führte, nach Spandau bringen zu lassen.[3]) Obgleich diese

[1]) Vgl. die Briefe Heinrichs an Tauentzien vom 19. und 21. Mai 1792 in der Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde, Jahrgang IV, S. 47 und 48.

[2]) Bericht von Reuß an Spielmann vom 9. Juni 1792 bei Vivenot: Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Österreichs, Bd. II, S. 90.

[3]) Briefe Katharinas an Grimm vom 4. Juni und 14. August 1792 im Sbornik, Bd. 23, S. 569 und 575.

Nachricht allem Anscheine nach nur auf Hofklatsch oder böswilliger Erfindung beruhte, so war die Entfremdung, die zwischen dem Könige und dem Prinzen Heinrich bestand, doch zu keiner Zeit eine tiefere gewesen, als beim Ausbruch des Revolutionskrieges. Der König hat später noch auf seinem Totenbette dem Minister Haugwitz gestanden, daß die Teilnahme Preußens an diesem Kriege der größte Fehler seiner Regierung gewesen sei, damals aber betrachtete er jeden als seinen persönlichen Feind, der vor dem gefährlichen Unternehmen warnte.

Der Prinz beurteilte nicht nur die politischen, sondern auch die militärischen Schwierigkeiten eines Feldzuges gegen Frankreich richtiger, obgleich auch er anfangs die Widerstandsfähigkeit der französischen Armee unterschätzte. Er glaubte jedoch bei der geringen Zahl der von den verbündeten Mächten aufgestellten Truppen nicht an schnelle militärische Erfolge, mit denen der König sich schmeichelte, als er Ende Juli 1792 von Koblenz aus an der Spitze seines Heeres die französische Grenze überschritt. Der Prinz erklärte einen direkten Vormarsch nach Paris für unausführbar, wenn die Franzosen sich darauf beschränkten, ihre Festungen zu verteidigen und den feindlichen Heeren die Zufuhr abzuschneiden, ohne sich auf Schlachten einzulassen. Das bekannte Koblenzer Manifest des Herzogs von Braunschweig mit seinen Drohungen gegen Paris und alle sonstigen Städte, die sich den verbündeten Truppen widersetzen würden, tadelte er sofort als einen politischen Mißgriff, der nur den Erfolg haben werde, die Jakobiner zur Entthronung und Ermordung Ludwigs XVI. zu treiben.[1]) Die Behauptung der Emigranten, daß die französische Bevölkerung die einrückenden Truppen der Koalitions-Mächte als Befreier vom Joche der Jakobiner begrüßen und sich mit ihnen zum Kampf gegen die Pariser Regierung verbinden werde, wies Heinrich, welcher das französische Nationalgefühl besser kannte, als

[1]) Briefe an die Marquise Sabran vom 13. und 24. August 1792. G. St.-A.

Täuschung und Illusion zurück. Der Verlauf des Feldzuges von 1792 rechtfertigte alle diese Voraussagungen. Den Rückzug des Herzogs von Braunschweig, der die militärische Lage und namentlich die Gefahren eines ungedeckten Vormarsches gegen die französische Hauptstadt von Anfang an ähnlich beurteilt hatte wie der Prinz, billigte dieser ausdrücklich, da es das einzige Mittel gewesen sei, das von Hunger und Krankheit geschwächte Heer vor dem völligen Untergang zu retten. Als in den letzten Monaten jenes Jahres die Franzosen am Rhein und in Belgien siegreich vorgedrungen waren und gleichzeitig die Verhandlungen Preußens mit Rußland über eine zweite Teilung Polens sich dem Abschluß näherten, mehrten sich in der Umgebung Friedrich Wilhelms II. die Stimmen, welche sich gegen eine Fortsetzung des unpopulären französischen Krieges aussprachen. In Berlin dachte man sogar an öffentliche Demonstrationen, um der Abneigung gegen den Krieg Ausdruck zu geben, und soll Prinz Heinrich damals aufgefordert sein, an die Spitze der Unzufriedenen zu treten.[1]) Der König selbst hatte die wiederholten französischen Anerbietungen eines Separatfriedens mit Entschiedenheit zurückgewiesen, allein auch er konnte sich nicht verhehlen, daß der ursprüngliche Zweck des Krieges, die Wiederherstellung der früheren monarchischen Gewalt in Frankreich und die Unterdrückung der Revolution mit Waffengewalt, nicht mehr erreichbar sei, und daß man das Leben Ludwigs XVI. nur noch durch Verhandlungen mit der neuen republikanischen Regierung retten könne.

Unter diesen Umständen hielt Heinrich die Zeit für gekommen, seine Dienste dem Könige anzubieten. Er schickte ihm am 31. Dezember 1792 nach Frankfurt, wo sich nach der zu Anfang jenes Monats erfolgten Wiedereroberung dieser Stadt das königliche Hauptquartier befand, ein längeres

[1]) So berichtet Frh. von Knigge ohne weitere Einzelheiten in einem Briefe vom 15. November 1792, der bei Geiger: „Berlin 1688—1840", Bd. II S. 53 abgedruckt ist. Der Name des Prinzen Heinrich ist darin durch die Initialien P. H. kenntlich gemacht.

Schreiben, worin er die politische und militärische Lage Preußens in den düstersten Farben ausmalte. Mit schonungsloser Offenheit verglich er den blühenden Zustand, in welchem sich der preußische Staat bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms II. befunden hatte, mit den Verhältnissen am Schluß jenes Feldzuges, der ohne jedes Ergebnis die Finanzen erschöpft und das Heer durch schwere Verluste geschwächt habe. Wenn der König den früher mißachteten Rat des Prinzen jetzt hören wolle, sei dieser bereit, zu einer mündlichen Konferenz nach Frankfurt zu kommen.

Das Schreiben enthielt bittere Wahrheiten, aber dem Könige mußte es peinlich sein, sie gerade aus dem Munde seines in Ungnade gefallenen Oheims zu hören, der zudem bei seinen unbequemen Warnungen den Fehler begangen hatte, zu viel von der eigenen Person zu sprechen und den König, der den Entschluß zum Kriege nach bester Überzeugung und gewissenhafter Prüfung gefaßt zu haben glaubte, als Werkzeug fremder Intriguen hinzustellen. Die persönliche Zusammenkunft wurde abgelehnt. Der Prinz jedoch fühlte sich hierdurch nicht veranlaßt zu schweigen, umsoweniger, als sich inzwischen in Polen Ereignisse zugetragen hatten, in denen er eine neue Gefahr für den preußischen Staat erblickte. Am 6. Januar 1793 war ein Manifest erschienen, worin die preußische Regierung erklärte, daß sie durch die jakobinischen Umtriebe in Polen genötigt sei, der eigenen Sicherheit wegen die an ihr Gebiet grenzenden polnischen Landesteile zu besetzen. Dieser Ankündigung folgte dann am 14. Januar im Einverständnis mit Rußland der Einmarsch preußischer Truppen. Der Prinz berührte diese Ereignisse in einem zweiten Schreiben, worin er zunächst seine früheren Abmahnungen vor der Fortsetzung des französischen Krieges wiederholte. „Sie sind", rief er dem Könige zu, „das Haupt eines großen Staates, für diesen tragen Sie vor Gott und vor dem Volke, das Ihnen unterthan ist, die Verantwortung; ein Krieg ist nur dann nützlich, wenn das Interesse dieses Staates dabei ausreichend

gewahrt wird. Darin liegt Ihr Ruhm, und, je weiter Sie sich von einem solchen Interesse entfernen, desto mehr laufen Sie Gefahr, das Unglück, was daraus für den Staat entstehen kann, Ihr ganzes Leben hindurch bereuen zu müssen." Auf die polnischen Vorgänge übergehend, bemerkte der Prinz: „Ihre Truppen rücken in Polen ein, Ihr Manifest ist soeben erschienen, ich gestehe mit Offenheit, daß ich in alledem nichts weiter sehe als eine Ausdehnung des Labyrinths, worin Sie sich bereits befinden ... Oh wie sehr hätte ich gewünscht schweigen zu können, wie gerne würde ich Gegenwart und Vergangenheit auslöschen, um Sie in einem Zustande des Glücks zu sehen! Aber ich stehe Ihnen zu nahe, mein Schweigen würde das eines Feiglings sein und mein Gewissen ist mein Gesetz."[1])

Am selben Tage, an welchem der Prinz diese Worte an Friedrich Wilhelm niederschrieb, fiel in Paris das Haupt Ludwigs XVI. unter der Guillotine, und die Schreckensherrschaft des Revolutionstribunals und des Wohlfahrtsausschusses brach über Frankreich herein. Es war nicht die Zeit zu Friedensverhandlungen mit der von den Königsmördern gebildeten neuen Regierung. Die Feindseligkeiten nahmen am Rhein und in Belgien ihren Fortgang, aber der Feldzug von 1793 endete nach anfänglichen Erfolgen der Verbündeten mit einem neuen Triumph der französischen Waffen und dem Rückzug der deutschen Heere auf das rechte Rheinufer. Heinrich hatte dies Ergebnis vorausgesagt, das allerdings weniger auf die militärische Überlegenheit der Franzosen, als auf die, jede energische Kriegführung lähmenden politischen Zerwürfnisse zwischen Preußen und Österreich zurückzuführen war. Er hielt die Massenaufgebote des republikanischen Frankreich für unüberwindlich, da bei einer Bevölkerung von 24 Millionen Menschen und dem kriegerischen Enthusiasmus der französischen Nation an Stelle der geschlagenen Heere immer neue aufgestellt werden könnten, sodaß die Angreifer auch durch ihre etwaigen Siege nicht viel gewinnen würden.

[1]) Schreiben Heinrichs an Friedrich Wilhelm II. am 31. Dezbr. 1792 und 21. Jan. 1793. G. A. Abgedr. in den Urkunden Nr. 2 und 3, S. 187 und 189.

Mit Friedrich Wilhelm II., der Ende September die Rheinarmee verlassen hatte, scheint in jener Zeit ein politischer Briefwechsel des Prinzen nicht stattgefunden zu haben. Dieser beobachtete von Rheinsberg aus mit Genugthuung, wie die allgemeine Unlust an dem französischen Kriege selbst unter den im Felde stehenden preußischen Offizieren immer weitere Fortschritte machte. Anfang Januar 1794 glaubte der Prinz auf Herstellung des Friedens binnen zwei oder drei Monaten rechnen zu können, da die preußischen Finanzen völlig erschöpft waren, und der König selbst erklärt hatte, daß er ohne eine ausreichende Geldunterstützung seitens seiner Verbündeten sich darauf beschränken müsse, sein Reichskontingent von 20000 Mann zu stellen, und daß er seine übrigen Truppen vom Rhein zurückberufen werde. Heinrich schrieb damals an seinen Bruder, daß die Niederlage der Österreicher und die dadurch eintretende Notwendigkeit, auf die Thugutschen Eroberungspläne in Frankreich zu verzichten, das größte Glück für Preußen wären, daß es aber in Berlin wenig Leute gäbe, die Verstand genug hätten, um diese Wahrheit zu begreifen. Indessen gelang es noch einmal, Preußen bei der Koalition festzuhalten, da England sich nach langen Verhandlungen zu der geforderten Subsidienzahlung bereit finden ließ. In dem Haager Vertrage vom 19. April 1794 verpflichtete es sich, gemeinschaftlich mit Holland 50000 Pfund Sterling monatlich zu den Kosten der Aufstellung einer preußischen Armee von 62400 Mann beizutragen, die nach einer Vereinbarung über die militärischen Gesichtspunkte zwischen Preußen und England dort Verwendung zu finden hätten, „wo es für die Interessen der Seemächte am angemessensten befunden werden sollte“. Diese für eine Großmacht wie Preußen unwürdigen Bedingungen, die es in eine bis dahin unerhörte Abhängigkeit von den Entschließungen fremder Regierungen brachte, erregten natürlich die lebhafte Mißbilligung Heinrichs. Er verglich den Minister Haugwitz, der inzwischen an Schulenburgs Stelle in das auswärtige Departement eingetreten war und die Haager Vereinbarungen unterzeichnet hatte, mit einem

Geldgeschäfte machenden Juden und wollte anfangs an die Wahrheit der Nachricht nicht glauben, „daß die preußische Armee den Engländern und Holländern verkauft sei". Der König, der nach Ordnung dieser Geldfrage wieder auf den französischen Kriegsschauplatz hatte gehen wollen, sah sich infolge des Ausbruches eines Aufstandes in Polen plötzlich veranlaßt, dorthin abzureisen, um die Führung seines polnischen Heeres zu übernehmen. Heinrich, immer ein Gegner der weiteren Teilung von Polen, wie sie zwischen Preußen und Rußland im Vertrag vom 23. Januar 1793 vereinbart war, scheint gegen diesen Entschluß des Königs Vorstellungen erhoben zu haben. Letzterer antwortete ihm am 12. Mai 1794, zwei Tage vor seiner Abreise von Berlin: „In Augenblicken der Krise, wenn man sich genötigt sieht, einen Entschluß zu fassen, muß man denjenigen wählen, den Gewissen, Herz und Ehre vorschreiben, und dabei unerschütterlich bleiben ... Ich erkenne nur einen Richter an, dem ich bereit bin jeden Augenblick Rechenschaft von meinen Handlungen abzulegen." Durch diese stolzen Worte, die allerdings den traditionellen Grundsätzen des Hohenzollernhauses entsprachen,[1]) die sich aber im Munde eines in seinen Entschließungen so wandelbaren Herrschers, wie Friedrich Wilhelm II. es war, sonderbar ausnahmen, war eine weitere Einmischung des Prinzen zurückgewiesen, doch unterließ dieser nicht, den Freimut seiner Sprache mit der Reinheit seiner Absichten zu entschuldigen. „In Ihrer Stellung", schrieb er dem Könige am 6. Juni, „verkennt man seine wahren Freunde, denn das sind nicht diejenigen, die allem, was geschieht, Beifall spenden und jede Handlung loben." Wer dem Könige in Wirklichkeit ergeben sei, müsse vielmehr wünschen, daß dessen Handlungen stets auf das Glück des Staates und der von ihm beherrschten Völker gerichtet seien, und unter diesem Gesichtspunkt möge jener die Menschen in seiner Umgebung beurteilen.

[1]) Ganz ähnlich sagte schon der erste preußische König: „Denn ich bin keinem Rede und Antwort schuldig von meiner Regierung als Gott allein, welchem ich hoffe, sie dermaleinst zu geben." Berner, Aus dem Briefwechsel König Friedrichs I. von Preußen und seiner Familie. Einl. S. XXI.

Es war ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß fast gleichzeitig mit Heinrich dessen langjähriger Gegner, der verabschiedete Graf Hertzberg seine Stimme erhob, um auf die dringende Gefahr aufmerksam zu machen, in welcher der preußische Staat schwebe. Auch er erklärte, daß er in dieser Krise nicht schweigen könne, sondern sich als alter Minister berufen fühle, dem Könige die Wahrheit zu sagen und die Mittel zur Rettung anzugeben, welche die jetzigen Minister aus Furchtsamkeit oder Zurückhaltung nicht zu nennen wagten. Hertzberg beurteilte die Lage ähnlich wie Prinz Heinrich: Die gänzliche Teilung Polens sei der größte politische Fehler, den Preußen begehen könne, eine Fortsetzung des französischen Krieges sei aussichtslos und würde nur zu einem Vordringen der Franzosen nach Holland und den deutschen rechtsrheinischen Gebieten führen, es erscheine daher notwendig, die Republik anzuerkennen und die Einleitung zu einer allgemeinen Pacifikation unter preußischer Vermittelung zu treffen. Daß diese unerbetenen Ratschläge von Friedrich Wilhelm ungnädig zurückgewiesen wurden, ließ sich denken, aber es kam auch nicht, wie man hätte erwarten können, zu einem besseren Verhältnis zwischen dem Prinzen Heinrich und Hertzberg.[1]) Dieser hatte sich veranlaßt

[1]) Für die auch von Ranke übernommene Angabe in der „Vie privée, politique et militaire du Prince Henri de Prusse“ (S. 297), daß im Jahre 1792 das gemeinsame Gefühl der Vaterlandsliebe und des preußischen Interesse zu einer Aussöhnung zwischen dem Prinzen und Hertzberg geführt habe, findet sich in den mir zu Gebote stehenden Materialien keine Bestätigung. Im Gegenteil begegnet man in den Korrespondenzen Heinrichs aus jener Zeit bis an sein Lebensende stets denselben lieblosen Urteilen über die Persönlichkeit und die politischen Handlungen dieses, trotz mancher Fehler und Irrtümer, um den preußischen Staat hochverdienten Ministers. So schreibt der Prinz am 9. September 1794 auf die Nachricht von einer Erkrankung Hertzbergs: „Wenn Hertzberg die Gefälligkeit gehabt hätte, vor 10 Jahren zu sterben, würde er Preußen und Europa eine große Wohlthat erwiesen haben, heute ist es gleichgültig, ob er lebt oder stirbt.“ Und nach dem Tode des Ministers heißt es in einem Briefe Heinrichs, daß Hertzberg, der verdient hätte den Kopf zu verlieren, schwachsinnig in seinem Bett gestorben sei.

gesehen, am 7. Juni 1794 dem Prinzen eine lange Zuschrift zu übersenden, worin er, ohne auf die Tagesfragen einzugehen, seine ministerielle Thätigkeit unter Friedrich Wilhelm II. und namentlich die preußisch-englische Allianz von 1788 zu rechtfertigen suchte. Er machte jedoch mit dieser Apologie nicht den geringsten Eindruck. Der Prinz antwortete ihm, daß das seit dem Tode Friedrichs des Großen befolgte System, sich in alles zu mischen, bald gegen Österreich, bald gegen Rußland zu rüsten und sämtliche Verhandlungen mit militärischen Demonstrationen zu unterstützen, ungeheure Summen verschlungen habe, ohne dem Staat etwas anderes einzubringen, als das Übelwollen aller Mächte Europas. „Was England betrifft", hieß es weiter, „und diese Allianz, die Ihnen immer am Herzen gelegen hat, so braucht man nur die Bücher der Geschichte unseres Jahrhunderts aufzuschlagen, um darin zu finden, daß diese Nation bei allen Friedensschlüssen seine Bundesgenossen dem eigenen Interesse aufgeopfert hat. Ich würde niemals geglaubt haben, daß ein preußischer Minister den Rat geben könnte, ein Bündnis mit England einzugehen, auch wenn er nur ein wenig davon beobachtet hätte, wie diese Macht bei ihrem Friedensschluß nach dem Siebenjährigen Kriege Preußen behandelt hat. Wir werden sehen, ob man am Ende dieses Krieges mehr Grund haben wird, mit England zufrieden zu sein."[1])

In der That begannen die Differenzen zwischen Preußen und England über die Ausführung des Haager Subsidienvertrages schon zwei Monate nach dessen Unterzeichnung. Die Seemächte verlangten unter Berufung auf den Wortlaut der getroffenen Abmachungen die Verwendung des preußischen Hilfsheeres in Flandern und Holland, wie es ihren Interessen entsprach. Der Marschall Möllendorff, der dem zurückgetretenen Herzog von Braunschweig in dem Oberkommando der Rheinarmee gefolgt war, verweigerte dies aus militärischen Gründen.

[1]) Schreiben Heinrichs an Hertzberg vom 13. Juni 1794. G. St.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 5, S. 192.

Inzwischen besiegten die Franzosen in der Schlacht bei Fleurus das österreichische Heer, was die Räumung Belgiens zur Folge hatte, und nötigten Möllendorff bei Kaiserslautern zum Rückzug. Heinrich, obgleich er die preußischen Verluste und das unnütze Blutvergießen beklagte, äußerte doch einige Schadenfreude über dieses Mißgeschick des Feldmarschalls, den er spottend „den großen Taktiker, den würdigen Schüler des großen Friedrich" zu nennen pflegte. Er wünschte, daß Preußen nach diesen Erfahrungen um so schneller einen Separatfrieden schließen möge, sollten die Bedingungen auch weniger günstige sein, als wenn dies schon im Vorjahre geschehen wäre, denn wer zuerst Frieden mache, werde den meisten Vorteil haben, die letzten würden die Betrogenen sein. Über die polnischen Dinge urteilte der Prinz sehr richtig, daß dort die eigentliche Gefahr für Preußen nicht bei Kosziusko und den aufständigen Polen liege, sondern in der russischen und österreichischen Politik.[1]) Anfang August fand er die Lage schlimmer als im Siebenjährigen Kriege. „Damals", so schrieb er seinem Bruder Ferdinand, „waren wir wenigstens allein, jetzt erkennt man erst die mit dem Fürstenbund gemachte Dummheit und den entsetzlichen Mangel an Zusammenhang zwischen so vielen Verbündeten, die sich gegenseitig hassen und hintergehen." Das Ministerium in Berlin hielt er für völlig unfähig, unter diesen Umständen die richtigen Maßregeln zu ergreifen: „Diese Leute verstehen weder Frieden zu schließen noch Krieg zu führen."

Der am 29. Juli 1794 erfolgte Sturz Robespierres und seiner Gesinnungsgenossen wurde von vielen Seiten als das Anzeichen eines Systemwechsels in Frankreich begrüßt, der zur Abschaffung der Republik und Herstellung einer gemäßigten monarchischen Regierungsform führen würde. Heinrich sah darin umgekehrt einen Beweis dafür, wie sehr man in Frankreich die Herrschaft eines Einzelnen hasse und der Republik

[1]) Briefe Heinrichs an den Prinzen Ferdinand vom 21. und 22. Juli 1794. H.-A.

ergeben sei. Wenn er im Anfang der Revolution die Errichtung eines konstitutionellen Königtums als das wünschenswerteste Ergebnis bezeichnet hatte, so schien ihm jetzt jede Aussicht auf eine monarchische Restauration geschwunden und wenigstens für die nächste Zeit der Bestand der Republik gesichert. Er begann sogar, sich mit diesem Verlauf der Ereignisse zu befreunden und stellte gelegentlich philosophische Betrachtungen darüber an, wie der republikanische Geist den Gemütern einen gewissen Schwung verleihe, der sich in der absoluten Monarchie nicht finde, da dort die Laune oder die falsche Ruhmbegierde eines einzelnen Menschen jede Kraftentfaltung der Massen lähme. Das Aussprechen solcher Gesinnungen brachte ihn noch mehr wie früher in den Ruf, republikanischen und demokratischen Tendenzen zu huldigen. Der Herzog von Braunschweig, den er im August jenes Jahres besuchte und mit dem es damals zu einer äußerlichen Aussöhnung kam, war entsetzt, so gefährliche Lehren aus dem Munde eines Prinzen zu hören. Von der Herzogin von York, der Tochter Friedrich Wilhelms II., berichtet Heinrich selbst die Äußerung, daß ganz Rheinsberg, von den Tischgenossen des Prinzen an bis zum letzten Diener, ein einziger Jakobinerklub sei, und daß sie sich wundere, wie der König eine solche Gesellschaft in seinem Lande dulden könne.

Diese englische Herzogin, wie Heinrich sie nannte, hatte allerdings guten Grund, dem Prinzen zu zürnen, der bei jeder Gelegenheit seinem Tadel über das Bündnis Preußens mit England Ausdruck gab und kein Hehl aus seiner Ansicht machte, daß die Engländer die eigentlichen Friedensstörer Europas wären, indem sie ihr Geld dazu anwendeten, alle Mächte zum Kampfe gegen Frankreich aufzuhetzen und gleichzeitig die dortigen inneren Unruhen zu schüren. Er selbst beschäftigte sich, wie aus seinem damaligen Briefwechsel hervorgeht, unausgesetzt mit der Frage, durch welche Mittel der Friede zwischen Preußen und Frankreich wiederhergestellt werden könnte. Er fürchtete, daß die neuen preußischen Erwerbungen in Polen, die er auch aus anderen politischen Gründen verurteilte, ein Friedens-

hindernis bilden könnten, da die Franzosen die Rückgabe der von Preußen besetzten polnischen Gebiete verlangen und Österreich und England einer solchen Bedingung bereitwillig zustimmen würden. Die schlechten Nachrichten, die damals von dem polnischen Kriegsschauplatze einliefen, wie namentlich die unrühmliche Aufhebung der Belagerung von Warschau durch das vom Könige selbst kommandierte preußische Heer, bestärkten den Prinzen in der Auffassung, daß Preußen schnell Frieden schließen müsse, um größerem Unheil zu entgehen. „Wollte Gott", heißt es in einem Briefe an seinen Bruder vom 12. September 1794, „daß die Franzosen einem Frieden zustimmten, aber ich besorge sehr, daß man ihn ohne große Opfer nicht erlangen wird. Die Rolle Preußens ist zu Ende, ohne Menschen, ohne Geld, mit einem zerrütteten Heer, kommt es mir vor wie der kranke Löwe in der Fabel, der zuletzt einen Eselstritt erhielt."

Um diese Zeit finden sich in der Korrespondenz Heinrichs mit seinem Bruder die ersten Andeutungen darüber, daß er mit der Friedenspartei in Berlin Verbindungen angeknüpft hatte und von ihr ermutigt worden war, mit einem bestimmten Programm hervorzutreten, sobald die Gelegenheit günstig sei. Namen werden dabei nicht angeführt, doch ist es nach dem späteren Gang der Verhandlungen sehr wahrscheinlich, daß der Minister Struensee die Hauptrolle gespielt hat. Am 8. September schreibt Heinrich an seinen Bruder: „Die Friedensgerüchte sind verfrüht, das geht nicht so schnell, aber wir hätten besser gethan, weniger langsam zu sein. Vergessen Sie dieses Wort, es ist nur für Sie." Am 14. September heißt es: „Ich verlange nichts anderes als verborgen zu bleiben, wie der letzte Schreiber, der manchmal mehr arbeitet als die Minister, aber bei Geschäften dieser Art, die von zwei beteiligten Parteien abhängen, läßt es sich nicht besser einrichten. Ich bin bis jetzt sehr zufrieden, das ist alles, was ich sagen kann."

Man greift vielleicht nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Prinz gleichzeitig auch seine noch immer zahlreichen

Verbindungen in Frankreich benützt hat, um sich über die Geneigtheit der dortigen Machthaber zu Friedensverhandlungen mit Preußen und über die etwaigen Bedingungen, die man auf französischer Seite stellen würde, zu informieren. Sicher ist, daß er um diese Zeit schon mit Bacher, dem Sekretär der französischen Gesandtschaft in Basel korrespondierte, der einige Monate später bei den dortigen Friedensverhandlungen eine Rolle spielte. In dem Leben Heinrichs brach jetzt die Zeit an, wo er noch einmal, anstatt sich in einer unfruchtbaren Kritik zu verlieren, eine anerkannte politische Thätigkeit entfalten und auf die auswärtigen Beziehungen Preußens einen Einfluß gewinnen sollte, dessen Umfang und Bedeutung er selbst freilich überschätzt hat, der aber immerhin größer war, als er ihn unter der Regierung Friedrichs des Großen, abgesehen vielleicht von den Verhandlungen über die erste Teilung Polens, jemals ausüben durfte. Die wenigen Monate von Oktober 1794 bis März 1795 sind ihm daher später als der Höhepunkt seines politischen Wirkens erschienen.

3. Prinz Heinrich und der Baseler Frieden.

Als Friedrich Wilhelm II. nach Aufhebung der Belagerung von Warschau, verstimmt und krank, am 26. September 1794 wieder in Potsdam eingetroffen war, sah er sich bald von allen Seiten mit neuen Anträgen bestürmt, der Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich ein Ende zu machen. Die von Struensee und den andern Ministern in den Vordergrund gestellte Finanzkalamität blieb freilich zunächst ohne entscheidenden Eindruck, da mit Zuhilfenahme der von England auf Grund des Haager Vertrages zu zahlenden Subsidien die Mittel zur Bestreitung der erforderlichen Kriegskosten wenigstens bis zum Schluß des laufenden und für die ersten Monate des kommenden Jahres noch aufgebracht werden konnten. Doch schon am 5. Oktober lief die Nachricht ein, daß Pitt wegen der Weigerung Möllendorffs, die preußischen Truppen am Rhein zur Rettung des bedrohten Hollands zu verwenden, eine Suspendierung der fälligen Subsidienzahlung für den Monat Oktober angekündigt habe. Eine zweite fast gleichzeitig anlangende Hiobspost meldete die Niederlage eines preußischen Korps in Südpreußen und den Verlust von Bromberg. Die Folge war, daß der König den Haager Traktat kündigte und vorbereitende Befehle sowohl für die Detachierung eines Hilfskorps von 20000 Mann unter Hohenlohe nach dem polnischen Kriegsschauplatz, als auch für die Rückberufung der gesamten preußischen Rhein-Armee erließ, deren Stellung durch das Zurückweichen der österreichischen Truppen auf das rechtsrheinische Ufer und die auf französischer Seite eingetroffenen Verstärkungen ohnehin eine bedrohte war. Das allgemeine Verlangen nach einem

Frieden mit der französischen Republik machte sich jetzt auch auf dem Regensburger Reichstage geltend, wo der Kurfürst von Mainz den Antrag stellte, man möge Schweden und Dänemark um Vermittlung eines Friedens zwischen dem Reich und Frankreich ersuchen, und Friedrich Wilhelm um Unterstützung dieses Schrittes bat. Der Feldmarschall Möllendorff hielt jetzt den Zeitpunkt für gekommen, seine eigenmächtig mit den Befehlshabern der französischen Rheinarmee durch Mittelspersonen angeknüpften geheimen Verhandlungen über die Möglichkeit eines Friedens dem Könige zu enthüllen, und sandte zu diesem Zweck seinen Adjutanten, den Major Meyerinck, nach Potsdam.

Angesichts dieser Lage, in welcher die zahlreichen Anhänger der Friedenspartei am preußischen Hofe ihre Bemühungen verdoppelten, war es nicht zu verwundern, daß auch Prinz Heinrich aufs neue seine mahnende Stimme an den Stufen des Thrones erhob. Er hatte dem Könige gleich nach dessen Rückkehr aus Polen einige Zeilen geschrieben und eine Antwort erhalten, die, wie er seinem Bruder am 10. Oktober mitteilte, höflicher als gewöhnlich war. Am 20. Oktober begab er sich nach Berlin und suchte beim Könige eine Audienz nach, die ihm gewährt wurde. Am 25. Oktober sahen sich Oheim und Neffe im Schloß von Sanssouci wieder, wie es scheint zum erstenmale nach dem Ausbruch des Krieges gegen Frankreich. Schon am nächsten Tage dankte der Prinz dem Könige schriftlich für den freundschaftlichen Empfang mit Worten, aus denen sich deutlich seine Genugthuung über die Wiederanknüpfung persönlicher Beziehungen und über das Ergebnis der Unterredung ausspricht. Auf den Inhalt derselben geht er nicht ein, auch sonst ist darüber nichts Sicheres bekannt geworden.[1]) Sehr

[1]) Nach einem mir durch die Güte des Geh. Archivrats Dr. Bailleu zugänglich gemachten Berichte des gut informierten sächsischen Gesandten in Berlin, Grafen Zinzendorff vom 27. Oktober 1794 soll jene Unterredung in Potsdam nicht von langer Dauer gewesen sein, insofern der Prinz den König vor und nach der Tafel nur wenige Minuten ohne Zeugen sprach und in den Nachmittagstunden nach Berlin zurückkehrte.

unwahrscheinlich klingt es, wenn der Verfasser der „Vie privée, politique et militaire du Prince Henri de Prusse" erzählt, Friedrich Wilhelm habe sich dem Prinzen mit dem Ausruf in die Arme geworfen: „Mon cher oncle, sauvez-moi", und ihn beauftragt, die Friedensverhandlung mit Frankreich zu leiten (diriger la négociation). Ein solcher theatralischer Gefühlsausbruch lag weder im Charakter des Königs noch entsprach er seiner damaligen Stimmung, die vielmehr trotz aller auf ihn einstürmenden Unglücksfälle und Widerwärtigkeiten gefaßt blieb und ihn nicht dazu verleitete, seine Ansichten über Krieg und Frieden und über die auf militärischem und politischem Gebiet erforderlichen Maßregeln den Ratschlägen dritter Personen kleinmütig unterzuordnen. Er war sicher weit davon entfernt, seinem Oheim, dem er nie volles Vertrauen schenkte, die Führung des Friedensgeschäftes zu überlassen, obgleich dieser sich später wohl gerühmt hat, daß er seit jenem Oktobertage in Sanssouci für einige Zeit die preußische Politik geleitet habe.

Immerhin durfte der Prinz aus seiner Unterredung mit dem Könige die Hoffnung schöpfen, nunmehr mit einem detaillierten Programm für die Einleitung von Verhandlungen mit Frankreich Gehör zu finden. Er hatte zu diesem Zweck eine Denkschrift verfaßt, die er am 29. Oktober zur Übermittelung an den König zunächst dem Minister Struensee übersandte.[1]) Dieser war als eifrigster Befürworter der Friedens-

[1]) Abgedruckt in Urkunde Nr. 6, S. 194—198. Bailleu bezeichnet es in seinem Aufsatz: „König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel" (Historische Zeitschrift B. 39 n. F. S. 237—275) als merkwürdig, daß in der Denkschrift die Zusammenkunft in Sanssouci mit keinem Worte berührt wird. (S. 264 Anm.) Es erklärt sich dies indessen wohl daraus, daß die Denkschrift nicht direkt an den König gerichtet und schon früher vorbereitet war. Heinrich handelte außerdem mit kluger Rücksichtnahme auf den Charakter seines Neffen, wenn er es vermied, sich auf etwaige politische Äußerungen, die in Sanssouci gefallen sein mochten, in der Denkschrift zu beziehen. In einem Privatbriefe würde dies eher am Platze gewesen sein.

politik schon früher mit dem gleichgesinnten Prinzen in Verbindung getreten und schien zu einer Vermittlerrolle besonders geeignet, weil er damals neben Haugwitz den für die andern Minister schwer zugänglichen König häufiger sah und Gelegenheit zu mündlichem Vortrage hatte.

Diese erste Denkschrift, die für die Vorgeschichte des Baseler Friedens von Wichtigkeit geworden ist, war mit unleugbarem Geschick abgefaßt. Der Prinz geht davon aus, daß das ursprüngliche Ziel des Krieges, die Monarchie in Frankreich in ihrem alten Glanze wieder herzustellen, angesichts der militärischen Lage nicht mehr erreichbar sei, seine Fortsetzung würde daher nur ein unnützes Opfer von Menschenleben und Geld bedeuten. Der König sei in seinen militärischen und finanziellen Leistungen weit über das Maß seiner Bündnis-Pflichten hinausgegangen. „Wenn man die üble Gesinnung bedenkt, die England durch Einstellung der Subsidienzahlungen gezeigt hat, und die wenig loyale Haltung der österreichischen Heere gegen das preußische, so wird man zugeben, daß Seine Majestät thatsächlich aller Verpflichtungen gegen seine beiden Verbündeten ledig ist, da England kein anderes Ziel als sein eigenes Interesse verfolgt und, sobald es befriedigt ist, keinen Anstand nimmt, seine Verbündeten zu verlassen, wie die Friedensverträge von Utrecht und Aachen, sowie der Friede mit Frankreich am Schluß des Jahres 1762 beweisen. Da man ferner nach den Zeitungsnachrichten glauben darf, daß Österreich über einen Frieden verhandelt, so würde daraus folgen, daß, wenn dieser zustande kommt, der König von Preußen höchstens die Ehre der Namensunterschrift hätte.“ Der Prinz schließt aus diesen Betrachtungen, daß der König eine vorläufig geheim zu haltende Verhandlung mit Frankreich durch Vermittlung der Regierung des Kanton Bern einleiten müsse, um zu erfahren, ob Frankreich überhaupt zu Friedensverhandlungen geneigt sei und ob es eventuell den König als Vermittler, sei es für einen allgemeinen Frieden oder wenigstens für einen solchen mit dem deutschen Reiche und Holland, annehmen wolle. Eine solche

Rolle würde für den König sehr ehrenvoll sein; auch wenn, wie zu erwarten, ein allgemeiner Friede nicht zustande käme, könne er sich immer darauf berufen, daß er die Interessen seiner Alliierten nach Möglichkeit gewahrt habe. Als Grundlage für die speziellen preußischen Friedensverhandlungen stellt die Denkschrift dann drei Punkte auf: 1. daß die Provinzen des Königs in Westphalen gesichert werden; 2. daß Frankreich gegen die neuen Erwerbungen des Königs in Polen keinen Widerspruch erhebt; 3. daß unter keinen Umständen Bayern an Österreich fallen darf. Außerdem sollten womöglich Entschädigungen für den Herzog von Zweibrücken und andere deutsche Fürsten, sowie die Wiederherstellung der Ruhe in Holland zu Gunsten des Hauses Oranien vereinbart werden. Schließlich wurde vorgeschlagen, daß der König zum Unterhändler in dieser Angelegenheit einen Mann wählen solle, „der nicht nur Geschäftskenntnisse besitzt, sondern der neben der Beherrschung der französischen Sprache auch den Vorteil bietet, eine Zeit lang in Frankreich gewohnt zu haben, um so sicher zu sein, daß er die dortige Nation und das bei dem Gang der Verhandlung am besten innezuhaltende Verfahren kennt."

Die Annahme liegt nahe, daß mit diesen letzten Worten auf den inzwischen zum Grafen ernannten v. d. Goltz hingedeutet werden sollte, der in den Jahren 1772—92 preußischer Gesandter am Hofe von Versailles gewesen und bei dem zweimaligen Aufenthalte des Prinzen in Paris diesem persönlich bekannt geworden war. Ganz undenkbar erscheint es jedoch auch nicht, daß Heinrich damals die Möglichkeit vorschwebte, selbst zum Bevollmächtigten für die Verhandlungen mit Frankreich ernannt zu werden. Wir wissen, daß noch im November 1794 bei den vorbereitenden Konferenzen für den Frieden, die in Baden (Aargau) stattfanden, der französische Unterhändler Barthélémy dem Major Meyerinck erklärte, daß die französische Republik nur mit einem ordnungsmäßig bevollmächtigten preußischen Minister verhandeln könne, und daß ihr zu diesem

Zweck am liebsten Prinz Heinrich von Preußen wäre,[1]) ein Gedanke, der schwerlich ohne Zuthun des Prinzen entstanden ist. Auch liegt aus einem früheren Stadium des preußisch-französischen Krieges eine Äußerung Heinrichs vor, wonach er sich mit der Hoffnung schmeichelte, daß, wenn er an Stelle des Herzogs von Braunschweig das Kommando in dem Feldzuge von 1792 gehabt hätte, er durch geschickte Verhandlungen mit den Revolutionären alles ausgeglichen und sicher das Leben Ludwigs XVI. gerettet haben würde.[2]) Unzweifelhaft ging der Ehrgeiz des Prinzen dahin, nicht nur politische Ratschläge zu erteilen, sondern aktiven Anteil an den Geschäften zu nehmen und auch, wie einst in Petersburg, auf diplomatischem Felde neue Lorbeeren zu ernten. Er hat sich damals und später oft genug darüber beklagt, daß ihm die subalterne Rolle eines Schreibers von Denkschriften zugemutet werde.

Der König hatte noch vor Empfang der Denkschrift Heinrichs den ersten Schritt zur Anbahnung eines friedlichen Verhältnisses mit Frankreich gethan, indem er unter Gutheißung der von dem Marschall Möllendorff eingeleiteten Besprechungen den Major Meyerinck ermächtigte, nach Basel zu reisen, um dort mit französischen Agenten in nähere Verbindung wegen Auswechslung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Einstellung der Feindseligkeiten zu treten. Was Heinrich jetzt vorschlug, entsprach ganz den Gedanken des Königs, insofern dieser auf einen preußisch-französischen Separatfrieden nur unter der Bedingung eingehen wollte, daß ihm gleichzeitig die Rolle eines Vermittlers für die Herbeiführung des Friedens mit dem Reich und, wo möglich, auch mit den andern kriegführenden Mächten übertragen würde. Mit dieser Aussicht beschwichtigte er seine Gewissensbedenken über die Einstellung der militärischen Leistungen Preußens für den Schutz des Reichsgebietes und über einen einseitigen Rücktritt von der

[1]) Vivenot: Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, Bd. II, Abt. II, S. 49.
[2]) Mémoires du Duc des Cars. Paris 1890, Bd. II, S. 299.

Koalition. Struensee konnte daher schon am 1. November dem Prinzen melden, daß der von diesem vorgeschlagene Gang der Unterhandlungen angenommen sei, und daß auch der von dem Prinzen bezeichnete Minister zum Bevollmächtigten ernannt werden solle. Er fügte in seinem Briefe das Kompliment hinzu: „Eure Königliche Hoheit haben in dieser äußerst delikaten Sache die Bahn gebrochen und zuerst den festen Entschluß bewirkt, dem Kriege am Rhein, wo möglich, ein Ende zu machen."

Heinrich selbst schrieb seinem Bruder am nächsten Tage im engsten Vertrauen: „Ich muß Ihnen sagen ..., daß eine Denkschrift, die ich abgesandt habe, den größten Erfolg hatte, und daß man mir verspricht, sie wörtlich zu befolgen. Morgen früh schicke ich eine zweite ab. Es bleibt abzuwarten, ob man seine Versprechungen halten, und ob man auch von der andern Seite sich auf die Sache einlassen wird, obgleich in letzterer Hinsicht mehr als bloße Wahrscheinlichkeiten vorliegen." Der Prinz vergleicht die Koalition dann mit einem Schiff, das von allen Seiten Wasser nimmt und von der Besatzung verlassen wird. „Jeder beeilt sich, seinen Frieden zu machen, wie er kann, wenn es bei alledem noch ein Mittel giebt, eine einigermaßen ehrenvolle Rolle zu spielen, so glaube ich, es gefunden zu haben."

Es folgt nun in kurzen Zwischenräumen eine Reihe weiterer Denkschriften Heinrichs, die sich auf einzelne, mit dem Frieden und der allgemeinen Lage zusammenhängende Fragen beziehen und durch Vermittlung Struensees an Friedrich Wilhelm gelangten. Die erste war vom 2. November[1]) datiert und hatte, wie der Minister meldete, den vollkommensten Beifall des Königs gefunden, der über den Inhalt unmittelbar mit dem Prinzen konferieren wollte. Den Empfang des folgenden Memoirs vom 6. November[2]) bestätigte der König seinem Oheim in einem eigenhändigen, sehr verbindlichen Schreiben, worin es heißt: „Gestern fand ich bei meiner Rückkehr das dritte Memoire vor, das Sie an Herrn v. Struensee schickten, ich

[1]) Abgedruckt in Urkunde Nr. 7, S. 198—201. [2]) Abgedruckt in Urkunde Nr. 8, S. 201—205.

habe es, wie die beiden vorhergehenden mit aller Aufmerksamkeit gelesen, die ihr Verfasser und ihr wichtiger Inhalt verdienen ... Major Meyerinck muß jetzt in Basel eingetroffen sein, um mit den französischen Emissären über den Gefangenen-Austausch zu verhandeln, den sie zu wünschen erklärt haben. Man wird bald hören, ob diese Emissäre noch andere Eröffnungen zu machen haben. Das wird der Prüfstein sein, nach welchem man eine Entscheidung treffen kann. — Übrigens ist es bedauerlich, daß es so viele Hindernisse giebt, die den besten und heilsamsten Absichten noch im Wege stehen."

Zu dieser den Plänen des Prinzen günstigen Stimmung des Königs hatte nicht wenig der Einfluß des Generals Bischoffwerder beigetragen, der im Einverständnis mit Struensee nach seiner geräuschlosen und vorsichtigen Art für den Frieden wirkte und von allen Denkschriften Heinrichs Kenntnis erhielt. Auch mit Haugwitz hatte der Prinz sich auf Wunsch des Königs in Verbindung gesetzt; am 10. November fand die erste Unterredung zwischen ihnen statt, die dann zu einem politischen Briefwechsel führte.[1]) Die beiden andern Mitglieder des Kabinetts-Ministeriums, Finckenstein und Alvensleben, wurden von diesen Vorgängen nicht unterrichtet. Der Prinz reiste am 12. November nach Rheinsberg zurück, nachdem er dem Könige noch einmal schriftlich vorgestellt hatte, daß der Friede nach einem neuen Feldzuge noch schwieriger sein werde als jetzt. Eine Fortsetzung des Krieges müsse zum völligen Ruin der preußischen Steuerzahler führen, und neue englische Subsidien würden, selbst abgesehen von der wenig ehrlichen Art, in der die Engländer den früheren Subsidienvertrag gebrochen hätten, keine ausreichenden Geldmittel liefern. Auch auf die Frage der von den französischen Truppen okkupierten deutschen Besitzungen auf dem linken Rheinufer ging der Prinz schon ein,

[1]) Ein Teil dieser Briefe ist aus dem Nachlaß von Haugwitz von Ranke in den Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers, Fürsten v. Hardenberg, Bd. V, S. 46—49 veröffentlicht. Weitere Briefe haben sich in dem Nachlaß des Prinzen Heinrich vorgefunden.

indem er den König daran erinnerte, daß der Sieger nach Kriegsgebrauch bis zum Abschluß eines definitiven Friedens stets im Besitz der von ihm genommenen Gebietsteile bleibe. Dagegen würde auszumachen sein, daß während der Neutralität oder des Waffenstillstandes die Franzosen nicht weiter gegen den Rhein vorrücken dürften.

In Rheinsberg entwarf der Prinz dann eine umfangreiche Denkschrift, die unter dem Titel „Projet d'instruction pour celui qui doit traiter de la paix“[1]) einen vollständigen Plan für die Friedensverhandlungen enthielt. Die Arbeit war am 21. November vollendet und ging sofort an Struensee ab, der sie zunächst an Bischoffwerder mitteilte und dann dem Könige vorlegte. Bischoffwerder empfahl, die Denkschrift auch zur Kenntnis von Haugwitz zu bringen, der doch die fernere Leitung des Friedensgeschäftes erhalten werde, worauf der Prinz, obgleich unwohl und bettlägerig, sich die Mühe nicht verdrießen ließ, dem Minister eine eigenhändige Abschrift zu übersenden und sich dessen gutachtliche Äußerungen darüber zu erbitten.[2]) In der Denkschrift wird vorgeschlagen, daß der König zunächst den Frieden zwischen Preußen und Frankreich abschließen und dann durch eine besondere Konvention die Bedingungen regeln solle, unter welchen die Vermittlung des Königs für die Herbeiführung des Friedens mit dem Reich und Holland, eventuell auch mit andern Mächten der Koalition, Österreich und England, stattzufinden habe. Als Grundlage für den preußisch-französischen Frieden dachte sich der Prinz die Anerkennung der französischen Republik durch Preußen, vollständige Rückgabe der von den französischen Truppen besetzten preußischen Gebiete auf dem linken Rheinufer und Nichteinmischung Frankreichs in die endgültige Regelung der Verhältnisse Polens, mithin stillschweigende Anerkennung der dortigen preußischen

[1]) Abgedruckt ohne Datum bei Ranke a. a. O., Bd. V, S. 56—72.

[2]) Schreiben Struensees an den Prinzen vom 23. u. 29. November H.-A. Schreiben des Prinzen an Haugwitz vom 26. November, abgedruckt bei Ranke a. a. O., S. 46 u. 47.

Erwerbungen nach dem Teilungsvertrage mit Rußland vom 23. Januar 1793. Andere Artikel sollten Festsetzungen über die gegenseitige Auswechslung der Kriegsgefangenen, über die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern und über eine, angesichts der republikanischen Regierungsform in Frankreich erforderliche Neuordnung des diplomatischen Ceremoniells enthalten. Heinrich glaubte damals, oder gab sich wenigstens den Anschein zu glauben, daß die Franzosen keine Schwierigkeiten machen würden, die von ihnen eroberten linksrheinischen Besitzungen Preußens zurückzugeben, es sei denn, daß sie wegen der Erwerbungen des Königs in Polen Verstimmung und Eifersucht zeigen sollten.[1]) Für diesen Fall müsse der preußische Unterhändler darauf hinweisen, daß, auch wenn der König auf seinen neuen polnischen Besitz verzichten wolle, dies nur die Folge haben würde, daß ganz Polen unter die Herrschaft der Russen fiele und Preußen das auch für die französischen Interessen im Orient wünschenswerte Gleichgewicht zwischen den östlichen Mächten nicht länger aufrecht erhalten könne. Ein zweites Argument würden die inneren Zustände des polnischen Volkes bilden, das, von seinem Adel und den Staroſten geknechtet, unter preußischer Herrschaft eine Besserung seiner Lage zu erwarten habe.

Bei den ferneren Vorschlägen über die preußische Friedensvermittlung räumte der Prinz ein, daß voraussichtlich weder England noch Österreich geneigt sein würden, eine solche Vermittlung anzunehmen, doch bliebe dem Könige, auch wenn er hiernach auf den Ruhmestitel eines „pacificateur de l'Europe" verzichten müsse, doch die Genugthuung, wenigstens den deutschen Reichsfürsten den ersehnten Frieden zu verschaffen und bei einer Neuordnung der holländischen Verhältnisse die Zukunft seines Schwagers, des Prinzen von Oranien, zu sichern. Freilich werde sich das siegreiche Frankreich nicht zu einer Rückgabe

[1]) A moins que les Français ne cachent quelque malice à l'égard de l'acquisition du roi en Pologne.

aller am Rhein gemachten Eroberungen verstehen, doch ließe sich voraussichtlich erreichen, daß es sich mit den für eine bessere militärische Sicherung seiner Grenzen erforderlichen Erwerbungen begnüge. Holland könne seinen Frieden nur um den Preis einer dauernden Allianz mit Frankreich erhalten, wie solche seit lange das Ziel der französischen Politik bilde. Von großer Wichtigkeit sei es, Frankreich zu einer Erneuerung seiner im westphälischen Frieden übernommenen Garantie für den Territorialbestand des Reiches zu bewegen, um so dessen Schutz gegen die auf den Erwerb von Bayern gerichteten Vergrößerungspläne des Hauses Österreich zu erhalten. Die größte Gefahr sah der Prinz in der Möglichkeit einer direkten Verständigung zwischen Österreich und Frankreich, die damals von preußischer Seite befürchtet wurde, indem man den geheimnisvollen Besprechungen, die Anfang 1794 in Brüssel zwischen dem französischen Abenteurer Roques, der sich Graf Montgaillard nannte, und den österreichischen Staatsmännern, Grafen Mercy und Trauttmansdorff, stattgefunden hatten, eine übertriebene Wichtigkeit beilegte. Für den Fall, daß der Wiener Hof nach dem Abschluß des preußischen Friedens die Vermittlung des Königs anrufen sollte, empfahl die Denkschrift, Österreich für den Verlust der Niederlande durch das Bistum Salzburg zu entschädigen, doch müsse sich der Kaiser dann verpflichten, keine weiteren Ansprüche auf polnisches Gebiet zu erheben und sich im Falle einer neuen Teilung mit dem zu begnügen, was Preußen und Rußland ihm zugestehen würden.

Diese letztere Kombination beruhte auf einer Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse. Heinrich unterschätzte die Machtmittel Österreichs, den Preußenhaß des leitenden Ministers Thugut und die nach einigen Schwankungen wieder kriegerischer gewordene Stimmung der Wiener Regierung, die sich gerade damals durch Verhandlungen in London über ein durch England zu garantierendes Anlehen zur kräftigen Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich rüstete. Auch war der Prinz nicht in alle Bestimmungen des am 23. Januar 1793 zwischen

Preußen und Rußland unterzeichneten Vertrages über die zweite Teilung Polens eingeweiht, wonach Preußen nicht nur verpflichtet war, vor der Unterdrückung der Revolution keinen Separatfrieden mit Frankreich abzuschließen, sondern auch seine Zustimmung zu einem Austausch Belgiens gegen Bayern im voraus erteilt hatte. Abgesehen hiervon erschien der in der Denkschrift vorgezeichnete Gang der Verhandlungen mit Frankreich zweckmäßig und mit kluger Berechnung den Gesinnungen des Königs angepaßt, welcher das preußische und deutsche Interesse nicht trennen, sondern den preußischen Frieden nur als den ersten Schritt zur Wiederherstellung des Friedens für das Reich und womöglich für ganz Europa betrachtet wissen wollte. In demselben Sinne sprach sich Haugwitz in einer Eingabe an den König vom 29. November aus, während die beiden anderen Kabinettsminister bei ihren Warnungen vor einer weiteren Teilnahme an diesem aussichtslosen Kampfe gegen die französische Republik sich mehr auf den preußisch-partikularistischen Standpunkt stellten. Friedrich Wilhelm war in der zweiten Hälfte des November infolge der Nachrichten über die mit dem Fall von Warschau verringerte Gefahr des polnischen Aufstandes und über die Bereitwilligkeit einzelner Reichsstände, zu den Kosten für den Unterhalt der preußischen Truppen am Rhein durch Geld und Naturallieferungen beizutragen, vorübergehend wieder kriegerischer gestimmt gewesen. Jetzt entschloß er sich jedoch, die beantragte Entsendung eines diplomatischen Bevollmächtigten nach Basel zur Eröffnung der Friedensverhandlungen zu genehmigen und benachrichtigte am 1. Dezember 1794 eigenhändig den Prinzen Heinrich, daß Graf Goltz zu dieser Mission ausersehen sei, im größten Geheimnis nach Potsdam kommen werde und Befehl erhalten habe, sich vorher nach Rheinsberg zu begeben, um dem Prinzen seine Aufwartung zu machen. Der König fügte seinem Briefe einige Auszüge von den Berichten Meyerincks aus Basel bei, freilich nicht, ohne gleichzeitig sein Mißtrauen in die „Hoffnungen und schönen Worte“ der dortigen französischen Agenten auszudrücken.

Prinz Heinrich konnte nach diesen vertraulichen Mitteilungen annehmen, daß es seine Denkschrift vom 23. November gewesen sei, welche die letzten Bedenken des Königs gegen die Annahme einer Friedenspolitik überwunden habe. Er wurde in dieser Auffassung bestärkt durch ein Schreiben von Haugwitz, der ihm mit etwas überschwänglichen Worten für das „admirable mémoire" dankte und den Wunsch aussprach, in dieser außerordentlich kritischen und verwirrten Lage auch künftig durch die „hautes lumières" des Prinzen geleitet zu werden.[1])

Der Minister verschwieg, daß ihn der König von dem Entschluß, den Grafen Goltz nach Basel zu senden, bereits früher benachrichtigt und für dessen Instruktion die Direktive gegeben hatte, bei der Ausarbeitung auch die Vorschläge des Prinzen Heinrich zu benutzen, in denen sich gutes befinde, aber auch unzulässiges, wie beispielsweise der Gedanke, die preußischen Truppen während der Verhandlungen vom Rhein zurückzuziehen.[2]) Auch von dem angeordneten Besuch des Grafen Goltz in Rheinsberg hatte der König den Minister Haugwitz mit dem Bemerken verständigt, daß dieser Besuch „par politesse" erfolgen solle, um die Ansichten des Prinzen zu vernehmen, Letzterer sah hierin mehr als eine Höflichkeit, er nahm an. daß seine persönliche Rücksprache mit dem Bevollmächtigten für die Instruktion zu den Verhandlungen in Basel von entscheidender Bedeutung sein würde. In einem Schreiben an den König vom 3. Dezember äußerte der Prinz bestimmter, als es in der Denkschrift vom 23. November geschehen war, daß die Franzosen auf den Gedanken einer allgemeinen Pazifikation nicht eingehen würden und daß auch ein Friede mit dem Reiche große Schwierigkeiten biete, während ein solcher

[1]) Schreiben von Haugwitz an den Prinzen vom 2. Dezember 1794, abgedruckt bei Ranke a. a. O. S. 47 und 48.

[2]) „Il y a du bon dans celles [instructions] que le prince Henri propose, mais il s'y trouve aussi des choses inadmissibles comme l'idée de retirer mon armée pendant les négociations." Schreiben des Königs an Haugwitz vom 1. Dezember 1794. G. St.-A.

mit Preußen allein leicht zu erreichen sei. Im übrigen verpflichte die Entsendung von Goltz den König zu nichts, jener könne selbst sehen und urteilen, während die aus Frankreich eingehenden Nachrichten durch Parteianschauungen gefärbt seien. Als Ort der Verhandlungen schlug der Prinz statt Basel die Stadt Bern vor, deren Bevölkerung und Regierung preußenfreundlich gesinnt seien und wo man Ruhe und Ordnung finde, während das von französischen Aristokraten und Demokraten überfüllte Basel einen wahren Herd von Intriguen bilde.[1])

Auch mit Haugwitz unterhielt der Prinz in jenen Tagen fortgesetzt eine rege Korrespondenz. Er verlangte politische Nachrichten von ihm über die Haltung Englands und Österreichs und über die Aufnahme, welche der kurmainzische Antrag in Regensburg wegen der dänischen und schwedischen Friedensvermittelung bei den Mächten gefunden habe. Als Haugwitz vorsichtig antwortete, daß der Wiener Hof sich nach seinen amtlichen Äußerungen in der Friedensangelegenheit nicht von England trennen wolle, dagegen möglicherweise unter der Hand an einem Sonderabkommen mit Frankreich arbeite, meinte der Prinz ziemlich ungeduldig, es sei bedauerlich, daß der Minister über die Verhandlungen der Österreicher nicht genau unterrichtet sei. Solange hierüber Dunkel und Ungewißheit herrschten, sei es unmöglich, die richtigen Entschließungen zu fassen. Er machte darauf aufmerksam, daß in England auf Friedensgerüchte hin die Papiere gestiegen seien, woraus sich der Schluß ziehen lasse, daß das englische Volk den Frieden wünsche. Haugwitz schrieb beschwichtigend zurück, daß durch die vom Könige beschlossene Ernennung des Grafen Goltz für die Friedensverhandlungen mit Frankreich eine wenigstens teilweise Erfüllung der Wünsche des Prinzen und aller guten Patrioten bevorstehe. Er kündigte für den Abend des 8. Dezember den Besuch des Grafen in Rheinsberg an, der dort die

[1]) Schreiben des Prinzen Heinrich an den König vom 3. und 9. Dezember 1794. H.-A.

mündlichen Instruktionen und sonstige interessante Mitteilungen, die der Prinz ihm etwa anvertrauen werde, entgegennehmen solle. Goltz sei beauftragt, von Rheinsberg nach Potsdam zu kommen und sich dann an den Ort seiner Bestimmung zu begeben. „Inzwischen", fuhr der Minister fort, „sind wir beschäftigt seine Instruktionen zu entwerfen nach den Gesichtspunkten, die Sie anzugeben die Güte hatten, und es kann nur erwünscht sein, wenn Eure Königliche Hoheit in den Unterredungen, die Sie den Grafen Goltz gewähren wollen, das hinzuzufügen geruhen, was Sie für zweckmäßig halten, um ihn vollständig mit der Sachlage bekannt zu machen."

Die Besprechung des Prinzen mit Goltz, der unter dem Namen eines Landrats von Eckartsberg in Rheinsberg eintraf, scheint am 9. Dezember stattgefunden zu haben. Eine Aufzeichnung über den Inhalt ist nicht erhalten, doch gab Heinrich seinem Besucher ein Schriftstück für den König mit, das weitere Bemerkungen über das Friedensgeschäft enthielt[1]) und namentlich den Gesichtspunkt hervorhob, daß die bevorstehenden Verhandlungen sich darin von andern unterschieden, daß Frankreich im Besitze von Objekten sei, deren Herausgabe man wünsche, während man selbst ihm nichts anzubieten habe. Es dürfte jedoch feststehen, daß diese „Bemerkungen" bei der Ausarbeitung der Instruktionen für Goltz nicht mehr benutzt sind. Letztere sind vom 8. Dezember datiert, waren also schon fertig, als jener noch in Rheinsberg war, und scheinen keine späteren Zusätze erhalten zu haben. Das Konzept der Instruktionen ist von der Hand des Geheimen Legationsrates Daniel Le Coq geschrieben, welchem der Entwurf des Prinzen vom 21. November vorlag, nicht aber dessen frühere politische Denkschriften vom 29. Oktober, 2. und 6. November, die anscheinend überhaupt nicht zur Kenntnis des Kabinetts-Ministeriums gelangt sind. Wenn man den Text der offenbar

[1]) Observations ultérieures du Prince Henri sur la négociation d'une paix avec la France. G. St.-A.

nach den Direktiven von Haugwitz entworfenen Instruktionen für Goltz mit den Vorschlägen des Prinzen Heinrich vergleicht, so findet man, daß letztere doch nur im beschränkten Maße berücksichtigt worden sind. Der Gedanke, Bern zum Ort der Verhandlungen zu wählen, ist nicht angenommen. Die polnische Frage, die in dem Entwurf des Prinzen einen hervorragenden Platz einnimmt, bleibt in den ministeriellen Instruktionen absichtlich unerwähnt, weil man jede französische Einmischung in dieselbe vermeiden wollte, von einer Regelung der Handelsbeziehungen und des diplomatischen Ceremoniells, welche im Artikel 4 und 5 des von Heinrich skizzierten Friedens-Programms behandelt waren, ist nicht die Rede, dagegen sind die Forderungen eines sofortigen Waffenstillstandes und der Neutralität für bestimmte Reichskreise und Reichsfürsten, welche die Mediation des Königs nachgesucht haben, in den Vordergrund gestellt. Verwertet sind die Anregungen des Prinzen wegen der Wiederübernahme der Garantie des westphälischen Friedens durch Frankreich, wegen der Sondierung über die Bedingungen des Reichsfriedens und der guten Dienste des Königs für die Emigranten. Über die wichtigste Frage, wie sich Preußen gegenüber einer französischen Forderung auf Abtretung der linksrheinischen Besitzungen des Königs verhalten solle, erhielt Goltz keine Weisungen, wie auch der Prinz es vermieden hatte, auf diesen Punkt in seinen Vorschlägen näher einzugehen. Es geschah dies mit Rücksicht auf die Gefühle und die Stimmung des Königs, den, wie Graf Finckenstein gegenüber einem Votum seines Kollegen Alvensleben bemerkte, der Gedanke territorialer Abtretungen Preußens an die französische Republik empören und vielleicht zu einem Widerruf der ganzen Sendung des Grafen Goltz veranlassen würde.

Die Abreise des Gesandten nach Basel erfolgte am 12. Dezember, was Struensee dem Prinzen meldete und hinzufügte: „Der General v. Goltz ist äußerst zufrieden mit seinem Aufenthalt in Rheinsberg gewesen und hat sich ganz in den Geist des großen Planes einstudiert, den Eure Königliche

Hoheit ihm vorgezeichnet haben. Die Instruktion ist nach des General v. Bischoffwerders Aussage ganz nach dem komform gewesen, was Eure Königliche Hoheit dazu aufgesetzt hatten. Auch ist der Emigranten in den verschiedenen Rücksichten gedacht."[1]) Im gleichen Sinne schrieb Bischoffwerder selbst dem Prinzen am 12. Dezember: „Der erste Schritt zu dem heilsamen Plane, den Eure Königliche Hoheit erdacht und vorgezeichnet haben, ist geschehen, heute morgen ist der Generalmajor Graf v. Goltz abgereist, versehen mit einer Instruktion, die nach jeder Richtung hin Ihren weisen Vorschlägen, gnädigster Herr, entspricht, und ausgerüstet mit den nötigen Vollmachten, um mit der gegenwärtigen Regierung der französischen Nation zu verhandeln. Die neusten aus Basel eingetroffenen Nachrichten bestätigen den Wunsch der Franzosen, Frieden mit Preußen zu machen, und ihre Geneigtheit, das deutsche Reich und Holland in denselben einzuschließen." Auch im Auslande wurde die Mission des Grafen Goltz, die trotz aller für ihre Geheimhaltung angewandten Vorsichtsmaßregeln bald bekannt wurde, der Initiative des Prinzen Heinrich zugeschrieben, dessen Aussöhnung mit dem Könige und Versuche, politischen Einfluß zu gewinnen, nicht unbemerkt geblieben waren. Der österreichische Gesandte in Berlin, Fürst Reuß, erfuhr die Berufung von Goltz nach Potsdam und dessen Abreise nach Basel am 16. Dezember; noch früher, bereits am 10., hatte der österreichische Feldmarschallleutnant Jordis, vermutlich infolge einer Indiskretion von Meyerinck, dem Wiener Hofe die gleiche Kunde übermittelt mit dem Bemerken, daß dies auf „Einraten des Prinzen Heinrich von Preußen" geschehen sei.[2]) Der über die Vorgänge am preußischen Hofe stets gut unterrichtete Herzog von Braunschweig, der ein Gegner der preußischen Friedensverhandlungen mit Frankreich war, erzählte dem in Braunschweig anwesenden Lord Malmesbury schon Ende

[1]) Schreiben Struensees an den Prinzen Heinrich vom 18. Dezember 1794. H.-A.

[2]) Vivenot: Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen. Bd. II Abt. 2. S. 58.

November, daß Prinz Heinrich wieder in Potsdam erschienen sei und Haugwitz und Bischoffwerder den Hof mache. Nach späteren Berichten Malmesburys bezeichnete der Herzog den Prinzen Heinrich als den hauptsächlichsten und gefährlichsten Gegner aller Versuche einer erneuten Annäherung zwischen Preußen und England. Auch der hannöversche Minister Beulwitz hatte Nachrichten aus Berlin erhalten, daß Prinz Heinrich eine politische Rolle spiele, und er äußerte Malmesbury gegenüber, daß dies großen Schaden verursachen werde, da des Prinzen Ansichten dahin gingen, Preußen müsse Pommern, Mecklenburg, Bremen und Verden annektieren, „er kümmere sich so wenig um einen Rechtstitel für das, was er beanspruche, wie Alexander oder Cäsar". [1])

Inzwischen war am 22. Dezember 1794 der Antrag des Kurfürsten von Mainz, den Kaiser und den preußischen König zur Einleitung von Friedensverhandlungen mit Frankreich aufzufordern, vom Regensburger Reichstag mit großer Majorität angenommen. Heinrich beeilte sich auf die Nachricht hiervon, seine Ansichten über die Grundlagen eines solchen Reichsfriedens dem Könige in einer langen Denkschrift vom 1. Januar 1795 zu unterbreiten. [2]) Er machte zunächst auf die zeitraubenden Formfragen aufmerksam, die alle Verhandlungen mit dem Reich erschwerten, und schlägt daher vor, daß die Fürsten ihre Gesandten mit ausgedehnten Vollmachten für die Beschleunigung der Beratungen und deren Abschluß binnen einer bestimmten Frist versehen sollten. Während man sich in Regensburg noch mit dem Gedanken einer Erhaltung der Integrität des Reichs schmeichelte, betonte der Prinz scharf die Notwendigkeit territorialer Abtretungen. Es sei nicht darauf zu rechnen, daß die Franzosen unter Berufung auf ihre Garantie des westphälischen

[1]) Berichte Malmesburys aus Braunschweig vom 12. und 14. Dezember 1794 in „Diaries and Correspondence of James Harris" Bd. III S. 169 ff.

[2]) Exposé sur la médiation du Roi pour l'empire et des moyens qui paraissent les plus utiles pour la conduite de cette entreprise. Abschrift im H.-A. vom 1. Januar 1795.

Friedens bewogen werden könnten, alle von ihnen in den letzten Feldzügen gemachten Eroberungen wieder herauszugeben. Ein neuer Feldzug würde nur weitere Verluste herbeiführen. Diese traurigen aber unumstößlichen Wahrheiten müsse man den Reichsfürsten vorstellen und ihnen dabei ein militärisches Tableau unterbreiten zur Veranschaulichung derjenigen Plätze und strategischen Punkte, welche die Franzosen zur Sicherung ihrer Grenzen voraussichtlich beanspruchen würden. Der Prinz bezeichnet als solche Punkte Trier, Saarbrücken, Speier, Landau und spricht die Befürchtung aus, daß, wenn der französischen Armee inzwischen auch die Eroberung von Mainz gelingen sollte, die Herausgabe dieser Festung im Frieden nicht durchzusetzen sein würde. Vielleicht ließe sich bei minder wichtigen Plätzen ein Rückkauf vorschlagen oder eine Verpachtung der weltlichen und geistlichen Domänen, wodurch den Fürsten wenigstens ihre Revenüen erhalten blieben. Den Gedanken, daß die französische Republik die Abtretung aller deutschen Gebiete auf dem linken Rheinufer verlangen könnte, spricht Heinrich nicht aus, obgleich ihm bekannt sein mußte, daß eine starke Partei im Konvent sich für die Rheingrenze erklärt hatte. Auch die Frage der im Friedensvertrage von Teschen vorgesehenen russischen Garantie für die territorialen Abmachungen des westphälischen Friedens wird in der Denkschrift gestreift, doch meint der Prinz, daß Frankreich eine Einmischung Rußlands nicht zulassen werde, immerhin könne der russische Gesandte in Regensburg veranlaßt werden, auf Österreich im Sinne des Friedens einzuwirken, und man könne dieser letzteren Macht für den Verlust der Niederlande eine kleine Entschädigung (quelque legère faveur) in Aussicht stellen.

Die Möglichkeit, zu einer Verständigung mit Österreich zu kommen, scheint den Prinzen auch veranlaßt zu haben, um diese Zeit dem österreichischen Gesandten in Berlin vertrauliche Eröffnungen über die politische Lage zu machen. Fürst Reuß war inzwischen schon durch Haugwitz von der Entsendung des Grafen Goltz nach Basel mit dem Bemerken benachrichtigt, daß

dessen Aufgabe sich darauf beschränke, auszumitteln, unter welchen Bedingungen der Friede mit Frankreich hergestellt werden könnte. Der König von Preußen, so hatte Haugwitz versichert, denkt nicht daran einen Separatfrieden zu schließen, sondern würde, sobald sich günstige Aussichten für eine Verhandlung mit den französischen Machthabern zeigen, den Wiener Hof hiervon benachrichtigen und im Einvernehmen mit diesem weiter vorgehen. Der Gesandte, der den ministeriellen Versicherungen keineswegs unbedingten Glauben schenkte, versuchte in seiner Unterredung mit dem Prinzen Heinrich näheres über die wirklichen Absichten der preußischen Regierung zu erfahren, „da", wie er an Thugut berichtet, „mir bekannt ist, wie gern dieser Herr perorieren sich selbst hört und wie ein hie und da geäußertes Zeichen der Verehrung seiner Einsichten den Fluß der Rede befördert". Diese Erwartung schien auch in Erfüllung zu gehen. Nach einem längeren Vortrage über die Verkehrtheit, die französische Revolution mit Waffen bekämpfen zu wollen, und über die Notwendigkeit eines Friedensschlusses wandte der Prinz sich plötzlich an den Gesandten mit den Worten, er wolle ganz offenherzig reden, wenn dieser ihm bei seiner Ehre verspreche, ihn an keinen der Minister in Berlin zu verraten. Reuß gab den geforderten Handschlag und erfuhr dann, daß der Prinz selbst, nachdem der König seine Meinung zu wissen verlangt, zu der Mission von Goltz nach Basel geraten habe, um die französische Regierung wegen ihrer Geneigtheit zu Friedensverhandlungen zu sondieren. Der Prinz hoffe, es werde ihm mit der Zeit gedankt werden und auch der Kaiser mit ihm zufrieden sein, da, im Fall es Preußen glücken sollte, einen Generalfrieden zu erwirken, das Kaiserliche Haus eine billige Entschädigung erhalten werde. Reuß fügte in seinem Berichte hinzu, auch Bischoffwerder habe sein Einverständnis mit den Ratschlägen des Prinzen und insbesondere mit der von diesem empfohlenen Offenheit Österreich gegenüber ausgesprochen, woraus der Gesandte dann den Schluß zieht, „daß dem Prinzen Heinrich in

der hiesigen Staatsregierung eine Hauptrolle zugeteilt worden ist".[1])

Wenn auch Thugut die Aufrichtigkeit der guten Gesinnungen Heinrichs für das Haus Österreich zu bezweifeln erklärte und nicht glaubte, daß dessen Einfluß auf die Geschäfte dauernd und entscheidend sein würde, so hatte der Prinz durch seine theatralische Szene mit dem Fürsten Reuß doch so viel erreicht, daß dieser wenigstens ihn wieder für eine wichtige politische Persönlichkeit hielt und eine günstige Einwirkung von ihm auf die österreichisch-preußischen Beziehungen erhoffte. Auch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Prinz damals eine gewisse Rücksicht auf die Interessen Österreichs empfahl in der freilich trügerischen Hoffnung, den Beistand des Kaiserstaates in den Differenzen mit Rußland über die polnischen Angelegenheiten zu gewinnen. Nach dem ergebnislosen Verlauf der im Dezember 1794 zu Petersburg zwischen den Vertretern Preußens, Rußlands und Österreichs abgehaltenen Konferenzen wegen einer Teilung Polens hatte der russische Spezialgesandte Alopeus in Berlin am 7. Januar eine Denkschrift überreicht, worin Katharina es schroff ablehnte, die von Preußen geltend gemachten Ansprüche auf Krakau, Sendomir und Szamaiten zu unterstützen, und ebenso schroff den Gedanken der Erhaltung eines unabhängigen Polen zurückwies. Der Prinz, der von dieser Denkschrift sofort Kenntnis erhalten zu haben scheint, sah in diesem Auftreten Rußlands mit Recht einen Anlaß, die Friedensverhandlungen mit Frankreich zu beschleunigen, um den Kaiserhöfen gegenüber mit größerer Festigkeit auftreten zu können. Nach Abschluß des Friedens solle der König sich an den österreichischen Kaiser wenden und ihm seine guten Dienste für die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zu Frankreich anbieten unter Zusicherung eines, wenn auch minder wichtigen, doch immerhin wertvollen

[1]) Bericht von Reuß an Thugut vom 10. Januar 1795 bei Vivenot, Quellen zur Politik Österreichs Bd. V S. 81—84.

Äquivalents für die Niederlande. Man müsse, meinte der Prinz, dem Kaiser vorstellen, daß, wenn er sich gänzlich an England anschlösse, diese Seemacht ihn später im Stiche lassen und ihren Frieden mit der französischen Republik machen werde, ohne für Österreich eine Entschädigung auszubedingen. Auch über die neue Teilung Polens sollten die beiden deutschen Mächte sich verständigen, wobei ein Verlust Krakaus für Preußen noch eher zu ertragen wäre als ein Vorrücken Rußlands über die Weichselgrenze.[1])

Diese Kombination schwebte freilich in der Luft, da Österreich inzwischen nicht nur in der polnischen Frage feste Abmachungen mit dem Petersburger Hofe getroffen, sondern auch, was dem Prinzen Heinrich so unbekannt geblieben war als der preußischen Regierung, schon am 3. Januar 1795 einen weiteren Vertrag mit Rußland abgeschlossen hatte, der seine Spitze gegen Preußen kehrte und für gewisse Fälle die gemeinsame Bekämpfung des bisherigen Alliierten vorsah.

Nicht weniger bedrohlich hatten sich die Aussichten für das Zustandekommen des Friedens mit Frankreich gestaltet. Der preußische Legationssekretär Harnier, der auf Wunsch des Wohlfahrtsausschusses in einer vertraulichen Mission nach Paris entsandt war, berichtete, daß die dortigen Machthaber den vorgeschlagenen Waffenstillstand ablehnten, ein formelles Bündnis zwischen Frankreich und Preußen wünschten und nach der Theorie von den natürlichen Grenzen Frankreichs alle Gebiete auf dem linken Ufer des Rheins beanspruchten. Gleichzeitig war den französischen Truppen die Eroberung Hollands gelungen und es ließ sich nicht erwarten, daß unter dem frischen Eindruck dieses Erfolges die Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses ihre Forderungen ermäßigen und größere Nachgiebigkeit gegen Preußen zeigen würden. Bischoffwerder schrieb in diesen Tagen an Struensee, welcher ihm die Denkschrift des Prinzen vom 16. Januar mitgeteilt hatte, daß seine

[1]) Réflexions sur l'état présent des affaires vom 16. Januar 1795. H.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 10, S. 205—207.

eigenen Hoffnungen auf den Frieden infolge der letzten Nachrichten aus Paris wankend geworden wären, und äußerte die Befürchtung, daß die Jakobiner in Frankreich wieder das Übergewicht gewinnen und den preußischen Friedenswünschen unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen würden.

Heinrich suchte diese Befürchtungen zu zerstreuen. Er übersandte dem König, den er jetzt fast täglich sah und sprach, eine neue Denkschrift, worin versucht war, nachzuweisen, daß die Eroberung Hollands durch die Franzosen an den friedlichen Gesinnungen Frankreichs gegenüber Preußen nichts ändern könne. Er erinnerte daran, daß es schon ein alter Plan der französischen Politik sei, Holland zum Bundesgenossen zu haben, um dadurch die Machtmittel im Kampfe gegen England zu vermehren. Das Gelingen dieses Planes im gegenwärtigen Augenblicke werde nicht die Partei der Jakobiner stärken, sondern im Gegenteil die jetzt nach dem Sturze Robespierres in Paris herrschende gemäßigte Partei, welche sich ihren Gegnern gegenüber auf einen so glänzenden Sieg der französischen Waffen berufen könne. Das Ansehen dieser Partei müsse mithin in der öffentlichen Meinung steigen und es ihr erleichtern, mit dem Könige zu verhandeln. Auch auf die im Konvent laut gewordene Forderung der Rheingrenze, die ein Hindernis für den Abschluß des Friedens bilden könne, war in der Denkschrift eingegangen. Der Prinz fand, man müsse hierüber weitere Berichte von Goltz und Harnier abwarten, der König möge sich in seinen Antworten und Entschlüssen nicht übereilen. Was endlich die militärische Lage betraf, die, wie Heinrich sich nicht verhehlen konnte, nach der Occupation Hollands durch die französischen Heere eine für ganz Niederdeutschland bedrohliche geworden war, so ging des Prinzen Rat dahin, die noch intakte preußische Rheinarmee zur Verteidigung des Staates zusammenzuhalten und deren Stellung sorgfältig zu wählen, um etwaigen französischen Angriffen begegnen zu können.[1])

[1]) Réflexions vom 23. Januar 1795. Abgedruckt in Urkunde Nr. 11, S. 207—209.

Diese militärischen Gesichtspunkte finden sich in dem Entwurf einer für den Grafen Goltz bestimmten Instruktion, die der Prinz wenige Tage darauf einreichte, weiter entwickelt.[1]) Sein Vorschlag ging dahin, daß Marschall Möllendorff die Umgebung von Mainz räumen und eine Stellung hinter Frankfurt einnehmen sollte. In demselben Schriftstück werden dann die bei den Verhandlungen in Basel zu besprechenden politischen Fragen noch einmal erörtert. Nach Ansicht Heinrichs sollte Goltz zwar alles versuchen, um die Rückgabe der von den Franzosen besetzten linksrheinischen Gebiete des Königs durchzusetzen, sich aber anderseits wohl hüten, es über diesen Streitpunkt zum Bruch kommen zu lassen. Im schlimmsten Falle könne Goltz die nur vorläufige Rückgabe dieser Gebiete von Preußen bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens mit dem Reich und dem Kaiser (restitution honorifique) und in einem geheimen Artikel die Abtretung derselben gegen entsprechende Entschädigung zugestehen. Als eine solche waren in der Denkschrift Vorpommern und Rügen bezeichnet, die Frankreich von Schweden erwerben und dann Preußen überlassen sollte. Bezüglich des Reichsfriedens wiederholte der Prinz seine früheren Argumente für dessen schleunige Herbeiführung auf Grund der Initiative und unter der Vermittelung des Kurfürsten von Mainz.

Diese Vorschläge sind nicht ohne Einfluß auf die Instruktionen gewesen, die Goltz unter dem 28. Januar für die Verhandlungen mit Barthélémy, dem Vertreter der französischen Republik in Basel, erhielt. Innerhalb des Kabinetts-Ministeriums, welches die Instruktionen zu entwerfen hatte, gingen die Ansichten, wie gewöhnlich, weit auseinander. Der alte Graf Finckenstein, in dem noch die Traditionen der friederizianischen Zeit fortlebten, verwarf jeden Gedanken einer Abtretung preußischer Gebietsteile an Frankreich und verlangte eine Er-

[1]) Projet qui peut servir d'instruction au comte de Goltz vom 26. Januar 1795. Abgedruckt bei Ranke a. a. O. Bd. V S. 72—75.

klärung an den Wohlfahrtsausschuß, daß der Anspruch auf die Rheingrenze unvereinbar mit den Friedensverhandlungen sei. Der zweite Minister Graf Alvensleben, welcher den Krieg gegen Frankreich von Anfang an verurteilt hatte und daher ebenso wie der Prinz Heinrich von der Kriegspartei und den fremden Diplomaten der „Jakobiner" genannt wurde, war umgekehrt der Meinung, daß angesichts der drohenden Haltung des Wiener und des Petersburger Hofes und der vollständigen Erschöpfung der preußischen Finanzen der Friede mit Frankreich eine Notwendigkeit geworden und durch Abtretung der linksrheinischen Besitzungen gegen eine reichlich bemessene Entschädigung und gegen eine französische Garantie der von Preußen beanspruchten polnischen Gebietsteile nicht zu teuer erkauft sei. Haugwitz, der weder die Verantwortlichkeit für einen Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich übernehmen noch die Forderung der Rheingrenze zugestehen wollte, hoffte diese letztere Frage vertagen zu können durch die Erklärung, daß die Abtretung des linken Rheinufers nicht in einen preußischen Separatfrieden gehöre, sondern erst bei dem künftigen allgemeinen Reichsfrieden zur Erörterung kommen könnte. Friedrich Wilhelm II., in seinem Herzen immer noch mehr zu einer Verständigung mit den Koalitionsmächten als mit dem revolutionären Frankreich geneigt, entschied sich für diesen Ausweg, der, wenn die Franzosen darauf eingingen, das Odium einer ersten Preisgabe deutschen Gebietes an den westlichen Nachbar wenigstens nicht ausschließlich mit dem preußischen Namen verknüpfte.

Das System des Temporisierens und des halben Nachgebens, der Mangel eines klaren Entschlusses und fester Ziele blieben auch in dem ferneren Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich die charakteristischen Merkmale der preußischen Politik. Das Programm des Prinzen Heinrich war einfach und verständlich: Schleuniger Abschluß eines Separatfriedens mit Frankreich, Anerkennung der preußischen Vermittelung für den Reichsfrieden und womöglich auch für Holland und Österreich,

Abtretung der Besitzungen Preußens auf dem linken Rheinufer gegen ein entsprechendes Äquivalent, und als Zukunftsplan ein enges Einvernehmen zwischen Preußen und Frankreich in allen europäischen Fragen. Der König scheute jedoch schon vor dem Worte Separatfrieden zurück, er ließ die hierüber umlaufenden Gerüchte noch Ende Dezember und Anfang Januar 1795 nicht nur durch Haugwitz, sondern auch durch seine Gesandten in London und Petersburg als grundlose und ihn persönlich beleidigende Verleumdungen amtlich dementieren. Sein Abscheu gegen das revolutionäre Frankreich, sein Mißtrauen gegen die Absichten der Machthaber in Paris waren so stark, daß er, während die Friedensverhandlungen in Basel geführt wurden, wiederholt eine kriegerische Sprache führte und sogar zu einer Wiederanknüpfung der Subsidienverhandlungen mit England bereit war, wenn das englische Ministerium die Initiative hierzu ergreifen und bestimmte Vorschläge machen würde.

Heinrich, der die wechselnden Stimmungen und die auf Grund augenblicklicher Eindrücke gefaßten plötzlichen Entschließungen seines Neffen aus langer Erfahrung kannte, suchte ihn durch mündliche Vorstellungen und immer neue Denkschriften auf dem mit der Entsendung von Goltz nach Basel betretenen Wege festzuhalten. Der Denkschrift vom 26. Januar ließ er bereits am 1. Februar ein langes Exposé folgen, worin er die Aussichten, welche eine Fortsetzung des Krieges gegenüber den Vorteilen eines Friedensschlusses bieten könnte, mit ruhiger Gelassenheit abwog.[1]) Er bemühte sich nachzuweisen, daß ein neuer Feldzug am Rhein, auch wenn die preußischen Truppen die ihnen gegenüber stehende französische Armee schlagen würden, ohne ein dauerndes strategisches Ergebnis bleiben müsse, da weder das österreichische Heer noch die nach dem Verlust der Niederlande in völlige Auflösung geratenen

[1]) Exposé sur la guerre et sur la paix vom 1. Februar 1795. Abgedruckt bei Ranke a. a. O. Bd. V S. 49—56.

holländisch-englischen Truppen die preußischen Operationen wirksam unterstützen könnten. Die Denkschrift verbreitet sich dann über die Nachteile und Vorzüge des Friedens zwischen Preußen und Frankreich, wobei die Abtretung der linksrheinischen Besitzungen des Königs als ein schmerzliches Ereignis bezeichnet wird, das jedoch der preußischen Ehre nicht zuwiderlaufe, da zu allen Zeiten auch die mächtigsten Staaten bei Friedensschlüssen derartige Opfer hätten bringen müssen. Der Prinz schloß mit der Versicherung, daß er nichts mehr wünsche, als durch triftige Gründe von der Unrichtigkeit des von ihm entwickelten Systems überzeugt zu werden, daß aber niemand auf der Welt von den Interessen des Staates und des Königs mit mehr Eifer, mehr Wahrheitsliebe und mehr Uneigennützigkeit sprechen könne, als er es gethan habe.

Es läßt sich aus den vorliegenden Korrespondenzen nicht mit Sicherheit entnehmen, ob dieses Exposé, das in seinem militärischen Teile einleuchtender erscheint als in seinem politischen, vollständig zur Kenntnis des Königs gebracht worden ist. Bischoffwerder, der es zunächst erhielt, schrieb dem Prinzen am 4. Februar, das von diesem entworfene Bild von der gegenwärtigen Lage der preußischen Monarchie sei so treu und richtig aufgefaßt, daß er es den Augen des Königs zu unterbreiten wünsche, bevor der Kurier mit den Nachrichten über die französischen Friedensbedingungen eintreffe. In einem späteren Briefe vom 16. d. Mts. stellte er jedoch der Entscheidung des Prinzen anheim, ob es nicht besser sei, dessen politisches Exposé dem Könige erst dann vorzulegen, „wenn eine endgültige und abschließende Entscheidung eine solche Unterstützung erforderlich zu machen scheine". Man gewinnt hiernach den Eindruck, daß Friedrich Wilhelm von den unablässigen und in etwas lehrhaftem Tone gehaltenen Denkschriften seines Oheims übersättigt war, und daß der kluge Bischoffwerder, der den Charakter seines Herrn genau kannte, auf diese Stimmung Rücksicht nehmen mußte. Eigentümlich berührt es, daß Bischoffwerder selbst, um nicht den Argwohn

des Königs zu erregen, allzuhäufige persönliche Begegnungen mit dem Prinzen Heinrich zu vermeiden suchte. Er entschuldigt es einmal mit dem schlechten Zustand seiner Beine, wenn er den Prinzen nach der Abreise des Königs nicht aufgesucht habe, und fügt dann mit feiner Schmeichelei hinzu: „Übriges werde ich um das Glück, mit dem Vertrauen Eurer Königlichen Hoheit beehrt zu werden, nur zu sehr beneidet, sodaß ich in diesem Augenblick mir die Gelegenheit zu nutze machen muß, wo Sie mir gestatten, Ihnen meine Huldigungen persönlich zu Füßen zu legen.[1])

Scharfsichtige Beobachter, wie der Herzog von Braunschweig, weissagten schon damals, daß das Bündnis zwischen Heinrich und Bischoffwerder nicht von langer Dauer sein werde, letzterer würde den Prinzen verlassen, sobald ein Wechsel in den Gesinnungen des Königs eintrete. Der Herzog selbst korrespondierte über die politische Lage sowohl mit Friedrich Wilhelm als auch mit Bischoffwerder und dem Prinzen, dessen Ansichten über die französische Revolution er in vertraulichen Gesprächen als demokratisch und staatsgefährlich bezeichnete. Einen Besuch, den Heinrich im August 1794 in Braunschweig machte, nannte der Herzog sarkastisch „une visite démocrate en manteau royal". Er betrachtete mit Besorgnis die Wendung, welche die politischen Angelegenheiten in den letzten Monaten jenes Jahres genommen hatten: Die Kündigung des Haager Subsidienvertrages, die steigende Entfremdung zwischen Preußen und den Koalitionsmächten, die französischen Waffenerfolge in Holland. In einem Schreiben an den Prinzen Heinrich vom 16. Januar 1795 sprach er sich zwar für Verhandlungen mit Frankreich aus, aber nicht für einen Frieden unter ungünstigen Bedingungen. „Wenn die Mündungen des Rhein und der Maas zu den französischen Eroberungen gehören, welche Mächte", so fragte der Herzog, „würden dann noch Widerstand

[1]) Brief Bischoffwerders an den Prinzen Heinrich vom 4. Februar 1795. H.-A.

leisten können gegen diesen Koloß, geleitet von Prinzipien, vor denen Europa zittern muß?" Trotz aller Friedensverhandlungen müsse man sich auf einen weiteren Feldzug vorbereiten und vor allem keinen Separatfrieden schließen, denn der Staat, der ihn schlösse, würde durch seinen Abfall alle nur erdenklichen Unglücksfälle über diejenigen heraufbeschwören, die durch die Umstände zur Fortsetzung des Krieges genötigt wären. „Einer Macht, die alle Bande der Gesellschaft zerrissen und Raub und Zerstörung alles Eigentums zum Prinzip erklärt hat, kann nur die Einheit der anderen Mächte gegenüber gestellt werden." Kurz darauf entsandte der Herzog eine Vertrauensperson, Herrn v. Riedesel, nach Berlin, um angesichts der wechselnden Nachrichten über den Fortgang der preußisch-französischen Verhandlungen genaueres über die Stimmungen und Entschließungen des dortigen Hofes zu erfahren und gleichzeitig wegen einer Verteidigung von Norddeutschland gegen eine von Holland aus zu erwartende französische Invasion Vorkehrungen zu treffen. Herr v. Riedesel hatte auch eine längere Unterredung mit dem Prinzen Heinrich, der ihm die Gründe, welche Preußen zum Frieden nötigten, ausführlich entwickelte: Vollständiger Geldmangel, allgemeine Unzufriedenheit im Volke und im Heere mit dem französischen Kriege, die unbedachten und gefährlichen Pläne des englischen Ministeriums, die drohende Haltung Österreichs an der polnischen Grenze, wo man sogar eine baldige Offensive gegen Preußen besorgen müsse. Von der Katastrophe in Holland erwartete der Prinz eine Verstärkung der französischen Seemacht im Kampfe gegen England. „Ich glaube", schloß er seine Ausführungen, „daß der Friede gewiß und notwendig ist. Ich habe nur das Wohl meines Vaterlandes im Auge, und ich will es vor dem Wege zum Untergange bewahren, auf den andere es geführt haben."

Die gleiche Gesinnung, die aus diesen letzten Worten sprach, trug Heinrich auch dem Abgesandten der englischen Regierung in Berlin, Lord Spencer gegenüber zur Schau, der mit großem Eifer bemüht war, den Subsidienvertrag zwischen

England und Preußen zu erneuern. Der König, meinte Spencer in einem Berichte an Lord Grenville vom 28. Februar 1795,[1]) brenne vor Begierde, trotz des Widerstandes von seiten des Prinzen Heinrich und des ganzen Ministeriums, einen weiteren Feldzug gegen Frankreich zu unternehmen, wenn er nur eine finanzielle Unterstützung von England erhalte. Umgekehrt wünsche der Prinz, jede Verbindung zwischen den Höfen von London und Berlin zu vernichten, und führe England gegenüber eine unfreundliche Sprache. „Derselbe nahm vor ein paar Tagen Gelegenheit, eine lange Unterhaltung mit mir über den Krieg anzuknüpfen, in deren Verlauf er seinem Groll gegen unsere Minister, unsere Offiziere und Soldaten Luft machte und zum Schluß sagte, England habe die Franzosen zum Krieg gezwungen und könne jetzt nicht Frieden machen, auch wenn es dazu geneigt wäre. Die Festlandsmächte dagegen hätten kein Interesse an der Fortsetzung des Krieges, ihre Hilfsquellen wären erschöpft, und wiewohl man sie durch neue Subsidien in Stand setzen könne, ihre Truppen ins Feld zu stellen, so werde das Land dadurch nicht für die Verluste entschädigt, die es erleide."

Die Verschiedenheit zwischen den Äußerungen des Königs und seines Oheims hob auch der Prinz Ernst von Mecklenburg-Strelitz hervor, der in jenen Februartagen in Berlin war, um im englisch-hannoverschen Interesse auf Friedrich Wilhelm einzuwirken. „Der König", so erzählt er dem in Braunschweig anwesenden Lord Malmesbury, „läßt uns das Beste hoffen, er führt kriegerische Reden. Prinz Heinrich dagegen predigt den Frieden und erklärt, daß sein Plan, auch wenn er noch auf Schwierigkeiten und Hindernisse stoße, doch schließlich zum Ziele führen werde."

In der That war der Prinz damals in der zuversichtlichsten Stimmung wegen des Gelingens seiner Friedenspolitik

[1]) Abgedruckt bei Herrmann: Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband S. 511 und 512.

und trug kein Bedenken, sich bei jeder Gelegenheit in diesem Sinne zu äußern. Zu dem Obersten von Massenbach, der sich im Auftrage des Marschalls Möllendorff in Berlin befand, sagte er: „Der Friede mit Frankreich ist gewiß, ich habe die Sache eingeleitet und betreibe sie hier. Dieser Krieg ist mit Dummheit angefangen und mit Dummheit geführt. Er ist gegen das Interesse unseres Landes, man muß ihn endigen. Wir haben andere Feinde als die Franzosen.“[1])

Diese Monate von Ende Oktober 1794 bis Ende Februar 1795 waren denkwürdig in dem Leben Heinrichs. Zwar überschätzte er seinen Einfluß auf den König, der weit entfernt war, sich der Leitung des franzosenfreundlichen Oheims zu überlassen, aber immerhin dessen Ratschlägen in wichtigen Punkten Gehör gegeben hatte und vertraulicher mit ihm verkehrte, als in irgend einer früheren Epoche seiner Regierung. Bei der großen Verstellungskunst des Königs ließ sich freilich schwer entscheiden, inwieweit diese Aussöhnung eine ernstgemeinte war, und noch weniger voraussehen, ob nicht bald wieder ein Umschlag eintreten würde. Unter den Diplomaten des Berliner Hofes, die das aufsteigende Gestirn des Prinzen mit gespannten Blicken verfolgten, zeigte sich Fürst Reuß am besten informiert. Er berichtete noch Anfang Februar von dem wachsenden Einfluß des Prinzen, der dem König jetzt täglich Privatbesuche mache und die Unterstützung von Struensee und Bischoffwerder genieße, auch durch seinen „vor andern vorzüglichen Verstand und seine Gabe der Darstellung“ Aussichten habe, gegenüber den „feindseligen Eingebungen der altpreußischen Kabale“ seinen Einfluß zu behaupten. Freilich, fügte Reuß in seinem Bericht hinzu, habe Haugwitz mehreren fremden Ministern gegenüber geäußert, „daß der König seinem Herrn Oheim nur halbe Konfidenzen mache und seinem Rat

[1]) Oberst v. Massenbach: Memoiren zur Geschichte des preußischen Staates unter den Regierungen Friedrich Wilhelms II. und III. Amsterdam 1809. Bd. II S. 91.

zu folgen nur scheine."[1]) Die Hoffnung von Reuß, mit Hilfe des Prinzen und Bischofswerders eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich vorzubereiten, war inzwischen immer mehr geschwunden. Auch abgesehen von dem russisch-österreichischen Vertrage vom 3. Januar 1795, der nicht nur vor der preußischen Regierung, sondern, wie es scheint, auch vor dem Fürsten Reuß geheim gehalten wurde, bewies die vom englischen Parlamente im Februar 1795 vorläufig genehmigte Garantie eines neuen österreichischen Anlehens in Höhe von mindestens 4 Millionen Pfund Sterling, daß der Kaiserstaat entschlossen war, die Waffen gegen Frankreich nicht niederzulegen. Die Stimmung in England war damals so kampflustig, daß Pitt gleichzeitig ohne Schwierigkeiten die parlamentarische Zustimmung zur Aufnahme einer Anleihe von 18 Millionen Pfund Sterling erhielt, welche für militärische Rüstungen verwandt werden sollten. Die Aussichten auf einen allgemeinen Frieden durch preußische Vermittelung waren hiermit wieder in weite Ferne gerückt, nur ein Separatfriede Preußens mit Einschluß der Reichsstände, die sich den Bedingungen eines solchen Friedens anschließen wollten, schien noch erreichbar. Fürst Reuß, der sich gelegentlich bei Haugwitz nach dem Stand der Verhandlungen in Basel erkundigte, erhielt immer ausweichendere und einsilbigere Antworten. Die Sprache der französischen Bevollmächtigten, so versicherte der Minister, berechtige zu den schönsten Hoffnungen, doch könne noch nichts Bestimmtes angegeben werden, „weil man mit solcher Art von Menschen außerordentlich behutsam sein müsse". Der König werde offen Mitteilung machen, sobald eine sichere Grundlage erkennbar sei. Bei einer etwaigen Fortsetzung des Krieges erscheine ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen den verbündeten Mächten nötiger als je.

Der langsame Gang der Verhandlungen in Basel erklärte sich zum Teil durch den plötzlichen Tod des preußischen Bevoll-

[1]) Bericht von Reuß an Thugut vom 4. Februar 1795. Abgedruckt bei Zeißberg a. a. O. Bd. V S. 96—98.

mächtigten Grafen Goltz, der schon nach den ersten Konferenzen mit Barthélémy an einem Gallenfieber erkrankt und am 5. Februar gestorben war. Zu seinem Nachfolger wurde der Minister der beiden fränkischen Fürstentümer, Graf Hardenberg ernannt, der während des französischen Krieges schon wiederholt zu diplomatischen Missionen verwendet war und neben Haugwitz einen gewissen Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Politik Preußens erlangt hatte. Es darf als sicher gelten, daß Prinz Heinrich bei der Wahl dieses Bevollmächtigten nicht mehr beteiligt war. Er schätzte den Geist und die Kenntnisse Hardenbergs, hielt ihn aber als Hannoveraner der Hinneigung zu England für verdächtig und für einen Gegner jeder engeren Verbindung zwischen Preußen und Frankreich. Hardenberg, der Ende Februar in Berlin eintraf und am 3. März nach Basel abreiste, ist, soviel wir wissen, dem Prinzen damals persönlich nicht nähergetreten, es findet sich auch kein Anzeichen dafür, daß dieser noch an den vom 28. Februar datierten Instruktionen für den neuen Gesandten mitgewirkt hat. Ihr Inhalt entsprach zwar den Ansichten Heinrichs insoweit, als er mit der eventuellen Abtretung der linksrheinischen Besitzungen Preußens unter Zusicherung einer angemessenen Entschädigung, wozu Hardenberg entgegen seiner eigenen Überzeugung ermächtigt wurde, einverstanden war, dagegen hat er den vom König gebilligten Hardenbergschen Gedanken einer Demarkationslinie zwischen den Heeren der kriegführenden Mächte zur Sicherung der Neutralität aller in den Frieden eingeschlossenen Reichsstände sofort als unpraktisch und undurchführbar verworfen. Überhaupt konnte ihm die Wahl eines Bevollmächtigten, der im Rufe englischer Sympathien stand und kein unbedingter Anhänger eines preußischen Separatfriedens mit Frankreich war, wenig willkommen sein. Es ist daher wohl kein Zufall, daß gerade während des Aufenthalts von Hardenberg in Berlin das Verhältnis zwischen Heinrich und dem Könige sich wieder verschlechtert hatte. Ob hierzu außer den politischen Meinungsverschiedenheiten auch persönliche Motive und fremde Intriguen

noch mitgewirkt haben, läßt sich mit voller Sicherheit nicht mehr entscheiden. Fürst Reuß, der in einem Berichte vom 5. März 1795 die eingetretene „Spannung" zwischen Friedrich Wilhelm II. und Heinrich meldet, giebt dem Marquis Lucchesini Schuld, der von Wien aus insinuiert habe, daß der König durch seinen Oheim und Bischoffwerder „dirigiert" werde. Der König, in diesem Punkte bekanntlich sehr empfindlich, soll darauf nach den Angaben von Reuß dem General Bischoffwerder eine heftige Scene gemacht und, als dieser nach versuchter Rechtfertigung das Zimmer verließ, zwischen den Zähnen gemurmelt haben: „ce coquin ne me gouvernera pourtant pas", wobei es zweifelhaft blieb, ob der Günstling oder der Oheim mit dem coquin gemeint war. Die ganze Erzählung klingt wenig wahrscheinlich, da nicht ersichtlich ist, warum Lucchesini gerade gegen den Prinzen Heinrich, mit dessen politischer Richtung er in diesem Augenblicke vollständig einverstanden war, intriguiert haben sollte. Lucchesini hatte schon seit lange den Austritt Preußens aus der Koalition und den Separatfrieden mit Frankreich in Verbindung mit einem festen Auftreten gegen die Ostmächte empfohlen und teilte auch die Abneigung Heinrichs gegen jedes Zusammengehen mit England. In Wien, wo man die scharfe Beobachtungsgabe und die spitze Feder dieses preußischen Diplomaten fürchtete, suchte man vergeblich seine Abberufung durchzusetzen, und machte ihn für alles verantwortlich, was die Kluft zwischen Österreich und Preußen erweitern konnte. Es lag daher für Reuß nahe, an Lucchesini zu denken, als er zu bemerken glaubte, daß der Einfluß des Prinzen und Bischoffwerders, die er beide damals für Anhänger einer den österreichischen Interessen günstiger gesinnten Politik hielt, wieder nachzulassen begann. Auch Heinrich selbst hat die Störung seines Verhältnisses zu dem Könige den ihm nicht unbekannt gebliebenen Intriguen und Verleumdungen seiner Widersacher zugeschrieben, die er jedoch hauptsächlich im Lager der französischen Emigranten und der englischen und russischen Diplomatie suchte. Struensee schrieb ihm kurz nach der Abreise

Hardenbergs am 7. März 1795: „Die bekannten Insinuationen dauern noch fort," ohne jedoch hinzuzufügen, von welcher Seite diese Insinuationen ausgingen.

Als Thatsache steht fest, daß während des zweiten Teiles der Verhandlungen in Basel, die nunmehr zwischen Hardenberg und Barthélémy zu Ende geführt wurden, der Prinz keinen Einfluß mehr auf die Entschließung der preußischen Regierung ausgeübt hat, sondern sich mit der Rolle eines Zuschauers begnügen mußte. Es finden sich aus dieser Zeit weder neue Denkschriften des Prinzen noch Korrespondenzen mit dem Könige oder Bischoffwerder. Nur Struensee meldete ihn am 7. März, daß nach den bestimmten und ausführlichen Instruktionen Hardenbergs an einer baldigen Beendigung der Friedensverhandlungen nicht zu zweifeln sei, und der Herzog von Braunschweig machte seinem Oheim das Kompliment, daß inmitten der Schwankungen der preußischen Politik der Prinz wie ein Felsen sei, „gegen welchen die aufgeregten Wogen sich brechen und der, wenn die Ruhe wiedergekehrt ist, den im Sturm zerstreuten Schiffen als Wahrzeichen dienen wird, um die sicherste Einfahrt in den Hafen zu zeigen." [1])

Der Herzog war nicht der einzige, der in jenen Tagen über die schwankende und zweideutige Haltung der preußischen Politik klagte, die allerdings durch die damalige Weltlage bis zu einem gewissen Grade entschuldigt oder wenigstens erklärt wird. Friedrich Wilhelm war voll Mißtrauen gegen den Konvent und den Wohlfahrtsausschuß, dessen zwölf Mitglieder nach der Verfassung beständig wechseln mußten und daher keine Garantie für eine konsequente Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten boten. In der That lauteten die Instruktionen an Barthélémy für die Friedensverhandlungen mit Preußen in Basel oft sehr verschieden, je nachdem die Anhänger der extremen oder der gemäßigten Partei das Übergewicht im Wohlfahrtsausschuß hatten. Friedrich Wilhelm glaubte daher

[1]) Brief des Herzogs an den Prinzen Heinrich vom 2. März 1795. H.-A.

immer mit der Möglichkeit eines Abbruchs der Verhandlungen rechnen zu müssen und wünschte, nicht alle Brücken zu einer Verständigung mit den Koalitionsmächten abzubrechen. Er schrieb in diesem Sinne am 20. März dem Herzoge von Braunschweig: „Obgleich ich noch die Hoffnung hege, meinen Unterthanen den Frieden zu geben, so ist es doch nichtsdestoweniger notwendig, mit Vorsicht und Entschlossenheit zu handeln," Worte, die der Herzog dahin auslegte, daß, wenn England wolle, die Verhandlungen in Basel abgebrochen und Preußen wieder für die Koalition gewonnen werden könne. Derselben Ansicht war Lord Spencer in Berlin, der seiner Regierung am 10. März meldete, Hardenberg werde, in Übereinstimmung mit den Wünschen des Königs wegen Fortsetzung des Krieges, alles thun, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, bis über die Frage der englischen Subsidien entschieden sei. Auch Haugwitz mußte um diese Zeit noch wiederholen, daß Hardenberg nur ausfindig machen solle, auf welchem Wege eine „generale Pacifikation" erzielt werden könne und daß „der König das Interesse seiner hohen Alliierten und des Deutschen Reiches dabei zum Hauptaugenmerk nehmen werde." [1]) In Wirklichkeit suchte Hardenberg, der am 18. März in Basel eingetroffen war, anfangs zu temporisieren, weil er der richtigen Ansicht war, daß die öffentliche Meinung in Frankreich mehr und mehr zum Frieden mit Preußen dränge, und daß daher kein Grund vorliege, sich vom Wohlfahrtsausschuß lästige Friedensbedingungen vorschreiben zu lassen. Er hoffte sogar noch bessere Bedingungen zu erlangen, als seine eigenen Instruktionen enthielten, wenn er ermächtigt würde, nötigenfalls mit Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu drohen. Hierzu wollte sich der König, hauptsächlich wohl aus Besorgnis vor der drohenden Haltung der Kaisermächte in der polnischen Frage, nicht entschließen, doch gelang es Hardenberg immerhin, trotz des anfänglichen Widerspruches

[1]) Bericht von Reuß an Thugut vom 10. März 1795. Abgedruckt bei Zeißberg a. a. O. B. V. S. 126.

des Wohlfahrtsausschusses, die preußischen Vorschläge sowohl über die Neutralität Norddeutschlands als auch über die zeitweilige Einstellung von Feindseligkeiten gegen alle Reichsstände, welche preußische Vermittlung anrufen würden, schließlich durchzusetzen. Es kann heute kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß bei der kritischen Lage, in welcher sich der Wohlfahrtsausschuß befand, auch die Räumung der linksrheinischen Besitzungen Preußens seitens der französischen Truppen zu erreichen gewesen wäre, wenn Preußen entschlossen auf derselben bestanden hätte. Jetzt blieb es bei der Bestimmung, daß die endgültige Entscheidung über diese Lande bis zum Reichsfrieden ausgesetzt werden solle, während in einem geheimen Artikel hinzugefügt war, daß, im Fall das Reich der französischen Republik das linke Rheinufer überlasse, Preußen für seine dort gelegenen Provinzen eine anderweitige Landentschädigung erhalten solle.

In Frankreich wurde dieser Ausgang der Verhandlungen von dem Wohlfahrtsausschuß, der soeben mit Mühe einen gefährlichen Aufruhr in Paris niedergeschlagen hatte, mit Stolz und Freude begrüßt. Die Nationalversammlung genehmigte den am 5. April unterzeichneten Vertrag einstimmig mit lautem Beifall und unter dem Rufe „Vive la république!“. Obgleich keine Andeutungen über die geheimen Artikel gemacht wurden, fühlte doch jeder, daß dieser Friede eine stillschweigende Anerkennung der Forderung der Rheingrenze enthalte und für die Republik ein ruhmvoller zu nennen sei. In Preußen, wo der Krieg gegen Frankreich nie populär gewesen und mit steigender Unlust geführt war, nahm man die Nachricht von der Wiederherstellung des Friedens in allen Schichten der Bevölkerung mit großer Genugthuung auf, ohne sich klare Rechenschaft darüber abzulegen, ob die einzelnen Friedensbedingungen mit der Würde und dem Ansehen Preußens vereinbar waren. Die amtlichen Kreise zeigten sich zufrieden, auch im Heere erhoben sich nur wenige Stimmen gegen einen Vertrag, nach welchem im Widerspruch mit allen friederizianischen Traditionen beim Friedensschluß preußische Länder in der Hand des Feindes blieben.

Dagegen konnte Friedrich Wilhelm selbst nur mühsam seine Verstimmung über das ruhmlose Ende eines mit so stolzen Hoffnungen begonnenen Krieges verbergen.[1]) Mochte Hardenberg immerhin in der Denkschrift, mit der er das Ergebnis der Baseler Verhandlungen einreichte, den Frieden für „sicher, vorteilhaft und ehrenvoll" erklären, mochten die Minister beweisen, daß keine formelle Abtretung preußischen Gebiets erfolgt sei, und daß infolge der Annahme einer Neutralität für Norddeutschland und einer preußischen Vermittlung für die übrigen Reichsstände das Ansehen und der Einfluß Preußens in Deutschland wachsen würden, der König hatte das Gefühl einer persönlichen Demütigung darüber, daß die Umstände ihn genötigt hatten, sich von seinen bisherigen Verbündeten zu trennen und als erster mit den verhaßten Republikanern Frieden zu schließen. Man erzählte sich, daß er seiner Umgebung verbot, in seiner Gegenwart von dem Frieden zu sprechen, und daß, als die Königin aus Anlaß dieses Ereignisses ein Fest geben wollte, er sie bedeuten ließ, hiervon abzusehen, da es sich nicht der Mühe verlohne.[2])

Ganz andere Empfindungen erfüllten natürlich den Prinzen Heinrich bei diesem Frieden, der einen von ihm stets als unheilvoll und zwecklos bekämpften Krieg endigte und Aussichten auf die Wiederherstellung freundschaftlicher und enger Beziehungen zu Frankreich eröffnete, die ihm, mochte dort nun Republik oder Monarchie herrschen, als notwendig für die Sicherheit und das Gedeihen seines Landes erschienen. Am Tage der Unterzeichnung des Friedensinstrumentes schrieb ihm Bacher, der Sekretär der französischen Gesandtschaft in der Schweiz, welcher neben Barthélemy an den Baseler Verhandlungen mitgewirkt hatte, daß die französische Republik sich glücklich schätzen werde, unter den Auspizien des Prinzen die alten Freundschaftsbande

[1]) „The king is at heart extremely vexed at the success of the negociation." Bericht von Spencer an Grenville vom 21. April 1795 bei Herrmann a. a. O. S. 514.

[2]) Bericht des Grafen Dietrichstein an Thugut vom 20. April 1795 bei Zeißberg a. a. O. Bd. V S. 222.

zwischen Preußen und Frankreich wieder angeknüpft zu sehen. Die Antwort Heinrichs, worin der Wunsch ausgedrückt war, daß dieser Friede die freundschaftlichen Beziehungen zwischen allen Völkern, insbesondere aber zwischen dem preußischen und dem französischen befestigen möge, wurde im „Moniteur" abgedruckt. Auch an den König hatte der Prinz sofort, nachdem der von Meyerinck überbrachte Text des Baseler Vertrages am 12. April eingetroffen und von jenem genehmigt war, ein Glückwunschschreiben gerichtet. Er sprach dabei, ohne auf Einzelheiten einzugehen, die Erwartung aus, daß der König durch die Unterzeichnung dieses Friedens sein eigenes Heil und das Heil des Vaterlandes besiegeln und Zeuge des Wiederauflebens von Glück und Wohlstand sein werde.[1]) Dem Schreiben war der Entwurf einer schon früher vorbereiteten, als „Deklaration" bezeichneten Denkschrift[2]) beigefügt, die nach den Worten des Prinzen zunächst für das preußische Heer und Volk bestimmt war, dann aber auch dazu dienen sollte, den Verleumdungen, die sich an den Frieden knüpfen würden, zuvorzukommen und die wahren Gründe für dessen Abschluß öffentlich bekanntzugeben.

Die Denkschrift beginnt mit einer allgemeinen Auseinandersetzung über die Wirksamkeit internationaler Verträge, die, auf dem gegenseitigen Interesse der beteiligten Staaten begründet, ihre Berechtigung verlieren, wenn sie in Gegensatz geraten zu der ersten Pflicht eines jeden Monarchen, für die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Völker zu sorgen. Es wird dann daran erinnert, daß der König sich an dem Kriege gegen Frankreich, ohne die Absicht, für sich Eroberungen zu machen, nur als Hilfsmacht beteiligt und in drei Feldzügen über seine Bundespflichten hinaus bis zur Erschöpfung seiner finanziellen Mittel die Hauptlast des Kampfes getragen habe. Nachdem

[1]) Schreiben Heinrichs an den König vom 17. April 1795. H.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 13, S. 212.

[2]) Déclaration à toutes les puissances coalisées pour être insérée dans les gazettes. Verschiedene Konzepte, die vom 8. März 1795 datiert sind, im H.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 12, S. 209—212.

die französischen Heere sich einiger preußischen Besitzungen jenseits des Rheines bemächtigt hätten und jetzt Westphalen bedrohten, sei der König in eine üble Lage geraten und habe daher den weiteren Übeln des Krieges ein Ziel gesetzt durch eine Verhandlung mit Frankreich, die, ehrlich und aufrichtig geführt, unter Wahrung der gegenseitigen Würde und Achtung zum Abschluß habe gebracht werden können. „Der König", heißt es weiter, „hat, indem er das Wohl seiner Unterthanen ins Auge faßte, auch die Interessen Deutschlands nicht vernachlässigt. Nachdem Frankreich die guten Dienste Seiner Majestät für sämtliche Reichsfürsten, die sich an den König wenden wollen, angenommen hat, wird dieser alle seine Kräfte anstrengen, damit das Ungewitter des Krieges sich beruhige und die Leiden, die er im Gefolge hat, aufhören." Zum Schluß wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Wunsch des Königs, Europa, soviel in seiner Macht liege, den Frieden wiederzugeben, alle Wohlmeinenden von der Reinheit seiner Absichten und von seiner Liebe für die Menschheit überzeugen werde. Friedrich Wilhelm nahm den Glückwunsch des Prinzen ziemlich kühl auf. Ohne ein Wort über den Frieden selbst zu äußern, dankte er nur für die Übersendung der Denkschrift mit dem Hinzufügen, daß er den wichtigsten Höfen bereits die erforderlichen Mitteilungen gemacht, insbesondere auch der Kaiserin von Rußland einen eigenhändigen Brief geschrieben habe.[1]) Nichtsdestoweniger sei er dem Prinzen sehr verbunden für dessen Aufmerksamkeit.[2]) Dieser war doch etwas betroffen über die geringe Beachtung seiner Denkschrift, auf deren Veröffentlichung durch die Zeitungen er gerechnet hatte. Er schrieb seinem Bruder am 11. Mai: „Nachdem die Angelegenheit beendigt ist, hat der gute König geglaubt, meiner nicht weiter zu bedürfen. Er ist wohl kaum imstande, einzusehen, daß ihm diese Deklaration vom größten Nutzen gewesen wäre."

[1]) Derselbe ist vom 12. April datiert und nebst der Antwort Katharinas abgedruckt bei Zeißberg a. a. O. Bd. V S. 189 und 190.

[2]) Brief des Königs an den Prinzen Heinrich vom 21. April 1795. H.-A.

Eine umso beifälligere Aufnahme fand die Deklaration bei Struensee, welcher dem Prinzen zurückschrieb, daß er sie mit Vergnügen und Bewunderung gelesen habe, und daß sie auf den denkenden, unbefangenen Teil des Publikums einen guten Eindruck machen werde. Die gleichzeitige Übersendung der Denkschrift an Haugwitz hatte Heinrich mit einem merkwürdigen Briefe begleitet, in welchem sich eine tiefe Verstimmung über den Mangel an Vertrauen und Anerkennung ausspricht. „Ich glaubte", so schreibt er, „nachdem ich seit dem Monat Oktober in diese Geheimnisse eingeweiht bin, allen Kränkungen, allen niedrigen Intriguen, allen Verleumdungen Stand bieten zu sollen, und dies habe ich gethan. Aber es ist das letzte Mal, daß ich ein Schriftstück einsende, ich lasse den Vorhang nieder, denn es ist weder meinem Charakter, noch meinem Alter, noch meiner Denkweise angemessen, ein einfacher Schreiber zu sein. Und doch bin ich es gewesen aus Liebe zum Vaterlande und für das allgemeine Wohl."

Der Groll, welcher den Prinzen erfüllte, hielt ihn jedoch nicht ab, nach dem Eintreffen der französischen Ratifikationen des Baseler Friedensvertrages ein neues Glückwunschschreiben an den König gelangen zu lassen. Er wiederholte darin seine Überzeugung, daß der Friede zum Heile Preußens ausschlagen werde, wenn man, wie er mahnend hinzusetzte, in der Folge die richtigen Maßregeln treffe. Je mehr andere Mächte ihre Unruhe und Besorgnis laut werden ließen, desto klarer zeige sich der Nutzen des Vertrages.[1]) Mit diesen Worten hatte der Prinz die politische Situation nach dem Bekanntwerden des Baseler Friedens nicht unzutreffend gekennzeichnet. Die Höfe von England, Rußland und Österreich überboten sich in Äußerungen des Unwillens über das preußische Vorgehen. Thugut nannte den Rücktritt des Königs von der Koalition einen skandalösen Abfall, den vollgültigen Beweis der schänd-

[1]) Brief Heinrichs an den König vom 2. Mai 1795. H.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 14, S. 212—213.

lichsten Untreue. Der österreichische Gesandte, Graf Starhemberg, meldete aus London, daß der Berliner Hof dort durch seine infame Politik und seine Feigheit der allgemeinen Verachtung anheimgefallen, und daß Haß gegen Preußen die populäre Stimmung in allen Klassen der englischen Nation sei. Auch die russische Kaiserin wies die wiederholten Rechtfertigungsversuche Friedrich Wilhelms mit scharfen Worten zurück. Sie sprach vom Verlassen der guten Sache, tadelte den übereilten Abschluß des Friedens, kritisierte dessen einzelne Bestimmungen. „Ich wünsche", erklärte sie am 12. Mai 1795, „wie die andern Mächte einen dauernden, sicheren und ehrenvollen Frieden, aber ich gestehe, daß ich diese Merkmale an demjenigen, der namens Ew. Majestät in Basel unterzeichnet ist, nicht erkenne." Noch heftiger drückte sich Katharina in mündlichen Unterhaltungen und ihren Privatkorrespondenzen aus. An Grimm schrieb sie: „cette paix infâme, honteuse, désastreuse, qu'un roi sans foi ni loi avait signé avec les bandits régicides et l'écume du genre humain."

Bei der geringen Meinung, welche die Kaiserin von der Begabung und Selbständigkeit des preußischen Königs hatte, galt es ihr für ausgemacht, daß dieser beim Abschluß des Baseler Friedens unter der Direktive seines Oheims gehandelt habe. Sie kannte die Ansichten des Prinzen über die französischen Zustände aus den Mitteilungen von Grimm und hatte sie in ihren Briefen an diesen wiederholt als irrtümlich und gefährlich bekämpft. Wenn Heinrich die Einsetzung eines konstitutionellen Königs in Frankreich noch für möglich gehalten hatte und in einem solchen den zukünftigen Verbündeten Preußens erblickte, so erwiderte Katharina, daß dies kein mächtiger, sondern nur ein an die Wand gemalter Verbündeter — un allié en peinture — sein, und überdies das französische Volk nur an einer absoluten Regierung Geschmack finden würde, die auch allein die innere Ruhe in Frankreich wieder herzustellen vermöge. Auf die Nachricht des preußischen Friedens mit der Republik schrieb sie entrüstet an Grimm:

„Der große Heinrich hat also den König, seinen Neffen, zu einem Verfahren verleitet, das allen Verträgen widerspricht, die dieser mit dem Kaiser, mit England und mir abgeschlossen hatte . . . Der große Heinrich haßt seinen Neffen von Herzen, denn wenn er ihn nur im geringsten liebte, würde er ihn nie zu Handlungen verleitet haben, die so schimpflich für ihn, wie verderblich für das übrige Europa und vielleicht in erster Linie für den König von Preußen sind . . . Wenn Prinz Heinrich zur Belohnung für den schimpflichen und verderblichen Frieden, den er seinen Neffen hat zeichnen lassen, König von Frankreich wird, so muß man wenigstens hoffen, daß er, falls er nicht selbst guillotiniert wird, an den Feinden seiner Sache Rache nimmt." Auch in späteren Briefen kommt die Kaiserin auf den Gedanken zurück, daß Heinrich — le grand petit Henri, wie sie ihn jetzt mit Vorliebe nannte — sich deshalb so eifrig um den Frieden bemüht habe, weil ihm von seinen französischen Freunden im Namen der Anhänger des konstitutionellen Königtums in Frankreich vorgespiegelt sei, er solle zunächst als Vormund von Ludwig XVII. Regent und nach dessen Tod König von Frankreich werden. Es scheint, daß die Kaiserin an die Richtigkeit dieser seltsamen Vermutung wirklich einen Augenblick geglaubt hat, weil sie, wie auch Friedrich Wilhelm II., der Überzeugung war, daß Heinrich bei seinen politischen Ratschlägen immer auch persönliche Absichten verfolge. Da sie wußte, daß ihre Bemerkungen über den Prinzen diesem durch Grimm mitgeteilt wurden, konnte sie sich nicht versagen, bei der Kombination über die beabsichtigte Regentschaft Heinrichs in Frankreich hinzuzufügen: „Wenn dieser Fall eintritt, so wette ich, daß Seine Königliche Hoheit binnen 6 Monaten guillotiniert sein werden." [1])

Heinrich war schwerlich im Unrecht, wenn er in derartigen Zornesergießungen nur den Ärger des Auslandes über die

[1]) Briefe Katharinas an Grimm vom 8. April, 13. April, 11. Juni und 11. September 1795 a. a. O. S. 625—640.

Vereitelung politischer Hoffnungen und Eroberungspläne und zugleich eine Bestätigung seiner Ansicht sah, daß Preußen sich nicht länger für fremde Interessen gegen Frankreich schlagen durfte. Alles kam darauf an, wie das Verhältnis der beiden Staaten, die ihren Frieden geschlossen hatten, sich in Zukunft gestalten und ob man die richtigen Maßregeln ergreifen würde, um die preußische Vermittelung für einen Reichsfrieden wirksam zu machen und die deutschen Grenzen gegen die Vergrößerungsabsichten der französischen Republik zu sichern. In dieser Beziehung hatte der Baseler Vertrag nur unklare Verhältnisse geschaffen. Die französischen Ansprüche auf das linke Rheinufer waren weder zugestanden noch zurückgewiesen, es fehlte an einer ausreichenden Garantie für die Neutralität der deutschen Gebiete und an bestimmten Verabredungen über die territoriale Entschädigung Preußens im Falle einer Abtretung seiner linksrheinischen Besitzungen. Alle diese ungelösten Fragen stellten der auswärtigen Politik Preußens neue, schwierige Aufgaben und bedrohten den kaum geschlossenen Frieden mit neuen Gefahren.

4. Das preußische Neutralitäts-System von 1795—1797.

Prinz Heinrich hatte sich Anfang Mai 1795 wieder nach Rheinsberg zurückgezogen und verfolgte von dort die Entwickelung der politischen Verhältnisse, ohne auf sie eine weitere Einwirkung zu versuchen. Mit dem Könige fand während der nächsten Monate weder ein persönlicher noch schriftlicher Verkehr statt, auch Haugwitz gegenüber hielt er an dem kundgegebenen Entschluß fest, keine Denkschriften mehr einsenden zu wollen. Dagegen führte er seinen politischen Schriftwechsel mit Struensee fort, der auch die andauernden Beziehungen des Prinzen zu Bischoffwerder vermittelte. Letzterer scheint sogar gelegentlich Auszüge aus den Berichten der preußischen Gesandtschaften und sonstige Nachrichten über die schwebenden diplomatischen Verhandlungen nach Rheinsberg mitgeteilt zu haben. Heinrich war sich klar darüber, daß das unvollständige Werk des Baseler Friedens durch weitere Abmachungen ergänzt werden müsse, wenn Preußen die erwarteten Vorteile aus diesem Frieden ziehen wollte. Er dachte dabei nicht an eine sofortige Allianz mit Frankreich, sondern zunächst an eine Verständigung mit dieser Macht über die Bedingungen des Reichsfriedens unter Ausschluß von Österreich, das hierdurch isoliert und dann genötigt werden sollte, sich später gleichfalls der preußischen Friedensvermittelung zu bedienen. Von französischer Seite wurden noch weitergehende Erwartungen an den Baseler Frieden geknüpft. „Wenn die preußische Regierung

will", hatte der Wohlfahrtsausschuß schon am 11. April 1795 an Barthélémy geschrieben, „wird der soeben unterzeichnete Vertrag nur der Vorläufer eines weit wichtigeren sein, der Preußen auf eine höhere Machtstufe heben und befähigen wird, zusammen mit der französischen Republik den nützlichsten Einfluß auf ganz Europa auszuüben." Die nächsten Schritte, die Friedrich Wilhelm nach dem Frieden von Basel unternahm, verrieten jedoch keineswegs den Wunsch, in ein intimeres Verhältnis zu Frankreich zu treten, vielmehr berichtete Barthélémy im April und Mai, daß der König von Preußen die französischen Ansprüche auf die Rheingrenze als ein Hindernis für den Reichsfrieden betrachte, und, weit entfernt, gemeinschaftliche Sache mit Frankreich gegen Österreich zu machen, eine Stellung zwischen Frankreich und dem Reich einzunehmen suche, um sich das Verdienst zu erwerben, Deutschland das linke Rheinufer erhalten zu haben.

Am 1. Mai war die Anzeige von dem preußischen Friedensschluß an den Regensburger Reichstag erfolgt mit einer Erklärung, die, wie Heinrich in einem Briefe an seinen Bruder Ferdinand mit Genugthuung hervorhob, nur in längeren Ausführungen die Rechtfertigungsgründe wiederholte, die er selbst in seiner Deklaration vom 8. März angegeben hatte. Am 17. Mai wurde dann in einem Zusatzvertrage mit Frankreich der Lauf der Demarkationslinie bestimmt, hinter welcher die in die Neutralität einbegriffenen Länder vor den ferneren Operationen der kriegführenden Heere geschützt sein sollten. Anfang Juni traf Hardenberg von Basel in Berlin ein, um weitere Instruktionen für seine Verhandlungen mit Barthélémy einzuholen und sich an den Beratungen über die allgemeine Richtung der preußischen Politik zu beteiligen. Heinrich, der sich das Hauptverdienst an der Vorbereitung und dem Abschluß des Baseler Friedens zuschrieb, blieb von diesen Beratungen vollständig ausgeschlossen. Als der Prinz Ferdinand ihn aufforderte, nach Berlin zu kommen, lehnte er dies ausdrücklich ab, weil er sich in zu gereizter Stimmung befinde, um den

König sehen zu können. Durch Privatbriefe von Struensee und Bischoffwerder hörte er jedoch von Zeit zu Zeit, wie sich das Verhältnis Preußens zu den anderen Großmächten gestaltete und welchen Fortgang die Verhandlungen in Regensburg nahmen. Er glaubte, daß der Reichsfriede noch vor dem Winter fertig sein könne, wenn man an dem von ihm vorgezeichneten Plane festhalte und nicht durch Abweichung von den aufgestellten Prinzipien in den gewohnten schleppenden und gewundenen Geschäftsgang verfalle. Der Prinz betonte damals wiederholt, daß Preußen die Ruhepause des Baseler Friedens zur Aufnahme einer auswärtigen Anleihe benutzen müsse, um für alle Eventualitäten finanziell besser gerüstet zu sein als dies während der letzten Feldzüge gegen Frankreich der Fall gewesen war. Struensee, in den veralteten Anschauungen der friederizianischen Finanzpolitik befangen, hielt jedoch weder eine auswärtige Anleihe noch die früher angeregte Ausgabe von Papiergeld in Preußen für ausführbar. Er schrieb dem Prinzen, daß an ein „vernünftiges emprunt" nicht zu denken sei, Amsterdam habe seine frühere Wichtigkeit als internationaler Geldmarkt verloren, Genua sei ohne alle Bedeutung und in Frankfurt suche Österreich zu verhindern, daß Preußen von dortigen Bankiers Geld erhalte. Übrigens hielten sich die preußischen Staatspapiere noch gut und ständen besser als die österreichischen und russischen. Der König, setzte Struensee hinzu, habe bei einem Vortrage über die Finanzlage die Notwendigkeit des geschlossenen Friedens mit Überzeugung anerkannt.[1])

Im übrigen erfuhr der Prinz aus den Mitteilungen von Bischoffwerder und Struensee, daß Österreich überall feindselige Gesinnungen gegen Preußen zeige, in Regensburg die preußische Friedensvermittelung für die Reichsstände bekämpfe und in geheimen Verhandlungen mit Frankreich auf den alten Plan eines Austausches der Niederlande gegen Bayern zurückkomme.

[1]) Briefe Struensees an den Prinzen Heinrich vom 2., 18. und 23. Juni 1795. H.-A.

Von Rußland sei nach Ansicht von Haugwitz, mit der auch der Prinz übereinstimmte, weniger zu fürchten, doch meinte Struensee, daß Preußen, ohne feste Anlehnung weder an Frankreich noch an die Ostmächte, aufs neue in eine schwierige Lage geraten werde, und schrieb am 23. Juni: „Wenn wir uns nicht gut benehmen, kann der letzte Teil des jetzt aufgeführten Schauspiels sehr leicht ein wahres Trauerspiel für uns werden." Wenige Tage später meldete er etwas beruhigter: „Die politischen Angelegenheiten werden jetzt gerade so betrieben, als Eure Königliche Hoheit es wünschen. Österreich hofft uns zu isolieren, wir suchen durch Alopeus[1]) der Kaiserin von Rußland die Augen zu öffnen. Der Konvent hat von uns einen Pacifikationsplan verlangt, die Franzosen wollen uns zum förmlichen Bruch mit Österreich bewegen, was jedoch nicht geschehen wird. Alle kleinlichen Mittel und widrigen ähnlichen Negotiationen sollen in Zukunft von unserer Politik ausgeschlossen sein."[2])

In Wirklichkeit gelang es der preußischen Politik weder sich bei ihren Freunden Vertrauen, noch bei ihren Gegnern Achtung zu erwerben. Der Ruf der Schwäche und Unselbstständigkeit, welcher dem Charakter Friedrich Wilhelms II. anhaftete, erwies sich auch in dieser Krisis als verderblich für die Staatsinteressen. Der Reichstag in Regensburg übertrug dem Kaiser die Einleitung der Friedensverhandlungen mit Frankreich, während der König von Preußen, der erwartet hatte, hierbei die entscheidende Rolle zu spielen, nur ersucht wurde, seine „beihilfliche Verwendung und Mitwirkung" eintreten zu lassen. Die französische Regierung schlug in den weiteren Verhandlungen mit Preußen einen immer hochfahrenderen und abweisenderen Ton an, je mehr sie sich überzeugte, daß der König weder ein zuverlässiger Verbündeter Frankreichs sein, noch die Energie besitzen würde, sich bei eintretenden Verwicklungen wieder auf die Seite der Feinde

[1]) Russischer Spezial-Gesandter in Berlin.

[2]) Schreiben Struensees an den Prinzen Heinrich vom 28. Juni 1795. H.-A.

der Republik zu stellen.[1]) Unter diesen Umständen konnten die Verhandlungen von Hardenberg, der Ende Juli nach Basel zurückgekehrt war, wenig Aussicht auf Erfolg haben. Der von ihm gemachte Vorschlag eines Waffenstillstandes für das Deutsche Reich wurde von Frankreich abgelehnt mit der ohne Zweifel zutreffenden Begründung, daß ein solcher die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens nur verzögern würde. Die ferner vorgeschlagene Vermittelung Preußens für den Reichsfrieden wurde zwar nicht prinzipiell zurückgewiesen, aber auf diejenigen deutschen Staaten eingeschränkt, die direkt mit der französischen Regierung Friedensverhandlungen anknüpfen würden. Friedrich Wilhelm, der einsah, daß ein Friede mit Frankreich auf der von dem Reichstage in Regensburg verlangten Basis des status quo ante bellum niemals zu erreichen sein würde, entschloß sich darauf, die preußische Intervention sowohl für das Reich in seiner Gesamtheit als auch für Sonderverträge der einzelnen Stände fallen zu lassen.[2]) Die wiederholten Reklamationen Hardenbergs für die Wiedereinsetzung der preußischen Civilbehörden in den nach Artikel V des Baseler Friedens nur militärisch occupierten Besitzungen Preußens auf dem linken Rheinufer blieben von französischer Seite unbeachtet. Noch ernstere Zerwürfnisse entstanden, als bei Wiederausbruch der Feindseligkeiten zwischen den österreichischen und

[1]) In der Berichterstattung von Barthélémy an den Wohlfahrtsausschuß finden sich zahlreiche Äußerungen über den Mangel an Thatkraft und Festigkeit auf seiten Friedrich Wilhelms II. „Renonçons à l'idée de lui faire jouer un rôle de grandeur. Il n'entendra jamais ce langage." (1. Februar 1795.) „S'il y avait à Potsdam un reste de l'énergie du feu roi, son successeur se tirerait facilement de cette crise par des moyens très déterminés." (28. Mai 1795.) „S'il existait à Potsdam un génie vaste et créateur comme l'était Frédéric II, il nous aiderait rapidement et vigoureusement à organiser un nouvel édifice politique en Allemagne." (6. Juli 1795.)

[2]) Erlasse an Hardenberg und den Grafen Görtz vom 25. August 1795 abgedruckt bei P. Bailleu: Preußen und Frankreich von 1795—1807. Bd. I S. 15 u. 16.

französischen Truppen weder die einen noch die andern die im Vertrag vom 17. Mai 1795 festgesetzte Demarkationslinie respektierten. Der auf preußischer Seite kommandierende General, Prinz Hohenlohe, erhielt die Weisung, sowohl diese Überschreitungen ohne Widerstand geschehen zu lassen, als auch infolge einer drohenden Aufforderung der Franzosen Frankfurt zu räumen und sich auf die Deckung der zum Schutze Westphalens gezogenen Demarkationslinie zu beschränken. Diese Nachgiebigkeit, welche der Achtung vor dem preußischen Namen im Reich und im Auslande weiteren Eintrag thun mußte, war zum Teil durch die Besorgnis vor Konflikten in der polnischen Frage mit den Kaisermächten veranlaßt. Diese hatten im August 1795 dem Berliner Kabinett die erste offizielle Mitteilung gemacht über ihre ohne Zuziehung Preußens am 3. Januar jenes Jahres geschlossene Übereinkunft wegen einer definitiven Teilung Polens und hatten am 7. September ein Bündnis mit England geschlossen. Das isolierte Preußen war genötigt, unter Verzicht auf Krakau und Sandomir, sich mit denjenigen polnischen Gebietsteilen zu begnügen, die ihm von Rußland und Österreich zugebilligt waren.

Prinz Heinrich, lebhaft beunruhigt über die Lage, in welche Preußen durch das Zusammentreffen aller dieser Vorgänge geraten war, überwand seine Abneigung, mit dem Könige zusammenzutreffen, soweit, daß er sich zu dessen Geburtstag, dem 24. September, nach Berlin begab und ihn um eine Unterredung ersuchte. Diese wurde jedoch vom Könige abgelehnt mit der ziemlich sonderbaren Begründung, daß eine Zusammenkunft zwischen ihm und seinem Oheim im gegenwärtigen Augenblicke bei den in Berlin akkreditierten Diplomaten ein unerwünschtes Gerede verursachen würde. Heinrich dankte etwas ironisch in einem Schreiben vom 26. September,[1]) daß ihm der König die Schwierigkeiten, ihn zu empfangen, auseinandergesetzt habe. Wenn es auch traurig sei, daß fremde Minister die Vertrautheit und Freundschaft, die unter Verwandten herrschen sollten,

[1]) Abgedruckt in Urkunde Nr. 15, S. 213—214.

stören könnten, müsse er doch anerkennen, daß die gegenwärtige Krisis Vorsichtsmaßregeln erheische. Dieser Vorfall wurde bald in Berlin bekannt, und, wie zu erwarten war, erregte die Ablehnung der von dem Prinzen erbetenen Zusammenkunft größeres Aufsehen, als vermutlich die Gewährung gemacht haben würde. Hardenberg hörte in Basel davon und äußerte zu dem österreichischen Vertreter: „Der König ist unzufrieden mit den Franzosen, er sieht den Prinzen Heinrich nicht mehr." Die Kaiserin Katharina, von ihrem Gesandten in Berlin benachrichtigt, beeilte sich, die Neuigkeit dem Baron Grimm mitzuteilen, wobei sie hinzufügte, daß der in seiner Hoffnung auf eine Audienz getäuschte Prinz „seinem lieben Neffen" ein langes Aktenstück zugestellt habe, um ihn zu einem infamen Bündnisvertrag mit den Königsmördern gegen ganz Europa zu überreden.[1]) In der That hatte Heinrich gleichzeitig mit seinem Briefe vom 26. September dem Könige zu dessen ausschließlicher Kenntnisnahme eine neue politische Denkschrift[2]) übersandt, die freilich einen etwas anderen Inhalt hatte, als Katharina angiebt.

Der Prinz zählt darin zunächst die Maßregeln auf, die man nach seiner Meinung im Anschluß an den Baseler Frieden hätte ergreifen müssen: Annäherung an Frankreich, Verständigung mit dieser Macht über die Friedensbedingungen für das Reich, Festsetzung der Entschädigung Preußens für seine am linken Rheinufer abzutretenden Besitzungen, Aufnahme einer Anleihe, um im Fall eines neuen Krieges die Mittel wenigstens für einen Feldzug in Bereitschaft zu halten. Auf diese Weise würde es möglich gewesen sein, Österreich zu isolieren und ihm im Verein mit Frankreich die Friedensbedingungen vorzuschreiben. Jetzt, da man Frankreich vernachlässigt habe, befinde man sich zwischen Österreich und Rußland, die nur darauf aus-

[1]) Brief Katharinas an Grimm vom 3. Oktober 1795 a. a. O. S. 655.

[2]) Sur la situation de la Prusse dans l'état actuel des affaires de l'Europe. Konzepte undatiert, eine spätere Abschrift mit dem Datum vom 27. November 1795 im H. A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 16, S. 214—222.

gingen, den Interessen des Königs Abbruch zu thun. Für Preußen, fährt der Prinz dann fort, sei die kleinste Erwerbung in Deutschland wichtiger als alle, die es in Polen machen könnte. Ein Verbleiben Preußens in der Koalition an der Seite von Österreich und England würde verderblich sein, da der Baseler Friede, abgesehen von dem Geldmangel, gerade deshalb geschlossen sei, um sich den Händen dieser beiden unzuverlässigen Bundesgenossen und dem drohenden Übergewichte Rußlands zu entziehen. Es folgt dann eine längere und sehr zutreffende Schilderung der politischen Umtriebe der französischen Emigranten, die an allen Höfen Europas das Kriegsfeuer anzufachen suchten, nicht etwa aus Eifer für die Wiederherstellung des Königtums in Frankreich, sondern um ihre früheren Privilegien und Reichtümer zurückzugewinnen. Die Denkschrift schließt mit einer nochmaligen Erörterung der Bedingungen, unter welchen der Friede zwischen Frankreich und dem Reich zu erzielen sei, und mit einer Widerlegung des Einwandes, daß die republikanische Regierungsform in Frankreich keine Dauer verspreche.

Auf den König mußten diese Ausführungen, so viel Richtiges sie auch enthalten mochten, ihres Eindrucks verfehlen, da der Hauptpunkt, die Annäherung an Frankreich, wenn nicht seinen politischen Überzeugungen, so doch seinen persönlichen Empfindungen widerstrebte. Er hatte notgedrungen seinen Frieden mit den ihm verhaßten Vertretern der republikanischen Regierung in Paris geschlossen, aber er wollte keinen Schritt weitergehen und ließ den Kaiserhöfen ausdrücklich erklären, daß er nicht daran denke, sich auf ein offensives oder defensives Bündnis mit Frankreich einzulassen.[1]) Die Haltung der preußischen Gesandten im Auslande entsprach dieser Gesinnung des Königs, wiederholt beklagte sich der Wohlfahrtsausschuß über die unfreundliche und beleidigende Sprache, welche dieselben gegen

[1]) Erlaß an den Grafen Tauentzien in Petersburg vom 30. September 1795, abgedruckt in den „Mitteilungen aus den nachgelassenen Papieren eines preußischen Diplomaten" Bd. I S. 234.

Frankreich und die Republik führten. Diese „politique tortueuse", wie der Wohlfahrtsausschuß sie nannte, mißfiel gleichmäßig in Paris wie in Wien und in Petersburg. Sie galt als ein neuer Beweis der perfidie prussienne, während sie in Wirklichkeit mehr das Zeichen einer Willensschwäche war, die den König hinderte, einen festen Standpunkt in der Politik zu gewinnen und seine persönlichen Gefühle, mit denen er nach wie vor auf seiten der gegen die Revolution kämpfenden Mächte stand, dem Staatsinteresse vollständig unterzuordnen. „Unsere Freundschaftsversicherungen", schrieb Luccheſini damals an Hardenberg, „werden in Wien als Besiegelung unserer Schwäche und in Petersburg als der Gipfel der Treulosigkeit angesehen." Hardenberg selbst war, wie Prinz Heinrich, nach dem Baseler Frieden der Meinung, daß eine Allianz mit Frankreich für Preußen nützlicher und sicherer sei als jede andere, nur wollte er den Zeitpunkt abwarten, bis sich in Paris eine stabile, vertrauenswürdige Regierung gebildet hätte, und empfahl inzwischen eine feste und entschiedene Haltung gegen alle französischen Übergriffe und Zumutungen. Er tadelte daher das „système de douceur", welches Haugwitz sowohl den Ostmächten, als besonders der französischen Republik gegenüber zu befolgen versuchte, die jetzt durch einen ständigen Gesandten in Berlin vertreten war. Barthélémy hatte für diese Mission den Freund und Korrespondenten des Prinzen Heinrich, Herrn Bacher vorgeschlagen, die Wahl des Wohlfahrtsausschusses war jedoch auf Caillard gefallen, einen erfahrenen Diplomaten der alten Schule, der mit gewandten Formen gemäßigte politische Grundsätze verband und aufrichtiger Anhänger eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Frankreich und Preußen war. Heinrich versäumte nicht, in nähere Beziehungen zu dem ihm aus früherer Zeit persönlich bekannten Gesandten zu treten, und hatte mit diesem eine längere Unterredung, als er sich Ende Oktober aus Anlaß der Taufe des ersten Sohnes des kronprinzlichen Paares in Berlin befand. Caillard schilderte in einem Bericht an den Wohlfahrtsausschuß mit enthusiastischen

Worten das liebenswürdige Wesen und das geistreiche Gespräch des Prinzen, der seiner Vorliebe für Frankreich und die Franzosen den entschiedensten Ausdruck gegeben, den unglücklichen Krieg zwischen Preußen und der Republik bedauert und seine Freude über die Wiederherstellung des Friedens bezeugt habe.[1])

Inzwischen hatten jedoch in der französischen Regierung die während der letzten Zeiten des Wohlfahrtsausschusses etwas in den Hintergrund getretenen Eroberungstendenzen wieder die Oberhand gewonnen; die fünf nach der neuen Verfassung gewählten Direktoren der Exekutivgewalt waren alle erklärte Anhänger der Rheingrenze und von extremen republikanischen Anschauungen beseelt. Angesichts dieses Umschwunges und nach den Erfolgen der österreichischen Waffen am Rhein in den letzten Monaten des Jahres 1795 glaubten die Koalitionsmächte den Augenblick gekommen, um Preußen wieder für den Anschluß an seine alten Verbündeten zu gewinnen. Sowohl der russische als der englische Gesandte in Berlin bemühten sich, in diesem Sinne zu wirken. Prinz Heinrich, der davon erfahren hatte, ließ Ende Januar 1796 Caillard benachrichtigen, daß er ihn sprechen wolle, und drückte ihm dann, wie der Gesandte nach Paris meldete, seine Entrüstung aus „über die verabscheuungswürdigen Intriguen, durch die man den König über seine wahren Interessen zu täuschen und wieder an die Ketten von England und Rußland zu schmieden suche".[2]) Bischoffwerder, der fast gleichzeitig eine Unterredung mit Caillard nachgesucht hatte, erklärte diesem, daß der König jetzt günstige Gesinnungen für eine Verbindung mit Frankreich hege, und versprach auch seine Unterstützung des Planes der sogenannten großen Säkularisation, um Entschädigungsobjekte für die an Frankreich abzutretenden deutschen Gebiete auf dem linken Rheinufer zu erhalten. In der That wies der König

[1]) Bericht Caillards aus Berlin 1. November 1795, abgedruckt bei Bailleu a. a. O. Bd. I S. 429.

[2]) Bericht Caillards aus Berlin vom 30. Januar 1796. Abgedruckt bei Bailleu a. a. O. Bd. I S. 435.

das russisch-englische Ansinnen eines Wiedereintritts Preußens in die Koalition zurück, aber seine Geneigtheit, eine Verbindung mit Frankreich einzugehen, beschränkte sich doch darauf, daß er zur Sicherung der Neutralität Preußens und Norddeutschlands Abmachungen über eine neue Demarkationslinie treffen wollte. Die französische Regierung verhielt sich anfangs etwas spröde gegen die Festlegung einer solchen Linie, durch welche auch Hannover vor einem französischen Angriff geschützt werden sollte, schlug aber dann zwei Verträge vor, einen über die Anerkennung der Neutralität Norddeutschlands, den andern über die endgültige Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich gegen Zusicherung bestimmter Entschädigungen an Preußen und den aus Holland vertriebenen Prinzen von Oranien. Im preußischen Kabinetts-Ministerium war Alvensleben Gegner einer armierten Demarkationslinie aus finanziellen sowohl wie aus militärischen Gründen, wohingegen Finckenstein sie hauptsächlich deshalb für notwendig hielt, um die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf Hannover zu verhindern. Während die Verhandlungen mit Caillard schwebten, war eine preußische Armee in Minden zusammengezogen, um durch einen starken militärischen Kordon die vorgeschlagene neue Demarkationslinie gegen Verletzungen zu schützen und so die Anerkennung der norddeutschen Neutralität zu erzwingen. Prinz Heinrich geriet hierüber in große Aufregung, da er befürchtete, daß die angeordnete strategische Demonstration als ein unfreundlicher, gegen Frankreich gerichteter Akt aufgefaßt werden und leicht zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen könnte. Er wandte sich daher mit Briefen und Denkschriften an Bischoffwerder und Haugwitz, um den König auf die militärischen und politischen Gefahren des Kordons aufmerksam machen zu lassen. Zu dem gleichen Zweck begab er sich Ende März nach Braunschweig und versuchte dort eine persönliche Einwirkung auf den Herzog Karl Wilhelm Ferdinand, welchem die Leitung der aus diesem Anlaß erforderlichen militärischen Maßregeln zugedacht war. Auch von Rheinsberg aus setzte der Prinz diese Bemühungen

fort und schrieb seinem braunschweiger Neffen unter dem 18. April 1796, daß das unnütze und gefährliche Kordonsystem nur auf einer Intrigue der Engländer, Österreicher und Russen beruhe, welche hofften, Preußen würde sich dadurch mit Frankreich überwerfen. Er forderte den Herzog auf, die kleinen Ideen eines Haugwitz zu verbessern; die Franzosen würden größeres Vertrauen haben, wenn das Ministerium in Berlin weniger unzuverlässig wäre und wenn man Hardenberg in Basel mit bestimmten Instruktionen versehen und zu deren Befolgung angehalten hätte. In einem späteren Briefe beschuldigte er die Engländer, daß sie in ganz Europa die Vorsehung spielen wollten und die Schwierigkeiten Preußens zu vermehren suchten. Den Herzog, der immer zaghaft war, wenn es galt, dem Könige von Preußen gegenüber eine abweichende Meinung zu vertreten, suchte Heinrich durch sein eigenes Beispiel zu ermutigen: „Ich weiß, daß ich keine amtliche Autorität besitze, aber ich habe die Befugnis, frei zu schreiben und zu sagen, was ich denke, und dieses Mittels werde ich mich stets in gefährlichen Zeiten bedienen."

Noch dringender lauteten die Schreiben an Bischoffwerder.[1]) Als ein „ehrlicher Mann, der auf die Gefahr hin, zu mißfallen, mit seinen Ansichten nicht zurückhält", beschwor er den General, dem Könige vorzustellen, daß die Sicherheit Preußens sowohl als Hannovers durch andere militärische Maßregeln gewährleistet werden könne als durch einen Kordon, bei dem man Gefahr laufe, daß eine übereifrige Patrouille den Kriegsfall herbeiführe. Hannover, das seinen Frieden mit Frankreich gleichzeitig mit Hessen-Kassel hätte machen sollen, habe keinen Anspruch auf preußische Hilfe, seine Truppen seien für Preußen bei einem Konflikt mit Österreich unzuverlässige Bundesgenossen, solange letzteres Subsidien von England erhalte. Nicht Frankreich, sondern Rußland sei gegenwärtig die gefährlichste Macht für die Interessen des Königs. Bischoffwerder, der es mit höfischer Gewandtheit stets zu vermeiden wußte,

[1]) Vom 14. April und 23. Mai 1796. Abgedruckt in Urkunden Nr. 17 und 19, S. 222—224 und 227—229.

den Prinzen durch offenen Widerspruch zu reizen, versicherte, daß die Ansichten des Königs mit denen Heinrichs vollständig übereinstimmten. Da die Ruhe Norddeutschlands als unumgänglich notwendig für das Wohl der preußischen Staaten angesehen werde und das Direktorium selbst den König ersucht habe, wirksame Mittel zur Sicherung der Neutralitätslinie zu ergreifen, habe der König sich zu einer Zusammenziehung von Truppen entschließen müssen. Preußen und Hannover hätten das gemeinsame Interesse, ihre Grenzen zu schützen, was auch der Wunsch der französischen Regierung sei. Der Wiener Hof könne sich umsoweniger widersetzen, als die Neutralitätslinie seine militärischen Operationen nicht störe. Nach diesen Grundsätzen würden die Vorschläge des Herrn Caillard beantwortet werden.[1]) In einem Schreiben vom 29. Mai fügte Bischoffwerder noch hinzu, daß zwischen Preußen und der französischen Regierung glücklicherweise vollständige Eintracht hergestellt sei, die von andern Höfen ausgestreuten gegenteiligen Gerüchte beruhten auf Erfindung.

Der Prinz fühlte sich durch diese Versicherungen beruhigt und war Bischoffwerder dankbar für dessen Bemühungen, einen Konflikt mit Frankreich zu vermeiden. Er bezeichnete ihn damals als den einzigen Mann, auf den er seine Hoffnung setze und der es verstehe, Dinge, die andere verwirrt hätten, wieder in das richtige Gleis zu bringen, während Hardenberg und Haugwitz im Verein mit den Emigranten den König nur zu täuschen suchten. Bei alledem konnte auch Heinrich sich nicht verhehlen, daß die Lage Preußens zwischen den kriegführenden Parteien eine prekäre blieb und daß es daher seine militärischen Rüstungen fortsetzen müsse. Er gab sogar dem Herzog von Braunschweig gegenüber zu, daß es für Preußen unmöglich scheine, in dauernden Frieden mit seinen Nachbarn zu leben. Nur täuschte er sich immer wieder über die Richtung der zu fortgesetzten kriegerischen Eroberungen drängenden

[1]) Schreiben Bischoffwerders an Heinrich vom 18. April und 6. Mai 1796. G. St.-A. Die Beantwortung der Note Caillards vom 26. April erfolgte am 10. Mai.

revolutionären Tendenzen in der französischen Republik und beharrte dabei, daß von Frankreich keine Feindseligkeiten gegen Norddeutschland zu befürchten seien, daß Preußen sich vielmehr an diesen mächtigen Nachbar anschließen und sein Heer für einen Kampf im Osten in Bereitschaft halten müsse. Zu dieser Ansicht suchte er den Herzog von Braunschweig zu bekehren, der im Juni 1796 die Weisung erhalten hatte, nach Minden zu gehen, um dort den Oberbefehl der zum Schutze der Demarkationslinie versammelten Truppen zu übernehmen. Der Prinz glaubte seinen braunschweigischen Neffen zur Ablehnung dieses Kommandos bestimmen zu können, indem er die Theorie aufstellte, daß der höchste Befehlshaber einer Armee keine Unternehmungen ausführen solle, von denen er glaube, daß sie den politischen Interessen schädlich seien. „Der oberste Führer eines Heeres kann nicht und soll nicht das politische System des Staates, dem er dienen will, außer acht lassen, da dieses System im engen Zusammenhang mit den militärischen Maßregeln steht. Es folgt daraus, daß die letzteren falsch sind, wenn sie sich nicht im Einklang mit den Staatsinteressen befinden, und daß ein kommandierender General nach allen Seiten hin Gefahren läuft, wenn er sich darauf einläßt, einem ungeschickt vorgezeichneten Wege zu folgen, auch wenn ihm dieser durch höhere Befehle vorgeschrieben worden ist.“ [1]) Obwohl der Ehrgeiz des braunschweigischen Herzogs von jeher dahin gegangen war, neben der militärischen auch eine politische Rolle zu spielen, so ließ er sich doch nicht verleiten, dieser gefährlichen Lehre einer Vermischung der politischen und militärischen Verantwortlichkeit zuzustimmen. „Ich bin“, antwortete er auf die Sophismen Heinrichs, „weit entfernt, ein Urteil zu fällen über die Notwendigkeit der Maßregeln, zu deren Ausführung man mich bestimmt. Man spricht niemals mit mir über Politik. Ich empfange Befehle, ohne daß man ein Interesse daran zu nehmen scheint, meine Meinung

[1]) Brief Heinrichs an den Herzog von Braunschweig vom 8. Juni 1796. H.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 20, S. 229—231.

zu wissen. Es giebt wenige Generale, die das Glück haben, dem Souverän gleichzeitig als Ratgeber zu dienen. Abgesehen von Ausnahmefällen ruht die Verantwortlichkeit für die politische Haltung ganz ausschließlich bei den Herrschern und deren Ministern. Der General hat nur die ihm erteilten Befehle genau auszuführen."

Als Beispiel eines Generals, der seine militärischen Erfolge mit einer eigenmächtigen politischen Taktik zu verbinden wußte, hätte Prinz Heinrich den General Bonaparte anführen können, dessen Siege gegen die Österreicher in Oberitalien, im Verein mit dem Vordringen Moreaus am Nieder-Rhein, damals bei der preußischen Regierung die Befürchtung hervorriefen, daß Österreich sich veranlaßt sehen könnte, einen Separatfrieden mit Frankreich zu schließen. Auf die Gefahr eines derartigen Friedens für die preußischen Interessen in Deutschland sowohl als auch vielleicht in Polen hatte Prinz Heinrich schon lange hingewiesen und in allen seinen Denkschriften den Satz verfochten, daß Verhandlungen zwischen Österreich und Frankreich ohne Zuziehung Preußens zu einem neuen Bunde jener beiden Mächte gegen Preußen führen würden. Er hielt die Lage für so bedenklich, daß er in zwei Briefen an Bischoffwerder vom 20.[1]) und 24. Juni 1796 den Wunsch ausdrückte, den König zu sprechen, um diesem persönlich seine Ansichten über die von Preußen zu befolgende Politik auseinanderzusetzen. Als die wichtigsten Gesichtspunkte bezeichnete er dabei die folgenden: Der beabsichtigte Truppenkordon ist ein Beweis von Mißtrauen gegen Frankreich, während es gerade darauf ankommt, das Vertrauen zwischen Preußen und Frankreich zu stärken. Frankreich kann gegenwärtig dem Kaiser von Österreich den Frieden diktieren, was ein Grund mehr für Preußen ist, in enge Beziehungen zu jener Macht zu treten. Rußland allein kann Preußen gefährlich werden, ist jedoch für den Augenblick ohne Geld und durch seine gespannten Beziehungen zu der Türkei und Schweden an einer Aktion gehindert. Wollte

[1]) Abgedruckt in Urkunde Nr. 19, S. 227.

der König sich in Rußlands Arme werfen, so ist zu befürchten, daß die Kaiserin als die Verbündete Englands und Österreichs zusammen mit diesen feindlich gesinnten Mächten auf eine Demütigung Preußens hinarbeiten wird. Nur Frankreich hat den Wunsch, die Stellung Preußens zu heben und zu stärken. „Es sind nicht höfliche Worte, welche die Geister einigen, sondern unter Völkern bedarf es wirksamer Dienste. Der König kann daher nur, wenn er sich zur Unterstützung der französischen Wünsche bei dem Friedensschluß bereit erklärt, seinerseits auf eine nachhaltige Hilfe Frankreichs rechnen."

Friedrich Wilhelm war keineswegs geneigt, mit seinem redegewandten Oheim sich in mündliche Erörterungen über politische Fragen einzulassen. Bischoffwerder mußte daher antworten, daß der König, obwohl ihm die Wichtigkeit der von dem Prinzen vorgetragenen Wahrheiten nicht entgangen sei und er sich unausgesetzt mit Erwägung der in Betracht kommenden Verhältnisse und Möglichkeiten beschäftige, doch für den Augenblick auf das Vergnügen einer persönlichen Unterredung mit dem Prinzen verzichten müsse, da eine begonnene Brunnenkur ihm die größte Schonung auferlege. Unter diesen Umständen riet Bischoffwerder, der Prinz möge sich zunächst mit Einsendung einer schriftlichen Ausarbeitung der bezeichneten Hauptpunkte begnügen. Heinrich befolgte diesen Wink. Er drückte dem Könige, der im Begriff stand, nach Pyrmont abzureisen, brieflich die besten Wünsche für dessen Wiederherstellung aus und bat ihn, nicht zu antworten, so lange dieser Brunnen trinke und ruhebedürftig sei. Der Prinz fügte hinzu, daß er eine Denkschrift verfaßt und an Bischoffwerder gesandt habe, um sie dem Könige vorzulegen. Er täuschte sich freilich nicht über den geringen Wert derartiger Denkschriften, solange er von jeder Teilnahme an der Beratung und Beschlußfassung über die darin enthaltenen Vorschläge ausgeschlossen blieb. „Man mag", schrieb er an Bischoffwerder,[1]) „Denkschriften verfassen, diese mögen auch

[1]) Brief vom 11. Juli 1796. Abgedruckt in Urkunde Nr. 22, S. 233.

Billigung finden, aber wenn die Ausführung nicht nach den gleichen Grundsätzen geleitet wird, so scheitert man oder schafft nur ein unvollkommenes Werk. So ging es bei unserm Frieden mit Frankreich, aus dem man, wie ich noch immer glaube, größeren Nutzen hätte ziehen können ... Es ist zu hart, wenn man genötigt ist, als Außenstehender zu handeln, ohne auch nur zu erfahren, ob und wie die vorgeschlagenen Maßregeln befolgt werden ... Ich erhebe keine Ansprüche für mich, meine Wünsche beschränken sich auf eine gedeihliche Entwicklung der Interessen des Königs und des Staates." Bischoffwerder konnte nur erwidern, daß, da der König inzwischen nach Pyrmont abgereist sei, erst dort von der neuen Denkschrift des Prinzen Gebrauch gemacht werden könne. Es ist hiernach wohl zweifelhaft, ob der König sie überhaupt gelesen hat. Auf die schwebenden Verhandlungen mit Frankreich, die am 16. Juli in der Hauptsache beendet waren und durch Unterzeichnung der Berliner Verträge vom 5. August 1796 ihren formellen Abschluß erhielten, hat die Denkschrift jedenfalls keinen Einfluß ausgeübt. Der Inhalt der Verträge entsprach den Anschauungen Heinrichs insoweit, als durch dieselben wenigstens vorläufig ein besseres Einvernehmen zwischen Preußen und Frankreich gesichert erschien. Die Republik erkannte die Neutralität Norddeutschlands nach Maßgabe einer genau bestimmten Demarkationslinie an, Preußen gab als Gegenleistung in einem geheimen Vertrage jeden Widerstand gegen die Rheingrenze auf und ließ sich als Entschädigung für eine spätere Abtretung seiner linksrheinischen Besitzungen Teile des Stiftes Münster und die Herrschaft Recklinghausen versprechen, womit der Grundsatz der Säkularisationen angenommen war. Dagegen unterblieb auch jetzt das, was Heinrich immer als einen besonders wichtigen Punkt bezeichnet hatte, die Verständigung mit Frankreich über die Friedensbedingungen für das Reich, welches mithin, soweit es außerhalb der Neutralitätsgrenzen lag, seinem Schicksal überlassen und der Willkür des französischen Siegers preisgegeben war.

Noch bevor diese Verträge unterzeichnet waren, hatte der Prinz den Versuch gemacht, für sein politisches Programm eine neue Stütze am preußischen Hofe zu gewinnen, indem er mit dem Thronfolger, dem damals 26jährigen Kronprinzen Friedrich Wilhelm einen politischen Briefwechsel anknüpfte. Der erste der erhaltenen Briefe ist vom 21. Juli 1796[1]) datiert und enthält den Ausdruck der Verstimmung des Prinzen über die oben erwähnte Ablehnung des Königs, ihm eine Audienz zur Besprechung politischer Angelegenheiten zu gewähren. Er klagt seine Gegner an, ihn in diesen kritischen Zeiten von jeder Einwirkung ausschließen und dadurch zu einem Ausbruch des Unwillens verleiten zu wollen, zu dem er sich jedoch nicht werde hinreißen lassen. „Ich habe", fährt der Prinz dann fort, „seitdem man mich über den Frieden konsultiert hat, alle Leiden über mich ergehen lassen, ich thue es für Sie und für den Staat, ich schreibe Denkschriften und schicke sie an den König und Bischoffwerder . . . Mit Ungeduld erwarte ich den Frieden für Deutschland. Ist dieser nach 6—7 Monaten nicht abgeschlossen, so werde ich frei sprechen und mich nie mehr zwingen lassen, eine Rolle zu spielen wie ein untergeordneter Beamter." In einem zweiten Briefe vom 31. Juli geht Heinrich näher auf die letzte Denkschrift ein, die er an Bischoffwerder geschickt hatte. Es sei darin nachgewiesen, daß Rußland, welches sich in formeller Allianz mit Österreich und England befinde, gegenwärtig als der gefährlichste Feind Preußens betrachtet werden müsse, die Kaiserin Katharina habe ihre feindseligen Gesinnungen bei jeder Gelegenheit gezeigt, namentlich bei der letzten Teilung Polens. Die unmittelbare Nachbarschaft von Österreich und Rußland müsse sich mit der Zeit für den preußischen Staat unerträglich gestalten. Die einzige Rettung liege in einer Allianz mit Frankreich, welche der Prinz beim Abschluß des Baseler Friedens noch zu umgehen gesucht habe, die aber jetzt geboten sei, da ein Krieg mit Rußland früher oder später unvermeidlich

[1]) Abgedruckt in Urkunde Nr. 23 S. 234.

sein werde. Haugwitz, bemerkte der Prinz weiter, scheine Rußland sehr ergeben zu sein; das System der Neutralität sei ein Zeichen der Schwäche und müsse Frankreich Mißtrauen einflößen. An ein preußisch-französisches Bündnis würden sich dagegen angesehene Reichsfürsten, wie die Herzöge von Zweibrücken und Württemberg, der Kurfürst von der Pfalz und der Landgraf von Hessen anschließen.

Der Kronprinz wurde durch diese Konfidenzen seines Großoheims, in welchem er den Bruder Friedrichs des Großen und das älteste Mitglied des Königlichen Hauses verehrte, offenbar in Verlegenheit gesetzt und vermied in seiner schüchternen und vorsichtigen Weise ein bestimmtes Urteil über die aufgeworfenen politischen Fragen. Nachdem ihm Bischoffwerder im Auftrage Heinrichs die besprochene Denkschrift mitgeteilt hatte, drückte er letzterem seinen Dank mit der höflichen Wendung aus, daß die ausgezeichneten Dienste, welche der Prinz bei jeder Gelegenheit dem Staate geleistet habe, nicht genug anerkannt werden könnten. Zur Sache selbst äußerte er bescheiden, daß seine schwache Einsicht ihm nicht gestatte, mit Sicherheit die Mittel anzugeben, durch die man sich in diesem Labyrinth zurecht finden könne. Vermutlich werde man die eine oder die andere Partei ergreifen müssen, doch getraue er sich nicht, hierüber allein zu entscheiden; in jedem Fall sei große Vorsicht nötig, um nicht hintergangen zu werden — charakteristische Worte für den künftigen König, dessen Mangel an Selbstvertrauen und schneller Entschlußkraft in den Anfängen seiner Regierung dem Staate nicht minder verderblich werden sollten, wie die übereilten, unter dem Eindruck einer augenblicklichen Stimmung gefaßten Entschließungen seines Vaters. Heinrich scheint damals diesen schriftlichen Meinungsaustausch mit dem Kronprinzen nicht fortgesetzt zu haben. Der nächste der vorhandenen Briefe ist vom November 1797 datiert, kurz vor der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III., an die der Prinz auch für sich und die Geltendmachung seines politischen Einflusses neue Hoffnungen knüpfte.

Die mit dem Vertrage vom 5. August 1796 vollzogene Annäherung Preußens an Frankreich wurde in Paris als ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einer französisch-preußischen Allianz aufgefaßt. Der Gesandte Caillard erhielt die Instruktion, dem Berliner Hofe die Vorteile einer preußischen Hegemonie in Norddeutschland auseinanderzusetzen, während Frankreich nach den Friedensschlüssen mit Württemberg und Baden im August 1796 den entscheidenden Einfluß in Süddeutschland zu gewinnen hoffte. Indessen reichte weder der politische Blick Friedrich Wilhelms II., dessen Ruhebedürfnis bei seiner zunehmenden Krankheit immer größer wurde, noch die staatsmännische Befähigung seiner Ratgeber so weit, daß ernstlich darauf Bedacht genommen wurde, das schwächliche System der Neutralität durch engeren Anschluß der Fürsten im Norden Deutschlands auszubauen und zu einer Machterweiterung Preußens zu benutzen. Nur soviel war erreicht, daß der König wenigstens die sich damals wiederholenden russisch-englischen Anträge, die Neutralität aufzugeben und der Koalition wieder beizutreten, mit größerem Selbstgefühl als bisher zurückwies. Es klang wie bittere Ironie, wenn er in einem Briefe vom 13. September 1796[1]) die Kaiserin Katharina, die jetzt bereit war mit 60,000 Mann an dem Krieg gegen Frankreich teilzunehmen, daran erinnerte, daß sie bei der ersten Koalition, „durch höhere Rücksichten behindert", ihre Mitwirkung abgelehnt habe. Jetzt wolle der König dem Beispiele seines berühmten Vorgängers folgen, der nach Erweiterung der Grenzen der Monarchie durch neue Eroberungen es sich zum System gemacht habe, sein Land in Frieden zu regieren und nur auf dessen Verteidigung bedacht zu sein. Der König müsse sich mithin darauf beschränken, aus der Ferne die hochherzigen Anstrengungen zu bewundern, welche die Kaiserin für eine Sache machen wolle, der er bereits gedient habe.

[1]) Abgedruckt bei Herrmann: Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband S. 538 und 539.

Diese Zurückweisung fand natürlich den lebhaften Beifall des Prinzen Heinrich. In einem Glückwunschschreiben vom 17. September 1796 aus Anlaß des Königlichen Geburtstages heißt es: „Ich kann mir das Vergnügen nicht versagen, den Ausdruck meiner Bewunderung über die feste und klare Antwort hinzuzufügen, mit der Sie, wie das Gerücht sagt, den russischen und englischen Abgesandten heimgeleuchtet haben", worauf der König eigenhändig erwiderte: „Ich bin Ihnen außerordentlich verbunden für Ihre Aufmerksamkeit wie auch für Ihre Zustimmung betreffs meiner Ablehnung der englischen Vorschläge, die unvereinbar mir den Interessen der preußischen Monarchie sind."

Auch ein anderer Wunsch Heinrich's schien sich jetzt der Erfüllung zu nähern. Im Januar 1797 erhielt Caillard Weisung, die guten Dienste der preußischen Regierung für die Wiederherstellung des Friedens zwischen Frankreich und Österreich nachzusuchen. Sowohl in Wien als in Paris herrschte nach den wechselnden Waffenerfolgen des Jahres 1796 eine starke Friedensströmung. Die Kaiserin Katharina, die am heftigsten zu einer Fortsetzung des Krieges gedrängt hatte, war am 17. November 1796 gestorben. Heinrich, der trotz aller persönlichen Entfremdung stets ein eifriger Bewunderer der großen Regenteneigenschaften dieser Fürstin geblieben war, legte Trauer um sie an, „in Erinnerung", wie er seinem Bruder schrieb, „an die vielen Beweise der Freundschaft, die ich von ihr erhalten habe, und wegen ihres Genies, denn das ist ein Verlust für die ganze Welt. Vom politischen Standpunkt freilich muß ihr Tod ein Glück genannt werden." Von ihrem Nachfolger, dem Kaiser Paul, erwartete der Prinz zunächst eine friedlichere Haltung, was auch insofern zutraf, als dieser sofort erklärte, daß er nicht daran denke, russische Truppen gegen Frankreich marschieren zu lassen. Im Juni 1797 erhielt der russische Gesandte in Berlin sogar den Auftrag, durch Vermittlung von Haugwitz geheime Unterredungen mit Caillard nachzusuchen, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen eine

Wiederversöhnung Rußlands mit dem revolutionären Frankreich möglich sei. Auch in England war der Kriegseifer erkaltet. Die erste Friedensmission des Lord Malmesbury am Ende jenes Jahres scheiterte freilich an den übertriebenen Forderungen des Direktoriums, zur großen Freude des Prinzen Heinrich, der nicht an den Ernst der englischen Friedensabsichten geglaubt hatte. Doch mußte Pitt, so stark auch seine Stellung im Parlamente blieb, den Angriffen der Opposition und den Wünschen der öffentlichen Meinung auch ferner wenigstens dadurch Rechnung tragen, daß er den Anschein vermied, als wolle England den Erfolg der Friedensverhandlungen auf dem Kontinente verhindern. Für eine preußische Vermittlung schienen unter diesen Umständen günstige Aussichten vorhanden zu sein, insbesondere, da Caillard andeutete, daß die Republik nicht unbedingt auf der Abtretung des linken Rheinufers bestehen werde. Indessen trugen der König und Haugwitz doch Bedenken, in Wien eine andere Friedensbasis als die auf dem Regensburger Reichstage vom Kaiser stets nachdrücklich betonte Integrität des deutschen Reiches vorzuschlagen, obwohl niemand bezweifelte, daß nach den politischen und militärischen Erfolgen Frankreichs in den letzten Jahren diese Integrität nicht mehr aufrecht zu erhalten war und daß weder Österreich noch Preußen Rücksicht auf sie nehmen würden, sobald die Sonder-Interessen der beiden Mächte eine abweichende Haltung zu erheischen schienen.

Prinz Heinrich, der immer die Wichtigkeit einer vorgängigen Verständigung zwischen Preußen und Frankreich sowohl in der deutschen als in der österreichischen Friedensfrage betont hatte, eilte jetzt nach Berlin, um seine Ansichten persönlich zur Geltung zu bringen. Es gelang ihm diesmal, bei dem Könige Zutritt zu erhalten und dessen Händen am 10. März eine in Rheinsberg ausgearbeitete Denkschrift zu übergeben, die Betrachtungen über die Lage Europas enthielt.[1])

[1]) Réflexions sur la situation présente de l'Europe. H.-A. Die Abschrift trägt das Datum vom 2. März 1797. Abgedruckt in Urkunde Nr. 26 S. 239.

Die Denkschrift beginnt mit einer Beglückwünschung des Königs wegen des Zuwachses an Vorteil und Kraft, den Preußen in den zwei Jahren seit dem Abschluß des Baseler Friedens aufzuweisen habe. Es komme jetzt darauf an, diese Machtstellung zu befestigen, wozu erforderlich sei, daß Preußen auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse bei dem bevorstehenden Reichsfrieden einen maßgebenden Einfluß erlange. Für einen solchen Zweck müsse man sich sowohl mit Frankreich als mit Rußland in Verbindung setzen, und zwar mit Frankreich, um einerseits für Preußen und die mit ihm verbündeten deutschen Fürsten vorteilhafte Erwerbungen, anderseits für Österreich eine passende Entschädigung in Italien oder in Deutschland auszuwirken. Was Rußland betreffe, so meinte der Prinz, würde es genügen, wenn der König dem Kaiser Paul in einem eigenhändigen Briefe auseinandersetze, daß Österreich den Krieg gegen Frankreich nicht länger mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen könne und daß der König sich daher zu einer Vermittlung entschlossen habe. Der Prinz warnte dabei, Rußland zu einer Einmischung in die deutschen Friedensverhandlungen zu veranlassen, es sei denn, daß man der Nachgiebigkeit und Zustimmung des jungen Kaisers zu dem zwischen Preußen und Frankreich vereinbarten Friedensprogramm sicher wäre. Nachdem der König sich auf diese Weise mit Frankreich und Rußland verständigt habe, solle er seine guten Dienste für die Herstellung des Friedens dem Kaiser von Österreich anbieten und diesen Vorschlag eventuell durch eine militärische Demonstration in Schlesien unterstützen. Die Denkschrift gab zum Schluß einem Gedanken Ausdruck, der über die Ziele der norddeutschen Neutralitätspolitik Preußens, wie Haugwitz sie formuliert hatte, hinausreichte. Der Prinz riet nämlich, Agenten an den Kurfürsten von der Pfalz, den Herzog von Württemberg und die Fürsten des schwäbischen Kreises zu schicken, um denselben gleichfalls die guten Dienste Preußens bei dem definitiven Frieden mit Frankreich unter der Bedingung anzutragen, daß diese Fürsten später in gewissen

Fällen ihre Truppenkontingente mit den preußisch-norddeutschen Truppen zum Schutze der Neutralität vereinigten.

In einer zweiten Denkschrift[1]), welche der König ebenfalls im Laufe des März erhielt, verbreitete sich der Prinz über die größeren Vorteile, welche eine französische Allianz im Vergleich zu einer russischen für Preußen böte. Sehr wünschenswert würde allerdings ein Dreibund zwischen Preußen, Rußland und Frankreich sein, doch dem stehe entgegen, daß einerseits Rußland aus handelspolitischen Gründen innig mit England verknüpft sei, anderseits Frankreich die Interessen der Pforte nicht opfern könne, deren Erhaltung auch für Preußen wichtig sei. Für den König ergebe sich aus den vorliegenden Verhältnissen die Aufgabe, eine Allianz mit Frankreich zu schließen und ein gutes Einvernehmen (la bonne intelligence) mit Rußland aufrecht zu erhalten. „Ein großer Staat, wie Preußen", bemerkte der Prinz hierbei, „muß sich auf zukünftige Ereignisse vorbereiten."

Indessen wollte Friedrich Wilhelm II. damals überhaupt keine Allianz, sondern strikte Neutralität nach allen Seiten. Sein Versuch, diese Neutralität dem neuen russischen Kaiser gegenüber zu rechtfertigen, war allerdings fehlgeschlagen. Er hatte zur Thronbesteigung Pauls den Grafen Brühl nach Petersburg mit dem Auftrage entsandt, dem Zaren die Ursachen des Friedensschlusses mit Frankreich darzulegen und die bisher geheim gehaltenen Artikel des Baseler Friedens und die Konvention vom 5. August 1796 mitzuteilen. Allein der Kaiser war so wenig von diesen Aufklärungen befriedigt, daß er ein eigenhändiges Schreiben Friedrich Wilhelms in derselben Angelegenheit unbeantwortet ließ, worauf dieser sich damit begnügte, sein Bedauern darüber auszudrücken, „que l'empereur n'a pas su apprécier les confidences qui lui ont

[1]) Sur la France et la Russie. H.-A. Die Abschrift trägt das Datum 1. März 1797 mit dem Vermerk: Au Roi 20de Mars 1797. Berlin. Abgedruckt in Urkunde Nr. 27 S. 243.

été faites.“ Auf der anderen Seite entfernten sich die Vorschläge des Prinzen wegen einer Verständigung mit Frankreich, um Preußen und seinen Verbündeten territoriale Vorteile bei dem bevorstehenden Reichsfrieden zu verschaffen und Österreich möglichst zu isolieren, weit von dem Ideenkreise des Ministers Haugwitz, der eine thatenscheue Politik — une politique plutôt négative, wie er beschönigend sagte — und möglichste Enthaltung von jeder Einmischung in die Angelegenheiten anderer bevorzugte. Mehr Anklang fanden Heinrichs Gedanken und Pläne bei dem französischen Gesandten Caillard, dessen Berichte aus dem März 1797 des Prinzen wiederholt Erwähnung thun. Am 14. März hatte er mit diesem eine geheime Unterredung in dem prinzlichen Schlafzimmer, worüber er meldet: „Der Prinz sprach mit viel Geist, mit Anmut und Leichtigkeit, und ich sah wohl, daß es ihm auch viel Vergnügen machte, zu sprechen.“

Inzwischen entschieden die Siege Bonapartes in Oberitalien zu Gunsten der französischen Ansprüche. In den Friedenspräliminarien von Leoben willigte Österreich in die Abtretung Belgiens und gestand Frankreich die „durch die konstitutionellen Gesetze der Republik“ bestimmte Grenze zu, während durch einen Kongreß die Bedingungen für den Frieden mit den Reichsständen und zwar „auf Grundlage der Integrität des deutschen Reiches“ festgestellt werden sollten. Obwohl der Widerspruch zwischen einer Anerkennung dieser Integrität und der von der französischen Republik geforderten Rheingrenze unlösbar war, beeilte sich die preußische Regierung doch, die Räumung ihrer linksrheinischen Besitzungen durch die französischen Truppen zu verlangen, da deren fortdauernde Occupation mit der Integrität der Reichsgrenzen nicht vereinbar schiene. Gleichzeitig ließ sich Haugwitz bereit finden, einem Wunsche des Direktoriums zu entsprechen, indem er auf dessen Begehren am 3. Juli 1797 den Grundsatz der Säkularisationen für die Entschädigungs-Verhandlungen in einer amtlichen Erklärung anerkannte. Eine französische Gegenleistung für diese Gefälligkeit blieb aus, dagegen wurde, als nach dem Staats-

streiche des 18. Fructidor (4. September 1797) die zu einer Fortsetzung des Krieges gegen Österreich und England entschlossenen Elemente in Paris die Oberhand gewannen, der Gesandte Caillard beauftragt, Preußen abermals zu einem Bündnis gegen Österreich aufzufordern, das einen defensiven und offensiven Charakter tragen sollte. In Berlin wies man diese gefährliche Bundesgenossenschaft ziemlich brüsk mit der Erklärung zurück, daß die preußische Regierung es ablehnen müsse, auch nur in eine Vorbesprechung über eine derartige Angelegenheit einzutreten (d'entamer des pourparlers relativement à cette affaire). Selbst Prinz Heinrich würde einer französischen Allianz, die Preußen zu einem Angriffskriege gegen Österreich verpflichtet hätte, schwerlich das Wort geredet haben. Er war nach seinem eigenen Geständnis in die damals zwischen Berlin und Paris geführten Verhandlungen nicht eingeweiht. „Seit 4 Monaten", schrieb er im September 1797 an Haugwitz, „weiß ich nichts über die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen." Als er jetzt, vermutlich durch Caillard, von der kurzen Abweisung der französischen Vorschläge erfuhr, stellte er Haugwitz zur Rede, indem er ihn zornig fragte, wie dieser dem Gesandten eine so „dumme Antwort" hätte geben können. Haugwitz will nach seiner Erzählung erwidert haben: Mit Rücksicht auf ein Motiv, das Euere Königliche Hoheit übersehen zu haben scheinen: Die Ehre Preußens!

Als bald darauf die zunehmende Verschlimmerung in dem Befinden Friedrich Wilhelms II. in naher Zeit einen Regierungswechsel erwarten ließ, begann Heinrich sich dem Kronprinzen wieder in einer Weise zu nähern, welche die Aufmerksamkeit der fremden Diplomaten in Berlin erregte. Der österreichische Gesandte Fürst Reuß schilderte Heinrich damals als immer geschäftig und darauf bedacht, sich zur Geltung zu bringen, ohne jedoch seinen Zweck zu erreichen, als unermüdlich in der Abfassung von Denkschriften, die niemand mehr lese. Derselbe beabsichtige jetzt auf das Gemüt des Kronprinzen Einfluß zu

gewinnen und wolle als dessen Mentor auftreten, werde jedoch bald das Vergebliche seiner Hoffnungen einsehen. Caillard dagegen schien es für nicht unmöglich zu halten, daß Heinrich unter der neuen Regierung noch eine Rolle spielen werde. Der Kronprinz, der starken Familiensinn besitze, schätze in ihm das bedeutendste Mitglied des Königlichen Hauses, den Waffengefährten und Nacheiferer des großen Friedrich.[1])

Während der letzten Lebensmonate Friedrich Wilhelms II. war Haugwitz der einzige Minister, der den kranken König noch sah und ihm mündlichen Vortrag halten durfte. Da dieser ihn beauftragt hatte, dem Kronprinzen von den wichtigeren politischen Geschäften Kenntnis zu geben, erachtete Heinrich es jetzt gleichfalls für nützlich, sich gelegentlich zur Geltendmachung seiner Wünsche und Ratschläge wieder der Vermittlung von Haugwitz zu bedienen, so abfällig er sich auch sonst über diesen „ängstlichen und nur für die kleinen Intriguen geschaffenen" Minister zu äußern pflegte. So richtete er im September 1797 einen Brief an ihn, den dieser dem Thronfolger zeigen sollte, worin Heinrich gleichsam einen Rückblick auf sein politisches Programm seit dem Baseler Frieden warf und zugleich seine Unzufriedenheit mit der ihm bisher zugewiesenen Stellung deutlich erkennen ließ. „Ich hätte gewünscht", schrieb der Prinz, „daß ich immer von dem mir zukommenden Recht hätte Gebrauch machen können, meine Gedanken in Gegenwart des Königs vor fünf oder sechs Personen des Allerhöchsten Vertrauens auszusprechen, um im Wege einer mündlichen Erörterung die Wahrheiten, die ich zu kennen glaubte, zu beweisen. Statt dessen konnte ich mich für diesen Zweck immer nur eines Mittels bedienen, nämlich Denkschriften zu verfassen ... Sobald mir der König den verstorbenen Grafen Goltz schickte, der den Auftrag hatte, sich mit mir über die große Frage des Friedens zu bereden, ... hielt ich es für eine Ehrensache, nicht

[1]) Berichte von Reuß 20. Juni, von Caillard 1. Juli 1797 bei Bailleu a. a. O. S. 535.

eher zu ruhen, bis auch der Friede mit Deutschland und mit Österreich zustande gekommen sei." Heinrich setzte dann auseinander, wie man gleich nach dem Baseler Frieden die Grundlagen einer Allianz zwischen Preußen und der französischen Republik unter Beitritt einiger Reichsfürsten hätte legen können, und wie eine solche Allianz sowohl gegenüber den Drohungen Österreichs und Rußlands Sicherheit gewährt haben, als auch von der französischen Nation trotz des Wechsels der jeweiligen Machthaber aufrecht erhalten sein würde. Die Schlußworte dieses merkwürdigen Briefes lauten: „Ich schreibe Ihnen als rechtschaffener Bürger (en citoyen honnête), denn, wenn ich es nicht wäre, würde nichts mich je bewogen haben können, als Prinz in einer Verborgenheit zu arbeiten, an die ich keineswegs gewöhnt war, da der verstorbene König nicht nur meine Dienste benutzt, sondern mich auch in den wichtigsten Angelegenheiten um Rat gefragt hatte. Aber gleichviel, ich habe mein Pflicht erfüllt, und eines Tages, wenn man alle Umstände kennt, wenn ich nicht mehr am Leben bin, wird Preußen mich richten." [1])

Je näher der Augenblick des Regierungswechsels in Preußen heranrückte, desto eifriger bemühte sich Prinz Heinrich, seinen politischen Grundsätzen bei dem jugendlichen Thronfolger Eingang zu verschaffen. Eine um diese Zeit verfaßte und, wie es scheint, gleichfalls durch Vermittlung mit Haugwitz eingereichte Denkschrift beschäftigt sich eingehend mit der Frage der Allianzen.[2]) Der Prinz geht davon aus, daß Preußen in der gegenwärtigen Weltlage ohne einen zuverlässigen und sicheren Bundesgenossen stets der Gefahr ausgesetzt sei, von feindlich gesinnten Nachbarn mit Krieg überzogen zu werden. Er weist

[1]) Brief des Prinzen Heinrich an Haugwitz vom 1. September 1797. G. St.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 28, S. 245.

[2]) Observations sur les relations extérieures de la monarchie prussienne. G. St.-A. Die Reinschrift trägt das Datum Rheinsberg, Dienstag den 17. Oktober 1797, und enthält spätere Zusätze von der Hand des Prinzen. Abgedruckt in Urkunde Nr. 29, S. 247.

dabei weit von sich „jene furchtsame Politik, die, unter dem bestechenden Vorwande, den Krieg zu vermeiden, sich mit aller Welt verbindet und überall Freunde sucht", und stellt fest, daß für Preußen thatsächlich nur zwei Allianzen in Betracht kämen, die mit Rußland oder mit Frankreich. Von Österreich werde Preußen durch einen zu eingewurzelten Nationalhaß und durch zu verschiedene Interessen getrennt. Es werden dann in ausführlicher und scharfsinniger Weise die Gründe entwickelt, die für und gegen eine jede dieser beiden Allianzen sprechen. Bei Rußland hebt der Prinz hervor, daß es bereits im Bunde mit Österreich und England stehe, sodaß Preußen durch seinen Beitritt Gefahr laufe, in die Hände dreier Mächte zu geraten, „die ein Interesse haben, wenn nicht sich zu rächen, doch wenigstens zu verhindern, daß es keine zu große Festigkeit (consistance) gewinne". Die Hauptnachteile würden in dem Verhältnis zu England liegen, dessen Einfluß auf die Angelegenheiten Europas und Deutschlands ohnehin zu groß sei, „denn es ist und wird immer gefährlich sein, sich im Bunde oder sozusagen in Abhängigkeit von den kaufmännischen Einfällen (caprices) einer Macht zu befinden, die gewohnt ist, die Kontinentalstaaten als Hebel und Instrumente zu betrachten, um in der Hand Englands an dem Wachstum seines Handels und seiner Größe mitzuwirken." Außerdem würde Preußen sich durch seinen Beitritt zu der russisch-österreichischen Allianz mit Frankreich verfeinden und zum machtlosen Zuschauer der ehrgeizigen Eroberungspläne der beiden Kaisermächte gegen die Türkei werden. Was das Bündnis mit Frankreich betrifft, so werden in der Denkschrift zunächst die dagegen sprechenden Gründe erörtert, die namentlich aus dem häufigen Wechsel der dortigen Regierungen und aus der Gefahr einer Ausbreitung republikanischer Ideen in dem monarchischen Preußen hergeleitet werden könnten. Heinrich bemüht sich, aus der Geschichte nachzuweisen, daß weder der eine noch der andere dieser Einwände zutreffend sei. Vielmehr liege es im wahren Interesse Frankreichs, sich an Preußen anzuschließen und so

ein Anwachsen der Macht Rußlands und Österreichs zu verhindern, die beide auch die natürlichen Feinde Preußens und der Türkei seien. In einem späteren Zusatz wird dann noch bemerkt, daß möglicherweise auch Schweden und Dänemark, um Rußland in Schach zu halten, der preußisch-französischen Allianz beitreten könnten, desgleichen einige Reichsfürsten, wie der Landgraf von Hessen, der Pfalzgraf und der Herzog von Braunschweig. Von den durch die Verträge von Leoben und Campo Formio geschaffenen territorialen Veränderungen berücksichtigte Heinrich in dieser Denkschrift nur die Bildung der cisalpinischen Republik, die als ein Werkzeug in der Hand Frankreichs dem Wiener Hof feindlich gesinnt bleiben und dadurch die französische Angriffsstellung gegen Österreich auf der italienischen Seite verstärken würde. Den ungeheuren Machtzuwachs, den Frankreich an seiner östlichen Grenze durch den Erwerb Belgiens und der linksrheinischen Gebiete davontrug, hielt der Prinz nicht für bedrohlich, da er der unerschütterlichen Überzeugung lebte, daß Frankreich und Preußen natürliche Verbündete wären, die sich gegenseitig ihre Vergrößerungen gönnen müßten. Er ahnte damals nicht, daß in einem geheimen Artikel des Friedens von Campo Formio die französische Republik mit Österreich übereingekommen war, es könne nach Rückgabe der preußischen Besitzungen auf dem linken Ufer des Rheins von irgendwelchen neuen Erwerbungen für Preußen nicht mehr die Rede sein.[1])

Als im Oktober 1797 der neue russische Kaiser Paul I. in einem an Friedrich Wilhelm II. gerichteten eigenhändigen Briefe, der auf Veranlassung des Ministers Grafen Panin an die Öffentlichkeit gelangte, auf die Gefahren der französischen Revolution hinwies und an die Solidarität aller monarchischen Regierungen Europas erinnerte, warnte Heinrich den Kron-

[1]) La république française n'a point de difficultés à restituer au Roi du Prusse ses possessions sur la rive gauche du Rhin, en conséquence il ne sera question d'aucune aequisition nouvelle pour le Roi de Prusse, ce que les deux puissances contractantes se garantissent mutuellement. (Art. 9.)

prinzen sofort vor jedem Eingehen auf die russischen Vorschläge, die er als einen Versuch bezeichnete, den Frieden zwischen Preußen und Frankreich zu stören. Er sprach dabei die Vermutung aus, daß der in Braunschweig als Emigrant lebende Graf Ségur, früher Kriegsminister unter Ludwig XVI., den Kaiser Paul zu diesem Vorgehen angestiftet habe, wie denn Braunschweig überhaupt der Sitz aller Intriguen gegen die preußischen Interessen sei und man von dort seit drei Wochen die Nachricht verbreite, Preußen werde sich an dem Kriege gegen Frankreich beteiligen. Heinrich tadelte die Unbeständigkeit der politischen Prinzipien Preußens und wiederholte, wie schon oft, daß man nach dem Baseler Frieden ein provisorisches Bündnis mit Frankreich hätte schließen müssen. „Unsere Politik", setzte er hinzu, „muß notwendig von größerer Energie getragen sein, um die innere und äußere Ruhe aufrecht zu erhalten." Wenn der Kronprinz mit Haugwitz reden und diesem deutlich seine Meinung sagen wolle, so würde das nützlicher sein, als alle Briefe Heinrichs an den Minister.

In der That sah sich der Kronprinz veranlaßt, dieses Schreiben seines Großoheims an Haugwitz zu übersenden, der sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, seine Neutralitätspolitik zu verteidigen. Er machte zunächst darauf aufmerksam, daß die Tonart, in welcher der Prinz Heinrich sich über den Brief des Kaisers Paul auslasse, genau mit der Sprache der französischen Gesandtschaft in Berlin übereinstimme, was ein neuer Beweis für die engen Beziehungen zwischen der Gesandtschaft und den Umgebungen des Rheinsberger Hofes sei. Der Minister räumte dann ein, daß sich über das Kapitel der Unbeständigkeit von politischen Prinzipien aus der früheren Zeit manches sagen lasse, doch seit 1794 habe Preußen in seiner auswärtigen Politik bestimmte Grundsätze verfolgt, von denen niemals abgewichen sei. Diese Grundsätze formulierte der Minister in folgender Weise: „Mit Frankreich Frieden schließen, ohne uns mit Rußland, England und dem Wiener Hof zu überwerfen; die wiederhergestellte Eintracht mit der erstgenannten Macht aufrecht erhalten,

ohne uns in zu enge Verbindung mit ihr einzulassen. Allen Mitteln der Versuchung widerstehen, mit denen man auf uns eindrang, um uns von neuem in den Krieg zu verwickeln. In dieser Hinsicht mit gleicher Festigkeit sowohl Frankreich als den verbündeten Mächten entgegentreten. Endlich den Zustand vollkommener Neutralität innehalten, also sich Achtung verschaffen und mit Würde behaupten unter Zuziehung derjenigen unserer Nachbarn, die ein gleiches Interesse mit uns verband." [1]) Der Minister verschwieg dabei freilich, wie wenig dieses schönklingende Programm sich in der Praxis bewährt, und wie viel Preußen an moralischem Ansehen und Vertrauen bei Freund und Feind verloren hatte. Dem Prinzen Heinrich würde es leicht gewesen sein, die Hohlheit der Haugwitzschen Phrasen aufzudecken, doch gab ihm der Thronfolger keine Gelegenheit dazu. Er antwortete dem Prinzen am 13. November ausweichend mit einem Dank für dessen Zuschrift und der Versicherung, daß er sich glücklich schätzen würde, wenn die Umstände ihm gestatteten, sich nach den aufgeklärten Ansichten Heinrichs zu richten. „Das Glück meines Vaterlandes wird stets die Richtschnur meines Lebens sein", fügte er hinzu. Über Haugwitz hieß es nur: „Ich habe Ihre Ideen dem Grafen Haugwitz mitgeteilt und bin sicher, daß dieser Minister daraus Nutzen ziehen wird, soweit die Zeitverhältnisse es erlauben." Drei Tage später, am 16. November 1797, starb Friedrich Wilhelm II. Die schwere Last der Regierung eines Staates, der von auswärtigen Gefahren bedroht war und im Innern großer Reformen bedurfte, ging auf seinen 27jährigen Nachfolger über.

[1]) Dieses interessante Schreiben des Grafen Haugwitz vom 4. November 1797 befindet sich im Haus-Archiv unter den Akten: „Briefe von Haugwitz, St. Patern und Bischoffwerder an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm über die letzte Krankheit Friedrich Wilhelms II."

5. Die letzten Lebensjahre unter Friedrich Wilhelm III.

Prinz Heinrich stand beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. im 72. Lebensjahre. Trotz dieses hohen Alters hatte er die Hoffnung, einen politischen Einfluß auszuüben, nicht ganz aufgegeben. Ihn erfüllte noch immer ein unruhiger Ehrgeiz wie zur Zeit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms II., als er geglaubt hatte, der neue Herrscher werde sich in allen wichtigeren Staatsgeschäften der Leitung seines erfahrenen Oheims anvertrauen und dessen Ratschläge einholen. Damals erschien eine solche Erwartung nicht unberechtigt, da Heinrich angesichts der Entfremdung, die zwischen Friedrich dem Großen und dem Thronfolger herrschte, lange Jahre hindurch die Stellung eines verständnisvollen, hilfsbereiten Freundes bei seinem Neffen eingenommen hatte und sich nach der vertraulichen Korrespondenz, die zwischen ihnen stattfand, schmeicheln durfte, auch mit seinen politischen Ideen Anklang zu finden. Das persönliche Verhältnis zwischen Heinrich und Friedrich Wilhelm III. war dagegen nie ein intimes gewesen. Die Versuche, einen politischen Briefwechsel anzuknüpfen, hatten zu keinem Ergebnis geführt. Zwar verehrte der junge König mit pietätvoller Gesinnung in dem Bruder des großen Friedrich den ältesten Verwandten seines Hauses, den berühmten Feldherrn des Siebenjährigen Krieges und einen auch auf anderen Gebieten durch Geist und vielseitige Kenntnisse ausgezeichneten Prinzen, dem er nie die dessen Geburt und Verdiensten

schuldige Achtung versagte, aber er war auf der andern Seite weit entfernt, seinem Großoheim wirkliches Vertrauen zu schenken und in privaten oder öffentlichen Angelegenheiten dessen Autorität anzuerkennen. Wenn es zu Anfang der Regierung Friedrich Wilhelms II. sowohl im Inlande wie im Auslande noch eine Partei gab, die mit der Möglichkeit eines entscheidenden Einflusses des Prinzen Heinrich auf den Monarchen rechnete, so war dies bei dem Thronwechsel von 1797 nicht mehr der Fall. Haugwitz hegte schwerlich die Besorgnis, durch Rheinsberger Intriguen aus der königlichen Gunst verdrängt zu werden, wie dies nach dem Tode Friedrichs des Großen Graf Hertzberg nicht ohne Grund befürchtet hatte. Auch ging der eigene Ehrgeiz Heinrichs wohl nicht so weit, daß er einen Ministerwechsel anstrebte, um seinen politischen Ansichten Eingang zu verschaffen, sondern er hoffte, das von ihm empfohlene System mit Hilfe von Haugwitz durchsetzen und dem Könige annehmbar machen zu können. Er sah in diesem Minister nicht wie seinerzeit in Hertzberg einen persönlichen und politischen Feind, dessen Beseitigung es galt, sondern vielmehr einen zwar der Belehrung bedürftigen, aber durch Vernunftgründe oder durch Einschüchterung voraussichtlich noch zu gewinnenden Alliierten, der, beschränkt in seinen politischen Ideen und kleinlich in der Wahl seiner Mittel, sich früher oder später der überlegenen Einsicht des Prinzen nicht verschließen würde.

Zunächst freilich handelte es sich darum, eine direkte Einwirkung auf den König zu versuchen und diesen von der Nützlichkeit und Notwendigkeit bestimmter Reformen sowohl in der inneren als auch in der auswärtigen Politik zu überzeugen. Zu diesem Zwecke richtete der Prinz sofort nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. ein Sendschreiben[1]) an denselben, worin er einen allgemeinen Überblick auf die Lage des preußischen Staates warf und die genaue Untersuchung ver-

[1]) Réflexions sur l'état de la Prusse. Konzept ohne Datum im G. St.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 30, S. 258.

schiedener Vorfälle auf finanziellem und politischem Gebiete unter der Regierung des verstorbenen Königs verlangte. Das Schreiben beginnt mit einem Hinweis auf die kritische Lage Preußens, die so sehr verschieden von derjenigen sei, in welcher Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. das Land bei ihrem Tode hinterlassen hätten. Durch eine maßlose Verschwendung sei der Staatsschatz erschöpft, die Finanzen in Unordnung, das ganze politische System durch den in so unkluger Weise entfachten Krieg des Jahres 1792 verändert. Der Prinz bezeichnete es dann als eine für ihn peinliche Pflicht, von den Personen in der männlichen und weiblichen Umgebung Friedrich Wilhelms II. reden zu müssen, welche, die Güte dieses Herrschers mißbrauchend, sich in unrechtmäßiger Weise bereichert hätten. Es sei dies namentlich auch bei den Armeelieferungen während des französischen Krieges und bei den Anweisungen auf Landgüter in den neuen polnischen Provinzen geschehen. Das Generaldirektorium müsse eine genaue Aufstellung der Ausgaben unter der letzten Regierung einreichen und eine besonders einzusetzende Kommission die von dem verstorbenen Könige ausgestellten Zahlungsanweisungen prüfen. Auch wenn das Geld nicht wiedereinkomme, werde eine solche Prüfung immer einen guten Eindruck hervorbringen, man könne bei nachgewiesenen Unterschleifen oder sonstigen Unregelmäßigkeiten je nach den Umständen strenger oder milder gegen die Beteiligten verfahren.

Diese Vorschläge entsprachen durchaus den Absichten Friedrich Wilhelms III., der bei seiner sparsamen und haushälterischen Natur allerdings keiner besonderen Anregung bedurft hätte, um die altpreußische Ordnung und Gewissenhaftigkeit in der Finanzverwaltung wiederherzustellen, und der sich, wie bekannt, auch persönlich die größten Einschränkungen auferlegte, um die Schulden seines Vaters abzutragen und durch das eigene Beispiel der in weiten Kreisen des preußischen Volkes eingerissenen Verschwendungssucht entgegenzuwirken. Was aber folgte, ging über die Grenzen einer Untersuchung der finanziellen

Mißbräuche hinaus und berührte das heikle Gebiet der politischen Korruption. Der Prinz forderte nämlich eine Enquête über die Verwendung der zu geheimen politischen Zwecken verausgabten Fonds, wobei er andeutete, daß gelegentlich des Abschlusses der verschiedenen Bündnisverträge mit England, Holland und später mit Österreich Unregelmäßigkeiten vorgekommen wären. Das Schreiben geht dann zu einer Kritik des von Preußen befolgten Allianz-Systems über, das als widerspruchsvoll und verderblich geschildert wird. Von dem Fürstenbund heißt es, daß er nie von dem geringsten Nutzen sein konnte und nie gewesen sei. Auch über die Vorgänge bei den Verträgen vor und nach dem französischen Kriege, über die Verhandlungen mit England durch Lord Beauchamp, die Subsidienverträge mit Lord Malmesbury, die polnische Teilung und den Baseler Frieden werden nähere Untersuchungen verlangt. Wie es scheint, erwartete der Prinz hiervon eine nachträgliche Rechtfertigung der von ihm empfohlenen Politik, namentlich zur Zeit des Baseler Friedens. „An Ihnen ist es", schreibt er dem Könige, „zu entscheiden, ob die Maßregeln, welche ich während der Verhandlungen und nach dem Abschluß des Friedens vorschlug, weniger nützlich waren als die Maßregeln des von dem Grafen Haugwitz instruierten Gesandten Grafen Hardenberg." Zum Schluß wird bemerkt, daß die ersten Eindrücke einer neuen Regierung den König im Lichte eines gerechten Mannes zeigen müßten, der Milde mit Strenge verbinde und den festen Entschluß bekunde, die Wahrheit zu entdecken. Alle diese Vorschläge liefen im Grunde darauf hinaus, die politischen Gegner des Prinzen Heinrich zur Rechenschaft zu ziehen. Dem jungen Könige lag es fern, sich hierauf einzulassen, er war bereits durch Haugwitz für das System der Neutralität gewonnen und dachte nicht daran, in dem ihm völlig fremden Gebiet der auswärtigen Politik einen neuen Kurs zu steuern oder neue Ratgeber zu berufen. Es ist daher nicht wahrscheinlich, daß Heinrich als Antwort auf sein Sendschreiben mehr als eine dankende Empfangsbestätigung erhalten haben wird.

Sachlich von größerer Bedeutung sind zwei um dieselbe Zeit verfaßte Denkschriften des Prinzen, von denen die eine den Titel führt: „Allgemeiner Überblick bei Beginn einer neuen Regierung", die andere sich im besonderen mit dem Heerwesen beschäftigt.[1]) Die erste Denkschrift beansprucht ein spezielles Interesse dadurch, daß wir aus ihr die damaligen Anschauungen des Prinzen über Fragen der inneren Politik, namentlich über eine veränderte Organisation der Behörden des preußischen Staates kennen lernen. Auch hier werden die Finanzverhältnisse in den Vordergrund gestellt. Die Ausgaben des Staates seien gewachsen, die Einnahmen nicht in dem gleichen Maße, das mit Abgaben überbürdete Volk rufe nach Erleichterung. „Die wichtigste Frage ist, wie diese Erleichterung gewährt und daneben das Gleichgewicht in den Finanzen wiederhergestellt werden kann." Denn, heißt es in der Denkschrift, „von dem inneren Gleichgewicht hängt die Sicherheit der auswärtigen Beziehungen ab. Ein stets schlagfertiger Staat kann seinen Verbündeten zu Hilfe kommen, die Feindschaften beruhigen sich, die Allianzen werden inniger, ein dauerhafter Friede verspricht Jahre von Glück im Innern, von Ruhm und Achtung nach außen."

Zu diesem Zweck bezeichnet es der Prinz als notwendig, daß der Monarch von Räten umgeben sei, welche dessen Entscheidung vorbereiten. „Der König soll wählen, vergleichen und sich ein Urteil über die gemachten Vorschläge bilden, aber nicht versuchen, allein und nach seinem ausschließlichen Ermessen zu regieren. Er vermeidet so den verabscheuungswürdigen Namen eines Despoten, ohne das geringste von dem Ansehen und der Macht einzubüßen, die ihm zukommen." „Nach der Auffassung, die ich von einem Herrscher habe", fährt der Prinz fort, „soll derselbe nichts versäumen, um sich Aufklärung zu verschaffen, aber er soll sich auch stets erinnern, daß er ein Mensch ist, das heißt ein Wesen abhängig von Vorurteilen und allen der menschlichen Natur anklebenden

[1]) Konzepte beider Denkschriften ohne Datum im G. St.-A. Die erste ist abgedruckt in Urkunde Nr. 31, S. 262.

Mängeln." Wenn in diesen Sätzen schon ein gewiß nicht unbeabsichtigter Widerspruch gegen die Art der königlichen Selbstregierung liegt, wie Friedrich der Große sie verstanden und ausgeübt hatte, so macht Heinrich bei Besprechung der Befugnisse des Generaldirektoriums seinem Bruder geradezu den Vorwurf, daß er in die zur Zeit Friedrich Wilhelms I. vortreffliche Organisation dieser Behörde schädliche Änderungen eingeführt habe. Früher hätten die Minister sich gegenseitig Rechenschaft über ihre Departements geschuldet, während jetzt jeder der Herr in seiner Abteilung sei und sich nur vor den Königlichen Ideen zu beugen habe. Um daher die Solidarität der einzelnen Minister des Generaldirektoriums in ihrem Verhältnis zur Krone wiederherzustellen, schlug der Prinz vor, daß regelmäßig gemeinsame Sitzungen abgehalten und in allen wichtigen Angelegenheiten gemeinsame Berichte und Vorstellungen an den König gerichtet werden sollten. Zur Vertretung der Königlichen Rechte habe diesen Sitzungen ein Minister ohne Departement (homme du Roi) beizuwohnen und die zur Mitteilung an den König bestimmten Protokolle abzufassen.

Daneben wurde die Einrichtung von drei neuen Behörden befürwortet, die unter den Namen „Geheimer Rat", „Handels-Rat" und „Kriegs-Rat" ins Leben gerufen werden sollten. Unter diesen war der „Geheime Rat" als die höchste Behörde der Monarchie gedacht, als eine Art von Staatsrat mit der Oberaufsicht über alle Verwaltungszweige. Nach den Vorschlägen Heinrichs sollte derselbe aus 6—8 Mitgliedern bestehen, nämlich aus zwei Militärs, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, einem Minister des Generaldirektoriums, dem dortigen Spezial-Bevollmächtigten des Königs, sowie endlich aus zwei oder drei weiteren Personen auf Grund Königlicher Berufung. Der Prinz machte hier den Zusatz, daß auch Mitglieder der Königlichen Familie in diesen Staatsrat berufen werden könnten, und hat dabei offenbar zunächst an sich selbst gedacht, da ihm durch die Teilnahme an den Beratungen einer solchen Körperschaft der von ihm immer vergeblich gesuchte

Wirkungskreis im öffentlichen Leben erschlossen wäre. Die Machtbefugnisse des Geheimen Rates, in dem der König in Person den Vorsitz führen müsse, waren nach Heinrichs Entwurf sehr umfassende. Ihm war das Recht beigelegt, Berichte der anderen Behörden einzufordern, Minister vorzuladen, Steuerprojekte sowie Verbesserungen in der Verwaltung und Rechtspflege zu begutachten. Auch die diplomatische Korrespondenz sollte dieser höchsten Behörde vorgelegt werden, sodaß Heinrich als Mitglied derselben das Recht gehabt haben würde, seine bisher nur in Denkschriften zum Ausdruck gebrachten politischen Ansichten in Gegenwart des Königs und seiner vornehmsten Ratgeber zu vertreten und ihre Ausführung zu überwachen, wie er es so oft verlangt hatte. Alles, was ihn interessierte, Finanzen, Steuern, Handelsverhältnisse, Heerwesen, auswärtige Politik wären bei einer solchen Einrichtung zu seiner amtlichen Kenntnis gekommen. Die Aussicht hatte viel Verlockendes für den Ehrgeiz des Prinzen, in allen Fragen der Regierung mitzureden und um Rat gefragt zu werden, sodaß er es nicht unterlassen konnte, schon an dieser Stelle der Denkschrift einige ermahnende Worte für den neuen König einfließen zu lassen mit einem tadelnden Seitenblick auf die Sünden der Vergangenheit. „Der König", bemerkte er, „soll die für seinen Unterhalt bestimmte Summe nicht überschreiten und diese Summe muß im Einklang stehen mit der Größe und Majestät des Herrschers in einem großen Staate. Welche entsetzliche Unordnung entsteht daraus, wenn in einem armen Lande ohne viele Hilfsquellen der Herrscher alle Kassen durcheinander wirft und einer jeden entnimmt, was ihm gut dünkt, um seine Liebhabereien zu befriedigen . . . Der neue König soll, ohne sich zu überhasten, so viel wie möglich die Mißbräuche der vorigen Regierung abstellen und den Handel neu beleben . . . Der König kann sich nicht genug mit der auswärtigen Politik beschäftigen. In derselben ist ein bestimmter Plan zu befolgen, damit man sich nicht mehr dem Zufall überläßt, wie man dies unglücklicherweise gethan hat."

Weniger ausführlich sind die Abschnitte der Denkschrift gehalten, die sich auf den „Handels-Rat“ und den „Kriegs-Rat“ beziehen. Heinrich hatte immer zu den Tadlern der friederizianischen Handelspolitik und Steuergesetzgebung gehört und sich namentlich gegen die staatlichen Monopole und die Härten der Regie ausgesprochen. Seine Kenntnisse auf diesem Gebiete scheinen jedoch nur oberflächliche gewesen zu sein. Der von ihm vorgeschlagene Handels-Rat sollte neben dem Präsidenten und einigen Räten auch aus kaufmännischen Mitgliedern bestehen, da diese die wahren Interessen des Staates in wirtschaftlichen Dingen am besten kennen müßten. Unter den zu prüfenden Fragen wird auch die Stellung der Juden genannt, deren Mitbewerb in Industrie und Handel bis zu dem allgemeinen Emanzipationsedikt vom 11. März 1812 durch zahlreiche Verbote und statutarische Bestimmungen eingeschränkt war. Die von Friedrich dem Großen in den Verordnungen über den Zwischenhandel mit Rußland und Polen und über die Stapelrechte eingeführten Veränderungen werden von dem Prinzen noch besonders als unzweckmäßig und verfehlt hervorgehoben, allerdings ohne Angabe von Gründen.

Der „Kriegs-Rat“ endlich sollte sich unter dem Präsidium eines Feldmarschalls oder Generals aus zwei Generälen, zwei Obersten, zwei Oberstleutnants, zwei Majors und zwei Rechnungsräten zusammensetzen und sein Wirkungskreis alles umfassen, was zum Kriegsdepartement gehört, wie Inspektion der Festungen, Artillerie, Pferdelieferungen, Magazine, Hospitäler, wobei als Hauptzweck die Erzielung von Ersparnissen bezeichnet war.

Als leitender Gedanke bei diesen Vorschlägen erscheint, wie am Schluß der Denkschrift ausgeführt wird, das Bestreben nach größerer Einheit und einem besseren Zusammenwirken der verschiedenen Regierungsorgane. Es war derselbe Gedanke, den 11 Jahre später der Minister Stein in dem Gesetz über die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden in Preußen durch die Einsetzung von Fachministern an Stelle

des Generaldirektoriums zu verwirklichen suchte. Auch Stein beabsichtigte bekanntlich als höchste Behörde einen Staatsrat zu bilden, in anderer Zusammensetzung, aber mit ähnlichen Befugnissen wie der von Heinrich vorgeschlagene „Geheime Rat". Der für die Ideen der französischen Aufklärung begeisterte Prinz hatte ein dunkles Gefühl für die Gebrechen und Unvollkommenheiten, welche der absoluten preußischen Monarchie anhafteten. Als Ziel der Reformen nannte er in seiner Denkschrift eine solche Einrichtung der Staatsverwaltung, daß jedermann darin den Platz, der ihm gebühre, einnehmen könne. Nur dann sei wahre Vaterlandsliebe möglich. „Jeder Mensch ist ein Bestandteil in der Maschine des Staates, . . . wer nichts ist, wer kein Ziel vor sich sieht, um seine Ansichten, Gedanken und Kenntnisse zu zeigen, hat kein Vaterland mehr, hat keine Anhänglichkeit mehr an den Boden, auf dem er geboren ist, und darin offenbart sich eine der furchtbarsten Folgen schlechter Regierungen."

Es ist nicht uninteressant, diese für die Belehrung des neuen Königs bestimmten Aufzeichnungen Heinrichs mit den Gedanken über die Regierungskunst zu vergleichen, welche Friedrich Wilhelm III. selbst als Kronprinz kurz vor seiner Thronbesteigung eigenhändig niedergeschrieben hat.[1]) In vielen Punkten begegnen sich die Anschauungen des jungen Fürsten mit denen seines Großoheims, so beispielsweise in den Fragen der Selbstregierung des Königs, der Finanzverwaltung und Staatsökonomie, der Beschränkung der Privatausgaben des Monarchen. Während jedoch Heinrich bestimmte Abänderungsvorschläge macht und auf praktische Einzelheiten eingeht, begnügt sich der Kronprinz mehr mit der Aufstellung von sittlichen und politischen Grundsätzen in der Form allgemein gehaltener Betrachtungen, die von gründlichem Nachdenken und sorgfältiger Prüfung der vorhandenen Einrichtungen und

[1]) Veröffentlicht von M. Lehmann in der Historischen Zeitschrift Bd. 61 a. F. S. 441—460.

Verhältnisse Zeugnis ablegen, aber fast nirgends die Spur eines schöpferischen Geistes verraten. Er bezeichnete „gesunde reine Vernunft, richtige Beurteilung und die strengste Gerechtigkeitsliebe“ als die Haupteigenschaften eines Regenten; schnelles Denken, entschlossenes Handeln lagen seiner Natur fern. In der auswärtigen Politik glaubte er mit „einer wohldisciplinierten, formidablen Armee“ und einem nach den Prinzipien Friedrichs des Großen anzulegenden, „gut konditionierten Schatz“, die Machtstellung Preußens aufrecht erhalten zu können, Allianzen wollte er vermeiden, um nicht früher oder später in fremde Händel verwickelt zu werden. Über das Heerwesen beabsichtigte der Kronprinz seine Gedanken in einem besonderen Abschnitt zu äußern, der jedoch bisher nicht bekannt geworden ist. Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform wird er, wie seine ersten Regierungsjahre zeigten, auch auf diesem Gebiete damals noch nicht erkannt haben, so wenig als die meisten seiner Zeitgenossen, denen bis 1806 die preußischen Heereseinrichtungen als mustergültig und unübertrefflich erschienen.[1])

Prinz Heinrich teilte diese Ansicht nicht ganz. In einer zweiten ausführlichen Denkschrift unterbreitete er dem neuen Herrscher eine Reihe von Vorschlägen, die eine Verbesserung der Armee und namentlich des Offizierkorps zum Gegenstande hatten. „Die Fortschritte der Wissenschaften in unserem Jahrhundert“, heißt es dort, „die Ausdehnung von Kenntnissen, die sich bis in die untersten Klassen der Gesellschaft verbreitet haben, machen den Nutzen eines Militärsystems noch fühlbarer, das sich auf die wahren Prinzipien der Kriegskunst stützt und seine Grundlagen hat in der Selbstachtung, dem Ehrgeiz und dem Wetteifer der Individuen.“ Heinrich betonte besonders, daß der moralische Geist des preußischen Heeres gehoben werden müsse. Der Soldat dürfe nicht länger nur mit dem Stock und rohen Schimpfworten regiert werden. Die Folge einer solchen Disziplin sei entweder Feigheit oder Verzweiflung. Man vergesse,

[1]) So urteilte z. B. Friedrich Gentz in seinem bekannten „Sendschreiben an Friedrich Wilhelm III.“ bei dessen Thronbesteigung.

daß es ein Ehrgefühl gebe, welches die Menschen leiten solle, dieses müsse geweckt und zur Triebfeder der militärischen Zucht gemacht werden. „Der Adel hat kein anderes Verdienst vor den übrigen Ständen, als die Empfindlichkeit seines Ehrgefühls, das sich bei der geringsten Beleidigung empört.“ Der Prinz verlangte ferner eine bessere Behandlung der Subalternoffiziere, denen man, anstatt sie einzuschüchtern und in beständiger Furcht zu erhalten, eine vernünftige Freiheit lassen müsse. Zur sittlichen Hebung des Offizierstandes werden strenge Maßregeln gegen das Schuldenmachen und das Verbot von Heiraten früherer Maitressen empfohlen. Die wissenschaftliche Bildung solle durch eine häufigere Erziehung in den Kadettenhäusern, deren Lehrplan zu verbessern sei, befördert werden. Wie es einen Strafkodex gebe, müsse man auch für Belohnungen bestimmte Vorschriften einführen. Beispielsweise könnten ältere verdiente Soldaten bei den Spezialrevuen ein Geldgeschenk erhalten und dem Könige vorgestellt werden, der sie durch Ansprachen auszeichnen müßte. Bei Erörterung der den Generalen zukommenden Stellung erklärte Heinrich es für besonders wichtig, daß man militärische Talente nicht durch das Leben in kleinen Garnisonen und durch die kleinlichen Details des Dienstes ersticke, sondern die zum Kommandieren berufenen Generale mit jenem Geist der Kühnheit und edlen Freiheit erfülle, welcher die Kräfte und Fähigkeiten des Menschen verdoppelt. Auch müsse man ihnen die Überzeugung beibringen, daß, sobald sie ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt hätten, das Urteil des Königs über ihre Fähigkeiten sich nicht ausschließlich nach dem Erfolge richte, man müsse sich hüten, durch Voreingenommenheit und ungerechte Vorwürfe ihre Energie und die Gewohnheit selbständiger Entschließungen zu lähmen. Heinrich behauptete, daß, wenn das Heer, welches damals im Frieden nur in Regimentern übte und in sogenannte Inspektionen eingeteilt war, durch den Verband aller Waffen innerhalb eines größeren Truppenkorps anderweitig formiert würde, die Zahl der Generale um die Hälfte verringert werden könnte.

Ein besonderer Abschnitt der Denkschrift ist den Manövern gewidmet, von denen der Prinz nur solche gelten läßt, welche „ohne komplizierte und unwahrscheinliche Dispositionen die Offiziere und Mannschaften für den Krieg vorbereiten." Die großen, für das Defilieren der Truppen bestimmten Paraden arteten leicht in ein ziemlich wertloses Schaugepränge aus, das hauptsächlich zur Befriedigung der militärischen Eitelkeit und zum Ergötzen der Zuschauer diene. Die Truppen sollten im Winter nicht in Exerzierhäusern, sonden im Freien ihre Übungen und Märsche machen und auch mit Wegearbeiten und Kanälen beschäftigt werden, um sie für alle Erfordernisse des Krieges tauglich zu machen. „So handelten die Römer, die während des Friedens sich in Wahrheit auf den Krieg einübten." Die ganze Denkschrift legt für die vorurteilslose und geistvolle Art, in welcher Heinrich die damaligen Zustände im preußischen Heere betrachtete, ein rühmliches Zeugnis ab. Erschöpfend war die Kritik freilich nicht, einige der schlimmsten Gebrechen, wie das Werbesystem, die Vorrechte des Adels bei Besetzung der Offizierstellen, die vielen Beurlaubungen und die willkürlichen Befreiungen vom Militärdienste blieben dem Prinzen verborgen oder waren doch mit Stillschweigen übergangen. Der große Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht, des Volkes in Waffen, brach sich erst nach den Niederlagen der Jahre 1806 und 1807 wieder Bahn.

Über die Aufnahme, welche die Anregungen Heinrichs bei Friedrich Wilhelm III. fanden, sind wir nicht unterrichtet. Irgend welche praktische Folgen haben sie zunächst nicht gehabt. Der König, der gründlich prüfte und sehr behutsam bei allen Reformen war, begnügte sich in den ersten Zeiten mit der Ausführung einiger Punkte des oben erwähnten, von ihm selbst aufgestellten Regierungsprogramms. Sein Verhältnis zu Heinrich blieb trotzdem ein gutes. Der Prinz rühmt an vielen Stellen seiner damaligen vertrauten Briefe den ehrenhaften und zuverlässigen Charakter des jungen Königs, dem er eine glückliche Regierung prophezeit. Auch für die schöne

Königin Luise empfand er die größte Zuneigung und Verehrung. Mehrfach spricht er gegen seinen Bruder Ferdinand die Absicht aus, von jetzt an häufiger nach Berlin zu kommen, um in der Nähe des Herrscherpaares zu leben. Auch über den Gang der auswärtigen Politik äußerte er sich anfangs befriedigter. Friedrich Wilhelm, von dem Gefühle durchdrungen, daß das größte Glück eines Landes in einem fortdauernden Frieden bestehe, dachte freilich nicht daran, das System der Neutralität aufzugeben und sich einer kriegerischen Aktion gegen Frankreich anzuschließen. Vergebens ließ ihm Kaiser Paul im Mai 1798 durch den Fürsten Repnin einen Bund mit Rußland vorschlagen, an dem Österreich und England teilnehmen sollten. Repnin berichtete, daß der König auf diesen Vorschlag nur unzusammenhängende Worte erwidert und eine solche Unerfahrenheit in den Geschäften gezeigt habe, daß es unnütz sei, mit ihm persönlich zu verhandeln.[1]) Auf der andern Seite lag es dem Könige ebenso fern, eine nähere Verbindung mit Frankreich einzugehen, obgleich er vor der republikanischen Regierung und den Grundsätzen der französischen Revolution nicht den tiefen persönlichen Abscheu empfand, wie sein Vater. Er beurteilte die dortigen Verhältnisse wesentlich ruhiger und hat in seinen schriftlichen Aufzeichnungen aus den Jahren 1796 und 97 sogar ausdrücklich ausgesprochen, daß es wohl kein Wunder sei, „wenn gedrückte Unterthanen, einer schlechten Regierung müde, sich schließlich zusammengesellten, um sich eine bessere zu verschaffen." Allerdings war es von einer derartigen nüchternen Betrachtung der Ursachen der französischen Revolution noch ein weiter Schritt bis zu einer politischen Freundschaft mit Frankreich, wie Heinrich sie wünschte. Dieser täuschte sich gewaltig, wenn er im Dezember 1797 dem französischen Gesandten Caillard, den er mehrfach in Berlin sah, versichern zu können glaubte, daß der König

[1]) Bericht Repnins an den Kaiser Paul aus Berlin vom 25. Mai 1798 bei Martens' a. a. O. S. 238.

ganz „in dem französischen System“ sei. Der Gesandte selbst war weniger sanguinisch, er fügte seinem Berichte über diese Unterredung vorsichtig hinzu, daß alle wichtigeren Angelegenheiten sich, wie bisher, ohne Mitwirkung des Prinzen Heinrich vollzögen, und daß es diesem schwer falle, sich daran zu gewöhnen, auch unter der neuen Regierung keine Rolle zu spielen.

Heinrich gab die Hoffnung nicht auf, daß der König sich mit der Zeit durch eigenes Nachdenken von dem Nutzen eines engeren Anschlusses an Frankreich überzeugen werde, und faßte, wie schon oft, den Vorsatz, sich nicht ungefragt in politische Geschäfte zu mischen. Ihm war nicht entgangen, daß Friedrich Wilhelm III. „nie etwas thun würde, ohne es reiflich überlegt zu haben“, und „daß niemand die Macht haben werde, den jungen König umzustimmen, wenn er einmal eine Meinung gefaßt habe“. Unterdessen hatten die Vorgänge auf dem Kongreß in Rastatt, der im Dezember 1797 eröffnet war, durch das übermütige Auftreten der dortigen französischen Bevollmächtigten allmählich wieder eine größere Spannung zwischen Preußen und Frankreich herbeigeführt. Nach dreimonatlichen Verhandlungen war von der Reichsfriedens-Deputation die Abtretung des gesamten linken Rheinufers an Frankreich endgültig bewilligt und damit die Frage der Entschädigung und der Säkularisationen in den Vordergrund getreten. Die grundsätzliche Verschiedenheit der österreichischen und preußischen Interessen auf diesem Gebiete verhinderte das Gelingen aller Versuche einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Mächten. Als dann im April 1798 der Wiederausbruch von Feindseligkeiten zwischen dem Wiener Hofe und Frankreich drohte, unternahm Caillard einen letzten Versuch, das Berliner Kabinett für ein französisches Bündnis zu gewinnen. Friedrich Wilhelm III., durch Haugwitz und den Herzog von Braunschweig beraten, lehnte den Vorschlag höflich, aber bestimmt ab, obgleich im Kabinetts-Ministerium Alvensleben, der immer einem Zusammengehen mit Frankreich das Wort geredet hatte, lebhaft dafür eingetreten war. Bei den vertraulichen Beziehungen,

die zwischen Caillard und dem Prinzen Heinrich bestanden, ist es wahrscheinlich, daß dieser von den Schritten des Gesandten Kenntnis erhielt, doch findet sich keine Spur, daß er sie unterstützt hätte. Möglicherweise hat ihn eine Krankheit daran verhindert, gegen die er im Juni dieses Jahres Heilung in den Bädern von Teplitz suchte. Bei seiner Rückkehr fand er in Berlin einen neuen französischen Gesandten vor, den ehemaligen Abbé Sieyès, welchen das Direktorium, unzufrieden mit den geringen Erfolgen Caillards, an dessen Stelle dorthin entsandt hatte, um endlich über die Haltung des preußischen Hofes Klarheit zu erlangen. Seine Instruktionen waren ganz nach den Gesichtspunkten abgefaßt, die Heinrich seit Jahren geltend gemacht hatte. Preußen, hieß es darin, sei im Interesse seiner augenblicklichen Sicherheit und seiner künftigen Machterweiterung auf das engste Bündnis mit Frankreich angewiesen. Von Österreich habe es nichts zu erwarten, nur im Verein mit Frankreich könne es sich vergrößern, und zwar ohne die Gefahr eines Krieges, da ein französisch-preußischer Bund den Anschluß eines Teiles des Deutschen Reiches, sowie den von Holland, der Schweiz, Dänemark und Schweden nach sich ziehen werde. Über den Prinzen Heinrich war in der Instruktion gesagt, daß er bei allen Gelegenheiten seine Stimme laut gegen die Intriguen erhoben habe, die dahin zielten, Zwietracht zwischen Preußen und der französischen Republik zu säen. Leider reiche jedoch sein Ansehen nicht so weit als sein guter Wille, und häufig habe er sich durch Launen und unvorsichtige Äußerungen um allen Einfluß gebracht.

Der persönliche Eindruck, welchen der Prinz auf Sieyès bei ihrer ersten Zusammenkunft machte, war ein sehr günstiger. „Ich habe", berichtete dieser am 7. Juli 1798 nach Paris, „die Klarheit seiner Gedanken in einem so hohen Alter bewundert, ebensowie die Reinheit seiner Sprache. Im übrigen, was seine Ansichten betrifft, so glaubte ich, mich mit einem Franzosen zu unterhalten". Aber, setzte er dann hinzu, „wie Sie wissen, in den Geschäften zählt er nicht mit" (il est nul).

Dieſes ſchroff klingende Urteil des Geſandten entſprach den Thatſachen, wenn auch gerade damals Heinrich wieder neue und dringende Verſuche machte, Friedrich Wilhelm zu einer veränderten politiſchen Haltung zu beſtimmen, und wenigſtens ſo viel erreichte, daß der König ſich zur Verteidigung ſeines Standpunktes in eine mündliche und ſchriftliche Diskuſſion mit ihm einließ. Es hat ſich aus jenen Tagen das eigenhändige Konzept eines Schreibens an den Prinzen erhalten, welches der König, der nicht die ſichere Gewandtheit ſeines Vaters im ſchriftlichen Ausdruck beſaß, vielfach durchkorrigiert und verändert hat, in dem ſichtlichen Bemühen, ſeinen Gedanken eine der Bedeutung des Gegenſtandes entſprechende ſchwungvolle Form zu verleihen. Er erklärt darin zunächſt, daß er auf den Plan des Prinzen bezüglich der europäiſchen Politik nicht eingehen könne aus Gründen, die er ihm teils mündlich, teils durch Vermittelung einer Vertrauensperſon auseinandergeſetzt habe, und fährt dann fort: „Ich glaube, daß man in politiſchen Dingen damit anfangen muß, ein Bild zu entwerfen, welches die wirkliche Sachlage darſtellt oder doch alle wahrſcheinlichen Fälle, die ſich aus ihr ergeben können, und daß man, nachdem dies fertig iſt, ein entſprechendes, feſtes und unerſchütterliches Syſtem annehmen muß, gegründet auf das Ergebnis der durch die Prüfung des erwähnten Bildes gemachten Beobachtungen. Dies habe ich gethan und alles mit größter Unparteilichkeit erwogen. Das Ergebnis war immer die Aufrechterhaltung des Syſtems, das Sie kennen. Ich werde daher mit allen Kräften einer jeden Macht oder Nation entgegentreten, die es wagen ſollte, ſich als meine Angreiferin zu erklären. Alle Welt weiß, daß ich den Krieg verabſcheue und daß ich den Frieden erhalten will als das einzige Syſtem, das zum Glück des Menſchengeſchlechtes führt. Sollte ich mich aber gezwungen ſehen, wider Willen zu den Waffen zu greifen, ſo würde ein Volkskrieg die Folge ſein und das ganze Volk ſich in Maſſe erheben, um einen ſo verwegenen Angreifer zurückzuweiſen. Dann würde, wie ich hoffe, unſer alter Ruf wiederaufleben

und jener Mut, der zu allen Zeiten das preußische Volk ausgezeichnet hat. Es würde ein Krieg auf Leben und Tod werden, in dem jedes Mittel erlaubt ist.“ [1])

Heinrich mußte nach diesem Schreiben erkennen, daß der Entschluß des Königs unerschütterlich war, so wenig ihn auch die Gründe überzeugen mochten, mit welchen diese kurzsichtige, bei der damaligen Weltlage für das isolierte Preußen nur auf Kosten seiner Macht und seines Ansehens durchführbare Friedenspolitik gerechtfertigt werden sollte. Er erwiderte daher vorläufig nur mit dem Wunsche, daß es dem Könige gelingen möge, seinem Volke die Segnungen des Friedens zu erhalten, der freilich immer gefährdet bleiben werde, solange nicht unter maßgebender Mitwirkung Preußens der allgemeine Friede in Deutschland wiederhergestellt sei. Der Prinz warnte dann vor der wachsenden Macht Rußlands und schloß mit dem Satze, daß das System der Neutralität ein gutes sei, solange es sich aufrecht erhalten lasse, daß aber, wenn es zum Kriege komme, die geographische Lage Preußens zum Anschluß an Frankreich führen müsse. [2])

Dieser Briefwechsel fiel in die Zeit, wo die Abgesandten Rußlands und Österreichs in Berlin mit Haugwitz verhandelten, um Preußen für eine neue, damals in der Bildung begriffene Koalition gegen Frankreich zu gewinnen, während umgekehrt Sieyès bemüht war, dem Berliner Hofe die Vorteile einer engeren Verbindung mit Frankreich auseinanderzusetzen. Der König wollte sich weder auf das eine, noch auf das andere einlassen, er klammerte sich nach wie vor an das System der Neutralität und hoffte, auf diese Weise für seine Lande und das nördliche Deutschland den Frieden erhalten zu können. Er hatte, um einen Beweis seiner Uneigennützigkeit und Friedens-

[1]) Schreiben des Königs an Heinrich vom 16. Oktober 1798. H.-A. Die Schlußsätze sind veröffentlicht von Bailleu in der Einleitung (S. XLVII Anm. 2) zu B. von „Preußen und Frankreich von 1795–1807“.

[2]) Schreiben Heinrichs an den König vom 26. Oktober 1798. H.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 36, S. 291.

liebe zu geben, schon im Mai jenes Jahres sich bereit erklärt, auf alle Entschädigungen für den Verlust seiner linksrheinischen Gebiete durch Säkularisationen auf dem rechten Ufer verzichten zu wollen, wenn Österreich den gleichen Verzicht ausspreche und namentlich seine Pläne auf Bayern fallen lasse. Indessen hierüber war es zu einer Verständigung mit dem Wiener Kabinett nicht gekommen, gerade der Streit um die Entschädigungsansprüche verhinderte nach wie vor den Fortschritt der Friedensverhandlungen in Rastatt.

Prinz Heinrich konnte es bei dieser für Preußen kritischen Lage nicht über sich gewinnen, ein schweigender Zuschauer der Gefahren, die er herannahen sah, zu bleiben. Er ließ seinen früheren Briefen an den König im September eine neue ausführliche Denkschrift folgen, von welcher er eine Abschrift auch an Haugwitz schickte. Es ist die letzte der größeren politischen Ausarbeitungen, die uns aus der Feder des Prinzen erhalten sind. Man wird nicht sagen können, daß sie die Spuren des Alters trägt.[1]) Vielmehr entwickelt der Prinz darin noch einmal mit großer Klarheit und Anschaulichkeit und unter Heranziehung interessanter geschichtlicher Parallelen sein Glaubensbekenntnis, daß das Neutralitäts-System für Preußen bei Wiederausbruch eines großen europäischen Krieges unmöglich sei und daß eine lediglich abwartende und passive Haltung auch für den Fall einer Fortdauer des Friedens schädlich wirken werde. Nachdem das linke Rheinufer als verloren zu betrachten sei, müsse Preußen bei den Verhandlungen über den Reichsfrieden für sich selbst und für die ihm sich anschließenden deutschen Fürsten Vergrößerungen erstreben, die es in den Stand setzen würden, zwischen Österreich und Ruß-

[1]) Mémoire sur la crise présente, sur ses dangers et les seules ressources qu'elle présente. Eigenhändiges Konzept mit dem Datum vom 12. September 1798. G. St.-A. Ranke hat in den „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten v. Hardenberg" Bd. I S. 402—404 ein Resumé dieser Denkschrift mitgeteilt. Dieselbe ist abgedruckt in Urkunde Nr. 34, S. 277.

land seine Stellung zu behaupten. „Diese Vergrößerungen sind von einer absoluten Notwendigkeit, alle kleinen Rücksichten müssen dagegen zurücktreten, dieser Plan ist der einzig mögliche, sowohl für das gegenwärtige und künftige Glück der preußischen Monarchie, als auch für die künftige Sicherheit Deutschlands." Eine solche Politik, bei welcher der König als Retter des Reichs auftreten würde, sei nur ausführbar im Einverständnis und im Bunde mit Frankreich, welches seinerseits immer die preußische Allianz gewünscht habe. Mit einem neutralen Preußen, bemerkte der Prinz treffend, werden weder Frankreich noch die andern Mächte zufrieden sein und der König laufe dabei Gefahr, die einzige Macht zu verlieren, die ihm nützlich sein könne. „In der Politik wie im bürgerlichen Leben sind die wahren Freunde diejenigen, die sich gegenseitig Dienste leisten und wer nichts giebt, hat selten das Recht, auf diejenigen zu zählen, die keinen Lohn empfangen haben."

Wer wollte leugnen, daß in dieser Argumentation Heinrichs viel Wahres lag? Seine Verurteilung des Haugwitzschen Neutralitätssystems ist durch den späteren Lauf der Ereignisse bestätigt worden. Auch der positive Teil seines Programms bewegte sich nicht in unmöglichen Kombinationen. Die preußische Führung in dem umgestalteten Deutschen Reich, ein Bund deutscher Fürsten, die aus Preußens Hand eine Gebietsvergrößerung erhalten hätten und dadurch an das preußische Interesse gekettet wären, die Anlehnung an ein verbündetes Frankreich — das alles konnte vielleicht gelingen, wenn Preußen Mut und Entschlossenheit genug besaß, die Anerkennung einer solchen Reichsreform von Österreich zu erzwingen, und wenn Frankreich bereit war, dabei seine Unterstützung zu leihen und auf weitere Eroberungen zu verzichten. Aber diese letztere Voraussetzung mußte damals schon als eine gewagte erscheinen. Die Übermacht und das Selbstgefühl Frankreichs waren durch seine letzten Waffenerfolge in einem Maße gewachsen, daß es die Bundesgenossenschaft Preußens auf dem Fuße der Gleichberechtigung schwerlich noch anerkannt hätte. Es drohte die

Gefahr, daß Frankreich früher oder später auch die preußischen Interessen und die preußische Freundschaft seinen ehrgeizigen Plänen opfern würde. In der Unterschätzung dieser Gefahr lag der schwache Punkt bei den Berechnungen Heinrichs.

Der Prinz leitete die Einreichung seiner Denkschrift an den König durch ein Schreiben ein, worin er mit pathetischen Worten ausführte, daß er trotz des Undankes und der Verleumdungen, die er bei seinen Bemühungen um die Herbeiführung des Baseler Friedens geerntet habe, es für seine Pflicht halte, zu reden, wie ein ehrlicher Mann, der nicht abwartet, bis man ihn fragt, wenn es gilt, einem drohenden Übel zuvorzukommen. Damals wie jetzt habe er wahrgenommen, daß in denen, die einer Parteinahme Preußens für die Sache der Koalition das Wort redeten, das wahre Gefühl für die vaterländischen Interessen erstorben sei. „Mein ganzes Leben legt Zeugnis ab für meine Hingebung an den Staat und doch habe ich Leute gefunden, die aus niederem Eigennutz Verleumdungen über mich ausgesprochen haben. Ich würde niedrig handeln, wie jene, wenn ich Ihnen, Sire, die beiliegende Denkschrift nicht mitteilte, mein Herz ist mein Bürge, sowohl für die Reinheit meiner Absichten, als für den Eifer, der mich für das Glück meines Vaterlandes beseelt, für dieses habe ich mein Leben geopfert, jetzt bringe ich das Opfer meiner Ruhe; was mich aufrecht hält, ist die zärtliche Zuneigung, die ich für Ihren edlen und vortrefflichen Charakter empfinde. Ich flehe Sie an, diese Denkschrift zu lesen und, wo möglich, nochmals zu lesen, die Wahrheit bringt nicht immer an das Ohr der Könige." Der Prinz fügt dann hinzu, daß er es vorgezogen haben würde, die Denkschrift persönlich in Gegenwart derjenigen zu übergeben, denen der König sein Vertrauen schenke, doch wisse er wohl, daß er auf ein solches Glück nicht hoffen dürfe. Sollte der König dies wider Erwarten doch genehmigen, so würde Heinrich gerne nach Berlin kommen, um seine Ideen dem Grafen Haugwitz, dem er von den Denkschrift Kenntnis gegeben habe, mündlich auseinanderzusetzen.

Diesem Minister selbst hatte der Prinz in einem Begleitbriefe zu der Denkschrift die Besorgnisse geschildert, mit denen ihn die politische Lage erfüllte. Er fürchtete zunächst eine Entzweiung mit Frankreich über den preußischen Militärkordon, durch den auch Hannover gegen einen Angriff der französischen Truppen geschützt war, sodann, wenn die Regierung in Paris jede Aussicht zu einer formellen Allianz mit Preußen schwinden sähe, eine erneute Annäherung Frankreichs an Österreich, wodurch dieser Macht die Erwerbung von Bayern ganz oder teilweise gelingen könnte. Auch wies er auf die Gefahr hin, daß bei Wiederausbruch des Krieges ein neuer Feind auf deutschem Boden erschiene in Gestalt der russischen Truppen, die Österreich zu seiner Hilfe nach Deutschland rufen würde. Der Prinz tadelte ferner das Auftreten der preußischen Gesandten in Rastatt. „Ich sehe nicht", schrieb er, „daß sie auch nur einen Schritt gethan haben, welcher der Würde des Königs und Preußens angemessen wäre." Er forderte Haugwitz auf, den vorliegenden Brief an den König zu schicken und fügte hinzu, es sei sogar die Pflicht des Ministers, dies zu thun. Er, der Prinz, habe keine Geheimnisse vor Seiner Majestät. „An Ihrer Stelle", hieß es dann zum Schluß, „ist man mitunter genötigt, sein Verhalten nach Ursachen einzurichten, die ich nicht kennen kann und die ich nicht ergründen will." [1])

Alle diese sarkastischen und kritischen Bemerkungen waren nicht darnach angethan, den Grafen Haugwitz für die Vorschläge des Prinzen günstiger zu stimmen oder den Wunsch in ihm zu erwecken, mit diesem rücksichtslosen und redegewandten Gegner in Gegenwart des Königs über die auswärtige Politik Preußens zu diskutieren. Heinrich war damals gegen Haugwitz auch aus persönlichen Gründen sehr verstimmt, weil er ihn in dem — vermutlich ungerechten — Verdacht hatte, seine Briefschaften öffnen zu lassen. „Nie ist mir das", schrieb er

[1]) Brief Heinrichs an den König vom 14., an Haugwitz vom 20. September 1798. Abgedruckt in Urkunde Nr. 35, S. 290. Die Konzepte von beiden im G. St.-A., das Original des Briefes an den König im H.-A.

dem Prinzen Ferdinand, „unter Friedrich II. vorgekommen, aber, wenn Haugwitz meine Briefe öffnet, so wird er oft sein Lob darin finden.“ Auf der andern Seite stand Haugwitz fester als je im Vertrauen und in der Gunst des Königs. Es erging daher keine Berufung an Heinrich, nach Berlin zu kommen. Der König begnügte sich, ihm durch Haugwitz schriftlich erwidern zu lassen, daß der Entschluß, an der bisherigen Neutralität Preußens festzuhalten, unwiderruflich gefaßt und bereits allen Mächten mitgeteilt sei. Ein Zurückweichen von diesem Standpunkte könne nicht mehr in Frage kommen.

Der Prinz war bei seinen Versuchen, politische Einwirkungen durch Denkschriften auszuüben, so an Enttäuschungen gewöhnt, daß ihn diese ablehnende Antwort wohl kaum noch überrascht haben wird. Er glaubte, nach Pflicht und Gewissen gehandelt zu haben und daher den Ausgang ruhig abwarten zu können. „Da ich die Schwierigkeiten in Rastatt nicht zu entwirren habe“, bemerkte er seinem Bruder gegenüber am 28. September 1798, „so denke ich nicht mehr daran. Mir wird nur das Vergnügen bleiben, zu lachen, wenn man Dummheiten begeht.“

Bald darauf wurden im Oktober die Verhandlungen über die französischen Allianzvorschläge in Berlin als ergebnislos abgebrochen. Sieyès, der nie die Ansicht geteilt hatte, daß Preußen der natürliche Bundesgenosse Frankreichs sei, vielmehr in der Gründung einer starken norddeutschen Macht unter Führung Preußens eine Gefahr für die französischen Interessen erblickte, trug durch sein schroffes und diktatorisches Auftreten gegenüber den preußischen Ministern nicht wenig dazu bei, jede Verständigung zwischen den beiden Staaten zu erschweren. Jetzt trat ein, was Heinrich befürchtet hatte; Frankreich richtete seine Blicke nach anderen Bundesgenossen, suchte sich durch Separatverträge mit einzelnen Reichsständen eine Klientel unter den deutschen Mittelstaaten zu verschaffen und trat den preußischen Plänen in Deutschland entgegen. Der Prinz sah diesem Verlauf der Dinge bekümmert aber resigniert zu. Er erklärte seinen festen und unerschütterlichen

Entschluß, sich ganz zurückzuziehen, die Politik aufzugeben, mit keinem Worte und keinem Gedanken sich mehr an den Angelegenheiten einer so verderbten Welt zu beteiligen. Das Bewußtsein, für den Ruhm Preußens gearbeitet und stets seine Pflicht erfüllt zu haben, würde ihm als Trost in seiner Einsamkeit bleiben. Gegen den König, der fortfuhr, ihn trotz der politischen Meinungsverschiedenheit mit Achtung und Freundschaft zu behandeln, hegte er keinen Groll, aber er erwartete auch keine heilsamen Maßregeln von ihm. Selbst ein Sturz von Haugwitz konnte nach Ansicht des Prinzen keine Besserung der Verhältnisse herbeiführen. Als im Januar 1799 der russische und der englische Gesandte in Berlin den Vorschlag machten, Preußen möge der Allianz zwischen Rußland und England beitreten und sich an einem gemeinsamen Versuch zur Befreiung Hollands und Brabants von der französischen Herrschaft aktiv beteiligen, erwachte in Heinrich aufs neue der Wunsch, den König zu sprechen, aber er unterdrückte diese Regung, um konsequent zu bleiben und, wie er sich gelobt hatte, jede Berührung mit der Tagespolitik zu vermeiden. Auch in einem Briefe, den er am 10. März dieses Jahres[1]) aus Anlaß des Geburtstages der Königin Luise an Friedrich Wilhelm richtete, legte er sich die gleiche Zurückhaltung auf. „Wenn man", heißt es dort, „aus der Erfahrung langer Jahre das menschliche Leben kennt, so findet man nur Trost, wenn man sich sagen kann: ich habe dem Staat mit Eifer gedient, ich habe ihm gedient, so lange ich konnte, ich habe mich nur zurückgezogen, als die Unmöglichkeit, weitere Dienste zu leisten, meinen Rücktritt nötig machte, ich beklage die Übel, die ich voraussehe, aber ich kann ruhig sterben." Wohl läßt er dann einen leisen Wunsch nach einer Unterredung mit dem Könige durchblicken, aber er setzt sogleich hinzu: „Ich will nichts, ich werde nichts fordern, ich werde über nichts sprechen." Sicher ist, daß Heinrich dem Könige nicht geraten hätte, auf die englisch-russischen Vorschläge einzugehen, während Haugwitz, der

[1]) Abgedruckt in Urkunde Nr. 37, S. 293.

endlich die von Frankreich drohende Gefahr zu erkennen begann, dieselben eifrig befürwortete und das Geständnis machte, daß Preußen den Krieg wohl hinausschieben, aber nicht vermeiden könne. Auch Heinrich war kein Freund des Friedens um jeden Preis und zu jeder Zeit. Er schrieb damals an den Prinzen Ferdinand: „Der Friede ist eine schöne Sache, heilsam für die Völker, aber wenn man die Neigung dazu soweit treibt, einen Frieden zu machen, aus dem nach aller Berechnung in Zukunft ein gefährlicher und verderblicher Krieg entstehen muß, dann ist es besser, zum Kriege zu schreiten in einem Augenblicke, wo man wenigstens alle Vorteile für sich hat." Aber Friedrich Wilhelm III. blieb auch diesmal bei seinem Grundsatze, nur dann Krieg zu führen, wenn ein Angriff auf preußische Lande erfolge; er schlug den Koalitions-Mächten eine „Defensiv-Allianz zur Verteidigung des Systems der Sicherheit von Nord-Europa" vor, lehnte aber jede Offensive gegen Frankreich ab, trotzdem die Vertreter Rußlands und Englands im Mai 1799 ihre Anträge dringend erneuerten. Freilich wurde er einen Augenblick schwankend, als bei der Besprechung in Petershagen am 2. Juni fast alle seine militärischen und politischen Ratgeber, an der Spitze der Herzog von Braunschweig, für ein Zusammengehen mit Rußland und England stimmten, doch dann scheute er wieder die Verantwortung für den Ausbruch eines Krieges und nahm die in unverbindlicher Form mit innerem Widerstreben erteilte Zusage einer Mitwirkung Preußens an der Wiedereroberung Hollands kleinmütig zurück. Kaiser Paul war über diese Haltung des Königs so erbittert, daß er mehrere Monate hindurch jeden diplomatischen Verkehr mit dem Berliner Hof abbrach.

Heinrich, der den Wechselfällen des zweiten Koalitionskrieges mit immer gleichen Wünschen für den Sieg der französischen Waffen gefolgt war, billigte natürlich die Ablehnung des Königs, da er einen Krieg zwischen Preußen und Frankreich unter allen Umständen als ein Unglück ansah und die preußischen Interessen für unvereinbar mit den Zielen hielt,

welche die verbündeten Mächte in ihrem Kampfe gegen die französische Republik verfolgten. Als Paul I. dann voll Unzufriedenheit über die Politik und die Kriegführung des Wiener Kabinetts sich von der Koalition zurückzog und der aus Ägypten heimgekehrte General Bonaparte nach dem Staatsstreich des 18. Brumaire als erster Konsul die Regierungsgewalt in Frankreich an sich gerissen hatte, glaubte der Prinz mit vielen andern, daß Preußen jetzt die Früchte seiner Neutralitätspolitik ernten werde, und beglückwünschte den König zur Bewahrung des Friedens. „Widerstehen Sie", schrieb er ihm am 30. Dezember 1799,[1]) „den Intriguen und allen Fallstricken, mit welchen Sie umgeben waren und erhalten Sie Ihre Staaten in der Neutralität. Dies haben Sie gethan, Sire. Eine solche Geistesstärke übertrifft in meinen Augen den eitlen Ruhm Ludwigs XIV. und seiner Gleichgesinnten. Diese haben sich einen Namen machen wollen auf Kosten des Blutes ihrer Unterthanen, sie haben gesucht, in den Annalen der Geschichte zu glänzen, ohne zu bedenken, daß die Zeit alle Wahrheiten ans Licht bringt." Die Versuche, Preußen zur Aufgabe dieser Neutralität zu bewegen, wurden von der russischen Regierung nach dem Bruch mit Österreich wieder aufgenommen. Der neuernannte Gesandte des Zaren in Berlin, Baron Krüdener, bemühte sich, nachdem am 28. Juli 1800 eine Erneuerung des defensiven Allianzvertrages zwischen Preußen und Rußland für weitere acht Jahre vereinbart war, das Berliner Kabinett zum Abschluß einer geheimen Konvention gegen die französische Republik zu überreden, doch scheiterten alle Verhandlungen hierüber an der kategorischen Weigerung des Königs.

Indessen war Bonaparte, der wohl wußte, daß die Neutralität Friedrich Wilhelms nicht einem Wohlwollen für Frankreich ihre Entstehung verdankte, im Grunde ebensowenig geneigt, wie das Direktorium, die Wünsche Preußens bei Ordnung der deutschen Verhältnisse zu erfüllen, wenn er sich auch zunächst in den Formen höflicher und entgegenkommender zeigte, sodaß der König wohl glauben konnte, Frankreich werde

[1]) Urkunde Nr. 38, S. 294.

sich zu einer Herabsetzung seiner Ansprüche auf die Rheingrenze verstehen und ihm bei den weiteren Verhandlungen über den Reichsfrieden und einer Neugestaltung Deutschlands einen der Stellung Preußens entsprechenden Einfluß einräumen. Die Besserung in den preußisch-französischen Beziehungen, die auch in der Ernennung eines neuen französischen Gesandten in der Person des Generals Beurnonville zu Tage trat, schien während einiger Zeit so auffällig, daß Heinrich abermals Hoffnungen für das Gelingen seines Lieblingsplanes faßte und trotz aller Vorsätze, sich nicht mehr um die Politik zu kümmern, im Juni 1800 in Berlin erschien, um dort das Terrain zu sondieren. Beurnonville hatte eine Unterredung mit dem Prinzen und berichtete seiner Regierung, daß dieser sowohl wie auch der Prinz Ferdinand mit Bewunderung von dem ersten Konsul gesprochen und ihre Wünsche für den Triumph der französischen Republik ausgedrückt hätten. Auch habe Heinrich seinen Plan über die Bildung eines Bundes von Reichsfürsten in Mitteldeutschland unter preußischer Führung entwickelt, der seine Spitze gegen Österreich kehren und an Frankreich, dem mächtigen und natürlichen Verbündeten Preußens, einen Rückhalt finden sollte. Der Prinz habe versucht, den König und den Grafen Haugwitz für diese Ansichten zu gewinnen, und nach Aussage seines Adjutanten La Roche-Aymon sei jener Minister nicht abgeneigt, auf eine solche Kombination einzugehen. Der Gesandte schien sich allerdings keine praktische Wirkung von den Bemühungen des Prinzen zu versprechen, dessen Reise nach Berlin er als einen jährlichen Tribut bezeichnete, den dieser den Überresten eines Ehrgeizes bringe, der immer unfruchtbar bleibe, aber immer noch weiter bestehe.[1]) Heinrich selbst war dagegen mit den Erlebnissen seines Berliner Aufenthaltes sehr zufrieden. Er fühlte sich sogar zu dem Versuche ermutigt, noch einmal von Rheinsberg aus eine politische Korrespondenz

[1]) Bericht von Beurnonville an Talleyrand vom 13. Juni 1800 bei Bailleu a. a. O. Bd. I S. 525.

mit dem Könige anzuknüpfen. Als die Kunde von dem Siege Bonapartes bei Marengo über Melas eintraf, schrieb er hocherfreut an Friedrich Wilhelm, daß sich durch diese Niederlage der Österreicher glänzende Aussichten für Preußen eröffneten. Es komme nur darauf an, durch kräftige und verständige Maßregeln die Gunst der Lage auszunutzen. „Seit einem Jahre hat sich die Lage Preußens stark verändert. Es schien, als sollte der Staat einem schnellen Ende entgegengehen. Unter dem Beistand der Vorsehung ist Ihnen das Glück jetzt günstig. Der Augenblick ist da, daß Sie sich zeigen wie Janus in den Waffen des Mars, um den Österreichern den Frieden zu diktieren. Die Ereignisse abwarten, heißt, es Bonaparte überlassen, einen zweiten Frieden von Campo Formio zu schließen. Dadurch würden Sie Ihren Platz unter den kleinen Fürsten Deutschlands einnehmen.“ [1]) Auch seinem Bruder Ferdinand gegenüber drückte der Prinz seine Freude über diese „bewundernswürdige und herrliche Nachricht“ des Sieges von Marengo aus, ebenfalls mit der Schlußfolgerung, daß Preußen jetzt die Gelegenheit ergreifen müsse, um Österreich zum Frieden zu zwingen. „Ich meinerseits“, setzte er hinzu, „werde nichts vernachlässigen, damit Preußen glücklich sei . . . Mein Plan ist sehr leicht auszuführen und würde wahrscheinlich nur einige Demonstrationen kosten. Aber um Himmels willen sprechen Sie mit niemand davon. Ich erwarte Antworten, aber ich schmeichle mir nicht mit der Hoffnung, daß eine schwache Regierung, die an ihrem Untergange (dépérissement) arbeitet, sich in Pläne einlassen wird, die Einsicht verlangen, um sie zu begreifen.“ [2])

Die erwartete Antwort des Königs traf schon nach wenigen Tagen ein, sie lautete höflich aber ausweichend, daß er den Lauf der Ereignisse aufmerksam verfolge und nichts versäumen

[1]) Schreiben Heinrichs an Friedrich Wilhelm III. vom 2. Juli 1800. H.-A. Abgedruckt in Urkunde Nr. 39, S. 295.

[2]) Briefe Heinrichs an den Prinzen Ferdinand vom 2. und 5. Juli 1800. H.-A.

werde, um die Würde des Staates aufrecht zu erhalten. In der That hatte Friedrich Wilhelm sich schon zu einem Schritt entschlossen, welcher dem Gedankengang Heinrichs entsprach, er hatte auf die Kunde der Schlacht von Marengo bereits am 30. Juni dem General Bonaparte seine Vermittlung für die Herstellung des Friedens angeboten. Dieser aber lehnte, was außerhalb der Berechnungen Heinrichs lag, die preußische Vermittlung für die Verhandlungen mit Österreich ab und wollte sie nur für den Frieden mit Rußland in Anspruch nehmen, wie er dies bereits früher gewollt hatte. Die preußische Regierung dachte nicht daran, und konnte nach Lage der Dinge auch kaum daran denken, dem Sieger von Marengo eine von ihm nicht gewünschte Friedensvermittlung aufzuzwingen. Sie ging daher auf den Vorschlag Bonapartes ein, ihre Thätigkeit auf die Aussöhnung Rußlands mit der französischen Republik zu beschränken, und sandte zu diesem Zweck im Oktober 1800 den Gesandten Lucchesini nach Paris, in der Hoffnung, daß es vielleicht zu einer engereren Verbindung zwischen Preußen, Rußland und Frankreich kommen könnte. Die Folge zeigte, daß Rußland und Frankreich allerdings zu einer Verständigung gelangten, da Bonaparte mit großer Geschicklichkeit die in Haß gegen Österreich und England umgeschlagene Stimmung des Kaiser Paul zu benutzen wußte, daß Preußen aber isoliert blieb und noch weniger als früher in der Lage war, jene entscheidende Rolle zu spielen, die Heinrich dem Könige für die Auseinandersetzung mit Österreich und für die Neugestaltung der deutschen Angelegenheiten zugedacht hatte.

Der Prinz, immer von der trügerischen Voraussetzung ausgehend, daß jede Regierung in Frankreich von den besten Gesinnungen gegen Preußen erfüllt sein müsse, begleitete mit seinen wärmsten Sympathien die politischen und militärischen Erfolge des ersten Konsuls, dessen damalige Friedensanerbietungen an Österreich er für ernstlich gemeint hielt, während er dem Wiener Hofe Schuld gab, nur deshalb einen Waffenstillstand eingegangen zu sein, um Zeit für die Verproviantierung

der Truppen und für neue Rüstungen zu gewinnen. Der Prinz bezweifelte freilich nicht, daß ein Wiederausbruch des Kampfes zu neuen Niederlagen des Kaiserstaates führen würde, und besorgte nur, daß es den preußischen Staatsmännern an der nötigen Einsicht und Entschlossenheit fehlen könnte, um hieraus Vorteil zu ziehen. „Es giebt", schrieb er seinem Bruder Ferdinand, „in allen Dingen dieser Welt nur einen Weg, welcher der richtige ist. Die klugen Leute suchen und finden ihn, und, wenn man ihn gefunden hat, muß man ihn nicht wieder verlassen. . . . Nur eine feste und beständige Haltung kann den Regierungen Spannkraft verleihen, Furcht und Kleinmut richten sie zu Grunde. Ich wette, daß man in Berlin die Niederlage der Österreicher fürchtet, aber, wenn es Gott gefällt, wird alles gut für uns gehen". Die militärische Voraussicht des Prinzen bewährte sich, Österreich verlor die Schlacht von Hohenlinden und mußte in dem Frieden von Luneville am 9. Februar 1801 alle von Bonaparte gestellten Bedingungen annehmen, insbesondere auch die vollständige Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich und den Grundsatz, daß nur die „erblichen" deutschen Fürsten für ihre dortigen Besitzungen Entschädigungen „im Schoße des Reichs" erhalten sollten, womit über die geistlichen Staaten und Stifter, die bisher die Hauptstütze des österreichischen Einflusses in Deutschland gebildet hatten, das Todesurteil ausgesprochen war.

Über die politischen Folgen des Friedens von Luneville urteilte Heinrich in einem Briefe vom 16. September 1801[1]) an seinen Lieblingsneffen, den Prinzen Louis Ferdinand, daß, wenn Österreich auch dem drohenden vollständigen Zusammenbruch entgangen sei, seine Lage noch immer gefährlich genug bliebe. Die Bevölkerung habe stark abgenommen, die Finanzen seien in solcher Unordnung, daß man nicht an die so notwendige Ausführung der Befestigungspläne denken könne. Überdies werde Österreich nach England stets am genauesten von Frankreich beobachtet werden wegen der Berührungspunkte und Rivalitäten der beiden Mächte in Italien. „Der Friede", meinte

[1]) Abgedruckt in Nr. 41, S. 297.

der Prinz, „ist noch nicht fertig. Erst wenn vollständige Ruhe herrscht, werden sich die Geister von ihrer Betäubung erholen und die Staaten ihre wahren Interessen erkennen. Die deutschen Fürsten werden sich des 30jährigen Krieges erinnern und einsehen, daß die Politik des Wiener Hofes, in Deutschland zu herrschen, dieselbe geblieben ist. Sie werden auch erkennen, wie verderblich England für das übrige Europa ist, und daß die Herrschaft, die es über die Meere ausübt, auf die Länge den Handel aller Mächte vernichten muß. Sie haben gesehen, wie gefährliche Wirkungen das Geld in den Händen dieser Insulaner hat, die es als Bestechungsmittel verwenden und für ihr ausschließliches Interesse die Heere der andern Mächte in Bewegung setzen." Die Abneigung des Prinzen gegen England und die englische Handelspolitik ist sich immer gleich geblieben; für die zähe Energie, mit der Pitt den langjährigen Kampf gegen Frankreich durchführte, und für die großartige Entwicklung des englischen Nationalreichtums, der sich bei dieser Gelegeheit offenbarte, hatte er nie ein Wort der Anerkennung. Er begrüßte daher sicher mit Genugthuung den am 18. Dezember 1800 auf Drängen des Kaiser Paul erfolgten Anschluß Preußens an das gegen die britische Seeherrschaft gerichtete System der bewaffneten Neutralität, die, obgleich schon 1780 zwischen Friedrich dem Großen und Katharina II. ein gleiches Abkommen getroffen war, im gegenwärtigen Augenblicke mehr den französischen als den preußischen Interessen entsprach. Als im April des folgenden Jahres Preußen seine Truppen in Hannover einrücken ließ und die provisorische Verwaltung des Landes übernahm, hielt Heinrich dies für eine nützliche Maßregel, um sich von England Ersatz für die dem preußischen Handel zugefügten Verluste zu sichern, während der eigentliche Grund der Occupation die Befürchtung war, daß Rußland oder Frankreich zu einer militärischen Besetzung Hannovers schreiten würde. Die ersten Nachrichten von der Anknüpfung französisch-englischer Friedensverhandlungen nahm Heinrich ungläubig auf, doch erlebte er noch den Rücktritt des ihm so verhaßten Mi-

nisters Pitt und den Abschluß des Friedens von Amiens am 25. März 1802.

Das Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich schien sich damals freundschaftlicher und vertraulicher zu gestalten, als dies seit dem Vertrage vom 5. August 1796 über die Anerkennung der norddeutschen Neutralität der Fall gewesen war. Die von Preußen für die Abtretung seiner linksrheinischen Lande angemeldeten Entschädigungsansprüche, über die gleichzeitig in Paris und Regensburg verhandelt wurde, bezweckten außer der Sicherung des preußischen Einflusses im Norden Deutschlands auch eine Ausdehnung der Besitzungen Preußens im Süden durch den Erwerb der Stifter Bamberg und Würzburg, sowie eine bessere Verteidigung der neuen Reichsgrenzen durch Bildung größerer Mittelstaaten aus den weltlichen Reichsständen. Es zeigte sich jedoch bald, daß der erste Konsul eine Verstärkung der preußischen Machtstellung in Süddeutschland nicht zugeben wollte, er wies auf Hannover oder Mecklenburg als geeignete Entschädigungsobjekte hin und schloß jede preußische Mitwirkung bei den neuen Staatenbildungen im Süden und Westen Deutschlands aus. Nach langen Verhandlungen in Paris wurde am 23. Mai 1802 zwischen Lucchesini und Beurnonville endlich ein Abkommen unterzeichnet, durch welches Preußen zwar den größten Teil des Bistums Münster, die Stifter Paderborn und Hildesheim, Erfurt und eine Anzahl anderer Reichsstädte erhielt, aber seinen Ansprüchen auf Westphalen und Franken entsagen mußte. Es hatte für sich eine ansehnliche Vergrößerung und überreichliche Entschädigung durchgesetzt, aber mit seinen weitergehenden deutschen Plänen und Aufgaben, die Haugwitz bei jenen Verhandlungen dem Könige gegenüber mit Nachdruck betont hatte, war es gescheitert. Nicht der König von Preußen, sondern der erste Konsul war der Schiedsrichter in Deutschland geworden, dessen von Rußland gebilligten Teilungsplan der Regensburger Reichstag annehmen mußte, aus Bonapartes Hand empfingen die aus den Trümmern des alten Reichs geschaffenen neuen Mittelstaaten ihre Ver-

größerungen, Preußen war nach dem Norden und Osten zurückgedrängt.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß Prinz Heinrich von den Bestimmungen des Pariser Vertrages, der vorläufig geheim gehalten wurde, und von den ähnlichen Separat-Abkommen, die Frankreich mit Bayern, Württemberg, Baden und Hessen abschloß, eine genauere Kenntnis erlangt hat. Bei aller seiner Vorliebe für die französische Allianz und für die Erneuerung einer Garantie der deutschen Reichsverfassung durch Frankreich, wie sie in dem westphälischen Frieden ausgesprochen war, würde er schwerlich eine Politik gebilligt haben, die den französischen Einfluß auf Kosten des preußischen in so unverhältnismäßiger Weise steigerte und so augenscheinliche Gefahren für die Unabhängigkeit und Sicherheit aller deutschen Fürsten zur Folge haben mußte. Es finden sich in den schriftlichen Äußerungen des Prinzen aus seinen beiden letzten Lebensjahren keine eingehenderen Urteile über die auswärtigen Beziehungen Preußens. Mit den Denkschriften hatte er seit 1798 abgeschlossen; was sich an solchen in seinem Nachlaß noch gefunden hat, trägt den Charakter von unvollendeten Entwürfen oder Stilproben, in denen der Prinz gelegentliche Gedanken notierte, die er später ausführen wollte.[1]) Der letzte Brief mit politischen Ratschlägen für den König scheint der oben erwähnte vom 2. Juli 1800 gewesen zu sein, der nach der Schlacht bei Marengo geschrieben war. Seitdem begegnet man in dem Briefwechsel Heinrichs mit Friedrich Wilhelm nur allgemein gehaltenen Bemerkungen über die Schwierigkeiten des königlichen Amtes und unbestimmten Warnungen vor gefährlichen Dienern und Ratgebern. So schreibt er dem Könige zum Schluß des Jahrhunderts, am 29. Dezember 1800: „Die Liebe, die Sie für die Gerechtigkeit, für die Sparsamkeit, für die Manneszucht im Heere, für die Werke der

[1]) Das Geh. St.-A. bewahrt eine Reihe derartiger von der Hand des Prinzen geschriebener Konzepte mit Bemerkungen „über das Verhältnis Preußens zu England und Frankreich", „über die auswärtigen Beziehungen der preußischen Monarchie" und über ähnliche Gegenstände.

Barmherzigkeit hegen, sind edle Empfindungen, aber wie oft zeigt die Geschichte, daß Könige mit ausgezeichneten Eigenschaften mißbraucht werden, wenn sie einem oder mehreren gestatteten, die Herrschergewalt in ihrem Namen auszuüben." Und in einem Briefe vom 7. Januar 1801[1]) findet sich die Sentenz: „Die wirklichen Feinde sind diejenigen, die den Fürsten vom wahren Ruhm entfernen, anstatt weise und gerechte Ratschläge zu erteilen." Auf wen diese Anspielungen gemünzt waren, läßt sich nicht entscheiden. Man möchte an den Einfluß der Kabinettsräte denken, doch kommt beispielsweise der Name Lombard, der schon seit dem Sommer 1799 einen steigenden Einfluß auf die auswärtige Politik Preußens ausübte, in den uns erhaltenen Briefen Heinrichs überhaupt nicht vor. Immerhin läßt sich aus den vorliegenden Äußerungen entnehmen, daß der Prinz mit den Leitern der preußischen Politik im Innern und nach außen damals so wenig zufrieden war, wie in früheren Jahren. Von den Fähigkeiten und dem Charakter des Ministers Haugwitz hatte er, wie mehrfach erwähnt, immer eine geringe Meinung gehabt, aber er blieb mit ihm im persönlichen Verkehr, hauptsächlich wohl, um nicht ganz von allen amtlichen Informationen über den Gang der auswärtigen Angelegenheiten abgeschnitten zu sein. Haugwitz seinerseits war klug genug, einen offenen Bruch mit dem ihm oft unbequemen prinzlichen Widersacher zu vermeiden, und ließ es nie an äußeren Zeichen der Ergebenheit und Ehrerbietung fehlen, auf die jener so großen Wert legte. Noch im Juni 1802, kurz vor dem Hinscheiden des Prinzen, ist er während dreier Tage dessen Gast in Rheinsberg gewesen.[2]) Gegen den zweiten Kabinettsminister, den Grafen Alvensleben, dessen politische Anschauungen, soweit es sich um das Bündnis mit Frankreich und die Ordnung der deutschen Verhältnisse handelte, mit denen Heinrichs übereinstimmten, war dieser von ungerechten Vor-

[1]) Abgedruckt in Urkunde Nr. 40, S. 296.

[2]) Brief Heinrichs an die Gräfin Ottilie Henkel-Donnersmark vom 14. Juni 1802.

urteilen erfüllt. Er hielt ihn nicht nur für unbedeutend und unwissend, sondern auch wegen dessen Mitwirkung beim Abschluß des Haager Vertrages vom 13. Juni 1788 für eine Kreatur Englands und hat diesen Vorwurf noch in einem Briefe vom Oktober 1801, ein Jahr vor dem Tode des Grafen, in den schärfsten Ausdrücken wiederholt. Der noch aus der Zeit Friedrichs des Großen stammende Minister Finckenstein, der bis zu seinem im Januar 1800 erfolgten Ableben nominell an der Spitze des Kabinetts-Ministeriums stand, war dem Prinzen früher persönlich und vorübergehend auch politisch nahe verbunden gewesen. Heinrich bemerkte bei der Todesnachricht, daß er in ihm den Verlust eines alten Bekannten betrauere, daß dieser jedoch besser gethan haben würde, gleichzeitig mit Friedrich dem Großen zu sterben, da sein Einfluß in den Geschäften nach dessen Tode gleich Null gewesen sei. Von den Finanzministern Friedrich Wilhelms III. ließ er nur Struensee gelten, der ihn einst bei seinen Bemühungen um Herbeiführung des Baseler Friedens unterstützt hatte. In dem Grafen Hoym sah er einen leichtsinnigen Verschwender und in Schulenburg einen zwar vielgewandten, aber völlig charakterlosen Minister, dem er nie verzieh, im Jahre 1792 Friedrich Wilhelm II. in dem Plane einer Teilnahme an dem Kriege gegen die französische Revolution bestärkt zu haben. Er gab Schulenburg auch schuld an den neuen, das Volk drückenden Steuergesetzen und bedauerte, daß der König aus Gewohnheitsliebe sich nicht entschließen könne, diesen unheilvollen Mann aus dem Amte zu entfernen. Den Grafen Goertz, der auf dem Reichstage in Regensburg als preußischer Gesandter die endlosen Verhandlungen über die Umgestaltung der deutschen Verfassung und die Entschädigungen der depossedierten Reichsstände zu führen hatte, nannte der Prinz spöttisch „einen richtigen Schulpedanten, tief eingeweiht in alle armseligen Interessen der deutschen Fürsten und sein ganzes Leben hindurch gewohnt, in der gleichen Tretmühle zu arbeiten, wie seine Regensburger Kollegen."

Man sieht aus diesen Proben, daß Heinrich bis in sein höchstes Alter hinein sich sowohl die Neigung zu scharfen und in ihrer Schroffheit oft ungerechten Urteilen, als auch die Gabe, seine Kritik in eine witzige und geistreiche Form einzukleiden, bewahrt hatte. Wohl versicherte er gelegentlich, daß er an all den Intriguen, die im Inlande und Auslande spielten, kein Interesse mehr nehmen und sich auf den Standpunkt einer philosophischen Betrachtung zurückziehen wolle, aber nie vermochte er es, diese resignierte Stimmung auf die Dauer festzuhalten und die Tugend der Entsagung zu üben. Der unbefriedigte Ehrgeiz nach einer Vertrauensstellung in der Nähe des Königs, der Wunsch, politische Ratschläge zu erteilen, dem Dienste des Staates den Rest seiner Kräfte zu weihen, blieben im Grunde seines Herzens immer lebendig. Daneben konnte ihm nicht entgehen, wie wenig er mit seinen in der politischen und geistigen Bildung der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurzelnden Anschauungen zu der neuen Generation paßte, die seitdem unter dem Einfluß der französischen Revolution herangewachsen war. „Ich bin", schrieb er am 22. Januar 1801, „nur noch eine alte Ware, die nicht mehr in Mode ist und die, unter uns gesagt, auch keinen Wert darauf legt, es zu sein." In der That erregte der Prinz, wenn er sich während der letzten Jahre seines Lebens in der Öffentlichkeit zeigte, schon durch sein äußeres Auftreten und seine altfranzösische Kleidung die Spottlust der Berliner Gesellschaft. Graf Lavalette, ein früherer Adjutant des Generals Bonaparte, der im Jahre 1801 auf einer diplomatischen Mission nach Berlin kam und Heinrich kennen lernte, bezeichnete ihn als die eigentümlichste Erscheinung am dortigen Hofe und war erstaunt über den geringen Grad der Achtung, mit der von ihm gesprochen wurde. Doch gehörte es für die Diplomaten und sonstige vornehme Fremde, welche die preußische Hauptstadt besuchten, noch immer zum guten Ton, dem Prinzen Heinrich ihre Aufwartung zu machen, obwohl man bei ihm keine politischen Neuigkeiten mehr erfahren konnte. Die geistreiche, wenn auch mitunter etwas

paradoxe Tischunterhaltung des Schloßherrn von Rheinsberg zog die Gäste an; sie bewunderten, wie der französische Gesandte Bignon es ausgedrückt hat, den französischen Saft in dieser alten brandenburgischen Eiche. Wenige Wochen vor dem Ende Heinrichs hatte sich durch die Zusammenkunft Friedrich Wilhelms III. mit dem jugendlichen Zaren Alexander in Memel ein folgenschwerer Umschwung in der preußischen Politik vorbereitet. Der König, welchem die Unzulänglichkeit des Neutralitäts-Systems und die Gefahren der seit dem Baseler Frieden immer bedrohlicher herangewachsenen französischen Übermacht klar zu werden begannen, erkannte die Notwendigkeit, eine neue Bahn einzuschlagen und neue Bürgschaften für die Wahrung des Friedens zu suchen. Der Plan einer preußisch-französischen Allianz wurde endgültig beiseite gelegt und in den Vordergrund aller politischen Interessen trat das Bündnis mit Rußland, für das Friedrich Wilhelm durch seine in Memel angeknüpfte persönliche Freundschaft mit dem russischen Herrscher eine dauernde Basis gelegt zu haben hoffte. Die letzte Frucht der Verbindung mit Frankreich, die durch den Baseler Frieden eingeleitet war, bestand in der Vergrößerung, welche der preußische Staat nach Maßgabe des Pariser Vertrages vom 23. Mai auf Kosten des Reichs davontrug. Am 3. August 1802, dem Todestage des Prinzen, rückten die preußischen Truppen, noch ehe der Regensburger Reichstag sich über die territorialen Veränderungen innerhalb Deutschlands schlüssig gemacht hatte, in die Gebiete ein, welche Preußen als Entschädigung für den Verlust seiner linksrheinischen Besitzungen von Bonaparte zugestanden waren. Prinz Heinrich starb zur rechten Zeit. Es blieb ihm erspart, mit ansehen zu müssen, wie in der weiteren Entwickelung der preußisch-französischen Beziehungen fünf Jahre später dasselbe Frankreich, welches der Prinz immer als den natürlichen Bundesgenossen für eine Vergrößerung Preußens angesehen hatte, nach den napoleonischen Siegen den Staat Friedrichs des Großen zu einem Frieden zwang, der ihm die Hälfte seines Gebiets und seine Stellung als Großmacht kostete.

II.

Urkunden.

Vorbemerkung.

Die eigentümliche, oft dem phonetischen System sich nähernde französische Orthographie des Prinzen Heinrich ist in den nachfolgenden Urkunden, um deren Lektüre zu erleichtern, durch die heute übliche Schreibweise ersetzt, dagegen an den sprachwidrigen Wendungen und grammatikalischen Unregelmäßigkeiten nur dann geändert, wenn es sich um offenbare Schreibfehler oder sonstige Versehen handelte. Ausgelassene Werte sind sinngemäß ergänzt, die wenigen Stellen, an denen es nicht gelang, die schwer leserliche Handschrift des Prinzen mit Sicherheit zu entziffern, durch Klammern hervorgehoben.

Für die Bereitwilligkeit, mit welcher mir die vorliegenden Denkschriften und Briefe seitens der Verwaltungen des Königlichen Haus-Archives in Charlottenburg und des Geheimen Staats-Archives in Berlin zur Verfügung gestellt wurden, sowie für die sachkundige Unterstützung, die Herr Dr. Ferdinand Fehling bei Abschrift und Entzifferung des urkundlichen Materials leistete, erlaube ich mir an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

1.

An König Friedrich Wilhelm II.

H.-A. Eigenhändig. o. O. u. D. [Rheinsberg, le 21 août 1786.]

Mon très cher neveu,

Convaincu dans le fond de mon cœur que le bonheur, mon cher neveu, de Vos états ne peut avoir une prospérité aussi constante que je la souhaite par le sentiment tendre qui m'attache à Vous et au pays que j'ai servi autrefois, moins que l'on emploie tous les moyens possibles pour cimenter la confiance qui commençait à s'établir entre la Prusse et la France, j'ai cru de mon devoir comme citoyen et par les sentiments de probité et par ceux de l'attachement que je Vous dois comme roi, et de la tendresse que Vos bons procédés augmentent dans le cœur d'un vieux oncle, de Vous proposer d'écrire au roi de France. C'est d'après la connaissance intime que j'ai de cette cour, que j'ai dressé la minute ci-jointe[1]) que je soumets à Vos lumières, en Vous suppliant de peser les raisons que je m'en vais Vous détailler et de les examiner d'après ce cœur paternel que je trouve en Vous et qui Vous inspire de rendre Vos peuples heureux. Je dis premièrement que cette démarche n'est nullement contraire à Votre dignité. Elle a l'avantage de ne pouvoir être aucunement nuisible. Elle Vous ouvre une voie noble et honnête par laquelle il Vous sera à l'avenir plus facile de déterminer les affaires. Elle n'a en

[1]) nicht vorhanden.

un mot aucun inconvénient, si Vous la faites, qui puisse entraîner des conséquences fâcheuses. Une grande raison que je dois Vous présenter est celle-ci, c'est qu'il est nécessaire que Vous veniez à l'appui des ministres qui dans l'occasion parlent au roi en faveur de l'union avec la Prusse. Si donc Vous ne faites nulle démarche, il est impossible que Mr. de Vergennes et le contrôleur général, qui sont les intimes du roi, puissent avancer les affaires en Votre faveur. Il ne faut donc point s'attendre à une première démarche de la France, et quoique le roi et la nation sont portés pour la Prusse, on ne peut se dissimuler que la position de la France est telle, qu'elle peut se soutenir longtemps par ses propres forces, tandis que Vos états, ouverts de tous côtés, en proie à deux ennemis puissants, l'Autriche et la Russie, que Vos états, dis-je, ont besoin, qu'un bon père veille avec vigilance et prévienne les grands malheurs dont ils peuvent être ménacés. Je dois ajouter, puisque je Vous parle sans voile, avec franchise, en un mot comme l'amitié et l'honneur me font une loi de Vous parler, mon cher neveu, c'est que l'envoi du colonel Geusau en Angleterre ne peut que faire un mauvais effet en France; et l'on ne sait que trop, combien les moindres choses sont quelquefois nuisibles aux grandes affaires. Au surplus, comme Vous m'avez fait l'honneur de me dire que les Turcs faisaient les plus grands préparatifs pour la guerre, c'est encore un moment bien intéressant, où il devient de la première utilité pour Vous d'être en grande intelligence avec la France. Puisse le motif qui me porte à Vous parler avec cette franche liberté Vous prouver, avec quel zèle je désire, que Vous mettiez les premiers fondements à la gloire que je suis sûr que Vous aurez un jour, si Vous daignez profiter des premiers moments de Votre règne, enfin de Vous faire connaître au seul roi qui peut y contribuer, et à la nation qui est déjà avantageusement prévenu pour Vous. Si j'ai encore une grâce à Vous demander, c'est de réfléchir aux

sentiments d'un oncle qui n'a d'autre désir que Votre bonheur, qui Vous parle d'après la conviction intime de sa conscience et qui ne peut avoir aucun autre intérêt à Vous parler comme il fait.

Je suis avec le plus tendre et respectueux attachement,

Mon très cher neveu,

Votre très dévoué et fidèle
serviteur et oncle

Henri.

2.

An König Friedrich Wilhelm II.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 31 décembre 1792.

Sire,

Je voudrais donner la bonne année à Votre Majesté; si mes vœux y pouvaient contribuer, Vous n'auriez rien à désirer. Mais qu'il est difficile d'en former, en considérant Votre position et celle où Vos états se trouvent; je ne perce point l'avenir; j'éloigne celui qui représente un tableau noir et sinistre; mes réflexions partent du point où Vous, mon cher neveu, et les armées se trouvent, et je vois des secours très formidables qui se rassemblent et qui vont arriver incessament aux lieux de leur destination. On peut se flatter de deux ou trois victoires, surtout si les Français s'y prêtent, mais si leurs armées s'arrangent dans des postes convenables, il en resultera nécessairement et plus d'hasard, plus de lenteur, et plus de difficulté. Les plus heureuses suites peuvent conduire au siège de Mayence, tandisque d'autre part on reprendrait Liège, la citadelle d'Anvers et le château de Namur. Mayence, à ce que j'ai oui dire, est une place formidable. Il faut être muni amplement de munitions et de tout l'attirail de siège pour l'entreprendre avec succès. Cette dépense est énorme et les difficultés dépendent de la défense plus ou moins vigoureuse de ceux qui défendent

la place. Voilà sans contredit le tableau du plus grand bonheur qu'on puisse former pour la campagne prochaine. Il est plus facile à tracer ces idées sur le papier qu'à les exécuter. Mais comme dans toutes les grandes entreprises il faut calculer nécessairement le résultat, voyons quel sera le fruit, quel sera le bien que Vous recueillerez de toutes ces entreprises. Je Vous l'avoue, mon cher neveu, que je ne vois rien d'autre que l'épuisement des finances, la destruction d'une bonne partie de l'armée, et que Vous serez bien loin de Vous trouver dans la position heureuse où Vous étiez avant de commencer cette guerre. Attaché à ma patrie, l'ayant servi pendant la plus grande partie de ma vie, occupé sans relâche d'acquérir toutes les connaissances pour être utile, pouvez-Vous, mon cher neveu, me blâmer, et n'est-il pas juste et légitime que je montre à Vos yeux Votre royaume entier comme il était à Votre avènement au trône en comparaison de ce qu'il sera à la fin de cette guerre? Ne Vous flattez pas de cueillir des lauriers. Ceux qui se distinguèrent, les généraux, les officiers qui en ont contribué à la victoire, qui n'ont suivi que la volonté qui ordonnait cette guerre, mériteront de l'honneur; ils ont fait le bien qu'il pouvaient faire et ne sont pas les auteurs du mal qui s'est fait. Je Vous parle, mon cher neveu, non en flatteur, mais inspiré par l'honneur. L'amitié véritable n'emprunte point d'autres formes que celles qui tendent au bonheur et à l'intérêt de celui auquel on s'adresse. J'ai cependant recherché tous les moyens qui Vous présenteraient dans la guerre le tableau le plus séduisant. Je dois cependant observer, que si par une des vicissitudes qui peuvent arriver à la guerre, une des cordes qui doivent exécuter ces entreprises vienne à manquer, il en résulte des malheurs que je me garde bien de prévoir ou de calculer. Je ne touche pas aux moyens dont on s'est servi pour Vous porter à cette guerre, quoiqu'ils me sont parfaitement connus. Mais ceux qui ont opéré ces intrigues, savaient combien je les

désapprouvais. Dès-lors ils ont agi contre moi. C'est pourquoi j'écarte tout ce qui m'est personnel, en réservant le plus profond mépris pour ceux qui me calomnient. Rappelez-Vous, mon cher neveu, que je voulais être Votre volontaire. Je savais très bien à quoi je m'exposais. Mais je voyais que Vous couriez à Votre perte, et j'aurais pris un emploi si au dessous de ceux que j'ai eu, dans l'espérance de Vous sauver des malheurs dans lesquels Vous avez été entraîné. C'est par discrétion que je ne Vous parle point en détail sur les plans à suivre pour une autre campagne. Je ne suis pas d'ailleurs assez au fait de la force des corps qui joindront les armées, ni des apprêts qu'on a faits en tout genre pour faire réussir un projet quelconque. Je ne Vous dis rien non plus sur la paix. Il y a des lumières qu'il me faudrait et un plus grand détail des affaires politiques. D'ailleurs ces sortes de discussions se traitent mieux par la conversation que par écrit. Mais si Vous croyez, mon cher neveu, que mon âge et mon expérience peuvent me donner encore des vues utiles pour Vous et la patrie, en ce cas permettez que j'ose aller Vous voir pour trois ou quatre jours. Et si Vous m'accordez cette faveur, Vous voudrez bien que je choisisse un officier de la garnison de Berlin, uniquement pour faire ce voyage avec moi.

Je ne puis Vous donner une plus forte preuve des sentiments de mon cœur, de ma droiture et de la manière vraie avec laquelle je pense en Vous parlant.

Je suis . . .

3.

An König Friedrich Wilhelm II.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 21 janvier 1793.

Sire,

Lorsque j'eus l'honneur d'écrire à Votre Majesté, j'avais aucun dessein de Vous persuader à un parti quelconque. Je Vous fis le tableau de l'état actuel des choses, du résultat

qu'on en pouvait tirer, et ce résultat, j'ose Vous le répéter, mon cher neveu, est toujours le même. Les hommes en général et pendant toute leur vie n'ont qu'un flambeau, c'est celui de la raison. Tout ce qui s'en écarte ne peut être que défectueux. A cette raison se joint l'expérience, celle de l'histoire et de leurs propres travaux. Ils ont encore une grande considération à l'observer, celle de l'opinion publique, c'est en réfléchissant mûrement et sans partialité sur les objets, en comparant et discutant les différentes idées, qu'on parvient à une solution la meilleure et la plus sage à laquelle l'homme peut approcher. Vous auriez tort, mon cher neveu, de régler Vos démarches sur un ou deux avis qu'on Vous donnerait, mais Vous en auriez un plus grand en négligeant ceux qu'on Vous donne. Vous êtes chef d'un grand état. Vous en êtes responsable à Dieu et à la nation qui Vous est soumise. Une guerre n'est utile que lorsque l'intérêt de cet état est bien observé. C'est là ce qui fait Votre gloire. Mais plus que Vous Vous écartez de cet intérêt, plus aussi Vous courez de risque de regretter pendant toute Votre vie les malheurs dont l'état peut être affligé. Une vérité reconnue c'est que l'entreprise de cette guerre ne pouvait être sous aucun point de vue utile à l'état, et qu'une fois entreprise, la plus courte serait la meilleure. Un nouvel ordre de choses se présente. Vos troupes entrent en Pologne, Votre manifeste vient de paraître. Je Vous l'avoue avec franchise, mon cher neveu, que je ne vois dans tout cela qu'un accroissement du labyrinthe dans lequel Vous Vous trouvez déjà. C'est tout ce que je me permets d'en dire. Ah que je voudrais avoir pu me taire, que je voudrais effacer le présent et le passé, pour Vous voir dans un état heureux! Mais je Vous appartiens de trop près, mon silence serait celui d'un lâche et ma conscience fait ma loi. Songez, mon cher neveu, que la vraie droiture exige que je Vous parle comme j'ai fait. Mon amitié et mon dévouement Vous prouvent, combien je suis . . .

4.

An König Friedrich Wilhelm II.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 6 juin 1794.

Sire,

La réponse de Votre Majesté m'a infiniment réjoui. Elle me sert de preuve que je ne suis pas entièrement effacé de Votre souvenir. Aussi n'est-ce que par rapport à cette raison que je fais une réponse sur la lettre que Vous avez eu, mon cher neveu, la bonté de m'écrire. Si les sentiments que Votre Majesté porte pour moi au fond de Son cœur, sont analogues aux miens, comme Votre lettre l'exprime, je puis compter sur la droiture de Vos intentions, sur la franchise de Vos sentiments. Ce sont ceux que je professe. Dans Votre place, Sire, on méconnaît Ses vrais amis. Car ce ne sont pas ceux qui applaudissent à tout, qui louent chaque action, mais bien ceux qui, Vous voyant à la tête d'une grande nation, connaissent l'intime liaison qui doit exister entre l'intérêt de celui qui gouverne et les peuples qui sont gouvernés. On ne peut pas Vous être véritablement attaché sans l'être à l'état, et on ne saurait l'être à l'état sans souhaiter que toutes Vos actions tendent vers son bonheur. C'est d'après cet aveu, Sire, que je Vous supplie de juger tous les hommes. Quant à moi je me renferme dans le repos de ma conscience, dans le bonheur que je goûte en réfléchissant sur toutes mes actions, sans cependant y ajouter la présomption de me croire sans défauts. C'est l'apanage de l'humanité d'en avoir. Mais j'ai un cœur sensible, compatissant aux malheurs qui affligent l'Europe. Je puis dire que c'est le seul tourment que j'éprouve. Fasse le ciel qu'un jour n'arrive, où Vous reconnaissiez, mais trop tard, la droiture de mes intentions! Cette lettre n'est point écrite, mon cher neveu, dans l'intention de m'attirer une réponse, mais uniquement pour Vous témoigner avec quel attachement je suis . . .

5.

An den Grafen Hertzberg.

G. St.-A. Rep. 9. J. 3. Korrespondenz Hertzbergs mit dem Prinzen Heinrich. Abschrift.

Rheinsberg, le 13 juin 1794.

Il m'est impossible de répondre en détail sur le cours des événements qui se sont passés depuis l'année 86; ils tiennent de si près aux circonstances actuelles qu'il serait facile de les interpréter malignement. Mais il m'est impossible de dissimuler, qu'autre chose c'est d'avoir une influence nécessaire dans les affaires ou de les rechercher purement pour y faire de l'effet. Je sais que depuis la mort du feu Roi on s'est mêlé de tout. Les affaires de la Hollande, des Pays-Bas, celles de Liège, les traités qui s'en sont suivis avec la Hollande, celui signé à Loo avec l'Angleterre; suivent ensuite les négociations et les traités avec la Pologne, le corps des troupes entretenu pendant deux ans sous les ordres du Gl. Usedom sur les frontières de la Prusse, les négociations avec la Suède, l'armement dans un temps de disette contre la maison d'Autriche, celui qui suivit immediatement après contre la Russie, tous ces objets qui ont été nuls pour l'état, ont coûté des sommes immenses et tout cela pour suivre le beau projet de faire toujours de négociations armées. A mes yeux c'était le moyen de conduire un état à l'hôpital. Toutes ces vaines démonstrations de grandeur, de puissance n'ont de vraie solidité qu'une force de 200000 hommes, difficile et peut-être impossible à remplacer lorsqu'on la désorganise aussi légèrement. Le trésor a dû se dissiper peut-être plus lentement si l'on n'eût point attaqué la France. Il est certain, que ces continuelles négociations armées devaient non seulement produire cet effet mais encore indisposer toutes les puissances contre celle qui s'ingéra dans toutes les affaires sans y trouver un véritable intérêt et sans acquérir d'autre fruit qu'une osten-

tation vaine, et qui autoriserait ces mêmes puissances à prendre le même rôle, lorsque la Prusse sera épuisée, et à paraître avec une prépondérance telle que les grands états seuls peuvent toujours l'avoir.

Quant à l'Angleterre, à cette alliance qui vous a toujours tenu à cœur, on n'a qu'à ouvrir les fastes de l'histoire du siècle pour y trouver que dans toutes les paix les alliés ont été sacrifiés aux intérêts de cette nation, et je n'ai jamais cru qu'aucun ministre prussien pût donner le conseil de s'allier avec elle, pour peu qu'il eût vu, comment cette puissance traita la Prusse à la paix qu'elle fit après la guerre de sept ans. Nous verrons si à la fin de la guerre présente on aura lieu de s'en louer.

En un mot il est deux espèces de gloire, l'une, après laquelle l'homme court, est frivole, donne un faux éclat, mais laisse voir le peu de solidité et la grande vanité dont elle s'environne. L'autre est celle qu'on saisit, où l'homme habile profite des circonstances sans précipiter les moyens, sans outrepasser les mesures; à laquelle, en un mot, la sagesse, la raison et l'expérience concourent ensemble. Cette dernière peut être soumise à tous les calculs, tout est juste, tout est bien, ni l'envie ni la calomnie ne peuvent la détruire. Quoique tous ces grands intérêts ne vous touchent plus, Monsieur, j'ai dû vous répondre avec cette franchise allemande que vous aimez tant, et avec cette vérité, telle au moins que mes yeux me la représentent. Je crois d'ailleurs à vos intentions, elles peuvent avoir été pures. Je suis surtout très reconnaissant de l'envoi des pièces sur lesquelles je vous fais cette réponse, et sur le prix que vous voulez bien donner à mon opinion, en vous assurant de toute la considération . . .

6.

Réflexions sur l'état présent des affaires de l'Europe et en particulier des intérêts de Sa Majesté Prussienne.

H.-A. Eigenhändiges Konzept und eine von dem Prinzen beglaubigte Abschrift des Kammerherrn Baron von Münchhausen.

Rheinsberg, le 29 octobre 1794.

Premier mémoire.

Le but qu'on a eu au commencement de la guerre, celui de rétablir dans toute sa splendeur la monarchie française, de délivrer Louis XVI de la gêne où l'assemblée constituante l'avait plaçé, ne pouvant plus se présenter comme possible à l'esprit humain, il faut convenir que la continuation de la guerre ne se présente plus que comme un tableau de massacres inutiles, de sacrifices de sujets et de désorganisation absolue des finances, et qu'on a raison de gémir, lorsque les actions les plus glorieuses à la guerre n'offrent pas même d'espoir, ne pouvant plus conduire à ce terme qu'on s'était d'abord proposé.

Le meilleur militaire, en supposant que la campagne prochaine se fasse, ne peut former qu'un plan de défense depuis le Bas-Rhin jusqu'au Haut-Rhin et de cette partie de la Hollande qu'on sauvera peut-être encore durant cet hiver, si les fortes gelées ne facilitent pas aux Français de passer les glaces:

L'armée autrichienne qui se trouve entièrement désorganisée, celle du duc de York qui n'est pas dans un état plus brillant —, ce serait entourée de ces faibles moyens que l'armée de Sa Majesté Prussienne se trouverait, si un nouveau traité de subsides engage Sa Majesté à continuer la guerre. On ne peut douter que, si les puissances maritimes disposent de cette armée, elle ne sera placée aux lieux où l'on appréhendra le plus les efforts des Français, et que, si elle résiste à tous les efforts des Français, elle ne sera pas moins détruite, ne pouvant guère compter sur

l'assistance des autres alliés. Les efforts d'ailleurs qu'elle ferait, serviraient tout au plus à la défense du Rhin, c'étant presque moralement sûr, que les Français dans six semaines ou deux mois auront pris Mastricht et Venloo, ce que détruit toute l'espérance qu'on pourrait former sur la Meuse.

Il résulte de ce tableau, combien dans ce moment la paix se trouve désirable pour l'Allemagne, mais encore particulièrement pour sa Majesté Prussienne. Il est notoire que sa Majesté Prussienne a fait des efforts bien au delà que La pouvaient porter Ses engagements. Elle a renforcé Ses armées par deux corps de troupes qu'Elle fit marcher au commencement de l'année 1793. Elle a non seulement fait deux campagnes des plus onéreuses à Ses frais et dépens, mais encore le siège de Mayence qui Lui a coûté des sommes considérables, et quoiqu'Elle ait reçu l'année 1794 un subside de l'Angleterre, il est cependant connu que ce subside n'était point conforme aux besoins de Sa Majesté, que c'était tout au plus la moitié des sommes nécessaires, que par conséquent Elle a fait encore une grande partie des frais de cette campagne. Considérant aussi l'humeur que l'Angleterre a montrée en cessant le payement des subsides, la manière peu loyale des armées autrichiennes envers celle de la Prusse, on conviendra que Sa Majesté par le fait est dégagée envers Ses deux alliés, le premier n'ayant d'autre objet que son unique intérêt et se rendant facilement à les abandonner lorsqu'il est satisfait, comme les traités d'Utrecht, d'Aix-la-Chapelle et la paix avec la France à la fin de 1762 en font preuve. Comme cependant on peut croire d'après les papiers publics que l'Autriche traite de la paix, il en résulterait que le Roi de Prusse, si elle se conclût, aurait tout au plus l'honneur de la signature, et que, si Ses intérêts seraient oubliés, il se pourrait, que l'Autriche en eût formé de traités préjudiciables.

Il me paraît d'après la suite de ces réflexions, que, si Sa Majesté a un parti à prendre, celui de se placer à la

hauteur qui convient à Sa gloire et à Sa dignité, c'est d'engager une négociation avec la France, laquelle serait d'abord secrète et deviendrait bientôt après publique par la déclaration que le Roi ferait à toutes les puissances coalisées. Cette négociation serait secrète pour apprendre 1° si la France veut traiter de la paix 2° si elle veut recevoir le Roi comme médiateur de la paix générale 3° au moins pour l'Allemagne et la Hollande? Les réponses sur ces questions donneraient les lumières les plus exactes sur la suite de ces négociations. Ce serait par Messieurs de Berne, à qui le négociateur du Roi serait adressé, que les premières ouvertures se feraient. Si les Français acceptent le Roi de Prusse pour médiateur, il en résulte que Sa gloire en sera très grande et que, si l'Angleterre et l'Autriche refusent Sa médiation, il Lui restera celle pour l'Espagne, La Sardaigne, l'Empire et la Hollande. Il ne faut pas se flatter que la proposition de la paix générale soit adoptée, et si la négociation de la cour de Vienne est avancée, il est à supposer qu'elle aura entrepris celle pour l'Empire, mais le Roi ferait toujours connaître par Sa déclaration qu'Il a rempli Ses engagements, que les intérêts de Ses co-alliés Lui ont été chers jusqu'au dernier moment, et qu'Il ne cède à l'amour de la paix que par celui que Sa conscience Lui donne pour Ses propres sujets et par la nécessité qui est une loi immuable. La négociation particulière serait entamée pendant que l'on ferait paraître les déclarations. Cette manière ouverte, noble et franche ne peut qu'être utile à la gloire du Roi. Il est du plus grand intérêt que le voyage du négociateur et les premières propositions faites par Messieurs de Berne soient secrètes, jusqu'au moment que la réponse de Paris vienne à Berne, à moins de risquer les menées secrètes que les cours de Vienne et de Londres pourraient faire, et même d'accélérer la négociation autrichienne, faite sans la participation du Roi. Il est utile au Roi de ne plus tenir ce mystère, dès-lors qu'Il peut

prouver, qu'une de Ses premières demandes a été faite en faveur de Ses alliés.

Les articles principaux sur lesquels cette négociation avec la France serait formée, seraient 1° la sûreté des provinces du Roi en Westphalie. 2° que la France ne mettrait aucun obstacle aux possessions que le Roi a nouvellement acquises en Pologne. 3° que la Bavière, sous aucune condition, ne puisse être transmise à l'Autriche. S'il était possible d'obtenir quelques dédommagements au duc des Deux Ponts et aux autres princes de l'Empire et d'obtenir la tranquillité pour la maison d'Orange, on tâcherait d'y parvenir, après toutefois être convenu des trois articles principaux si utiles pour l'intérêt du Roi et de Ses sujets.

Il me reste encore à parler du négociateur, lequel est d'une si grande importance, que tout dépend du choix que fera Sa Majesté Prussienne du ministre qu'Elle emploiera à cet objet. Je crois qu'il serait heureux que ce choix tombât sur un homme qui eût non seulement la connaissance des affaires, mais qui, possédant bien la langue française, y joignit l'avantage d'avoir demeuré pendant quelque temps en France, au moyen de quoi on serait sûr qu'il connût la nation et la meilleure méthode à suivre pendant le cours de la négociation. Je suppose qu'il serait chargé de deux lettres de créance, l'une à Messieurs de Berne, pour qu'ils emploient leurs bons offices, afin d'obtenir une prompte réponse sur les questions ci-dessus mentionnées, l'autre à la convention nationale pour traiter, s'il est possible, de la paix avec l'un des comités à Paris. Il importe infiniment qu'on ne sache point à Berlin la destination de celui que le Roi nommera pour aller à Berne. Pour cet effet il serait heureux que les lumières du Roi Lui présentent un moyen, pour que les lettres de créance ne soient point écrites dans les bureaux ordinaires, où facilement le secret échappe, et où tant de ministres étrangers à Berlin sont à la suite pour

avoir des connaissances. Ce moyen, si le Roi le veut, sera, je crois, facile à trouver.

Je sais qu'on peut faire encore quelques petites objections, par exemple, comment traiter avec la France? comment s'assurer de la stabilité d'un traité? Traiter d'abord avec ceux qu'on nomme, et demander à conclure le traité en France, où la nation et les députés souscrivent pour elle. Il n'est d'ailleurs aucune affaire dans le monde, où l'on ne rencontre des difficultés; celles qu'on peut opposer, me paraissent faciles à vaincre et les lumières viennent à mesure que les affaires avancent. La première démarche est sans aucun inconvénient, le but de l'entreprise est pour la gloire du Roi et l'intérêt de Son état, et Dieu aura soin du reste.

7.

H.-A. Abschrift von Baron v. Münchhausen.

Rheinsberg, le 2 novembre 1794.

Second mémoire.

Comme l'entreprise d'une aussi grande importance que l'est celle que Sa Majesté Prussienne va entreprendre, en voulant donner la paix à Ses peuples, mais pouvant former l'espérance de la donner à l'Allemagne, il est de la plus forte nécessité de prévoir (autant que la prévoyance le peut permettre) tous les incidents qui peuvent arriver durant le cours de la négociation, et l'on pardonnera au zèle que j'ai pour les intérêts du Roi et de l'état, si je couche sur le papier quelques réflexions que j'ai faites à ce sujet. Je n'ai d'autre instruction que les papiers publics, et si je me trompe, ce n'est que d'après la voix publique.

Dans l'article de Vienne on parle hautement de la paix. De là je conclus, que cette cour négocie; mais où et comment négocie-t-elle? c'est ce qui est, je crois, très important de savoir. Car si elle ne communique rien de ses négociations au Roi, il est juste que Sa Majesté en

prenne une grande défiance, ce qui sert à fortifier l'opinion sur la paix que Sa Majesté est résolue à faire. Trois provinces de la Hollande (c'est toujours d'après les gazettes que je parle) ont demandé la paix aux états, en déclarant qu'elles la feraient eux avec la France, au cas que les états généraux s'y refusent. Le coadjuteur Sieur Dalberg doit être à Frankfort. L'on dit qu'il est prêt à se rendre à Paris pour entamer une négociation pour les princes de l'empire. Voilà donc (si tout cela est vrai) trois négociations particulières, parmi lesquelles aucun ne pensera aux intérêts du Roi; ce qui forme un argument victorieux, pour qu'on ne puisse faire le moindre reproche au Roi, si Sa Majesté pense aux intérêts de Son état. Je pense que Sa Majesté mettra tout en usage pour s'instruire de tout ce qui peut avoir rapport à ces différentes négociations, et que le négociateur qu'Elle enverra à Berne, aura dans son instruction l'ordre d'avoir toute la vigilance pour découvrir surtout ce que la cour de Vienne traite.

Comme d'ailleurs il est possible et même vraisemblable que les Français proposeront au négociateur une alliance formelle de la Prusse et de la France, il n'est pas inutile d'y réfléchir; et s'il m'est permis de dire mon sentiment, c'est qu'il serait aussi hasardeux de l'accepter que de la refuser. Mais il est un milieu à tenir, qui serait de représenter, que, toute alliance devant avoir la bonne foi pour principe fondamental, il était impossible, qu'après la coalisation qui a existé Sa Majesté puisse se dégager aussi promptement, ce qui dans le cas d'une autre alliance ne pourrait que la rendre suspecte aux alliés, mais que, l'intelligence rétablie, Sa Majesté chercherait avec le temps une alliance qu'Elle croyait utile à Ses intérêts. Il peut arriver encore, que lorsque la cour de Vienne s'apercevra des négociations qu'a entretenues le Roi, elle prenne de deux partis l'un, ou de contrecarrer tout ce qu'elle croira utile au Roi, ou d'offrir pour l'avenir son alliance à la France et même

à tout prix. Ce dernier moyen n'est nullement chimérique. La cour de Vienne a ressenti vivement le prix de l'alliance de la France. Elle sera très heureuse si elle peut l'obtenir, et sentirait plus vivement son bonheur, si elle pouvait nuire aux intérêts du Roi de Prusse, ne fût-ce aussi que dans l'affaire de la Pologne, ce qui ne lui deviendrait alors nullement impossible, la nation française étant très portée pour la Pologne. A ce dernier égard le négociateur du Roi peut porter des arguments très favorables au Roi, comme que le Roi ne pouvait voir [avec indifférence] l'aggrandissement de la Russie, laquelle s'étant seule emparée des provinces qu'elle a conquises aurait augmenté le poids considérable qu'elle tient dans le nord, qu'ainsi il avait fallu prendre un concert commun où l'intérêt de la Prusse [serait ménagé]. Qu'on laisse à juger la France, que, si Sa Majesté n'eût pas pris ce parti et qu'Elle fût restée spectateur tranquille des événements que la Russie préparait, quelle en aurait été ensuite la situation du Roi? et que, déjà engagé dans une guerre aussi sérieuse au Rhin, il eût été de toute impossiblité de la déclarer à la Russie, cette double position contre deux puissances les plus fortes de l'Europe ne pouvant se soutenir; mais qu'il était même de l'intérêt de la France qu'une puissance intermédiaire se trouve entre la Russie et l'Autriche; et que pour résister au débordement de l'une ou de l'autre, il fallait que la puissance intermédiaire fût en état de soutenir les efforts de l'une ou de l'autre, peut-être de toutes les deux à la fois.

Je crois que quant à la Hollande, la France a un plan fixe, dont elle ne se départira point, c'est qu'elle soit l'alliée de la France et renonce à toute alliance avec l'Angleterre. Mais les liens de famille qui lient le Roi à celle d'Orange donneront certainement lieu à prendre intérêt pour elle et sauver au moins quelques débris du naufrage. Quant au duc des Deux Ponts, au prince de Saarbruck et à tous les seigneurs, dont les domaines sont envahis entre le Rhin,

la Sare et la Moselle, il est impossible encore de connaître les projets des Français. Les négociations les découvriront, et c'est d'après les lumières que Sa Majesté en recevra, qu'Elle pourra former la suite des plans qui pourront conduire à une fin heureuse.

8.

H.-A. Abschrift von Baron v. Münchhausen.

Rheinsberg, le 6 novembre 1794.

Troisième mémoire.

L'électeur de Mayence en faisant la démarche à la diète de Ratisbonne de persuader aux princes allemands de commencer une négociation de paix avec la France sous la médiation du roi de Suède, comme garant de la paix de Westphalie, a omis de nommer le Roi de Prusse, lequel depuis la paix de Teschen a été également nommé, alors conjointement avec la France, garant de la paix de Westphalie; cet incident m'a donné sujet à y réfléchir. Quoique je trouve cette omission de la part de l'electeur de Mayence un peu cavalière, je suis nonobstant bien éloigné de désirer que Sa Majesté Prussienne en donne les moindres marques de mécontement, mais plutôt de profiter, s'il est possible, de cette négligence de l'électeur de Mayence, et voici comment:

Dans la négociation qui, je suppose, sera entamée, après être convenu de l'essentiel sur les trois points principaux observés dans les mémoires précédents, il sera sans doute très utile et nécessaire de parler du traité de la paix de Westphalie, de faire connaître, combien en plusieurs occasions il a été utile à la France, nommément l'année 1740 à l'élection de Charles VII de Bavière et à la paix de Teschen; de leur faire envisager combien cette nouvelle garantie assurerait l'empire contre toutes les entreprises de la

maison d'Autriche et inspirerait une confiance dans les mesures ultérieures de la France et ferait un premier lien entre la Prusse et la France, Sa Majesté étant un des garants de la paix de Westphalie. Si ces persuasions pouvaient réussir, il en résulte: .

1°: que Sa Majesté Prussienne aurait rendu un très grand service à l'empire,

2°: qu'on pourrait par ce motif modérer les prétentions que les Français peuvent former sur les conquêtes qu'ils ont faites dans l'empire au delà du Rhin,

3°: que quelque révolution qu'on puisse supposer qui arriverait en France, ce traité ne pourrait dorénavant plus être rompu; car toute révolution qu'on puisse imaginer, se rapprochant de la monarchie, est par conséquent encore plus portée à la garantie de ce traité,

4°: si l'on peut obtenir ce point, il sera aussi une base plus forte qui garantira la sûreté germanique.

Mais en supposant (comme il est très possible) que le gouvernement français ne veuille plus s'engager dans ces sortes de traités, il s'en suit que la garantie de la paix de Westphalie serait une charge pénible et pernicieuse pour Sa Majesté Prussienne. Car chacque fois qu'un prince allemand sur les frontières de la France se trouverait lésé le moins du monde dans ses droits, il aurait recours au garant de la paix de Westphalie, ce qui mettrait Sa Majesté dans un compromis fâcheux et qui pourrait entraîner à des conséquences très préjudiciables à Ses vrais intérêts. Si tous les efforts du négociateur à la paix ne suffisent pas pour persuader la France à cette garantie, il reste au Roi à profiter de la négligence ou de la malice de l'électeur de Mayence et de retirer Sa garantie sous le prétexte de l'omission qu'on a faite de Sa Majesté. On voit par là, combien il peut être utile au Roi de défendre à Ses ministres toute réclamation à ce sujet. Car si elle réussit avec la France, Elle aura tout l'honneur du premier garant

de la paix de Westphalie, et si elle ne réussit point, Elle profite habilement de cette omission de l'électeur pour ne plus se mêler à l'avenir d'une garantie qui peut Lui devenir préjudiciable, et c'est ce que j'ai voulu prouver.

9.

An König Friedrich Wilhelm II.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 12 novembre 1794.

Sire,

Je ne cherche que les moyens qui puissent prouver à Votre Majesté, avec combien de zèle je suis attaché à Vos vrais intérêts. L'approbation que je reçois par la lettre que Vous avez la bonté de m'écrire, m'est du plus grand contentement que je puisse encore ressentir dans ma vie. Votre Majesté a grande raison en trouvant dans l'entreprise de la paix bien des difficultés et des obstacles. Mais je Vous supplie, mon très cher neveu, de considérer que, si une autre campagne devait ou pouvait se faire, que l'on peut aussi militairement calculer, que les obstacles et les difficultés pour la paix seraient encore infiniment augmentés, qu'ainsi il vaut mieux les vaincre à cette heure, que d'en trouver de plus grands dans un an d'ici. Je suis parti d'un principe, c'est qu'il est impossible à Votre Majesté de continuer la guerre à moins de la ruine entière de Vos sujets ou en recevant de nouvels subsides de l'Angleterre. Le premier répugnerait autant à Votre cœur qu'à la lumière de Votre esprit. Le second, le subside, ne suffirait jamais, sans que Vous ne fussiez obligé, mon cher neveu, de suppléer considérablement. Je ne m'arrête pas même à la raison importante, celle du juste ressentiment de Votre Majesté sur la manière peu honnête dont les Anglais ont usé en rompant le traité de subsides. J'en reviens donc au principe de l'absolue nécessité de la paix, lequel une fois bien

reconnu, il s'ensuit que tout ce qu'on peut honorablement faire pour avoir cette paix, doit se tenter. Et ce sont d'abord les seuls et véritables intérêts qui y doivent être traités. Viennent ensuite les propositions, que Votre Majesté soit le médiateur de la paix génerale, nommément de l'empire et, s'il est possible, de la Hollande. Si Votre Majesté fait Sa paix, Elle peut non seulement retirer Ses troupes, cela assure encore plus l'impartialité du médiateur, lequel est partie neutre entre les deux parties contratactantes. A l'égard de l'objection que Vous daignez faire, mon cher neveu, sur les provinces allemandes au delà du Rhin, lesquelles durant la neutralité resteraient entre les mains de la France, j'ose Vous représenter que l'usage a été de tout temps que celui que la guerre favorise reste en possession des pays que la fortune lui a fait prendre, jusqu' à la conclusion définitive de la paix. Je ne citerai qu'un exemple récent, celui de Troppau et Jägerndorf, qui pendant la négociation restèrent entre les mains du feu roi. Glatz resta pendant tout le cours de la négociation de Hubertsbourg aux Autrichiens. Je crois que pour la neutralité on pourrait tout au plus légitimement prétendre que les Français n'approchent point les bords du Rhin durant la neutralité ou la trève. Les princes d'Allemagne s'empresseront tous à concourir à cette armistice et, quoique je n'en suis certain, je pense qu'ils peuvent, sous l'ombre des ailes de l'électeur de Mayence et rassurés sous main de la protection publique que Vous leur accorderiez en traitant la paix, ils pouvaient sans le conclusum de la Diète conclure cette trève, laquelle serait bien assurément pour le commun intérêt de l'empire. Le comte de Haugwitz m'a dit que Vous souhaitez, mon cher neveu, que je l'instruisse de tout ce que j'ai eu l'honneur de Vous communiquer. Jusqu'à cette heure je n'ai pas cru devoir le faire et je Vous supplie de me faire connaître, si Vous voulez que je me serve de la même voie pour Vous communiquer des mémoires. Et j'en ai plusieurs à faire,

parce qu'il est nécessaire d'entrer dans tous les détails, de prévoir tous les obstacles. J'attends sur cela Vos ordres. Celui que Vous jugerez à propos à qui je m'addresse, aura toute ma confiance; je ne désire et ne souhaite que Votre bonheur et celui de Votre état. Je pars dans une heure pour Rheinsberg. Je Vous supplie, mon cher neveu, si Vous croyez que dans ces circonstances mes faibles services Vous peuvent être utiles, de me faire avertir, et je me rendrai tout de suite à Berlin, trop heureux si je puis Vous donner des preuves de la vérité de mes sentiments et de l'attachement avec lequel je suis . . .

10.

Réflexions sur l'état présent des affaires.

H.-A. Abschrift von Baron v. Münchhausen.

Berlin, le 16 janvier 1795.

En réfléchissant sur la négociation que Sa Majesté Prussienne vient d'entamer par le comte de Goltz avec la nation française, je ne répèterai tout ce que j'ai dit à ce sujet relativement aux intérêts de la Prusse, ni combien les sujets du Roi auront à Le bénir, lorsqu'Il aura terminé une guerre aussi ruineuse et qui sans aucun rapport ne pouvait devenir utile aux vrais intérêts de Sa Majesté. Mais je crois entrevoir encore que cette paix servira à un grand développement à l'égard des affaires contentieuses entre Sa Majesté et l'impératrice de Russie. Je mets pour préalable que le Roi voudra écrire à l'impératrice la lettre la plus amicale, par laquelle il démontrera combien Son intérêt serait blessé en suivant le plan de partage qu'elle propose. Ce n'est pas que je pense que cette lettre fasse tout l'effet qu'on aurait droit de s'en promettre, mais elle retarde la conclusion de cette affaire épineuse, et tout ce que je désire pour Sa Majesté, c'est qu'Elle gagne du temps,

parcequ'ainsi Elle gagne tout cela que je crois convenable, pourque: premièrement Sa paix particulière soit conclue, secondement pour avoir la médiation publique de l'empire, et troisièmement de faire retourner Ses troupes, ce qui non seulement est utile pour l'intérieur de Ses états, mais l'est encore infiniment, en ce que les forces de Sa Majesté se trouvant réunies elles La rendront aux yeux de l'empereur et de l'impératrice plus respectable. Cette paix donne encore à Sa Majesté le moyen de faire un emprunt considérable, lequel, je suppose, serait employé à former son trésor. Or ces moyens, ajoutés au retour de l'armée, sont de nature à devoir faire sur les deux cours voisines de Sa Majesté toute l'impression qu'Elle a sujet de désirer. Il se trouve encore une ressource, qu'à la vérité je puise dans mon imagination, mais qui ne me paraît pas sans probabilité et dont on peut espérer la réussite. C'est que, lorsque la paix de Sa Majesté sera conclue avec la France, Elle fasse des ouvertures, soit par le prince de Reuss ou par Son ministre à la cour de Vienne, par lesquels Sa Majesté ferait dire à l'empereur que, quoiqu'Elle ait été dans la nécessité pour le bien de Ses états de faire Sa paix avec la France, Elle ne prenait pas moins d'intérêt à un souverain, qui était son allié, et que Sa Majesté assurait l'empereur que, si ce prince voulait Lui confier ses intérêts, Elle emploierait Ses soins, soit à présent ou dans le temps, où Sa Majesté Impériale voudrait terminer la guerre à moyenner la paix avec la France; que ce serait tromper l'empereur, que n'ayant que des paroles à donner, il pût persuader à la France qu'elle restituât les Pays-Bas; mais qu'il serait possible de procurer un dédommagement, lequel, fût-il même de beaucoup moindre importance, ne laisserait pas d'être de quelque valeur. On peut encore, et sans effort de génie, faire voir à l'empereur que se liant entièrement à l'Angleterre, son existence en deviendra dépendante, et que lorsque cette puissance maritime fera sa paix,

l'empereur se trouverait sans dédommagement aucun; mais que pour rendre ce service à l'empereur, il était juste aussi, qu'entre les deux souverains on convînt de l'intérêt d'un chacun dans le nouveau partage de la Pologne; et comme d'après la façon dont j'entrevois ce partage, Cracovie serait une perte pour le Roi, mais qu'il est encore plus préjudiciable si la Russie voulait garder l'autre bord de la Vistule, il serait peut-être possible de persuader à l'Autriche de faire conjointement des représentations à l'impératrice. De tout ceci je tire la conclusion que la paix la plus prompte avec la France et la négociation la plus languissante à l'égard du nouveau partage avec la Russie peuvent encore servir à terminer à la fois tous ces embarras.

11.

Réflexions.

H.-A Abschrift von Baron v. Münchhausen.

Berlin, le 23 janvier 1795.

La dernière entreprise que les Français viennent de faire donne lieu à différentes conjectures, sur lesquelles il me paraît très important de fixer l'opinion. Il s'agit de voir, si le succès que les Français ont eu en Hollande peut être nuisible, ou s'il ne change en rien les dipositions que cette puissance a montrées pour la paix à l'égard de Sa Majesté Prussienne.

On peut attribuer ce succès sur la Hollande à trois causes; la première, que de tous temps, même de celui de Louis XVI, il entrait dans la politique de la France que la Hollande fût son alliée et que, quoiqu'il en pût coûter, on ôterait à l'Angleterre un allié aussi utile pour cette nation; de là toutes les intrigues de la France depuis 1785 jusqu'à 1787. Ce même projet, renforcé par l'opinion républicaine, s'est montré depuis le commencement de cette

guerre, et il n'y a pas deux ou trois mois que les gazettes de Hambourg ont rapporté que dans la convention il fut dit qu'il fallait pousser la conquête de la Hollande, prendre ses vaisseaux pour attaquer avec plus de force les Anglais. Je ne trouve donc aucun nouveau sujet mais un ancien plan qui a été exécuté.

Secondement: à la gelée; car si l'hiver n'eût pas été aussi rude, la gelée aussi forte, on conviendra qu'il aurait été impossible que ce projet eût été conduit à son exécution, si

troisièmement les troupes anglaises, autrichiennes etc. n'eussent été affaiblies par les pertes et désorganisées par l'esprit. C'est sur ce dernier motif que dans la situation présente l'attention sur ces alliés délabrés à tous égards est de la plus grande nécessité.

Tout ce que je viens de dire est connu et doit être su par les ministres du Roi lesquels doivent avoir dans le dépôt des affaires étrangères les lettres des ministres du Roi soit en Hollande ou à Paris, et quant au plan présent de la convention, il se trouve dans les papiers publics, l'année 1792 à l'entrée de Dumouriez et-cette année-ci après la prise du Brabant.

Je conclus que n'étant qu'un ancien plan que la fortune, la saison et la désorganisation des armées leur ont permis d'exécuter, il ne peut changer en rien la volonté de la nation française pour la Prusse, que même les modérés auront à vanter leurs succès aux yeux des jacobins, qu'il s'en suit que l'opinion de la nation en faveur des modérés en augmentera et que ces derniers pourront alors plus facilement traiter avec le Roi de Prusse.

Mais voyons si un autre obstacle peut retarder la paix. Je n'en vois qu'un seul, et c'est Mayence. Car je ne dissimule point que dans ces mêmes discours tenus à l'assemblée nationale on a souvent parlé de la barrière du Rhin. Sans discuter cette idée, je pense que les lettres du

comte de Goltz et surtout de Harnier doivent donner les premières lumières lesquelles donneront une direction plus sûre. Mais en supposant le pire, qu'il restât après ces lettres quelque doute, je ne fais qu'un vœu, c'est que Sa Majesté ne précipite point Ses réponses et Ses résolutions qu'après une mûre déliberation. Car la position de tous côtés est si critique que, si une résolution est une fois mal prise, elle peut avoir de telles conséquences dont il serait peut-être impossible de se tirer.

J'ajoute une seconde réflexion, c'est qu'heureusement l'armée de Sa Majesté au Rhin est en bon état. Mais c'est là ce qui Lui reste pour défendre dans un cas d'urgence Ses propres états, ne pouvant point retirer sans danger des troupes de Pologne. Sa Majesté jugera donc Elle-même, combien la conservation de cette armée est précieuse et combien sans doute son propre intérêt l'exige, surtout environnée, comme l'est cette armée, par des troupes ou malveillantes ou désorganisées, et Elle préverra même les positions que cette armée doit prendre, non encore dans ce moment-ci, mais après qu'Elle aura reçu les éclaircissements de Harnier et du comte de Goltz.

12.

Déclaration à toutes les puissances coalisées pour être inserée dans les gazettes.

H.-A. Eigenhändiges Konzept. Berlin, le 8 mars 1795.

C'est un devoir que Sa Majesté Prussienne s'impose par cette déclaration, libre, franche et sincère, celui d'exposer les motifs qui ont engagé S. M. à conclure la paix avec la France. La malignité, l'esprit de parti qui domine en Europe peuvent noircir, d'après l'intérêt d'un chacun, les intentions d'un monarque. Il s'agit de fixer l'idée qu'on se forme d'une association politique, et les juges éclairés, les cabinets con-

duits par l'équité, ne peuvent qu'applaudir au parti dicté par la sagesse que vient de prendre Sa Majesté. Elle reconnaît la sainteté des engagements, Elle sait que tous ceux qui se prennent entre des puissances sont fondés sur leur intérêt réciproque, mais aucun engagement ne peut détruire le premier de tous, celui qui lie le souverain à ses peuples, à leur sûreté, à leur bien-être et à leur prospérité: voilà les fondements sur lesquels reposent les alliances que les puissances font entre elles. Il s'en suit, qu'il est du devoir d'un souverain d'arrêter le cours des événements, lorsque la mesure en devient onéreuse pour ses peuples et dommageable pour ses états. C'est alors que la sagesse pose des bornes, qu'on ne se laisse plus emporter par de vaines espérances, et que les principes établis par le droit naturel ont la force de mettre un terme qui peut servir à la tranquillité et au bonheur des sujets.

Voilà ce que Sa Majesté vient de faire en signant la paix conclue avec la France à Basle. Elle n'a jamais été partie nécessairement belligérante; aucune conquête dans une guerre contre la France ne pouvait porter Sa Majesté à la faire. Uniquement allié des puissances Sa Majesté a porté le poids de la guerre aussi longtemps que, sans nuir à l'intérêt de Ses états, Elle le pouvait faire. Il est notoire que par Ses moyens et par Ses troupes Elle a soutenu les deux premières campagnes. Elle déclara à la fin de l'année 1793 qu'Elle retirerait une partie de Son armée, preuve évidente que dès-lors Sa Majesté a connu, combien le fardeau de cette guerre et l'entretien d'une armée aussi éloignée de Ses états était onéreuse et préjudiciable à Ses vrais intérêts. Elle céda encore à l'empressement de Ses hauts alliés en soutenant la campagne de 1794. Quoique les moyens fournis par l'Angleterre ne fussent pas suffisants, cette campagne a été faite en partie aux frais de Sa Majesté qui a porté, presqu'à Elle seule, une grande partie du poids de cette guerre. Le siège de Mayence entrepris et conduit à son

terme par les efforts de Son armée et au prix de sommes considérables; deux batailles livrées par Ses troupes, l'une à Pirmasens, l'autre à Kaiserslautern; dans la dernière campagne deux combats ont été livrés à l'avantage de Ses troupes, et quoiqu'elles essuyèrent un échec, l'armée ne s'en est pas moins maintenue au delà du Rhin jusque vers l'arrière-saison, où elle seule ne pouvait sans danger prendre des quartiers d'hiver. Tant de services rendus à la coalition font preuve, que le Roi s'est surpassé en efforts pour remplir Ses engagements, mais Sa Majesté n'aurait pas pu, sans nuire à Ses peuples, en outreprasser la mesure et entretenir encore une armée aussi forte et aussi éloignée de Ses états. La position de Sa Majesté allait encore changer en devenant d'allié puissance nécessairement belligérante. Les armées françaises s'étant rendues maîtres de quelques provinces de Sa Majesté au delà du Rhin, il était aisé de prévoir, que si le torrent de la fortune ne prenait pas un autre cours, les provinces de Sa Majesté en Westphalie se trouveraient également exposées, Ses resources diminuées et Sa position plus critique. Elle a donc dû mettre un terme à tous les maux que cette guerre causait et pouvait encore causer à Ses sujets. La nation française agissant avec loyauté et franchise dans cette négociation, Sa Majesté a pu la conclure avec autant de dignité que la republique en a montrée, et avec une égale sagesse de mesure et de considération réciproque.[1]) En songeant au bonheur de Ses sujets le Roi n'a point négligé les intérêts de l'Allemagne. La France recevant les bons offices de Sa Majesté pour tous les princes de l'empire qui voudront s'adresser à Elle, Elle employera tous Ses efforts pour parvenir à calmer l'orage de la guerre, pour terminer les calamités qui en sont la suite, et enfin pour voir, qu'après avoir rendu la tranquillité à Ses états, les autres souverains

[1]) Erſte Verſion: conclure en reconnaissant la république française, laquelle, déjà reconnue par plusieurs souverains, l'est bien plus autentiquement encore par les exploits de ses armes.

puissent jouir par Ses soins et par Ses sollicitudes du même bonheur. Sa Majesté juge, par un sentiment profondément gravé dans Son cœur, que le désir qu'Elle a de contribuer, autant qu'il Lui sera possible, à rendre la paix à l'Europe, doit faire connaître à tout esprit éclairé la pureté de Ses intentions, l'équité de Sa conduite, la bienfaisance de Son cœur et Son amour pour l'humanité.

13.

An König Friedrich Wilhelm II.

H.-A. Eigenhändiges Konzept. Berlin, le 17 avril 1795.

J'ai appris par la voix publique que la paix est faite. Je crois que c'est la plus belle occasion pour féliciter Votre Majesté. Vous signerez Votre salut et celui de la patrie et Vous pouvez faire renaître par Vos soins le bonheur et la prospérité. Je Vous envoie, mon cher neveu, la déclaration[1]) dont j'ai parlé dans le premier mémoire et dont j'ai eu l'honneur de Vous entretenir. L'intention pour laquelle je l'ai écrite est premièrement pour Votre peuple et pour l'armée qui connaîtront plus particulièrement Vos soins paternels, secondement pour prévenir tous les discours calomnieux et faire connaître publiquement les raisons et tous les motifs qui Vous ont engagé à la conclure. Cette noble franchise ne peut qu'être utile à Votre Majesté, et c'est par ce sentiment que je l'ai écrite et je Vous l'envoie comme la dernière preuve du désir que j'ai eu à Vous être utile. Je suis . . .

14.

An König Friedrich Wilhelm II.

H.-A. Eigenhändig. Vermerk von der Hand des Königs: Répondu le 3.

Berlin, le 2 mai 1795.

Sire,

Les ratifications étant enfin arrivées, j'ai encore l'avantage d'en féliciter Votre Majesté. C'est à cette heure que les

[1]) Urkunde 12.

suites qu'aura la paix pourront devenir intéressantes et leurs développements, pour peu qu'on prenne de justes mesures, seront tout à l'avantage de Votre Majesté. Et plus que les autres puissances feront voir d'inquiétude et de méfiance, plus aussi Votre Majesté aura des preuves de l'utilité dont cette paix sera pour Vous et Vos états. Je goûterai quelque joie dans ma retraite, où je compte me rendre mardi, si j'apprends par les nouvelles que tout succède comme je l'espère et que tout prospère au gré de Vos désirs et au bien de Vos états, ce qui dépend uniquement de Vous et des bonnes mesures que je ne doute pas que Vous prendrez.

Je compte peut-être pour ma santé faire quelque voyage pas fort éloigné dans quelques mois d'ici. En prenant congé de Votre Majesté j'espère que Vous êtes convaincu et que Vous voudrez Vous rappeler quelquefois le sentiment d'attachement avec lequel je suis . . .

15.

An König Friedrich Wilhelm II.

H.-A. Eigenhändig. Berlin, le 26 septembre 1795.

Sire,

Il me suffit d'avoir montré ma bonne volonté à Votre Majesté. La première chose que j'ai toujours cherchée dans la vie, c'est d'être content de moi, et je n'ai jamais pu l'être que lorsque mon esprit était d'accord avec ma conscience. Je Vous rends grâce, mon cher neveu, de m'avoir écrit tout naturellement sur les difficultés que Vous trouvez à me voir. Il est vrai qu'il est triste, si des ministres étrangers peuvent mettre obstacle à l'intimité de l'amitié que des parents se doivent. Mais il est très vrai aussi que la crise où se trouve Votre Majesté, Vous oblige à des mesures sages, et soyez certain, mon cher neveu, que je

serai toujours empressé à concourir à toutes celles qui peuvent être utiles à Votre vraie gloire et au bien de l'état, lorsqu'elles sont même à mes dépens. Mon intention a été de Vous témoigner, combien je fais des vœux pour Votre santé et pour Votre bonheur à l'occasion de Votre jour de naissance. Mais j'en avais une autre, celle de Vous parler de la crise présente avec cette franchise, cette loyauté par laquelle on ne plaît pas toujours, mais qui est le caractère de tout homme qui dans les grandes occasions ne dissimule aucune pensée. J'ai donc dressé un mémoire où mes idées sont développées. Je le remets avec confiance à Votre Majesté et Vous prie de me faire la faveur de le lire deux fois. Personne ne l'a lu; il est pour Vous seul. Peut-être que les affaires Vous permettront d'y trouver quelques vérités; et si Vous le désirez, mon cher neveu, j'en donnerai volontiers un plus grand développement, puisque Votre gloire en est l'objet, et que je suis convaincu et assuré, et que j'en répondrais de ma tête, que Vous aurez le rôle le plus brillant en Europe, pour peu que Vous le vouliez en agissant avec toute la fermeté laquelle est d'ailleurs dans Votre caractère. L'urgence de la position où se trouve Votre Majesté me prescrit la loi de Vous avoir parlé avec une ouverture entière.

Je pars lundi matin et suis . . .

16.

Sur la situation de la Prusse dans l'état actuel des affaires de l'Europe.

H.-A. Abſchrift von Baron v. Münchhauſen.

Rheinsberg, le 27 novembre 1795.

Dans tous les mémoires que j'ai présentés au Roi à l'égard de la nécessité de conclure la paix avec la France j'ai toujours mis pour principe que cette paix, non seulement

utile, serait glorieuse pour la Prusse, et que, si Sa Majesté Prussienne ne s'écartait point de la marche qu'il faut suivre, Elle recueillerait non seulement la gloire mais tous les avantages qu'Elle peut désirer d'obtenir à la paix générale. Il aurait donc fallu, après que la paix a été faite, s'approcher de la France, dresser conjointement entre le ministre de Prusse et celui de France un plan de pacification pour l'empire. Cette négociation si nécessaire aurait mis Sa Majesté a portée de juger, quelles sont les vues de la France pour cette paix, quel est le dédommagement que la Prusse doit obtenir dans le cas que — comme il est probable — le pays de Clèves doive devenir une province de la Hollande. N'ayant vu ni connu aucune dépêche ministérielle d'aucune cour je ne puis que juger d'après les probabilités, lesquelles me font connaître que, bien loin de s'être rapproché, on s'est éloigné de la France. Voici sur quoi cette opinion est fondée. Primo: sur de nouveaux sujets qu'on a employés pour envoyer en France, tandis qu'il était plus naturel de se servir de ceux qui dans tout le courant de la négociation ont été si utilement employés; secundo: sur le long séjour du comte de Hardenberg à Berlin. Il paraît que ce temps aurait suffi pour négocier à Basle sur les contingences futures, pour veiller sur les démarches de l'Autriche, sur les intrigues de l'Angleterre, et surtout pour tâcher de gagner quelques uns des plus puissants membres de l'empire, pour faire une paix particulière et d'isoler par là tellement l'empereur, qu'il serait forcé d'avoir recours à la Prusse pour obtenir enfin la paix. Ce dernier article est essentiel, sans celui-là on doit s'attendre à voir la Prusse exposée, dans un ou tout au plus deux ans, par la Russie et l'Autriche au plus grand danger. Il était encore nécessaire de négocier de l'argent, pour avoir au moins un fonds dans le trésor pour une année de guerre, ce qui eût été facile, mais ne s'est point fait. Sa Majesté Prussienne n'ayant point préparé ces ressources, il s'en suit, qu'au moment où l'empereur aura

fait sa paix particulière avec la France, (bien entendu qu'elle se fasse sans l'ascendant que la Prusse peut et doit avoir pour en prescrire les conditions conjointement avec la France à l'empereur) il s'en suivrait alors que le Roi, qui avait négligé la France, se trouverait entre l'Autriche et la Russie nécessairement obligé à condescendre à toutes les volontés de ces puissances, toujours d'accord à nuire aux intérêts du Roi, même à écraser Sa puissance pour n'avoir plus rien à redouter d'elle. Il s'en suit encore que le Roi n'obtiendrait aucun dédommagement pour Ses états de Clèves, chose la plus essentielle, et qu'il ne faut jamais perdre de vue, d'autant moins, que la moindre acquisition que la Prusse peut faire en Allemagne lui est plus utile que toutes celles qu'elle pourrait faire en Pologne. Qu'on considère d'autre part, combien la Russie, dans la position où elle se trouve, se croit obligée à faire des avances au Roi de Prusse. Je ne puis l'être et je ne suis nullement instruit à l'égard des insinuations des ministres russes à Berlin mais, à juger d'après l'intérêt de la cour de Pétersbourg, je suis convaincu que tout n'est que promesses de cette cour pour le Roi, promesses à l'égard de la Pologne, mais elle se gardera bien de les accomplir; insinuations de l'Autriche et de l'Angleterre à la cour de Pétersbourg qui ensuite se rendent par leurs ministres à Berlin les organes de toutes les douces propositions très préjudiciables aux vrais intérêts du Roi et de Son pays, ne cherchant qu'à Le distraire de Ses vrais intérêts. Aussi je ne suppose pas un moment que le Roi, qui a un excellent jugement et qui est éclairé par neuf ans de règne, se laisse entraîner par des insinuations si contraires à Son bonheur, mais je crains beaucoup que les ministres du Roi, continuellement harassés, tantôt par la Russie, tantôt par l'empire, tantôt par la cour de Vienne, ne se laissent entraver dans leur marche, laquelle doit être ferme et constante pour arriver au but des vrais intérêts du Roi et de l'état. Quel est ce but? nul autre, que (après la guerre la plus ruineuse pour toutes les puis-

sances coalisées de l'Europe, qui dans leur entreprise ont perdu soit une partie de leurs états ou toutes les ressources de faire la guerre) la monarchie prussienne soit la seule qui non seulement s'élèvera au-dessus de l'état de bassesse où est l'Autriche, mais recueillera la gloire de la paix de l'Allemagne et tous les avantages réels de cette paix par l'accroissement de ses états. Tout ceci peut être vérifié, non par une alliance formelle avec la France, mais par un rapprochement ministériel et surtout par un plan de paix bien combiné, où le but véritable de l'intérêt du Roi soit ménagé et consolidé. Où Sa Majesté peut-Elle trouver une fortune semblable? Serait-ce en restant l'ami de la coalition de l'Angleterre, de l'Autriche et de la Russie? Mais S. M. sait trop, quels ont été les motifs qui L'ont engagé à la paix avec la France: le premier, l'épuisement des moyens pour continuer la guerre; le second, de sortir des mains de l'Angleterre, laquelle donne des subsides pour devenir maîtresse des troupes en les employant à son usage et pour son seul intérêt; le troisième, d'être délivré de la malveillance des Autrichiens lesquels, quoique tous les profits de la guerre eussent été pour eux, ont cependant montré toute la mauvaise volonté aux Prussiens, leurs généraux les ont tantôt abandonnés ou mis sur leur compte la lâcheté de leur fuite; enfin quatrièmement, pour ne pas succomber sous la Russie, laquelle dans le temps de l'éloignement des armées du Roi prenait le style de dictateur et pèse encore par son immense conquête en Pologne où elle détruira le commerce des sujets du Roi et mettra par le voisinage de son armée une incertitude continuelle dans la position des états du Roi. Quelle confiance peut-on avoir dans de tels alliés? Non, Sa Majesté est trop éclairée, pour qu'il soit à craindre pour Son état qu'un tel malheur arrive, mais la vigilance sur les fausses impressions qu'on peut donner, n'en doit pas être moins grande et, pour ne rien céler de mes moindres pensées à Sa Majesté, je me crois obligé de Lui parler des

émigrés lesquels, quoique dispersés, ont une grande influence encore dans les cabinets de l'Europe, influence que leur donnent l'esprit et l'adresse à se faire valoir. Je ne puis être accusé de prévention en parlant des émigrés. Je n'ai point caché que pendant mes deux voyages en France j'ai été très satisfait et content, et qui avais-je vu que des courtisans, des militaires, des évêques et des magistrats? C'est là que j'ai toutes mes connaissances. Il s'en suit que j'ai compati aux malheurs des individus, et j'ai donné au delà de mes moyens pour subvenir à leurs besoins. Mais l'intérêt de l'état, la forte crise, où S. M. Prussienne se trouve encore, m'oblige à parler à ce sujet avec une entière liberté. Ce sont les émigrés qui se sont glissés dans tous les cabinets de l'Europe, qui oublient les bienfaits dont les différents pays où ils se trouvent les ont comblés, agitent les esprits et, sans songer à l'intérêt du pays qui les a recueillis, voudraient pour leurs intérêts individuels embraser la terre entière. Ils mettent en usage les fausses nouvelles, les exagérations, en couvrant leur animosité personelle par celle qu'ils affectent pour un nouveau souverain pour la France, en voulant faire craindre la propagation des principes de la république française pour les autres états de l'Europe, tandis qu'ils ne regrettent que leur pouvoir, leurs immenses richesses, et que, pour les recouvrir, ils voudraient sacrifier le sang de l'Europe entière; tandis que, si l'on entrait dans un détail long et ennuyeux, on pourrait leur prouver, que leur zèle à Coblence n'a été échauffé ni pour Louis XVI, ni pour la monarchie, mais que leur opinion sur le régime d'une constitution était aussi diverse et autant qu'elle l'a été dans l'intérieur de la France, qu'ils ont été désunis dès l'origine des états généraux, et ce n'est que lorsqu'on a touché à leurs titres et à leurs biens, que ce faux zèle qu'ils veulent faire éclater chez l'étranger, a paru dans toute sa force. Tel est l'esprit de la majeure partie des émigrés. Sans doute on en peut excepter un certain nombre, lesquels, sages et reconnaissants, regardent

les pays où ils ont été accueillis, comme une nouvelle patrie. Mais quant aux autres, leurs discours et leurs intrigues sont très préjudiciables. J'ai reçu dans le cours de la révolution des lettres de bien des émigrés qui sont en Allemagne et qui font preuve de tout ce que j'avance à l'égard des boute-feux de l'Europe. C'est donc à la sagesse du Roi (qui seul peut trouver le remède le plus doux) de parer à ce desordre, la charité qui leur est due, n'exclut point la vigilance qui les observe.

Je n'aurais point achevé la tâche que je me prescris, si je ne l'accompagnerais de quelques réflexions sur l'empire. Sa Majesté fait travailler Ses ministres pour la paix de l'empire. Elle se trouve médiateur prépondérant dans cette négociation, mais se peut-il qu'elle réussisse pour Son intérêt, si Elle n'ordonne pas, qu'on prenne des mesures plus franches à l'égard des deux partis? L'emploi de médiateur n'est point autre que de concilier des intérêts différents et très opposés, surtout dans la circonstance presente, où la France a toute la rive gauche[1]) du Rhin, à l'exception de Mayence. Les princes allemands veulent tout ravoir, les Français tout garder. Il faut donc ou une guerre éternelle, ou qu'un des deux partis cède à la volonté de l'autre, ou bien que le médiateur dresse un plan de conciliation analogue aux circonstances, et qu'il y observe une égale justice entre les deux partis. Si l'on veut suivre la marche lente et diplomatique de l'empire, on peut calculer que les négociations de l'empire seront aussi longues que le furent celles pour la paix de Westphalie. Car si tous les membres qui ont des délégués à Ratisbonne ont été quatre mois avant que de pouvoir dresser le conclusum pour la paix, on trouvera que, si l'on négocie d'après ce système, il sera impossible de rien conclure, tandis que le mal est pressant, tandis que la majeure partie des princes de l'empire désire la paix.

[1]) Im Original ſteht irrtümlich „droite“.

Qu'on ne me dise pas, que se soustraire aux anciennes formes de l'empire, c'est d'attaquer la constitution germanique; comme il ne s'agissait que des formes, tandis qu'on néglige le but auquel on veut atteindre. On sait (et c'est un axiome qui n'a jamais trouvé de contradiction) qu'il faut des remèdes extrêmes quand les maux sont extrêmes. Tous les grands hommes s'écartent de la règle commune lorsqu'il s'agit du salut de l'état. Je propose deux moyens pour presser la conclusion de la paix de l'empire. Le premier c'est de hâter et de presser les princes qui désirent la paix à faire des paix particulières, comme l'a faite le landgrave de Hesse. Ce serait un coup de parti, si l'on pouvait en traîner l'électeur palatin et celui de Saxe à cette démarche. Le pays d'Hanôvre est si entravé par le pouvoir des Anglais, que j'ignore si à présent, où le danger ne leur paraît pas si imminent, les états passeraient outre et signeraient la paix. Ce moyen, adroitement employé, obligerait les autres princes à suivre le même exemple, l'empereur se trouverait seul, les Français, d'accord avec le Roi de Prusse, forceraient ces princes à recevoir les conditions les plus favorables pour les intérêts de S. M. Prussienne. Une autre ressource qui se présente, et je la crois la meilleure, c'est de négocier pour l'empire une paix sur les mêmes fondements que celle que S. M. Prussienne vient de conclure avec la France, savoir que toutes les prises de possession faites par la France resteraient in statu quo jusqu'à la paix définitive avec l'empereur. Cette paix me paraît devoir être la plus prompte et la plus avantageuse au Roi, surtout si, en pressant cet événement, elle pouvait être conclue au plus tard à la fin de novembre. Tout le reste de l'hiver pourrait être employé aux négociations relatives à la paix avec l'empereur, et c'est à cette conclusion que l'ancienne forme de l'empire peut être employée dans toute son étendue par la signature de l'empereur pour la paix de l'empire. On dira sans doute que cette paix serait entravée par les mêmes

difficultés, si la France ne veut rendre aucune des possessions au delà du Rhin. A cette question je réponds, que ce n'est point par la force qu'on peut recouvrir les états perdus pour l'empire. Je ne crois pas qu'on puisse mettre cette vérité en doute. Il ne reste donc que la négociation, par laquelle il sera facile de savoir, s'il est possible que la France fasse quelques restitutions, par exemple au duc des Deux Ponts, au prince de Saarbruck. Mais le vrai plan que le ministre prussien pourrait faire à Basle, conjointement avec celui de France, serait sur les dédommagements. C'est alors que celui du Roi tiendrait la meilleure place, et, sans toucher à la réligion, mais ne gardant que de simples évêques, l'Allemagne offrirait des dédommagements au delà de ce que les princes ont perdu.

Je conviens que je ne fais qu'indiquer ma pensée à ce sujet, lequel demanderait un grand développement et conduirait les Français (lorsque tout l'arrangement serait pris et exécuté) à être de nouveau, conjointement avec le Roi, les garants de la constitution germanique. Peut-être dira-t-on, que l'intérieur de la France est porté pour une contre-révolution, que les différents partis sont toujours prêts à se culbuter mutuellement etc. etc. Il ne s'agit pas de voir avec les yeux de l'espérance, mais bien dans une affaire si importante la vérité telle quelle est. Quelle révolution a-t-on vue en France depuis six ans, qui ait été entreprise en faveur de la royauté? Celle de la Vendée est bien pitoyable, d'ailleurs aucune dans l'intérieur. Les partis qui se sont mutuellement culbutés, marchaient tous par des voies différentes le même chemin, celui de la république. Ils différaient par les moyens pour parvenir à leur fin, et la haine personnelle et ambitieuse a été le seul principe des différentes factions. Cet état des choses ne se terminera pas de si-tôt, l'agitation des esprits a été dans toutes les républiques et sera encore longtemps le tourment de la république française. On dit encore que le peuple se lassera, mais on oublie que

c'est toute la majeure partie de la nation française, celle qui a recueilli le plus de profit de la révolution. Peut-on croire, à moins d'être aveugle, que le peuple désire de rendre les dîmes, de se soumettre aux droits seigneuriaux? Qu'on ajoute à cette masse énorme d'habitants toute celle qui a fait l'acquisition des biens du clergé, de la noblesse et de la couronne, et je demande à tout homme qui a étudié le cœur humain, s'il croit que des possesseurs sacrifieraient leurs intérêts à un changement, qui les obligerait à rendre tout ce que la fortune leur a fait acquérir? J'en conclus que le mode de la république peut changer, et que si dans vingt ou trente ans les Français reprennent un roi (tout au plus constitutionel), il sera pris partout excepté dans la maison de Bourbon.

Je crois avoir parlé en citoyen prussien (attaché aux vrais intérêts du Roi et de l'état) en disant, que le rapprochement avec la France est l'unique chemin qui puisse servir à l'intérêt et à la gloire du Roi et de l'état, et que tout ce qui distraira les ministres du Roi de cette marche qui doit être ferme, ouverte et solide, tout ce qui y mettra des entraves, seront autant d'échelons qu'il faudra descendre de la roue de fortune, qui offriront ensuite les précipices les plus grands.

17.

An den General-Leutnant v. Bischoffwerder.

G. St.-A. Rep. 92. Prinz Heinrich. Bd. VI, 10. Eigenhändiges Konzept.

Rheinsberg, le 14 avril 1796.

Monsieur,

Il serait inutile de vous parler de l'intérêt que je prends au Roi et à l'état. Ma lettre n'en est que l'interprète. Mais mon cœur me justifie en l'écrivant et cela me suffit. On parle partout des troupes prussiennes qui doivent s'assembler pour former un cordon en Westphalie, et c'est la cause qui me porte à vous écrire. Je n'ai pas voulu

importuner le Roi par mes réflexions. Si ma lettre contient des raisons assez bonnes et qui vous paraissent telles, sans doute vous la montrerez au Roi. J'espère qu'il jugera ma démarche dans le sens que je la fais; c'est celle d'un honnête homme qui, au risque de déplaire, ne cache point ses sentiments. Je ne porterai point mes regards sur la dépense que coûtera le cordon, c'est au Roi seul à consulter Son intérêt, à savoir si le numéraire qui sort de Ses états peut rapporter un bénifice analogue à la dépense. Mais quelle doit être l'utilité d'un cordon et quel en peut être le danger? Son utilité n'est d'autre que celui de couvrir les états du Roi en Westphalie et à assurer le pays d'Hanôvre. Mais si la France déclare ne pas vouloir entrer avec ses troupes sur ces pays, à quoi sert donc ce cordon, et n'est-il pas évident que c'est une dépense inutile? Ne faut-il pas d'ailleurs, si les Français promettent de respecter ce cordon, que les Autrichiens en fassent autant, et que celle des deux puissances, française ou autrichienne, qui insulterait la première le cordon, mettrait le Roi dans le cas de guerre? En pesant les conséquences qui en résultent et que le bon esprit du Roi peut certainement calculer, on peut en conclure tous les dangers auxquels ce cordon peut exposer. Il est encore à observer qu'une patrouille un peu forte peut contre les ordres des généraux transgresser les limites et tomber sur un des postes prussiens. Quel en peut devenir le résultat? L'ambition d'un seul homme peut rejeter le Roi et Ses états en mille perils. Au moins j'espère que le Roi pèsera le pour et le contre de l'avantage qu'il peut retirer et des risques qu'il court par la formation de ce cordon. Car c'est toujours risquer que d'avoir des troupes dispersées, l'un ou l'autre parti y peut porter de grandes forces. Ne pourrait-on pas s'arranger de manière, me suis-je dit, qu'un certain nombre de troupes, ayant tout ce qu'il faut dans ses quartiers pour se mettre en mouvement, puisse être averti trois semaines d'avance pour recevoir les chevaux nécessaires,

pourqu'enfin, si un cas inattendu arrivait, on puisse d'abord porter un gros corps de troupes là où il serait nécessaire? Car vous m'avouerez, que les Français et Autrichiens seront assez occupés sur les deux rives du Rhin et qu'en supposant que l'un ou l'autre eût des projets hostiles sur les états du Roi en Westphalie, que ces projets ne s'exécuteront pas au commencement d'une campagne, et que celle-ci ne peut s'ouvrir tout-au-plus au mois de juin. Je n'entre pas d'ailleurs en aucune discussion politique. J'ai beaucoup parlé à ce sujet dans un dernier mémoire que j'ai envoyé au Ct. de Haugwitz. Mai j'ajouterai, et ma conscience m'y oblige, que les émigrés qui sont à Brunswick parlaient fort haut sur ce cordon, auquel j'avoue que je ne croyais pas encore, et ils ajoutaient, pourvu que nous portions le Roi de Prusse à le former, nous l'obligerions bien ensuite d'entrer en jeu contre la France. Je l'eusse mandé dès-lors, si je ne l'avais traité de fanfaronnade; mais aujourd'hui où cette affaire me paraît plus sérieuse, je croirais manquer à mon devoir, si je m'en taisais. Voilà Monsieur, ce que j'avais à vous dire et que je désire soumettre au jugement du Roi. Tout cela est très important et les suites le peuvent être bien plus encore. Vous voudrez au moins accuser la réception de ma lettre et vous assurer des sentiments . . .

18.

An den Herzog von Braunſchweig.

H.-A. Abſchrift von Baron v. Münchhauſen.

Rheinsberg, le 18 avril 1796.

Monsieur mon très cher neveu!

Il est de mon devoir de répondre à V. A. sur Sa lettre du 16 que je viens de recevoir à l'instant avec toute la franchise que je dois à Votre amitié, et avec la droiture que je dois à l'état et à ma patrie. Je vais donc Lui dire en plus grand détail que je ne l'ai même fait en écrivant une

lettre ostensible à B[ischoffwerder] sur l'objet du cordon. Quel en est le but et l'objet? Celui, comme le dit V. A., pour assurer la neutralité du nord. Il s'en suit, ou que les Français et les Autrichiens veulent respecter la neutralité du nord, ou que ni les uns ni les autres ne veulent la mettre en considération. Il faudrait que premièrement les deux partis s'expliquassent sur cet objet. Dans le cas où ils l'acceptent, V. A. voit clairement, que le cordon de troupes ne serait qu'une dépense infructueuse, et qui ne mène à rien du tout, tandis que de simples poteaux suffiraient pour marquer les limites qu'on ne doit pas transgresser. Dans le second cas, où les deux partis ne déclarent pas formellement de vouloir respecter les limites, il est facile à conclure que ce cordon serait exposé à de grands affronts, et que les suites en seraient, surtout pour la Prusse, incalculables. Car supposons que les Autrichiens forcent le cordon, il s'en suit, 1° qu'il faut venger cette injure et ne la point souffrir patiemment, comme l'année dernière, où Clairfait passa notre ligne de démarcation. Mais les Hanôvriens, tout dépendants du roi d'Angleterre, oseront-ils prendre part à l'offense faite au roi de Prusse? Si les Français, ou par ordre, ou trahis par un brigadier ou maréchal de camp payé par Pitt, franchissent les limites et insultent le cordon, voilà de nouveau la guerre déclarée entre la France et la Prusse, tandis que sans argent, sans aucun secours, nous serions par cette guerre soumis entièrement au despotisme des Russes, des Anglais et même des Autrichiens. Les insolents procédés de la Russie à l'égard du Roi de Suède font bien connaître, combien on doit se garder d'être avec cette cour dans une situation qui lui permettrait la même insolence. Je ne vois, à Vous parler franchement, dans tout ce système de cordon que de l'intrigue anglaise, autrichienne et russe, qui espèrent nous compromettre avec la France. Tel est le propos que tiennent les émigrés, qui ont toujours la légèreté de découvrir le pot aux roses, bien avertis par l'immense correspondence

qu'ils entretiennent entre eux d'un bout de l'Europe à l'autre. Mais, pour prouver à V. A. mon impartialité, je Lui dirai, que le directoire français ne serait nullement fâché de nous compromettre avec les Autrichiens. Je réponds pour les Français qu'ils respecteront, comme ils l'ont fait l'année dernière, ce malheureux cordon. Mais ils seront bien aise que les Autrichiens ne le respectent pas. Chez les premiers la corruption pourrait seule porter un général français à transgresser les limites. Chez les Autrichiens l'orgueil, l'insolence, le plaisir de montrer leur mépris aux Prussiens les peut très facilement séduire. En parlant des uns et des autres, je ne consulte que leur véritable intérêt, et il est évident que les Français en ont à conserver la Prusse. Si nous n'avions pas à Berlin un ministère corrompu, un Haugwitz, qui n'a jamais manié les affaires; qu'un Hardenberg n'eût pas eu à Bâle un pouvoir étendu, mais qu'il eût été obligé de suivre des ordres précis, les Français auraient plus de confiance, et la Russe aurait pu calmer l'orage (sinon en entier, du moins en partie) de la guerre.

J'espère qu'il ne m'est rien échappé des principales raisons qui me font regarder ce cordon comme inutile, dangereux et précaire. Il vaut mieux souffrir que quelques villages soient ruinés. D'après un évènement pareil on peut prendre une résolution solide, se montrer noblement ou dissimuler un petit malheur qui ne compromet pas l'honneur des troupes. Ma franchise ne me permet de rien dissimuler. Après avoir parcouru, trop rapidement peut-être, les grands intérêts de l'Europe, que V. A. me permette de Lui parler d'un intérêt qui ne m'est pas moins cher. La visite que le sieur de Haugwitz Vous a faite à Magdebourg m'était connue dès hier au soir, avant la réception de Votre lettre que je ne viens que de recevoir. Il est donc certain que tout Berlin et de suite toute l'Europe saura que Vous avez été consulté sur le cordon. L'horreur qu'on a dans tout le pays pour une guerre contre la France; le soupçon

(même injuste) que ce cordon n'en est que l'acheminement; les suites funestes, qu'il est possible que ce cordon peut avoir; les affronts que les petits postes peuvent recevoir et qui réjailliraient sur les troupes; les calculs qu'on peut faire sur le temps où il serait peut-être bon d'avoir toutes ses troupes rassemblées, fondés sur les opérations des Autrichiens et des Français qui, après tout, ne peuvent courir sur ces pays avant de s'être mesurés les uns à l'égard des autres; en un mot, avoir tout prêt pour faire un rassemblement dans trois semaines, temps suffisant pour avoir les chevaux; laisser les régiments dans leurs quartiers; mettre ou donner ordre aux trois régiments de Westphalie, à temps pour se replier sur Minden; ne serait-ce pas un moyen de Vous sauver du reproche, légitime ou non légitime, de n'avoir point résisté à une opération qui ne peut être que fade ou dangereuse? Je le sens, Vous avez des ménagements à garder avec l'Angleterre, avec l'Autriche, et je conviens qu'à cet égard Votre position est pénible. Mais un grand cœur comme le Vôtre ne consulte que l'intérêt public, et je doute qu'après cela V. A. ne corrige les petites idées d'un Haugwitz, et que Vous ne sauviez Votre gloire du reproche qu'on pourrait Vous faire dans le cas contraire. Pardonnez-moi, si ma lettre est écrite avec négligence. J'aurais voulu que Vous la reçussiez dans l'instant. Dans toutes les affaires majeures aucun moment ne doit être perdu. Je suis à jamais avec toute l'amitié et la plus haute estime . . .

19.

An den General-Leutnant v. Bischoffwerder.

G. St.-A. a. a. O. Eigenhändiges Konzept. le 23 Mai 1796.

Monsieur,

Si je suis trop empressé à vous écrire, je vous prie, Monsieur, de ne l'attribuer qu'à sa vraie source. C'est que

je sens parfaitement la crise où le Roi se trouve, que même je suis convaincu que, bien loin de précipiter Ses démarches, Il les pèsera dans Sa sagesse. Mais distrait par tant d'affaires différentes de l'armée, des finances, de l'intérieur du pays et de tous les arrangements relatifs aux nouvelles acquisitions qu'Il a faites, il est très possible qu'une attention divisée [sic!][1]). Ajoutez que l'intérêt de la Russie, des puissances coalisées et des émigrés, dont les représentations doivent se multiplier dans cette crise, puissent laisser échapper un chaînon du raisonnement que ce grand intérêt doit causer; tandis que, n'occupé dans ma retraite que par ce seul intérêt, je croirais manquer au Roi (si même mon jugement est superflu) de ne pas vous en faire part, pourque, s'Il le permet, vous puissiez le Lui communiquer.

On peut faire aux Hanôvriens le reproche de n'avoir fait leur paix lorsque le landgrave de Hesse fit la sienne. Le Roi étant en paix avec la France, cet état mixte du pays d'Hanôvre, entre la paix et la guerre retenu par l'Angleterre, peut-il exiger que le Roi risque de nouveau à se compromettre dans cette guerre, et n'est-ce pas assez si le Roi par Ses bons offices tâche à éloigner l'orage qu'ils redoutent tant? Le Roi saura peser toutes les conséquences fâcheuses qui résulteraient, si, en faisant une démarche hostile envers la France, il s'en suit naturellement que tout l'avantage d'une paix sera pour l'Autriche, et qu'effectivement le Roi resterait isolé, à la merci de l'Autriche, de l'Angleterre et de la Russie. Cette observation ne peut échapper aux yeux de l'homme le plus partial. Tandis que ce malheur est certain, peut-il être balancé par l'avantage que le Roi peut retirer de cette démarche, si elle a lieu? Une autre considération est celle-ci: au cas que le Roi assemble un corps de troupes, ce qui fait honneur à la pénétration du Roi, puisqu'un cordon ne peut être respecté, les Hanôvriens

[1]) Der Satz iſt unvollſtändig. Zu ergänzen etwa: qu'Il ne fasse à cette crise qu'une attention divisée.

y seront-ils joints, pourront-ils cependant agir contre les Autrichiens, si ces derniers veulent passer par une des provinces du Roi en Westphalie? Cela me paraît aussi impossible; le roi d'Angleterre paie l'empereur et les troupes hanôvriennes repousseraient les troupes impériales? Cela ne pouvant être, comment les Hanôvriens peuvent-ils prétendre que les troupes du Roi repoussent les Français qui entreraient dans le pays d'Hanôvre? Car il est connu que les Français peuvent par la Hollande, en traversant le pays de Munster, tomber sur Bremen. Les états du Roi ne seraient nullement touchés, et tandis que les Hanôvriens n'auraient pas soutenu le Roi contre quelque entreprise autrichienne, le Roi nonobstant se verrait obligé de secourir le pays d'Hanôvre, ou plutôt ne verrait-on pas clairement la collusion des puissances coalisées, qui ont fait agir tous les ressorts pour provoquer cet armement préjudiciable et dangereux aux intérêts du Roi? Je suis ...

20.

An den Herzog von Braunschweig.

H.-A. Abschrift. Rheinsberg, le 3 Juin 1796.

Monsieur mon très cher neveu,

Le rétablissement de la santé de Votre Altesse est de toutes les nouvelles la plus agréable pour moi. Puissiez-Vous vivre longtemps pour le bonheur de Vos sujets, pour la satisfaction de Vos parents! C'est le vœu de mon cœur, et mon intérêt y est intimement lié.

Peut-être n'ai-je pas mis assez de clarté dans mes idées; peut-être ai-je été entraîné par la vivacité de mon opinion. Mais je crois devoir à Votre Altesse, à l'amitié que j'ai pour Vous, que je m'explique aussi clairement qu'il me sera possible sur le sujet du cordon. Il est constant que le directoire français a consenti formellement au rassem-

blement des troupes prussiennes. Il paraît donc vulgairement que ce corps de troupes destiné pour Minden n'a d'autre inconvénient que celui de causer une dépense dans un temps où tous les moyens sont épuisés. Il en a cependant plusieurs autres qui tiennent à la situation politique de quelques puissances de l'Europe à l'égard de la Prusse, lesquelles par leur position territoriale actuelle font prévoir qu'il est impossible qu'on pourra maintenir entre elles et la Prusse une paix durable. Il s'en suit qu'il est de l'intérêt de la dernière, d'employer tous ses soins, toute son application à rétablir sa constitution militaire et surtout la partie de l'approvisionnement des poudres, des balles, des boulets, refondre les canons, mettre les places de guerre dans le meilleur état possible. Voilà ce que j'ai dit de bouche et écrit plusieurs fois, et certes la dépense, très onéreuse et difficile à l'égard des dépenses du corps de troupes qui se rassemblent, ne peut point accélérer les mesures qu'une prudence bien fondée exige de prendre. Au reste il est notoire qu'il n'est nullement de l'intérêt de la république française de recommencer de nouvelles hostilités contre le nord de l'Allemagne tandis que leurs affaires sur le Rhin ne sont point décidées, et si elles l'étaient jamais à leur avantage, si les armées combinées des Autrichiens et des Alliés se voyaient forcées d'abandonner le Rhin, démarche à laquelle les événements seuls de l'Italie peuvent donner lieu, c'est alors que la confiance entre la Prusse et la France pourrait seule servir à sauver du naufrage tous les princes de l'empire qui se seraient attachés à la Prusse. Il s'en suit que tout ce qui peut causer de l'éloignement entre ces deux puissances, sera non seulement préjudiciable à cette dernière, mais entraînerait infailliblement la perte de tout l'empire. Mais ce cordon devant être, il faut bénir le ciel que ce soit Votre Altesse et non le Pr. de Hohenlohe qui en dirige l'exécution. Votre prudence saura éviter tout ce qui peut en résulter de préjudiciable. Il est impossible que Vous

Vous réduissiez à être un simple agent. Un homme, de quelque rang qu'il soit, qui prend le commandement d'une armée, ne peut exécuter des entreprises, lorsqu'il les croit préjudiciables à l'intérêt de l'Etat dont il commande les troupes. Le dépot qu'on lui confie est le plus sacré. C'est une multitude d'hommes dont la vie, la sûreté lui est confiée. S'il arrive qu'un souverain se trouve surpris par de fausses idées, le général ne peut sur sa conscience suivre les ordres qu'il reçoit. Il ne serait plus que le simple exécuteur d'ordres contraires à l'état qu'il doit servir, ce qui ne s'accorde nullement avec l'honneur et la gloire, qui sont le bouclier et l'égide d'un général chef d'armée. Il ne peut pas et ne doit pas ignorer le système politique d'état qu'il veut servir, ce système se trouvant lié intimément avec les mesures militaires. Il s'en suit que ces dernières sont fausses, si elles ne sont pas analogues au système établi, que dès-lors le général commandant risque à tous égards, s'il s'abandonne à suivre une route mal tracée, lors même que des ordres supérieurs la lui eussent donnée. Voilà l'idée que je me suis toujours formée, dès ma jeunesse, de cet emploi militaire qui Vous place comme chef d'armée. Il me parait impossible que Votre Altesse ne se forme pas le même tableau. Votre expérience Vous en a fait connaître et les charmes et les inconvénients. Dans l'affaire dont il s'agit je ne vois aucun de ces derniers, à moins qu'on ne les provoque. Et je le répète, si le cordon devait exister, il n'était pas possible de faire un meilleur choix que de Vous le confier. Je prie Votre Altesse de reconnaître mon amitié dans ma franchise. Je croirais y manquer absolument, si je déguisais mes pensées. Je suis . . .

21.

An den General-Leutnant v. Bischoffwerder.

G. St.-A. a. a. O. Eigenhändiges Konzept.

Rheinsberg, le 20 juin 1796.

Monsieur,

Sans une indisposition qui m'est survenue et dont je me ressens encore, je vous aurais écrit plus tôt. Mais je me trouve assez bien rétabli pour espérer de voir le Roi, s'Il l'agrée. J'ai appris qu'Il se trouve à Charlottenburg. Je voudrais me rendre à Berlin pour être à portée de Le voir. Si le Roi, contre mon attente, craint ma présence à cause des ministres étrangers, j'aime mieux y renoncer, quoique, à dire le vrai, dans la position où est le Roi, ces messieurs ne sont guère à craindre. Mais je ne dissimule pas que je souhaiterais dans ce moment voir le Roi, Lui parler ou bien, s'Il le permettait, m'ouvrir à vous entièrement. La position du Roi peut devenir si brillante, que je m'en ferais éternellement un reproche, si je n'en parlais pas. L'époque présente, si le Roi se hâte, ne laisse aux Autrichiens d'autre ressource qu'à se jeter entre les bras du Roi, pourqu'Il leur obtienne la paix. Une autre ressource leur reste, et celle-la, si elle leur peut réussir, serait terrible pour la Prusse, c'est de se jeter entre les bras de la France, devenir leur allié, leur promettre d'employer, après quelque répit, leur dernière ressource pour rétablir la Pologne. Ces idées, Monsieur, ne sont pas les seules qui me tourmentent. J'attends votre réponse. Elle décidera de ma venue, si ce projet n'est point contraire au Roi, ou bien je me résignerai en remplissant ni plus ni moins mes devoirs . . .

22.

An den General-Leutnant v. Bischoffwerder.

G. St.-A. a. a. O. Eigenhändiges Konzept. le 11 Juillet 1796.

Monsieur,

Le plus grand intérêt me porte à faire des vœux pour la santé du Roi. Je Lui écris à ce sujet, en Le priant de ne point s'incommoder par une réponse. Vous recevez, Monsieur, un long mémoire. Je ne regrette point la fatigue qu'il m'a donnée, s'il peut être utile. Je l'ai abrégé autant qu'il m'a été possible. J'ai cru inutile de l'alonger par plus de démonstrations sur l'urgence et la nécessité, dont je crois que mes pensées pourront être portées, si j'avais le bonheur de me rencontrer avec celles du Roi selon[1]) mon espérance et désir. Je préférerais une critique pour y pouvoir répondre, ou me soumettrais à des lumières plus profondes que les miennes. Toutefois ai-je raison de craindre qu'on n'en fera l'usage que j'espère. On peut faire des mémoires, ils peuvent même être approuvés, mais si l'exécution n'est pas dirigée en conséquence, on échoue ou bien on fait un ouvrage imparfait. Telle a été notre paix avec la France. Je suis toujours d'opinion qu'on pouvait en tirer meilleur parti, surtout à l'égard de la paix de plusieurs princes de l'empire. Pourquoi, par exemple, ne pas obliger l'Hanôvre à faire sa paix, pourquoi sur nos frontières avoir un état mixte qui doit être soutenu, puisqu'il n'a pas même voulu profiter de l'exemple que le Roi lui donnait? Mais le passé ne doit point passer en revue, qu'autant qu'il peut devenir utile pour l'avenir. Au reste, Monsieur, j'ai bien réfléchi sur la paix de l'empire, sur les intérêts du Roi et sur un très grand plan sur cet objet. Mais si je le forme, comme je le ferai pour mon instruction et pour m'occuper d'un

[1]) Im Text steht „si".

vaste objet, je n'en ferai part au Roi que lorsque le moment l'exigera et qu'on voudra le discuter en ma présence. Car il est trop dur d'être obligé d'agir en dehors, sans même savoir si on suit et comment on suit les choses. Au reste je vous prie, Monsieur, de vouloir bien, s'il est possible, me faire part si j'ai rencontré les idées du Roi, ou s'il manque à mon mémoire encore des preuves qui puissent confirmer mon opinion ou bien m'en démontrer la nullité. Je répète ce que souvent j'ai écrit, je n'ai nulle présomption et suis uniquement animé par le désir du bien de l'intérêt du Roi et de l'état. Je suis . . .

23.

An den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 21 Juillet 1796.

Mon très cher neveu,

Vous êtes à trois milles de chez moi, mon cher neveu, et je sais que je ne puis espérer de Vous voir. Aucune réflexion à ce sujet n'échappera de ma plume et je renferme dans mon cœur toute celle que je pourrais faire. Sans doute, que dans ces circonstances critiques des personnes, qui pour leur intérêt me sont contraires, voudraient entièrement m'éloigner et exiter en moi un ressentiment, lequel, quelque juste qu'il peut être, n'éclatera point. Je dévore, depuis qu'on m'a consulté sur la paix, toutes les coulœuvres. Je le fais pour Vous et pour l'état. J'écris et j'envoie des mémoires pour le roi à Bischoffwerder. Au moins reçois-je par lui des réponses. Au moins vois-je que, si tout ne réussit pas au mieux, que du moins j'opère quelque effet. J'attends avec impatience la paix de l'Allemagne. Elle ne peut se retarder que 6 ou 7 mois. C'est alors que délivré de cette contrainte où mon devoir m'enchaîne, je parlerai librement et ne m'obligerai plus jamais à jouer un rôle aussi

subalterne. Le comte Roche-Aymon Vous remettra, mon cher neveu, cette lettre. Si on me prive du bonheur de Vous voir, on ne m'empêchera jamais de Vous donner des preuves de ma tendresse et de mon amitié. J'aurais été à Strelitz en personne pour Vous embrasser et assurer la princesse royale de mes sentiments les plus tendres, mais je crois que je vous rendrais à tous deux un mauvais service; et quant à moi je crois, que dans les circonstances où je me trouve, je dois tout éviter qui puisse servir les bons serviteurs du roi à me calomnier. Soyez convaincu de mon estime...

24.

An den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 31 Juillet 1796.

Mon très cher neveu,

Votre jour de naissance, mon cher neveu, tombe au trois et je ne veux pas être un des derniers qui portent les vœux les plus ardents pour Votre bonheur, Votre prospérité et Votre gloire. Ce sont les expressions de mon cœur, et sans la sincérité qui les accompagne, je ne les proférerais pas. J'aurais été bien aise de Vous parler au sujet du dernier mémoire que j'ai envoyé à Bischoffwerder. Vous êtes le successeur au trône. Je trouve qu'il est juste et légitime que Vous soyez instruit de tout. Je Vous dirai donc, que dans ce mémoire je démontre que la Russie est notre plus grand ennemi actuel. Elle est en alliance formelle avec l'Autriche et l'Angleterre. Je pense avoir démontré combien cette alliance est défavorable à la Prusse, et je rapporte toutes les preuves de la malveillance de l'impératrice, laquelle s'est montrée surtout dans cet abominable partage de la Pologne. Le voisinage de la Russie et de l'Autriche deviendront intolérables pour la Prusse. J'ai examiné l'état de la France avec impartialité. J'ai analysé tout ce qu'on en dit,

et d'après cela j'ai cru de mon devoir de rapporter toutes les preuves qui constatent, que le roi n'a plus d'autre parti, pour éviter tous les malheurs qui peuvent lui arriver, que de s'allier avec la France. J'ai été du sentiment, lorsque notre paix fut conclue avec la France, d'éviter cette alliance jusqu'au temps, où les événements nous donneraient plus de lumières; nous avons celle [sic] que de s'allier avec l'Angleterre, la Russie et l'Autriche. L'alliance avec la France nous démontre toutes les sûretés pour le présent et l'avenir. Pour le présent elle nous met à même de parler avec plus de dignité à la Russie, lorsqu'insolemment elle demande compte des actions politiques de notre cabinet, et à l'avenir, puisqu'une guerre contre la Russie sera tôt ou tard inévitable, que, fortifiés par plusieurs alliés, toutes les apparences heureuses seront pour nous. On peut dire qu'il serait plus utile de rester dans un parti neutre. Mais ce parti est celui de la faiblesse, d'ailleurs il ôte de tout côté la confiance; et la France, si nous ne prévenons les Autrichiens, peut accorder toute sorte d'avantages à l'Autriche, ce qui non seulement détruirait toutes nos espérances pour le rôle et les avantages que le roi peut avoir à la négociation, lorsque les intérêts des princes allemands y seront réglés, mais diminuerait encore le prix du dédommagement qu'Il doit attendre pour le duché de Clèves. Tandis que le roi peut à la paix s'attacher tous les princes de l'empire, qui par suite deviendraient avec la France ses alliés, comme l'électeur Palatin, le duc des Deux-Ponts, le duc de Württemberg, le landgrave de Hesse, celui de Darmstadt, le duc de Brunswick et le prince de Saarbruck, tous ces princes doivent infiniment plus gagner qu'ils n'ont perdu et par là devenir redevables à la Prusse. Ce dernier projet, je le réserve. Il n'est pas difficile, mais je n'en ferai usage que dans le moment où il sera nécessaire. Je ne puis, mon cher neveu, entrer dans un plus grand détail. Mais je puis prouver que tout parti contraire causera la chute de la monarchie prussienne.

J'attends de Votre amitié, mon cher neveu, de Votre confiance et de Votre estime que Vous me répondrez en ami et en successeur sur tous ces différents objets. Ils sont d'une si haute importance, qu'on doit, pour les juger, les bien apprécier. J'ignore si j'ai rencontré les idées du Ct. de Haugwitz. Mais autant que mes lumières me permettent de le juger, il me paraît fort dévoué à la Russie, et si d'après cela on suit ses idées, j'ai tout sujet de prévoir qu'elles nous jetteront dans de grands labyrinthes.

Ayez la bonté d'assurer la princesse royale de tous mes sentiments. Vous n'exagérez point en lui en montrant la sincérité. Son cœur égale sa beauté, et c'est un des plus grands motifs qui portent à l'aimer.

Je recommande cette lettre a Votre sagesse, Vous comprenez mon cher neveu, combien je serais compromis si l'on se doutait que je vous l'ai écrite. Recevez . . .

25.

An den Herzog von Braunschweig.

H.-A. Abschrift von dem Grafen Roche-Aymon.

Rheinsberg, le 3 Août 1796.

Monsieur mon très cher neveu,

C'est avec le même esprit de reconnaissance que je reçois les lettres de Votre Altesse, et c'est avec la même confiance et la même sincérité que je réponds à la lettre que Vous m'avez adressée. Si l'on doit remonter à la source de la révolution française, si l'on examine impartialement tous les partis différents qui ont servi à bouleverser l'ancienne monarchie, il faudrait entrer dans un immense détail. Dans tous les ouvrages qui paraissent et qui ont paru, on y voit toujours, sous les expressions les plus honnêtes, l'esprit de parti qui y règne. Chacun cache ses fautes ou bien en charge sa partie adverse. Mais on ne peut et ne pourra

jamais dissimuler que les rassemblements des émigrés sur les frontières de la France, que les princes français, surtout leur conseil exalté et sanguinaire de Coblentz et tous leurs émissaires dans les cours étrangères, ont attisé et soutenu le feu de la guerre; que l'impératrice de Russie l'attisa pour s'arranger à son gré en Pologne; que le succès dans la guerre contre la France n'aurait eu d'autre objet réel que l'agrandissement de la cour de Vienne, laquelle effectivement, si elle eût été heureuse, aurait dû avoir la Flandre française, la Lorraine, l'Alsace, la Franche-Comté, que c'est pour concourir à ce but, qui pouvait être caché aux yeux de ceux qui ne devaient point voir, mais que bien des personnes pouvaient facilement apercevoir, que les Prussiens ont marché. Les Autrichiens après les prises de Condé, Valenciennes, le Quesnay etc. n'en firent pas même mystère. Ces places furent obligées à se soumettre comme places conquises au gouvernement autrichien. Que le concours de toutes ces troupes, conduites par des généraux, dont l'aperçu indiquait aux uns l'avantage de leurs cours et aux autres la décadence entière de la fortune de leur pays, n'ait pas marché sur la même ligne, faut-il s'en étonner? Mais la Prusse était perdue, si la fortune autrichienne eût secondé leurs vastes projets. Au reste je ne crois nullement que, lorsque la paix se fera, on ait à se plaindre des Français. Ils veulent être dédommagés pour la guerre. Leur position avantageuse leur permet de le demander. Mais comme à Milan ils ne veulent point de république, comme après l'abolition des fiefs, qu'une grande partie des Milanais a demandée, les Français veulent que les nobles soient réintégrés dans leurs possessions, il est plus qu'à présumer, qu'à la paix de l'empire la constitution sera consérvée en Allemagne et que la paix de Westphalie servira de modèle et de fondement à tous les changements que la nécessité obligera à faire. Au reste c'est de la conduite de la Prusse que tout dépendra. Je garantis le bien, si elle est bonne,

je ne garantis rien, si elle est vacillante. Elle a un terrible fardeau, dont elle s'est chargée par les limites qui la séparent de la Russie; mais elle n'a rien à craindre. Mais il ne faut pas qu'elle suive un prince de Hohenlohe et un Hardenberg en suivant leurs conseils de faire renaître de vieilles prétentions sur Nuremberg et Eichstatt dans un temps de crise comme celui-ci, dans un temps où elle pourra jouer le rôle satisfaisant, ou d'être d'une grande utilité publique ou par sa conduite s'entraîner dans un abîme dont personne ne la pourra retirer. Je remplis mes devoirs, borné à écrire des mémoires, voulant le bien, ne pouvant pas le faire. J'aurai dans tous les cas par divers mois des preuves écrites des sentiments que j'ai eus sur les affaires générales, et si mes raisons ne peuvent dominer les sophismes, c'est dans ma conscience que j'aurai le plaisir de voir, que j'ai, dans la faible position où je suis, si non rempli au moins fait tout ce qu'il m'était possible pour le bien de mon pays.

Je souhaite que la santé de Votre Altesse se raffermisse et qu'après la fin heureuse de toutes ces crises j'aie le bonheur de Vous revoir content et en parfaite santé. En Vous assurant que je suis ...

26.

Réflexions sur la situation présente de l'Europe.

H.-A. Abschrift von dem Grafen Roche-Aymon. Vermerk des Prinzen: donné en mains propres du Roi le 10 de mars 1797 à Berlin.

Rheinsberg, le 2 mars 1797.

On ne peut assez se réjouir sur l'heureuse position où S. M. Prussienne se trouve actuellement et, si on la considère comparativement à celle où Elle se trouvait avant la paix de Basle, il est facile de démontrer, combien Sa Majesté a gagné en prépondérance en deux ans. Cela est dû à la conduite sage et ferme que le Roi a tenue depuis deux ans,

surtout à l'énergie avec laquelle Il a refusé les propositions de l'Angleterre et de la Russie l'année passée. Ses forces se sont accrues, pour ainsi dire, à mesure que celles de l'Autriche sont baissées. La Saxe, mais surtout le landgrave de Hesse, consolident actuellement Ses forces, la mort de l'impératrice rapproche la Russie, éteint les sujets de guerre que cette princesse ambitieuse voulait allumer, et rend S. M. Prussienne, conjointement avec la France, l'arbitre de la paix de l'Allemagne. Mais cette position brillante, qui peut par d'heureux succès fixer à jamais le bonheur de la Prusse, ne sera vraiment solide qu'à la paix. Delà je conclus, qu'aucun effort ne doit coûter au Roi pour obtenir cette paix de l'Allemagne sous les condition les plus avantageuses pour Elle et pour Son état. Cette entreprise néanmoins est délicate et, si elle n'est conduite avec la plus grande mesure, elle pourrait avoir ses dangers.

Il me paraît qu'il n'y a que deux chemins qui peuvent conduire à ce but: c'est la France et la Russie. Je propose que Sa Majesté se concerte à l'égard des mesures suivantes avec la France, mais qu'on convint avant tout des acquisitions avantageuses à S. M. Prussienne, de celles pour le landgrave de Hesse, pour la Saxe (au cas qu'elle agisse entièrement de concert avec la Prusse), pour la maison d'Orange, le duc des Deux Ponts, en un mot, pour tous les princes séculiers qui ont été dépouillés dans cette guerre. Sa Majesté conviendrait encore avec la France d'un dédommagement pour l'empereur, afin de l'obliger à la paix, dédommagement qui pourrait être pris en Italie, ou partie en Italie, partie sur quelques évêchés d'Allemagne. Cet article donne lieu à Sa Majesté de s'offrir à l'empereur pour médiateur entre ce prince et la France. En même temps que S. M. pousserait les négociations avec la France, Elle se mettrait en correspondance avec l'empereur de Russie, Elle lui peindrait en général les malheurs que cause à l'Allemagne l'opiniâtreté de l'empereur à continuer une guerre

d'autant plus dangereuse pour l'Autriche qu'elle ne peut produire qu'une effusion de sang inutile, étant impossible, d'après les calculs militaires les plus certains, que les troupes de l'empereur puissent reprendre en Allemagne les positions qui couvrent la Flandre sur la rive droite du Rhin, ni Dusseldorf, encore moins Luxemburg, de même qu'en Italie où la prise de Mantoue assure la conquête de Milan et de toutes les forteresses dont les Français sont maîtres sur le Po; qu'au surplus S. M. Prussienne avait le droit de se plaindre de l'empereur, en ce que l'année dernière ce prince avait agi, notamment envers le duché de Wurtemberg et l'électeur de Bavière, plus en ennemi qu'en empereur en les forçant de suspendre le traité de paix qu'ils étaient prêts à conclure.

Qu'il en résultait encore, que si les Français rentraient (comme il est probable) pendant la campagne en Souabe et Bavière, ces pays seraient traités nécessairement comme ennemis, tomberaient en ruine et seraient victimes de l'opiniâtreté et des caprices des ministres et conseillers de l'empereur; que l'archiduc s'était emparé l'année dernière de force de toute l'artillerie de Nuremberg, que ces motifs avaient engagé le Roi à se lier à l'électeur de Saxe et au landgrave de Hesse pour tirer conjointement un cordon, principalement pour la sûreté du comté de Henneberg, à quoi les menaces de l'empereur à l'électeur engageaient encore plus Sa Majesté. Mais qu'Elle croyait de Sa dignité d'écrire à l'empereur pour lui représenter par une lettre amicale et de Sa propre main dans le plus grand détail, non seulement tout ce qu'Elle venait d'exposer à l'empereur de Russie, mais d'y ajouter qu'Elle offrait Ses bons offices à l'empereur des Romains pour moyenner la paix entre lui et la France, et qu'Elle espérait la moyenner sous des conditions, si non telles que Sa Majesté les pourrait désirer, mais telles que la situation des affaires de l'empereur les demandait, et avec autant d'avantages qu'il serait possible de lui obtenir.

La négociation de la France et de la Russie précédant toutes les autres mesures, il est à désirer pour l'intérêt du Roi, qu'on observe que la Russie soit tranquille et qu'elle n'entre pas autrement dans les affaires de la paix, à moins qu'on ne puisse rendre le jeune empereur assez flexible pour entrer, pour ainsi dire, aveuglement dans tout le concert que le Roi jugera à propos de prendre, pour se conduire, conjointement avec le Roi et la France, pour l'affaire de la paix d'après les désirs des deux puissances. Si ce concert peut être bien formé, si l'on peut assurer un bon dédommagement au landgrave et quelques avantages à la Saxe, c'est alors que Sa Majesté, au moment que le cordon se formerait, écrirait à l'empereur; et j'ose croire, qu'une lettre qui ne menacerait point de la guerre, mais qui serait amicale et ferme et qui ferait entrevoir les dangers d'un refus, ferait un grand effet, surtout, si vers le moment, où cette lettre s'enverrait, Sa Majesté envoie quelques régiments en Silésie, fait faire des arrangements de magasins, mettant quelque publicité à la recherche des poudres, balles canons, mortiers etc. en Silésie. Le cordon étant déjà formé, il est à croire que tous ces différents moyens réunis porteraient l'empereur à la paix, et le Roi aurait la gloire de terminer non seulement cette guerre, mais encore acquérir une frontière à Ses états. Au reste je ne garantie point la réussite entière de ce projet, mais il ne coûte rien à tenter et n'expose à aucun inconvénient, étant d'accord avec les puissances les plus fortes de l'Europe, la France et la Russie. Mais il est nécessaire, pour y réussir, que toute cette négociation soit traitée, surtout en Russie, très habilement, et si Sa Majesté l'entreprend, je compte le plus sur Ses lettres de main propre à l'empereur de Russie. Il y a mille détails sur lesquels il serait nécessaire de s'étendre, mais en donnant une idée générale il est impossible de la détailler, à moins de faire un volume. Je ne puis négliger une idée encore, c'est celle-ci, que lorsque Sa Majesté écrirait à l'em-

pereur, Elle enverrait des agents à l'électeur palatin, au duc de Wurtemberg et aux états de Souabe. Etant de concert avec la France Elle pourrait les assurer, qu'Elle moyennerait la paix entre ces états et la France, sous condition que, si cette paix était conclue, ces princes et états joindraient leurs troupes à celles du cordon du Roi, de l'électeur de Saxe et du landgrave de Hesse, et que conjointement on agirait d'accord, d'après les mesures que le Roi et Ses alliés jugeraient convenables de prendre. Sa Majesté voit que toutes ces démarches ne conduisent qu'à donner de la crainte et de l'appréhension à la cour de Vienne, tandis que le Roi, n'ayant rien prononcé définitivement, reste le maître de Ses actions et peut alors prendre tel parti d'après les circonstances que Sa sagesse Lui dictera.

27.

Sur la France et la Russie.

Von der Hand des Prinzen Heinrich: au Roi 20 de mars 1797, Berlin. H.-A. Abschrift von dem Grafen Roche-Aymon.

Rheinsberg, le 1 mars 1797.

En parlant de la France, j'ai toujours cru avoir démontré que, lorsque Sa Majesté Prussienne voudra conclure une alliance, Elle n'en pouvait choisir d'autre que la France. La position respective des états, lesquels n'ont rient à prétendre les uns vis-à-vis des autres, dont les pays éloignés ne donnent aucun contact qui puisse faire naître entre eux l'ambition et le désir de conquêtes: à cet intérêt se joint celui que la Prusse, ayant pour elle la puissance la plus forte de l'Europe, a bien moins à appréhender de ses voisins, lesquels doivent être toujours remplis du désir d'augmenter leur fortune aux dépens des états de Sa Majesté Prussienne. Bien du monde ont vu que le feu Roi a été allié 16 ans avec la Russie (je ne compte que 16 ans, puisqu'effectivement l'alliance etait rompue, lorsque l'impé-

ratrice eut en 1779 l'entrevue avec l'empereur Joseph; ce fut l'origine, où elle embrassa avec un zèle outré les intérêts de la maison d'Autriche). Cette alliance fut alors utile à la Prusse. La France était comme un lion enchaîné qui ne connaît pas ses forces et qui évitait la guerre. L'Autriche redoutait cette alliance; elle fut une des principales causes de la paix de Teschen. Mais les temps ont changé. La prépondérance de la France est énorme. Posons que le Roi fût après la paix l'allié de la Russie, de l'Angleterre et même de l'Autriche, il ne resterait que la France, dont on serait l'ennemi. N'est-il pas évident que cette puissance entamerait les états du Roi? N'est-il pas évident, que si le Roi marchait au Rhin, la dépense en serait énorme et bien plus grande que si Sa Majesté faisait la guerre dans la partie polonaise appartenante à la Russie ou en Moravie et Bohême? N'est-il pas évident que la guerre la plus heureuse, où les troupes du Roi gagneraient des victoires, ne pourrait rapporter aucun avantage, le Roi n'ayant rien à prendre sur la France, et que ce ne serait finalement que la maison d'Autriche qui seule en profiterait; ce qui donnerait de nouveau une grande prépondérance à l'Autriche sur la Prusse. Il me paraît donc constant et vrai que l'alliance de la Russie, bien loin de prouver utile à Sa Majesté, Lui deviendrait préjudiciable, à moins qu'on pût porter l'empereur de Russie d'être conjointement avec Sa Majesté Prussienne l'allié des Français. Je vois cependant deux inconvénients, le premier c'est que les intérêts du commerce de la Russie unissent intimement cette puissance aux Anglais; l'autre c'est l'intérêt de la Porte que la France ne peut abandonner, lequel est également précieux pour être conservé par Sa Majesté Prussienne. Ce raisonnement ne tient au fond qu'aux futures contingences. Mais un grand état comme la Prusse prévoit de loin les mesures qu'il lui est utile de prendre. Toutefois il est digne de la sagesse du Roi d'avoir pris des mesures aussi bonnes pour renouer

entre Elle et l'empereur de Russie la bonne intelligence. Celle-ci est aussi utile que serait préjudiciable une alliance. Elle l'est surtout pour applanir toutes les difficultés qui traversent encore la paix de l'Allemagne. Elle l'est cette harmonie pourque dans la position présente Sa Majesté puisse sans inconvénients aplanir le chemin qui conduise à ce but salutaire. C'est l'objet d'un autre mémoire que mon zèle pour les intérêts du Roi m'a fait dresser . . .

28.

An den Grafen Haugwitz.

G. St.-A. a. a. O. Eigenhändiges Konzept. le 1 Septembre 1797.

Monsieur,

J'écrirais directement au Roi, si l'état de Sa santé ne m'imposait la loi de ne point troubler Son repos si utile au recouvrement de Ses forces. Je m'adresse donc à vous, Monsieur, comme le seul qui a entre les mains tous les intérêts externes de l'état, et suis convaincu que, si vous avez l'ordre du Roi de communiquer toutes les nouvelles que vous recevez au Prince Royal, que ma lettre lui sera montrée. J'aurais désiré que j'eusse toujours pu user du droit que j'aurais dû avoir, celui de communiquer mes pensées en présence du Roi à cinq ou six personnes auxquels Il aurait eu le plus de confiance, pour donner des preuves par le raisonnement des vérités que je croyais connaître. Je n'ai pu me servir que d'un seul moyen, celui de composer des mémoires, que j'ai faits au sujet et de la paix et de la guerre avec la France, dans lesquels vous avez trouvé toutes mes idées, non seulement à l'égard de cette paix, mais aussi sur celle qui se ferait entre la France, l'Empire et l'Autriche. Dès-aussitôt que le Roi m'envoya feu le comte de Goltz, lequel avait ordre de se concerter avec moi sur le grand objet de la paix, l'amour que j'ai pour l'état ranima le peu de force que la nature m'a donnée, et mon honneur était

attaché à ne me donner aucun relâche jusqu'à l'accomplissement de la paix de l'Allemagne et de l'Autriche. Je me suis livré avec patience au travail que je devais remplir. C'est au mois d'avril dernier que j'ai envoyé au Roi mon dernier mémoire. Vous devez les avoir tous lus et vous savez d'ailleurs par les conversations que nous avons souvent eues ensemble, que j'ai toujours appuyé sur un concert avec la France, pourqu'on fît entre le Roi et la république un traité provisoire sur les arrangements à prendre à l'égard des intérêts du Roi en Allemagne; que, si un congrès pouvait avoir lieu, la dignité du Roi et Sa prépondérance serait bien supérieure à celle de l'empereur et de l'Autriche, sous condition que ce concert eût été bien pris et qu'on eût posé des principes sur une alliance entre la Prusse et la république française, dans laquelle on ferait entrer les princes d'Allemagne, qui se seraient préalablement attachés à la Prusse, nommément le landgrave de Hesse, l'électeur de Saxe et l'électeur palatin. Cette alliance, conclue immédiatement après la paix, sous condition que les princes qui la signeraient auraient reçu un accroissement de leur domaine, donnerait au Roi de Prusse la certitude que la France emploierait tous ses efforts pour obtenir un dédommagement convenable au Roi et à ces princes. Le Roi jouirait de la plus grande considération après l'alliance conclue, avec la certitude que ni l'Autriche ni la Russie ne pourraient troubler le repos des états du Roi, lequel se trouvant appuyé par l'alliance la plus formidable et la plus sûre qu'un état puisse jamais avoir, celle de la France, appuyé par trois ou quatre souverains de l'Allemagne, dont l'intérêt réciproque serait de faire toujours cause commune pour l'intégrité de leurs états respectifs. Cette alliance à l'égard de la France repose sur la nation entière, dont le jugement a toujours été pour l'alliance avec la Prusse, opinion qui n'a point varié durant tous les troubles de la révolution, lors même qu'un parti a renversé l'autre. Je viens de vous répéter les mêmes idées que j'ai dévelop-

pées dans plusieurs mémoires et dans les conversations que j'ai eues avec vous, Monsieur, dans lesquelles j'ai trouvé que vous adoptiez mes sentiments. Mais le moment est venu et c'est celui qui va décider du bonheur, du destin et de l'existence future de la Prusse. J'ignore depuis quatre mois, à quel degré de confiance le Roi se trouve avec la France et quels sont les arrangements que vous avez pu prendre. Je ne puis donc entrer dans un plus grand détail. Mais le moment est pressant et tout dépendra des mesures que vous avez prises et que vous prendrez encore relativement au congrès qui va s'assembler. En vous faisant parvenir cette lettre, je remplis ce que l'honneur me prescrit, afin d'avoir des preuves devers moi que je n'ai rien négligé jusqu'au dernier moment pour la réussite heureuse d'une affaire aussi importante. Je fais plus encore, je réveille votre attention à une circonstance si essentielle pour l'état et particulièrement pour vous, Monsieur, qui avez la responsabilité sur l'issue d'un événement qui peut devenir le fondement du bonheur ou celui de la perte de l'état. C'est en citoyen honnête que je vous écris; car, si je ne l'étais pas, rien n'aurait pu m'obliger jamais comme prince à travailler dans l'obscurité, à laquelle je n'étais nullement accoutumé après avoir été non seulement employé mais consulté par le feu Roi dans les affaires les plus importantes. N'importe, j'ai rempli mon devoir. Un jour, quand tout sera connu, quand je ne serai plus, la Prusse me jugera. Je suis . . .

29.

Observations sur les relations extérieures de la monarchie prussienne.

G. St.-A. Reinſchrift von dem Grafen de la Roche-Aymon mit ſpäteren eigenhändigen Zuſätzen des Prinzen.

Rheinsberg, le 17 octobre 1797.

Il est des époques, où l'attention du souverain se trouve forcée à s'occuper avant tout de la politique, c'est-à-dire des

relations extérieures de son royaume avec les différents états de l'Europe.[1]) La sagesse indique ces moments précieux pour la gloire des rois, le bonheur des peuples. Une alliance prudemment conclue, suivant les intérêts réciproques des parties contractantes, est le rempart le plus sûr dont un souverain puisse entourer ses états, la base la plus durable pour consolider le bonheur intérieur de son pays, assurer le bien qu'il peut y faire. Car sans appui et sans un appui qu'un intérêt réel lie à notre cause, ne serait-il pas toujours à craindre que l'ambition, l'intérêt, la vengeance des ennemis naturels du royaume ne les engageassent à entreprendre légèrement des guerres qui nuiraient à l'humanité en géneral et au pays en particulier? Loin de moi cette politique timide, qui, sous le prétexte captieux d'éviter la guerre, s'allie avec tout le monde, cherche des amis partout et n'obtient par là que des occasions de manquer à sa parole, pour éviter des dangers que la divergence des intérêts eût pu facilement prévoir.

Quelles sont les alliances que peut faire la Prusse? Voilà le but de ce mémoire.

Il n'y a véritablement que deux alliances propres à la Prusse, celle de la Russie ou celle de la France. Je ne parlerai point de l'Autriche. Une haine nationale trop invétérée, des intérêts trop différents, tout éloigne et concourt à défendre un pareil rapprochement qui ramènerait nécessairement une coalition plus ou moins considérable, dont l'expérience a trop démontré les malheurs.

Alliance avec la Russie.

Les raisons qui pourraient au premier abord déterminer en faveur de la Russie sont:

1° la certitude apparente d'éloigner une guerre d'autant

---

[1]) Späterer Zusatz: Poser des principes en politique et les suivre constamment après les avoir adoptés.

plus dangereuse que le partage de la Pologne, rendant les pays limitrophes, les expose davantage aux dévastations;[1])

2° la garantie absolue des nouvelles acquisitions;

3° [le gain] du temps pour pouvoir organiser ces mêmes acquisitions;

4° l'appui de l'Angleterre dont l'intérêt, indivisible de celui de la Russie, assurerait des moyens pécuniaires à la puissance alliée de ce pays.

Ces raisons, susceptibles de séduire au premier coup d'œil un prince désirant la tranquillité de son pays, disparaissent bien vite devant les inconvénients qui en résulteraient.[2])

1° La Prusse aurait peu ou aucune prépondérance dans cette alliance. Si la Prusse pouvait être seule alliée de la Russie, elle jouirait sans contredit de la considération que l'on doit à sa gloire. Mais comme les intérêts de la Prusse et de la Russie, divergents nécessairement relativement à l'équilibre de la balance politique de l'Europe, rendraient cette union plus ou moins précaire, la Russie ne renoncerait pas à son traité avec l'Autriche, et la Prusse, ne partageant pas seule les trésors de l'Angleterre, se trouverait entre les mains de ces trois puissances, intéressées, sinon à se venger, au moins à l'empêcher d'acquérir trop de consistance.[3])

2° Une fois la Prusse dans cette coalition, il n'en pourrait résulter que des malheurs pour elle. D'abord cette coalition ne pourrait qu'avoir des vues secrètes contre la

---

[1]) Späterer Zuſatz: Si on s'allie avec la Russie et que l'Autriche n'en est pas, on produit l'alliance entre la France et l'Autriche, qui devient alors d'une nécessité absolue entre ces deux puissances.

[2]) Späterer Zuſatz: Mais il ne faut jamais oublier que cette alliance n'est plus telle quelle pouvait l'être sous Frédéric.

[3]) Späterer Zuſatz: Le partage de la Pologne qui met la Prusse dans une si grande proximité de la Russie, tend par la nature des choses à rendre cette alliance insidieuse.

France ou contre les Turcs, quelque soit la part que la Prusse prenne à ces projets, quand bien même elle serait réduite à rester spectatrice de ces mouvements.[1]) Brouillée avec la France et la Turquie qui avec justice regarderaient cette adhésion à la coalition comme des hostilités, ayant perdu par là les seuls contrepoids qui la mettent en équilibre contre cette ligue formidable, elle se trouverait forcée d'être, sinon l'instrument, au moins la spectatrice des efforts ambitieux de ces trois puissances et finirait par en être la victime d'accroissements qui ne seraient que contre elle. — Je dis bien plus, quand bien même l'empereur de Russie de bonne foi renoncerait à toute liaison avec l'Autriche pour être entièrement dévoué au cabinet de Berlin, les dangers de la Prusse n'en seraient que reculés, et l'Autriche ne pouvant rien par elle-même après tant de calamités, sacrifiant sa morgue, son orgueil à la nécessité d'un appui d'un allié, par toutes sortes de sacrifices pourrait, en se jetant dans les bras de la France, préparer un orage dangereux pour la monarchie prussienne. On objectera l'antipathie nationale, l'animosité des deux nations, française et autrichienne, qui rendraient, dira-t-on, sinon leur union nulle, au moins peu dangereuse. Je consens à croire que cette alliance serait de peu de durée; elle serait toujours trop longue quand elle ne durerait que le temps que l'Autriche désirerait pour, en annonçant ses prétentions, faire ses conditions avec la Russie et l'Angleterre, conditions qui ne seraient jamais qu'au détriment de la Prusse.

3° On ne peut trop appuyer sur l'intérêt qui, unissant l'Autriche et la Russie relativement aux Turcs, doit nécessaire-

[1]) Späterer Zusatz: Une fois alliée elle ne serait plus maîtresse de rester spectatrice des guerres que feraient les Anglais, Russes et Autrichiens. Car les engagements de tous les traités sont fondés sur le secours réciproque qu'on se donne.

ment l'éloigner foncièrement de la Prusse. Une fois la Prusse dans cette coalition, qui empêchera les Turcs d'être chassés de l'Europe ou bien de perdre quelques belles provinces de leur empire, qui, partagées entre la Russie et et l'Autriche, augmentent leurs ressources et leur arrogance?

4° Il est et sera toujours dangereux de se trouver uni ou, pour ainsi dire, dépendant des caprices mercantiles d'une puissance accoûtumée à regarder les puissances continentales comme des leviers ou des instruments, qui, entre ses mains, doivent coopérer à l'accroissement de son commerce et de sa puissance.

5° Pourait-on croire l'Angleterre assez désinteressée pour prodiguer l'or dans l'intention de faciliter l'accroissement de ses alliés et remplir sa parole? Ce pays dont le macchiavellisme est trop connu, n'a d'autre but que d'assouvir son insatiabilité. Les deux seuls ennemis qu'aurait cette nouvelle coalition, seraient les Turcs et la France. Quelques soient les succès, l'Angleterre seule profiterait. Sa marine lui approprierait le commerce et de nouvelles possessions dans les Indes, et après bien des efforts, bien du sang, la Prusse comme les autres se trouverait dépendre de l'Angleterre, qui monopoliserait sur toute l'Europe relativement aux productions nécessaires, aux fabriques, subsistances etc., et ces subsides, pour lesquels on a tant fait sonner la loyauté et générosité anglaises, se trouveraient placés à un intérêt énorme.

6° Cette alliance avec la Russie lui assurerait encore davantage cette espèce de prépondérance qu'on lui a si impolitiquement laissée prendre en l'immiscant dans les affaires de l'Europe, de l'Empire; et l'intérêt de la Prusse bien dirigé est de chercher à en diminuer l'influence par des contrepoids susceptibles d'en arrêter les progrès.[1])

7° L'on pourrait peut-être encore, avec quelque apparence de prudence, parler de ces mutations fréquentes de

[1]) Späterer Zuſatz: Les exemples tirés de l'histoire du siècle de la déloyauté des Anglais.

gouvernement, qui pendant ce siècle ont si souvent influé sur la politique de cet empire. A Dieu ne plaise que je veuille prévoir de pareils malheurs; mais une nation remuante, qui vient d'éprouver des commotions si contradictoires à ses habitudes, peut en faire calculer les probabilités.

Je passe actuellement à l'alliance de la France, parlant à un souverain dégagé des préjugés que l'esprit de parti des émigrés, la mauvaise foi ont cherché à établir. Je n'en serai que plus impartial et plus vrai.

Alliance avec la France.

L'alliance avec la France renverse tous les inconvénients qu'entraînerait celle avec la Russie, et les vues ambitieuses des trois susdites puissances disparaissent devant l'union de la France, la Turquie et de la Prusse.[1]) La paix générale dépendra dans sa durée du plus ou du moins d'union de ces trois puissances. Car l'équilibre de l'Europe sera aussi exact que possible. Aussi, sans entrer dans de nouveaux détails que j'ai déjà éclaircis dans les pages précédentes, je finirai par combattre victorieusement les seuls arguments spécieux que l'on peut objecter contre cette union. L'on pourra objecter:

1° qu'en cas de guerre la France ne nous fournira pas d'argent. Mais dans un pareil malheur, en nous supposant l'allié de la Russie, en aurions-nous beaucoup davantage? Celui que nous recevrions, ne serait employé qu'à nous donner des entraves en concourant à l'accroissement des puissances coalisées. D'ailleurs serait-il bien extraordinaire de pouvoir en espérer du Divan, s'il était convaincu réellement de notre bonne volonté à concourir avec la France à le soutenir? Il serait permis de tout espérer de ce côté par et avec la médiation de la France.

---

[1]) Späterer Zusatz: Mais en cas de guerre, unie avec la France elle a l'espoir des conquêtes, objet auquel elle ne saurait atteindre étant alliée des Russes.

2º La paix une fois faite, la France sentant son accablement et ses pertes ne pourra pas de longtemps prendre part à une guerre pour ses alliés.

Il faudrait donc oublier que la sûreté du gouvernement français gît dans cette alliance, qui lui devient d'autant plus utile qu'après d'aussi violents efforts elle ne pourrait plus seule, sans danger de s'anéantir, rentrer en lutte contre l'Europe. Cette alliance lui assure trop d'années de tranquillité pour qu'elle ne mette pas tout en usage pour la soutenir. L'intérêt de son commerce la fera favoriser toute puissance aussi bien placée que la Prusse pour pouvoir faire des diversions. D'ailleurs le gouvernement républicain, bien loin d'être contraire à tout système de guerre, semble le favoriser, tant par politique que par nécessité, pour donner un aliment à un trop grand nombre d'esprits ardents.

3º Il est impossible de compter sur un gouvernement aussi chancelant, aussi mal établi, où les partis se succèdent sans cesse.

Que l'histoire de la révolution française nous serve de guide et nous fasse lire dans le grand livre de l'expérience. Combien de partis n'avons-nous pas déjà vu dans le sein de la France! Plusieurs ont été culbutés sans que les progrès des armées aient été entravés. Le gouvernement moins respecté, moins agissant, moins obéi, tous les partis qui se sont succédés si rapidement, ont apporté à la tête des affaires le même esprit de la chose publique et ont toujours tendu au même but: la république. Ils n'ont succombé que quand, l'intérêt personnel prenant la place du patriotisme, ils se sont éloignés de la route du bien public. C'est sur cette lutte continuelle, sur cet état d'inquiétude perpétuelle qu'ont toujours reposé les droits de la nation française. C'est de là que dans les états démocratiques les grands élans, les grands événements sont plus fréquents, l'amour propre étant toujours électrisé par cette surveillance mutuelle et cette espèce de frottement. Tous ceux qui ont de l'influence actuellement seraient renversés, sans produire un changement

bien essentiel dans les affaires. L'esprit de la révolution leur survivrait. Un parti nouveau en conserverait tous les principes. Quand on traite et s'allie avec le parti dominant, ce n'est donc plus avec une faction que l'on s'arrange, ce n'est pas plus alors avec un parti qu'avec l'autre, c'est avec la nation représentée par ceux qui ont l'autorité.

Le seul changement qui serait préjudiciable non seulement pour le moment, mais par les suites à la Prusse, serait le rétablissement de la maison de Bourbon. Ces princes pourraient peut-être écouter leur vengeance particulière et s'unir à l'Autriche pour punir la Prusse d'avoir par sa paix détruit le prestige, que leur imagination, exaltée par le malheur et les revers, se plaisait à fonder sur la coalition. De plus le catholicisme serait un vrai obstacle à l'unité de l'union.

Ce n'est cependant que pour pouvoir trouver cette chance désavantageuse à la Prusse, qu'il me faille soupçonner les princes de la maison de Bourbon de peu de patriotisme ou de connaissances politiques. Car je mets en fait que leurs vrais intérêts devraient les rapprocher de la Prusse, comme le seul état qui ne peut ni ne doit prendre part au moindre démembrement de la nouvelle monarchie française, et qui au contraire est vraiment intéressé à en soutenir la prépondérance et la tranquillité intérieure.

Au surplus le moyen le plus simple d'empêcher ce dernier changement dont les suites sont assez précaires, c'est de s'allier avec la France sur le champ. Rien n'en soutiendra plus efficacement la tranquillité et durée du gouvernement en hâtant la conclusion de la paix générale et procurant par là au directoire le moyen de s'occuper plus promptement de son édifice intérieur.[1])

---

[1]) Späterer Zuſatz: Il faut observer au reste que du temps de Louis XVI comme durant la révolution jusqu'à aujourd'hui ce n'est pas un parti qui a été pour la Prusse, mais la nation française entière.

4° Que l'union avec une république pourrait être dangereuse à la royauté.

Ouvrons l'histoire, voyons d'abord l'Autriche reconnaissant les cantons suisses et alliée avec ceux, Louis XIV faisant la guerre pour Cromwell, gagnant des batailles et prenant des places pour lui, et Cromwell était l'assasin de Charles I, parent de Louis XIV, roi comme lui. Voyons-nous que par là les idées républicaines aient gagné sur les deux nations? Mille autres traits pourraient encore appuyer cette preuve. Mais, sans aller si loin, prenons des exemples de la chose même. Le roi d'Espagne n'a-t-il pas oublié sa famille, sacrifié les liens du sang aux sages intérêts de son état? N'est-il point l'allié de la France, lui en est-il arrivé malheur? Le roi de Sardaigne dont les étas sont entre les mains des Français, a-t-il éprouvé d'autres maux que ceux qu'entraîne une guerre malheureuse? Les Français ne sont-ils pas les premiers à coopérer avec ses troupes à maintenir le bon ordre, affermir, soutenir son autorité? Bien loin de là je mets en fait qu'il est de l'intérêt de la France d'empêcher l'établissement de républiques dans les pays alliés, que ce même intérêt la portera sans cesse à respecter les lois et souverains des ces mêmes pays. Si l'arme des troubles intérieurs a été employée par les Français, sans vouloir le justifier, je dois à la vérité de dire que cela n'a été que quand, épuisés de leurs efforts, sentant leurs forces fatiguées, ils n'ont regardé ce moyen que comme susceptible de hâter la paix. D'ailleurs l'Angleterre, l'Autriche leur ont donné les premières ces exemples pernicieux.

5° L'alliance avec la France n'est plus du même intérêt depuis que ses points de contact sont diminués avec les possessions de la maison d'Autriche.

Il est vrai que par ses nouvelles conquêtes la France ne pourrait plus faire de diversions, du côté de l'Allemagne, sur les possessions de l'empereur. Mais du côté de l'Italie sa position offensive a beaucoup gagné au détriment de

l'empereur. Avant la révolution, dans le cours ordinaire des choses, il était peu à présumer que la France pût porter la guerre vers les frontières des pays héréditaires; le Brabant, le Brisgau, le Milanais pouvaient seuls être calculés comme le théatre ordinaire de ces guerres. Ces pays éloignés portaient seuls les calamités, et les pays héréditaires semblaient être à l'abri de tout danger. Mais actuellement en cas de guerre, supposant la France et la Prusse unies, l'Autriche se trouve attaquée de deux côtés dans ses propres pays. La Moravie, la Bohème par les Prussiens, le Tyrol, le Frioul, l'Autriche antérieure par la France. Car on ne peut révoquer en doute que la France ne reste constamment maîtresse de l'entrée en Italie, et les républiques cisalpines, plaçées aux avant-portes, seront toujours des ennemis prêts, au besoin, à alarmer la cour de Vienne.

6° Mais, dira-t-on, la France, à la paix, séparée par des frontières impénétrables de l'empereur, n'aura plus les mêmes moyens, ni les mêmes raisons d'attaquer l'empereur et de soutenir la Prusse.

Qu'importe la nouvelle position géographique de l'empire français à sa politique bien entendue et à ses vrais intérêts? La nature même des choses, qui rend le pays nécessairement l'allié de la Prusse, n'en subsistera pas moins. La Prusse est la seule puissance qui ne puisse profiter au démembrement de la France, c'est la seule puissance dans le nord qui puisse faire des diversions avantageuses contre l'Autriche en cas de guerre avec la France. A toutes ces raisons se joint encore celle de la nécessité où se trouve la France de soutenir les nouvelles républiques italiennes. Leur seul ennemi est l'Autriche, l'Autriche seule peut convoiter leur territoire, désirer leur destruction. La Turquie ou l'Italie, voilà les seuls points où cette puissance peut penser à s'étendre. L'anéantissement des républiques italiennes concourrait à ce but. Mais cet anéantissement serait d'une réaction trop fâcheuse pour le gouvernement

français, pour qu'il ne mette pas tout en usage pour l'empêcher, 1° à cause de l'opinion publique en France, 2° à cause de leur commerce; et le seul moyen efficace est l'alliance avec la Prusse. Quant aux républiques italiennes, il est trop de leur intérêt d'être alliées, amies à la France contre l'Autriche, pour pouvoir révoquer en doute les efforts qu'elles apporteraient à la coopération de tout plan contre l'Autriche. —

Ayant démontré l'intérêt de la France d'empêcher l'empereur de s'étendre en Italie, il est facile de prouver que les mêmes raisons subsistent relativement à la conservation intacte de l'empire ottoman.

Il est donc prouvé que l'intérêt réel de la France est d'empêcher l'accroissement de puissance de la Russie et de l'Autriche. Ces deux puissances sont les ennemis naturels de la Prusse, de la Turquie; donc tout concourt à demander avec urgence le rapprochement intime de ces trois puissances, dont l'union seule peut opposer des obstacles durables à l'ambition des cours de Vienne et de Petersbourg et par conséquent assurer la gloire, le bonheur et la solidité de l'empire prussien.

J'ajoute encore qu'il est possible de faire entrer dans l'alliance de la Prusse et de la France le Danemarc et la Suède; qu'on considère que l'Autriche se trouve entravée par les républiques cisalpines. Elle ne doit plus compter sur le secours de l'Empire, et les Turcs peuvent également la menacer ainsi que la Russie, qui le serait encore par les deux puissances surnommées, le Danemarc et la Suède. Ce n'est pas tout. On ferait entrer dans cette alliance le landgrave de Hesse, l'électeur palatin et le duc de Brunswic. Pourque cette alliance soit solide, il faut songer qu'ils reçoivent, sous condition de contracter une alliance, un dédommagement sur les biens du clergé de l'Empire. Tel est le plan que j'ai donné au feu Roi dans les différents mémoires que je lui ai présentés.

30.

Réflexions sur l'état de la Prusse.

G. St.-A. Eigenhändiges Konzept. décembre 1797.

C'est dans une position vraiment critique que Votre Majesté vient d'être placée. Ce n'est pas comme après la mort de mon père et celle de Frédéric II. Finances, politique externe, armée, intérieur de l'état, tout pouvait avec des vues sages s'améliorer, se perfectionner, et l'état était riche. Vous trouvez aujourd'hui, Sire, le trésor épuisé, une dilapidation extrême dans les finances, la guerre si impolitiquement allumée en 92 qui a changé tout le système politique. Mais quoique la Prusse soit en paix, il est possible que Votre sagesse trouve nécessaire de prendre le parti, pour du moins obtenir le seul avantage, celui de l'abaissement de la maison d'Autriche. Comme je compte de faire des mémoires particuliers sur chaque objet, d'abord sur la politique externe, laquelle est la base du repos de l'état, puisque si elle n'est point fondée sur des principes constants et inébranlables, il s'en suit que, tandis qu'on peut corriger une faute que le gouvernement a faite dans l'intérieur de l'état, on ne peut jamais revenir sur celles qu'on a faites au dehors, puisque la volonté d'un seul ne suffit pas. Vous me permettrez de Vous présenter, Sire, quelques réflexions sur l'armée, sur les observations que j'ai faites sur des points importants et qui, d'après mon opinion, ont été souvent négligés. Je me propose uniquement dans ce mémoire de Vous entretenir sur les premiers arrangements à prendre, et je Vous prie, pour l'amour de Votre propre intérêt, de ne rien changer avant d'avoir médité et réfléchi comment ce changement sera tourné d'une autre manière. Mais Votre Majesté le sait, et je sens combien il est pénible pour moi de remplir le devoir que je m'impose, de Vous parler des entours du feu Roi, Votre père, des deux sexes, et qui ont

reçu ou disposé de sommes très considérables et, par une bonté facile, ont dirigé les affaires de l'état. On peut y joindre tous ceux qui durant la guerre contre la France ont, suivant le dire public, dépensé pour les entreprises des fourages et des livraisons de toute espèce des sommes prodigieuses; ceux encore, qui, profitant du désordre, ont obtenu arbitrairement ou des pensions ou des dons par les caisses du Roi, d'autres qui ont reçu en Pologne aux dépens des anciens propriétaires des terres considérables, en un mot tous ceux par les mains desquels l'argent a passé. L'embarras où Votre Majesté se trouve, en jugeant d'après la délicatesse que Vous voudrez et devez conserver pour les volontés du feu Roi, Votre père, et entre les devoirs envers l'état qui Vous oblige à rechercher ceux qui ont si étrangement abusé du pouvoir qui leur a été confié, aussi bien qu'à trouver des ressources justes et légitimes pour l'état, sera, d'après mon jugement, ce qui sera le plus difficile à concilier. Il est cependant un moyen juste et légitime, par lequel Votre Majesté peut parvenir à une connaissance plus intime à l'égard des dépenses faites pendant onze années de règne du Roi, Votre père, c'est en demandant un compte exact au Grand Directoire des sommes rentrées pendant l'époque du règne du feu Roi, Votre père, et réparties aux différentes caisses, et par le reçu de ces sommes et les preuves constater, par quelles mains elles ont été employées. Il est sans aucun doute qu'une majeure partie de ces sommes aura été payée dans les caisses particulières du Roi à ceux qu'il a nommés pour recevoir ces sommes, soit pour la caisse des bâtiments, soit à ceux qui avaient les caisses particulières du Roi, soit pour les haras et départements particuliers à qui le Roi confiait ces sommes. Cela étant une fois connu, et Votre Majesté ayant fait les recherches nécessaires des caisses confiées aux ministres, il s'en suit qu'Elle peut nommer une commission composée de juges intègres et faire revoir tous les comptes de ceux,

n'importe qui, qui ont reçu ou des dons du Roi ou bien pu disposer des sommes que le Roi leur confiait. A cette commission Votre Majesté y joindrait quelques généraux, qui auraient soin d'observer que cette affaire fût bien juridiquement traitée, surtout qu'on passe rapidement sur les petits détails pour parvenir à des éclaircissements sérieux et solides. Une fois qu'il serait juridiquement connu, ou qu'il y a des sommes dont un individu ne peut rendre compte, ou que l'argent donné par le feu Roi, Votre père, a été placé en pays étranger, ou qu'il y a des déprédations prouvées, Elle peut agir alors ou avec la sévérité nécessaire ou avec la clémence dont Elle jugera convenable d'user, et si même bien des sommes ne pourront être rendues, Vous aurez toujours, Sire, l'avantage, que l'exactitude que Vous mettrez à cette affaire importante, en imposera à tous ceux qui dorénavant voudraient encore s'émanciper à frauder l'état. Il dépend de Vous, Sire, d'employer cette même vigilance à rechercher les causes des énormes dépenses des ministres, dont le feu Roi a fait choix pour les missions étrangères, mais de séparer les sommes données à l'entretien des ministres d'avec celles qui auront pu être employées sous le titre des corruptions étrangères. L'emploi de celles-là doit être très exactement prouvé par ceux à qui l'argent a été confié, ainsi que celui que ces ministres ont tiré sous le titre de supplément à leur traitement. Il est également utile de faire des recherches sur la multiplicité des alliances qui ont été contractées durant le règne du feu Roi, Votre père; la première alors avec Milord Malmesbury, lequel, suivant les nouvelles de Londres, apporta pour 72000 livres sterling de papier, dont l'emploi a été soupçonné. On s'allia ensuite avec la Hollande, on fut en intelligence avec Lafayette. Le Roi en 89, lorsqu'il fut à Rheinsberg, m'en montra une lettre, laquelle avait rapport à l'insurrection des Flamands que la Prusse protégeait alors. L'alliance des Polonais fut contractée peu après, tandis que l'on avait jusque là ménagé

les Russes. Ces trois alliances étaient incompatibles. On voulut en 90 faire la guerre à l'empereur, on s'accommoda, et deux ans après on fit une alliance avec la cour de Vienne, laquelle pouvait faire trembler l'Allemagne, tandisqu'on avait fait avec tant d'âpreté les traités si connus sous le nom de Fürstenbund, lequel ne pouvait jamais être et n'a jamais été de la moindre utilité. Viennent ensuite les traités avec la cour de Vienne qui ont rapporté cette fâcheuse coalition, par laquelle la cour de Vienne aurait obtenu la Flandre, la Lorraine, l'Alsace et la Franche-Comté. Le ministre qui traita sur les intérêts de la Prusse à la cour de Pologne jeta les premières racines de l'inimitié de l'impératrice contre la Prusse, tandis qu'à Varsovie il travailla en sens contraire des engagements qu'il fit prendre au Roi à l'égard des Polonais. En revoyant tous les traités d'alliance qui se sont faits, dont les plus importants depuis 92 sont avec l'Autriche, on examinera ceux qui se sont faits pour commencer la guerre contre la France et ceux pendant la guerre, surtout les articles secrets, où, suivant ce qu'un ministre a dit, il y a un article important sur la Bavière. Les négociations avec l'Angleterre par Milord Beauchamp, mais surtout le traité de subsides traité avec Milord Malmesbury, sont de la plus haute importance, et ces recherches donneront un développement qui pourra servir de base et de motif pour contenir les ministres. [Folgt ein unverſtändlicher Satz.] Sa Majesté doit également faire examiner toutes les négociations tenues à Basle pour la paix avec la France. Vous savez, Sire, que j'y fus employé, mais c'est à Vous à connaître, si les mesures, que je proposais durant la négociation et après la conclusion de la paix, ont été moins utiles que celles de Mr. le comte de Hardenberg instruit par le comte de Haugwitz. Le lt. général Bischoffwerder m'a plusieurs fois assuré que tous ces mémoires étaient entre ses mains; au cas qu'il en manque, j'en ai les copies et je puis suppléer à ceux que l'on n'a point voulu garder. Tout honnête

homme, de quelque rang qu'il soit, n'a rien de plus cher que son honneur, et quand il a eu des affaires importantes, il en doit compte à l'état. Il sera également utile qu'on examine dans toutes les villes les caisses confiées ou appartenantes à ces villes, pourqu'on sache si elles ont été bien administrées, ou si on a commis des abus et qui les a commis, [de plus] les haras qui ont coûté de sommes immenses et les écuries du Roi. Cet ensemble est assez important pourqu'une révision exacte s'en fasse, et qu'un calcul sur les haras démontre, si l'état a fait de grandes pertes ou de grands profits. En un mot, Sire, cette révision sur les finances est la seule base sur laquelle Elle pourra poser l'édifice de Son gouvernement, si Elle veut qu'il soit solidement posé. J'ai proposé que les membres de la justice présidassent à ces différentes révisions, puisque, si même on connaît les personnes qui ont commis des défraudations, et que Votre Majesté les punissait de Sa pleine autorité et par un pur mouvement de Votre justice, le monde qui craint la sévérité Vous en accuserait, et, d'après mon jugement, il est de la plus haute nécessité que les premières impressions que Vous donnerez de Votre règne soient celles de Votre caractère d'homme juste, et qui ne s'écarte jamais de son chemin, qui unit la clémence à la sévérité et la fermeté aux résolutions que la recherche de la vérité impose de prendre.

31.

Vue générale au commencement d'un nouveau règne.

G. St.-A. Reinſchrift von der Hand des Grafen de la Roche-Aymon.

o. D. u. D.

Premier mémoire.

La première chose de toutes et la plus importante est d'être exactement informé des revenus et des dépenses de l'état. Il me semble qu'il est impossible de former aucun

plan avant que de savoir, quelles sont les dépenses absolument nécessaires et d'où se tirent les sommes assignées à ces mêmes dépenses. C'est donc après avoir vu ce que coûte l'entretien de l'armée et de tout l'état militaire, quel est celui du civil, de la cour, de la maison du Roi, des Reines et des apanages des princes, que l'on peut savoir le restant des sommes dont on peut disposer librement. Le nouveau Roi aura des besoins indispensables, des difficultés considérables. L'armée considérablement augmentée exige de plus fortes sommes. La hausse du prix des denrées exige de répandre le plus possible, pour faire bâtir et faire vivre le soldat, les manœuvres. Les dépenses sont augmentées, les ressources n'ont pas suivi la même proportion et le peuple surchargé d'impôts crie et demande du soulagement. La solution de ce problème, de subvenir aux dépenses augmentées sans augmenter les impositions, mais, bien au contraire, en soulageant le peuple, demande les plus grandes précautions et point de précipitation. Avant de rien vouloir défaire et recréer, il faut s'occuper de préparer les fondements du nouvel édifice à élever, et d'étayer solidement l'ancien pour éviter qu'il ne s'affaisse entièrement sous les premières réformes nécessaires, et que la chute de cette composition, même monstrueuse, n'entraîne dans tous les malheurs de l'anarchie. Le premier et plus essentiel de tous les établissements préalables est celui des Conseils. C'est le sujet du chapitre suivant.

Des Conseils.

Leur usage doit être de discuter, éclaircir, proposer tout ce que chacun croit utile pour réformer les abus, rendre l'état plus florissant, plus redoutable. En un mot, comme les rayons du soleil réfléchis par le miroir ardent se rassemblent au même foyer, c'est ainsi que les idées du Conseil présentées au souverain se rassemblent dans sa tête, ce qui le met plus à portée de comparer, choisir, en un mot de porter avec assurance et facilité un jugement sain sur l'affaire

proposée. Il fait plus, il s'attire l'amour des ses peuples qui voyant que leur sûreté, leurs intérêts sont entre les mains d'un prince sage qui consulte, discute, se détermine d'après la raison, ne peuvent que le bénir et le servir avec zèle. Il donne la preuve la plus évidente, que le bien-être de l'état lui tient à cœur, il éloigne cet odieux titre de despote, sans cependant détruire en rien ou perdre la moindre chose de l'autorité et du pouvoir qui lui appartiennent. A toutes ces raisons se joignent encore celles qui ont rapport à la liberté individuelle du monarque et aux facultés de la nature humaine, qui n'a jamais organisé de tête susceptible du même degré de perfection sur tous les objets, et de pouvoir seule tout entreprendre. Suivant l'opinion que j'ai d'un monarque, il doit ne rien oublier pour s'éclairer, mais toujours se rappeler qu'il est homme, c'est-à-dire une créature sujette aux préventions, en un mot, aux défauts inhérents à la nature humaine. Il y a eu des souverains indolents, entièrement soumis à l'impression du premier qui parlait, ou bien abandonnés à un favori ou une maîtresse qui gouvernait l'état en son nom. Quoique Votre Majesté soit à jamais au dessus de pareils vices, l'établissement d'une forme de gouvernement qui, sans restreindre en rien l'autorité royale, ne ferait qu'apporter des moyens de redresser l'imperfection humaine, ne pourrait que Lui faire un honneur infini. Il est des hommes cependant qui ne cessent de répéter, que tous les inconvénients disparaissent du moment qu'un monarque gouverne par lui-même. A-t-on clairement expliqué cette proposition? Veut-elle signifier que tout ce que le monarque pense et décide est le meilleur? Je ne le crois pas. Cela ne tient nullement à son cœur, a sa bonne volonté, mais à sa qualité d'homme. Voici mon opinion. Le plus heureux sans doute est que le monarque s'éclaire, qu'il s'instruise, qu'il ait son opinion, mais sans opiniâtreté. Pourqu'il gouverne avec justice, avec équité et qu'il soit éclairé, il lui faut des Conseils où les affaires se traitent. Il faut entrer actuelle-

ment dans le détail de ces établissements. Le premier objet qui s'offre pour l'intérieur du royaume est le Grand Directoire, lequel du temps de Frédéric Guillaume était très bien organisé, mais le roi Frédéric II y a fait des changements préjudiciables. Tous les ministres se devaient réciproquement compte de leurs départements, de l'administration de leurs provinces, tandis qu'actuellement chacun est le maître dans sa partie et à l'exception des idées royales, auxquelles ils ont été obligés de se plier, ils exercent dans leurs provinces une autorité absolue. De plus on lui a ôté le droit de représentations. Lorsque Frédéric Guillaume voulait introduire quelques nouveautés préjudiciables à l'intérêt du pays, le Grand Directoire osait faire ses représentations sans offenser le souverain. Or en remettant ce corps sur le pied où il doit être, avec les additions que je proposerai, on aurait à l'égard de l'intérieur du pays des lumières suffisantes. Je pense qu'en outre il faut encore un Conseil Intime, un Conseil de Commerce, un Conseil de Guerre. Je traiterai séparément chacun de ces articles pour en rendre plus clair le mécanisme et les fonctions.

Grand Directoire.

Les changements à faire dans le Grand Directoire sont:

1° que chaque ministre communique au Directoire assemblé tout ce qui est arrivé ou tout ce que renferme son département, pourque l'on pût discuter en commun et décider ce qui convient à l'utilité générale du royaume, chaque partie du tout de l'état devant entrer dans la composition ou l'organisation générale selon la compensation des intérêts généraux.

2° qu'aucun ministre ne puisse donner aucune place et mettre ses domestiques dans les emplois, mais que les emplois soient donnés à la pluralité des voix ou au consentement unanime des ministres.

3° que tout le corps ait la voie des représentations,

c'est-à-dire mettre en évidence tout ce que l'on regarderait comme onéreux aux sujets, préjudiciable à l'état.

4° il faudrait un ministre qui n'aurait aucun département et que j'appelle l'homme du Roi. Celui-ci n'aurait aucune voix délibérative, mais il pourrait discuter avec les ministres sur les objets où il croirait les intérêts du Roi lésés. Il ferait un résumé du protocole de chaque séance en présence des ministres, et cet extrait serait chaque jour envoyé au Roi. Cela n'empêcherait point que le Grand Directoire n'envoyât au Roi les dépêches relatives à leurs délibérations.

Il me paraît donc, après ce que je viens de démontrer, qu'à un changement de règne la première chose que le souverain pourrait faire, serait l'établissement du Grand Directoire sur le pied proposé, ensuite de lui faire simplement la question, quels sont les maux du peuple, quels sont les remèdes? Il faudrait non seulement dans cette circonstance, mais toutes et quantes fois qu'il se trouverait un ministre actif et éclairé, qu'il pût faire des plans sur les différentes branches de l'administration, les lire à ses collègues assemblés, les soumettre au souverain. C'est le moyen, 1° de donner plus d'étendue, plus d'élan à l'esprit; 2° de connaître le genre d'esprit de celui qui projette; 3° on y gagnera qu'entre 20 plans ou propositions médiocres, inutiles même, il se trouvera à la fin des idées saines et d'une exécution heureuse. Mais le souverain ne s'ouvre entièrement qu'à son Conseil Intime qui va faire le sujet de ce second chapitre.

Nota. Il ne se trouverait au Grand Directoire, indépendamment du nombre ordinaire des ministres, que le seul chef du département du commerce. Cette branche de la prospérité des états est devenue d'une importance majeure et est liée si étroitement avec toutes les branches de l'administration que l'on ne peut trop y apporter d'attention. Dans l'article du Conseil du Commerce j'en détaillerai toutes les parties relatives et particulières.

Du Conseil Intime. .

Comme dans le Conseil toutes les affaires, jusqu'aux plus secrètes, seraient discutées et traitées, je pense qu'il ne doit être composé que de six ou huit personnes au plus. Ce Conseil s'assemblerait dans un appartement peu éloigné de celui du Roi. On n'y admettrait que les personnes les plus éclairées, capables non seulement de juger, mais encore de résoudre, prévoir les difficultés qui se trouveraient dans les rapports extérieurs ou intérieurs du gouvernement. Ce Conseil serait composé de deux militaires, du chef du département des affaires étrangères, d'un ministre du Grand Directoire, de celui que j'y ai ajouté sous le titre d'homme du Roi, encore deux ou trois membres choisis avec discernement. Ce conseil serait sermenté, et quelque fût le rang des personnes qui y seraient admises, fussent-ils même de la Famille Royale, le serment serait pour tous. Il porterait principalement sur la discrétion et le silence le plus absolu sur ses délibérations. Je suppose donc que le souverain, animé par des vues vraiment patriotiques, établisse ce Conseil d'abord à son avénement au trône. La première et principale attention portera sur les deux questions: 1° combien faut-il perdre de revenus de l'état pour soulager le peuple par la remise de quelques impositions? 2° quels sont les moyens honnêtes de remplacer ces pertes? Autant l'humanité et la gloire du nouveau souverain semblent être intéressées à la première de ces questions, autant sa prévoyance et sa juste prudence l'obligent à trouver les mêmes ressources, pour être toujours à même de subvenir aux dépenses de l'état dans les moments où des guerres ou des fléaux pourraient les augmenter. Il est donc d'une nécessité absolue de s'occuper préalablement de la confection de cette affaire, dont la détermination servira de base au plan de gouvernement que le nouveau souverain adoptera pour base de ses actions et de sa conduite. Sans plan fixe, c'est-à-dire sans une détermination inébranlable des dépenses, des recettes,

des économies à faire, économies qui doivent être calculées sur la masse générale du numéraire de l'état, sans une détermination précise des devoirs de chacun envers l'état, de l'état envers chaque individu, il est impossible de régner avec gloire, et j'ose même dire avec sûreté. Car c'est de la régularité de l'administration intérieure, des excédants des recettes sur les dépenses, de l'attachement des peuples au gouvernement, qui en perdant quelques faibles sommes acquiert des enfants soumis et dévoués, c'est, dis-je, de cet équilibre intérieur que dépend la sûreté des relations extérieures, la prospérité d'un état toujours en état de tenir tête à ses ennemis, de toujours venir au secours de ses alliés. Les inimitiés se calment, les alliances se resserrent, et une paix stable promet des années de bonheur intérieur, de gloire et respect extérieur. Je n'ai plus qu'un mot à dire et à ajouter à ces importantes considérations; c'est que le souverain doit séparer son intérêt particulier de celui de l'état, ne jamais toucher aux sommes assignées, ne jamais outrepasser les sommes destinées à son entretien, qui doit être proportionné à la grandeur et à la majesté du souverain d'un grand état. Dans un pays pauvre, sans beaucoup de ressources, quel horrible désordre ne s'en suivrait-il pas, si le souverain, confondant toutes les caisses, tirait de chacune ce qu'il voudrait pour satisfaire ses fantaisies. Détournons les yeux du tableau de pareilles calamités, que la loyauté, le patriotisme du nouveau Roi éloigneront à jamais de l'état et de ses peuples. Après avoir réglé et déterminé l'administration intérieure, corrigé le plus possible, sans trop se hâter, les abus du règne précédent, redonné une nouvelle vie au commerce, le nouveau Roi ne pourra pas trop s'occuper de la politique ou des relations extérieures de Son pays. Il faut nécessairement avoir un plan fixe et déterminé, fondé sur les intérêts réels et bien entendus du pays, afin qu'on ne marche plus au hasard, comme malheureusement on l'a fait. Il me reste encore à parler des fonctions particulières

du Conseil Intime dans le courant des affaires. Ce Conseil présentera au souverain toutes les semaines deux fois et même plus souvent, s'il est nécessaire, le protocole des délibérations. Il faut donc que les autres Conseils envoient au Conseil Intime tout ce qui peut être sujet aux délibérations. Par exemple, s'il s'agit d'un impôt, d'un projet de finances ou d'améliorations dans quelque partie de l'administration, le Grand Directoire, sur qui roulent toutes ces sortes d'affaires, en fait un rapport au Conseil Intime. Si le Conseil Intime croit avoir besoin de plus de lumières sur l'affaire en question, il invite un ministre du Grand Directoire à se rendre à la séance pour développer davantage l'affaire ou le plan en question. Le Conseil de Commerce rendrait un pareil compte dans les cas, tant soit peu, litigieux. Toutes les dépêches des cours étrangères doivent aussi être communiquées, et si dans l'administration de la justice il se trouve quelques doutes à éclaircir, quelques difficultés à surmonter, elles doivent être rapportées devant le Conseil. [Folgen Einzelheiten über den Geſchäftsgang.]

Conseil de Commerce.

Ce Conseil est d'une importance si majeure que l'on ne peut trop apporter de soin à sa composition. Outre un président et quelques conseillers il faudrait y admettre quelques négociants; car ce sont eux qui naturellement doivent le mieux connaître les vrais intérêts du gouvernement dans cette partie. Les premières choses à examiner sont, 1° sur quel fondement ont été mises les entraves qui gênent le commerce? 2° quel est le nombre des monopoles? 3° combien de fabriques et quelle est leur utilité? ne s'en trouve-t-il pas des nuisibles? 4° quels moyens employer pour rendre le commerce plus florissant, et quelles sont les branches où il faut étendre ou donner une entière liberté? 5° quel est l'état des juifs, en quoi ils ont été lésés, en quoi peuvent-ils être plus utiles, en quoi faut-il les réprimer? Ces 5 questions entraî-

nent dans une foule de détails, et c'est après avoir discuté le pour et le contre de chaque objet en particulier, que le souverain se trouve en état de dresser un plan fixe, lequel, une fois déterminé, doit être suivi ponctuellement. Je suis très éloigné de croire que tout ce qui a été établi, quelque mauvais que cela puisse être, doive être aboli légèrement. Le grand mal est fait: on avait le transit; on faisait un commerce d'entrepôt de marchandises étrangères qu'on faisait passer en Pologne et en Russie. Les arrangements de Frédéric ont changé tous ces objets, en les rechangeant légèrement. On ne trouverait pas d'abord le bien qu'on a perdu. Il faut donc la plus scrupuleuse attention pour décider ce qui peut et doit se changer sur le champ, et, autant que je puis juger, cela se trouvera, 1° dans quelques libertés qui faciliteront le commerce, 2° dans l'abolition de quelques monopoles. L'arrangement des fabriques sera plus lent. Les plans formés dans ce Conseil passeront, 1° par l'examen du Grand Directoire, 2° par celui du Conseil Intime où ils recevront la sanction royale. Il est à croire qu'au moyen de tant d'examens on sera assez éclairé pour faire le choix le plus utile pour le bien de l'état. Car c'est le bien général qui doit constituer la bonté et l'utilité du projet adopté, et les vues doivent se porter et embrasser les intérêts relatifs de toutes les provinces qui composent le royaume.

Conseil de Guerre.

Pour peu qu'on veuille rechercher tous les abus qui existent dans tous les départements, on conviendra sans peine qu'un Conseil obvie à beaucoup d'inconvénients pour ne pas dire à tous. Les différentes branches qui ont rapport à la guerre et dont la comptabilité immense rend des yeux vigilants d'autant plus nécessaires que le plus ou moins de bonne foi dans ces sortes de dépenses peut entraîner la ruine d'un pays, si les forteresses sont en mauvais état, mal approvisionnées, mal fournies, empêchant de tirer parti des

victoires, si les attirails de l'artillerie de [unleſerlich], en un mot tout ce qui fait marcher une armée avec sûreté, ont été faits avec l'esprit du gain plutôt qu'avec celui du patriotisme. A tous ces objets ajoutez la détermination et le choix des emplacements pour élever de nouvelles forteresses, les améliorations des arsénaux, les découvertes utiles pour faciliter le foret des canons et en rendre le métal meilleur, et l'on se convaincra de la nécessité d'un Conseil de Guerre qui, composé de gens éclairés, puisse, conduit par l'expérience, diriger, améliorer et simplifier toutes les parties. Ce Conseil serait composé, 1° d'un président qui serait ou maréchal ou général ou même lieutenant-général, deux généraux, dont un serait toujours de cavallerie, deux colonels, deux lieutenants colonels, deux majors, toujours un de cavallerie et un d'infanterie, deux conseillers calculateurs qui tiendraient la plume et dirigeraient la comptabilité. Ce Conseil, dès son établissement, commencerait par tout examiner et tout voir ce qui a rapport le moins du monde avec le département de la guerre. Il visiterait les forteresses, accompagné d'ingénieurs les plus habiles, en verrait la construction jusque dans les fondements, réglerait un état d'approvisionnement pour ces mêmes places en temps de guerre. On examinerait tous les détails de l'artillerie. Toutes ces révisions faites, on dresserait un plan à suivre pour la paix et pour la guerre. Tout ce qu'il serait utile de corriger et d'exécuter en temps de paix se ferait insensiblement, tout ce qui peut se corriger en temps de guerre, comme livraisons de chevaux, magasins, entrepreneurs, hôpitaux, serait réglé d'avance. On connaît les abus, avec de la peine et des soins on peut les corriger. L'économie absolument nécessaire serait un des grands objets de ce Conseil; il faut économiser, mais jamais quand l'épargne peut nuire à l'essentiel. Tous les détails relatifs au recrutement de l'armée, soit dans le pays soit dans l'étranger, seraient réglés dans ce Conseil. S'il s'élève des débats entre les officiers et qu'un conseil de

guerre devienne nécessaire, on envoie préalablement un procès-verbal de l'affaire à ce grand Conseil de Guerre, lequel fait à ce sujet des représentations au Roi, en Lui exposant l'affaire. Après cette forme préliminaire le Conseil de Guerre porterait son jugement. Toutes les plaintes des villes, provinces, habitants des divers cantons contre les régiments seraient envoyées à ce Conseil. Tout ce qui pourrait s'arranger à l'amiable serait arrangé; les cas graves seraient seuls présentés au Roi. Mais il serait pris des arrangements entre le Conseil de Guerre et le Grand Directoire relativement aux rapports des pays et des troupes pour prévenir le plus possible les inconvénients.

Je pense que l'on saisit d'un coup d'œil l'enchaînement de ces différents Conseils, que leur établissement donne plus d'harmonie, plus de précision aux différentes branches du gouvernement, que le souverain, bien loin de rien perdre de son autorité, y trouve personnellement une facilité de plus pour le travail et a besoin de moins de peines et de temps pour les affaires. Cette harmonie précieuse qui résulte dans tout le pays de ces divers Conseils est une des bases les plus solides pour la durée de l'état. C'est de cette harmonie, de cet arrangement de l'état, où tout homme occupe la place qui lui appartient, que résulte l'amour de la patrie. Chaqu'individu est une corde dans la machine de l'état; lorsqu'elle ne tire point, elle se relâche. Tout homme qui n'est rien, qui n'a point de but pour offrir ses idées, ses pensées, ses connaissances, n'a plus de patrie, plus d'attachement au sol qui l'a vu naître, et voilà un des plus terribles effets des mauvais gouvernements.

32.

An den Kronprinzen Friedrich Wilhelm

H.-A. Eigenhändiges Konzept.

Rheinsberg, le 3 novembre 1797.

Mon très cher neveu.

Il vous est connu, mon cher neveu, par la lettre qui a été remise de Paul I au Roi par le comte de Panin, que ce ministre a répandu le contenu dans tout Berlin. Comme rien ne m'a paru moins stable que nos principes en politique, et que de varier sur ceux qu'on avait suivis jusqu'à cette heure, serait le vrai moyen pour entraîner la perte de l'état, je crois ce motif assez important pour vous adresser, mon cher neveu, cette lettre. Je vous ai rendu compte fidèlement sur tout ce que j'ai fait relativement à la paix avec la France, et sur les suites heureuses qu'elle devait avoir, si on suivit exactement la marche que la raison de l'état indiquait de prendre, en négociant une alliance provisoire avec la France, où tous les intérêts de la Prusse serviraient de base pour la paix à conclure avec l'Allemagne et qui ne serait immédiatement signée qu'après la paix définitive. Je manquerais donc à mon honneur, à l'amitié sincère que j'aie pour vous, mon cher neveu, et au devoir que je me suis toujours imposé de me rendre utile au bonheur de l'état, si dans cette crise politique je restais en silence. Je ne puis écrire au Roi, je compte d'écrire au comte de Haugwitz une lettre très pressante, dès que j'aurai plus de lumières au sujet de la paix conclue à Udine. Mais il est hors de doute, mon cher neveu, que, si vous prononcez fortement votre opinion à ce ministre, vous ferez plus que toutes mes lettres ne peuvent faire. Votre intérêt seul me porte à la démarche que je fais. Je n'ai d'autre but que d'agir en honnête homme, et si je ne pensais qu'à ma tranquillité, je n'aurais aucune inquiétude sur des affaires

qui doivent un jour faire votre bonheur et celui de l'état. Mais la crise politique est telle, que je garantis la perte de l'état, si l'on ne prend à cette heure des mesures efficaces au salut de la patrie; tout comme je garantis la sûreté intérieure de la monarchie prussienne, sa tranquillité, son accroissement, si notre conduite politique se trouve renforcée par quelque énergie. Si vouz le voulez, mon cher neveu, j'écrirai sur ce sujet un mémoire entier pour donner un développement détaillé sur des pensées, qui dans une lettre ne contiennent que le résultat des objets sur lesquels on a longtemps médité. Peut-être vous rappellerez-vous, mon cher neveu, tout ce qu'à ce sujet j'ai eu l'agrément de vous dire le printemps passé à Berlin. Au reste c'est à Brunswick que se trament toutes les intrigues contraires à l'intérêt de la Prusse, c'est par Mr de Puysegur, ancien ministre de la guerre sous Louis XVI., lequel a un pension de la Russie. Il écrivait directement à feu l'impératrice de Russie. Il est vraisemblable que cet usage a été conservé entre Paul I. et lui; c'est par ses mains que passent tous les projets. Je l'ai su l'année 1796, lorsque je fus à Brunswick. On remua ciel et terre alors pour former le cordon en Westphalie, espérant qu'un incident donnerait lieu à rompre la paix entre la Prusse et la France, et vous pouvez le savoir, mon cher neveu, que depuis trois semaines on ébruite à Brunswick la nouvelle, que la Prusse serait obligée de rentrer en guerre, ce qui s'accorde parfaitement avec la lettre que Paul I. a écrite au Roi. Je vous écris par une voie sûre. Ma lettre vous sera fidèlement remise. Mais dans la position actuelle, mon cher neveu, où vous vous trouvez, je ne demande aucune réponse, au cas que le moins du monde elle pût vous gêner. L'intêret que je prends à vous ne peut vous déplaire et mon âge vous prouve, avec quelle fidélité je désire vous être utile, ainsi que mes sentiments d'estime et combien je suis . . .

33.

An König Friedrich Wilhelm III.

H.-A. Eigenhändiges Konzept. Das Original im G. St.-A.

Rheinsberg, le 14 septembre 1798.

Sire,

La position critique où se trouve l'Europe m'engage d'envoyer à Votre Majesté un mémoire sur les affaires du temps. Je remplis les devoirs d'un honnête homme, lequel n'attend pas qu'on lui demande, mais qui prévient, en communiquant ses pensées, tous les maux qu'il craint de voir arriver, au risque même de déplaire, d'être à charge, ou d'essuyer, si cela était connu, les calomnies qu'on répandit contre moi, lorsque je travaillais à la paix, calomnies que j'ai méprisées; car les émigrés et tous les agents de l'Angleterre, de la Russie et de l'Autriche les répandaient. Le vrai chagrin que j'en eus, ce fut premièrement, qu'on m'ôta la confiance si nécessaire pour celui qui travaille pour le Roi et l'état. La seconde raison, qui m'a affligé encore, c'était de voir, que l'intérêt de la Prusse était effacé dans l'esprit de ceux qui faisaient et qui font encore leur possible pour faire embrasser la cause de la coalition, cause si évidemment contraire à l'intérêt du Roi et de la Prusse, comme l'expérience l'a prouvé. Voilà ce qu'on gagne à vivre. On voit des événements, auxquels on n'avait jamais cru, si on n'en éprouvait la funeste expérience. Tandis que ma vie entière fait preuve de mon attachement à l'état, j'ai pourtant trouvé des gens qui par un vil intérêt m'ont calomnié. Je serais vil comme eux, si je ne communiquais le mémoire que je Vous envoie, Sire. Mon cœur m'est garant et de mon intention et combien je suis attaché à l'état et au bonheur de ma patrie. J'ai sacrifié pour elle ma vie, maintenant c'est mon repos et ma tranquillité. Je suis soutenu par la tendresse qui m'inspire Votre bon et excellent caractère. Je Vous supplie de lire

ce mémoire, et, s'il est possible, de le relire. La vérité ne perce pas toujours aux oreilles des rois. J'eusse préféré à parler à Votre Majesté bien plus encore en présence de ceux auquels Vous avez confiance, mais ce bonheur ne m'est pas permis d'espérer. Si cependant je pouvais me flatter que Vous agréez ma démarche, en ce cas je demande à Votre Majesté que Vous ayez l'amitié de me dire, si Vous approuvez que j'aille pour quelques jours à Berlin pour parler au comte de Haugwitz. Ces idées se développent bien mieux dans la conversation. Votre réponse, mon cher neveu, me fera connaître, si ma lettre Vous a été à charge. La copie de ce mémoire a été envoyée au comte de Haugwitz avec une lettre que je Vous supplie de lui ordonner de Vous envoyer. C'est surtout deux circonstances que j'appréhende beaucoup. La France voudra-t-elle ou ne voudra-t-elle pas qu'un cordon de troupes forme une neutralité armée? Si elle ne le veut pas et qu'elle trouve ce cordon nuisible à son intérêt, Votre Majesté voudra-t-Elle tomber dans la coalition? L'autre auquel, peut-être, on travaille au moment présent, c'est que la France, voulant éviter tout ce grand embarras de guerre et ne voyant point d'apparence à s'unir avec la Prusse, cédera à l'Autriche toutes ses volontés à l'égard du traité de Campoformio, où elle gagnerait une partie, peut-être toute la Bavière. Ce qui me fait appréhender cette catastrophe, c'est que le comte de Metternich a cédé nouvellement sur Ehrenbreitstein. Tout cela peut être prévenu peut-être. Mais il n'est point de temps à perdre pour avoir recours aux Français. C'est en peu de mots, sur quoi mon mémoire est fondé; c'est pourquoi, mon cher neveu, je Vous prie de le lire avec grande attention. J'ai rempli mon devoir au risque de Vous déplaire; c'est le plus grand sacrifice que je puisse faire à ma patrie, et je l'ai fait. Mais c'est donner en même temps la preuve la plus sûre du tendre dévouement avec lequel je suis . . .

34.

Mémoire sur la crise présente, sur les dangers et les seules ressources qu'elle présente.

G. St.-A. Eigenhändiges Konzept. le 12 septembre 1798.

Mon attachement pour le Roi et l'état me fait la loi et me force, d'après mes principes, à déclarer mes sentiments simples et vrais sur les affaires du temps. Elles sont telles, et je ne le cache pas, qu'une mesure fausse peut entraîner des malheurs incalculables. Quand j'aurai expliqué mes pensées, je pourrai jouir du repos de l'honnête homme, lequel, après avoir ouvert son cœur et laissé un libre cours à ses pensées, n'a aucun reproche à se faire et se trouve innocent et tranquille, si les malheurs, qu'il a prévus, viennent à fondre sur l'état.

Sa Majesté Prussienne a pris une mesure digne de Son cœur et de Sa sagesse, en voulant établir la neutralité; l'amour de Ses sujets a servi à fortifier ce beau mouvement. Mais il est question d'examiner

1ment que, si la guerre se prononce, quel sera le danger auquel s'expose Sa Majesté et par conséquent l'état, si Elle persistait dans la neutralité?

2ment Sa Majesté a déclaré vouloir renoncer à tout dédommagement ou récompense sur les états de l'Empire. Personne certainement ne blâmera la générosité de Sa Majesté. La question que je dois agiter est celle-ci, que je la crois absolument nuisible à l'intérêt de l'état.

3ment Que cette modération serait même nuisible à l'Empire, bien entendu en masse, car dans les plans qui doivent être étendus et servir de base à une longue paix, on ne peut considérer le bonheur des individus. Ce bonheur ne peut se trouver que dans l'ensemble de la vaste étendue d'un système général.

Première question: que si la guerre se prononce, quel en peut devenir le danger de l'état?

Sa Majesté a déjà reçu les preuves manifestes du désir qu'a eu l'Autriche et la Russie de L'entraîner dans une nouvelle coalition. C'est avec fermeté qu'Elle a répondu et repoussé les propositions du comte de Cobenzl et du prince Repnin. Elle a écarté ce premier orage. Le discernement du Roi Lui a fait connaître qu'aucun avantage effectif ne peut résulter d'une nouvelle coalition. Mais le premier risque, en ce cas, serait que l'Autriche ferait incessament sa paix particulière avec la France, et cette puissance, ne trouvant nul secours en Prusse, se verrait obligée à tout accorder en Allemagne à l'Autriche pour sortir enfin d'une guerre si pénible. Mais supposons que l'Autriche restât fermement attachée à ces nouveaux alliés, il n'en serait pas moins vrai que tout le profit que le Roi pourrait retirer dans cette guerre par le succès de quelques batailles, servirait uniquement au profit de l'Autriche. Elle a bien vu, Sa Majesté, combien l'état a souffert par la première coalition en hommes, en argent et en munitions, et si quelqu'un voudrait soutenir que la Prusse a été bien dédommagée par l'acquisition que le Roi a faite en Pologne, on peut répondre facilement à cette question, surtout Sa Majesté, Laquelle ne peut manquer de connaître la juste valeur de ces nouvelles provinces. Il n'en est pas moins vrai que, si par la première coalition on eût reussi d'abaisser la France, l'Autriche et l'Angleterre auraient seules profité de tous les avantages, et que les conquêtes sur la France auraient rendu l'Autriche plus puissante qu'elle ne l'était du temps de Charles V; on aurait arrangé le gouvernement de la France à la volonté de l'Angleterre, aurait par les conquêtes des Autrichiens séparé la France de l'Allemange, ce qui aurait conduit à mettre l'Allemagne sous le joug de l'empereur plus facilement que durant la guerre de 30 ans. La France, séparée de l'Allemagne par les conquêtes autrichiennes, n'aurait pu, comme du temps de Richelieu, la secourir. Voilà ce que la fermeté du Roi vient d'éviter; voilà un danger écarté.

On peut ajouter que la déclaration aux coalisés peut encore, si le Roi le veut, empêcher une autre guerre. N'aurait-il pas été à désirer, pour en être plus certain, que Sa Majesté fît simplement le refus aux deux puissances de s'unir avec elles? Sans appuyer sur la neutralité, l'incertitude qu'auraient vue sur cet objet les deux puissances, les eût rendues sans doute plus flexibles pour la paix. Ils pourraient craindre un parti que prendrait le Roi pour le bonheur de l'Allemagne, celui qui obligerait l'empereur à la paix. J'en parlerai ensuite. Considérons d'abord l'intérêt des puissances, et certes le véritable pour elles, c'est la paix. Sa Majesté Prussienne par la place qu'Elle occupe, peut la donner en parlant avec force à l'Autriche. Cette puissance s'étant appuyée sur la paix de Campoformio où Bonaparte s'est montré autrichien, le directoire n'a point voulu sacrifier les intérêts de la Prusse, et voilà d'où naissent toutes les contradictions de Rastatt. Si cependant l'Autriche, conduite par la reine de Naples, l'impératrice et le ministre Thugut, recommence la guerre, et que le Roi de Prusse tienne la neutralité, que fera la France? Elle doit remuer ciel et terre pour que le Roi de Prusse s'unisse avec elle. C'est là le moment critique; c'est, si Sa Majesté y répugne, pourra-t-Elle dorénavant compter sur cette puissance? ou se jettera-t-Elle entre les bras des coalisés pour endurer la guerre la plus funeste qu'Elle puisse faire, ou voudra-t-Elle dans une guerre à mort prendre le parti le moins dangereux, celui d'être [mêlée] d'une guerre qui fasse la paix de l'Allemagne? Ce problème mérite de sérieuses réflexions, surtout dans la crise actuelle de l'Europe. Elle a besoin d'un appui et la France est la seule qui puisse l'être. Il n'est d'ailleurs pas douteux que, si elle propose à l'empereur de lui accorder la Bavière, la paix serait conclue sur le champ et le Roi de Prusse resterait alors isolé et perdrait toute Sa considération. N'ayant aucun allié, les princes d'Allemagne mêmes ne pourraient plus Lui rester. Il est certain que les puissances coalisées, surtout l'Angleterre,

lesquelles sont les vrais ennemis de la Prusse, feront jouer tous les ressorts de l'intrigue en France, afin de fomenter des brouilleries entre la Prusse et la France et d'obliger le Roi à avoir recours à la coalition. Il est donc essentiel de prévoir cet événement lequel pourrait attirer après lui de très grands maux. Mais si la guerre n'a point lieu, il n'en est pas moins nécessaire de se rapprocher plus de la France qu'on ne l'a fait depuis la paix de Basle, de concert avec les princes d'Allemagne, lesquels, jusqu'à cette heure, ont été liés aux intérêts de Sa Majesté. Car une neutralité absolue ne peut que causer des méfiances continuelles, détruit de tout côté la confiance et peut devenir le motif de nouveaux engagements qui pourraient devenir bien contraires à la Prusse. Car si l'Autriche tâchait de renouer l'ancienne alliance avec la France, le secours de la Russie, le seul qui resterait au Roi, serait plus pénible qu'utile à recevoir. Une objection, et la seule que je crois bonne, c'est que si Sa Majesté forme une alliance avec la France, qu'aussitôt l'empereur de Russie déclarera la guerre à la Prusse. Mais tout souverain n'est-il pas le maître de ses alliances? Contracte-t-il d'autres engagements que ceux qui sont utiles à sa nation? Ce n'est point pour l'amour d'une république ou pour celle d'une monarchie, mais uniquement pour l'intérêt qu'on y trouve que les alliances se forment entre puissances, si cette guerre s'allumait. Mais l'alliance du Roi avec la France, augmentée encore par celle des princes d'Allemagne, ses amis, ne croit-on pas que cette réunion de forces appaiserait la première fougue des Russes et que la paix paraîtrait préférable à l'empereur de Russie, et qu'il ne s'exposerait pas à une force si redoutable comme serait celle qu'il aurait à combattre? Mais posons que la chaleur de l'esprit emportât Paul I à la guerre, n'est-il pas vrai que de toutes celles que le Roi est dans le cas de faire, celle-ci est la moins dangereuse? Elle serait 1° de moindre dépense qu'une guerre contre la France, 2° plus près des frontières du

Roi, 3° à même de profiter sur les provinces envahies par les Russes sur les Polonais, 4° combattant des armées qui ont désappris contre les Turcs le metier de la guerre, dont ils avaient des aperçus [sic] pendant la guerre de sept ans, 5° sans trésor et privé de numéraire dans l'intérieur de leurs vastes états. Cette guerre se terminerait promptement par le monarque russe et ne pourrait se terminer, si elle était bien conduite, qu'à l'avantage du Roi. Il est d'ailleurs impossible que le Roi puisse être sans guerre, et si le fléau de la guerre recommence entre l'Autriche et la France, Sa Majesté restera isolée et ne pourra, après la paix, avoir aucun allié, à moins de s'arranger provisoirement avec la France et les princes d'Allemagne. En ne suivant ce plan, il s'en suit que la France perdra tout espoir de liaison avec la Prusse. Dès lors elle s'accorde avec les puissances belligérantes. Quelle sera alors la position de Sa Majesté? Je le dis hardiment: la plus triste, la plus désolante. Le malheur et le bien-être ne se rencontrent pas souvent; mais on se l'attire en marchant au devant du premier et en ne saisissant promptement le second. Si même la France ne trouble point la neutralité du Roi pendant la guerre, Sa Majesté, à la paix générale, ne se trouverait point dans une situation plus heureuse. L'Autriche seule et la France disposeront à la paix de tout à volonté. Sa Majesté alors ne pourra plus s'intéresser pour personne; elle aura perdu chez toutes les puissances sa considération. C'est le moment où l'ambition de l'Autriche et de la Russie fera naître une guerre avec la Prusse, où sa ruine sera méditée, guerre aussi funeste que serait celle qu'elle pourrait faire contre la France. Je crois avoir prouvé que le système de neutralité, à moins que la France consente à la neutralité du nord de l'Allemagne, est difficile, même impossible à soutenir.

Je passe au second point, sur la déclaration du Roi pour renoncer à toute acquisition, dédommagement ou récompense sur les états de l'Empire.

Il ne m'est point échappé que l'objet principal que Sa Majesté a eu en vue par la déclaration que Sa Majesté a faite, était celui de mettre des bornes à l'agrandissement de l'Autriche en Allemagne. Sous ce point de vue sage, si la paix eût pu se conclure, il eût été heureux sans doute de la recouvrer. Mais il aurait toujours été dur pour le Roi et l'état de perdre les sommes immenses que le feu Roi à dépensées pour les frais de la guerre contre la France. Les duchés de Cleves, de Geldern et Moers et les deux millions que l'Empire doit pour le siège de Mayence sont des prétensions très légitimes. A la paix avec la France il a été promis, ou qu'on dédommagerait le Roi sur les provinces conquises ou qu'on les lui rendrait. De les vendre ne convient ni au système politique du Roi ni à celui de la France, dont Sa Majesté est en droit à demander un dédommagement, ou bien Elle se priverait et Ses états de ce qui leur est dû. Je dois croire que l'empereur, après avoir librement rendu Mayence, après avoir montré publiquement l'intérêt pour s'agrandir en Allemagne, ne ferait point le difficile. L'âpreté qu'il montre à cette heure pour la guerre n'est qu'une humeur qu'on a prise à Vienne et qui pourrait encore être dissipée. Cela mérite de profondes réflexions pour déterminer, s'il est plus utile et de l'intérêt de Sa Majesté Prussienne de voir engager une nouvelle guerre entre l'Autriche et la France, ou bien de faire quelques sacrifices en Allemagne à l'Autriche pour terminer sûrement la paix. En voulant risquer que la guerre s'allume entre la France et l'Autriche, Sa Majesté peut voir qu'il ne Lui restera peu d'espoir d'acquérir à la paix des provinces allemandes, bien autrement utiles que celles en Pologne et légitimement dues pour les sacrifices que la Prusse a faits pour la guerre contre la France, que cette république s'arrange avec l'Autriche pour finir enfin une guerre aussi pénible pour l'Allemagne. Cette guerre sera encore sous tous les rapports dangereuse pour la Prusse. Elle n'offre

que deux chances. Ou la fortune tournera du côté de l'Autriche ou elle restera attachée à la France. Dans le premier cas Sa Majesté verra l'agrandissement de l'Autriche, malheur le plus grand qui puisse arriver à la Prusse; dans le second Sa Majesté verra le partage de l'Allemagne qui se fera au gré de la France. Supposé que l'Autriche fît des conquêtes en Italie, on ne saurait croire que l'empereur s'en dépouillât à la paix. Quelle ne serait l'énormité de cette puissance! et je laisse à juger, quelle funestes conséquences on en peut tirer. Aujourd'hui cette Italie est partagée en petites républiques. La France y a une très grande prépondérance; mais à la paix toutes ces républiques peuvent se réunir dans une seule république. C'est un danger très grand pour la France laquelle tremblerait à son tour en voyant se former la république d'Italie, laquelle par sa position serait la plus formidable.

Je passe au troisième point, celui que la modération du Roi est nuisible au St. Empire Romain; j'entends en masse, car les individus doivent concourir au bonheur de la totalité.

Qu'on consulte, pour se convaincre de cette vérité, les époques passées du St. Empire Romain, ce vaste empire réuni avec tous les états qu'il possédait à la rive gauche du Rhin, à l'exception de la Prusse et de l'Autriche. Ce grand empire était même avec sa réunion un état faible, succombant toujours. Quel succès ont-ils eu dans ce siècle? En 1734 ils perdirent Philipsbourg; pendant leur injuste entreprise de la guerre de 7 ans ils eurent aucun succès: toutes leurs provinces furent ravagées; ce vaste pays n'a jamais pu donner une armée qui eût de la consistance, composé d'autant de volontés qu'il renferme de petits états. Plusieurs des princes furent toujours soudoyés par l'Angleterre et n'eurent d'autre intérêt à la cause commune ni d'idée politique que du côté d'où ils recevaient de l'argent. L'électorat d'Hanôvre n'est qu'une province anglaise et ne peut devenir

autre chose, à moins d'une révolution utile à l'Allemagne. Pour mériter la protection du feu Roi, cet électorat observa la neutralité, tandis qu'il aurait dû faire la paix de Basle avec le Roi, à quoi on aurait sans doute dû l'obliger, si malheureusement le comte de Goltz, qui conduisait bien les affaires, n'était venu à mourir. Actuellement la rive gauche du Rhin sera perdue, si on ne donne pas une forme de gouvernement à l'Allemagne qui ait plus de force et de consistance, et aux électeurs et principaux princes de l'empire un agrandissement convenable, pour qu'ils puissent se trouver toujours unis à Sa Majesté dans une guerre, soit contre l'Autriche ou la Russie. C'est le nœud de leur agrandissement, c'est le nœud, en un mot, que j'ai toujours proposé et qui serait la base des traités entre la Prusse, la France et les princes. Il est donc d'une nécessité absolue que Sa Majesté obtienne pour Elle et Ses états une étendue de pays considerable qui avoisine Ses anciens états. Toutes les petites considérations disparaissent. Ce plan, le seul à suivre pour le bonheur présent et futur de la monarchie prussienne et pour la sûreté future de l'empire, offre une entreprise digne d'un roi de Prusse et d'une exécution facile à concevoir. De tout ceci je conclus qu'on ne peut douter que, si l'Allemagne de la rive droite du Rhin reste sur le pied où elle l'est actuellement, elle ne présente qu'une république fédérative, faible dans tous ses points, malheureuse par nécessité, soit en nourrissant [sic] ses amis qui veulent la défendre, soit par les ennemis qui se font un devoir de l'énerver.

En agissant d'après les principes de la vérité que je me suis proposée en écrivant ce mémoire, je dois faire connaître avec franchise et sans dissimulation, quel est le résultat de toutes les réflexions que j'ai faites pour trouver une issue aux circonstances alarmantes où se trouvent le Roi et l'état. Il en est temps encore, et le Roi peut parvenir à faire la paix, non à faire la guerre, mais l'empêcher qu'elle se fasse. Le

peut-Elle sans la France? cela me paraît impossible; mais bien avec la France et les princes de l'Empire réunis, qui sont amis de la Prusse. Mais Sa Majesté sent combien il est nécessaire que cette affaire soit habilement traitée et négociée pour se terminer par un traité entre Elle, les princes alliés de la Prusse et la France. Dans ce traité on formerait le plan de la paix, le dédommagement du Roi et celui qui servirait à l'agrandissement des princes alliés du Roi. Il serait même nécessaire de ménager l'intérêt de l'empereur. Car on peut voir par les différentes tergiversations que la cour de Vienne a faites, que la paix deviendrait impossible, à moins qu'on ne montre quelque condescendance pour l'Autriche, ce qui ne se ferait qu'à mesure qu'elle entrerait dans les maximes de pacification qu'on leur propose. On mettrait toute la promptitude dans la négociation avec l'empereur, surtout de la fermeté, en faisant bien voir qu'on peut la soutenir. On écarterait la Russie autant que poliment il est possible, pour l'empêcher d'intervenir dans une négociation qui proprement ne la regarde en rien. Il est à croire que la paix se ferait; l'empereur ne s'exposera point à voir fondre sur lui les armées prussiennes, les troupes de Saxe, de Hesse et d'autres alliés qui ensemble formeraient une armée des plus redoutables. Sa Majesté deviendrait par cet événement le sauveur de l'Empire. Ces états Lui devraient l'accroissement de ses forces en Allemagne; Elle serait avec justice glorieuse d'avoir terminé tant de maux. Mais si d'autre part on reste attaché à l'opinion ancienne, celle de voir venir, Elle verra les tristes suites qui en résulteront, si on voit arriver la guerre en voulant se tenir uniquement à la neutralité, système admirable tant que sans danger on peut le suivre, mais lequel ne sera plus admissible, si le feu de la guerre menace de nouveau d'embraser l'Europe. Aucune puissance ne verra d'un bon œil la neutralité, et Sa Majesté court risque de perdre la seule qui puisse la servir, qui puisse soutenir, aider les princes Ses alliés. Ces princes

mêmes ne pourront plus être protégés par le Roi. Ce n'est pas pour la France que je plaide; elle peut se soutenir d'elle-même. Les revers lui laisseront toujours des défenses. La Hollande submergée, Mastricht, Luxembourg, Mayence et ses autres forteresses lui présentent des barrières invincibles; des batailles gagnées ne détruiront pas leur immense population. Dans une guerre pour l'Allemagne et la France Sa Majesté a tout à gagner, ou plutôt Elle est sûre que cette guerre termine tous les maux de l'Europe. L'Autriche n'y peut résister. Si même la Prusse pouvait conserver la neutralité, il ne lui reste aucun ami à la paix générale, à moins que la France soit d'accord sur la neutralité du nord de l'Allemagne. D'ailleurs en politique comme dans la vie civile, les vrais amis sont ceux qui mutuellement se donnent de secours, et ceux qui n'en donnent pas, ont rarement le droit de compter sur ceux qui n'ont pas reçu leur services. Quelle serait alors la position du Roi à la paix générale? Si j'en faisais le tableau, il m'affligerait; je l'écarte. — Une seule et unique objection à faire, c'est la Russie, qui peut menacer d'une guerre. On pourra l'endormir ou l'arrêter, surtout si on lui montre qu'on n'appréhende point de la recevoir; et d'après mon opinion ce malheur est le moindre de tous ceux qu'on peut prévoir.

J'en conclus que Sa Majesté peut encore tout espérer, si la France n'est pas contraire à la neutralité de la Prusse, mais que si par la suite, après avoir été tourmentée par la coalition et la France, Elle prenait parti pour la coalition, Elle verrait combien les chances militaires et politiques sont favorables pour l'Autriche. Le Roi voudra donc suivre une marche laquelle dans la position fâcheuse où Il se trouve, sera la plus sûre et la moins dangereuse et donne des espérances pour l'accélération de la paix; et, s'il faut faire la guerre, qu'on la fasse là où on y trouve le plus d'avantage. Mon raisonnement dans ce mémoire est fondé sur la circon-

stance que, si la France ne consent plus à une ligne de démarcation, quel parti prendra le Roi et de bien combiner l'intérêt de Sa Majesté.[1])

Qu'on me permette quelques réflexions sur la Russie et la France. La Russie est maintenant faible. Les changements que Paul I a faits dans l'état n'ont produit que des mécontentements. Son numéraire consiste en papier qui a peu de cours au dehors de la Russie. L'empereur reçoit un subside de l'Angleterre ne consistant, d'après les papiers publics, qu'en 7 millions 200 mille écus. Voilà bien des motifs qui peuvent faire espérer que l'on peut, au cas que Sa Majesté a fait choix du parti que je propose, éviter la guerre avec la Russie. Une 40taine de bataillons assemblés dans le temps favorable sur les frontières de la Bohème doivent faire trembler l'Autriche. Elle n'a point de troupes, le reste desquelles rentre en guerre avec la France. D'après mon système la crainte doit contenir les deux puissances et la paix s'établir de la manière que Sa Majesté en est convenue avec Ses alliés. Ce despotisme que la cour de Vienne a montré pendant les campagnes de 96 et 97 en Allemagne suffirait pour justifier une guerre contre elle. Qu'on y ajoute sa mauvaise volonté contre la Prusse, et l'on trouvera dans l'histoire qu'il s'est fait des guerres sur des motifs bien moins fondés. Je n'ai aucun préjugé pour la France, à moins qu'on appelle ainsi l'intérêt que je prends à la Prusse et naturellement au Roi, certes que la vaste monarchie de la France, sa population, ses richesses, sa position géographique relativement à la Prusse ont formé le système politique qui rend l'union nécessaire entre les deux états. Frédéric II regretta souvent de s'être allié en 1756 avec les Anglais. Jamais la guerre de 7 ans ne se fût faite, si les malheureuses intrigues d'alors n'eussent fait

[1]) Die Schlußworte dieſes Satzes ſind verſtümmelt. Es ſollte vielleicht heißen: le Roi doit prendre Son parti et que, dans ce cas, il sera nécessaire de bien combiner l'intérêt de Sa Majesté.

tomber le Roi dans ce système qui l'entraîna dans des événements qui auraient pu devenir funestes. La cause de la guerre de 92 fut encore plus fâcheuse pour la Prusse. L'expérience qu'on a faite prouve de plus, combien une telle guerre est dangereuse et que, si le Roi l'entreprenait de nouveau, le succès serait uniquement pour les Autrichiens et les Anglais. Il me semble que cette vérité, qui ne doit jamais s'oublier, est plus convaincante et n'a pas besoin d'être appuyée par le raisonnement.

Une observation m'est encore permise; c'est celle sur les opinions. Les partisans de la coalition, surtout les émigrés, confondent, pour embrouiller les esprits, deux objets tout à fait séparés, l'un la moralité de la révolution, l'autre la politique. Cette dernière reste toujours la même. Louis XIV fit bien connaître cette différence par la bonne intelligence qu'il entretint avec Cromwell. On peut du reste consulter l'histoire et l'on verra par les événements de cette guerre, tout comme dans des guerres précédentes, que jamais on n'a vaincu l'opinion par les armes. Une idée qu'on répand encore mérite d'être examinée; c'est que la France veut républicaniser toutes les monarchies. On cite l'Italie, la Suisse etc. Si l'empereur eût fait la paix en 96, comme il en fut sollicité par la France, l'Italie restait ainsi qu'elle l'était avant la guerre, à l'exception du Milanais, dont sans doute les Français eussent disposé. Mais l'empereur voulant la guerre, il fallait, pour le forcer à la paix, que Bonaparte entrât en Autriche. Il forma dès lors les républiques cispadane et transpadane, afin de se faire donner des troupes, comme il fit. Ce furent autant d'étaies contre les révolutions qu'il avait à craindre pour ces derniers. Consulte-on l'intérêt, c'est le piédestal sur lequel sont gravées les entreprises que les hommes ont faites ou qu'ils peuvent faire. L'intérêt de la France doit être contraire à l'établissement des grandes républiques. Ce seront celles-là qui dans l'avenir lui seraient les plus funestes.

Les états qui tiendront avec la France n'auront rien à appréhender de leur influence parceque, sentant leur intérêt, ils agiraient contre leur bien-être, s'ils voulaient désorganiser la monarchie qui est leur alliée. Mais la puissance ennemie qui fera la guerre, posons l'Autriche et la Russie, ont tout à craindre alors de l'influence dans l'intérieur de leurs états. L'intérêt du moment, le désir de finir la guerre engagera les Français à avoir recours à ce remède fâcheux et causera ou bien l'effet que la France s'en promet, ou au moins y produira de grands troubles. Si l'on croit que c'est une immoralité d'être allié de la France, regardez ce qu'a fait l'Autriche laquelle négocia avec Robespierre, le monstre le plus énorme que la France a vu durant sa révolution. Les préjugés d'une alliance avec la Porte furent si grands du temps de François I, que Charles V. qui la découvrit, en fit un article de manifeste contre le roi de France. Depuis toutes les nations se sont alliées avec les Mahométans. Mais ce qui prouve le plus pour la sûreté d'une alliance entre la Prusse et la France, c'est que l'utilité de cette alliance a été reconnue sous les différentes formes de gouvernements que la France a eus. Sous Louis XVI toute la nation a été contraire à l'alliance d'Autriche. Elle sentait et l'a fait apercevoir fortement pendant la révolution, combien cette alliance était fâcheuse pour la France. Comme république elle pense que la Prusse doit être son alliée. De là la preuve qu'aucune révolution ne peut changer une opinion comme celle-ci, quand elle est fondée sur la raison et qu'elle est appuyée sur la démonstration, que les deux monarchies, prussienne et française, sont géographiquement placées pour être alliées.

35.

An den Grafen Haugwitz.

G. St.-A. Eigenhändiges Konzept. Le 20 septembre 1798.

Monsieur,

Voici un mémoire auquel vous pardonnerez les ratures, les ontes d'encre et toutes les incorrections que vous y trouverez; celui que je viens d'envoyer au Roi est moins défectueux. J'aurais voulu le rendre meilleur, j'aurais voulu y mettre toute l'âme avec laquelle j'envisage la situation présente. Car certes elle est telle que, si la Prusse ne prend pas la position majestueuse qui lui convient à tous égards, on peut prévoir, sans exagérer ni exalter l'imagination, de très grands malheurs qui se développeront, un peu plus tôt ou un peu plus tard, mais dont le calcul est facile à faire. Je crois, monsieur, que l'intention que j'ai eue en développant la vérité au Roi, est également intéressante pour vous qui travaillez dans la partie des affaires étrangères pour le bonheur de la patrie. Je résume en peu d'articles le sujet très légitime de mes craintes.

Premièrement: Si la France ne veut plus d'une neutralité armée si utile pour les pays d'Hanôvre et du duc de Brunswic, sera-ce une raison pour retomber dans la coalition? et n'est-il pas plus utile et beaucoup moins dangereux de prévoir un événement le plus funeste qui puisse arriver à la monarchie prussienne et de s'unir avec les princes d'Allemagne et la France?

Secundo: N'a-t-on pas, par ce moyen, l'espoir de faire la paix générale telle qu'il convient au Roi de Prusse de la faire, ou bien de moyenner la paix particulière pour tous les princes de l'Empire, à la tête desquels serait le Roi de Prusse?

Tertio: La France peut, si elle croit se trouver dans le cas de ne pouvoir espérer une alliance formelle avec la Prusse, elle peut, dis-je, finir cette guerre avec l'empereur

sur le champ, en cédant aux volontés de l'empereur sur le traité de Campoformio. La maison d'Autriche aurait de grandes obligations à la Prusse. C'est par elle qu'indirectement elle recevrait une partie, peut-être toute la Bavière. Ce qui donne déjà lieu à la soupçonner, c'est qu'au moment, où il paraissait que la rupture entre l'Autriche et la France allait se faire, le comte de Metternich vient de se relâcher sur la démolition d'Ehrenbreitstein. Certes cela mérite attention.

Quarto: Si la guerre s'allume, l'Autriche, qui paraît vouloir attirer les Russes en Allemagne, formerait un nouvel ennemi à l'Allemagne. On ne peut nier que cette nation la plus orgueilleuse le deviendrait encore plus; et la paix peut éviter tous les malheurs que cette nation peut causer par la suite.

Après ces quatre articles peut-on blâmer ma sollicitude? Elle est très bien fondée, et l'expérience m'apprend qu'il est dangereux de voir venir de tels événements. Car je ne vois pas que les ambassadeurs du Roi à Rastatt ont fait un pas qui soit analogue à la dignité du Roi et de la Prusse.

Je vous prie, monsieur, d'envoyer cette lettre au Roi, comme je crois que c'est votre devoir de le faire. Je l'en ai prévenu; je n'ai rien de cache pour S. M. Vous me pardonnerez le petit mot sur Rastatt. Dans votre place on est quelquefois obligé à se conduire par des causes que je ne puis connaître ni ne veux pénétrer.

Soyez convaincu de l'amitié et de la considération . . .

36.

An König Friedrich Wilhelm III.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 26 octobre 1798.

Sire,

C'est avec le sentiment de la reconnaissance la plus profonde que j'ai reçu la lettre que Votre Majesté a bien

voulue m'adresser. La moindre preuve de Votre amitié, mon cher neveu, me donne toujours la joie la plus pure et la consolation la plus grande. Je me confirme dans l'opinion de Votre caractère, dont la vertu fait le fondement. Dieu veuille qu'il ne change jamais et que rien ne détruise les sentiments que la nature imprima dans Votre cœur! L'amour de la paix et de la tranquillité que les souverains ont rarement accordées à leurs peuples, Votre sollicitude cherche à conserver ce bien précieux à Vos états, gloire plus parfaite que le sont toutes celles que l'on n'acquiert qu'au prix du sang de tant de malheureux. Telle a toujours été mon opinion et telle elle l'est encore. Mais Votre Majesté ne goûtera jamais ce bien en entier, avant que la paix se rétablisse en Allemagne. Elle tient, comme roi de Prusse, une place trop distinguée, trop grande en Europe, pour que Vous puissiez envisager les événements avec cette tranquillité, que la paix générale, mais surtout la paix de l'Allemagne, peut seule donner à un grand souverain. D'ailleurs la mobilité des événements pendant cette crise affreuse peut amener encore des crises bien plus grandes. Déjà un tout nouvel ordre de choses se présente; l'alliance inconcevable de la Porte et de la Russie peut encore troubler la balance du nord et rendre cette dernière puissance plus imposante, par conséquent plus formidable encore qu'elle ne l'est à cette heure. Si la paix ne descend à cette heure du ciel pour arrêter une foule d'événements que la guerre peut amener, on ne peut que prévoir, en cas de guerre, que des maux très réels et dangereux pour une puissance comme l'est celle qui a le bonheur d'être sous Votre gouvernement. On ne peut se dissimuler que les états de Votre Majesté sont placés entre l'Autriche et la Russie. C'est de cette réflexion seule que toutes les conséquences politiques dérivent; toutes celles qui s'en écartent sont insidieuses. Pour parler librement et avec cette franchise que le devoir et la confiance à Votre amitié me donnent, c'est, mon cher neveu,

que j'applaudis au système de neutralité, tant que, sans risquer des dangers de Vos deux voisins à craindre pour l'avenir, Vous puissiez maintenir ce système. Mais il ne peut jamais être indifférent pour Vous et Vos états, à qui Vous faites la guerre, si c'est à la Russie, l'Autriche ou la France. La position des différents états en fait connaître l'évidence.

Ne dire que ce que je pense, montrer la vérité telle que je la crois, voilà les seules preuves que je puisse Vous donner, mon cher neveu, de mon amour pour Vous, de mon attachement à ma patrie et de mon zèle pour l'état. Puisse-je supposer le même zèle à tous ceux que Vous honorez de Votre confiance. Quant à moi je ne puis Vous en donner de plus grandes de mon inébranlable attachement, et qui puissent Vous prouver davantage la sincérité avec laquelle je suis . . .

37.

An König Friedrich Wilhelm III.

H.-A. Eigenhändig.

De Wusterhausen pour le 10 de mars 1799.

Sire,

Le jour de naissance de la reine, si intéressant pour Votre Majesté, m'est bien précieux à tous égards et particulièrement en ce qu'il me donne l'occasion de Vous féliciter, mon cher neveu, et de souhaiter, que Vous jouissiez longues années du bonheur, de l'amour et de l'amitié mutuelle comme une des plus grandes félicités de la vie. La sérénité dont Vous désirez, mon cher neveu, que je jouisse, est certainement un grand bien, mais ne dépend point de l'homme. La vie est traversée par tant de maux, elle est sujette à tant d'accidents, elle est entourée par tant de malice, environnée de pièges, assujettie à la médisance et aux

calomnies, aux persécutions et à la trahison, que lorsque par l'expérience de longues années on connaît la vie humaine, on ne trouve de consolation, que lorsqu'on peut se dire: j'ai servi l'état avec zèle, je l'ai servi tant que je le pouvais, je ne me suis retiré que lorsque l'impossibilité de rendre service exigeait ma retraite. Je gémis sur les maux que je prévois, mais je puis mourir tranquille. Je jouis maintenant en multipliant mes connaissances par la lecture; je jouis en contemplant l'être des êtres par les merveilles de la nature et je sens que je pourrais dire au milieu des tortures, comme le fameux de Witt à la Haye, que le monde entier s'écroule, j'en serai frappé, mais point surpris. Vous avez la bonté, mon cher neveu, de me permettre de voir un jour Votre Majesté à Potsdam. Je prie Votre Majesté de m'en indiquer le temps, lorsque Vous voudrez que j'y vienne. Vous jugerez par mon empressement à Vous voir, combien je Vous aime, et Vous verrez par le peu de moments que j'y resterai, que je ne veux rien, ne demande rien, que je ne parlerai de rien, et que mon unique but est de remplir les devoirs de la parenté envers Vous et la reine, ne cherchant d'ailleurs nulle confiance de ceux, qui ne m'en accordent point. Je suis . . .

38.

An König Friedrich Wilhelm III.

G.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 30 décembre 1799.

Sire,

L'année où nous entrons me donne l'agréable occasion de présenter à Votre Majesté les vœux que je forme, mon cher neveu, pour Votre santé, Votre prospérité et Votre bonheur. La nature et Vos bonnes qualités m'ont donné pour Vous toute l'amitié. Je n'ai pu Vous en donner des preuves au gré de mes désirs, quoique je sente vivement le bonheur

d'y ajouter une profonde estime, qualité supérieure et que l'on n'obtient que par les actions nobles et vertueuses. Résister aux intrigues et à tous les pièges, dont Vous avez été entouré, conserver Vos états dans la neutralité, voilà ce que Vous avez fait, Sire. Cette force d'esprit surpasse à mes yeux la vaine gloire de Louis XIV et de ses pareils, Ils ont voulu obtenir un nom aux dépens du sang de leurs sujets; ils ont cherché à paraître dans les fastes de l'histoire, sans considérer que le temps découvre toutes les vérités, que plusieurs de ces héros n'ont compensé par leurs conquêtes les misères et les flots de sang qu'ils ont répandu sur la terre pour les obtenir. Tandisque l'action que Vous avez faite, fondée sur la vraie vertu, est prisée et sentie par tous les cœurs honnêtes et par tous les hommes de tout pays qui ont éclairé leur raison, par conséquent les seuls juges de la véritable gloire. Je Vous parle du fond de mon cœur; je ne suis ni flatteur ni adulateur, mais épris de l'amour de la vertu et me trouve heureux de Vous féliciter, mon cher neveu, de celle dont Vous venez de donner un si grand exemple aux souverains de l'Europe. Je suis . . .

39.

An König Friedrich Wilhelm III.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 2 juillet 1800.

Sire,

Il faudrait que mon sang fut entièrement glacé dans mes veines, que j'oubliasse la Prusse et tout l'intérêt que je prends à Votre Majesté et au bien de l'état, pour que je puisse passer sous silence l'époque heureuse qui se présente après la bataille que Bonaparte a remportée sur Melas, suivie de l'évacuation de toutes les places d'Italie, à l'exception de Mantoue. Un événement aussi peu calculable me donne aucun doute sur les mesures énergiques et solides

au bien être de l'état que Vous allez prendre, mon cher neveu. Depuis un an la position de la Prusse a bien changé; elle paraissait devoir aller promptement à son déclin. La fortune, secondée par la providence, Vous est maintenant favorable. C'est le moment de Vous montrer comme Janus sous les armes de Mars dicter la paix aux Autrichiens. Attendre les événements, c'est laisser à Bonaparte la volonté de faire un second traité de Campoformio, c'est Vous placer entre les petits princes d'Allemagne, c'est, en un mot, ne pas s'élever quand toutes les circonstances sont propices et favorables. Je suis bien éloigné de croire Vous dire une chose autre que celle que Vous savez. Je ne donne aucune étendue à mes idées que celle que permet une lettre d'en donner. Le tableau de la superbe situation où Vous Vous trouvez est incalculable. Mais la retraite où je suis, l'incertitude si même l'ardeur que je montre à Vous servir, Vous est agréable, me porte au silence, et je renferme mes pensées dans une seule, celle à laquelle je Vous prie, mon cher neveu, de réfléchir, c'est de Vous prouver le désir que je porte à Votre bonheur et le tendre sentiment avec lequel je suis . . .

40.

An König Friedrich Wilhelm III.

H.-A. Eigenhändig. Rheinsberg, le 7 janvier 1801.

Sire,

Au risque d'importuner Votre Majesté, je me laisse entraîner au penchant de mon cœur, lequel a été ému par la réponse que Vous me faites, mon cher neveu, avec cette noble franchise laquelle me fait voir que Vous connaissez parfaitement toutes les entraves qui environnent le trône et sa splendeur. Si jamais je Vous parlais sur une matière si importante, ce ne serait qu'autant que Vous m'en donniez

une liberté entière. Je me renferme pour ce moment dans la seule opinion, qu'il y a remède à tout, qu'un prince tel que Vous, qui a épuisé toutes les vertus, surtout celles de la justice, doit régner par ces mêmes principes. Ses vrais serviteurs sont ceux qui l'en avertissent, ses ennemis sont ceux qui l'écartent de la véritable gloire, qui jouissent de leur autorité aux dépens de celle qu'ils doivent soutenir par des conseils sages et fondés sur la justice. Je parle d'après les pensées que j'ai rencontrées dans les entretiens que j'ai eus autrefois avec Votre Majesté. Un plus grand détail serait indiscret de ma part. Ce que j'ai dit est puisé dans la source du tendre attachement avec lequel je suis . . .

41.

An den Prinzen Louis Ferdinand von Preußen.

Nach einer Kopie im H.-A. Das Original befindet sich im Besitze der Familie Radziwill.

Rheinsberg, le 16 septembre 1801.

Mon très cher oncle.[1])

Vous ne pouvez ignorer, mon cher neveu, combien votre souvenir est touchant pour moi. Mais votre lettre contient des pensées que vous avez pour moi, sur lesquelles je ne puis rien répondre. Cependant l'expérience m'apprend que la vie de l'homme est comme un ballon, qui passe d'une main à l'autre et lequel, après une longue agitation, tombe dans la boue. C'est alors que tout l'effet qu'il a fait ou cru faire, se détruit et retourne aux éléments auxquels les êtres animés comme les inanimés appartiennent. Si mon ballon a pu attirer votre attention et qu'il a fait impression sur votre amitié, c'est pour moi la récompense la plus agréable de l'agitation continuelle dans laquelle j'ai

[1]) Verschrieben für neveu.

vécu. Si la paix de Luneville a fait sortir l'Autriche de l'anxiété où son prochain écrasement l'avait placée, il n'en résulte pas tout-a-fait cet état fleurissant, où ses adhérents voudraient faire croire qu'elle se trouve. La population a diminué énormément. Les finances, au moins de la cour, dérangées ne peuvent se remettre. De là vous verrez que les sages projets de fortifications tomberont dans l'oubli et qu'insensiblement il n'en sera point question. Au reste, l'Autriche sera toujours, après l'Angleterre, le but le plus observé par la France; elle tient par l'Italie beaucoup plus à la France que ne le serait pour toute autre nation quelque petite parcelle de pays en Westphalie. Au reste, la paix n'est pas faite, l'essentiel est de la faire. Il est nécessaire qu'un repos règne sur l'Europe. C'est alors que les esprits reviennent de leur stupeur, pouvant dans leur sagesse poser des principes pour le bonheur de tous ces états dont les intérêts se croisent. Chacun de ces états, petits ou grands, connaîtra ses vrais intérêts. Les princes allemands réfléchiront sur la guerre de 30 ans et trouveront facilement que le système de la cour de Vienne n'a point varié, et qu'ils l'ont toujours poursuivi, sans laisser échapper aucune occasion de dominer en Allemagne. Ils connaîtront combien l'Angleterre est pernicieuse au reste de l'Europe, et que la domination qu'ils exercent sur les mers doit à la longue écraser le commerce de toutes les puissances. Ils ont appris combien ce métal dangereux d'argent et d'or est dangereux entre les mains de ces insulaires; ils l'emploient à la corruption et font mouvoir pour leur intérêt unique les armées des autres puissances. Il y a dans le triste chaos de politique une observation à faire, c'est que les causes secondaires, que personne ne peut prévoir, dérangent souvent les plans le mieux concertés. C'est pourquoi tout état qui ne tient pas ferme aux principes de sa sûreté, que la position naturelle de ces états indique, sera, tôt ou tard, victime de son imprudence et de sa légèreté.

Je me réjouis, mon cher neveu, sur la permission que vous avez demandée d'aller à Potsdam, et surtout sur l'espérance de venir chez moi. Je vous recevrai à bras ouverts. J'ai besoin d'être le 27 à Berlin. J'y reste trois jours pour aller à Wusterhausen. Vous avez un bon visage d'hermite, si vous voulez vivre dans l'abstinence. Venez-y, vous aurez une petite cellule et vous verrez le repaire, ou votre grand-père se trouvait pour chasser. Nous chanterons ensemble nos litanies. Voilà les plaisirs que je puis vous offrir. Vous pouvez d'ailleurs venir ici; mais le temps y sera court, comme vous voyez par la date.

Adieu, mon cher Louis, mon bien aimé neveu. Rappelez-vous un vieux oncle qui en radotant vous aimera sincèrement . . .

[redacted] NOV 30 54

DUE [redacted] 2 47

3 2044 086 102 340